Plenarprotokoll 12/64

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

64. Sitzung

Bonn, Donnerstag, den 5. Dezember 1991

Inhalt:

(A) (C)

64. Sitzung

Bonn, den 5. Dezember 1991

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Guten Morgen miteinander. Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, zunächst einige Vereinbarungen und Entscheidungen:

Aus dem **Vermittlungsausschuß** nach Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes ist Bundesminister Friedrich **Bohl** als stellvertretendes Mitglied ausgeschieden. Die Fraktion der CDU/CSU schlägt als Nachfolger den Kollegen Bernhard **Jagoda** vor. Sind Sie damit einverstanden? — Das ist der Fall. Dann ist der Kollege Bernhard Jagoda als stellvertretendes Mitglied im Vermittlungsausschuß bestimmt.

(B) Interfraktionell ist vereinbart worden, die verbundene **Tagesordnung** zu erweitern. Die Punkte sind in der Ihnen vorliegenden Zusatzpunktliste aufgeführt:

1. Aktuelle Stunde: Haltung der Bundesregierung zur Strukturkrise im Raum Friesland/Wilhelmshaven unter Beachtung der Schließung des AEG-Olympia-Werkes (In der 63. Sitzung bereits erledigt.)

2. Erste Beratung des von den Abgeordneten Norbert Geis, Horst Eylmann, Herbert Helmrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Detlev Kleinert (Hannover), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Jörg van Essen, Dr. Hermann Otto Solms und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über Fachanwaltsbezeichnungen nach der Bundesrechtsanwaltsordnung** — Drucksache 12/1710 —

3. Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes** — Drucksache 12/1709 —

4. Beratung des Antrags der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN: **Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes** — Drucksache 12/1651 —

5. Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN: **Rehabilitierung und Entschädigung der Verfolgten des Stalinismus und des DDR-Regimes (II): Gesetzliche Regelungen für die Opfer von Verwaltungsunrecht, Berufsverboten und anderen Formen von staatlichem Unrecht, die nicht vom 1. Unrechtsbereinigungsgesetz (1. UBG) berücksichtigt werden** — Drucksache 12/1713 —

6. Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Richard Bayha, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Paintner, Jürgen Türk und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Flächenstillegungsgesetzes 1991** — Drucksachen 12/1470, 12/1721 —

7. Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß) zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Richard Bayha und weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Paintner und weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Entwurf eines Gesetzes über die Förderung einer einjährigen Flächenstillegung im Wirtschaftsjahr 1991/92 (Flächenstillegungsgesetz 1991)** — Drucksachen 12/721 (neu), 12/821, 12/822, 12/823, 12/1682 —

8. Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses: **Sammelübersicht 38 zu Petitionen** — Drucksache 12/1677 — (D)

9. Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses: **Sammelübersicht 39 zu Petitionen** — Drucksache 12/1678 —

10. Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses: **Sammelübersicht 40 zu Petitionen** — Drucksache 12/1679 —

11. Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung zum Ablauf der Regierungskonferenz zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** — Drucksache 12/1615 —

12. Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung zum Vorschlag der niederländischen Ratspräsidentschaft an die Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion** — Drucksache 12/1616 —

13. Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung zur Verstärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments im Bereich der Haushaltskontrolle im Rahmen der Strategie des Parlaments im Hinblick auf die Europäische Union** — Drucksache 12/1614 —

14. Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: **Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Zweite Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch** — Drucksache 12/1696 —

15. **Aktuelle Stunde zum Rücktritt des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Dr. Lutz G. Stavenhagen**

16. Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Regelung des Verhältnisses von Kriegsfolgengesetzen zum Einigungsvertrag** — Drucksachen 12/1504, 12/1725 —

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth

(A) Zugleich soll, soweit erforderlich, von der Frist für den Beginn der Beratungen abgewichen werden.

Darüber hinaus wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 8 — Gesetzentwurf über den Sozialplan im Konkurs- und Vergleichsverfahren — ohne Debatte zu behandeln sowie Tagesordnungspunkt 11 — Sanierung der Trinkwasserversorgung in den neuen Bundesländern — vor Tagesordnungspunkt 10 zu beraten. Sind Sie auch damit einverstanden? — Dann ist das ebenfalls beschlossen.

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 3 und die Zusatzpunkte 2 bis 4 auf:

3. **Überweisungen im vereinfachten Verfahren**

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Januar 1991 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Seeschiffahrt**

— Drucksache 12/1586 —

Überweisungsvorschlag:
Ausschuß für Verkehr

b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze**

— Drucksache 12/1460 —

Überweisungsvorschlag:
(B) Finanzausschuß (federführend)
Haushaltsausschuß mitberatend und gemäß § 96 der Geschäftsordnung

c) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Mutterschutzgesetzes**

— Drucksache 12/1609 —

Überweisungsvorschlag:
Ausschuß für Frauen und Jugend (federführend)
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Ausschuß für Familie und Senioren

d) Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
Entschließung zur Lage in Jugoslawien

— Drucksache 12/1247 —

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuß (federführend)
EG-Ausschuß

e) Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
Entschließung zum Friedensplan für die Westsahara

— Drucksache 12/1248 —

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuß (federführend)
EG-Ausschuß

f) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gernot Erler, Dr. Dietmar Matterne, Gerhard Neumann (Gotha), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
Verminderung der Truppenübungsplätze in der Bundesrepublik Deutschland und künftiges Truppenübungsplatz-Konzept für Streitkräfte (C)

— Drucksache 12/1487 —

Überweisungsvorschlag:
Verteidigungsausschuß (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuß für Fremdenverkehr

g) Beratung des Antrags der Abgeordneten Horst Sielaff, Fritz Rudolf Körper, Albrecht Müller (Pleisweiler), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
Einstellung aller Tiefflüge und Luftkampfübungen über bewohnten Gebieten

— Drucksache 12/1534 —

Überweisungsvorschlag:
Verteidigungsausschuß (federführend)
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

ZP 2 Erste Beratung des von den Abgeordneten Norbert Geis, Horst Eylmann, Herbert Helmrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Detlev Kleinert (Hannover), Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Jörg van Essen, Dr. Hermann Otto Solms und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über Fachanwaltsbezeichnungen nach der Bundesrechtsanwaltsordnung**

— Drucksache 12/1710 — (D)

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuß

ZP 3 Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes**

— Drucksache 12/1709 —

Überweisungsvorschlag:
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (federführend)
Rechtsausschuß

ZP 4 Beratung des Antrags der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Änderung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes

— Drucksache 12/1651 —

Überweisungsvorschlag:
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (federführend)
Rechtsausschuß

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Einverständnis? — Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 und Zusatzpunkt 5 auf:

4. a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth

(A)

Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht **(Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz — 1. SED-UnBerG)**

— Drucksache 12/1608 —

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuß (federführend)
Innenausschuß
Finanzausschuß
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Haushaltsausschuß mitberatend und gemäß § 96 GO

b) Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD

Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechts

— Drucksachen 12/168, 12/1055 —

c) Beratung des Antrags des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Rehabilitierung und Entschädigung der Verfolgten des Stalinismus und des DDR-Regimes (I) — Gesetzliche Regelungen für die Opfer strafrechtlicher Verfolgung und Internierung

— Drucksache 12/1439 —

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuß (federführend)
Innenausschuß
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Haushaltsausschuß

(B)

ZP5 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Rehabilitierung und Entschädigung der Verfolgten des Stalinismus und des DDR-Regimes (II): Gesetzliche Regelungen für die Opfer von Verwaltungsunrecht, Berufsverboten und anderen Formen von staatlichem Unrecht, die nicht vom 1. Unrechtsbereinigungsgesetz (1. UBG) berücksichtigt werden

— Drucksache 12/1713 —

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuß (federführend)
Innenausschuß
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Haushaltsausschuß

Nach einer Vereinbarung sind für die gemeinsame Aussprache zwei Stunden vorgesehen. — Einvernehmlich ist das beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster spricht der Bundesminister der Justiz, Herr Kinkel.

Dr. Klaus Kinkel, Bundesminister der Justiz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtsregimes** ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode. Ich persönlich habe den Opfern versprochen, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um ihnen zu helfen.

Der Ausgleich des 40 Jahre andauernden SED-Unrechts, das alle Lebensbereiche von 17 Millionen Menschen durchzog, ist eine gewaltige Herausforderung für den Rechtsstaat. Das SED-Regime hat Menschen systematisch zerbrochen und Lebensschicksale zerstört. Aus politischen Gründen wurden mißliebige Bürger strafgerichtlich verfolgt, in psychiatrische Anstalten gesteckt, zwangsausgesiedelt, an Ausbildung und Fortkommen gehindert. Die Waldheim-Prozesse gehören zu den düstersten Kapiteln der deutschen Geschichte.

(C)

Der vorliegende Entwurf soll zweierlei bewirken: Die Aufhebung von Unrechtsurteilen soll wesentlich beschleunigt werden; die Betroffenen sollen schneller und besser entschädigt werden.

Wir müssen vor allem schnell handeln. Viele der Opfer sind alt. Viele sind bereits verstorben. Und mit jedem Tag droht die Gefahr, daß für den einzelnen das Recht zu spät kommen könnte. Deshalb müssen Prioritäten dort gesetzt werden, wo das Unrecht am schwersten war und ist und wo Hilfe konkret, vor allem aus Altersgründen, nottut.

Ich bedanke mich für die vertrauensvolle, schwierige Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Entwurfs, besonders bei den fünf neuen Ländern und Berlin. Ich danke vor allem auch allen Betroffenen, die bei vielen, vielen Einzelgesprächen und in einer großen Anhörung am 24. Juni dieses Jahres mitgewirkt haben. Denn gerade für die Rehabilitierung kommt es entscheidend darauf an, direkt mit den Opfern, unmittelbar mit den Betroffenen zu sprechen und ihre Erfahrungen und Erlebnisse anzuhören.

(D)

In die Vorbereitung des Entwurfs waren die Verbände der Opfer, die Landesjustizverwaltungen und die Richter der Rehabilitierungs- und Kassationssenate einbezogen. Wir haben aus Tausenden von Schreiben Betroffener viel für unsere Arbeit gelernt und auch übernommen.

Ich will deutlich sagen, daß die Gespräche mit den Betroffenen nicht ohne innere Beklemmung geführt werden konnten. Für nicht Betroffene ist es schwer, das Unrecht, Unglück und Leid anderer zu ermessen und mitzuempfinden. Ich habe großen Respekt vor dem, was die gedemütigten Menschen durchgemacht und erlitten haben.

Mit ihrem Schicksal haben diese Menschen auch dazu beigetragen, daß es **nach 40 Jahren Diktatur** zu der schon fast nicht mehr erwarteten **Wiedervereinigung** gekommen ist. Neben dem Opfer an Lebensjahren und oft auch Opfer der Gesundheit eines jeden einzelnen war es vor allem auch die Arbeit der Verbände der Betroffenen, die den Willen und den Wunsch zur Wiedervereinigung in Freiheit wachgehalten haben. Ihr Verdienst war es auch, das Bewußtsein an dieses Unrecht erhalten zu haben. Auch dazu sind wir ihnen, wie ich glaube, zu Dank verpflichtet.

Aber auch gerade deshalb fällt mir das Folgende zu sagen besonders schwer. Unsere Kapazitäten sind leider begrenzt. Wir sind zwar ein wohlhabendes Land, aber selbst wenn wir alle unsere Kräfte zusammennehmen, können wir bei allerbestem Willen nicht alle Verletzungen ausgleichen. Zuviel an Unrecht ist geschehen. Eine allumfassende Alimentierung kann es leider nicht geben.

Bundesminister Dr. Klaus Kinkel

Offen ist einzugestehen: Wirkliche **Wiedergutmachung** kann den Opfern nicht mehr zugute kommen. Es liegt in der Natur der Sache, daß nur eine begrenzte Hilfe möglich ist. Natürlich werden vor allem auch die Betroffenen immer Kritik üben angesichts der Begrenztheit unserer Möglichkeiten. Ich wäre wahrhaftig gern auf alle Forderungen, die in diesem Zusammenhang gestellt worden sind, eingegangen; es ging eben nicht. Ich kann mich deshalb und will mich hier jetzt auch nicht mit allen Einzelforderungen, die in der Diskussion gestellt worden sind, auseinandersetzen. Ich hoffe trotzdem und glaube, daß der vorliegende Entwurf so gut wie möglich den wirklich berechtigten Interessen und Forderungen gerecht wird.

Was sieht der Gesetzentwurf vor? Er geht zunächst von der Prüfung eines jeden Einzelfalles aus, und das ist, wie ich meine, auch richtig so. Die Einwände gegen **die Einzelfall-** und den Wunsch nach **Pauschalrehabilitierung** teile ich nicht. Die pauschale Aufhebung ist nicht einfacher und bringt auch nicht schnellere Hilfe für die Opfer und weniger Arbeit für die Justiz. Mit pauschaler Rehabilitierung hat kein Opfer eine persönliche Bescheinigung über politische Verfolgung und auch keine Entschädigungsleistung in der Hand. Das deckt sich auch mit den Wünschen der Betroffenen, die ich aus vielen Briefen und persönlichen Gesprächen kenne. Die Menschen, die sich vor zwei Jahren friedlich den Rechtsstaat erkämpft haben, möchten jetzt von einem rechtsstaatlichen Gericht in jedem Einzelfall bescheinigt haben, daß sie früher zu Unrecht verurteilt wurden, daß ihnen Unrecht geschehen ist. Ich meine, darauf haben sie auch einen Anspruch.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das Gegenbeispiel der Tschechoslowakei, das in diesem Zusammenhang immer angeführt wird, wo zum Teil Pauschalaufhebungen vorgesehen sind, ist nicht passend und für unsere Fälle auch nicht zutreffend, weil sich auch dort in jedem Einzelfall ein justizförmiges Verfahren anschließt, in dem geprüft wird, ob das Opfer an der Rehabilitierung teilhaben kann.

Die Rehabilitierung erfolgt durch eine Generalklausel und durch einen **Regelaufhebungskatalog.** Die **Generalklausel** erfaßt alle Unrechtsurteile, die mit den wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sind. Die weite Formulierung ist notwendig, weil die Strafnormen der früheren DDR in fast allen Bereichen zur politischen Verfolgung mißbraucht werden konnten.

Mit dem Regelaufhebungskatalog werden die Straftatbestände erfaßt, die nach den vorliegenden Erkenntnissen zur politischen Verfolgung gedient haben. Wenn ein Betroffener nach diesem Katalog verurteilt worden ist, kann das Gericht ohne eingehende Prüfung die Aufhebung des Urteils verfügen. Damit wird bei vielen rechtsstaatswidrigen Verurteilungen eine deutliche Beschleunigung der Verfahren erreicht und den Betroffenen auf diese Art und Weise schneller geholfen.

Der Einigungsvertrag verpflichtet zur Gewährung einer **angemessenen Entschädigung.** Natürlich bin ich mir bewußt, wie unterschiedlich die Vorstellungen darüber sind, was nun angemessen ist. Unterschiede liegen z. B. darin, ob jemand als Betroffener sein eigenes Schicksal einklagt oder ob jemand als Steuerzahler sorgenvoll die nicht enden wollenden Kosten der deutschen Einigung im Auge hat. Ich meine, daß gerade bei der Rehabilitierung dieser letzte Gesichtspunkt am allerwenigsten durchgreifen dürfte.

(Gerlinde Hämmerle [SPD]: Sehr wahr!)

Eine Entschädigung von 300 DM je Haftmonat ist meines Erachtens angemessen. Ich möchte betonen, daß dies die überwiegende Meinung der alten und der neuen Länder ist.

Dieser Betrag orientiert sich an den bis Mitte der 60er Jahre gezahlten 150 DM je Haftmonat, die für die NS-Opfer geleistet wurden. Hinzu kommt eine Zahlung für die inzwischen eingetretene wirtschaftliche Entwicklung und den Geldwertverlust.

Meiner Meinung nach ist der von unterschiedlichen Seiten angeführte Vergleich mit der Entschädigung von 20 DM je Hafttag nach dem Gesetz über die Entschädigung von Strafverfolgungsmaßnahmen bei uns, in der früheren Bundesrepublik, schon im Ansatz falsch.

Bei der Rehabilitierung geht es um systembedingtes, systematisches, massenhaftes Unrecht und nicht um wenige Einzelfälle. Deshalb kann es leider auch nicht um eine volle, sondern nur — wie im Einigungsvertrag festgelegt — um eine angemessene Entschädigung gehen.

Die besondere Situation der Betroffenen in den neuen Ländern — und es war eine besondere Situation — führt zu einer monatlichen Erhöhung der Haftentschädigung um 150 DM auf insgesamt 450 DM je Haftmonat. Zusätzlich zu der Kapitalentschädigung erhalten diejenigen, die sich in einer wirtschaftlich besonders beeinträchtigten Lage befinden, weitere 150 DM Unterstützung je Haftmonat von der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. Dies gilt auch für Hinterbliebene. Zusammen wären das 600 DM, die denkbar sind; die Spanne liegt also zwischen 300 bis 600 DM.

Wer während der Haft eine Gesundheitsschädigung erlitten hat, erhält entsprechend der Minderung der Erwerbsfähigkeit Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz; außerdem werden die Haftzeiten bei der Berechnung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung als Ersatzzeiten rentensteigernd berücksichtigt.

Die auf diese Art und Weise deutlich verbesserten Entschädigungsleistungen im Vergleich mit den Leistungen des bisherigen Häftlingshilfegesetzes werden in vollem Umfang auch auf die Opfer der sowjetischen Militärtribunale und der Internierten erstreckt.

Eine Aufhebung von sowjetischen Hoheitsakten durch deutsche Stellen ist aus völkerrechtlichen Gründen leider nicht möglich. Doch auch diese Opfer haben einen Anspruch auf moralische Genugtuung. Deshalb setzt sich die Bundesregierung seit langem dafür ein, daß eine Rehabilitierung durch sowjetische Stellen erfolgt. In der Praxis ist das auch schon in mehreren Fällen geschehen.

Bundesminister Dr. Klaus Kinkel

(A) Bei meinem Besuch am 21. Oktober 1991 in Moskau bei dem damals amtierenden sowjetischen Justizminister und bei dem russischen Justizminister habe ich die Problematik der Aufhebung dieser Militärtribunalurteile nochmals angesprochen. Mir ist nachdrücklich und ausdrücklich versichert worden, daß die Sowjetunion bereit ist, in breitem Umfang zu rehabilitieren.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das ist ein gutes Ergebnis!)

Der deutsche Botschafter Blech hat in der Zwischenzeit allein 500 Rehabilitierungsfälle, die in seiner Botschaft vorgelegen haben, an die Sowjets übergeben. Ich gehe davon aus, daß dies, soweit es irgendwie geht, dort möglichst rasch abgearbeitet wird.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Es waren aber über 25 000 Fälle, Herr Minister!)

— Wir haben aber noch nicht alle Anträge vorliegen; ich gehe jedoch davon aus, daß auch nach der heutigen Bundestagsdebatte — nachdem ich das jetzt so dezidiert angesprochen habe — viele wissen und merken, daß sie solche Anträge stellen können. Das ist ja auch Sinn und Zweck dessen, was ich hier zu diesem Punkt gesagt habe.

Die vorgesehene **Kostenteilung zwischen Bund und Ländern,** die angegriffen worden ist, ist, wie ich meine, fair, und es sollte bei ihr bleiben; denn die SED-Hinterlassenschaft haben wir alle geerbt, Bund und Länder. Der Entwurf entspricht insofern der Lösung des Bundesentschädigungsgesetzes. Auch darin ist bei vergleichbaren Sachverhalten die Aufteilung (B) der Kosten zwischen Bund und Ländern vorgesehen.

Noch nicht erfüllt werden konnte leider der Prüfungsauftrag des Gesetzgebers bei den Bereichen berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung. Hier müssen wir noch weitere tatsächliche Aufklärungsarbeit im breitesten Umfang betreiben; denn eine rechtsstaatliche Gesetzgebung verlangt auch, daß zunächst Klarheit über den Gegenstand der ins Auge gefaßten Regelung erreicht wird. Zur Zeit laufen im Bundesjustizministerium die Überlegungen für eine künftige Regelung auf Hochtouren. Ich sage ausdrücklich zu, daß ich bemüht bin, auch insoweit bald zu abschließenden Vorstellungen zu kommen, obwohl dieses Kapitel ganz besonders schwierig ist.

Traurig ist auch, daß wir weitere besondere Sachaufklärung im Bereich der **Zwangsausgesiedelten** benötigen. Ich hatte mir ursprünglich vorgestellt, diesen Bereich mit in den vorliegenden Gesetzentwurf aufnehmen zu können. Leider war das nicht möglich.

Betroffen sind die Menschen, die Anfang der 50er und 60er Jahre von der ehemaligen innerdeutschen Grenze in das Innere der DDR zwangsumgesiedelt worden sind. Tausende von Menschen wurden bei Nacht und Nebel, zum Teil unter entwürdigenden Umständen, aus Haus und Hof verschleppt oder verhaftet. Sie wurden nicht nur willkürlich ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt, sondern sie wurden oft auch noch als unzuverlässige Elemente, ja, als Asoziale, Schieber oder Schmuggler diskriminiert. Ich verstehe die Schmach und den Zorn, die viele der Betroffenen empfinden.

(C) Ich habe mit Vertretern des Bundes der Zwangsausgesiedelten ausführlich gesprochen und dabei versucht, mir aus erster Hand ein Bild von den damaligen Vorgängen zu machen. Dabei mußte ich allerdings feststellen, daß insbesondere zu der von der DDR früher geleisteten Entschädigung noch erheblicher Aufklärungsbedarf besteht.

Obwohl ich mehrere Kommissionen aus dem Bundesjustizministerium in die neuen Länder geschickt habe, war es bis heute nicht möglich, eindeutig aufzuklären, wie die Abläufe waren. Eine solche Aufklärung ist mir auch bei meinen eigenen Gesprächen mit Frau Rothe und dem Verband der Zwangsausgesiedelten leider nicht gelungen. Wir werden mit Nachdruck alles versuchen, um auch hier zu baldigen Lösungen zu kommen.

Ich muß allerdings deutlich sagen, daß eben dann auch an diejenigen gedacht werden müßte, die in einer mit den Zwangsausgesiedelten vergleichbaren Weise von Unrechtsmaßnahmen betroffen waren und sind. Ich denke dabei z. B. an Menschen, die bei der **Zwangskollektivierung der Landwirtschaft** oder durch **Zwangsarbeit** benachteiligt wurden.

Im Bereich der verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung liegt also noch viel Arbeit vor uns. Ich möchte gerade den Zwangsausgesiedelten auch von dieser Stelle aus sagen: Ich bedaure außerordentlich, daß es nicht möglich war — ich sage das nochmals mit Nachdruck —, ihren Bereich schon jetzt in dieses Gesetz aufzunehmen.

Besonders schwierig wird es bei den **beruflichen Unrechtsfällen.** Hilfe benötigen die von schwersten (D) Unrechtsmaßnahmen Betroffenen und die Opfer der politischen Verfolgung, bei denen sich die berufliche Benachteiligung praktisch heute noch erheblich auswirkt. Soziale Ausgleichsleistungen sind hier notwendig. Was es bedeutet, das alles aufarbeiten zu müssen, brauche ich hier wohl nicht besonders zu betonen.

Ganz wichtig ist jetzt vor allem aber auch, daß in den neuen Ländern die dort zu Zehntausenden liegenden **Rehabilitierungsanträge und -verfahren** möglichst schnell abgearbeitet werden. Dafür müssen natürlich die erforderlichen Richter vorhanden sein. Auch das ist nach wie vor ein schwieriges Kapitel.

Zirka 17 000 Entschädigungsanträge allein aus den neuen Ländern liegen schon jetzt vor. Selbst der Verband der Opfer des Stalinismus hat immer nur mit 10 000 Anträgen gerechnet. Ich sage das, weil mir ständig vorgehalten wird, ich arbeitete mit überhöhten Zahlen. Während also der Verband mit 10 000 Anträgen rechnet, liegen schon jetzt 17 000 Anträge allein aus der früheren DDR vor, und täglich gehen mehr als 100 weitere Anträge ein.

Meine Damen und Herren, das ist die eine Seite der Rehabilitierung, sozusagen die technische.

Ganz wichtig ist: Auf keinen Fall darf man vor allem die **menschliche Seite** dieses Problems vergessen. Man kann nicht oft genug wiederholen: Mit eine Ursache für die Gott sei Dank friedlich gebliebene Revolution in der ehemaligen DDR war eben das Herbeisehnen des Rechts. Die Menschen hatten 40 Jahre SED-Unrecht und weitere Unrechtsjahre des NS-Staates endgültig satt. Sie haben alle auf das Recht

Bundesminister Dr. Klaus Kinkel

(A) gesetzt. Wenn wir jetzt, nach mehr als einem Jahr deutscher Einheit, aus dem Mund von Betroffenen die resignierende Feststellung hören „wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen", dann muß das schon ein wenig erschrecken.

Ich kann das irgendwo verstehen. Wir im Westen haben uns in 40 Jahren an unseren **Rechtsstaat** mit allen seinen zwangsläufigen Grenzen gewöhnt. Wir haben gelernt, daß Gerichtsverfahren oft lange dauern, und wir haben gelernt, daß der Gesetzgebungsprozeß eben leider langwierig, mühsam und ein steiniger Weg ist. Wir wußten, daß unser Rechtsstaat nicht perfekt sein kann. Dennoch wollen, brauchen wir ihn alternativlos, eben so, wie er ist.

Für die Menschen in der DDR, abgeschlossen hinter der Mauer, war dieser Rechtsstaat ein Ideal. Es folgt deshalb für viele jetzt der sehr schwierige Prozeß, Realität und Grenzen zu erfahren.

Das ist allerdings gleichzeitig Aufforderung und Mahnung an uns, im Bemühen um die Akzeptanz unseres Rechtswesens nicht nachzulassen. Nur wenn wir immer wieder miteinander reden und um Verständnis werben, kann es gelingen, ein gemeinsames Rechtsbewußtsein zu entwickeln. Und das brauchen wir; sonst wird es keine wirkliche innere Wiedervereinigung geben.

Leid kann nicht rückgängig gemacht werden. Wir können aber zuhören, Verständnis haben und zeigen. Ich bitte erneut die betroffenen Opfer — das sind Zehntausende von Menschen —, ohne verdrängen zu wollen, Vertrauen zu haben und sich nicht in Bitter- (B) keit zu verhärten.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und beim Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen — wir müssen! —, ob wir wollen oder nicht, gemeinsam den inneren Frieden finden und die Kraft zur Versöhnung aufbringen. Sonst werden die Kräfte für die Zukunft nicht frei, und wir schleppen die Lasten der Vergangenheit immer weiter mit uns mit.

Die Rehabilitierung der Opfer des 40jährigen SED-Unrechts-Regimes duldet keinen Aufschub. Wir dürfen nicht das Gefühl entstehen lassen, als wären diese Menschen zum zweitenmal Opfer geworden, als würde sich der Rechtsstaat jetzt nicht um sie kümmern.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb habe ich die dringende Bitte an das Parlament, gerade diesen Gesetzentwurf so schnell wie irgend möglich zu behandeln. Ich sage nochmals, was ich eingangs gesagt habe: Die Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtsregimes ist eine der wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Ich erteile jetzt das Wort dem Abgeordneten Hans-Joachim Hacker. (C)

Hans-Joachim Hacker (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat lange gedauert — nach unserer Meinung zu lange —, bis die Bundesregierung die Verpflichtung gemäß Art. 17 des Einigungsvertrags eingelöst hat und dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur **Wiedergutmachung für die Opfer des kommunistischen Unrechts** zur Beschlußfassung vorgelegt hat.

Diese Kritik der SPD-Fraktion kennt der Bundesjustizminister. Er kennt auch unsere Initiativen, die wir insbesondere im Februar eingeleitet haben, um dieses Thema auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestags der 12. Legislaturperiode zu setzen, nämlich mit der ersten großen parlamentarischen Anfrage dieser Legislaturperiode.

Dieser Gesetzentwurf hätte wegen seiner fundamentalen Bedeutung für die Menschen im geeinten Deutschland eher vorgelegt werden müssen. Es bleibt bei unserer Kritik, daß es die Bundesregierung und die sie tragende Koalition mit der Wiedergutmachung für die Opfer des kommunistischen Unrechts, insbesondere für die von diesem Regime strafrechtlich Verfolgten, zu jahrelanger Haft Verurteilten, Internierten, in psychiatrische Anstalten Gesperrten, nicht so eilig hatte wie mit der Regelung der Rückgabe von Vermögen.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich wurde verkannt, daß es hierbei um (D) die Glaubwürdigkeit unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats geht und darum, wie ernst wir es alle mit den Bemühungen um Verwirklichung der Gerechtigkeit meinen.

Auf dem zweiten Bautzener Forum im April dieses Jahres wurde zu Recht darauf hingewiesen, daß über **Gerechtigkeit** für die Opfer der kommunistischen Diktatur noch viel zuwenig gesprochen wird und die damit verbundenen Fragen im Bewußtsein der Öffentlichkeit noch nicht den Platz einnehmen, den sie verdienen. Es wurde auch auf die Bedeutung der Wiedergutmachung an den Opfern für die Aussöhnung in unserem Lande hingewiesen. Diese Mahnung gilt auch heute noch ohne jegliche Abstriche, ja, mit jedem Tag der weiteren Verzögerung einer gerechten Regelung dieser Frage gewinnt sie an Bedeutung.

Trotz der kritischen Bemerkungen zum späten Zeitpunkt der Einreichung des Gesetzentwurfs und einiger noch vorzutragender Hinweise auf Ergänzungen und Veränderungen aus unserer Sicht erkennen wir an, daß der Bundesjustizminister eine ganze Reihe von Forderungen der Betroffenen, die wir immer unterstützt haben, bei der Abfassung des Gesetzentwurfs berücksichtigt hat. Er kann sicher sein, daß er in der SPD-Fraktion bei der Beratung des Gesetzentwurfs in den Ausschüssen einen fairen Partner haben wird.

Auch wir sind dafür, daß es zu einer **Beschleunigung** kommt. Wir haben diese Bereitschaft in der Vergangenheit insbesondere beim Hemmnissebeseitigungsgesetz unter Beweis gestellt.

Hans-Joachim Hacker

(A) Die beiden Anhörungen im Sommer dieses Jahres waren richtig. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Interessen der Betroffenen auch bei der Behandlung der Problematik im Bundesrat Berücksichtigung finden werden.

Ausdrücklich möchte ich die Bestimmungen des Gesetzentwurfs begrüßen, die eine Vereinfachung und eine Beschleunigung des Verfahrens ermöglichen und die Betroffenen schneller zu ihrem Recht kommen lassen wollen, aber auch eine erhebliche Entlastung der Justiz bringen können.

Angesichts der Personalprobleme in den Gerichten der neuen Länder muß dieser Entlastungseffekt für die Justiz hoch angerechnet werden.

Das bezieht sich insbesondere auf die Bestimmungen des § 1 Abs. 2 des Gesetzentwurfs zur **Aufhebung der Entscheidungen der sogenannten Waldheimer Prozesse.** Bei den Urteilen in diesen Prozessen geht der Gesetzentwurf richtigerweise davon aus, daß diese wegen der besonders eklatanten Verstöße gegen grundlegende Verfahrensgarantien als nicht mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen Ordnung vereinbar anzusehen sind. Dieser Denkansatz für eine gesetzliche Regelung wird von uns unterstützt. Wir meinen, daß wir im Zuge der Beratung des Gesetzentwurfs darüber nachdenken müssen, ob wir zu einer solchen Generalisierung nicht auch bei anderen Straftatbeständen des ehemaligen DDR-Rechts, des politischen DDR-Rechts, kommen sollten.

Im Rechtsausschuß sollte im Zusammenhang mit (B) den von der SPD als unverzichtbar angesehenen weiteren Anhörungen der Betroffenen nochmals geprüft werden, ob nicht weitere Vereinfachungen angezeigt wären. Dabei wird es darauf ankommen, in Erfahrung zu bringen, ob es tatsächlich einem Bedürfnis vieler Betroffener entspricht — wie in Nr. 15 der Begründung zu § 1 ausgeführt wurde —, die Rechtsstaatswidrigkeit ihrer Verurteilung individuell bestätigt zu bekommen. Sie hatten das, Herr Bundesjustizminister, so vorgestellt. Ich denke, das wird bei vielen Betroffenen ein Wunsch sein. Aber wir werden auch zu prüfen haben, ob es nicht doch Gruppen gibt, die sagen: Ich will nicht mehr vor ein Gericht. Ich will ein erneutes Verfahren nicht mehr. Ich möchte vom Gesetzgeber, vom Deutschen Bundestag pauschal rehabilitiert werden. Das ist ein Punkt, über den wir nachdenken müssen.

Des weiteren sollte geprüft werden, ob entsprechend dem Antrag des Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann und der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE in der Bundestagsdrucksache 12/1439 bei einer Reihe spezifischer Straftatbestände, die der Kriminalisierung politisch Andersdenkender diente, eine generelle Aufhebung erfolgen sollte; ich hatte das angesprochen.

Herr Minister, Sie haben auf entsprechende Regelungen in der CSFR verwiesen. Ich denke, das Entscheidende wird hier sein, die Interessenlage der Betroffenen zu berücksichtigen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion begrüßt des weiteren ausdrücklich, daß in Übereinstimmung mit den von ihr seit jeher und wiederholt (C) erhobenen Forderungen in den Gesetzentwurf Regelungen zur Entschädigung von Personen Eingang gefunden haben, die durch Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht ihrer Freiheit beraubt worden sind; dies begrüßen wir.

Es muß aber zur **textlichen Abfassung** des Gesetzentwurfs gesagt werden, daß man die Betroffenen bei den Formulierungen, die im Entwurf enthalten sind, auf die Einbeziehung dieser Gruppe in die sozialen Ausgleichsleistungen auf andere geeignete Weise hinweisen muß, wenn das Gesetz sprachlich nicht verändert wird. Eine klare Sprache, die von den Betroffenen ohne Rechtshilfe verstanden wird, ist nötig. Für den juristisch nicht Vorgebildeten ergibt sich aus dem Juristen- bzw. Bürokratendeutsch der Formulierung des § 25 Abs. 2 Nr. 2 nicht ohne weiteres der dargestellte und gewollte Anspruch.

An diesem Beispiel wird die Notwendigkeit, sich bei der Abfassung von Gesetzen einer für die Bürger verständlichen Ausdrucksweise zu befleißigen — ich meine, das gilt nicht nur für die neuen Länder, sondern auch für die alten Länder —, erneut deutlich.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem Bündnis 90/GRÜNE und der PDS/Linke Liste)

Es ist der Wille des Verfassers des Gesetzentwurfs und auch Wille des Parlaments, am Ende deutlich ausgedrückt zu haben, daß für alliiertes Unrecht Rehabilitation bzw. Entschädigung gewährt werden sollen. Das ist ein Punkt, auf den ich noch zu sprechen komme.

(D) Neben der Kritik an der textlichen Abfassung des Gesetzentwurfs an mehreren Stellen noch weitere Hinweise und Überlegungen zur künftigen Prüfung: Haben die von derartigen Maßnahmen Betroffenen nicht auch den Wunsch, daß die Rechtsstaatswidrigkeit der an ihnen vollzogenen Maßnahmen in einem wie auch immer gearteten **Rechtsakt** zum Ausdruck kommt? Ich meine: ja. Die Standbilder von Lenin, Stalin, Dscherschinski und anderen kommunistischen Machthabern werden wegen der von ihnen begangenen Verbrechen in ihrer eigenen Heimat bei großer Öffentlichkeit und unter Beifall der bisher Unterdrückten gestürzt; die Unrechtsakte ihrer Parteigängernachfolger, Befehlsempfänger und Ausführenden aber sollen nicht als solche benannt sein. Das darf nicht sein.

Wenn die Bundesregierung, aus welchen Gründen auch immer, die Aufhebung der Unrechtsakte auf diplomatischem Weg nicht einfordert — Sie, Herr Kinkel, haben heute gesagt, es werde betrieben; was ich begrüße —, frage ich: Was können, ja, was müssen wir tun, um die schlimmen Unrechtstaten durch einen eigenen Rechtsakt der Bundesrepublik Deutschland, also des Deutschen Bundestages, als solche zu bezeichnen, um damit den Betroffenen Genugtuung zu verschaffen?

Wir unterstützen alle diplomatischen Initiativen einer Rehabilitierung durch die Verursacherstaaten und meinen auch, daß damit für die Staaten ein Beitrag zur Aussöhnung in Europa geleistet wird. Es geht dabei nicht um die Frage, die Verantwortlichkeit Deutschlands für das im deutschen Namen begangene Un-

Hans-Joachim Hacker

(A) recht in Frage stellen oder mildern zu wollen. Es geht darum, im geeinten europäischen Haus Frieden zu schaffen.

Weiter zu diesem Komplex: Es sollte geprüft werden, in den Kreis der Entschädigungs- und Versorgungsberechtigten auch die Menschen aufzunehmen, die Unrechtsmaßnahmen anderer Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, erlitten haben. Das bezieht sich insbesondere auf die vielfältigen **Internierungen** in Arbeitslagern, aber auch auf andere Formen der Beeinträchtigung in verschiedenen Anrainerstaaten.

Um Fehldeutungen zu vermeiden und vorzubeugen: Es geht nicht um die zu Recht in Gewahrsam genommenen und verurteilten Nazi- und Kriegsverbrecher, sondern es geht uns um die Menschen, die nur deswegen Unrecht erlitten haben, weil sie Deutsche waren, ohne daß sie an den Verbrechen der Nazi-Führung schuldig waren.

Einen weiteren Mangel des Gesetzentwurfs sehe ich darin, daß er die Unterdrückung und Benachteiligung politisch Andersdenkender in Form des **Verwaltungsunrechts** und der **beruflichen Benachteiligung** entgegen den von uns unterstützten Forderungen der Betroffenen nicht in die Regelung einbezieht.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Aber das kommt doch noch, Herr Kollege!)

— Herr Geis, ich komme noch dazu.

Wir stimmen mit der Regierung darin überein, daß die in diesem Zusammenhang zu regelnden Fragen (B) kompliziert und schwer lösbar sind. Das ist richtig. Aber die Bundesregierung hatte immerhin über ein Jahr Zeit für Untersuchungen, Anhörungen und die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen.

(Beifall bei der SPD — Norbert Geis [CDU/CSU]: Sie können doch vierzig Jahre Unrecht nicht in einem Jahr aufheben!)

— Da haben Sie recht. Das hätten wir in diesen Gesetzentwurf nicht alles packen können.

Ich komme jetzt zu einem speziellen Problem, das insbesondere die Genugtuung für die und Wiedergutmachung an den Zwangsausgesiedelten betrifft. Auf diese Frage haben im Bundesrat ja einige Justizminister hingewiesen. Ich verweise auf die Ausführungen des thüringischen Justizministers Dr. Jentsch und des brandenburgischen Justizministers Dr. Bräutigam. Sie haben nachdrücklich darauf hingewiesen. Ich schließe mich diesen Ausführungen inhaltlich an.

Die Wiedergutmachung des den **Zwangsausgesiedelten** zugefügten Unrechts hatte die SPD-Bundestagsfraktion zuletzt in ihrer Kleinen Anfrage vom 9. Oktober 1991 in der Bundestagsdrucksache 12/1280 gefordert. Die Antwort der Bundesregierung, Herr Justizminister, vom 24. Oktober 1991 in der Drucksache 12/1377 ist für die Betroffenen und auch für uns als Fragesteller völlig unbefriedigend.

Die Bundesregierung erkennt offenbar nicht, daß die Enteignungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Zwangsaussiedlungen gegenüber anderen Enteignungsmaßnahmen in der Zeit nach 1945 Besonderheiten aufweisen, die einer gesonderten rechtlichen (C) Bewertung unterzogen werden müssen.

(Beifall bei der SPD — Norbert Geis [CDU/CSU]: Aber das wollen wir doch!)

— Aber nicht im Gesetzentwurf!

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Ich habe ja gesagt: Das kommt noch!)

— Herr Geis, ich komme auch noch dazu, welche Konsequenzen aus diesen Verzögerungen resultieren.

Dadurch, daß der vorliegende Gesetzentwurf keine Regelung zur Wiedergutmachung dieses Teils des Unrechts enthält, wird von der Bundesregierung hingenommen, daß die Rechtslage auf diesem Gebiet weiter unklar bleibt. Die Folge, auf die ich auch hier hinweisen muß, ist, daß die Behörden der neuen Bundesländer und die Kommunen über die vorliegenden Anträge auf **Rückgabe von Immobilien** nicht entscheiden können. Die Treuhand verwaltet diese Grundstücke und überträgt nicht.

Es können hier am Ende nicht fiskalische Überlegungen im Vordergrund der Betrachtung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn jetzt in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage gesagt wird, daß wegen der getätigten Entschädigungen grundsätzlich auszuschließen ist, daß Restitutionsansprüche entstehen, so trifft das die Betroffenen und, ich meine, auch uns Parlamentarier mitten ins Gesicht.

Alle diejenigen, die sich mit dieser Problematik in den neuen Ländern beschäftigt haben, kennen die (D) Umstände, unter denen die Zwangsaussiedlungen vorgekommen sind, und die Folgen, die daraus entstanden sind. Ich möchte auch an dieser Stelle auf die Folgen für die Bewußtseinsentwicklung bei den Betroffenen hinweisen, die bürokratische Kälte empfinden und das Fehlen von Sensibilität in dieser Problematik spüren.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Wird ihnen das auch nicht eingeredet?)

— Das wird ihnen nicht eingeredet.

(Gegenrufe von der SPD)

Herr Geis, Sie waren doch selber im August dieses Jahres mit Herrn Helmrich in Schwerin und haben sich dort vor Ort von den Belangen der Betroffenen überzeugt. Es ist kein Einreden. Es ist eine Äußerung des Unrechts, das diesen Betroffenen widerfahren wird.

Keiner im Bundestag kann diesen Punkt zur politischen Profilierung benutzen. Das ist auch nicht unser Anliegen.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das ist keine Frage!)

Ich meine nicht, daß hier ein Einreden vorliegt. Es ist ein Irrtum und muß für die Betroffenen wie eine Verhöhnung klingen, wenn Deutschen, die aus der DDR in die Bundesrepublik gegangen sind — aus welchen Gründen auch immer; ich sage hier: aus für uns akzeptablen und voll nachvollziehbaren Gründen —, ein Recht auf Rückgabe von Eigentum zugestanden wird,

Hans-Joachim Hacker

(A) aber das Eigentum derer, die die Zeit in der DDR ausgehalten haben, nicht in der gleichen Weise zurückgegeben werden soll.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE — Norbert Geis [CDU/CSU]: Warten wir erst einmal ab!)

— Ich beziehe mich auf die Aussage der Regierung, die in der Antwort auf die Kleine Anfrage zur Kenntnis gegeben wird. Lesen Sie bitte die Anfrage und die Antwort durch. Ich bin bereit, sie Ihnen heute nachmittag persönlich zu übergeben.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Ich kenne die Anfrage und die Antwort!)

— Dann dürften Ihre Fragen eigentlich so nicht gestellt werden.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE — Norbert Geis [CDU/CSU]: Vielleicht haben Sie das nicht richtig verstanden!)

— Doch, ich habe es verstanden. Ich befinde mich an der Stelle auch in Übereinstimmung mit dem Bundesjustizminister, der diese Maßnahmen als systembedingtes politisches Unrecht erkennt und auch nach seinen Auffassungen systembedingtes politisches Unrecht wiedergutmachen will. Ich frage mich, warum es nicht eine schnelle Entscheidung gibt. Die Betroffenen warten darauf.

Es muß an dieser Stelle auch noch einmal ein anderes Problem aufgegriffen werden. Viele Redner haben (B) sich in den zurückliegenden Wochen mit der Sprachschöpfung **„Beitrittsgebiet"** auseinandergesetzt. In diesem Gesetzentwurf finden wir wieder dieses Kunstwort „Beitrittsgebiet". Ich weiß nicht, was die Bürger in den neuen Ländern darunter verstehen sollen. Wir sind ja kein Indianerstamm aus einem Reservat. Wir haben in Deutschland gelebt. Die Teilung Deutschlands als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges ist nicht durch die Betroffenen verursacht worden. Wir sollten uns angewöhnen, solche Kunstschöpfungen, die auch mentale Bedeutung haben, zu vermeiden, vor allem in einem solchen Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Zu einem rechtstheoretischen Problem. Hinsichtlich der Zuständigkeit für die Prüfung der Versagungsgründe des § 16 Abs. 2 möchte ich mich der von Minister Dr. Bräutigam geäußerten Auffassung anschließen, daß das Gericht diese prüfen soll; ich verweise dazu auf die von ihm gegebenen Begründungen. Es kann nicht den Landesjustizverwaltungen zugemutet werden, über derartige Fragen zu entscheiden.

Die Regelungen des Gesetzentwurfes zu den Entschädigungsleistungen können nicht befriedigen. Kritik daran wurde auch schon im Bundesrat vorgetragen. Zu diesem Komplex wird mein Kollege Rolf Schwanitz sprechen. Ich möchte an dieser Stelle auf die Problematik nur verweisen.

Noch einige Hinweise zur Notwendigkeit, die **Überschrift** des Gesetzentwurfes zu überdenken. Der Begriff „Beitrittsgebiet" ist ein solches Problem. Der (C) Titel „SED-Unrechtsbereinigungsgesetz" ist ein weiteres Problem.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, hinter der Bezeichnung „SED-Unrechtsbereinigungsgesetz" verbirgt sich — ungewollt — die Gefahr einer unrichtigen Geschichtsdarstellung. Bereinigt kann dieses Unrecht für die Betroffenen nicht werden, ebensowenig wie Geschichte bewältigt werden kann.

Diesem Irrtum waren die Bildungsideologen in der DDR — aber nicht nur sie — verfallen. Die Quittung dafür haben wir heute auf den Straßen von Hoyerswerda, aber nicht nur dort, sondern auch in Westdeutschland, in den alten Ländern.

Für das Unrecht in der ehemaligen DDR ist selbstverständlich in erster Linie die SED verantwortlich, die die Führungsrolle umfassend in Anspruch genommen hatte und diese sogar in der Verfassung festschreiben ließ.

Aber es darf nicht vergessen werden, daß alle politisch Verantwortlichen in der ehemaligen DDR, die der SED zustimmten, für die Unrechtstaten im Namen des Staates mitverantwortlich sind. Ich weiß, das ist eine heikle Frage. Wir können dieser Frage aber nicht ausweichen.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

In diesem Zusammenhang möchte ich nur das **Grenzgesetz** der DDR erwähnen, dem auch Mandatsträger der alten Blockparteien in der Volkskammer — nicht in der letzten Volkskammer, sondern in einer (D) vorhergehenden — zugestimmt haben. Dieses Grenzgesetz bildete die sogenannte Rechtsgrundlage für die Schüsse auf unbewaffnete Flüchtlinge an der Mauer und an der sogenannten Staatsgrenze West.

Auf dieses Gesetz beruft sich neuerdings sogar dessen Urheber, **Erich Honecker,**

(Dr. Hans de With [SPD]: So ist es!)

um an diesem Beispiel seine Unschuld zu beweisen.

(Dr. Hans de With [SPD]: Schlimm genug!)

Ich denke, die meisten der anwesenden Kolleginnen und Kollegen haben das letzte Interview mit dem ehemaligen Staatsratsvorsitzenden gesehen.

(Gerlinde Hämmerle [SPD]: Ein Skandal war das!)

Ich meine, das schlägt all denen, die jetzt bereit sind, Geschichte aufzuarbeiten — nicht: zu bewältigen —, mitten ins Gesicht, wenn er sich hinstellt und sagt: Ich war nicht verantwortlich; es waren diejenigen in den damaligen Gremien. Natürlich haben auch sie die Verantwortung. Die Hauptverantwortung hat die SED, hat er persönlich mitzutragen. Aber es war auch die Mitverantwortung der anderen, die fleißig die Hände gehoben haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich komme auf das Problem der Landenteignungen und der Maßnahmen im Bereich der **Landwirtschaft** zurück. An den Maßnahmen des sogenannten sozialistischen Frühlings in der DDR im Jahr 1960, der

Hans-Joachim Hacker

(A) Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, haben ganz aktiv Funktionäre der sogenannten Demokratischen **Bauernpartei** Deutschlands teilgenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Nicht wenige — das trifft nicht nur auf die damaligen oberen Funktionsträger der Demokratischen Bauernpartei zu, sondern auch auf andere — wollten viele SED-Mitglieder links überholen. Es ist eine Ungerechtigkeit, wenn wir heute diese Verantwortung in Frage stellen und die Verantwortung von Führungskadern in den Blockparteien niedriger ansiedeln als die Verantwortung kleiner Mitglieder der ehemaligen SED.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Erinnern wir uns noch an die damals gängigen Schlagworte auf dem Lande in der DDR. Dort hieß es auf breiten Spruchbändern zum Hohn für die Bauern und Bäuerinnen auf dem Dorfe: „Ohne Gott und Sonnenschein fahren wir die Ernte ein."

Heute sitzen diejenigen, zumindest einige, die damals in der Bauernpartei waren, auf gut gepolsterten Parlamentssitzen und geben jetzt vor, christliche Politik in den neuen Ländern machen zu wollen.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Müssen Sie Ihre Darstellung nicht ein bißchen differenzieren? — Zuruf von der FDP: Selbst in der eigenen Partei! — Dr. Hermann Otto Solms [FDP]: Was ist denn mit Ihrer Kampagne, ehemalige SED-Mitglieder aufzunehmen?)

(B) — Ich meine die Verantwortlichen. Sie haben mich doch gut verstanden. Es geht doch nicht um diejenigen, die keine politische Verantwortung getragen haben.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das sind immer so pauschale Vorwürfe!)

— Herr Geis, ich rede doch nicht pauschal. Hören Sie doch bitte mal zu!

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Ich höre sehr genau zu!)

— Ich bin weder in einer Verurteilung pauschal noch in der Anfrage nach der Verantwortung gegenüber den Blockparteien, genausowenig wie ich pauschal in der Verurteilung gegenüber Mitgliedern der SED bin.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Sagen Sie doch mit Namen, wen Sie meinen!)

— Ich möchte die Pietät hier wahren. Wenn Sie die Namen genannt haben wollen, dann gehen Sie bitte in den Landtag von Schwerin. Dort sitzen Abgeordnete aus dem Kreis Hagenow.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Die haben damals in der Bauernpartei, heute in der CDU, das Grenzgesetz mit beschlossen. Die waren im Rat des Kreises aktiv für die Durchführung des sogenannten sozialistischen Frühlings 1960 zuständig. Ich

(C) erspare mir, auch ein bißchen aus Rücksicht auf die Familien, hier die Namen auszusprechen. Ich bin gerne bereit, Ihnen die Namen zu nennen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE — Dr. Hans de With [SPD]: Sehr peinliche Zwischenrufe, muß ich schon sagen!)

— Liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie bitte immer daran, welche — —

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Denken Sie an Ihre eigene Partei und die Vergangenheit Ihrer eigenen Partei!)

— Herr Geis, das sind doch Vergleiche, die überhaupt nicht treffen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Genau in diesem Zusammenhang! — Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Genau in diesem Zusammenhang!)

— Ich denke, Herr Geis, es paßt auch nicht zum Thema unseres Gesetzes, daß wir uns jetzt im kleinen politischen Hickhack streiten.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Wer hat denn angefangen?)

Wir sind doch für eine reale Geschichtsdarstellung. Oder wollen Sie diesen Teil der jüngeren DDR-Geschichte schon nach zwei Jahren verdrängen?

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE — Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Keiner will das!)

(D) Das ist nämlich auch der Punkt, weshalb heute in den neuen Ländern die Politikverdrossenheit und die Verdrossenheit gegenüber den Politikern so groß ist. Das können wir hier doch nicht mittragen. Deshalb rufe ich Sie auf: Setzen Sie das — —

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Wenn Sie Mecklenburg sagen, denken Sie mit an Ihre eigene Partei! Jeder hat Probleme in dieser Beziehung!)

— Die Probleme verdrängen wir doch nicht. Ich kann Ihnen auch sagen, daß wir mit der Aufarbeitung dieses Teils, der ja nicht aus der Vergangenheit unserer Partei resultiert, sondern aus dem Stasi-Sumpf, und mit diesen Problemen fertig werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluß feststellen:

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hans-Joachim Hacker (SPD): Ja, gerne.

Michael Stübgen (CDU/CSU): Herr Kollege, können Sie sich vorstellen, daß zur Politikverdrossenheit auch beiträgt, daß die SPD in den neuen Bundesländern jetzt verstärkt **ehemalige SED-Mitglieder** aufnimmt?

(Lachen bei der SPD)

Hans-Joachim Hacker (SPD): Ich danke Ihnen für diese Frage. Sie wird mir seit anderthalb Jahren im-

Hans-Joachim Hacker

(A) mer wieder vorgehalten. Zum ersten Mal war das kurz vor der letzten Volkskammerwahl, als mir im Wahlkreis die Bürger, mit denen wir das Gespräch gesucht haben, sagten: Zwei Gründe sind es, weshalb wir die SPD nicht wählen können. Erstens ist die SPD das Auffangbecken der SED. Zweitens hat die SPD kein Geld, um die deutsche Einheit zu finanzieren.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich bin von beiden Argumenten fast erschlagen worden, weil konkret bei uns im Bezirk Schwerin und auch in den anderen Bezirken die Mitglieder aus der SED eine so verschwindende Anzahl stellten. Ich kann es in Prozenten hier nicht ausdrücken. Vielleicht waren es zwei Prozent, vielleicht waren es auch drei Prozent.

(Siegfried Vergin [SPD]: Vielleicht auch bloß ein Prozent!)

Ich sage Ihnen hier auch zu dem anderen Problem, von dem ich schon gesprochen habe. Es geht mir nicht um die Globalverurteilung aller Menschen in der ehemaligen DDR, die aus irgendwelchen Gründen irgendwann in eine Partei gegangen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU])

Es geht mir um die Verantwortlichkeit von Menschen, die unter den DDR-Bedingungen politische Verantwortung getragen haben und die, obwohl sie für die Wende nichts getan haben, jetzt nach der Wende meinen, wieder ihr Süppchen kochen zu können. Darum geht es mir.

(B) (Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Herr Kollege, auf die Frage, welche Partei Geld hat und welche Partei kein Geld hat, erspare ich mir die Antwort. Wer das verfolgt hat, weiß, wie die Finanzierung in den neuen Ländern erfolgt. Das ist nicht mit den Geldern der CDU machbar, sondern nur mit dem Geld der Steuerzahler und am Ende durch das Engagement der Wirtschaft.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Um so größer ist die Kompetenz!)

Lassen Sie mich zum Schluß feststellen: Der vorgelegte Gesetzentwurf bildet trotz der Mängel und dieses Disputs eine **gute Grundlage** für die Beratung in den Ausschüssen. Der Rechtausschuß wird die Federführung übernehmen.

Die SPD-Fraktion, Herr Bundesminister, ist zu einer fairen und sachlichen Erörterung der Probleme bereit. Das wissen Sie. Im Interesse der Vervollkommnung des Gesetzentwurfs schlagen wir — ohne damit die Beschleunigung gefährden zu wollen, die wir mitunterstützen — vor, eine **öffentliche Anhörung** der Betroffenen durchzuführen. Das würde es uns ersparen, die Kritik im nachhinein entgegennehmen zu müssen. Ich bitte Sie, dieses Anliegen mit zu unterstützen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/GRÜNE)

(C) **Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Das Wort hat der Abgeordnete Norbert Geis.

Norbert Geis (CDU/CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hacker, Sie haben über eine weite Strecke eine sehr sachliche und sachbezogene Rede gehalten, für die ich Ihnen sehr danke.

(Detlev von Larcher [SPD]: Über die ganze Strecke!)

Aber Sie haben doch nicht verhindern können, daß zum Schluß parteipolitische Polemik mit Ihrer Bemerkung über die Blockflöten und über die **Blockflötenpartei** aufgekommen ist.

(Detlev von Larcher [SPD]: Ja und? Unglaublich!)

Hier sollten Sie eines berücksichtigen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD! Die Bevölkerung der vormaligen DDR hat in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit in einer freien Wahl

(Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE]: 40 %, Herr Geis!)

gerade dieser Partei, die Sie so hämisch bedenken, die Mehrheit sowohl in den Ländern als auch bei der Wahl zum Bundestag erteilt.

(Detlev von Larcher [SPD]: Na und?)

Ich bitte Sie, diese Entscheidung zu achten, wie es ordentlichen Demokraten geziemt.

(Beifall bei der CDU/CSU — Detlev von Larcher [SPD]: Sind sie deswegen keine Blockflöten gewesen? Das ist doch lächerlich!)

(D) **Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Herr Abgeordneter Geis, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hacker?

Norbert Geis (CDU/CSU): Ich möchte jetzt erst meine Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt beginnen. Herr Hacker, ich scheue keine Zwischenfrage; aber lassen Sie mich zunächst einmal einen Teil meiner Ausführungen beenden.

(Dr. Hans de With [SPD]: Die Frage hätten Sie inzwischen schon beantworten können!)

Die politische Wiedervereinigung ist am 3. Oktober vollzogen worden. Den Weg der **inneren Wiedervereinigung,** den Weg des Zusammenwachsens der Bevölkerung zwischen Ost und West haben wir zu einem guten Teil noch vor uns. Die wichtigsten Tugenden auf diesem Weg sind Geduld und Verständnis füreinander. Das gilt auch für die Betätigung von Mitgliedern dieses Hauses und überhaupt für die politische Betätigung von Männern und Frauen in den neuen Bundesländern.

Diese innere Wiedervereinigung erfordert, wie ich meine, eine große Integrationsleistung. Es kommt darauf an, daß die Menschen in den neuen Bundesländern ebenso wie die Menschen in den westlichen Bundesländern bereit sind, die nun größer gewordene Bundesrepublik Deutschland als ihr Vaterland anzuerkennen und zu lieben.

Norbert Geis

(A) Ohne Zweifel ist deshalb zunächst erforderlich, daß die materielle Hilfe fließt und daß wir so schnell wie möglich gleichartige Lebensverhältnisse in Ost und West erhalten. Hier sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Der Bundeshaushalt 1992 wird von der deutschen Wiedervereinigung bestimmt. Die Situation in den neuen Bundesländern hat sich zweifellos verbessert. Das kann man allenthalben feststellen, wenn man dorthin fährt.

Aber der Traum vom materiellen Wohlstand war längst nicht das einzige Motiv der Menschen, die damals hinter Stacheldraht und Eisernem Vorhang den bleiernen Mantel des Sozialismus abgeworfen haben. Die Menschen, die in den Oktobertagen 1989 aus den Kirchen herausgeströmt und mit den Kerzen in der Hand auf die Straßen gegangen sind, haben vor allem Gerechtigkeit und Freiheit gesucht, und sie hatten den Traum, diese Gerechtigkeit und Freiheit in unserem **freiheitlichen Rechtsstaat** verwirklichen zu können.

In der Tat: Bei aller Kritik und bei allen Vorbehalten gegen unseren freiheitlichen Rechtsstaat gibt es keine Alternative zu ihm. Für die innere Wiedervereinigung ist es deshalb von größter Wichtigkeit, wie weit und wie schnell sich die Menschen in den neuen Bundesländern sich mit diesem freiheitlichen Rechtsstaat identifizieren können. Dies ist eine Aufgabe, die wir alle zusammen in Ost und West zu meistern haben.

Das Recht spielt dabei eine ganz entscheidende Rolle. Es geht um den schnellen Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen in der vormaligen DDR. Es geht,
(B) Herr Hacker, um die Verfolgung von Regierungskriminalität, aber auch von Wiedervereinigungskriminalität. Es geht zum dritten — und das ist das Thema heute und das scheint mir der wichtigste Punkt dabei zu sein — um die Rehabilitierung.

An erster Stelle steht der **Aufbau der rechtsstaatlichen Institutionen.** Das ist eine schwierige Aufgabe. Neun von zehn Führungskräften aus der vormaligen DDR haben der SED angehört. Ich gebe zu, es existieren immer noch die alten Seilschaften. Ich gebe zu, daraus erwachsen in den Menschen der vormaligen DDR Frustration und Mißtrauen gegen diesen Staat. Unser Rechtsstaat ist aber gerade auf Vertrauen angelegt. Ohne Vertrauen, ohne Zutrauen zu den Institutionen kann der Rechtsstaat nicht funktionieren. Deshalb ist es notwendig, daß wir ganz schnell zu einer funktionierenden Verwaltung kommen.

Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß die **Justiz** funktioniert. Es ist aber ausgeschlossen, daß beispielsweise in einem Rehabilitationsverfahren ein Richter der vormaligen DDR Recht sprechen kann. Deshalb brauchen wir viele Richter und Staatsanwälte aus den alten Bundesländern. Deshalb spielt das Justizentlastungsgesetz eine so ausschlaggebende Rolle.

Eine weitere wichtige Integrationsaufgabe muß darin bestehen, daß die Täter, die vierzig Jahre lang die Menschen hinter Stacheldraht und Eisernem Vorhang unterdrückt und tyrannisiert haben, **zur Rechenschaft gezogen** werden. Niemand bei uns weicht dieser Aufgabe aus, Herr Hacker.

(C) Es geht dabei nicht um Bestrafungsaktionen der Sieger. Es geht schon ganz und gar nicht — und da stimme ich mit Ihnen überein — um Rache, sondern es geht um die Selbstachtung des Rechtsstaates. Todesschüsse an der Mauer, die Behinderung der Freizügigkeit, die Unterstützung der Terroristen, der Entzug des Elternrechts und die Zerstörung der Umwelt — um einige Straftaten zu nennen — müssen ermittelt und im Einzelfall durch ein rechtsstaatliches Verfahren geahndet werden.

Aber der entscheidende Schritt zur Integration der Menschen in den neuen Bundesländern scheint mir zu sein, daß wir die **Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der sozialistischen Diktatur** angehen.

Das vorliegende Gesetz bezieht sich dabei nur auf einen Teilaspekt dieser gesamten Aufgabe. Es geht hier in diesem Gesetz nur um die strafrechtliche oder um die Rehabilitierung **strafrechtlichen Unrechts.** Der Entwurf enthält im wesentlichen das, was, wie ich meine, unser Rechtsstaat dazu leisten kann, um das strafrechtliche Unrecht des SED-Staates zu bereinigen.

Wer hier in diesem Zusammenhang von Bereinigung spricht, gibt eine Vorgabe, wohl wissend, daß vierzig Jahre Unrechtsstaat nicht aus der Welt geschafft werden können. Vermögensschäden mögen bereinigt werden, psychische Schäden, verpaßte Lebenschancen, das Leid vieler Menschen in der vormaligen DDR können in diesem Sinne nicht bereinigt werden.

Selbstverständlich aber haben die Menschen, die Widerstand gegen das SED-Regime geleistet und dabei ihre Freiheit verloren haben, einen Anspruch auf Rehabilitierung. Sie haben auch einen Anspruch auf Wiedergutmachung. (D)

Natürlich kann man sich dabei die Frage stellen, ob der Betrag von 300 DM, 450 DM oder 600 DM pro Monat eine angemessene Entschädigung ist. Natürlich kann man fragen, ob dies gerecht ist. Aber was wäre denn gerecht? Jeder Versuch, das den Menschen im Osten vierzig Jahre lang zugefügte Unrecht nachträglich in Mark und Pfennig aufzurechnen, ist zum Scheitern verurteilt. Finanzielle Entschädigungen sind notwendig. Sie sind aber niemals wirklich Schadenersatz.

Sie haben deshalb zwangsläufig — und ich bitte Sie, mich richtig zu verstehen — **nur symbolischen Charakter.** Sie sind ein Beweis der Gemeinschaft, daß sie die schuldlos erlittene Strafe kennt und ein Zeichen der Wiedergutmachung setzen will. In diesem Sinne ist das vorgelegte Gesetz zu verstehen.

Wer, wie in der Öffentlichkeit geschehen — nicht von Ihnen heute, Herr Hacker —, diesen Entwurf für schäbig, für eine Verhöhnung der Opfer hält, sät Neid und Zwietracht und vergiftet den inneren Frieden.

Für manche Kritik allerdings haben wir großes Verständnis. Sie und auch der Justizminister haben es erwähnt: Diejenigen, die durch die sowjetischen **Militärgerichte** zu Unrecht verurteilt wurden, werden vom Gesetz nicht erfaßt. Wir wissen, warum: aus völkerrechtlichen Gründen. Vorhin wurde es dargelegt.

Norbert Geis

(A) Aber wir bitten die Bundesregierung — und der Herr Justizminister hat ja bereits die ersten Verhandlungen insoweit geführt —, alles daranzusetzen, daß auch die Unrechtsurteile — es sind 25 000 bis 29 000 —, die durch die Militärtribunale der Sowjets gefällt worden sind, aufgehoben werden und daß auch diese Menschen in einem vernünftigen Sinne entschädigt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Wir haben auch Verständnis für die etwa 50 000 Fälle der **Zwangsausgesiedelten.** Angebliche Straftaten galten oft als Vorwand, um die Menschen in Nacht- und Nebelaktionen von Haus und Hof zu vertreiben. Dieses damals zugefügte Unrecht müssen wir bereinigen, und wir werden es auch bereinigen. Wir — der Justizminister, die CDU/CSU-Fraktion und, wie ich meine, das ganze Haus — sind diesen Menschen im Wort. Wir werden dieses Wort auch halten.

Es wäre falsch gewesen, mit diesem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf diese Rehabilitierungsaufgabe zu verbinden; einfach deshalb, weil die rechtstatsächlichen Untersuchungen, wie wir gehört haben, noch nicht abgeschlossen sind. Aber wir müssen endlich einmal den ersten Schritt tun. Verstehen Sie bitte diesen Gesetzentwurf als ersten Schritt. Weitere Schritte müssen natürlich folgen. Wir bitten Sie, es uns nicht als Mangel anzulasten, wenn wir den zweiten und dritten Schritt nicht vor dem ersten tun. Wir können das im Moment noch nicht tun, aber wir werden darauf zugehen. Ich hoffe, daß wir dabei im Rechtsausschuß zusammen auch zu einer vernünftigen Lösung kommen werden.

(B)

Ich meine auch, daß es ein wichtiger Punkt ist, das Unrecht zu rehabilitieren, das wir als **berufliches Unrecht** kennzeichnen. Auch hier müssen wir allerdings vor allzu großen Erwartungen warnen. Niemand ist in der Lage, das Leid und das Unrecht, das die Menschen durch die Tyrannei der SED erlitten haben, in jedem Einzelfall wiedergutzumachen. Wie soll dem geholfen werden, der, weil er die Jugendweihe ablehnte, nicht studieren durfte? Vielfältiges Unrecht ist geschehen, das nicht einmal mehr genau erfaßt werden kann.

Der wichtigste Akt der Wiedergutmachung sind die **Wiedervereinigung** und der in der ganzen Welt beispiellose **Wiederaufbau** des zerstörten Landes. Der persönliche Wohlstand vieler DDR-Bürger und -Bürgerinnen und somit vieler SED-Opfer ist bereits jetzt, verglichen mit der früheren DDR, deutlich gestiegen.

Dennoch werden wir uns Gedanken darüber machen müssen, ob nicht in eindeutigen, in genau nachvollziehbaren Fällen eine spezielle Entschädigung notwendig und möglich ist. Es sollen nicht wenige Fälle sein. Aber es kann nicht pauschal geschehen, wie Sie mir sicherlich zustimmen werden. Zeiten längerer **Arbeitslosigkeit** oder **Unterbezahlung** könnten bei der **Rentenberechnung** zumindest berücksichtigt werden. Auch ist zu prüfen, ob nicht durch Berufsausbildung oder Umschulung solchen Menschen bevorzugt geholfen werden kann.

(C) In all diesen Fällen ist Geduld geboten. Das Unrecht von 40 Jahren kann nicht in der kurzen Frist von wenigen Jahren behoben werden. Das vorgelegte Gesetz ist eine Etappe auf dem Weg zur Aufarbeitung des SED-Unrechts. Weitere Schritte werden folgen müssen.

Lassen Sie mich mit einem Wort des Justizministers von Thüringen schließen: „Wir müssen den Menschen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die in der Vergangenheit die Hauptlast dieser unsäglichen Diktatur getragen haben. Daran hängt die moralische Qualität unseres Gewissens."

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Es spricht jetzt der Abgeordnete Professor Dr. Uwe-Jens Heuer.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir unterstützen voll das Anliegen, das dem vorliegenden Gesetzentwurf zugrunde liegt, diejenigen zu rehabilitieren und zu entschädigen, die in der DDR wegen politischer Betätigung unter Verletzung ihrer Grundrechte strafrechtlich verfolgt wurden.

Wenn man von Unrecht in der DDR spricht, dann gehören die Instrumentalisierung des Strafrechts für politische Zwecke, die Aushebelung der Grundrechte durch das politische Strafrecht ganz sicher dazu. In diesem Sinne habe ich mich bereits in der Volkskammer für das Rehabilitierungsgesetz eingesetzt und an seiner Ausarbeitung mitgewirkt.

(D)

Zur Bewältigung der Vergangenheit im einheitlichen Deutschland gehört es, die Bestimmungen des **DDR-Rehabilitierungsgesetzes** zu überprüfen, um das Rehabilitierungsverfahren zu vereinfachen und vor allem die nach dem DDR-Gesetz allzu niedrigen Entschädigungsleistungen merklich anzuheben und klar umrissene Versorgungsansprüche festzulegen. Allen entsprechenden Regelungen im vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung gilt unsere Zustimmung.

Bedauerlich ist allerdings aus meiner Sicht, daß nicht im gleichen Tempo und mit gleichem Engagement endlich auch nach mehr als 46 Jahren eine Rehabilitierung derjenigen erfolgt, die sich als **Deserteure** unter ständiger Todesdrohung der **nazi-faschistischen Wehrmacht** entzogen haben.

Bedenklich finde ich es auch, daß die Regierung bisher keinerlei gesetzesvorbereitende Aktivitäten erkennen läßt, um nach der Herstellung der Einheit Deutschlands ebenfalls den mehreren Tausend **Opfern des Kalten Krieges,** die in den 50er und 60er Jahren in der alten Bundesrepublik wegen der Wahrnehmung von Grundrechten im Gefängnis gesessen haben, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Das ist Geschichtsklitterung!)

Wer sich darüber ein Urteil bilden will, dem empfehle ich, das Buch „Anwalt im Kalten Krieg" des ehemaligen Justizministers von Nordrhein-Westfalen, Diether Posser, zu lesen. Wir hoffen, daß nicht nur die PDS/Linke Liste im 12. Bundestag auch in diesen Punkten

Dr. Uwe-Jens Heuer

(A) für die Wiedergutmachung von Unrecht eintreten wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung findet also überall dort unsere Zustimmung, wo er dem Rehabilitierungsgesetz der DDR folgt bzw. in dessen Geiste Lücken schließt. Überall dort habe ich allerdings größte Bedenken, wo der Gesetzentwurf von dem Volkskammer-Rehabilitierungsgesetz abweicht, die strafende Handschrift des Siegers erkennen läßt, der gewissermaßen im Vorbeigehen eine **Aburteilung der DDR und ihres Rechts** vornimmt.

Auf der 80. Tagung der American Assembly, gegründet von Dwight D. Eisenhower 1950 — Teilnehmer waren in diesem Jahr u. a. Paul A. Volcker, Karl Otto Pöhl und Kurt Biedenkopf —, wurde ausdrücklich vom Sieg Amerikas im Kalten Krieg gesprochen; nachzulesen in der „Frankfurter Rundschau" vom 30. November 1990.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das muß ja nicht richtig sein!)

Besorgt macht mich zunächst, daß das Rehabilitierungsgesetz ohne Not zum Vehikel einer pauschalen Verdammung der DDR als „Unrechtsregime" — so mehrfach in der Begründung des Entwurfs — gemacht werden soll. Der Entwurf der Bundesregierung ordnet sich auf verhängnisvolle Weise in die Kampagnen der letzten Monate ein, den besiegten Staat DDR pauschal zu verdammen, ihn nicht nur mit dem für die Toten des Zweiten Weltkrieges und für den millionenfachen Mord an Juden und Antifaschisten verantwortlichen Dritten Reich zu vergleichen, sondern gleichzusetzen.

(B)

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Geht es jetzt um Ihre Opfer?)

Der Bundesminister der Justiz hat die Aufgabe, mit der Hinterlassenschaft des sogenannten DDR-Unrechtsregimes aufzuräumen, als vielleicht im Ausmaß noch größer als die **Aufarbeitung der NS-Justiz** bezeichnet; so steht es in der „Frankfurter Rundschau" vom 15. April dieses Jahres.

Schon im Titel wartet der Gesetzentwurf mit der Verwendung eines politisch-ideologischen Kampfbegriffs auf. Statt nüchtern „Rehabilitierungsgesetzentwurf" heißt es „Entwurf eines Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes". Der Titel der Ausstellung zur NS-Justiz lautete demgegenüber streng objektiv „Justiz und Nationalsozialismus".

Nach diesem Gesetzentwurf gibt es keinen Raum mehr für eine differenzierte Betrachtung des **DDR-Strafrechts.** Es wird so getan, als wäre es völlig belanglos, daß 98 % der Strafgefangenen in der DDR wegen unstrittiger krimineller Delikte in rechtsstaatlichen Verfahren verurteilt worden sind.

(Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Vermischen Sie da nicht irgendwelche Fakten?)

Nach der Begründung ist angeblich — ich zitiere — „aus heutiger Sicht kein Grund mehr erkennbar, zwischen politischen und anderen Opfern des SED-Unrechtsregimes zu unterscheiden".

Das DDR-Rehabilitierungsgesetz nannte als Voraussetzung der Rehabilitierung — dazu stehe ich nach wie vor — das Vorliegen „gewaltfreier, friedlicher Handlungen zur Wahrnehmung politischer Grundrechte". Die Bundesregierung setzt an die Stelle dieses Kriteriums die „Unvereinbarkeit der Entscheidung mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung".

(C)

Worum es der Bundesregierung dabei aber nun eigentlich geht, steht an anderer Stelle der Begründung: „Der Wiedergutmachung im Wege der Rehabilitierung bedarf jedoch dasjenige Staatsunrecht, das als ‚Systemunrecht' — die Individualität und Würde des Menschen mißachtend — diesen zum Objekt gesellschaftspolitischer Zielsetzungen degradiert."

Mit dem Maßstab der wesentlichen **Grundsätze einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung** nach dem Modellcharakter des Grundgesetzes soll also Systemunrecht qualifiziert und aufgespürt werden. Der alte Systemkampf, der Kalte Krieg, scheint auch hier weitergekämpft zu werden mit dem Ziel der Ausschaltung der politischen und großenteils — aus Konkurrenzgründen — auch der wissenschaftlich-technischen Intelligenz der DDR.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Haben Sie in den letzten Monaten gar nichts gelernt, Herr Dr. Heuer?)

Maßstab ist nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung also nicht mehr das damals geltende DDR-Recht, insbesondere das Verfassungsrecht, sondern das zum Naturrecht gewordene BRD-Recht. Dem Staat DDR wird im nachhinein in keiner Weise mehr zugebilligt, Schutzwürdiges zu schützen, sich gegen Gewalt, Rowdytum oder Neonazismus zu wehren.

(D)

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Hat er auch nicht getan!)

Er soll ein Unrechtsregime schlechthin sein.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Ist er ja auch!)

Offensichtlich ganz bewußt ist im Entwurf der Bundesregierung die im Rehabilitierungsgesetz der DDR enthaltene Bestimmung weggelassen worden, daß eine Rehabilitierung unter bestimmten Bedingungen ausgeschlossen ist, beispielsweise dann, wenn die in Betracht zu ziehende Handlung nach dem Inkrafttreten des 6. DDR-Strafrechtsänderungsgesetzes strafbar ist

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Warum haben die Menschen 1989 Revolution gemacht?)

oder Handlungen vorliegen, die mit Gewalt oder unter Androhung von Gewalt begangen wurden.

Eines der dunkelsten Kapitel des in der DDR begangenen Unrechts — zweifellos auch ein wichtiger Fall der Rehabilitierung — sind die **Waldheimer Prozesse.** In diesen Prozessen wurden bekanntlich elementare rechtsstaatliche Normen des materiellen und Verfahrensrechts der DDR in erschreckender Weise mißachtet.

Eine Rehabilitierung der Opfer dieses Prozesses ist unumgänglich. Allerdings habe ich Zweifel, ob dies ohne Einzelfallprüfung geschehen kann. Denn wir stehen vor dem Problem, daß neben den in Waldheim zu Unrecht Verurteilten auch wirkliche Nazi- und Kriegsverbrecher abgeurteilt wurden. Die internatio-

Dr. Uwe-Jens Heuer

(A) nale Öffentlichkeit würde auf ihre Rehabilitierung und damit auf ihre automatisch erfolgende Entschädigung — wie sie das auch auf die Rehabilitierung lettischer Kriegsverbrecher tat — mehr als verwundert reagieren.

Die **DDR** hat in ihrer **Rechtsentwicklung** verschiedene Phasen durchlaufen. Auch nach Auffassung westdeutscher Rechtswissenschaftler gab es im großen und ganzen eine Entwicklung zu mehr Rechtsstaatlichkeit, wenn auch begleitet von Rückfällen, wie sie insbesondere mit dem 5. Strafrechtsänderungsgesetz eintraten. Zugleich gab es große Bereiche des Arbeitsrechts, des Zivilrechts und des Familienrechts, in denen sich das Recht der DDR in vieler Hinsicht — vor allem auch in bezug auf seine Bürgernähe — vorteilhaft von dem der BRD abhob.

Dessenungeachtet bin ich der Auffassung, daß die DDR bis zum 40. Jahr ihrer Existenz nicht als Rechtsstaat bezeichnet werden kann, weil wesentliche und unabdingbare Voraussetzungen von Rechtsstaatlichkeit nicht geschaffen worden waren, nicht zuletzt auch, um die **führende Rolle der SED** zu sichern. Das wiegt für mich um so schwerer, als Rechtsstaatlichkeit für mich eine unabdingbare zivilisatorische Errungenschaft ist.

Allerdings sehe ich keinen Sinn darin — wie das mit dem Rehabilitierungsgesetz nunmehr geschehen soll —, den meines Erachtens wissenschaftlich unbrauchbaren Begriff des Unrechtsstaates oder des Unrechtsregimes auf die DDR anzuwenden. Er suggeriert eine kategorische politisch-ideologische Mißbilligung und ist nicht geeignet, ein differenziertes Bild zu

(B) ermöglichen. Die Gleichung „kein Rechtsstaat = ein Unrechtsregime" mag propagandistisch wirksam sein, wissenschaftlich haltbar ist sie nicht.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Was ist daran schon „wissenschaftlich"?)

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang die Äußerung einer Besorgnis. Neun Abgeordnete der PDS/Linke Liste haben ihre Position zum Rechtsstaat am 27. November 1991 in einer Erklärung deutlich gemacht. Interessanterweise hat kein einziges Medium davon Kenntnis genommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Es gibt ja bei Ihnen nichts Positives!)

Offenbar neigt man dazu, über uns nur negative Sensationen zu veröffentlichen.

Wir vertreten diese Position zur Rechtsstaatlichkeit, obwohl wir wissen, daß unsere These vom Rechtsstaat als zivilisatorische Errungenschaft bei vielen Ostdeutschen heute deshalb auf Zweifel stößt, weil sie von der **Rechtswirklichkeit des neuen Deutschlands** enttäuscht sind. Hierauf ist auch der Bundesjustizminister eingegangen. Er hat die Frage des Widerspruchs zwischen Ideal und Wirklichkeit aufgeworfen und auf die offensichtlich bestehenden Schwierigkeiten hingewiesen, großes Unrecht in individueller Prüfung formell einwandfrei aufzuarbeiten.

Allerdings gibt es weitere Ursachen, über die wir ebenfalls reden müssen. Das Erlebnis **sozialer Ungerechtigkeit** im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft trifft sich für die ehemaligen Bürger der

(C) DDR mit einem unbekannten und unüberschaubaren Recht der BRD, zum Teil aber auch mit einem rechtlichen Sonderregime, das die Stellung der Ostdeutschen als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse noch unterstreicht.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das ist übertrieben, das lassen wir nicht auf uns sitzen! Wir haben keine Klassenjustiz!)

Vollzogen ist bereits eine grundgesetzwidrige Abstrafung von Hunderttausenden mittels des **Rentenrechts.** In dem einen Jahr deutsche Einheit waren mehr Menschen von **Entlassungen aus politischen Gründen** betroffen als in der ganzen Geschichte der DDR.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja, 200 000 Opfer und „heile Welt"!)

Schwer verständlich ist auch der im zweiten Staatsvertrag vorgesehene Maßstab des rechtsstaatlichen Erwerbs von Parteieigentum, gemessen am Maßstab des Grundgesetzes.

Ich bejahe alles, was geschieht, um die in der DDR zu Unrecht Verurteilten zu rehabilitieren und zu entschädigen.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Das sind über 100 000!)

Der Versuch allerdings, die Rechtsordnung der BRD — und sei es in ihren wesentlichen Zügen — zum Maßstab für das Handeln in der früheren DDR zu machen, ist meines Erachtens rechtsstaatswidrig.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Jetzt berufen Sie sich selbst auf den Rechtsstaat!)

(D) Er hindert die notwendige Entwicklung rechtsstaatlichen Denkens und Handelns. Ich meine, daß dieser Versuch nicht geeignet ist, die gerade von Ihnen, Herr Geis, geforderte Integrationsleistung zu sichern. Ich muß ihm deshalb meine Zustimmung versagen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste — Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Wir haben es nicht anders erwartet! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das war erneut eine schlimme Rede!)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jörg van Essen.

Jörg van Essen (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Ein zweites Mal betrogen", so überschrieb der „Spiegel" seinen Artikel über den Stand der Rehabilitierung Mitte dieses Jahres. Ich glaube, daß dieses Fazit — trotz aller Kritik, auch von betroffenen Liberalen — nicht wirklich gezogen werden kann. Der Justizminister hat sein Wort aus der Plenardebatte vom 14. Mai 1991 in Berlin gehalten und ein Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz schnell vorgelegt. Dafür danke ich ihm im Namen der FDP-Fraktion ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Entsprechend unserer damaligen fraktionsübergreifenden Feststellung sind auch die vorgesehenen

Jörg van Essen

(A) Entschädigungsbeträge gegenüber denen aus dem Häftlingshilfegesetz — das wären nur 80 DM für jeden Monat erlittener Haft gewesen — deutlich erhöht worden. Trotzdem steht gerade die vorgesehene **Entschädigungsregelung** im Mittelpunkt der Kritik der Betroffenen. Die Opfer fordern eine finanzielle Leistung, die der seit kurzem für unschuldig erlittene Haft in den alten Ländern gewährten entspricht, also 600 DM pro Haftmonat. Niemand kann sie dafür ernsthaft kritisieren, schon deshalb nicht, weil die Haftbedingungen ungleich schwieriger gewesen sind als die in unseren heutigen Justizvollzugsanstalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Es gibt niemanden in diesem Hause, der ihnen nicht eine Entschädigung in dieser Höhe gegönnt hätte. Aber der Bundesfinanzminister ist in einer schwierigen Situation. An ihn wird eine Fülle von finanziellen Forderungen gestellt. Man kann es sich nicht so einfach machen wie viele Landesregierungen, die nach dem Motto handeln: Alles Angenehme ist Ländersache, das Unangenehme, insbesondere das Bezahlen, ist Aufgabe des Bundes.

Art. 104a Abs. 1 des Grundgesetzes bestimmt, daß eigentlich die Länder die gesamten **Kosten** zu tragen hätten. Der Bund ist aber erfreulicherweise zur Übernahme der Hälfte des Betrages bereit. Das ist eine angesichts der Finanzsituation in den neuen Ländern zu begrüßende Bereitschaft. Die vielen Belastungen des Bundeshaushalts setzen Grenzen nach oben. Es

(B) war schon außerordentlich schwierig und bedurfte des ganzen Einsatzes des Bundesjustizministers, den jetzigen Finanzierungsrahmen zu erreichen. Dabei ist deutlich daran zu erinnern, daß wir finanziell nicht nur die Vergangenheit zu bewältigen, sondern insbesondere auch die Zukunft zu gestalten haben.

Ich habe bereits in meinem Redebeitrag vom 14. Mai 1991 herausgestellt, daß es für mich eine Grenze der Entschädigung auch nach oben gibt, und wiederhole dies hier. Die **Opfer der NS-Diktatur**, besonders die Überlebenden der Konzentrationslager, dürfen nicht schlechter gestellt werden als die Opfer des SED-Unrechtsstaates. Die NS-Opfer haben bis zur letzten gesetzlichen Regelung 1965 150 DM pro Haftmonat erhalten. Unter Berücksichtigung der Inflation und der wirtschaftlichen Entwicklung ist eine Verdoppelung des Betrages auf nunmehr 300 DM für jeden Betroffenen jedenfalls kein zweiter Betrug der Opfer.

Ich werbe auch um Verständnis für eine bessere Behandlung derer, die bis zum 9. November 1989 ihren **Wohnsitz in den neuen Bundesländern** hatten. Denjenigen, die in den Westen gelangten, wurde eine Vielzahl von Hilfen, nicht nur nach dem Häftlingshilfegesetz, zuteil. Es wurden u. a. erhebliche Mittel für den Häftlingsfreikauf aufgeboten. Diejenigen, die als Gegner der DDR verurteilt waren und bis zum Schluß dort blieben, litten darunter bis zum Zusammenbruch des SED-Unrechtsstaates.

Das Fehlen eines **vererbbaren Anspruchs** hat ebenfalls zu Kritik geführt. Sicher haben in vielen Fällen auch Angehörige unter der Haft und ihren Folgen gelitten. Es hilft nichts, wenn in der Begründung zum (C) Gesetzentwurf auf den Charakter eines höchstpersönlichen Anspruches auf die vorgesehene Kapitalentschädigung hingewiesen wird. Man kann es offen sagen: Dies ist ein Bereich, der den leeren Kassen des Bundes zum Opfer gefallen ist. Jedenfalls können aber bei Bedürftigkeit Unterstützungsleistungen nach § 18 des Entwurfes an Angehörige gewährt werden.

Nach meiner Auffassung führt auch kein Weg daran vorbei, die Entschädigung an der **Haftdauer** zu orientieren. Die Haft ist der entscheidende Eingriff in die Freiheit des Menschen gewesen. Dabei verkenne ich nicht, daß sich Unzulänglichkeiten etwa bei der Vollstreckung von Todesurteilen nach kurzer Haft ergeben können. Dies wird bei den Beratungen im Rechtsausschuß zu erörtern sein.

Durch die massive Kritik an den finanziellen Leistungen besteht die Gefahr, daß ein wichtiger Umstand vergessen wird. In einer Zeit, in der aus dem Munde vieler Verständnis für diejenigen zu hören ist, die sich mit der Diktatur arrangiert haben, haben wir jenen besonders zu danken, die sich dem Druck zur Anpassung entzogen, **Widerstand** in mannigfaltiger Form geleistet oder einfach verfassungsmäßige politische Grundrechte wahrgenommen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Die Opfer erwarten zu Recht diese **Anerkennung** durch den Deutschen Bundestag. Ich erkläre sie hiermit ausdrücklich für die FDP.

(D) Diese Opfer unterscheiden sich deutlich von den Verurteilten, Herr Heuer, in der alten Bundesrepublik, die den Rechtsstaat und die Demokratie beseitigen und eben diesen Unrechtsstaat, den wir heute beklagen, einführen wollten. Weil Sie diesen Unterschied immer noch nicht verstanden haben, glaubt man der PDS die Lippenbekenntnisse zum Rechtsstaat eben nicht.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Der Arbeitskreis „Politischer Häftling" hat in seiner Stellungnahme vom 6. Oktober 1991 zu dem Entwurf ausgeführt:

> Er umfaßt im wesentlichen die Fülle der komplexen Sachverhalte und aller Regelungsgegenstände, deren gesetzliche Fixierung dem dringenden Gebot zum raschen Handeln nachkommt. Der Arbeitskreis begrüßt deshalb besonders das Vorhaben, die an Lebensjahren älteren Unrechtsopfer mit Vorrang zu berücksichtigen und geht dabei davon aus, daß diese Priorität für alle Betroffenen, unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Opferkreisen, verwirklicht wird.

Ich stimme dieser Wertung zu.

Der Gesetzentwurf ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Er hat viele der vergangenen Anregungen aufgegriffen, und wir werden weitere in den Beratungen des Rechtsausschusses sorgfältig prüfen. Insbesondere wird darüber nachzudenken sein, ob nicht die eine oder andere zusätzliche Vorschrift in die Re-

Jörg van Essen

(A) gelbeispiele des § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Entwurfes aufzunehmen ist.

Für mich ist besonders wichtig, daß die Unterschiede zwischen der Rehabilitierung und der **Kassation** aufgehoben worden sind. Es ist keine Diffamierung, wenn nicht zwischen politischen Häftlingen einerseits und kriminellen Tätern andererseits unterschieden wird, die zu Unrechtsstrafen verurteilt worden sind. Auch das Kriminalstrafrecht war nicht selten Teil der politischen Verfolgung. Es gibt dort viele Mischbereiche, die eine strikte Trennung nicht erlauben. Alle Opfer der SED-Diktatur verdienen unsere Solidarität.

Die einheitliche Entscheidung ist auch ein wesentlicher Schritt zu der dringend notwendigen **Beschleunigung des Verfahrens.** Der Grundsatz der Solidarität mit allen Opfern hat erfreulicherweise dazu geführt, daß die ursprünglich einmal vorgesehene Fortsetzung der Geltung des Häftlingshilfegesetzes für alle Personen, die bis zum 18. Mai 1990 im alten Bundesgebiet wohnten, fallengelassen worden ist.

Auch meine Anregung vom Mai 1991, eine pauschale Regelung für die **Waldheim-Prozesse** zu erwägen, ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Nach § 1 Abs. 2 des Entwurfes steht eindeutig fest, daß die Entscheidungen des Landgerichts Chemnitz aus dem Jahre 1950 mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sind.

Ich schließe meine Rede mit der gleichen Mahnung, mit der ich meine Rede im Mai dieses Jahres geschlossen habe. Nicht nur die Rehabilitierung der Opfer (B) erfordert unsere Kraft, auch die Täter müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates zur Verantwortung gezogen werden. Meine Sorgen insbesondere im Bereich der Regierungskriminalität werden immer größer. Für uns alle gilt deshalb die Verpflichtung: Wir müssen bei den notwendigerweise schnellen Beratungen das Bestmögliche für die Opfer der SED-Diktatur herausholen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Es spricht jetzt der Abgeordnete Rolf Schwanitz.

Rolf Schwanitz (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Professor Heuer, ich möchte nur mit einem Satz auf Ihren Redebeitrag reagieren: Sicherlich streitet niemand in diesem Haus ab, daß es auch in der Geschichte der Bundesrepublik Unrechtsurteile, Fehlurteile gegeben hat. Aber wir erleben nun schon seit dem 18. März 1990, daß Sie ständig **Fehlurteile der bundesdeutschen Justiz** und das **SED-Unrecht** gleichsetzen. Wir haben das im Zusammenhang mit Geheimdiensten erlebt. Das zeigt mir, daß Sie nach wie vor nicht bereit sind, die tatsächliche Qualität des Unrechtsregimes in der DDR anzuerkennen. Sie verdrängen dieses Problem nach wie vor.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

(C) Ihnen ist es offensichtlich wesentlich leichter gefallen, das finanzielle Erbe Ihrer Vorgängerpartei anzutreten, als die tatsächlichen Hinterlassenschaften anzunehmen. Das bedauere ich.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Am 9. November 1991 konnte man in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" folgenden bemerkenswerten Satz lesen:

> Während die reiche Bundesrepublik gerade wohlüberlegt und unengagiert ihr — nur sehr mäßig dotiertes — Gesetzgebungsprogramm für die Rehabilitierung der Opfer der SED-Justiz einleitete, war in der vergleichsweise armen Tschechoslowakei nicht nur das entsprechende Gesetz seit Monaten beschlossen, sondern auch bereits mehr als die Hälfte der vorgesehenen Mittel ausgezahlt und bewilligt.

In der Tat spielt der **Zeitfaktor** bei der Akzeptanz von Wiedergutmachungsbemühungen des Staates eine große Rolle.

Nun, nach mehr als 14 Monaten seit der deutschen Einheit, liegt dem Bundestag das Gesetz auf dem Tisch. Alle Opfer von damals verknüpfen damit die Erwartung, daß der seit dem 3. Oktober 1990 bestehende unhaltbare Schwebezustand endlich beendet wird und vernünftige, akzeptable Wiedergutmachungsregelungen geschaffen werden.

Uns ist allen klar, daß dieser Wunsch nur zum Teil erfüllt werden wird; denn es ist nicht nur eine Frage der Zeit, ob die Wiedergutmachungsbemühungen des (D) Staates von den Opfern auch akzeptiert werden. Es hängt vielmehr auch von der ideellen und materiellen Leistungsfähigkeit des Gesetzes ab, ob die Wiedergutmachungsbemühungen von den Opfern auch als solche akzeptiert werden können.

Was liegt folglich näher, als nun einmal konzentriert über die **Wiedergutmachungsleistungen** zu reden? Das sogenannte Unrechtsbereinigungsgesetz sieht hierfür in den §§ 17, 18 und 19 materielle Leistungen vor; ihr Kern ist die sogenannte **Kapitalentschädigung.** Dabei gilt für den Normalfall, daß ein Opfer mit West-Wohnsitz 10 DM und ein Opfer mit Ost-Wohnsitz 15 DM für einen unrechtmäßig verbüßten Hafttag erhalten sollen. Die Bundesregierung begründet dies damit, daß die Opfer der SED-Justiz mit den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung gleichgestellt werden müßten. Welch lobenswerter Gedanke.

Dabei will ich mich gar nicht darüber auslassen, wie es auf die Opfer wirken muß, wenn in krämerhafter Art und Weise errechnet wird, daß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und des geldwerten Verlustes im Verhältnis von 1953 zu heute eine Erhöhung des Tagessatzes von 5 DM im Jahre 1953 — soviel erhielt nämlich ein NS-Opfer — auf heute 10 DM offensichtlich als angemessen empfunden wird. Minister Kinkel hat dies heute noch einmal bestätigt. Ich will auch gar nicht an die Sklavenarbeit denken, welche Häftlinge in den DDR-Gefängnissen tagein, tagaus zu leisten hatten, und danach fragen, welche Werte sie tatsächlich produziert und nicht erhalten haben.

Rolf Schwanitz

(A) Ich frage mich statt dessen vielmehr — Herr Minister Kinkel, ich hoffe, Sie haben sich dies auch gefragt —, wie es wohl auf ein Opfer wirken mag, wenn es sich heute mit 10 DM pro Hafttag begnügen muß, der eigentliche Täter jedoch, beispielsweise ein MfS-General, der auf Grund unzureichend genutzter strafrechtlicher Instrumentarien nicht verurteilt werden kann, folglich zu Unrecht inhaftiert worden ist, im Endeffekt 20 DM pro Hafttag nach dem bundesdeutschen Strafentschädigungsgesetz in seine Tasche stecken kann, also doppelt so viel von dem, was ein Opfer erhält.

Das sind die Fragen, welche die Gemüter der Verfolgten bewegen. Das sind die Fragen, die von Ihrer Seite unbeantwortet geblieben sind, was für mich nur schwer erträglich ist.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Wir müssen natürlich auch danach fragen, was durch die Kapitalentschädigung denn tatsächlich wiedergutgemacht werden soll. § 16 verrät uns hier, daß die **sozialen Ausgleichsleistungen** den durch den Freiheitsentzug entstandenen **materiellen und gesundheitlichen Nachteil** ausgleichen sollen. Dabei wird in der Begründung zu § 16 ausdrücklich auf das alte Rehabilitierungsgesetz der Volkskammer Bezug genommen. Das Rehabilitierungsgesetz der Volkskammer differenzierte damals grundsätzlich nach gesundheitlichen, materiellen und anderen Nachteilen, welche infolge der Haft entstanden waren. Hier folgte das Volkskammergesetz ausdrücklich dem Grundgedanken des Bundesentschädigungsgesetzes, welches

(B) auch neben dem gesundheitlichen Schaden die materielle Schädigung und den immateriellen Schaden infolge des Freiheitsentzuges kennt. Die Volkskammer wollte also sehr wohl eine **Gleichbehandlung** mit **NS-Opfern,** was das Unrechtsbereinigungsgesetz nach außen hin zumindest ebenfalls vorgibt.

Tatsächlich deutet sich hier jedoch eine andere Vorgehensweise an: Es soll offensichtlich der Tagessatz, der nach dem Bundesentschädigungsgesetz nur zum Ausgleich des **immateriellen Haftschadens** durch den Freiheitsentzug geschaffen worden war, dazu benutzt werden, alle Ansprüche pauschal abzugelten. Während bei NS-Opfern nach dem Bundesentschädigungsgesetz ein Entschädigungsanspruch auf die Tagessätze bestand und daneben der sonstige materielle Schaden ausgeglichen wurde — beispielsweise das entgangene Einkommen —, wird hier unter dem Mäntelchen formaler Gleichbehandlung alles über einen Leisten geschlagen, und dies zum Billigtarif.

Da verwundert natürlich nicht mehr, daß der Bundesrat in seiner Begründung der Bundesregierung aufgibt, klarzustellen — ich zitiere —, „daß nicht nur materielle und gesundheitliche, sondern auch andere, insbesondere immaterielle Schäden erfaßt werden sollen".

Ein solches Katz-und-Maus-Spiel haben die Opfer nicht verdient. Wir fordern Sie auf, Herr Minister, hier Farbe zu bekennen. Den Opfern muß klar gesagt werden, welche Ansprüche künftig bestehen sollen und welche Leistungen für welche Schädigungen zu erwarten sind. Auch wenn dies eine unangenehme Pflicht sein sollte — denn offensichtlich hat Herr Waigel dort auch einiges mitzureden —, ist ein solches (C) Versteckspiel unangebracht und der Gesamtsituation unwürdig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir einmal bei der **Kapitalentschädigung** sind, dann noch ein paar Bemerkungen zum bereits angesprochenen Wohnort- bzw. Stichtagsproblem: Entscheidend für die unterschiedliche Höhe der Kapitalentschädigung — auf der einen Seite 10 DM, auf der anderen Seite 15 DM pro Hafttag — soll die Frage sein, ob das Opfer bis zum 9. November 1989 seinen **Wohnsitz** in der DDR oder in der Bundesrepublik hatte. Soll in der Tat derjenige, der beispielsweise im August 1989 freigekauft worden ist, keinen Rechtsanspruch auf 15 DM pro Hafttag haben und wirklich mit 10 DM befriedigt werden? Bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, entgegnen Sie mir an dieser Stelle nicht, die Festlegung von **Stichtagen** bringe immer Ungerechtigkeiten mit sich. Wo die Leistung unverhältnismäßig gering ist, kann die Ungerechtigkeit einer Stichtagsregelung von Opfern nicht mehr akzeptiert werden. Bitte lassen Sie uns das noch einmal überdenken.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Zu den Leistungen dieses sogenannten Unrechtsbereinigungsgesetzes gehört aber natürlich nicht nur die Kapitalentschädigung. Insbesondere die **gesundheitlichen Schäden** sollen über soziale Ausgleichsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz kompensiert werden. Auch dies ist ein sensibler Punkt. Wir werden in den Ausschußberatungen sehr genau darauf sehen müssen, ob hier tatsächlich das Niveau der Leistungen (D) erreicht wird, welche den Verfolgten des Naziregimes gewährt worden sind.

Dies gilt nicht zuletzt auch für die **Rentenansprüche.** Hier stehen die Regelungen zu den Anrechnungszeiten genauso in der Diskussion und werden kritisch hinterfragt werden wie die Situation der Rentenansprüche überhaupt. Meine Damen und Herren, wir alle werden uns auch gerade dann, wenn wir den Anspruch erheben, **SED- und NS-Opfer** gleichbehandeln zu wollen, an die Sonderleistungen der VVN-Renten erinnern müssen, die vor wenigen Wochen in diesem Parlament beschlossen bzw. bestätigt worden sind. Der kleine Mann auf der Straße wird diesen Vergleich ziehen, und auch wir müssen uns fragen, ob dieses Gesetz davor bestehen kann.

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zur **Kostenregelung** des § 20. Die Bundesregierung sieht hier vor, die Wiedergutmachungskosten jeweils zur Hälfte durch den Bund und durch die Länder, in welchen die Leistungen nach diesem Gesetz entstehen, tragen zu lassen. Der Bundesrat hat sich eindeutig gegen eine solche Kostenverteilung positioniert. Er schlägt statt dessen eine ausschließliche Finanzierung durch den Bund vor,

(Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE]: Richtig!)

wie das beim Häftlingshilfegesetz, wo es sich bei den Betroffenen um den gleichen Personenkreis handelte, ebenfalls praktiziert worden ist.

Rolf Schwanitz

(A) Ich möchte mich an dieser Stelle nicht auf einen Streit an Hand des Grundgesetzes einlassen oder etwa fragen, ob diese Wiedergutmachungsleistungen Kriegsfolgekosten sind und im Sinne des Art. 120 GG in vollem Umfang vom Bund zu tragen sind. Mir ist etwas anderes wichtig: Die **Aufwendungen** für diese Wiedergutmachungsleistungen werden im weitaus größten Umfang **in den neuen Bundesländern** entstehen, dort, wo eben die meisten Opfer wohnen. Dort soll nach dem Willen der Bundesregierung auch die größte Belastung getragen werden, und dies angesichts fehlender finanzieller Mittel und vor dem Hintergrund schier unlösbarer Aufgaben beim wirtschaftlichen Aufbau. Ich werde den Verdacht nicht los, daß hier eine bewußte Stimulierung der jeweiligen Landesregierungen vorgesehen dahin gehend ist, sich bei den Gesetzesberatungen mit weitergehenden Forderungen, beispielsweise bezüglich einer Erhöhung der Kapitalentschädigung, möglichst zurückzuhalten.

Auch von diesem Verdacht, meine Damen und Herren, sollte sich die Bundesregierung befreien.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Lassen wir die neuen Bundesländer nicht für etwas bezahlen, wozu sie erstens finanziell nicht in der Lage sind — sie kündigen für den Fall des Inkrafttretens dieser Regelung bereits jetzt die Forderung nach einem eigenständigen Länderfinanzausgleich zu diesem Zweck an — und was zweitens, zeitlich gesehen, weit vor ihrer Existenz geschehen ist! Die DDR ist nicht den Bundesländern, sondern nach Art. 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik insgesamt beigetreten. Dies müßte auch bei der Kostentragung be- (B) rücksichtigt werden.

Ein Gesetz, mit Knebel beraten und auf Sparflamme exekutiert, das ist genau das, was wir alle hier, so hoffe ich, nicht wollen. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Michael Luther.

Dr. Michael Luther (CDU/CSU): Meine sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was kostet ein Leben? Einige, die vorgeben, die **Opfer der stalinistischen Verfolgung** zu vertreten, behaupten, daß die **gerichtliche Rehabilitierung** überflüssig sei, weil die Betroffenen darauf keinen Wert legten, da die **Entschädigung** im Vordergrund ihres Interesses stehe. Wenn das stimmt, dann reden wir heute über den Preis von verlorenen Lebenstagen. Ich verwahre mich dagegen und befinde mich damit in Einklang mit vielen Betroffenen gerade aus den neuen Ländern.

Die moralische Aufarbeitung der Vergangenheit ist für den einzelnen in seinem Lebensumfeld wichtig, da er hier, staatlich verordnet, als Straftäter gebrandmarkt am Rande der Gesellschaft leben mußte. Die Menschen wurden in Verfahren, deren Ziel die SED vorgab, zum Beispiel wegen „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“, „staatsfeindlichen Menschenhandels“, „staatsfeindlicher Hetze“, „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“, „ungesetzlichen (C) Grenzübertritts“ oder „Boykotthetze“ gemäß Art. 6 der Verfassung der DDR verurteilt und politisch verfolgt. Als besonders eklatante **Verstöße gegen Grundsätze einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung** sind hier die sogenannten Waldheim-Prozesse zu nennen.

Diese und die nach den eben genannten Vorschriften gefällten Urteile werden mit diesem Gesetz grundsätzlich aufgehoben und bedürfen demzufolge auch keiner Einzelfallprüfung. Bei einer Erweiterung der Liste ist zu bedenken, ob es dann zu einer Vermischung von wirklichen und politisch motivierten Straftatbeständen kommen kann. So wurden zum einen Demonstranten, die für Menschenrechte eintraten, nach den Vorschriften über „Rowdytum“ — also politisch motiviert — verurteilt, zum anderen aber auch Rowdies und Randalierer. Die Gerichte müssen im Einzelfall darüber befinden, wann eine Entscheidung politischer Verfolgung gedient hat. Es können alle Urteile und Entscheidungen aus der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 aufgehoben werden, die mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sind. Maßstab sind also nicht die Verfassung und die Strafvorschriften der ehemaligen DDR.

Der aufgeführte Katalog dient der **Verfahrensvereinfachung.** Das ist aus meiner Sicht im Sinne der Betroffenen sehr zu begrüßen. Der Antrag kann ohne Antragsfrist vom Betroffenen oder von nahen Verwandten gestellt werden. Sie können sich durch einen Rechtsanwalt oder durch eine gerichtlich autorisierte Person vertreten lassen. Niemand braucht Angst vor der Antragstellung oder vor dem gerichtlichen Ver- (D) fahren zu haben, da **Kosten des Verfahrens** nicht entstehen und der finanziell schlechter gestellte Antragsteller sich gleichwohl anwaltlich vertreten lassen kann, weil der Entwurf die Gewährung von Prozeßkostenhilfe vorsieht.

Bei Aufhebung einer Entscheidung besteht Anspruch auf **Vermögensrückgabe** und **Erstattung von Geldstrafen,** und es wird ein Anspruch auf **soziale Ausgleichsleistung** für die dem Betroffenen durch die Freiheitsentziehung entstandenen materiellen und gesundheitlichen Nachteile begründet. Sie beträgt 300 DM je angefangenen Kalendermonat.

Betroffene, die nach der Haft in der DDR dauerhaft, also bis zur Grenzöffnung am 9. November 1989, verbleiben mußten, hatten weiterhin eine erhebliche Diskriminierung, Schikanierung und andere Nachteile zu ertragen. Sie bekamen oft keine vernünftige Wohnung, konnten nur sehr schwer eine Arbeitsstelle finden, waren von vielen Dingen ausgeschlossen. Dagegen konnten politische Häftlinge, die das Glück hatten, nach ihrer Haft in die alte Bundesrepublik zu kommen, zahlreiche Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen und sind heute oft saturierte Bürger dieses Landes. Ich bin froh für sie, daß es so ist, und sie sollen auch die Haftentschädigung, wie der Gesetzentwurf es vorsieht, erhalten, aber ich glaube, daß die Betroffenen, die bis zum Schluß den SED-Staat ertragen mußten, die höhere soziale Ausgleichsleistung von 450 DM anerkannt erhalten sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Luther

Eine weitere gute Regelung ist, daß Berechtigte, die sich heute, sicherlich oft infolge der politischen Verfolgung, in einer wirtschaftlich besonders beeinträchtigten Lage befinden, durch die **Stiftung für ehemalige politische Häftlinge** gefördert werden sollen. In der Regel werden Mindestrentenbezieher, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Invaliden, die auch in einem absehbaren Zeitraum die wirtschaftlich beeinträchtigte Lage nicht überwinden können, Anspruch auf weitere 150 DM je Haftmonat haben. Dies wird vielen, gerade in den neuen Bundesländern, insgesamt einen Betrag von 600 DM je Haftmonat zustehen lassen. Diese Regelung möchte ich, weil sie nicht in Richtung der von mir eingangs gestellten provokatorischen Frage nach dem Preis für verlorengegangene Lebenstage zielt, sondern Bedürftigen helfen soll, nachdrücklich begrüßen.

Ich bin aber nicht mit allem einverstanden, was im Gesetzentwurf steht. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Ansprüche auf die genannten sozialen Ausgleichsleistungen nicht vererbbar sind. Zumindest die engere Familie, die Frau, die Kinder, oft auch die Geschwister, wurden nach dem Prinzip der Sippenhaft aber meist nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb sollte nach meiner Meinung eine begrenzte **Vererbbarkeit** vorgesehen werden;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des Bündnisses 90/GRÜNE)

zumindest soll nicht die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, sondern der Termin der Antragstellung maßgebend sein.

Der Bund stalinistisch Verfolgter hat mich in seiner Mitgliederversammlung am 16. November dieses Jahres in Zwickau gebeten, die Kollegen des Deutschen Bundestages, den Bundesrat und die Justiz zu drängen, ja sie zu bitten, sich — ich zitiere — zu beeilen, die vielen Opfer gerecht zu rehabilitieren und zu entschädigen, wollen sie eine biologische Lösung vermeiden.

Wir sollten im Interesse der Opfer alles unternehmen, was das Gesetzgebungsverfahren beschleunigt, und alles vermeiden, was es verzögert.

Ich rede hier besonders von den Betroffenen in den neuen Bundesländern und von deren Verbänden. Ihre Stimme ist leise. Deshalb sollten wir genau hinhören, was sie zu sagen haben. Nicht wer am lautesten schreit, hat am meisten recht, wie es der Alltag in Deutschland oft scheinen läßt. Das wäre eine schlechte **politische Kultur.** Gerade die leisen Töne, das **Einfühlen** in den schwierigen Prozeß, der in den neuen Ländern abläuft, das **Verstehen** und das **Mittragen** der notwendigen unvorstellbaren Umwandlungen und eruptiven **Veränderungen in den neuen Ländern** zeichnet die Menschen in meiner Heimat aus. Ich halte das für eine gute politische Kultur, die wir von hier aus befördern und nicht durch Nichtbeachten zerstören sollten. Leisten wir unsere Arbeit schnell — im Sinne der Betroffenen!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Es spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Wolfgang Ullmann.

Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kann **vergangenes Unrecht** trotz seiner Vergangenheit wiedergutgemacht werden? Der christliche Glaube gibt auf diese Lebensfrage eine bejahende, eine optimistische Antwort. Aber dieser Glaube ist nicht jedes Mannes und jeder Frau Sache. Das Recht aber ist etwas, was jeder Frau, jedem Mann, jedem menschlichen Wesen zusteht.

Woher also nehmen wir den Optimismus, Unrecht wiedergutzumachen, bei dem es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um ganze Menschengruppen, die einer der großen politischen Katastrophen unseres Jahrhunderts zum Opfer gefallen, in ihrer Menschenwürde beleidigt und in ihren persönlichen Rechten beschädigt und diskriminiert worden sind? Wir nehmen ihn aus dem gleichen Mut, mit dem die Väter und Mütter des Grundgesetzes den Satz von der **Unantastbarkeit der Menschenwürde** an dessen Spitze gesetzt haben, nachdem diese Würde millionenfach so angetastet wurde, daß sie ebensooft zerstört schien. Dieser Mut entstammt der Gewißheit, daß die Menschenwürde uns mit allen denen gemeinsam ist, die deren Verletzung erlitten haben. Allein aus dieser **Gemeinschaft mit den Opfern,** mit den Betroffenen können wir jetzt den Mut schöpfen, das Unrecht zu bereinigen, das hinter der Berliner Mauer, an den Stacheldrahtgrenzen und in Stasi- und anderen Kerkern begangen worden ist.

Hierzu bedarf es des ganzen Mutes und der gesammelten Energie aller Verfassungsorgane unserer Demokratie; ist es doch **staatliches Handeln** gewesen, das, statt **Recht** zu sprechen, zu sichern und zu erneuern, **Unrecht** getan, Recht zerstört hat mit den Mitteln der öffentlichen Sicherheit, der Gesetzgebung und der Justiz.

Wir können nicht mehr davon ausgehen, daß etwas an und für sich Recht sei, weil es durch den Staat gesetzt und realisiert worden ist. Seit der Barbarei zweier Weltkriege können die beteiligten Staaten nicht mehr durch ihre bloße Existenz die Autorität beanpruchen, daß etwas Recht sei, weil sie es zum Gesetz gemacht haben. Ihre Legalität ist erst dann eine legitime, wenn sie sich an den kanonischen Maßstäben des **Menschenrechts** und der Menschenwürde gemessen und bewährt hat.

Es ist wichtig, daß die Gesetzgebung des geeinten Deutschland zu erkennen gibt, sie sei willens, sich diesem Maßstab zu unterstellen.

Die Verabschiedung des MfS-Unterlagen-Gesetzes und die erste Lesung des Unrechtsbereinigungsgesetzes sollten — abgesehen von ihrem Inhalt — als ein politisch-moralischer Akt anerkannt werden, in welchem sich die Demokratie mit denen solidarisiert, deren Menschen-, Bürger- und Bürgerinnenrechte in der Vergangenheit verletzt worden sind.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, bei der SPD, der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesem Sinne kommt dem Namen des vorliegenden Entwurfs besondere Bedeutung zu. Es ist ein er-

Dr. Wolfgang Ullmann

(A) stes Unrechtsbereinigungsgesetz, weil ihm in weiteren Gesetzgebungsschritten andere folgen müssen. Aber kann der Entwurf in der jetzigen Form diesem gewaltigen Anspruch gerecht werden? Ich denke, daß es hier noch erheblicher Arbeit und eingehender Diskussionen bedarf, ehe wir uns zufriedengeben können, auch wenn das schnell geschehen muß.

Ein Gesichtspunkt verdient dabei besondere Aufmerksamkeit. Der Entwurf versucht, das Verfahren der **Kassation von Urteilen** mit dem Ziel der **Rehabilitation** zu verbinden. Aber wird das der Aufgabe gerecht, die die Gesetzgebung hier zu lösen hat, nämlich flächendeckende und ganze Bevölkerungsteile verletztende **Rechtszerstörung** aufzuheben, an ihrer Stelle Recht wiederherzustellen? Niemand beurteile das als eine abstrakte Prinzipienfrage. Nicht ohne Grund geraten wir mit dem Begriff der Rehabilitation in die Nähe einer fatalen Praxis kommunistischer Parteien, die, nachdem sie Hekatomben aus den eigenen Reihen moralisch und physisch vernichtet hatten, dieselben Leute nachträglich rehabilitierten, als seien sie von einem Makel zu befreien, der ihnen anhaftet, weil sie **Opfer politischer und terroristischer Repression** geworden waren. Nein, wenn sich hier jemand einen Makel zugezogen hat, dann war es die Rechtsprechung, deren Opfern wir jetzt nicht Rehabilitation, sondern **Gerechtigkeit,** Respekt und eine angemessene **Entschädigung** schulden.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, bei der SPD und der FDP)

Ganz und gar unbefriedigend ist darum die in § 1 vorgesehene Regelung, an Hand einer Aufzählung

(B) einen bestimmten Bereich auf Antrag kassationsfähiger Urteile zu konstatieren, auch wenn laut § 7 Abs. 1 der Antrag vom Staatsanwalt gestellt werden kann.

Das analoge **CSFR-Gesetz vom 23. April 1990** weist hier den richtigen Weg, indem es Gerichtsentscheidungen — ich zitiere —, „die im Widerspruch zu den Prinzipien einer demokratischen, die bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten respektierenden Gesellschaft stehen," generell aufhebt und ausdrücklich hinzufügt, daß in dieser Gerichtspraxis, wie sie eben zitiert wurde, gegen geltendes Recht, nämlich die allgemeinen Menschenrechtserklärungen und an sie anschließende völkerrechtliche Abkommen, verstoßen worden sei.

Eine solche Philosophie des Herangehens an das SED-Unrecht würde viel deutlicher als bisher dazu zwingen, von einer **Bringschuld des Staates** und auch von der vorrangigen Verbindlichkeit des Bundes, und zwar auch der finanziellen, auszugehen und ihn z. B. auch für völkerrechtliche Weiterungen der fälligen Unrechtsbereinigungen, etwa gegenüber der Sowjetunion und deren Militärgerichten nach 1945, auf die ja hingewiesen worden ist, verantwortlich zu machen.

Wir meinen, dafür eintreten zu müssen, daß der Entschädigung der Stalinismus- und SED-Opfer auch bei der **Bemessung des finanziellen Rahmens** eine deutliche Priorität gegenüber anderen Entschädigungsansprüchen eingeräumt wird. Sollen für die Entschädigung wegen der Enteignung von Grundstücken, Häusern und Gewerbebetrieben mehrere Milliarden zur Verfügung gestellt werden, für die Opfer, denen

(C) ganze Biographien zerstört worden sind, nicht einmal 2 Milliarden?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn die juristischen Schwierigkeiten noch so groß sind: Parlament und Regierung sollten alles daransetzen, dem Entwurf des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes bald, d. h. spätestens bis zum 1. Mai 1992, **Initiativen zur beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung** folgen zu lassen.

Auf das Problem hinsichtlich der **Zwangsausgesiedelten** hat bereits der Herr Justizminister hingewiesen. Ich habe heute früh noch eine dringende Petition der Frauen auf den Tisch bekommen, die von der Sowjetarmee unmittelbar nach Kriegsende in die Sowjetunion verschleppt und dann in die ehemalige DDR entlassen worden sind. Sie durften über das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, nicht einmal reden. Auch an sie müssen wir in diesem Zusammenhang erinnern

(Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Das stimmt!)

und unsere Verpflichtung ihnen gegenüber anerkennen.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

In diesem Zusammenhang sei auf II Ziffer 2 des Antrages der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN verwiesen, auf den Gedanken an eine **Stiftung für alle Opfer der SED-Willkür.** Hier könnten sich eine Entlastung für juristisch schwer lösbare Einzelfälle und ein Weg ausgleichender Gerechtigkeit abzeichnen.

(D) Keinesfalls aber sollte bei der Behandlung dieser menschlich so schwerwiegenden Sachverhalte beim parlamentarischen Beratungsverfahren auf eine angemessene **Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen** verzichtet werden. Unrechtsbereinigung wird nur gelingen, wenn sie gemeinsam mit denen angegangen wird, die die Erfahrung des Unrechts erlitten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als nächster spricht Dr. Bertold Reinartz.

Dr. Bertold Reinartz (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stellen heute gemeinsam erneut fest: Ein **Unrechtsregime**, das alle Möglichkeiten staatlicher Disziplinierung und Knechtung eingesetzt hat, läßt sich für den nicht unmittelbar Betroffenen nur sehr schwer in seinem gesamten Unrechtsgehalt begreifen. Wir wissen, daß der **Staatsterror** jede Wohnung, jeden Familienangehörigen, jeden Arbeitsplatz erreichen konnte.

Nach der Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes betreten wir jetzt den Bereich der Anwendung des Staatsterrors durch die **Strafjustiz**. Dieser Staatsterror nährte sich aus den Früchten der widerwärtigen **Arbeit des Staatssicherheitsdienstes**. Ein Staat, der sich selbst einmauerte und damit sich zu einem einzigartigen Gefängnis erniedrigte, schuf Institutionen,

Dr. Bertold Reinartz

die als wichtigstes Ziel im Auge hatten, durch **Willkür** Menschen gefügig zu machen. Dies geschah mit ungeheurer **krimineller Intensität**, wohl wissend, daß es dem Menschsein widerspricht, in Erniedrigung und Selbstverleugnung zu verharren. Deshalb verdienen all diejenigen unseren hohen Respekt, die sich nicht haben beugen lassen, die um ihrer Überzeugung willen Jahre ihres Lebens im Gefängnis verbringen mußten, getrennt von ihren Familien, in einem sinnentleerten Dasein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dieser **Respekt** läßt keine Unterscheidung zu zwischen denen, die freiwillig den Weg aus dem Staatsgefängnis in die alte Bundesrepublik suchten oder unfreiwillig abgeschoben wurden, und denen, die an, Widerstandskraft ungebrochen, den **Kampf für Menschenrechte und Freiheit in der damaligen DDR** fortsetzten, und denen, deren Widerstandskraft für das weitere Leben in der DDR gebrochen wurde. Für sie alle gilt, daß sie ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Gesundheit, berufliches Fortkommen, persönliche Entfaltung — alles häufig auch zu Lasten ihrer Familie — aufs Spiel setzten und dieser Rechtsgüter beraubt wurden.

Niemand sollte vergessen, daß durch den Mut dieser Menschen schließlich das totalitäre Schreckenssystem überwunden werden konnte. Weil der Staatsterror so komplex war, weil sich hinter jedem Betroffenen ein persönliches, individuelles Schicksal offenbart, ist jede gesetzliche Regelung so ungeheuer kompliziert und schwierig. Eine gesetzliche Regelung soll einen Sachverhalt typisiert erfassen und regeln. Gefordert und gewünscht ist jedoch **ausgleichende individuelle Gerechtigkeit**, ein Ziel, das auch einem Rechtsstaat die Grenzen bei seinem Bemühen um Gerechtigkeit gegenüber jedermann aufzeigt.

In 40 Jahren konnte sich SED-Staatsunrecht verfeinern, sich immer mehr vernetzen und schließlich alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens erfassen. Der heutige Gesetzentwurf ist ein erster Schritt, das **Staatsunrecht** aufzuarbeiten. Unrechtsbereinigung, wie es der Name des Gesetzes vermitteln möchte, wird dabei ein Versuch bleiben. Begangenes Unrecht ist erlittenes Unrecht, und erlittenes Unrecht ist schließlich nicht zu bereinigen.

Unser Versuch muß es sein, erlittenes Unrecht auch als Unrecht festzustellen und daraus die für unseren Rechtsstaat entwickelten Folgerungen zu ziehen. Es gilt, die aus der mißbrauchten Staatsgewalt abgeleiteten und Wirklichkeit gewordenen Strafurteile zu beseitigen und **Genugtuung** zu geben, auch wenn erlittenes Leid nicht zu beseitigen ist.

Genugtuung heißt auch „genug tun". Unter diesem Kriterium ist auch der heutige Entwurf sorgfältig zu prüfen. Vieles, was im Ansatz zunächst fragwürdig erscheint, wird im Gesetzentwurf bei näherer Betrachtung und in der Diskussion plausibel und richtig. Aber immer bleibt — dessen müssen wir uns ebenfalls bewußt bleiben —, daß dieser auf die **Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern** infolge rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen abzielende Entwurf schließlich keine **Wiedergutmachung** im Sinne des Wortes „wieder gut machen" erreichen kann.

Zu Recht sieht deshalb der Entwurf eine Rehabilitierung dann vor, wenn eine strafrechtliche Entscheidung mit wesentlichen **Grundsätzen einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung** unvereinbar ist. Diese Generalklausel wird beispielhaft mit Straftatbeständen belegt, die nur eine Regelvermutung darstellen und keinen Ausschließlichkeitscharakter haben.

Verständlich ist der Wunsch, den Katalog der beispielhaft aufgezählten rechtsstaatswidrigen Strafnormen zu erweitern, weil häufig auch andere Strafgesetze Grundlage einer rechtsstaatswidrigen Verurteilung waren.

Die **Höhe der Entschädigung** wird immer diskussionsfähig bleiben. Eine Forderung muß die Regelung der Höhe der Entschädigung allerdings erfüllen: Sie muß einem Vergleich mit anderen Entschädigungsregelungen standhalten, d. h. sie muß sowohl im Hinblick auf den Entschädigungssachverhalt — also das zu entschädigende Rechtsgut — wie auch in ihrer tatsächlichen Höhe vergleichbar sein. Hierüber bestehen, wenn man die heutigen Diskussionsbeiträge einmal wertet, noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Vergleichsmöglichkeiten besitzen wir durch das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, aber auch durch das Bundesentschädigungsgesetz, und zwar sowohl — da gebe ich Herrn Kollegen Schwanitz recht — in der Höhe als auch im Hinblick auf die zu entschädigenden Rechtsgüter.

Der Gesetzentwurf verwendet den Begriff „soziale Ausgleichsleistung". Viele Betroffene wollen jedoch als Abgeltung ihrer Haft keine **soziale Ausgleichsleistung.** Sie wollen eine angemessene und dem Vergleich standhaltende Entschädigung. Allerdings wird jeder Versuch scheitern, zwischen Freiheitsentziehung und Entschädigung eine Art Konvertibilität herbeizuführen.

(Norbert Geis [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Niemand wird auch nur im Ansatz annehmen wollen, einen angemessenen Ausgleich mit 10 DM für einen Tag Gefängnis herbeiführen zu können. Die Unmöglichkeit, Freiheitsstrafen mit Geld zu konvertieren, führt zwangsläufig doch zu einer sozialen Gewichtung, jedoch nicht als mildtätige Gabe, sondern als **Entschädigungsleistung,** die in ihrer Höhe — und zwar unabhängig von der dann schließlich im Gesetzgebungsverfahren tatsächlich gefundenen Höhe — immer unzureichend sein wird. Freiheit kennt keinen Preis. Dies ist bei aller verständlichen Kritik der Opferverbände mit zu berücksichtigen, wenn es um die Definition der Entschädigung als soziale Ausgleichsleistung geht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Schmidt)

Ich bekenne, daß für mich selbst der finanzielle Ausgleich ein Thema sein wird, bei dem weitere Überlegungen notwendig sind, und zwar hinsichtlich des Begriffs selbst, der Höhe und der zu entschädigenden Rechtsgüter.

Dr. Bertold Reinartz

(A) Der Entwurf sieht eine **zusätzliche Kapitalentschädigung** von 150 DM für jeden Kalendermonat für diejenigen vor, die bis zum 9. November 1989 in der DDR gewohnt haben. Diese Regelung stößt auf Kritik. Zu ihrer Rechtfertigung wird angeführt, daß die vorher in die Bundesrepublik Übergesiedelten keine weitere Diskriminierung nach Ableistung der Freiheitsstrafe oder andere Nachteile zu erleiden hatten. Es handelt sich hierbei um den Versuch, bei aller notwendigen Abstraktheit der Regelung bei einer Personengruppe im Regelfall zusätzlich erlittene Nachteile zu entschädigen.

Bei aller Berechtigung des gedanklichen Ansatzes ist zu befürchten, daß dieser Versuch nicht gelingen kann. Zunächst gibt es diejenigen, die nicht allzu lange vor dem 9. November 1989 in die Bundesrepublik übergesiedelt sind, aber dennoch nach ihrer Haft unter Diskriminierung und anderen Nachteilen dauerhaft zu leiden hatten. Zudem erscheint es fragwürdig, ob die Anknüpfung an die tatsächliche Haftzeit für den zu zahlenden Erhöhungsbetrag zu einem auch nur annähernd gerechtfertigten Ausgleich für sehr unterschiedliche **Diskriminierungen und Nachteile im Anschluß an die Haftzeit** führen kann.

Derjenige, der zwölf Monate Freiheitsstrafe verbüßen mußte, kann in der Folgezeit erheblich mehr an Nachteilen erlitten haben als derjenige, der drei Jahre Freiheitsstrafe absitzen mußte, sich jedoch in den Augen des Systems zu einem sogenannten „verantwortlichen Staatsbürger" entwickelt hat. Hinzu kommt, daß viele, die im Anschluß an ihre Haft in die Bundesrepublik durch Freikauf oder andere Maßnahmen übersiedeln konnten, durchaus härteren und eingreifenderen Maßnahmen während der Zeit ihres DDR-Lebens ausgesetzt sein konnten.

(B)

Es gibt natürlich den Gesichtspunkt, daß diejenigen, die vor längerer Zeit in die Bundesrepublik übersiedeln konnten, hier neue Chancen hatten, die den in der DDR Verbliebenen verwehrt waren. Dieser gedankliche Ansatz ist zweifellos zutreffend. Doch was ist mit denjenigen, die sich in ihrem neuen Leben hier nicht haben zurechtfinden können? Sind nicht auch Fälle denkbar, in denen der Kampf gegen das Unrechtssystem viel intensiver geführt wurde von denjenigen, die nach ihrer Haft nicht mehr geduldet waren und übersiedeln mußten bzw. konnten?

Der einzig abgrenzbare Sachverhalt ist der der tatsächlichen Haftzeit. Deshalb wurde an ihn die Erhöhung für nachfolgende Diskriminierungen und Nachteile angeknüpft. Doch die Frage bleibt: Sind diese nachfolgenden Diskriminierungen und Nachteile in der vorgesehenen Weise pauschalierbar?

Ziel des Gesetzes ist es, verlorene Lebenszeit durch **Entschädigung** von Unrecht-Haftzeiten auszugleichen. Das Leid einer **ungerechtfertigten Haft** bleibt, gleich, ob der spätere Lebensweg in die Bundesrepublik — früher oder später — führte. Der Haftzeit folgende Diskriminierungen und Nachteile sind Unrechtstatbestände, die in einem zweiten Schritt erfaßt und geregelt werden müssen, und zwar sowohl die Rehabilitierung von beruflichem wie auch von Verwaltungsunrecht.

Lassen Sie mich wegen der Kürze der Zeit nur noch einige weitere Fragen stellen; die Antworten werden in der weiteren Beratung gefunden werden müssen. (C) Ist es sachgerecht, die Ehegatten auf die Unterstützungsleistung des § 18 und im übrigen nur auf die Hinterbliebenenversorgung zu verweisen? Gibt es nicht auch ein Bedürfnis nach öffentlicher Verlautbarung über seinerzeitiges gerichtlich verkündetes und vollstrecktes Unrecht? Ich meine, es sollte in der weiteren Diskussion noch einmal der Frage nachgegangen werden, ob nicht zusätzlich neben der Aufhebung der Gerichtsentscheidung eine Veröffentlichung dieser Aufhebung auf Antrag des Betroffenen erfolgen kann. Dies muß nicht durch Zeitungsveröffentlichung, sondern kann wie andere öffentliche Bekanntmachungen auch durch Aushang geschehen. Vielen Menschen wird es guttun, die schriftliche Bestätigung über erlittenes Unrecht in Händen zu halten. Aber kann es nicht auch guttun, in dieser Form eine öffentliche Anerkennung der Rehabilitierung zu erfahren?

Diese und andere Fragen werden in der weiteren Beratung zu klären sein.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Reinartz, Sie haben gerade davon profitiert, daß Ihre Fraktion noch etwas Redezeit übrig hatte und ich ungern bei so einem Thema mit dem Hinweis auf die Zeit unterbreche. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, daß Sie Ihre Redezeit um über zweieinhalb Minuten überzogen haben. Das nächste Mal kann ich nicht so tolerant sein.

(D)

Nun hat der Kollege Hartmut Büttner das Wort.

Hartmut Büttner (Schönebeck) (CSU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Deutsche Bundestag diskutiert zum zweiten Mal in wenigen Wochen einen Gesetzentwurf, der die **Aufarbeitung von DDR-Unrecht** zum Ziel hat. Nach dem Stasi-Unterlagengesetz versuchen wir mit dem Unrechtsbereinigungsgesetz, den Opfern der kommunistischen Diktatur erneut in einer zentralen Frage ein Stück Gerechtigkeit entgegenzubringen.

Gesetze und Maßnahmen müssen folgen, um den Menschen in den fünf neuen Bundesländern glaubhaft zu beweisen, daß die Bundesrepublik Deutschland alles Menschen- und finanziell Mögliche unternimmt, um Gerechtigkeit auch erlebbar zu machen. Die Wunden der letzten 45 Jahre sind noch lange nicht geheilt, geschweige denn vernarbt. Das Ausmaß des den Menschen zugefügten Leides ist erschreckend.

Wir müssen auch an dieser Stelle an die Zeit nach dem Krieg erinnern, als Tausende durch die **sowjetische Militärverwaltung** abgeurteilt, interniert und deportiert worden sind. Ich denke daran, daß in diesen Jahren ehemalige Nazi-Konzentrationslager wie Buchenwald umfunktioniert und zu Lagern des neuen roten Faschismus wurden. Ich spreche das Massengrab von Oranienburg an, das zeigt, daß zwar die Machthaber wechselten, die Unterdrückungsmetho-

Hartmut Büttner (Schönebeck)

(A) den gegenüber Andersdenkenden sich aber kaum unterschieden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Wir müssen auch daran erinnern, daß nach Gründung der DDR das **Strafrecht** zum **Kampfinstrument der SED-Herrschaft** verkommen ist. Bewußt sind unbeugsame Bürger zu Verbrechern gestempelt worden. Die Grenzlinien zwischen politisch Inhaftierten und kriminellen Straftätern wurden gezielt verwischt. Die Kriminalisierung der politischen Opfer war Methode, da es offiziell keine politischen Gefangenen zu geben hatte.

Auch in dieser Stunde muß als Ausgangslage für Unrechtsbereinigung auf Schikanen, Willkür und unmenschliche Haftbedingungen hingewiesen werden. Ca. 200 000 Menschen sind durch die Kerker der sowjetischen Besatzungszone und der DDR gegangen. 200 000 Menschen allein aus politischen Gründen! Man kann daran messen, wieviel Tränen, Herr Heuer, dieses Regime zu verantworten hat. Bautzen, Cottbus, Hoheneck sind Symbole dieses Staatsterrors.

Wenn man dies alles reflektiert, dann erfüllt es mit besonderer Bitternis, daß die Medien die Opfer dieser Zeit offensichtlich vergessen haben. Dann empfindet man es als Skandal, daß die neuen Stars der Talkshows und Klatschspalten die Täter von gestern sind.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

(B) Um so deutlicher, meine Damen und Herren, liegt die Verpflichtung besonders auf uns, den Abgeordneten der neuen Bundesländer, daß wir uns den **Opfern der SED-Herrschaft** zuerst und zunächst zuwenden. Es ist richtig, daß die Entschädigung für enteignete Betriebe und Liegenschaften erst nach den Regelungen zugunsten der Verfolgten und Häftlinge der kommunistischen Diktatur vorgenommen wird.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE])

Wir begrüßen die Vorlage eines **Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes** ausdrücklich. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß wir heute, Herr Ullmann, erst den Startschuß für die parlamentarische Diskussion geben. Ein fertiges Gesetz steht immer erst am Ende der Beratung. Die heutige erste Lesung sollte auch als Einladung für alle interessierten Bürger und Verbände gesehen werden, uns ihre Meinung und ihre **Verbesserungsvorschläge** mitzuteilen. Vielleicht — meine Damen und Herren im Rechtsausschuß, Sie sind da federführend — wäre eine Anhörung ein zweckmäßiges Instrument, und vielleicht kann diese Anhörung in Buchenwald, in Bautzen oder in Mühlhausen stattfinden.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Herr Modrow und Herr Heuer sollten dabeisein!)

Betroffene Ortschaften gibt es in den neuen Bundesländern genug.

(Erneuter Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Niemand wird durch Zahlung von Geld erlittenes Unrecht auch nur annähernd ausgleichen können. Das ist hier deutlich genug gesagt worden. Aber wir können durch die Aufhebung ungerechtfertigter Urteile und durch eine deutlich verbesserte Entschädigung die Folgen mildern.

Wir danken der Bundesregierung, daß sie als Auftrag der Bundestagsdebatte von Mai dieses Jahres unverzüglich einen **Gesetzentwurf** eingebracht hat. Dieser Entwurf schafft Regelungen in wichtigen — ich will sagen: in den wichtigsten und dringendsten — Bereichen. Die Aufhebung von Unrechtsurteilen wird beschleunigt und die Haftopfer der roten Diktatur erhalten eine wesentlich verbesserte Entschädigung. Sie könnte natürlich noch höher sein. Die gerichtlichen Verfahren der Entschädigung und Rehabilitierung werden in einem Zuge durchgeführt.

Besonders positiv ist die Einbeziehung der Opfer willkürlicher, rechtsstaatswidriger Einweisung in psychiatrische Anstalten. Verurteilte durch die sowjetische Besatzungsmacht erhalten ebenfalls erstmals einen Entschädigungsanspruch. Hier geht die Bundesregierung positiverweise erheblich weiter als die Volkskammer. Ich möchte allerdings auch hier ganz herzlich bitten, daß alle diplomatischen Kanäle genutzt werden, um zu einer Aufhebung von Hoheitsakten der ehemaligen sowjetischen Besatzungsmacht zu kommen.

Ich finde es ebenfalls außerordentlich positiv, daß sich die Bundesregierung bei der **Höhe der Entschädigungsleistung** an der Entschädigung für NS-Opfer orientiert hat. Damit hat sie eine Forderung des ganzen Hohen Hauses aus der Maidebatte erfüllt. (D) Natürlich, meine Damen und Herren — das zeigt diese Debatte auch —, kann man sich auch noch höhere Entschädigungszahlungen vorstellen. Es ist auch wahr, daß wir beim Ausgleich erlittenen Unrechts nicht beckmesserisch vorgehen können, aber genauso wahr ist es, daß wir die Gesamtpakete unserer Ausgaben auch insgesamt finanzieren müssen. Unter diesem Aspekt halte ich die Zahlung von 450 DM bis 600 DM pro Haftmonat in den neuen Bundesländern für vertretbar und für durchaus angemessen.

Wenn man noch hinzuzählt, daß die Entschädigung von keinerlei steuerlicher Belastung erfaßt ist, daß Opfer, die Gesundheitsschäden erlitten haben, nach dem Bundesversorgungsgesetz besondere Sozialleistungen erhalten, daß die Haftzeiten rentenerhöhend berücksichtigt werden und daß die Hinterbliebenen ebenfalls in den Leistungsrahmen einbezogen werden, dann ist wahrlich ein guter Anfang gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Daß in der ersten Lesung noch Fragen offenbleiben, ist nur natürlich. Hierzu zählt auch die Heranziehung der neuen Länder zu den **Gesamtkosten** von 1,5 Milliarden DM. Ich sage jetzt vielleicht etwas Unpopuläres, aber man sollte doch noch einmal überlegen, ob es wirklich sinnvoll ist, auf der einen Seite die Transferleistungen in die jungen Bundesländer zu erhöhen und sie auf der anderen Seite bei solchen einmaligen finanziellen Leistungen erneut zur Ader zu lassen und damit die ohnehin schon leeren Landeskassen erneut

Hartmut Büttner (Schönebeck)

(A) auszufegen. Diese Frage sollte einmal zwischen Bund und Ländern geprüft werden.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Darüber kann geredet werden!)

— Wir reden darüber? — Sehr schön!

Die Heranziehung des restlichen SED-Vermögens ist nach dem Verursacherprinzip eine sinnvolle Finanzierungsquelle.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer Unrecht verursacht hat, darf ruhig bei der Bewältigung seinen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun noch einen Satz zur **PDS** sagen. Es ist würdelos, daß die PDS als legitimes Kind der alten SED

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist die alte SED!)

die vielen Stunden der Debatten zum Stasi-Unterlagengesetz und jetzt zum Unrechtsbereinigungsgesetz nicht dazu genutzt hat, nur ein einziges Mal ihre historische Schuld zu bekennen und sich bei den zahllosen Opfern der Diktatur des Proletariats zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Eine wirkliche Bereinigung des SED-Unrechts wird allerdings erst dann erreicht werden, wenn neben Rehabilitation und Entschädigung auch die Täter ihrer Verantwortung zugeführt worden sind.

(B) (Zuruf von der CDU/CSU: Können Sie nicht ein paar nennen?)

Vergessen wir nicht, daß der Rechtsstaat auch daran gemessen wird, ob es gelingt, die Peiniger von gestern strafrechtlich zu verfolgen. Hierzu muß Bund und Ländern mehr einfallen als das, was zur Zeit von den Berliner Justizbehörden geleistet werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Zu überlegen ist, ob uns nicht eine **Bund-Länder-Zentralstelle** zur Bekämpfung von DDR-Regierungs- und Vereinigungskriminalität mit Sitz in Berlin weiterhelfen kann. Mit der Zentralstelle zur Bekämpfung von NS-Unrecht in Ludwigsburg sind keine schlechten Erfahrungen gemacht worden. Die Akzeptanz für das neue, vereinte Deutschland werden wir bei den Bürgern der neuen Länder dann erhöhen, wenn die Menschen erfahren, daß die Demokratie in der Lage ist, Unrecht aufzuarbeiten und den Opfern Genugtuung zu geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 12/1608, 12/1439 und 12/1713 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse

(C) vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? — Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe nun Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes und der Unterhaltssicherungsverordnung**

— Drucksachen 12/1523, 12/1610 —

a) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie und Senioren (13. Ausschuß)

— Drucksache 12/1727 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Margot von Renesse

b) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

— Drucksache 12/1728 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Irmgard Karwatzki
Dr. Sigrid Hoth
Dr. Konstanze Wegner

(Erste Beratung 58. Sitzung)

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. — Ich sehe dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste hat die Kollegin Margot von Renesse das Wort.

(D)

Margot von Renesse (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht heute um ein Gesetz, das im Jahre 1979 von der damaligen sozialliberalen Koalition gemacht worden war und das inzwischen so etwas wie eine **Magna Charta der alleinerziehenden Eltern**, insbesondere der Mütter, geworden ist.

Es war damals eine gute Sache für Familien. Angesichts der Tatsache, daß wir von der SPD immer wieder bezichtigt werden, in der Zeit, als wir Verantwortung trugen, nichts, aber auch gar nichts für Familien getan zu haben, ist es mir sehr wichtig, hier deutlich zu machen, daß das ein Gesetz von 1979 ist — damals zweifellos noch ein dürftiger Beginn. Drei Jahre lang hatten wir dieses Gesetz in unserer Verantwortung. Anschließend haben Sie, die christlich-liberale Koalition, die Verantwortung für dieses Gesetz übernommen und haben es bis zu diesem Jahr mehr oder minder unverändert gelassen. Es gab, so wie es die Alleinerziehenden im Westen kannten, einen höchstens dreijährigen Leistungsbezug innerhalb des Alters von null bis sechs Jahren eines jeden Kindes.

Es hätte Ihnen schon lange gut angestanden, angesichts der Tatsache, daß von den unterhaltspflichtigen Männern wegen schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse immer weniger Unterhalt zu bekommen war, die **Leistungen** aufzubessern. Nun, Sie wollen es jetzt tun. Das ist die eine Seite der Medaille, um die es heute geht. Hier können wir Ihnen nur zustimmen. Mit dem, was Sie vorhaben, Verdoppelung des Leistungsbe-

Margot von Renesse

(A) zugs, Verdoppelung der Altersgrenze, sind wir d'accord, zunächst einmal. Die Tendenz ist richtig. Die Erweiterung der Leistungen für Einelternfamilien liegt auf unserer Linie.

Was Sie dabei meines Erachtens allerdings etwas merkwürdig gestalten, ist, daß Sie das Alter auf zwölf Jahre begrenzen. Damit schaffen Sie eine neue Zäsur im Leben eines Kindes und damit auch im Leben einer Familie, wo wir sonst gewöhnt sind, insbesondere im Kinder- und Jugendhilferecht, die **Altersgrenze** 14 Jahre für einen entscheidenden Einschnitt auf dem Wege vom Kind zum Jugendlichen zu sehen. Es wäre ganz gut gewesen, rein technisch, wenn man sich in möglichst vielen Gesetzen, die Kinder, Jugendliche und Familien betreffen, auf einheitliche Alterssprünge geeinigt hätte. Dann bräuchten sich die Betroffenen nicht so viele verschiedenen Altersstufen zu merken, bei denen neue Rechtsfolgen eintreten. So hätten wir es gerne gehabt. Sie wollen das nicht. Unsere Einwände dagegen werden nicht ausreichen, daß wir nein sagen. An diesem Punkt stimmen wir also mit gewissen Bauchschmerzen zu.

Aber ganz große Schmerzen, Kopf-, Leib- und Zahnschmerzen, haben wir bei dem, wie es mit diesem Gesetz im Osten sein soll. Auf der einen Seite haben Sie die Leistungsverbesserung. Okay. Auf der anderen Seite wollen Sie die **Rechtsvereinheitlichung**, die der Einigungsvertrag noch offen ließ: zwischen der Unterhaltssicherungsverordnung, wie sie in der ehemaligen DDR galt, und dem, was wir im Westen hatten, nämlich das Unterhaltsvorschußgesetz. Die Rechtsvereinheitlichung, wie Sie sie vorsehen,

(B) bringt nicht nur keine faktische Verbesserung für die Familien im Osten, sie bringt auch konkrete Rechtsverschlechterungen. Daran führt kein Weg vorbei.

Die Argumentation der Bundesregierung, der **Besitzstand** sei offensichtlich gewahrt, weil das Leistungsvolumen für den Osten insgesamt höher oder mindestens so hoch wie gegenwärtig nach der Unterhaltssicherungsverordnung sei, überzeugt nicht. Es überzeugt deshalb nicht, weil wir nicht gewöhnt sind, die Frage, ob der Besitzstand gewahrt ist, am Durchschnitt zu messen, sondern wir sind gewöhnt, diese Frage am konkreten **Einzelfall** zu messen. Es ist nun einmal nicht richtig, daß man, wenn der eine Null hat und der andere eine Million, sagt, daß zwei 500 000 hätten. Es hat eben einer Null, und im Osten sieht das konkret so aus, daß Kinder, die als Minderjährige nach der Unterhaltssicherungsverordnung bis zum Zeitpunkt ihrer Volljährigkeit abgesichert waren, nun, wenn sie in diesem Jahr das 12. Lebensjahr vollendet haben, in Zukunft nichts mehr bekommen, obgleich sie nach der Unterhaltssicherungsverordnung Ansprüche hatten.

Es werden also mit der Rechtsvereinheitlichung Ansprüche abgeschnitten — nicht überall; aber es werden Ansprüche abgeschnitten.

(Uta Würfel [FDP]: Aber Gerechtigkeit hergestellt!)

Die Rechtsvereinheitlichung, die Gleichheit ist sicherlich ein wichtiges Argument. Wir sind inzwischen in mehreren Gesetzen — Stichwort: Renten-Überleitungsgesetz — dazu gekommen, unter Umständen, Frau Würfel, auch Rechte abzuschneiden. Deswegen (C) sehen wir in der Frage der Besitzstandswahrung auch kein Rechtsargument, etwas, was wir früher vor der Vereinigung, bezogen auf die alte Bundesrepublik, so gesehen hätten. Wir haben neue Verhältnisse. Ein rechtliches Argument ist es nicht; aber es ist ein familienpolitisches, und das ist eines, das man sich sehr genau überlegen muß, gerade in einer Koalition, die wie eine Monstranz ihre Liebe zur Familie immer vor sich herträgt.

Wenn man sich die Situation gerade der Alleinerziehenden im Osten anschaut, die in besonderer Weise auch infolge der Einigung an vielen Ecken und Kanten schwieriger geworden ist — alleinerziehende Mütter sind es ja zu 90 und mehr Prozent —, dann ist die Verschlechterung der **Situation der Ein-Eltern-Familien im Osten** wiederum nicht ein Rechtsargument, aber ein familienpolitisches erster Ordnung, und hier hätten wir uns durchaus gewünscht, daß zumindest die Familienpolitiker in der Koalition — zumindest die Familienpolitiker — einen Sturmlauf unternommen hätten, um diese Konsequenz nicht eintreten zu lassen.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Frau Kollegin von Renesse, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Margot von Renesse (SPD): Ja.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Bitte, Frau Kollegin Würfel.

Uta Würfel (FDP): Frau von Renesse, was sagen Sie (D) dann der alleinerziehenden, von ihrem Mann verlassenen Frau im Westen, wenn sie sich im Vergleich zu der Frau im Osten schlechtergestellt sieht?

Margot von Renesse (SPD): Frau Würfel, es ist mir sehr angenehm, daß Sie diese Frage stellen; denn ich kann sie beantworten, ohne daß das meiner Zeit angerechnet wird. Als Familienpolitikerin hätte ich mir folgendes gewünscht: Im Augenblick haben wir gute Karten — oder hätten wir gute Karten gehabt —, auch bei denen, die familienpolitisch nicht so engagiert sind, unter dem Gesichtspunkt der Besitzstandswahrung im Osten diese Lage herbeizuführen — als Übergangsregelung. Aber genau das, was Sie sagen, wäre eingetreten: Es hätte einen Druck auf eine **Verbesserung des Unterhaltsvorschußgesetzes** im Westen ausgelöst, und da kann ich nur sagen: Angesichts der Tatsache, daß wir uns alle über die Begleitmaßnahmen zu § 218 Gedanken machen, hätte es einen wohltuenden Druck ausgelöst, die Situation der Alleinerziehenden erheblich zu verbessern;

(Walter Link [Diepholz] [CDU/CSU]: Dieses Gesetz ist wohltuend im Zusammenhang mit § 218, ausgesprochen wohltuend!)

denn die Kinder ab 14 Jahren oder ab zwölf Jahren, wie Sie das regeln wollen, werden ja für die alleinerziehenden Eltern nicht billiger; sie werden teurer. Ein Blick auf die Düsseldorfer Tabelle und ihre Steigerungsraten bei höheren Altersstufen macht das deutlich.

Die **individuelle Rechtsverschlechterung** muß man nun gegen eine allgemeine — so argumentiert die

Margot von Renesse

(A) Koalition — Rechtsverbesserung für diejenigen gegenrechnen, die nach der Unterhaltssicherungsverordnung Ansprüche hatten, aber in der Leistungshöhe sehr kleine. Das war in der ehemaligen DDR so: Die Beträge waren gering, und es gab eine Hürde, die da hieß: Titelerfordernis. Man mußte den Unterhaltsanspruch durch Urteil oder Vergleich tituliert haben, damit man überhaupt an diese Leistungen herankam.

Nur, bezogen auf die Situation in der ehemaligen DDR, war das Titelerfordernis keine ernstzunehmende Hürde — es war eine Kleinigkeit, es zu bekommen —, und, bezogen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der ehemaligen DDR, war die Höhe der Leistung eine sehr große, nämlich die Unterhaltssicherung war damit verbunden. Angesichts der Kaufkraft, angesichts der Höhe des Existenzminimums waren diese 60 oder 70 Mark nicht weniger als der Regelunterhalt bei uns. Das heißt, der nominelle Vergleich gibt kein tatsächliches Bild.

Wir hätten uns gewünscht, die Familien im Osten hätten jetzt nicht das Erlebnis der Einigungsgeschädigtheit. Das ist ein Argument, das weit über die Frage der Unterhaltssicherung hinausgeht; denn es ist sehr bitter für uns im Westen wie für uns im Osten — ich sage: für uns im Osten! und meine meine Kolleginnen Mütter —, daß man die Einigung als ein Abschneiden von Rechten erlebt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

(B)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächstes hat das Wort der Kollege Walter Link.

Walter Link (Diepholz) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute das Gesetz zur Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes und der Unterhaltssicherungsverordnung verabschieden, vereinheitlichen wir nicht nur die Gesetzgebung zwischen den jungen und den alten Bundesländern, sondern wir machen einen weiteren guten Schritt bei den familienpolitischen Maßnahmen, hier insbesondere bei der **Absicherung der Alleinerziehenden.**

Frau von Renesse, Sie haben zwei Drittel Ihrer Zeit benötigt, um einen Punkt, den Sie verbessern wollen, zu kritisieren. Sie hätten sich besser den wirklich positiven Maßnahmen zugewandt. Ich werde das jetzt tun.

Ich sage das bewußt an dieser Stelle, damit Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht sagen, das sei wieder einmal alles zuwenig, wie es eben anklang. Man muß dies doch alles im Zusammenhang mit der Erhöhung des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre und der Erweiterung des Erziehungsgelds auf zwei Jahre sehen. Wenn dann noch die SPD-regierten Länder unserer Forderung nachkommen, ein Landeserziehungsgeld für das dritte Jahr zu zahlen, werden die flankierenden Maßnahmen zur Familienpolitik und zu § 218 rund.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C) Das **Unterhaltsvorschußgesetz** gilt in den alten Bundesländern seit 1979. Es sichert aus öffentlichen Mitteln für längstens drei Jahre den Mindestunterhalt von Kindern unter sechs Jahren, die bei einem alleinstehenden Elternteil leben und den Unterhalt von dem anderen Elternteil nicht oder nur unregelmäßig bekommen. 1989 hatten bereits rund 116 000 Personen Anspruch auf diese Leistung, und zwar deshalb, weil sich ein Elternteil seiner Unterhaltspflicht für die Kinder entzogen hat. Dies waren in der Mehrzahl die Väter. Führt man sich die traurige Bilanz vor Augen, daß rund 21 000 Männer die Grenzöffnung 1989 genutzt haben, um den Unterhaltsverpflichtungen gegenüber ihren Frauen und Kindern zu entgehen, so wird deutlich, daß besonders die Situation vieler Frauen mit Kindern in den neuen Bundesländern kritisch war und ist.

In den jungen Ländern gilt zur Zeit noch die **Unterhaltssicherungsverordnung** der ehemaligen DDR. Problematisch an diesem Gesetz ist, daß Kinder nur dann einen Anspruch auf Unterhaltsvorauszahlung von maximal 165 DM monatlich haben, wenn ein vollstreckbarer Unterhaltstitel vorliegt. Fehlt dieser — und das ist gerade in den eben genannten Fällen oftmals so —, wird lediglich eine staatliche Beihilfe von 60 DM zum Unterhalt gewährt.

Frau von Renesse, es ist für mich ein bißchen unverständlich, daß Sie die 60 DM in der damaligen Situation so herausgehoben haben. In bezug auf die Grundnahrungsmittel stimmte es allerdings. Aber seit der deutschen Einheit ist es mehr als dieses.

(D) An dem eben genannten Beispiel wird deutlich, daß eine solche Regelung der Unterhaltssicherungsverordnung weit hinter den Leistungen des Unterhaltsvorschußgesetzes zurückbleibt. Die Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes 1990 bewirkte nämlich, daß in den alten Bundesländern auch dann ein Anspruch auf Unterhaltsvorschuß besteht, wenn kein Unterhaltstitel nachgewiesen werden kann. Eine solche Regelung berücksichtigt besonders die vielen **unehelich geborenen Kinder.**

Knapp 40 % der Kinder in den jungen Bundesländern werden nichtehelich geboren. Von daher ist diese Regelung auch dort sinnvoll und gut, wenn sie am 1. Januar 1992 in Kraft tritt.

Diese Gesetzesänderung 1990, getragen von der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP — es war eine **Novellierung,** im Gegensatz zu dem, was Sie, Frau von Renesse, eben gesagt haben —, bewirkte nicht nur eine finanzielle Verbesserung für die Familien; sie hat auch die psychische Situation vieler **alleinstehender Frauen** verbessert. Es entfielen nämlich die für die alleingelassenen Mütter belastenden Verfahren, bis einem Vater die Vaterschaft durch das Gericht nachgewiesen werden konnte. Ich denke, das ist ein sehr wichtiger Punkt, den wir 1990 geändert haben.

Jede Frau mit Kindern im Alter von bis zu sieben Jahren, egal ob sie alleine lebt, geschieden ist oder nur unregelmäßig Unterhalt erhält, hat einen Anspruch auf Unterhaltsvorschußzahlungen in der Höhe von 251 DM pro Kind und Monat, und zwar unabhängig von ihrem Einkommen.

Walter Link (Diepholz)

(A) Mit diesem Gesetz zur Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes und der Unterhaltssicherungsverordnung wird das Unterhaltsvorschußgesetz zum 1. Januar 1992 auf die neuen Länder übertragen. Damit wird die dort bisher geltende Unterhaltssicherungsverordnung abgelöst. Zusätzlich werden die Anspruchsvoraussetzungen zum 1. Januar 1993 — das ist entscheidend — verbessert. Kinder, die mit einem Elternteil zusammenleben und von dem anderen Elternteil keinen oder nur unregelmäßigen Unterhalt bekommen, können ab diesem Zeitpunkt nicht mehr nur — wie bisher — bis zum sechsten, sondern bis zum zwölften Lebensjahr einen Unterhaltsvorschuß erhalten. — Das ist gegenüber Ihrem Gesetz von 1979, das Sie angesprochen haben, eine Verlängerung des Zeitraums um 100 %.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die **Dauer der Zahlung** wird von zur Zeit höchstens drei auf sechs Jahre verdoppelt. Das sind die entscheidenden Schwerpunkte dieses Gesetzes. Es hätte Ihnen gut angestanden, dies deutlicher herauszuheben.

(Beifall bei der CDU/CSU — Margot von Renesse [SPD]: Das führt auch dazu, daß wir zustimmen werden, nur das!)

Positiv an der Erhöhung der Altersgrenze auf zwölf Jahre ist, daß sie auf längere Sicht auch zur Abnahme des bisher relativ hohen Anteils von Sozialhilfeempfängern unter den Alleinstehenden führen kann. Ein Alleinstehender mit Kindern über zwölf Jahre ist nämlich durchaus in der Lage — jetzt komme ich auf Ihren Kritikpunkt —, einer **Erwerbstätigkeit** nachzugehen, (B) da der **Betreuungsbedarf der Kinder** mit zunehmendem Alter geringer wird.

(Margot von Renesse [SPD]: Unterhaltsvorschuß ist keine Sozialhilfe!)

Es ist darum nicht gerechtfertigt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie hier jetzt eine **Erhöhung der Altersgrenze auf 14 Jahre** fordern. Wie ist eine solche Forderung, die ab 1993 jährlich 80 Millionen DM kosten würde, mit Ihrer Forderung nach Sparsamkeit zu vereinbaren? Hier haben Sie doch, Frau von Renesse, die Gegenvorschläge des Bundesrates übernommen — das ist Ihr gutes Recht —, sagen aber, die Länder sollen zahlen, obwohl Sie genau wissen, daß der Bundesrat, wenn er das Gesetz berät, wieder sagen wird: 50 : 50, halbe—halbe. Das ist insofern unfair.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich frage Sie, was es noch mit Besitzstandswahrung zu tun hat, wenn Sie sagen, wir sollten das — wie in der ehemaligen DDR — auf 18 Jahre ausweiten. Wir meinen, daß das dem Gleichheitsprinzip wirklich nicht mehr entspricht. Denn es werden dadurch nicht nur die Kinder, die nach der jetzigen Regelung bis 18 Jahre begünstigt werden, hinzukommen, sondern es werden in den Jahren bis 1997, wenn wir Ihrer Forderung nachkommen, auch noch weitere anspruchsberechtigt werden.

Ich frage Sie noch einmal, was dies noch mit Besitzstandswahrung zu tun hat. Ein solcher Vorschlag zielt (C) doch vielmehr auf eine deutliche Besserstellung der Kinder in den jungen Ländern ab. Durch einen solchen Vorschlag werden nämlich nicht nur die Ansprüche der jetzigen Berechtigten aufrechterhalten, wie es unser Vorschlag für ein Jahr vorsieht. — Meine Zeit ist abgelaufen; ich muß zum Schluß kommen.

Der Unterhaltsvorschuß ist eine wichtige finanzielle Unterstützung, um zunächst die allergrößten Härten abzumildern. Die **Garantie eines regelmäßigen Unterhalts** über sechs Jahre kann für schwangere Frauen eine Hilfe sein, sich für ihr Kind zu entscheiden. Auch eine Frau, die sich vielleicht sogar gegen den Willen ihres Partners für das Kind entscheidet, muß sicher sein können, für dieses regelmäßig Unterhalt zu bekommen, wenn ihr Partner sie verläßt.

Wir von der Koalition, von der CDU/CSU und der FDP, meinen, daß wir das Gesetz wesentlich verbessert haben. Es ist — im Zusammenhang mit allen flankierenden familienpolitischen Maßnahmen — in der Tat eine Hilfe für alleinstehende Frauen. Wir freuen uns, daß Sie trotz Bauchschmerzen zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächste hat Frau Dr. Barbara Höll das Wort.

Dr. Barbara Höll (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die PDS/Linke Liste begrüßt die im Gesetzentwurf angestrebten Verbesserungen für die Kinder in den westlichen Bundesländern. Allerdings muß ich meinem Vorredner sagen, (D) daß wir dem **Finanzargument** im Zusammenhang mit der Festsetzung der Altersgrenze auf zwölf und nicht auf 14 Jahre nicht folgen können, da die Summe von 80 Millionen DM, verglichen mit 135 Millionen DM, die ein einziger Jäger 90 kostet, einfach lächerlich ist.

Uns ist unverständlich, warum notwendige Änderungen trotz angemahnter Beseitigung von Defiziten im Gesetzentwurf, wie dies sowohl in der ersten Lesung und im Ausschuß als auch im Bundesrat geschehen ist, nicht durchgeführt wurden. Dies betrifft insbesondere **Kinder in den östlichen Bundesländern.** Dazu möchte ich mich genauer äußern.

Anspruchsberechtigten Ostkindern soll der Unterhaltsvorschuß nicht mehr bis zum 18. Lebensjahr — wie es bei uns war —, also für die Dauer von 216 Monaten, gewährt werden, sondern ab 1992 nur noch bis zum zwölften Lebensjahr und nur für maximal 72 Monate.

Völlig unverständlich ist mir, warum es bei einer zu schaffenden Rechtseinheit hinsichtlich der Festlegung der finanziellen Aufwendungen dann doch wieder den Unterschied zwischen West- und Ostkindern gibt. Eine **Differenz der Regelsätze** von ca. 100 DM zuungunsten der Kinder im Osten ist nicht gerechtfertigt.

Völlig unverständlich und ungerechtfertigt sind auch die Unterschiede bei den Sozialhilfesätzen. Denn die Lebenshaltungskosten insgesamt unterscheiden sich leider nicht mehr so stark voneinander wie früher.

Dr. Barbara Höll

(A) Außerdem müßte meines Erachtens berücksichtigt werden, daß der **Unterhaltsbedarf** mit zunehmendem Lebensalter der Kinder ebenfalls sehr steigt, daß die Steigerungen nicht mit zwölf Jahren aufhören und daß der Unterhaltsbedarf auch eines vierzehnjährigen Kindes für die Eltern eine Belastung darstellt. Meiner Meinung nach wird in diesem Zusammenhang tatsächlich an einer falschen Stelle gespart, nämlich wieder einmal bei den Kindern, gerade jenen Kindern, welche sowieso durch gestörte Familienverhältnisse belastet sind, was der Bundesrepublik Deutschland nicht gut zu Gesicht steht. Der vorgeschlagene Kompromiß, der ausgewogen begründet wird, ist damit für das einzelne Kind und insbesondere für alleinerziehende Mütter nicht hinnehmbar. Die Alleinerziehung war ja in der DDR auch ein Ausdruck einer anderen ökonomischen Stellung der Frau, die allein erziehen konnte, da sie von ihrem Mann oder ihrem Partner ökonomisch unabhängig war.

Ich möchte mich noch kurz zum **Wegfall des Unterhaltstitels** äußern, den wir zwar begrüßen, der sich aber tatsächlich nur auf einen formalen Verwaltungsakt beschränkt. In der DDR wurde bei Scheidungen der Unterhaltstitel obligatorisch festgelegt. Das betraf etwa 50 000 Kinder jährlich. Nichtehelich Geborene wurden zu 80 % vom Vater anerkannt. Mit der Anerkennung vor dem Referat Jugendhilfe war ebenfalls eine Festlegung des Unterhaltstitels verbunden. Offen blieben damit in der DDR nur die Fälle, in denen keine Vaterschaftsfeststellung erfolgte, weil die Eltern zusammenlebten. Hier bestand in der Regel kein Bedarf an Unterhaltsvorschuß. Nur in sehr wenigen Fällen haben sich Väter ins Ausland abgesetzt und (B) verließen das Land. Das war in großem Stil erst nach der Maueröffnung möglich, so daß ein Regelungsbedarf erst danach entstand. 21 000 Väter, die das taten, haben sich in einer moralisch doch sehr verwerflichen Art und Weise ihrer Pflichten gegenüber ihren Kindern entledigt.

Wir begrüßen deshalb die angestrebten Verbesserungen für die Kinder in den westlichen Bundesländern. Wir können aber wegen der aus dem Gesetz resultierenden Verschlechterungen für die Kinder im Osten unsere Zustimmung nicht geben und werden uns der Stimme enthalten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächste hat die Kollegin Uta Würfel das Wort.

Uta Würfel (FDP): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau von Renesse, Sie sagten, das Gesetz von 1979 sei ein dürftiger Beginn gewesen. Ich denke, wenigstens wir Sozialpolitiker sollten uns eingestehen, daß wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf heute im Grunde genommen auch eine in der Vergangenheit geübte Praxis korrigieren, nämlich die Sorgen und Probleme von Müttern zwar zu sehen, sie jedoch andererseits nicht für besonders relevant zu halten. Wie hieß es denn immer? Sie werden schon zurechtkommen, mit oder ohne Mann, mit einem Kind oder mit dreien, mit Beruf oder ohne Erwerbstätigkeit, denn Kinder sind nun einmal Privatsache. So hieß es doch früher in weiten Kreisen der Bevölkerung.

(C) Ich denke aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Kinder sind eben nicht nur Privatsache; sie sind der kostbarste Teil unserer Gesellschaft; sie sind die Zukunft schlechthin. Schon aus diesem Grunde sollten wir Kinder, Familien und Frauen besonders fördern.

Genauso wie gestern in der Anhörung zum § 218 der ehemalige Verfassungsrichter Professor Dr. Simon seinerseits seinem Erstaunen darüber Ausdruck gab, daß sich das Bundesverfassungsgericht 1975 nicht imstande gesehen hatte, zum Schutz des ungeborenen Lebens soziale Maßnahmen vorzuschreiben, geht es doch manchem von uns hier, wenn wir zur Kenntnis nehmen, wie in der Vergangenheit in der Politik Prioritäten gesetzt worden sind.

Ich persönlich hätte mir z. B. auch sehr gut vorstellen können, daß uns Politikern beim **Kinderlastenausgleich** nicht das **Bundesverfassungsgericht** sozusagen auf die Sprünge hilft.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Hätten wir nicht nach eigener Einschätzung mehrheitlich zu der Einsicht kommen müssen, daß nicht nur den Familien das Aufziehen von Kindern wert und teuer ist, sondern daß auch die Gesamtbevölkerung die Lasten der Familien noch in ganz anderer Weise als bisher mitzutragen hat?

(Norbert Eimer [Fürth] [FDP]: Da hat das Verfassungsgericht sehr geholfen!)

— Ja.

Wir Sozialpolitiker hier sind uns über diese Fragestellungen einig. Aber bedauerlicherweise sind doch (D) immer die Kolleginnen und Kollegen, die gerade mit anderen, ebenso wichtigen Angelegenheiten beschäftigt sind, nicht im Plenum anwesend, die es bei diesen Vorstellungen und diesen Sachverhalten in den eigenen Fraktionen noch zu überzeugen gilt.

Die gesetzliche Maßnahme, die wir heute beschließen, meine Damen und Herren, ist auch Bestandteil der einzelnen **Reformvorschläge zum § 218.** Man könnte sagen: Wir fangen jetzt schon außerhalb der Tagesordnung zu § 218 an, die Vorschläge für sinnvolle und absolut notwendige Verbesserungen aufzugreifen und zu verabschieden. Ich freue mich darüber, daß das so ist; denn je deutlicher die Signale werden, die wir mit diesen Schritten auch in Richtung Bundesverfassungsgericht aussenden, desto mehr können wir damit rechnen, daß unsere Bemühungen zum Schutz des geborenen wie des ungeborenen Lebens auch ernst genommen werden;

(Norbert Eimer [Fürth] [FDP]: Das ist genau der Zusammenhang, den wir sehen müssen!)

denn wir wollen endlich eine **kinderfreundliche und frauenfreundliche Gesellschaft** schaffen, in der es große Freude macht, den Nachwuchs großzuziehen.

Für Mütter und hier besonders für Alleinerziehende — meine Vorredner haben ja gesagt, daß es bereits 1 Million in Deutschland sind — muß in Zukunft die Politik andere Rahmenbedingungen schaffen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

(A) Damit meine ich nicht nur die Umsetzung des umfangreichen Katalogs an sozialen Maßnahmen, die wir im Schwangerschaftsberatungsgesetz verankert haben, sondern auch die politische Zielvorgabe, **Erziehungsleistungen** höher zu bewerten und mehr zu schätzen und auch das Bewußtsein in der Bevölkerung dafür zu schärfen, daß denjenigen die größte Anerkennung gebührt, die sich verantwortungsbewußt der Erziehungsaufgabe widmen.

(Beifall des Abg. Herbert Werner [Ulm] [CDU/CSU])

Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß die Gesellschaft und der Gesetzgeber mehr als bisher diejenigen Väter maßregelt, die sich der Verantwortung für ein Kind schnöde entziehen und Mutter und Kind im Stich lassen.

Für mich ist es unfaßbar, daß noch nicht einmal ein Drittel der vom Staat für säumige unterhaltsverpflichtete Väter verauslagten Beträge wieder eingetrieben werden. Meine Damen und Herren, muß das so bleiben? Ist es wirklich ein Kavaliersdelikt, Frau und Kind unversorgt zu lassen? Ich denke, das ist es nicht. Deshalb sollten wir, wie wir es heute tun, einerseits die Unterhaltsvorschußleistungen länger gewähren,

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE])

aber wir sollten uns andererseits auch nicht scheuen, den Begriff der Verantwortung für andere nicht nur im umweltpolitischen Rahmen häufig zu gebrauchen, sondern auch als Maßstab anzulegen an unsere Vorstellungen zur Schaffung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, einer Gesellschaft, die besonders Rück- (B) sicht nimmt auf die Bedürfnisse der Schwächsten unter uns, nämlich der Kinder.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE — Margot von Renesse [SPD]: Schön gebrüllt, aber wo ist das Ergebnis? An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächste hat die Ministerin für Familie und Senioren, Frau Hannelore Rönsch, das Wort.

Hannelore Rönsch, Bundesministerin für Familie und Senioren: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau von Renesse, gerne lassen wir uns an den Früchten erkennen. Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, daß Sie noch einmal auf 1979 zurückgegriffen haben, als mit breiter Übereinstimmung hier in diesem Hause das Unterhaltsvorschußgesetz beschlossen worden ist. Die seinerzeitige Regierung hatte eine gute Vorlage; denn in Rheinland-Pfalz, seinerzeit unter dem Sozialminister Heiner Geißler, wurde dieses Unterhaltsvorschußgesetz schon praktiziert, und die damalige Regierung, SPD-geführt, hatte nichts anderes zu tun, als dieses Gesetz abzuschreiben. Ich muß sagen: Wir haben damals gerne zugestimmt.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Frau Kollegin Rönsch, würden Sie eine Zwischenfrage gestatten?

(C) **Hannelore Rönsch,** Bundesministerin für Familie und Senioren: Aber gerne.

Margot von Renesse (SPD): Frau Ministerin, können Sie mir erklären, warum so lange nach Übernahme der Regierung durch Sie die Leistungsverbesserungen, die erforderlich gewesen wären, nicht geschahen, obgleich die Anzahl der Alleinerziehenden wuchs und es immer schwieriger wurde, Unterhalt von arbeitslosen oder aus sonstigen Gründen nicht leistungsfähigen Vätern zu erhalten?

(Zuruf von der CDU/CSU: Kasse leer!)

Hannelore Rönsch, Bundesministerin für Familie und Senioren: Frau von Renesse, im Fußball würde man sagen: eine gute Vorlage. Wenn Sie noch einen Moment gewartet hätten — in dem folgenden Satz hätte ich das erklärt.

Seinerzeit war für uns nicht ganz erklärlich, warum die Sozialdemokraten nicht auf die vollen Leistungen, auf das volle Abschreiben der Regelung von Rheinland-Pfalz eingegangen sind; denn damals waren schon zwölf Jahre festgeschrieben. Das seinerzeitige Gesetz sah unter der SPD nur sechs Jahre vor.

Wir haben das jetzt ausgebaut.

(Margot von Renesse [SPD]: Jetzt!)

Ich freue mich, daß auch Sie diesem Gesetz ohne Bauchschmerzen an der einen oder anderen Stelle zustimmen.

(Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE]: Mit!)

(D) Ich gestehe Ihnen durchaus zu, daß wir Familienpolitiker uns vielleicht noch etwas anderes hätten wünschen können. Aber ich möchte nicht, wie es die Kollegin Höll eben getan hat, zwischen Kindern (Ost) und Kindern (West) unterscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb meine ich, daß es gut ist, daß wir jetzt mit der Änderung und der Überleitung des Unterhaltsvorschußgesetzes auf die fünf neuen Bundesländer eine **Rechtseinheit** erhalten.

Ich darf noch einmal kurz auf das eingehen, Frau Würfel, was Sie gesagt haben. Auch uns macht es große Sorgen, wenn man bedenkt, daß bei einer jährlichen Leistung von 230 Millionen DM, die nun gezahlt werden, seit 1980 bei säumigen Vätern nur 32 Millionen DM eingetrieben werden konnten. Ich meine, auch da müssen wir uns gemeinsam neue Gedanken machen, wie wir diese Väter, die sich schmählich ihrer Verantwortung entziehen, heranziehen können, damit sie ihren Unterhalt auch bezahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eines möchte ich mit Bedauern sagen, Frau von Renesse: Sie konnten auch heute der Versuchung nicht widerstehen, die Betrachtung finanzpolitisch auszuweiten. Wir haben als Familienpolitiker — so hatte ich es in der Vergangenheit verstanden — doch den Konsens gehabt, daß wir **familienpolitische Maßnahmen** ausbauen wollen. Aber das ist nur dann möglich, wenn wir es auf einer **soliden Gesamtfinanzierung** des Haushaltes tun. Die sozial- und familienpolitischen Maßnahmen, die der Kollege Link hier

Bundesministerin Hannelore Rönsch

(A) eben angesprochen hat, würden es, meine ich, auch verdienen, an der einen oder anderen Stelle von Ihnen mit abgewogen, mit ins Gewicht genommen zu werden. Dann ergibt sich insgesamt doch ein wesentlich anderes Bild.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Höll, wenn Sie unseren Finanzargumenten nicht folgen können, so habe ich in gewisser Weise Verständnis dafür. Nur nehmen Sie uns bitte ab, daß wir Gesamtverantwortung auch für den Haushalt tragen. Daß in der früheren DDR 20 Millionen Mark für Kinder bis 18 Jahre gezahlt wurden und jetzt für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr allein schon 230 Millionen DM gezahlt werden, zeigt doch wohl, daß erstens das Volumen — Frau von Renesse hat es angesprochen — sehr niedrig war und daß es aber auch durch das **Titelerfordernis** offensichtlich sehr, sehr schwierig gewesen ist, für alleinerziehende Mütter einen Titel zu erlangen. Das muß am Volumen liegen: Der Betrag von 20 Millionen Mark ist so gering, daß es bei der hohen Rate der alleinerziehenden Mütter für mich unverständlich ist, wieso nicht mehr Geld in dem Haushalt der ehemaligen DDR gewesen ist.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Frau Kollegin Rönsch, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Hannelore Rönsch, Bundesministerin für Familie und Senioren: Ja.

Dr. Barbara Höll (PDS/Linke Liste): Frau Ministerin, ist Ihnen erstens bekannt, daß die Festlegung des (B) Unterhaltstitels in den meisten Fällen in der DDR obligatorisch erfolgte, und zweitens, daß es in der DDR bei nicht vorhandener Arbeitslosigkeit auch kaum vorkam, daß Väter nicht in der Lage waren zu zahlen? Deshalb war das Erfordernis für einen Unterhaltsvorschuß in der DDR in wesentlich geringerem Maße gegeben, als es in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.

Hannelore Rönsch, Bundesministerin für Familie und Senioren: Mir ist nur bekannt, Frau Kollegin Höll, daß sehr, sehr viele alleinerziehende Frauen in den fünf neuen Bundesländern ausgesprochen dankbar reagiert haben, daß das Titelerfordernis weggefallen ist. Ich muß sagen: Ich bin ausgesprochen froh, daß es nun so ist, daß man sich diesen Titel nicht erst erstreiten muß.

Ich hoffe nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß auch der **Bundesrat** unserem Gesetzesvorschlag zustimmt, damit er dann tatsächlich zum 1. Januar 1992 in Kraft treten kann. Ich meine auch, daß der Kollege Fockenberg mit Recht davon geprochen hat, daß man sich das Prinzip der Rosinentheorie nicht zueigen machen sollte. Wenn wir wollen, daß die Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands angeglichen werden, dürfen wir die Unterscheidung zwischen Kindern (Ost) und Kindern (West) nicht länger hinnehmen, und wir können auch nicht zulassen, daß es Maßnahmen gibt, die die alleinerziehenden Frauen in den alten Bundesländern schlechterstellen würden. Ich meine, wir sollten uns darauf verständigen, daß wir jetzt auf den Bundesrat verstärkt einwirken, daß Sie — damit spreche ich besonders die Kolleginnen und Kollegen aus der Sozialdemokratischen Partei (C) an — auf Ihre Ministerpräsidenten im Bundesrat einwirken, damit dieses Gesetz so, wie es vorliegt, zum 1. Januar 1992 in Kraft treten kann, zum Wohle der alleinerziehenden Mütter. Ich verspreche mir davon auch, daß sich im Rahmen der Beratungen zu unserem Artikelgesetz zu § 218 auch im Bewußtsein der jungen Frauen, die sich in einer Konfliktsituation befinden, festsetzt, daß auch später, wenn der Vater des Kindes sie tatsächlich im Stich lassen sollte, sie aber den Wunsch nach diesem Kind haben und das Kind austragen möchten, der Staat im Rahmen dieses Unterhaltsvorschußgesetzes für sie sorgt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung und Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf — bei wenigen Enthaltungen — einstimmig angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit mit großer Mehrheit so angenommen.

(D)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1992 **(ERP-Wirtschaftsplangesetz 1992)**

— Drucksache 12/1240 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

— Drucksache 12/1641 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Hermann Schwörer

(Erste Beratung 50. Sitzung)

Dazu liegt ein Entschließungsantrag der Gruppe PDS/Linke Liste vor. Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat ist für die Beratung eine Aussprache von einer Stunde vorgesehen. — Anderweitige Vorstellungen liegen nicht vor. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Hermann Schwörer.

Dr. Hermann Schwörer (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte über den ERP-Wirtschaftsplan ist nach der Vereinigung Deutschlands die erste Debatte über einen gemeinsamen ERP-Plan. Dieser Plan zeigt: ERP-Kredite sind für den **Aufbau und** die **Förderung**

Dr. Hermann Schwörer

(A) **des Mittelstandes** unverzichtbar, auch in den neuen Bundesländern.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: So ist es!)

Die Erwartungen in den neuen Bundesländern sind hoch, die Nachfrage lebhaft. Das, was wir bis jetzt schon mit dieser Förderung bewirkt haben,

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Ist erfreulich!)

kann sich sehen lassen. In den letzten zwei Jahren haben wir mit ERP-Krediten in Höhe von fast 16 Milliarden DM ein Investitionsvolumen von mehr als 35 Milliarden DM gestützt. Damit konnten wir in den neuen Bundesländern rund 600 000 neue Arbeitsplätze schaffen und sichern. Dies zeigt, daß der **Arbeitsplatzeffekt von ERP-Krediten** hoch ist.

Wegen der unterschiedlichen Wirtschaftskraft in Ost und West haben wir dieses Mal eine starke **Umschichtung der Fördermittel von West nach Ost** vorgenommen. Zwei Drittel der Mittel gehen jetzt nach Ostdeutschland, und ein Drittel bleibt im Westen. Das wird von der CDU/CSU-Fraktion begrüßt.

Das vorgesehene **Zusagevolumen** beträgt in diesem Jahr 10 Milliarden DM. Wir haben nochmals um 2 Milliarden DM aufgestockt. Dies zeigt eindeutig, wo der Schwerpunkt liegt. Es bleiben noch 4 Milliarden DM für die alten Bundesländer, so daß für das Jahr 1992 insgesamt 14 Milliarden DM an zinsgünstigen ERP-Mitteln zur Verfügung stehen.

(B) Diese **Programme** sind offen für Unternehmensneugründungen, für Übernahmen, aber auch für Reprivatisierungen. Wir haben in diesem Zusammenhang, vor allem für bestehende Unternehmen, ein Regionalprogramm neu aufgelegt. Auch die Umweltschutzmaßnahmen sind wieder ein Teil des ERP-Programms.

Aber im Augenblick ist, glaube ich, nichts wichtiger als die Unterstützung von **Existenzgründungen in den neuen Bundesländern,** wo Millionen von Menschen auf neue Arbeitsplätze warten. Mich freut es deshalb, daß in der zurückliegenden Zeit von drei ERP-Anträgen bereits zwei auf die Errichtung einer selbständigen Existenz in den neuen Bundesländern abzielten. Wir alle wissen aus eigener Erfahrung, wie wichtig **kleine und mittelständische Betriebe** für die Flexibilität und die Anpassungsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind, und wir wissen, wie wichtig die kleinen und mittleren Betriebe für die Versorgung der Bevölkerung mit Arbeitsplätzen sind. Wir wissen, daß gerade das der Grund für die schlechte Bilanz der ehemaligen DDR war, daß es dort keinen Mittelstand gegeben hat. Für unsere Volkswirtschaft sind deshalb Existenzgründungen zum Aufbau eines unabhängigen und freien Mittelstandes der beste Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung der neuen Länder. Es ist aber wichtig, daß Existenzgründungen weiterhin auch in den alten Bundesländern gefördert werden. Auch im Westen muß der Strukturwandel weitergehen. Vor allem jungen Kräften muß durch diese ERP-Mittel die Chance zum Neubeginn gegeben werden; dies muß unterstützt werden.

(C) Während der Verhandlungen um diesen ERP-Plan hat es Umschichtungen gegeben, die wir nicht gern akzeptiert haben. So sind z. B. versprochene Kapitalzuführungen an das ERP-Sondervermögen umgepoolt worden zur Finanzierung von Lücken in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und vor allem zugunsten der Kokskohlenbeihilfe. Ich sehe ein, daß es unter den gegebenen Haushaltszwängen wohl unvermeidlich war, dies zu tun. Der Finanzminister hat uns im übrigen durch Zinszuschüsse, die auf zwölf Jahre verteilt sind, wieder geholfen. Dabei handelt es sich im ganzen um einen Betrag von 5,78 Milliarden DM, also um einen hohen Betrag. Wir können also hoffen, daß, wenn angesichts der hohen Anforderungen, angesichts des riesigen Bedarfs in den neuen Bundesländern in den nächsten Jahren der ERP-Haushalt in Engpässe geraten sollte, der Bundesfinanzminister wieder ein offenes Ohr haben wird für diesen wichtigen Zweig der Hilfe zur Selbsthilfe in der Wirtschaft.

Der **Ersatz der Eigenkapitalzuführung durch Zinszuschüsse** bedeutet ja hoffentlich nicht eine Änderung der ERP-Förderung. Wegen der steigenden Anforderungen an das ERP-Sondervermögen in den nächsten Jahren muß die Eigenkapitalausstattung entsprechend verbessert werden. Wir haben hier ja schon eine Zusage, daß die Erlöse aus der Privatisierung der Berliner Industriebank für die Stärkung des Eigenkapitals verwendet werden. Das begrüßen wir.

Im Interesse einer langfristigen Mittelstandsförderung ist diese Stärkung der Reserven und der Eigenmittel sicher eine wichtige Aufgabe, und zwar vor (D) allem auch deshalb, weil dieses Sondervermögen dann auch in mageren Zeiten seine Aufgaben erfüllen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die **Förderung des Umweltschutzes** mit ERP-Mitteln hinweisen. Uns allen sind die Schwierigkeiten bekannt, die mittelständische Betriebe haben, wenn sie Umweltschutzauflagen bekommen und dann meist unrentable Investitionen tätigen müssen. Deshalb ist es gut, wenn diese Betriebe durch die entsprechenden Ansätze im ERP-Wirtschaftsplan 1992 unterstützt werden und wenn damit ein richtiges und gutes Signal dahin gehend gegeben wird, daß der Umweltschutz zu den Aufgaben gehört, die sich der Bund für die nächsten Jahre in besonderer Weise vorgenommen hat. Wir wissen ja auch, daß in der Wirtschaft neue Anlagen nur dann auf die Dauer wettbwerbsgerecht produziert werden können, wenn sie modernen Umweltschutzanforderungen entsprechen.

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich auf eine Sache aufmerksam machen, die, wie ich meine, unser aller Unterstützung finden sollte. Es geht um das im Jahre 1982 von der Stiftung Volkswagenwerk, der Studienstiftung des deutschen Volkes und von der Harvard University in Amerika gemeinsam geschaffene **McCloy Academic Scholarship Program**, das McCloy-Stipendium-Programm. Einigen von Ihnen wird dies sicherlich bekannt sein. Mit diesem Programm erhalten jährlich acht besonders qualifizierte deutsche Nachwuchskräfte die Möglichkeit, in den Fächern Recht, Wirtschaftswissenschaften und

Dr. Hermann Schwörer

(A) Geschichte nach ihrem Hochschulstudium innerhalb von zwei Jahren an der Kennedy School of Government den Grad eines „Master of Public Administration" zu erwerben.

Bisher wurden 80 Personen durch das Programm gefördert. Finanziert wurde das Programm zwischen 1982 und 1992 mit insgesamt 10 Millionen DM durch die **Volkswagen-Stiftung**, die jetzt aus Satzungsgründen zu einer weiteren Finanzierung nicht mehr in der Lage ist. Angesichts des Erfolgs dieses Programms sind sich die Vertreter aus Politik und Wirtschaft im Grunde einig, daß es langfristig gesichert werden muß.

Nach Prüfung aller haushaltsrechtlichen Fakten, sowohl von seiten der Amerikaner als auch von bundesdeutscher Seite, kann dies nur durch die **Gründung einer Stiftung** geschehen. Dies ist vor allem auch die Meinung des Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Herrn Professor Dr. Weidenfeld. Aus den Erträgen dieser Stiftung wären die laufenden Kosten dieses Programms zu bestreiten.

Um dieses Ziel zu erreichen, müßten — Herr Staatssekretär, ich bitte Sie, das in der Bundesregierung auch vorzutragen — 14 Millionen DM als **Stiftungsvermögen** aufgebracht werden. Die Gesamtkosten werden dann zwischen den USA und der Bundesrepublik geteilt. Vom deutschen Anteil trägt die Hälfte die Wirtschaft. Von der öffentlichen Hand wären demnach 3,5 Millionen DM aufzubringen. Aus Harvard ist uns bereits mitgeteilt worden, daß der amerikanische Anteil bereitsteht, wenn die Bundesrepublik die an-

(B) deren 50 % dieses Programms finanziert.

Ich bin der Meinung, daß dieses Programm unsere Unterstützung verdient, und bitte Sie deshalb, Herr Staatssekretär, innerhalb der Bundesregierung, und auch Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zu überlegen, ob diese 3,5 Millionen DM aus dem ERP-Vermögen entnommen werden könnten, um diese gute Einrichtung weiterzuführen.

Ich glaube, wir sollten jede Bindung an unsere amerikanischen Freunde erhalten, auch wenn wir zur Zeit ihren militärischen Schutz vielleicht nicht so notwendig brauchen; wir wissen ja nie, wie die Zeiten werden, und man soll sich Freunde immer auch in Zeiten, in denen man sie vielleicht nicht so nötig hat, für die Zukunft erhalten.

(Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/ GRÜNE]: Ein allzu pragmatischer Gesichtspunkt!)

Das **amerikanische Engagement in Europa** ist nach meiner Meinung unverzichtbar,

(Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/ GRÜNE]: Ja!)

und hier ist ein Stück der menschlichen Verbindung, das wir zusätzlich schaffen und fördern können. Ich glaube, es wäre eine gute Sache, wenn wir das interfraktionell, Frau Vorsitzende des Ausschusses, in diesem Haushalt unterbringen könnten.

Ich stimme also für meine Fraktion dem Entwurf des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 1992 in der vorliegenden Fassung zu und freue mich besonders über die

(C) darin enthaltene Aufstockung des Fördervolumens für die neuen Länder in Höhe von 2 Millionen DM, die wir in unserem Ausschuß, Frau Vorsitzende, erreicht haben. Ich tue dies in der Erwartung, daß sich auch in den kommenden Jahren die ERP-Förderung für die Menschen in ganz Deutschland durch krisensichere, umweltgerechte Arbeitsplätze segensreich für uns alle auswirken möge.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächstes hat das Wort Frau Kollegin Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk.

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zum erstenmal seit mehr als 20 Jahren verweigert die SPD-Bundestagsfraktion ihre Zustimmung zu einem Entwurf eines ERP-Wirtschaftsplangesetzes. Jeder, der die Geschichte des ERP-Programmes kennt, jeder der weiß, daß dieses Programm eines unserer wirtschaftspolitischen Lieblingskinder war und eigentlich noch ist, weil es als Mittel der Mittelstandsförderung, der regionalen und sektoralen Strukturpolitik ebenso effizient wie geräuschlos wirkt, kann ermessen, daß schon einiges passiert sein muß, wenn wir, die Sozialdemokraten, nun nein sagen. Jeder weiß, daß in der Vergangenheit die bedeutendsten Aufstockungen der Fonds unter Sozialdemokraten erfolgt sind und daß eine der wichtigsten Institutionen, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, eine unserer vielen sinnvollen institutionellen Erfindungen gewesen ist.

(D) Was also hat bewirkt, daß wir nicht zustimmen werden? — Wir lehnen diesen Gesetzentwurf vor allem deswegen ab, weil die Bundesregierung erstens das ERP mittelfristig massiv abbaut, zweitens hinter dem Rücken des Parlaments Umweltschutzinvestitionen in Höhe von 800 Millionen DM für 1991 verhindert hat — und nun dasselbe Spiel für 1992 zu wiederholen gedenkt — und drittens mit den wichtigsten Förderinstitutionen wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Berliner Industriebank so fahrlässig umspringt, als handele es sich um Sparkassenfilialen in Kleinkleckersdorf.

(Widerspruch bei der CDU/CSU — Gudrun Weyel [SPD]: Nichts gegen Kleinkleckersdorf!)

Doch zum ersten Punkt: Der entscheidende Grund für unsere Ablehnung sind die massiven mittelfristigen **Kürzungen der Fördervolumina** im ERP-Programm, die die Bundesregierung sorgfältig im Haushalt 1992 versteckt hat und die für einen in Finanzierungstricks unerfahrenen Beobachter auf den ersten Blick gar nicht ersichtlich sind. Auf dem Papier der Drucksache, die Ihnen vorliegt, sieht alles ganz hübsch und auch erfolgreich aus. In Änderung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung werden nicht bloß 13,1 Milliarden DM, sondern wegen des überwältigenden und unerwarteten Erfolges des Programms in 1991 sogar 15,1 Milliarden DM zur Bewilligung erbeten.

Der zuständige Unterausschuß — der Kollege Dr. Schwörer hat darauf hingewiesen — hat das auch gerne getan, wurde aber sanft von Herrn Staatssekre-

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

tär Riedl informiert, ein bisserl möge man doch noch warten, weil es wegen einiger Finanzierungsprobleme im Bundeshaushalt, nicht dem Volumen nach, sondern der Finanzierungsart wegen, so ein, zwei kleine Änderungen geben werde.

Die Änderungen sahen dann wie folgt aus: Die im Bundeshaushaltsplan 1990 beschlossene Kapitalzuführung von 2 Milliarden DM, fällig in vier Jahrestranchen, von denen bereits 900 Millionen DM geleistet wurden, wird für die Jahre 1992 und 93 gestrichen. Das erspart dem Bundeshaushalt insgesamt 1,1 Milliarden DM.

(Dr. Hermann Schwörer [CDU/CSU]: Aber dafür kommen die Zinszuschüsse!)

— Richtig! Statt dessen werden Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen und Erlöse aus der Privatisierung der Berliner Industriebank eingeplant, um die ERP-Fördermöglichkeiten nicht zu beschneiden.

Warum also beschweren wir uns denn nun? Es ist zwar nicht gerade besonders korrekt, wenn man die Erlöse für die Privatisierung einer Bank im Haushalt 1992 einsetzt, deren Verkauf im Jahre 1992 noch keineswegs sicher ist. Aber nennen wir das einmal ein Kavaliersdelikt des Bundesfinanzministers im Vergleich zu seinen sonstigen Haushaltsmanövern.

Mit diesem **Zinszuschußverfahren** beschränkt Theo Waigel — das ist Ihnen ja auch bekannt, Herr Dr. Schwörer — leider die mittelfristigen Fördermöglichkeiten in einem Ausmaß, das auch vielen Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU und der FDP ernste Sorgen macht; denn 1990 betrug das Fördervolumen insgesamt über 12 Milliarden DM; 1991 sind es knapp 12 Milliarden DM, und im Jahre 1992 soll das projektierte Fördervolumen sogar den Rekordstand von knapp 14 Milliarden DM umfassen. Das halten wir auch für richtig und sinnvoll für eines der erfolgreichsten Programme zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmer in der deutschen Wirtschaftsgeschichte,

(Dr. Hermann Schwörer [CDU/CSU]: Dann stimmen Sie doch zu!)

von dem wir uns auch bedeutende Anstoßwirkungen für die kleinen und mittleren Betriebe in den östlichen Bundesländern erwarten.

Aber nach einem Jahr kommt durch dieses Finanzverfahren dann der jähe Absturz. 1993 stehen mit 7,22 Milliarden DM nur etwas mehr als die Hälfte und 1994 sogar nur 5,58 Milliarden DM für die Ausleihe zur Verfügung. Glauben Sie denn, Herr Beckmann, 1994 sei das Aufbauwerk Ost schon weitgehend beendet und man könne sich dann auf Business as usual, das heißt, die verdienstvollen Existenzförderprogramme für junge Unternehmer und Handwerksbetriebe zurückziehen? Nein, natürlich glauben wir das alle nicht. Sie glauben es auch nicht. Aber bei der Finanzierung des Haushalts 1992 ist Ihnen in letzter Minute halt nichts anderes mehr eingefallen, und deswegen haben Sie auf die, wie Sie wohl meinten, unauffälligeren Finanzierungsmethoden zurückgegriffen. Sie können aber doch nicht im Ernst von uns verlangen, daß wir Sozialdemokraten solche mittelstandspolitischen Wechselbäder auch noch parlamentarisch mittragen.

Nun zu dem zweiten Ablehnungsgrund, nämlich Ihre Trickserei mit den **Umweltschutzinvestitionen.** Im Haushalt 1991 war dafür immerhin die schöne Summe von 1,3 Milliarden DM eingesetzt. Aber bereits im Dezember 1990 hatte das Bundeskabinett die Konditionen für die Umweltschutzkredite stark verschlechtert, und zwar mit der erklärten Absicht, daß diese Kredite nicht abfließen sollen. Darüber hätte man eigentlich mit dem Parlament reden können und auch müssen. Aber man hat es weder 1990 noch nach der Konstituierung der Ausschüsse des Bundestages für nötig gehalten, uns zu informieren oder uns um Erlaubnis zu bitten.

Nun gut, die Bundesregierung hat in diesem Punkt Reue gezeigt und im Ausschuß Besserung gelobt. Da wir gute Menschen sind, wollen wir das auch gerne für die Zukunft glauben. Aber 1992 machen Sie dasselbe Spielchen wieder. Die Umweltschutzinvestitionen — Herr Kollege Dr. Schwörer hat das erwähnt — haben Sie auf einen Formalansatz von 1,9 Milliarden DM hochgezogen. Aber die Konditionen für die Kreditvergabe haben Sie keineswegs verbessert, sondern gleichbelassen.

Das heißt: Im Grunde genommen hoffen Sie, daß wieder 900 Millionen oder eine ganze Milliarde DM nicht abfließen und daß Sie dann dieses nicht in Anspruch genommene Geld am Ende des Jahres für andere Zwecke zur Verfügung haben. Meine Großmutter hat so etwas mit ihrem Haushaltsgeld auch gemacht. Das nannte sie Schmu-Kasse, und die stand hinter der Zuckerdose. Aber schon wir Kinder haben das gemerkt. Auch im Ausschuß ist dies durchaus zur Sprache gekommen.

Ich sage Ihnen: Das ist keine saubere Art, mit dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit umzugehen. Auch deswegen stimmen wir Ihnen nicht zu.

Drittens und letztens kritisieren wir Ihren Umgang mit den bewährten Finanzinstitutionen, die seit mehr als zwei Jahrzehnten fast geräuschlos und sehr effizient die Verwaltung und Abwicklung dieses Haushalts vornehmen. Als Vorsitzende des Unterausschusses für die ERP-Wirtschaftspläne möchte ich hier die Gelegenheit ergreifen, mich bei den Führungen der betreffenden öffentlichen Banken, aber auch bei den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für ihre langjährige Arbeit und auch für ihre vielfältigen Initiativen in diesem Bereich zu bedanken.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Sie helfen immer wieder mit, daß dynamische und rege kleine und mittlere Unternehmerinnen und Unternehmer auch vernünftige Finanzierungsbedingungen und -hilfen erhalten, die ihnen auf den normalen Kreditmärkten nicht zur Verfügung stehen würden.

Deswegen haben es diese Menschen auch nicht verdient, über **Privatisierungsabsichten** der Bundesregierung so informiert zu werden, wie das mit der **Berliner Industriebank** passiert ist.

Nicht besonders glücklich, um es höflich zu formulieren, erscheint mir auch der Umgang mit der **Kredit-**

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

(A) **anstalt für Wiederaufbau.** Diese Bank war sozusagen das Kreditinstitut für die ERP-Mittel und hat mit Geschick und Geschäftstüchtigkeit günstige Kreditmöglichkeiten für die Mittelstandsförderung hinzugewonnen und erschlossen.

Jetzt wird dasselbe Institut de facto zur Gänze aus Ihrem Gründungsprogramm, dem ERP, hinausgedrängt. Die Begründung erscheint mir nicht sonderlich stichhaltig. Mir scheint sogar, daß wir wegen der doch häufig genutzten **ERP-Ergänzungsprogramme** dieses Instituts neue bürokratische Hürdenläufe für mittlere und kleine Unternehmen hervorrufen. Das, Herr Beckmann, ist doch eigentlich das letzte, was wir tun wollen und sollten.

(Parl. Staatssekretär Klaus Beckmann: Im Prinzip ja!)

Deswegen, mein Herr von der Regierungsbank: Wir hätten gerne gerade bei diesem Gesetz nicht mit einem Routine-Nein der Opposition, sondern wie alle Jahre zuvor mit einem Ja abgestimmt; aber wenn Sie das ERP-Programm mit Ihren Finanzierungsmanövern im Jahre 1992 im überparteilichen Einvernehmen hochziehen, um es 1993 auf 52 % des Anteilsvolumens und 1994 auf knapp 40 % des jetzigen Standes zu kürzen, können Sie bei diesem Verfahren nicht mit unserer Zustimmung rechnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat unser Kollege Paul Friedhoff das Wort.

(B) **Paul K. Friedhoff** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem ERP-Wirtschaftsplangesetz 1992 liegt uns ein Gesetzentwurf vor, dessen grundsätzlicher Sinn und Zweck von niemandem in diesem Hause ernsthaft bestritten wird. Über die Ziele des Gesetzes, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Förderung des Umweltschutzes sowie die regionale Wirtschaftsförderung, besteht Konsens. Die Erfolge des bisherigen Einsatzes von ERP-Mitteln sind auch unbestreitbar.

Der ERP-Wirtschaftsplan 1992 sieht — das ist hier mehrfach gesagt worden — eine **Aufstockung des Gesamtvolumens** auf 14 Milliarden DM vor. Auf Grund der Entwicklung der Nachfrage nach Fördermitteln in den neuen Bundesländern mußte der Planentwurf der Bundesregierung während der parlamentarischen Beratungen deutlich nach oben korrigiert werden.

Von den 14 Milliarden DM sollen 10 Milliarden DM auf die neuen Länder entfallen, 4 Milliarden DM auf die alten. Hieran wird deutlich, daß auch 1992 das Schwergewicht der ERP-Förderung in den neuen Bundesländern liegen wird. Mit dem ERP-Wirtschaftsplan 1992 werden wiederum Fördermittel von West nach Ost umgeschichtet. In den neuen Bundesländern sind die ERP-Kredite ein wichtiger Bestandteil beim Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstands.

Ein gesunder Mittelstand bildet das Fundament für unsere Wirtschaftsordnung. Die Fördermaßnahmen helfen, den am Markt orientierten wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern weiter zu beschleunigen. Sie leisten einen spürbaren Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und (C) zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze.

Entsprechend dem gesetzlichen Zweck werden die Fördermittel an **Existenzgründer** und an mittelständische Privatbetriebe in den Bereichen der gewerblichen Wirtschaft und — anders als in den alten Bundesländern — in den neuen Bundesländern auch an Angehörige der freien Berufe vergeben. Gefördert werden die Errichtung wettbewerbsfähiger Betriebe sowie Investitionsmaßnahmen im Interesse der Sicherung und Weiterentwicklung dieser kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Fördermittel unterstützen Existenzgründer beim Start in die Selbständigkeit. Dieses ist ein ganz wesentlicher Punkt. Bestehenden mittelständischen Privatbetrieben wird beim Prozeß der **Umstrukturierung** geholfen, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Damit werden die Wachstumschancen der Gesamtwirtschaft gestärkt.

Bis zum 15. Oktober dieses Jahres wurden in den neuen Bundesländern insgesamt fast 46 000 Anträge im Rahmen des **ERP-Existengründungsprogramms** bewilligt. 46 000 neue Existenzgründungen! Ich denke, das ist eine Rekordzahl. Dies ist eine erhebliche Steigerung nach bereits über 28 000 Anträgen im Vorjahr. Hinzu kommen 1991 nahezu 11 600 Zusagen im Rahmen des **ERP-Modernisierungsprogramms**. Dabei beantragen vor allem Handwerk, freie Berufe und Handel die zinsgünstigen ERP-Mittel.

Betrachtet man alle ERP-Programme in den neuen Bundesländern, so half die Förderung bei vorsichtiger Abschätzung, fast 500 000 Arbeitsplätze zu schaffen (D) bzw. zu sichern.

Meine Damen und Herren, neben der Existenzgründungsförderung ist die Förderung von **Umweltschutzinvestitionen und Maßnahmen zur Energieeinsparung** ein weiterer politisch gewollter Schwerpunkt im Rahmen des ERP-Programms. Unterstützt werden die Investitionen im Bereich der Luftreinhaltung, der Abfallwirtschaft, der Abwasserreinhaltung sowie der rationellen Energieverwendung. Das Angebot einer zinsgünstigen Finanzierung soll den Unternehmen helfen, bei Investitionen den Umweltschutz verstärkt zu berücksichtigen. Damit wird den Investoren die Entscheidung zugunsten moderner Umweltschutztechnik erleichtert, und damit werden Arbeitsplätze geschaffen, die nicht auf Kosten der Umwelt entstehen, sondern die modern sind und die den Anforderungen der Zukunft genügen.

Gerade im Bereich des Umweltschutzes besteht aber in den neuen Bundesländern, wie wir wissen, ein großer Handlungsbedarf. Deshalb ist der Ansatz für Umweltschutzmaßnahmen gegenüber dem Vorjahr auch auf 2 Milliarden DM verdreifacht worden. Die ERP-Mittel helfen den mittelständischen Investoren, zur ökologischen Erneuerung beizutragen und gleichzeitig diese zukunftsträchtigen Arbeitsplätze auch zu schaffen.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion begrüßt nachhaltig die Bemühungen der Bundesregierung, die **Berliner Industriebank** zu privatisieren. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands kann die besondere Aufgabe Berlinförderung entfallen. Ein ei-

Paul K. Friedhoff

genständiges drittes Förderinstitut neben der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank erscheint daher nicht mehr notwendig. Sowohl die KfW als auch die Ausgleichsbank sind traditionell mit der ERP-Förderung verbunden und in der Lage, die erfreulich hohe Inanspruchnahme der Förderprogramme auch zügig zu bearbeiten. Ein drittes überregionales Förderinstitut mit Sitz in den neuen Bundesländern ist sachlich nicht notwendig. Die Förderkredite werden ja nicht direkt, sondern über durchleitende Banken gewährt, die mit ihren Niederlassungen flächendeckend vor Ort präsent sind. Durch die Konzentration wird der Gefahr begegnet, daß die Transparenz der Förderung verschlechtert und die Bearbeitungsaufwendungen vergrößert werden.

Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, die Veräußerung der Berliner Industriebank zügig voranzutreiben und parallel die Übertragung des Fördergeschäfts der Berliner Industriebank auf die **Deutsche Ausgleichsbank** vorzubereiten. Zugleich ist es richtig, die Verkaufserlöse zum einen für eine Eigenkapitalaufstockung bei der Deutschen Ausgleichsbank und zum anderen zur Mitfinanzierung der ERP-Förderung 1992 einzusetzen, wie es der ERP-Wirtschaftsplan vorsieht.

Meine Damen und Herren, der ERP-Wirtschaftsplan 1992 ist gegenüber 1991 erheblich aufgestockt worden. Er faßt die bisher in östliche und westliche Programme getrennte ERP-Förderung zu einheitlichen ERP-Förderprogrammen zusammen. Die Programmvielfalt wird gestrafft und die Förderung auf das Wesentliche konzentriert. Dadurch wird der wirtschaftliche Anpassungsprozeß in den neuen Bundesländern weiter unterstützt.

Die FDP-Bundestagsfraktion wird dem ERP-Wirtschaftsplan deshalb zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat der Kollege Dr. Fritz Schumann das Wort.

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kredite des ERP-Programms helfen mit, das riesige Defizit an Mitteln für Investitionen in den neuen Bundesländern zu beseitigen. Mit den etwa 10 Milliarden DM, die jetzt für die neuen Bundesländer vorgesehen sind, läßt sich zwar nur ein Teil — aber ich glaube, ein wichtiger Teil — des riesigen Investitionsbedarfes, der sicher über der 100-Milliarden-DM-Grenze liegt, decken. Für den Gesamtinvestitionsbedarf müssen mit Sicherheit andere Lösungen gefunden werden. Sie gehen unserer Meinung nach zur Zeit etwas schleppend voran.

Die ERP-Kredite haben eine spezifische Aufgabe. Sie sind angesichts der Finanznot in den neuen Bundesländern besonders dringlich. Sie geben ostdeutschen Unternehmen, vor allen Dingen im Bereich der kleineren und mittelständischen Betriebe, bei dem überall herrschenden Kapitalmangel eine echte Marktchance. In ihrer Wirkung helfen sie, wettbewerbsfähige Strukturen herzustellen. Darin befinden wir uns in Übereinstimmung.

Was halten wir aber für verbesserungswürdig? Die Bundesregierung sollte ihre Möglichkeiten nutzen und auf die Banken einwirken, daß sie ihre Aufgaben bei der Kreditvergabe im Sinne des ERP-Wirtschaftsplangesetzes noch besser wahrnehmen. Es gibt Ausfälle zwischen den Banken vor Ort und den für die Abwicklung von Aufgaben des ERP-Sondervermögens beauftragten Kreditinstituten. Es gibt Übermittlungsverluste. Manchmal verschwinden Unterlagen. Viele Rückfragen, die nicht vor Ort geklärt werden können, verkomplizieren den Vorgang.

Der **Weg zur Erlangung des ERP-Kredites** ist keinesfalls leicht. Unternehmensgründer in meiner Familie und auch in meinem Bekanntenkreis klagen darüber. Ich kann mich deshalb den Dankesworten, die die Frau Kollegin hier ausgesprochen hat und die ich gerne teilen würde, im Moment leider nicht anschließen.

Ich bin auch nicht dafür, daß Kredite leichtfertig vergeben werden. Allerdings stellt sich bei der Vorsprache in den Banken heraus, daß die gute Geschäftsidee das eine ist, aber die ungleich größere Aufmerksamkeit der Bankangestellten den vorzuweisenden Sicherheiten gilt. Wer kann aber in den neuen Bundesländern solche Sicherheiten ganz schnell vorweisen? Die unklaren Regelungen der Eigentumsverhältnisse tun ihr übriges, um die wenigen Sicherheiten, die geboten werden können, in Frage zu stellen.

Ich bin der Auffassung, daß die Banken ihrer Verantwortung beim Neuaufbau und ihren Versprechungen bei der Währungsunion zur möglichen Kreditgewährung noch nicht ausreichend gerecht werden. Nicht nur ich erinnere mich daran, daß kurz nach der Maueröffnung eine großzügigere Kreditvergabe versprochen wurde. Die Sendungen des Fernsehens, die von den Ostdeutschen mit großem Interesse aufgenommen wurden, entpuppen sich jetzt manchmal doch als Märchenstunde.

Fakt ist, daß über die Hälfte der Kreditanträge z. B. an die Dresdner Bank von den Bearbeitern von vornherein abgelehnt wurden — und das, nachdem man einen tüchtigen, bürokratischen Weg hinter sich hatte. Tatsache sind auch die langen Wartezeiten bei der Bearbeitung durch die Banken. Die Kapazitäten seien begrenzt, heißt es. Die Banken gehören aber nach ihren Geschäftsberichten zu den Gewinnern der deutschen Einheit. Das paßt aus meiner Sicht zusammen.

Nach dem Grundsatz, daß an den Kosten der deutschen Einheit auch die Gewinner beteiligt werden sollten, haben wir eine **Anleihe mit Zeichnungspflicht** für den Banksektor vorgeschlagen. Ich wiederhole das, auch wenn es nicht ganz in diesen Zusammenhang hineinpaßt. Damit könnten weitere Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern finanziert werden, für die das Volumen der ERP-Kredite nicht reicht.

Was halten wir für besonders dringlich? Das Studium des Gesetzentwurfs und der ERP-Vergaberichtlinien lassen den direkten Bezug auf die Schaffung

Dr. Fritz Schumann

(A) möglichst vieler wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze vermissen. Das halten wir aber angesichts der besonderen Arbeitsmarktsituation für notwendig und möglich. Ich kann den bereits von Dr. Schwörer erwähnten großen Effekt der Arbeitsplatzschaffung unterstreichen. Wir sollten hier eine direktere Verbindung herstellen.

In unserem Entschließungsantrag schlagen wir außerdem vor, die Bundesregierung durch den Bundestag aufzufordern, die **Vergaberichtlinien für die ERP-Kredite** zu präzisieren und bei der Kreditgewährung die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in alternativen, selbstbestimmten Unternehmensformen in den Mittelpunkt zu stellen.

Danke.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat das Wort der Kollege Ulrich Petzold.

Ulrich Petzold (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! ABM, diese Abkürzung kennt in den neuen Bundesländern jeder. Würde man nach ERP-Förderung fragen, hätte man wohl bei der breiten Masse der Bevölkerung nur wenig Erfolg. Und doch ist dieses Programm, geht man nach den neugeschaffenen Arbeitsplätzen, viel effektiver als das Zauberwort ABM. Zirka 490 000 Arbeitsplätze wurden in den neuen Bundesländern durch die Stimulierung privater Initiative geschaffen. Das sind keine Arbeitsplätze, die nach ein oder zwei Jahren wieder verschwinden, wenn die Steuergroschen aufgezehrt sind.

(B)

Durch die Unternehmensberatung bei der Vergabe der ERP-Mittel muß gerade diesem geförderten Unternehmen eine gute Erfolgs- und Überlebenschance eingeräumt werden. Nur mit solchen Fördermaßnahmen wie ERP-Investitionskrediten können wir das Übermaß an ABM-Stellen, das uns allen Bauchschmerzen bereitet, endlich eindämmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Seit dem Beginn dieses **Mittelstandsförderprogramms** im März 1990 in den neuen Bundesländern war die Resonanz so groß, daß die Mittel bereits 1990 mehrfach aufgestockt werden mußten. Die Mittel für die **Investitionsförderung** 1991 in Höhe von 7,7 Milliarden DM in den neuen Bundesländern sind seit Oktober erschöpft und mußten auch aufgestockt und durch flankierende Maßnahmen gestreckt werden. Bei diesen flankierenden Maßnahmen erschien auf den ersten Blick die schlagartige **Herausnahme der Heilberufe** aus der ERP-Förderung als unannehmbare Härte.

(Zuruf bei der CDU/CSU: Das ist richtig!)

Durch das Bundeswirtschaftsministerium konnte jedoch nachgewiesen werden, daß durch **Eigenmittelprogramme** und zukünftige **ERP-Kreditbürgschaften** diese Streichung nur wenig ungünstigere Bedingungen schafft. Bei eigener Befragung Betroffener konnte ich feststellen, daß diese den Schnitt überwiegend akzeptieren.

(C) Weiterhin wird eine Streckung der Mittel auch für das Jahr 1991 durch die **Verringerung der Zinsverbilligung** erreicht. Wir wollen damit möglichst vielen Mittelständlern diese Hilfe zugänglich machen. Außerdem sollen verstärkt die Berufsgruppen zum Zuge kommen, bei denen im Gegensatz zu den Heilberufen zwischenzeitlich noch eine Qualifikation erforderlich war, wodurch sich der Aufbau eines eigenen mittelständischen Betriebes verzögerte.

Damit wird garantiert, daß sich die Förderung auf die Wirtschaftszweige verteilt, die das Fundament für einen soliden **Mittelstand in den neuen Bundesländern** bilden. Gerade hier wurde durch die DDR-Machthaber mit der Zerschlagung ganzer Mittelstandsbranchen schwer gesündigt.

Unsicherheiten bei der Vergabe der ERP-Mittel verursachte in letzter Zeit der beabsichtigte Verkauf der mit dem ERP-Aufbauprogramm betrauten **Berliner Industriebank** an die Industrie-Kreditbank. Die Vergabe des neuen ERP-Aufbauprogramms an die Berliner Industriebank mit der Vorgabe, dieses Fördergeschäft zusammen mit der dieses Fördergeschäft betreibenden Berliner Belegschaft an eine neue Berliner Filiale der Deutschen Ausgleichsbank zu übertragen, sichert für Kreditnehmer aus den neuen Bundesländern eine gute Zugänglichkeit und einen fließenden Übergang ohne Stocken.

Für unsere Entscheidung über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Feststellung des Wirtschaftsplanes des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1992 muß eine Befragung der geförderten Existenzgründer durch das Bundeswirtschaftsministerium ausschlaggebend sein. Diese erklärten fast ausnahmslos, daß sie den Schritt zur Selbständigkeit ohne ERP-Mittel nicht gewagt hätten.

(D)

Auch wenn wir für das Jahr 1992 zur Finanzierung des ERP-Programms nach der letzten Korrektur einen um zwei Milliarden DM erhöhten Kredit aufnehmen müssen, so ist dieses Geld investiv angelegt, und zwar mit einem außerordentlich positiven Initialeffekt für die Wirtschaft, dessen psychologische Auswirkung gar nicht hoch genug angesetzt werden kann. Positiv wirkt sich auch aus, daß hier fast ausschließlich Investoren aus den neuen Bundesländern gefördert werden. Die CDU-Bundestagsabgeordneten der neuen Bundesländer empfehlen daher dringend, den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen.

Verehrte Frau Skarpelis-Sperk, lassen Sie mich noch meine Enttäuschung zum Ausdruck bringen, daß Sie hier diesen Gesetzentwurf ablehnen, nachdem Sie im Unterausschuß die Bedenken bei gleicher Sachlage kaum vortrugen und sich der Stimme enthielten.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist das also! — Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat das Wort der Kollege Hans Martin Bury.

Hans Martin Bury (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unter dem Eindruck leerer Kassen scheint sich auch in den Reihen der Regierungsfraktionen eine möglicherweise schwäbische Erkenntnis durchzusetzen, die Erkenntnis, daß man eine

Hans Martin Bury

D-Mark nur einmal ausgeben kann. Sie übersehen allerdings in unserer heutigen Debatte über den ERP-Wirtschaftsplan einen speziellen Mechanismus, der den besonderen Charme des ERP ausmacht: Sie können für eine D-Mark aus dem Bundeshaushalt nämlich 3 D-Mark ERP-Kredite ausgeben, wenn Sie die Mittel nicht als Zinszuschuß verpulvern, sondern als Eigenmittel einsetzen und revolvierend ausgeben. Aus den Zinserträgen dieser Eigenmittel können am Kapitalmarkt refinanzierte Kredite in doppelter Höhe auf ERP-Niveau subventioniert werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das war wieder sparsam!)

Das ERP-Nachfolgeprogramm des legendären Marshallplans ist also im Grunde ein Traum für Wirtschaftsminister und Finanzminister gleichermaßen. Wenn man die Sache allerdings verkehrt anpackt, wie Sie, dann ist die Wirkung entsprechend fatal:

(Otto Schily [SPD]: Dann wird es ein Alptraum!)

Die am falschen Ende eingesparte Mark fehlt gleich dreifach. Die kurzfristige und kurzsichtige **Mittelkürzung** führt zu einer Halbierung der Kreditvergabemöglichkeiten im Jahre 1993 und 1994 zu einem weiteren Absinken auf rund 5,6 Milliarden DM gegenüber 14 Milliarden DM im Jahre 1992.

Pikant ist dabei aber nicht nur, daß ausgerechnet in den ersten Jahren des europäischen Binnenmarktes die Wirtschaftsförderung drastisch abgebaut werden soll, geradezu unverantwortlich ist es, die im Hinblick auf die Herausforderungen der deutschen Einigung zugesagte Aufstockung der ERP-Mittel faktisch rückgängig zu machen.

(Otto Schily [SPD]: Die können nicht mit Geld umgehen! — Weiterer Zuruf von der SPD: Die können alle nicht rechnen! — Lachen bei der CDU/CSU)

Es wäre an der Zeit, sich aus den Verstrickungen von Wahlversprechen zu lösen und dem Fortsetzungsroman von den blühenden Ländern nicht weitere Kapitel anzufügen. Es ist richtig, daß in einzelnen Bereichen erfreulicherweise der Turn-around sichtbar wird oder in absehbare Nähe rückt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sprechen Sie doch deutsch!)

Wir werden in den **neuen Ländern** in den nächsten Jahren sicherlich eindrucksvolle Wachstumsraten bekommen; das liegt jedoch in erster Linie am statistischen Basiseffekt, d. h. am ausgesprochen niedrigen Ausgangsniveau.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ach du lieber Gott!)

Richtig ist aber auch, daß der gewaltige wirtschaftliche Rückstand nicht innerhalb von zwei oder drei Jahren aufzuholen sein wird.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer das behauptet, lügt! — Hans-Jürgen Doss [CDU/CSU]: Für die Polen und die Sowjetunion trifft das dann auch zu!)

Betrachten Sie bitte in diesem Zusammenhang einen Indikator, der für die Beurteilung der notwendigen ERP-Aufgaben von entscheidender Bedeutung ist. In den Ländern der alten Bundesrepublik ist jeder achte Erwerbstätige selbständig, in der DDR war es nur jeder fünfzigste.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein schöner Erfolg der DDR!)

Auch der Sachverständigenrat mißt deshalb der **Förderung von Existenzgründungen** unter den Anpassungshilfen große Bedeutung zu.

(Dr. Hermann Schwörer [CDU/CSU]: Und da wollen Sie dagegenstimmen?)

— Moment! Dies gilt vor allem unter Berücksichtigung des Zieles, Arbeit zu finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit,

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

und wir wissen alle — Sie haben darauf hingewiesen —, daß gerade in den ERP-geförderten Unternehmen viele hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen wurden oder gesichert worden sind.

Die geplanten Einschnitte also behindern die soziale und wirtschaftliche Einigung Deutschlands,

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der SPD: So ist es!)

von der Sie gerade eben selber bestätigt haben, daß sie nicht innerhalb von zwei oder drei Jahren zu realisieren sein wird. Die Einschnitte sind darüber hinaus mittelstandsfeindlich und behindern die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die SPD kann aus diesen Gründen dem ERP-Wirtschaftsplan diesmal nicht zustimmen.

Wir wenden uns auch gegen die optische Täuschung, die dieser Wirtschaftsplan vermittelt. Was die Kollegin Skarpelis-Sperk mehr oder weniger liebevoll als Nähkästchen oder Sparkasse der Bundesregierung bezeichnet, könnte man etwas weniger freundlich, aber ebenso treffend als **Unterlaufen des Haushaltsrechts des Parlaments** bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Könnte man! Gut, daß Sie das nicht tun!)

Gelder bereitzustellen und durch Konditionenänderung dafür zu sorgen, daß diese Gelder nicht abfließen, ist nicht in Ordnung.

(Zuruf von der SPD: Es ist ein einziges Durcheinander!)

Die Bundesregierung hat auf diese Weise für einen zur Umbuchung vorgesehenen Mittelrest im Umweltprogramm in Höhe von 725 Millionen DM gesorgt.

Ich kritisiere an dieser Stelle nicht das Fördergefälle. Es ist im Grundsatz begründbar. Ich möchte auch die Entscheidungen der Vergangenheit nicht weiter bewerten. Wir haben das Problem im Ausschuß und gerade eben diskutiert. Der entscheidende Punkt ist die geplante Fortsetzung der beanstandeten Praxis ohne abschließende Meinungsbildung im Ausschuß und hier im Parlament. Das ist mit einer Oppositionsfraktion nicht zu machen. Das dürfte mit einer guten,

Hans Martin Bury

mit einer selbstbewußten Regierungsfraktion auch nicht zu machen sein.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Es handelt sich hier nicht nur um einen Schönheitsfehler. Es handelt sich auch inhaltlich um einen zentralen Bereich, die Förderung von Umweltinvestitionen. Gekrönt wird die an Seriosität zu überbietende Finanzierung des ERP-Sondervermögens noch durch die Einstellung von Verkaufserlösen der zu privatisierenden Berliner Industriebank, lange bevor die Verhandlungen unter Dach und Fach sind.

Der insgesamt leichtfertige Umgang mit dem bewährten Wirtschaftsförderungsinstrument ERP setzt ohne Not die Erfolge und Chancen für die Zukunft aufs Spiel. Lassen Sie mich am Beispiel von **Energiesparinvestitionen** und **Investitionen** in **regenerative Energietechniken** die Problematik konkretisieren. Gerade Investitionen, die Energiespareffekte zum Ziel haben oder konventionelle Energieträger durch regenerative ersetzen, sind durch hohe Anfangsinvestitionen gekennzeichnet. Einem hohen Kapitalbedarf und entsprechend hohen Kapitalkosten stehen geringere laufende Kosten gegenüber. Gerade dieser Problematik tragen zinsverbilligte ERP-Darlehen mit tilgungsfreien Jahren zu Beginn der Laufzeit in besonderer Weise Rechnung. Sie helfen, Liquiditätsengpässe zu vermeiden und die Zahlungsströme anzugleichen. Dieser Mechanismus greift sinngemäß, wenn auch in anderer Ausprägung, ebenso bei Existenzgründungen, Modernisierungsinvestitionen usw.

ERP-Darlehen bieten dem Investor eine tragfähige, kalkulierbare Basis. Durch die Beteiligung der Hausbanken und die bedarfsgerechte verbilligte Finanzierung ist die Zahl der Insolvenzen bei ERP-geförderten Unternehmen außerordentlich gering. Marktzutrittshindernisse werden, und zwar sowohl subjekt- als auch objektbezogen, überwunden. Den potentiellen Investoren wird der Marktzutritt erleichtert. Das ist im übrigen eine wesentliche Anforderung an einen funktionierenden marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Gleichzeitig erhalten Innovationen, beispielsweise die skizzierten Umweltschutztechnologien, Markteinführungshilfen. Gerade das Fehlen ausreichender Markteinführungshilfen behindert die Entwicklung in diesem Bereich ganz erheblich.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Konditionenänderung und die Kürzung der ERP-Mittel insgesamt wird sich die Schere zwischen steigenden Antragseingängen und einem starken Rückgang des Zusagevolumens weiter verschärfen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in der aktuellen wirtschaftlichen Lage und bei den entsprechenden Perspektiven die Rücknahme zugesagter ERP-Mittel kleinkrämerisch-fiskalistisch ist. Eine Zustimmung zu diesen **Kürzungen** wäre wettbewerbsfeindlich, mittelstandsfeindlich und ein **Affront gegen Umweltschutz und Innovationen**.

(Beifall bei der SPD — Otto Schily [SPD]: Die sind einfach zu borniert!)

Die Bundesregierung verletzt darüber hinaus die Stetigkeit, die wichtig wäre, um verläßliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Jetzt übertreiben Sie aber etwas!)

Das gilt in besonderer Weise für die neuen Länder. Statt eine weitsichtige Politik des langen Atems geht der Bundesregierung vor dem Ziel die Puste aus.

Die SPD wird diesen Wirtschaftsplan ablehnen.

(Dr. Wolfgang Bötsch [CDU/CSU]: Das ist nicht schön, was Sie da sagen!)

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich uns anzuschließen. Dann können wir in guter Tradition gemeinsam einen vernünftigen ERP-Wirtschaftsplan erarbeiten und gemeinsam verabschieden. Ich würde mich freuen, wenn Sie über den — zugegebenermaßen recht dunklen — Schatten Ihrer Fraktion springen würden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Das Wort hat der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Beckmann.

(Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk [SPD]: Jetzt muß der Arme das alles verteidigen! — Weitere Zurufe von der SPD: Der Beckmann muß alles gutmachen!)

Klaus Beckmann, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: On verra! — Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die **ERP-Kredite**, hervorgegangen aus den ehemaligen Marshallplan-Hilfen, sind ein wichtiges Instrument zur **Förderung des Mittelstandes**. Die Gründung selbständiger Existenzen schreitet deutlich voran. Zwei Drittel aller ERP-Anträge werden von Existenzgründern gestellt. Das, denke ich, ist eine bemerkenswerte Zahl und auch eine begrüßenswerte Entwicklung. Weitere ERP-Förderungsschwerpunkte sind die Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im ERP-Aufbauprogramm sowie der Umweltschutz.

Die **Nachfrage nach ERP-Krediten** ist außerordentlich groß, und das hängt natürlich auch mit der jetzt einsetzenden Zunahme der **Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern** zusammen, einer Entwicklung, die wir lange erwartet haben und über die wir nur froh sein können.

Für 1992, meine Damen und Herren, mußte der Planentwurf der Bundesregierung, der die jüngste Nachfrageentwicklung noch nicht berücksichtigen konnte, im parlamentarischen Beratungsverfahren aufgestockt werden, und das ist inzwischen geschehen. In der heutigen zweiten und dritten Lesung des ERP-Wirtschaftsplans 1992 liegt Ihnen nun ein Gesetzentwurf zur Verabschiedung vor, der ein Gesamtfördervolumen von 14 Milliarden DM vorsieht, 10 Milliarden DM davon für die neuen Bundesländer, 4 Milliarden DM für die alten Bundesländer.

Mit 10 Milliarden DM Kreditvolumen für die neuen Bundesländer kann man, wie ich meine, einiges erreichen. Man muß sich nur einmal die Größenordnungen vor Augen halten. In den alten Bundesländern haben

(A) wir seit Kriegsende insgesamt etwas mehr als 85 Milliarden DM an ERP-Krediten herausgelegt. Gemessen daran, scheinen 10 Milliarden DM für die neuen Bundesländer nicht viel zu sein; aber bitte bedenken Sie, diese Summe geht in nur einem Jahr in die östlichen Länder; die 85 Milliarden DM, von denen ich eben sprach, sind im alten Bundesgebiet in über 40 Jahren abgeflossen. Ich denke, daß das eine sehr, sehr positive Bilanz ist, die wir hier ziehen können.

Erste Wirkungen und erste Erfolge zeichnen sich auch ab. Am Ende dieses Jahres werden wir mit rund 16 Milliarden DM ERP-Krediten Investitionen von etwas mehr als 35 Milliarden DM mitfinanziert haben und damit zur Schaffung von mehr als 600 000 neuen Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern beigetragen haben.

Ich denke, daß diese ERP-Kreditsummen eine enorme Finanzierungsleistung darstellen, eine Leistung, die das ERP-Sondervermögen aus sich heraus allein nicht erzielen konnte. Wir haben hierfür unterstützend **Mittel aus dem Bundeshaushalt** bereitgestellt, zunächst als Kapitalzuführung und später dann, als die Nachfrage nach ERP-Krediten sprunghaft zunahm, als Zinszuschüsse. Das ERP-Sondervermögen haben wir damit in die Lage versetzt, ergänzende Kredite am Kapitalmarkt aufzunehmen und als zinsgünstige Förderungskredite bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, ich will hier auch nicht verhehlen, daß es schmerzlich für uns war, ursprünglich vorgesehene **Kapitalzuführungen an das ERP-Sondervermögen in den Jahren 1992 und 1993** wieder zu streichen und durch **Zinszuschüsse** und **Erlöse aus dem geplanten Verkauf der Berliner Industriebank** zu ersetzen. Wir haben damit auf langfristige, d. h. in fünf bis zwölf Jahren revolvierende Mittel verzichtet. Das hat aber kurzfristig für das Fördervolumen der Jahre 1992 und 1993 keine Auswirkungen. (B)

(Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk [SPD]: Aber danach!)

Wir haben damit einen substantiellen Beitrag zur Finanzierung des Mehrbedarfs bei der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung und bei der Kokskohlenbeihilfe geleistet.

(Hans Martin Bury [SPD]: Aber was kommt 1993 und 1994?)

Ich glaube, wir können beim Bundesminister für Finanzen dann dafür Verständnis erwarten, wenn in den Folgejahren beim ERP Schwierigkeiten auftreten, der Kreditnachfrage zu entsprechen, die sich ja, wie wir uns vorstellen können, nur allmählich normalisieren kann.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Staatssekretär, würden Sie eine Zwischenfrage gestatten?

Klaus Beckmann, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Aber gern.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Bitte, Herr Kollege.

Otto Schily (SPD): Herr Staatssekretär, wir haben uns gestern im Wirtschaftsausschuß über Industriepolitik unterhalten, und Sie haben ja kein Hehl aus Ihrer Abneigung gegenüber Industriepolitik gemacht, (C) obwohl Frau Seiler-Albring am Nachmittag im Europaausschuß genau das Gegenteil erklärt hat: Ist eigentlich das Herunterfahren der ERP-Mittel Ausdruck Ihrer Abneigung gegen Industriepolitik?

Klaus Beckmann, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Kollege Schily, ich verstehe den Zusammenhang in Ihrer Frage nicht. Wir erreichen ein Förderungsvolumen mit einer einmaligen Spitze in den Jahren 1991 und 1992, und ich glaube, das ist der besondere Ausdruck der Mittelstandsfreundlichkeit dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das hat mit der Haltung der Bundesregierung zu industriepolitischen Vorstellungen, wie sie auf der linken Seite dieses Hauses gepflegt werden, überhaupt nichts zu tun. Im übrigen bleibt die Bundesregierung natürlich bei der von mir gestern im Wirtschaftsausschuß dargestellten Haltung zu industriepolitischen Vorstellungen, die mehr aus dem Folterkasten sozialistischer Wirtschaftspolitik kommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Weiß Herr Späth das?)

Im übrigen will ich gern auf Ihren Zuruf eingehen, Herr Kollege Schily. Wir können uns vielleicht über eines verständigen: Wirtschaftspolitik wird im Wirtschaftsministerium gemacht, Außenpolitik im Außenministerium. Dabei soll es auch bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU) (D)

Meine Damen und Herren, von dem eben ausgedrückten Verständnis im Verhältnis zwischen Finanzministerium und Wirtschaftsministerium und nicht von kleinmütigen Projektionen in die Zukunft war die enge Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Finanzministerium stets geprägt. Sonst wären solche Finanzierungsanstrengungen wie in der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem ERP nicht möglich gewesen. Innerhalb von zwei Jahren — das will ich hier auch einmal betonen — haben wir das Kreditvolumen immerhin verdreifacht.

Die ERP-Förderung in den alten Bundesländern haben wir gestrafft und auf das Wesentliche konzentriert: Existenzgründung, Umweltschutz und Flankierung der Regionalförderung. Das bringt Einsparungen von etwa einem Viertel des bisherigen Zusagevolumens. Das ist möglich und meines Erachtens nach über 40 Jahren ERP-Förderung im Westen auch zumutbar.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Eine zweite Zwischenfrage, Frau Kollegin Skarpelis-Sperk.

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben von kleinmütigen Projektionen in die Zukunft gesprochen. Ist Ihnen bekannt, daß diese sogenannten kleinmütigen Projektionen in die Zukunft auf Bitten der SPD-Bundestagsfraktion im zuständigen Unterausschuß von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt wurden? Sie sehen ein massives Herabfahren in den Jahren 1993 und 1994 vor.

(A)

Klaus Beckmann, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Frau Kollegin Dr. Skarpelis-Sperk, ich glaube, daß Ihre Bemerkung den Sachverhalt nicht trifft. Wir haben das ERP-Programm als eine optimistische Zukunftsperspektive angelegt. Die von mir gemachten Bemerkungen betreffen einen ganz anderen Sachverhalt als den, den Sie hier jetzt darzustellen versuchen. Deswegen verstehe ich Ihre Frage überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollten noch einmal einen Blick auf die **Umweltschutzförderung** richten. Wir haben auch hier die Fördermöglichkeiten an die Rahmenbedingungen, die sich aus der deutschen Einigung ergeben haben, anpassen müssen. Das verlangte auch der Einigungsvertrag. Das verlangte aber auch die ökonomische Vernunft. Wegen des notwendigen Fördergefälles müssen die Konditionen in den neuen Bundesländern eben günstiger sein als im alten Bundesgebiet, das ja schon einen vergleichsweise guten Umweltschutzstandard erreicht hat. Unsere Förderungsmöglichkeiten im Osten wurden durch die Zinszuschüsse im Bundeshaushalt begrenzt. Hierauf haben wir uns im Westen unter Wahrung des Förderungsgefälles eingestellt. Die Förderung von Umweltschutzinvestitionen ist dann immer noch großzügiger — in West wie in Ost — als in allen anderen Förderungsbereichen. Aber es blieben im Westen Reste übrig, die wir für sonstige Förderungen in den neuen Bundesländern, insbesondere für Existenzgründungen, eingesetzt haben.

(B)

Der Umweltschutz stand in den neuen Bundesländern im Jahre 1991 noch nicht im Vordergrund. Wir erwarten aber, daß er auch dort mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Deshalb und um ein politisches Signal zu geben, haben wir dafür hohe Ansätze in den Plan 1992 eingestellt. Nicht in Anspruch genommene Mittel sollen allerdings nicht verfallen. Wir würden sie dann zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, d. h. vor allen Dingen für Existenzgründungen und für Aufbauinvestitionen, einsetzen.

(Hans Martin Bury [SPD]: Das kalkulieren Sie doch von vornherein ein!)

— Das ist unsere kluge und vorausschauende Politik, Herr Kollege.

Der ERP-Wirtschaftsplan 1992 ist der erste, den wir nach der Vereinigung Deutschlands aufstellen und verabschieden. Er ist ein Plan der Integration der bisher in östliche und westliche Programme getrennten ERP-Förderung. Das Schwergewicht des Wirtschaftsplans 1992 liegt eindeutig in den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern erfolgt eine Konzentration auf das Wesentliche.

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ich empfehle die Annahme des Planentwurfs, wie er jetzt vorliegt, d. h. mit der Erhöhung um 2 Milliarden DM im Wege der Parlamentsinitiative.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

(C)

Wir kommen zur Einzelberatung und Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in der Ausschußfassung — Drucksachen 12/1240 und 12/1641 — zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen in zweiter Beratung angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Gruppe PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/1736. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Entschließungsantrag ist damit bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 a bis 7 n und die Zusatzpunkte 6 bis 10 auf:

7. Beratungen ohne Aussprache

a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Regelung von Vermögensfragen der Sozialversicherung im Beitrittsgebiet**

— Drucksachen 12/1522, 12/1611 —

(D)

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)
— Drucksache 12/1718 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Renate Jäger

(Erste Beratung 57. Sitzung)

b) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 21. Dezember 1989 über Gemeinschaftspatente und zu dem Protokoll vom 21. Dezember 1989 über eine etwaige Änderung der Bedingungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung über Gemeinschaftspatente sowie zur Änderung patentrechtlicher Vorschriften **(Zweites Gesetz über das Gemeinschaftspatent)**
— Drucksache 12/632 —

aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/1588 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Ludwig Stiegler
Cornelia Yzer

bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
— Drucksache 12/1694 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Hinrich Kuessner

Vizepräsidentin Renate Schmidt

Michael von Schmude
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

(Erste Beratung 31. Sitzung)

c) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung des Bundesfinanzhofs**
— Drucksache 12/1468 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache 12/1622 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Franz-Hermann Kappes
Dr. Hans de With

(Erste Beratung 54. Sitzung)

d) Zweite und dritte Beratung des von der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und der Gruppe der PDS/Linke Liste eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes**
— Drucksache 12/483 —

aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie und Senioren (13. Ausschuß)
— Drucksache 12/1593 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Angelika Pfeiffer
Arne Fuhrmann

bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
— Drucksache 12/1594 —
Berichterstattung:
Abgeordnete Irmgard Karwatzki
Dr. Sigrid Hoth
Dr. Konstanze Wegner
(Erste Beratung 25. Sitzung)

e) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Hubert Doppmeier, Dirk Fischer (Hamburg), Helmut Rode (Wietzen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Horst Friedrich, Ekkehard Gries, Roland Kohn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes**
— Drucksache 12/1359 —

aa) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr (16. Ausschuß)
— Drucksache 12/1549 —
Berichterstattung:
Abgeordneter Klaus Daubertshäuser

f) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

— Drucksachen 12/460, 12/621 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)
— Drucksache 12/1515 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Ernst Hinsken

(Erste Beratung 25. Sitzung)

g) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**
— Drucksache 12/474 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)
— Drucksache 12/1701 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Erika Steinbach-Hermann
Günter Graf
Dr. Burkhard Hirsch

(Erste Beratung 31. Sitzung)

h) Zweite Beratung und Schlußabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen**

— Drucksache 12/758 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)
— Drucksache 12/1688 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Erika Steinbach-Hermann
Bernd Reuter
Dr. Burkard Hirsch

(Erste Beratung 41. Sitzung)

i) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates zum Schutz geographischer Angaben und von Ursprungsbezeichnungen bei Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln
— Drucksachen 12/187 Nr. 2.8, 12/1369 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

j) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

Vizepräsidentin Renate Schmidt

(A)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über Bescheinigungen besonderer Merkmale von Lebensmitteln

— Drucksachen 12/187 Nr. 2.17, 12/1438 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Hans Paintner

k) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Geänderter Vorschlag für eine Dreizehnte Richtlinie des Rates auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts über Übernahmeangebote

— Drucksachen 11/8311 Nr. 2.4, 12/1465 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Joachim Gres
Ludwig Stiegler

l) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (17. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates betreffend ein gemeinschaftliches System zur Vergabe eines Umweltzeichens

— Drucksachen 12/350 Nr. 13, 12/1628 —

(B)

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Maria Böhmer
Dr. Marliese Dobberthien
Birgit Homburger

m) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über den Beitritt der Mitgliedstaaten zur Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der Fassung der Revision von Paris vom 24. Juli 1971 und zum internationalen Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen vom 26. Oktober 1961

— Drucksachen 12/269 Nr. 2.5, 12/1667 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Joachim Gres
Ludwig Stiegler

n) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Vorschlag für eine Dritte Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG zu dem Vorschlag für eine Dritte Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 79/267/EWG und 90/619/EWG

(C)

— Drucksachen 12/210 Nr. 73, 12/706 Nr. 3.1, 12/1711 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Kurt Faltlhauser
Hermann Rind
Dr. Norbert Wieczorek

ZP 6 Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Richard Bayha, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Paintner, Jürgen Türk und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Flächenstillegungsgesetzes 1991**

— Drucksache 12/1470 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

— Drucksache 12/1721 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Rudolf Müller (Schweinfurt)

(Erste Beratung 54. Sitzung)

ZP 7 Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

(D)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Richard Bayha und weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Paintner und weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Entwurf eines Gesetzes über die Förderung einer einjährigen Flächenstillegung im Wirtschaftsjahr 1991/92 (Flächenstillegungsgesetz 1991)

— Drucksachen 12/721 (neu), 12/821, 12/822, 12/823, 12/1682 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Ulrich Junghans

ZP 8 Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 38 zu Petitionen

— Drucksache 12/1577 —

ZP 9 Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 39 zu Petitionen

— Drucksache 12/1678 —

ZP 10 Beratung der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)

Sammelübersicht 40 zu Petitionen

— Drucksache 12/1679 —

Vizepräsidentin Renate Schmidt

(A) Ich komme zunächst zum Tagesordnungspunkt 7a: Gesetz zur Regelung von Vermögensfragen der Sozialversicherung im Beitrittsgebiet.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist bei wenigen Stimmenthaltungen in zweiter Beratung angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7b: Zweites Gesetz über das Gemeinschaftspatent.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7c: Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung des Bundesfinanzhofs.

Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/1622, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung einstimmig angenommen. (B)

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Enthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7d: Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes.

Der Ausschuß für Familie und Senioren empfiehlt auf Drucksache 12/1593, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf abstimmen. Wer stimmt für den Gesetzentwurf? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung abgelehnt.

Nach unserer Geschäftsordnung entfällt damit eine weitere Beratung.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7e: Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschußfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf bei einer Enthaltung in zweiter Beratung einstimmig angenommen.

Wir treten in die (C)

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7f: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über Schutz von Kapitalanlagen.

Der Ausschuß für Wirtschaft empfiehlt auf Drucksache 12/1515, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7g:

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen.

Der Innenausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/1701, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltung? — Der Gesetzentwurf ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7h:

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen. (D)

Der Innenausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/1688, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7i:

Verordnung (EWG) des Rates zum Schutz geographischer Angaben und von Ursprungsbezeichnungen bei Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln.

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt gegen diese Beschlußempfehlung? — Enthaltungen? — Bei einer Enthaltung ist die Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt 7j:

Verordnung (EWG) des Rates über Bescheinigungen besonderer Merkmale von Lebensmitteln.

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt gegen diese Beschlußempfehlung? — Enthaltungen? — Bei einer Enthaltung ist die Beschlußempfehlung so einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7k:

Vorschlag für eine Dreizehnte Richtlinie des Rates auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts über Übernahmeangebote.

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Diese Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen.

Vizepräsidentin Renate Schmidt

(A)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7l:

Verordnung (EWG) des Rates betreffend ein gemeinschaftliches Systems zur Vergabe eines Umweltzeichens.

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist diese Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7m:

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über den Beitritt der Mitgliedstaaten zur Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst und zum internationalen Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen.

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Die Beschlußempfehlung ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 7n:

Dritte Richtlinie des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung.

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist diese Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum Zusatztagesordnungspunkt 6:

Änderung des Flächenstillegungsgesetzes 1991.

(B)

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt auf Drucksache 12/1721, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenstimmen! — Stimmenthaltungen? — Bei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit bei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung angenommen.

Wir kommen nun zum Zusatzpunkt 7 der Tagesordnung: Flächenstillegungsgesetz 1991.

Der Ausschuß empfiehlt, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/823 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung ist diese Beschlußempfehlung angenommen.

Wir kommen nun zu den Zusatzpunkten 8 bis 10 der Tagesordnung. Dabei stimmen wir ab über die Beschlußempfehlungen des Petitionsausschusses auf den Drucksachen 12/1577, 12/1678 und 12/1679. Das sind die Sammelübersichten 38 bis 40.

Wer stimmt für diese Beschlußempfehlungen? — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei zwei Stimmenthaltungen sind die Beschlußempfehlungen so einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 8 auf:

(C)

a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Sozialplan im Konkurs- und Vergleichsverfahren**

— Drucksache 12/1469 —

(Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

— Drucksache 12/1606 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Herbert Helmrich
Dr. Eckhart Pick

(Erste Beratung 54. Sitzung)

b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Eckhart Pick, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Hermann Bachmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung der Konkursordnung**

— Drucksache 12/1573 —

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuß (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Eine Aussprache ist auch dafür nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Einzelberatung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 12/1469. Der Rechtsausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/1606, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

(D)

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung.

Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist damit bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/1573 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Damit ist die Überweisung so beschlossen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit oder wenigsten eine erholsame Mittagspause.

Die Sitzung wird um 14 Uhr mit der Fragestunde fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung von 13.03 Uhr bis 14.01 Uhr)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, und zwar mit Tagesordnungspunkt 2:

Vizepräsident Helmuth Becker

(A)

Fragestunde

— Drucksachen 12/1684, 12/1717 —

Zur Fragestunde waren dringliche Fragen des Abgeordneten Norbert Gansel bezüglich des Rücktritts von Herrn Stavenhagen eingereicht. Da die SPD-Fraktion zum gleichen Thema für heute abend eine Aktuelle Stunde erbeten hat, die auch genehmigt ist, werden die Fragen des Kollegen Gansel nach der Geschäftsordnung schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Wir kommen dann zum Bereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes. Hierzu sind die dringlichen Fragen 3 und 4 der Frau Abgeordneten Ingrid Köppe eingereicht worden. Beide Fragen werden auf Grund der Richtlinie Nr. 2 Abs. 2 schriftlich beantwortet.

Wir kommen dann zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die Fragen 1 und 2 des Kollegen Dr. Burkhard Hirsch sind zurückgezogen.

Dann kommen wir zum Bereich des Bundesministers für Forschung und Technologie. Für die Beantwortung der Fragen steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 7 des Abgeordneten Siegmar Mosdorf auf:

> Trifft es zu, daß die EG für das Mikroelektronik-Programm Jessi (Joint european strategic silicone initiative) für 1992 nicht wie geplant 130 Mio. ECU, sondern nur noch 70 Mio. ECU zur Verfügung stellt, und daß dieses auf die geringeren Finanzzuweisungen der EG-Länder zurückzuführen ist?

Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

(B)

Bernd Neumann, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie: **Jessi** ist ein Eureka-Programm, das von den beteiligten Regierungen — Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande und Großbritannien — und der EG gemeinsam gefördert wird.

Die EG-Kommission hat angekündigt, für 1992 bis 1994 zusammen 55 % des **Mikroelektronik-Budgets** im Rahmen des europäischen Forschungsprogrammes Esprit für Jessi zur Verfügung zu stellen. Dies entspricht 200 Millionen ECU für drei Jahre. Die von Herrn Vizepräsident Pandolfi entsprechend der Jessi-Planung gemachte Zusage über eine 25 %ige Finanzierungsbeteiligung — dies entspräche etwa den von Ihnen hinterfragten 130 Millionen ECU pro Jahr von der EG für Jessi — ist damit aber nicht erfüllt. Im Jahre 1992 wird der Finanzierungsanteil der EG an Jessi bei etwa 15 % liegen. Das entspricht der von Ihnen genannten Summe von etwa 68 Millionen ECU.

Der Umstand, daß der Finanzierungsbeitrag der EG geringer als erwartet ausfallen wird, war den Jessi-Beteiligten seit Mitte dieses Jahres bekannt, so daß dies als Randbedingung für die vorgenommene Neustrukturierung des Jessi-Programms berücksichtigt werden konnte.

Die Situation hinsichtlich der EG-Beteiligung ist aber dennoch unbefriedigend. Die Ursache liegt nach Auffassung der Bundesregierung keineswegs, wie von der EG-Kommission behauptet, in der unzureichenden Mittelausstattung des EG-Forschungsprogramms Informationstechnologien — mit dem Namen Esprit —, sondern in der von der Kommission noch unzureichend vorgenommenen strategischen Schwerpunktsetzung. Auf eine solche Straffung der EG-Forschungsprogramme wirken die Bundesregierung und einige andere Regierungen in Europa seit längerem hin. Daß es nun gelungen ist, über die Hälfte der im Rahmen von Esprit für die Mikroelektronik veranschlagten Mittel für eine strategisch orientierte Maßnahme, also Jessi, zu reservieren, sehe ich als bemerkenswerten Teilerfolg.

(C)

Das ist die Beantwortung der Frage.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine Zusatzfrage des Kollegen Mosdorf.

Siegmar Mosdorf (SPD): Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Sorge, daß die Bundesrepublik Deutschland und Europa auf diesem speziellen Gebiet der Mikroelektronik und auf dem Sektor der Hochtechnologie dabei sind, wichtige Wettbewerbspositionen zu verlieren, und hat die Bundesregierung die Absicht, dem entgegenzuwirken?

Bernd Neumann, Parl. Staatssekretär: Die Sorge, daß es hier um den Wettbewerb und den möglichen Verlust der **Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Mikroelektronik** geht, ist sicher berechtigt. Es stellt sich allerdings die Frage, wer dagegen im einzelnen etwas tun kann. Hier ist nicht nur die Bundesregierung aufgefordert, etwas zu tun, sondern insbesondere die deutsche Industrie. Die deutsche Industrie ist aufgefordert, darüber nachzudenken, was sie tun kann.

(D)

In bezug auf die Bundesregierung darf ich sagen, daß wir diese Thematik sehr ernst nehmen und daß wir deshalb ja auch in Hinblick auf die Schwerpunktsetzung innerhalb der EG-Programme darauf gedrungen haben und nach wie vor darauf dringen, daß für den Bereich der Mikroelektronik — also einer entscheidenden Schlüsselindustrie — noch mehr als bisher getan wird, d. h., daß der Anteil für diese Maßnahmen erhöht wird. Sie wissen, daß wir uns hier mit den Interessen der anderen EG-Mitglieder auseinanderzusetzen haben. In bezug auf die Mikroelektronik gibt es da ein unterschiedliches Interesse. Wir werden aber unsere Vorhaben fortsetzen.

Wir sind darüber hinaus in anderen Bereichen — insbesondere im Bereich der Anwendung — tätig. Ich erinnere hier an SICAN. Das ist ein Projekt, bei dem es darum geht, in Verbindung mit der Industrie im anwendungsorientierten Bereich weiterzukommen. Dieser Bereich ist im übrigen das Problem in der Auseinandersetzung mit den Japanern.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Mosdorf.

Siegmar Mosdorf (SPD): Herr Staatssekretär, welche Initiativen — mich interessiert insbesondere die finanzielle Ausstattung — beabsichtigt die Bundesregierung, um auf diesem Sektor der Mikroelektronik eine wichtige Wettbewerbsposition zu halten, und haben Sie dazu — außer den zehn Punkten, die neulich als Memorandum veröffentlicht worden sind — Ideen und Vorschläge?

(A) **Bernd Neumann,** Parl. Staatssekretär: Ich glaube, daß die zehn Punkte, die als Memorandum veröffentlicht worden sind, dann, wenn man sie tatsächlich umsetzte, eine entscheidende Initiative darstellten. Das ist ja sozusagen die theoretische Vorbereitung dessen, was wir als wichtig ansehen. Darüber hinaus muß man wissen, daß wir als Bundesrepublik Deutschland den Wettbewerb im Bereich der Mikroelektronik im Hinblick auf die anderen Märkte nicht allein gewinnen können, sondern, wenn überhaupt, nur im Zusammenhang mit den europäischen Partnern. Deshalb sind die Summen, die wir im Hinblick auf den nationalen und den europäischen Bereich ausgeben, schwerpunktmäßig auf europäische Kooperationen konzentriert; 110 Millionen DM für Jessi. Im nationalen Bereich geben wir etwa 25 Millionen DM aus.

Wir glauben, daß wir nur dann, wenn wir Europa voranbringen und im Bereich der EG deutlich machen, daß wir auf dem Sektor der Mikroelektronik noch stärkere Akzente setzen müssen, den Wettbewerb gewinnen können. Aber allein die Mittel der Bundesrepublik Deutschland werden dazu nicht ausreichen.

Ich bleibe dabei: Eine wichtige Initiative stellt das Zehn-Punkte-Programm dar, dessen Umsetzung so schnell wie möglich in Angriff genommen werden muß.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Otto Schily.

(B) **Otto Schily** (SPD): Herr Staatssekretär Neumann, sehen Sie die Japaner im technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerb auf dem Markt der Mikroelektronik mit einem gewaltigen Vorsprung, und wie glaubt die Bundesregierung, wenn ein solcher Vorsprung vorhanden ist, diesen ausgleichen zu können und in welchem Zeitraum?

Bernd Neumann, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, Sie verlangen von mir, auf eine Problematik, über die im Augenblick in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Seminaren und auf Symposien diskutiert wird, mit wenigen Sätzen zu antworten.

(Otto Schily [SPD]: Ich dachte, der Staatssekretär ist auf diesem Gebiet kompetent!)

— Ich beuge nur vor. Wenn Ihnen meine Antwort nicht ausreicht, dann mögen Sie das bitte auf die geringe Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, zurückführen.

Ich glaube, daß es darauf eine Vielzahl von Antworten gibt. Mit Sicherheit sind die Anstrengungen nötig, die ich soeben auf die Anfrage Ihres Kollegen genannt habe.

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Können die Europäer diesen Wettbewerb allein überhaupt gewinnen? Die Antwort, die unser Haus und die mein Minister geben, lautet: Wir werden den Wettbewerb nur gewinnen können, wenn wir uns öffnen. Hier gibt es erste Versuche zwischen IBM und einer deutschen Firma. Wir müssen Kooperationen, die über Europa hinausgehen, eingehen. Wir müssen auch versuchen, verstärkt mit den Japanern zu kooperieren.

(C) Ganz wichtig ist es, daß nicht nur die Japaner bei uns wie auf einer Einbahnstraße in besonderer Weise tätig sind, sondern daß die Straße auch in umgekehrter Richtung befahren wird. Diese weltweiten Maßnahmen sind nötig, um, was Europa betrifft, im Bereich der Mikroelektronik auf die Dauer überhaupt wettbewerbsfähig zu sein.

Daß wir völlig ins Hintertreffen geraten sind, wage ich zu bezweifeln. Auch der Herr Seitz, der sich in Aufsätzen und in einem Buch darüber ja ausführlich ausgelassen hat, sieht das so eindeutig nicht. Er weist auf die Gefahren hin. Ich glaube nicht, daß man schon sagen kann, wir seien da in dem Wettbewerb völlig abgehängt. Allerdings müssen wir aufpassen. Und da gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen. Einige davon habe ich angesprochen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, diese letzte Frage stand in einem nicht ganz unmittelbaren, aber doch in einem mittelbaren Zusammenhang zu dem, was eigentlich debattiert wird. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Parlamentarischer Staatssekretär, dafür, daß Sie trotzdem auch dazu einmal etwas gesagt haben. — Wir sind damit am Ende dieses Geschäftsbereichs.

Ich rufe nun den Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen auf. Zur Beantwortung der Fragen steht Frau Staatsministerin Ursula Seiler-Albring zur Verfügung.

Die Fragen 9 und 10 des Abgeordneten Dr. Dieter Sperling werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

(D) Ich rufe die Frage 11 des Kollegen Ortwin Lowack auf:

> Welches Vorgehen empfiehlt die Bundesregierung aus den Oder-Neiße-Gebieten vertriebenen Deutschen zur Wahrung ihrer Rechtsansprüche aus Eigentum, das ihnen mit der Vertreibung völkerrechtswidrig entzogen wurde?

Bitte, Frau Staatsministerin.

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin im Auswärtigen Amt: Herr Kollege Lowack, die Bundesregierung muß davon absehen, Privatpersonen hinsichtlich der Verfolgung ihrer Rechtsansprüche Empfehlungen zu geben.

Zur Rechtslage erinnert die Bundesregierung daran, daß sie die **Vertreibung der Deutschen** immer verurteilt und die **entschädigungslose Einziehung des deutschen Vermögens** nie gebilligt hat. Sie hat diese Rechtsauffassung in den Verhandlungen mit **Polen** zum Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit erneut dargelegt. In Ziffer 5 des zu diesem Vertrag gehörenden Begleitschreibens wird hierzu auch festgehalten, daß sich dieser Vertrag nicht mit Fragen der Staatsangehörigkeit und Vermögensfragen befaßt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine Zusatzfrage des Kollegen Lowack, bitte.

Ortwin Lowack (fraktionslos): Hochzuverehrende Frau Staatsministerin, geschätzte Kollegin, ist der Bundesregierung eigentlich bewußt, daß es hier um Millionen von Schicksalen deutscher Staatsangehöriger geht und daß das Kanzleramt in Tausenden von

Ortwin Lowack

Briefen den Betroffenen eigentlich sehr deutlich mitgeteilt hat, daß man der Auffassung sei, das deutsche Eigentum sei nicht untergegangen, und daß man sich gerade dadurch, daß in den Verträgen diese Frage offengeblieben ist, heute eigentlich dazu bekennen könnte, daß man in weiteren Gesprächen mit der polnischen Seite, weil es eine zu regelnde Frage ist, tatsächlich darüber sprechen sollte, daß die Dinge im Einvernehmen mit Polen geregelt werden?

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Lowack, Sie haben die Verhandlungen mit Polen sehr intensiv verfolgt und müssen deshalb wissen, daß der Bundesregierung, die diese Vertragsverhandlungen sehr ernsthaft und sehr intensiv betrieben hat, natürlich bewußt ist, wieviel menschliches Schicksal mit dieser Frage verbunden ist. Deshalb hat die Bundesregierung in diesem Begleitschreiben, das ich vorhin erwähnt habe, ausdrücklich geschrieben, daß die Frage der Staatsangehörigkeit und die vermögensrechtlichen Dinge nicht Gegenstand des Vertrages sind. Sie wissen: Das ist zwar Gegenstand der Verhandlungen gewesen, man hat hier aber keine Einigung finden können. Die Bundesrepublik, die Bundesregierung, hat die Ansprüche der von Ihnen erwähnten Personen nie aufgegeben.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Lowack.

Ortwin Lowack (fraktionslos): Verehrte Frau Kollegin, ist Ihnen bewußt, daß Sie damit die Frage, wie wir zukünftig eventuell doch an die polnische Regierung herantreten könnten, nicht beantwortet haben, und darf ich das gleichzeitig ergänzen mit dem Hinweis, daß es doch mit unserer Sicht und insbesondere mit der Sicht der bisherigen Wirtschaftspolitik, beispielsweise auch der der FDP, eigentlich nicht vereinbar wäre, so zu verfahren, wie wir es bisher getan haben, sondern daß es eigentlich besser wäre, wir würden es den Deutschen, die aus den Vertreibungsgebieten kommen, ermöglichen, unter Bezugnahme auf ihr Eigentum dort wieder zu investieren, statt so zu verfahren, daß Sie etwa aus Steuermitteln zur Entwicklung eines Landes beizutragen versuchen, das privat viel besser entwickelt werden könnte?

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Lowack, es steht den von Ihnen angesprochenen Personen ja frei, z. B. zu klagen. Sie wissen aber ganz genau, weil Sie sich mit dieser Thematik ja sehr intensiv beschäftigen, daß diese Verhandlungen in Polen und natürlich unter polnischem Recht stattfänden. Den Ausgang dieser Verhandlungen können Sie sich vorstellen.

Herr Kollege Lowack, was in der Zukunft z. B. bei Verhandlungen mit Polen, die wir ja im Prinzip wollen, beispielsweise über die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft erreicht wird, kann man heute noch nicht absehen. Es ist nichts eingeschlossen, es ist nichts ausgeschlossen.

(Ortwin Lowack [fraktionslos]: Ich darf leider keine weitere Zusatzfrage stellen!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Vielen Dank, Frau Staatsminister.

Wir kommen zur Frage 12 des Kollegen Martin Göttsching. Er will seine Frage schriftlich beantwortet haben. Dann verfahren wir so. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Wir kommen zur Frage 13 unseres Kollegen Hans Wallow:

> Welche Gründe waren dafür maßgeblich, daß die deutsche Botschaft in Nairobi/Kenia den Vorwurf der dortigen Regierung, die Demokratiebewegung im Lande unterstützt zu haben, damit zurückwies, daß diese Behauptung „negative Folgen" auf die deutsch-kenianischen Beziehungen haben könne?

Bitte, Frau Staatsminister.

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Wallow, die **Unterstützung von Demokratie und Pluralismus** ist essentieller Bestandteil unseres Dialogs mit den **afrikanischen Partnerländern.** Auch gegenüber der **kenianischen Regierung** haben wir bilateral und im EG-Kreis wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die repressiven Maßnahmen gegen Regimekritiker von uns nicht hingenommen werden können.

Um unsere Solidarität mit der demokratischen Opposition deutlich zu machen, haben wir zwei Angehörige der deutschen Botschaft in Nairobi als Beobachter zur FORD-Demonstration am 16. November dieses Jahres entsandt. Als Reaktion auf die gewaltsame Verhinderung dieser Demonstration hat Bundesminister Genscher den deutschen Botschafter in Nairobi zur Berichterstattung nach Bonn einbestellt. Damit haben wir ein sehr deutliches Signal gesetzt.

Die Bundesregierung hat mit diesen Aktivitäten und Aktionen wesentlich dazu beigetragen, daß die kenianische Regierung gestern die Einführung eines Mehrparteiensystems beschlossen hat.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage des Kollegen Wallow, bitte.

Hans Wallow (SPD): Frau Staatsministerin, unser Nachbarland Dänemark hat auf Grund der Menschenrechtsverletzungen und auf Grund von Korruptionsproblemen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kenia eingestellt. Ist etwas ähnliches von der Bundesregierung geplant?

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Wallow, beim Gebertreffen über bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe an Kenia am 25./26. November dieses Jahres in Paris haben wir in einer politischen Erklärung dargelegt, daß wir unsere zukünftige **Entwicklungshilfe an Kenia** im Lichte der Reformbereitschaft der kenianischen Regierung prüfen werden. Fast alle anderen Geber sind uns hierin gefolgt.

Herr Kollege Wallow, mir liegt ein Schreiben unserer Botschaft in Nairobi vom 3. dieses Monats vor, in dem das, was ich eben angedeutet habe, noch einmal dargelegt wird: Auf Empfehlung des Parteitages der Einheitspartei KANU hat die heute tagende nationale KANU-Delegiertenkonferenz beschlossen, den Abschnitt 2a der kenianischen Verfassung zu streichen, der das Einparteiensystem in der kenianischen Verfassung festschrieb. — Damit ist die Tür für die Einführung eines Mehrparteiensystems in Kenia geöffnet. Darüber hinaus haben führende FORD-Mitglie-

(A) der unserem Botschafter in Nairobi — ich zitiere wörtlich — in bewegten Worten für die Beiträge unserer Regierung zu dieser historischen Entscheidung, die ohne den Druck der westlichen Geberländer nicht zustande gekommen wäre, gedankt.

(Hans Wallow [SPD]: Vielen Dank!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Keine weitere Zusatzfrage.

Dann kommen wir zu den Fragen 14 und 15. Beide Fragen des Kollegen Klaus Kübler sollen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Das gilt ebenso für die beiden Fragen des Kollegen Jürgen Augustinowitz, also für die Fragen 16 und 17, die er schriftlich beantwortet haben möchte. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Nun kommen wir zur Frage 18 unseres Kollegen Gernot Erler:

> Wie begründet die Bundesregierung die Änderung ihrer Position bei der Frage der Anerkennung von Kroatien und Slowenien, indem sie jetzt eine deutsche Anerkennung ab dem 10. Dezember 1991 notfalls im Alleingang in Aussicht gestellt hat, nachdem sie vorher monatelang eben diesen Alleingang ausgeschlossen hat?

Bitte, Frau Staatsminister.

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Erler, nicht zuletzt auf Betreiben der Bundesregierung haben die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft am 6. Oktober u. a. erklärt, daß für den

(B) **Konflikt in Jugoslawien** auch eine politische Lösung im Hinblick auf die **Anerkennung der Unabhängigkeit** derjenigen **Republiken,** die dies wünschen, gesucht werden sollte, und zwar am Ende eines Verhandlungsprozesses, der in gutem Glauben geführt wird und alle Parteien einbezieht.

Für diesen Verhandlungsprozeß und für die Entscheidung über die Anerkennung hat der niederländische Außenminister van den Broek im Namen der Zwölf am 10. Oktober in Den Haag einen Zeitrahmen von höchstens zwei Monaten mit den jugoslawischen Konfliktparteien vereinbart. Daran orientiert sich die Bundesregierung.

Sie wird auf dem Treffen der EG-Außenminister am 16. 12. ihre Partner zur **Anerkennung von Kroatien und Slowenien** auffordern. Sollten sich jetzt noch nicht alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft der am 10. Oktober festgelegten Haltung anschließen, beabsichtigt die Bundesregierung, zusammen mit möglichst vielen EG-Partnern und mit anderen Staaten die Anerkennung noch vor Weihnachten auszusprechen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Kollege Erler, Zusatzfrage? — Bitte.

Gernot Erler (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben eben in Ihrer Antwort bestätigt, daß die Bundesregierung von ihrem bisherigen Prinzip, eine solche Anerkennung nur im Konsens mit allen EG-Partnern vorzunehmen, abgerückt ist. Können Sie noch einmal sagen, was die Ursache für diesen Wechsel in der Haltung, was die Gemeinsamkeit dieses Beschlusses angeht, darstellt? (C)

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Erler, die Bundesregierung hat immer gesagt, daß wir versuchen werden, so viele Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft wie möglich davon zu überzeugen, daß am Ende dieser Verhandlungsphase von zwei Monaten die Anerkennung der Teilrepubliken, die dies wollen, stehen muß. Insofern kann ich keine Änderung der Haltung der Bundesregierung erkennen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Weitere Zusatzfrage des Kollegen Erler, bitte.

Gernot Erler (SPD): Mit dieser Erkenntnis stehen Sie alleine.

Aber ich komme zu einer zweiten Zusatzfrage. Frau Staatsministerin, ich gehe davon aus, daß diese neuerlichen Anstrengungen der Bundesregierung in bezug auf die Anerkennung der beiden Staaten nicht so sehr Ausfluß völkerrechtlicher Erkenntnisse sind — denn dann hätte man das auch schon früher tun können —, sondern sich auch auf das Ziel beziehen, den Krieg dort zu beenden. Können Sie mir sagen, welchen Mechanismus Sie nach der Anerkennung erwarten, der zur Beendigung der Kriegshandlungen führen könnte?

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Mechanismus zur Beendigung der Kriegshandlungen?

Gernot Erler (SPD): Welche Wirkung geht Ihrer Meinung nach von der Anerkennung aus, damit die Kriegshandlungen beendet werden können? (D)

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Wir haben immer gesagt, daß eine unmittelbare Folge in bezug auf die Einstellung der Kriegshandlungen durch eine Anerkennung sicherlich nicht erwartet werden kann. Wir sind aber der Überzeugung, daß die Verhandlungen, die z. B. Cyrus Vance im Auftrag des Generalsekretärs in bezug auf die Stationierung von Blauhelmtruppen führt, u. a. ein geeignetes Mittel sind, dazu beizutragen, diese Kriegshandlungen in allernächster Zeit einzustellen bzw. dort, wo Waffenruhe herrscht, diese auch beizubehalten.

Vizepräsident Helmuth Becker: Wir kommen zur Frage 19 unseres Kollegen Gernot Erler:

> Aus welchem Grund hat die Bundesregierung diese Ankündigung zwei Wochen vor dem EG-Gipfel in Maastricht gemacht, und mit welchen Auswirkungen rechnet sie dabei für das politische Ziel des EG-Gipfels in Maastricht, eine Europäische Politische Union auf den Weg zu bringen?

Frau Staatsministerin, bitte.

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Erler, die Bundesregierung hat diese Ankündigung jetzt gemacht, weil — wie ich vorhin schon ausgeführt habe — am 10. Dezember 1991 die von Außenminister van den Broek vereinbarte Frist abläuft. Sie rechnet nicht mit Auswirkungen auf den **Europäischen Rat in Maastricht.**

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage, Herr Kollege Erler.

(A)

Gernot Erler (SPD): Frau Kollegin, weltweit muß man ja wohl von außen wahrnehmen, daß eines der Hauptbetreiberländer für die europäische politische Integration jetzt in dieser Anerkennungsfrage vorprescht. Wie können Sie dann begründen, daß davon keine Auswirkungen auf das Ziel der politischen Integration Europas möglich sind?

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Erler, es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß die Bundesregierung, die Sie sicherlich damit gemeint haben, jetzt vorprescht. Die Meinung der Bundesregierung zu den Abläufen in Jugoslawien steht seit geraumer Zeit fest. Sie wissen, daß wir uns bemühen, im Rahmen z. B. der Regierungskonferenz zur Politischen Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Deshalb ist es ja nur logisch, daß die Bundesregierung als eine Regierung im Rahmen von zwölf anderen darauf bedacht sein muß, hier ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Erler.

Gernot Erler (SPD): Frau Staatsministerin, würden Sie sagen, daß das Verhalten der Bundesregierung in dieser Anerkennungsfrage mit der Ankündigung, notfalls auch im Alleingang oder mit denen, die mitmachen, anzuerkennen, ein Modellfall für das ist, was man sich künftig als europäische politische Integration vorstellen kann?

(B)

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Herr Kollege Erler, dieser Prozeß ist außerordentlich kompliziert. Wir sind dabei, Wege und Möglichkeiten für eine Koordinierung unserer Politiken und die Entwicklung gemeinsamer Politiken zu finden. Diese ganzen Abläufe können uns sicherlich sehr hilfreich dabei sein, diese zukünftig effizienter zu gestalten.

Vizepräsident Helmuth Becker: Weitere Zusatzfrage des Kollegen Otto Schily, bitte.

Otto Schily (SPD): Frau Staatsministerin, hat die Bundesregierung einmal den Rat von Willy Brandt bedacht, daß man mit Anerkennung nicht drohen sollte?

Ursula Seiler-Albring, Staatsministerin: Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Kollege Schily, welche Äußerung der Bundesregierung Sie in bezug auf eine Drohung meinen könnten.

Vizepräsident Helmuth Becker: Wir sind damit am Ende der Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen. Ich bedanke mich, Frau Staatsministerin, daß Sie hier zur Verfügung gestanden haben.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern auf. Zur Beantwortung steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Eduard Lintner zur Verfügung.

Die Fragen 20 und 21 des Kollegen Wolfgang Börnsen (Bönstrup) sollen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

(C)

Die Fragen 22 und 23 sind zurückgezogen worden.

Dann rufe ich Frage 24 des Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt) auf:

Was hat die Bundesregierung bewogen, beim geplanten Einsatz von Beamten des Bundesgrenzschutzes zu Sicherungsaufgaben den mit Abstand bedeutendsten und sicherheitsrelevantesten deutschen Flughafen in Frankfurt am Main vorerst nicht zu berücksichtigen, während sie kleinere Flughäfen vorrangig bedienen will?

Herr Staatssekretär, bitte.

Eduard Lintner, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Kollege Otto, die Antwort lautet wie folgt: Nach Inkrafttreten des am 14. November 1991 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit auf den Bundesgrenzschutz und auf entsprechende Anträge der Länder hin ist die Bundesregierung bereit, die Aufgaben zum Schutz vor Angriffen auf die **Sicherheit des Luftverkehrs,** insbesondere vor Flugzeugentführungen und Sabotageakten, so bald wie möglich durch den **Bundesgrenzschutz** zu übernehmen.

Hierfür ist — auch in Abhängigkeit vom Termin des Inkrafttretens des Gesetzes — ein gewisser organisatorischer Vorlauf, insbesondere auch zur ortsnahen Unterbringung der jeweils benötigten BGS-Beamten, erforderlich. Dies trifft vor allem für den **Großflughafen Frankfurt am Main** zu.

Bisher sind noch keine konkreten Entscheidungen über die Reihenfolge bei der Übernahme der Luftsicherheitsaufgaben getroffen worden. Für den neuen **Flughafen München II** ist aber zu berücksichtigen, daß dieser Flughafen am 17. Mai 1992 eröffnet wird. Der Freistaat Bayern hat den Bund gebeten, die Luftsicherheitsaufgaben auf diesem Flughafen von Anfang an durch den BGS wahrzunehmen.

(D)

Mit dem Land Hessen steht die Bundesregierung in engem Gesprächskontakt über die Frage des Zeitpunktes und auch der Modalitäten der Übernahme der Luftsicherheitsaufgaben auf dem Frankfurter Flughafen. Nach dem derzeitigen Stand der Gespräche ist vorgesehen, die Luftsicherheitsaufgaben im weiteren Verlauf des Jahres 1992 oder Anfang 1993 zu übernehmen.

Die Bundesregierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der BGS die hessische Polizei im Rahmen des § 9 des BGS-Gesetzes bereits seit Anfang der 70er Jahre durchgehend mit einem großen Personaleinsatz — derzeit sind es 264 Polizeibeamte — bei der Aufgabenerfüllung auf dem Frankfurter Flughafen unterstützt. Dieses Unterstützungskonzept wird beibehalten. Es ist vorgesehen, diese Unterstützung als Teil eines schrittweisen Aufgabenwechsels zum BGS auszubauen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage des Kollegen Otto, bitte.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP): Herr Staatssekretär, teilt die Bundesregierung meine grundsätzliche Einschätzung, daß bei einer Prioritätenliste für die Dringlichkeit des Einsatzes von Beamten des Bundesgrenzschutzes zunächst an den Flughafen gedacht

(A) werden sollte, der mit Abstand der größte ist und bei dem auch die Sicherheitsaufgaben am drückendsten sind?

Eduard Lintner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Otto, das ist ein Gesichtspunkt, ein sehr wichtiger, wie ich zugeben muß. Aber er ist nicht der alleinige. Beispielsweise ist auch der Gesichtspunkt zu berücksichtigen, daß es sich beim Flughafen München II um die Inbetriebnahme eines völlig neuen Flughafens handelt und daß der BGS von vornherein die Einrichtung, die er hinterher nutzen will, bereits in der Bauphase bestimmen konnte. Auch dieser Gesichtspunkt ist natürlich sehr, sehr bedeutsam.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Otto, weitere Zusatzfrage.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP): Herr Staatssekretär, in Ihrer Antwort sprachen Sie das Problem der Unterbringung der Beamten des Bundesgrenzschutzes an. Ist Ihnen bekannt, daß die Stadt Frankfurt einen konkreten Vorschlag für die Unterbringung der Bundesgrenzschutzbeamten unterbreitet hat?

Eduard Lintner, Parl. Staatssekretär: Diese Vorschläge werden geprüft. Deshalb finden ja zur Zeit auch Gespräche mit dem Land Hessen statt. Herr Kollege Otto, wenn Sie den zeitlichen Ablauf und die vorgesehene Terminierung betrachten, geht es ohnehin nur um Wochen oder Monate. Denn auch im Falle Frankfurts ist die Bundesregierung ja bereit, die Übernahme noch 1992 oder Anfang 1993 tatsächlich vorzunehmen.

(B)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich rufe jetzt Frage 25 des Kollegen Hans-Joachim Otto (Frankfurt) auf:

> Teilt die Bundesregierung die von Prof. Dr. Peter Lerche in einem Gutachten geäußerte Rechtsauffassung, wonach ein nationaler Hörfunk aus verfassungsrechtlichen Gründen eine „umfassende Eigenverantwortung" erhalten müsse, so daß ARD und ZDF hierauf keinen maßgeblichen Programm-Einfluß ausüben dürften, und wird sie ihre Rechtsauffassung in den laufenden Verhandlungen mit den Bundesländern geltend machen?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Eduard Lintner, Parl. Staatssekretär: Die Antwort lautet: Die Bundesregierung teilt die von Professor Dr. Lerche in seinem Gutachten vertretene Auffassung, wonach der nationale Hörfunk aus verfassungsrechtlichen Gründen eine umfassende Eigenverantwortung erhalten muß. Die Eigenverantwortlichkeit der künftigen Einrichtung zur Veranstaltung von nationalem Hörfunk ist eine der Grundsatzvoraussetzungen der Bundesregierung bei den anstehenden Verhandlungen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage, Herr Kollege Otto.

Hans-Joachim Otto (FDP): Teilt die Bundesregierung auch die von Herrn **Professor Lerche** aus dem Gebot der Eigenverantwortlichkeit folgenden Konsequenzen, insbesondere daß ARD und ZDF keinen unmittelbaren Einfluß auf das Programm haben dürfen und daß die Vertreter der Gremien dieser neuen nationalen Hörfunkeinrichtung nicht etwa direkt von den Gremien von ARD und ZDF bestellt werden dürfen, sondern daß es sich hier um eine unmittelbare Wahl handeln muß? (C)

Eduard Lintner, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Otto, wir sind der Meinung, daß es sich um eine **selbständige Körperschaft** handeln muß. Das heißt, sie muß als eine Art selbständige Einrichtung handeln können und darf nicht unmittelbar Befehlsempfänger beispielsweise der ARD oder des ZDF sein. Wir sind außerdem der Meinung, daß Mitgliederversammlung und Rundfunkrat nicht dasselbe sein können, sondern getrennt werden müssen. Sie sehen vielleicht aus diesen beiden Beispielen, daß wir auch im Konkreten die Schlußfolgerungen des Professor Lerche teilen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Die letzte Zusatzfrage des Kollegen Otto, bitte.

Hans-Joachim Otto (FDP): Nachdem ich der Presse entnommen habe, daß die Ministerpräsidenten mit dem Herrn Bundeskanzler die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Entscheidung auf diesem Feld vereinbart haben, möchte ich Sie fragen, ob die Bundesregierung dafür Sorge tragen wird, daß die von Ihnen soeben geschilderte Rechtsauffassung bezüglich einer möglichst weitgehenden Distanz der neuen Einrichtung zu ARD und ZDF in den Verhandlungen auch konsequent verfolgt wird.

Eduard Lintner, Parl. Staatssekretär: Das ist einer der Beweggründe, warum wir uns noch nicht geeinigt und die Arbeitsgruppe eingerichtet haben.

(D)

Vizepräsident Helmuth Becker: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Wir sind damit am Ende der Fragen zum Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung. Zur Beantwortung steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig zur Verfügung.

Die Fragen 42 und 43 des Kollegen Josef Grünbeck, der nicht anwesend ist, werden nach der Geschäftsordnung behandelt, d. h. nicht beantwortet.

Wir kommen zur Frage 44 unserer Kollegin Gabriele Iwersen:

> Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Einzugsbereich der zwei Bundeswehr-Luftwaffenstandorte Wittmund und Upjever zur Sicherheit der Piloten wie auch der Zivilbevölkerung ein SAR-Hubschrauber stationiert bleiben muß, oder hat die Stellungnahme des Bundesministers für Verkehr, die noch aussteht, Vorrang vor den Notwendigkeiten der Bundeswehr?

Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Liebe Frau Kollegin, zur Erfüllung des Auftrags des SAR-Dienstes — Hilfeleistung für alle in Not geratene Luftfahrzeuge, Suche nach überfälligen oder abgestürzten Luftfahrzeugen, Rettung der Insassen — sowie zur Unterstützung der Streitkräfte für lebensrettende Maßnahmen sind SAR-Mittel **flächendeckend** so zu dislozieren, daß jeder Punkt unseres Landes innerhalb von 45 Minuten nach dem Start des SAR-Mittels erreicht werden kann.

(A) Im Zuge der Einigung und vor dem Hintergrund der Reduzierung der Bundeswehr ist eine neue Struktur des SAR-Dienstes unumgänglich. SAR-Kommandos, deren Bereiche durch benachbarte SAR-Mittel unter besonderer Berücksichtigung des Hauptauftrages abgedeckt werden können, sind für eine Verlegung in die neuen Länder vorgesehen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage der Frau Kollegin Iwersen? — Nein.

Ich rufe die Frage 45 unserer Kollegin Gabriele Iwersen auf:

> Mit welchen Mitteln will die Bundesregierung sicherstellen, daß sich der Luftrettungsdienst in Friesland auch bei einer ggf. notwendigen Verlegung des SAR-Hubschrauberkommandos Upjever nicht verschlechtern wird, wie dies der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Willy Wimmer, schriftlich versichert hat?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Der regionale Luftrettungsdienst als Ergänzung des bodengestützten Rettungsdienstes obliegt der **Verantwortung der Bundesländer.** Der für Friesland zuständige Rettungshubschrauber ist in Sanderbusch bei Wilhelmshaven stationiert und wird durch den Allgemeinen Deutschen Automobil Club betrieben. Im Rahmen der dringenden Nothilfe kann dieser zivile Rettungshubschrauber bei Bedarf auch künftig durch die überregionalen SAR-Hubschrauber aus Ahlhorn bei Oldenburg bzw. aus Borkum unterstützt werden. Beide Hubschrauber können Friesland spätestens nach 30 Minuten Flugzeit erreichen.

(B) Es bleibt festzustellen, daß der regionale SAR-Dienst des Bundes sowie der regionale zivile Luftrettungsdienst der Länder weltweit die höchste Dichte aufweisen. Im übrigen unterstützt die Bundeswehr anteilmäßig auch den zivilen Luftrettungsdienst, indem sie dauerhaft neun Rettungshubschrauber betreibt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Kollegin Iwersen, eine Zusatzfrage. Bitte sehr.

Gabriele Iwersen (SPD): Ich möchte gern von der Bundesregierung wissen, ob sie in der Einsatzmöglichkeit einen Unterschied zwischen den der Marine unterstellten Hubschraubern — das bezieht sich auf Borkum und Helgoland — und denen, die der Luftwaffe zugeordnet sind, sieht; denn die beiden Fahrzeuge haben unterschiedliche technische Ausrüstungen und stellen wohl auch unterschiedliche Werte dar. Die **Marinehubschrauber** sind wohl die höherwertigen. Dürfen sie auch zu Einsätzen an Land benutzt werden?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Sie dürfen gewiß, Frau Kollegin, auch zu Einsätzen an Land benutzt werden. Ich glaube, daß durch die Kombination dieser beiden Einsatzmöglichkeiten in etwa tatsächlich der Stand aufrechterhalten wird, der bisher gegeben ist. Ich bitte Sie aber um Verständnis dafür, daß wir eine gewisse Ausdünnung im Bereich der elf westlichen Bundesländer vornehmen müssen, um auch den fünf neuen Bundesländern gerecht werden zu können.

(C) **Vizepräsident Helmuth Becker:** Keine weitere Zusatzfrage.

Wir kommen zu den Fragen 46 und 47 unseres Kollegen Dr. Olaf Feldmann. Beide Fragen sollen schriftlich beantwortet werden. Das wird geschehen. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Auch die Fragen 48 und 49 der Frau Kollegin Ulrike Mehl sollen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Ich kann die Frage 50 unserer Frau Kollegin Dr. Christine Lucyga aufrufen:

> Hat vor dem Verkauf von Schiffen aus dem Bestand der ehemaligen NVA an Drittländer eine Demilitarisierung bzw. Umrüstung stattgefunden (wie gesetzlich gefordert), und wenn ja, auf welchen Werften?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, bei Verkäufen von Regierung zu Regierung ist eine **Demilitarisierung bzw. Umrüstung** der **Schiffe** gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es besteht die Möglichkeit, mit Zustimmung des Bundessicherheitsrates Kriegsschiffe in Nicht-NATO-Länder zu exportieren.

Bisher wurden fünf Minensuch- und -räumboote der Klasse Kondor II und zwei Schlepper an Uruguay verkauft. An die USA wurde ein Raketenboot Tarantul abgegeben. Bei der Tarantul erfolgte keine Demilitarisierung. Bei den Booten der Kondor-Klasse wurden lediglich die Waffen von der Bundesmarine ausgebaut. Dies ist eine sogenannte Teildemilitarisierung.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage der Kollegin Lucyga.

(D) **Dr. Christine Lucyga** (SPD): Welche Erlöse sind beim Verkauf dieser Waffensysteme erzielt worden? Ist überhaupt schon abschätzbar, welcher materielle Wert der NVA-Hinterlassenschaft noch vorhanden ist?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Es handelt sich offensichtlich um einen Erlös in Höhe von 3,1 Millionen DM, Frau Kollegin, für die beiden Kondor-Schiffe. Bei der Lieferung in die USA ist offensichtlich kein Erlös erzielt worden.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin Lucyga.

Dr. Christine Lucyga (SPD): Wohin fließen diese Mittel? Sind sie unter Umständen vorgesehen, um negative Konversionsfolgen in der betroffenen Region zu mildern, da es ja durchaus Volksvermögen ist, weil die Schiffe aus den ehemaligen DDR-Beständen kommen?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Dies ist in der Tat so, Frau Kollegin. Aber wir haben nicht die Möglichkeit, sie unmittelbar dem Einzelplan 14 zuzuleiten. Sie fließen vielmehr in das allgemeine Vermögen des Bundes und es wird im Rahmen der Haushaltsberatungen darüber verfügt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Weitere Zusatzfrage, Kollege Horst Jungmann.

(A) **Horst Jungmann** (Wittmoldt) (SPD): Herr Staatssekretär, könnten Sie deutlich machen, wie viele Schiffe von der Nationalen Volksmarine überhaupt übernommen worden sind und wie viele davon noch vorhanden sind und zum Verkauf stehen?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Das kann ich Ihnen gerne deutlich machen, Herr Kollege Jungmann. Aber das ist eine umfangreichere Arbeit, bei der ich einen Zusammenhang mit der ursprünglich gestellten Frage nicht zu erkennen vermag.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage, bitte sehr.

Jürgen Koppelin (FDP): Herr Staatssekretär, da es sich bei diesen Fragen auch um die Werften in Mecklenburg-Vorpommern handelt, darf ich Sie fragen: Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, Schiffe der Bundesmarine zur Instandsetzung zu den Werften in Mecklenburg-Vorpommern zu geben?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Selbstverständlich, Herr Kollege, bemühen wir uns darum, gerade hier in besonderer Weise die Auslastung der Werften sicherzustellen. Dies ist unser gemeinsames Anliegen. Ich fürchte nur, daß bei der Antwort auf die nächste Frage der Kollegin Lucyga deutlich werden wird, daß das bei der Demilitarisierung nicht im Bereich unserer Möglichkeiten liegt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Wir kommen zur Beantwortung der Frage 51 der Frau Kollegin Christine Lucyga:

(B)

> Wie sehen die Pläne der Bundesregierung hinsichtlich der Werften in Mecklenburg-Vorpommern bei der Auftragsvergabe zur Demilitarisierung oder Umrüstung bei weiteren Schiffsverkäufen aus NVA-Beständen aus?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, seitens der Bundeswehr werden keine Aufträge zur **Demilitarisierung** oder **Umrüstung von Schiffen** erteilt. Mit der Verwertung der Schiffe, die nicht von Regierung zu Regierung verkauft oder abgegeben werden können, ist die VEBEG GmbH in Frankfurt/Main beauftragt worden. Die VEBEG verkauft die Schiffe mit Demilitarisierungsauflage. Das heißt, der Käufer muß auf seine Kosten die Demilitarisierung unter Aufsicht der Bundeswehr durch eine zivile Werft vornehmen lassen. Es ist also ausschließlich eine Angelegenheit des Käufers, welcher Werft er den Auftrag erteilt. Die Bundeswehr und die VEBEG haben hier keine direkten Einflußmöglichkeiten.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage der Kollegin Lucyga, bitte.

Dr. Christine Lucyga (SPD): Sie sagten, weder Bundeswehr noch VEBEG hätten Möglichkeiten zum direkten Einfluß auf Abschlüsse für Aufträge zum Abwracken, Umrüsten usw. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf derartige Verkaufsvereinbarungen hinzuwirken?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, das sind praktisch die beiden Stellen, die entweder als Teil der Bundesregierung oder als von ihr Beauftragte solches tun könnten. Ich kann nun unterstreichen: Der Käufer hat zu demilitarisieren. Es gibt eine entsprechende Auflage. Wir überwachen, daß dies geschieht. Wohin er allerdings den Auftrag vergibt, liegt in der Entscheidung des Käufers. (C)

Vizepräsident Helmuth Becker: Die letzte Zusatzfrage der Kollegin Lucyga, bitte.

Dr. Christine Lucyga (SPD): Gibt es für den Verkauf weiterer Schiffe Vorstellungen, in welchem Maß umgerüstet werden soll? Oder gibt es auch schon Vorstellungen, in welchem Umfange abgewrackt wird?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Das würde ich Ihnen sehr gerne schriftlich beantworten, Frau Kollegin, damit das die notwendige Exaktheit haben kann.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Horst Jungmann.

Horst Jungmann (Wittmoldt) (SPD): Herr Präsident, ich möchte mich nicht in einen Disput mit Ihnen einlassen. Aber der Herr Staatssekretär hat bei der Antwort auf meine erste Zusatzfrage festgestellt, daß sie in keinem Zusammenhang mit der Frage stehe. Ich denke, das steht nur Ihnen, dem Präsidenten, zu.

Ich komme zu meiner Zusatzfrage: Herr Staatssekretär, wie viele Schiffe sind bisher auf Werften abgewrackt worden, die direkt von der VEBEG in die Abwrackung gegeben worden sind? Wie viele sind zur Abwrackung vorgesehen, weil sie nicht verkauft werden können?

(D) **Dr. Ottfried Hennig,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Jungmann, ich will Ihnen diese Frage gern schriftlich beantworten. Da hier nach der Demilitarisierung vor einem Verkauf gefragt worden ist, war für mich nicht absehbar, daß Sie eine so spezifische Frage heute stellen würden. Deswegen muß ich schriftlich antworten.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zur Geschäftslage. Ich habe den Zusammenhang mit der Frage nicht bezweifelt. Aber die Regierung ist völlig frei, zu antworten; davon hat der Herr Staatssekretär Gebrauch gemacht.

Nun kommen wir zu Frage 52 unseres Kollegen Reinhard Weis:

> Welchen Truppenübungsplätzen hat die Landesregierung von Sachsen-Anhalt in ihrer Antwort auf das Angebot des vorläufigen Truppenübungsplatzkonzeptes, das der Bundesminister der Verteidigung im September 1991 an die Ministerpräsidenten der Länder gerichtet hat, zugestimmt?

Bitte sehr.

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, es gibt kein Angebot des Bundesministers der Verteidigung an die Ministerpräsidenten der Länder in bezug auf ein **vorläufiges Truppenübungsplatzkonzept.**

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage, Herr Kollege Weis.

Reinhard Weis (Stendal) (SPD): Mir ist aber etwas dazu bekannt. Wie erklären Sie dann, daß das Land

Reinhard Weis (Stendal)

(A) Thüringen auf ein entsprechendes Angebot einen Brief geschrieben hat?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Ich könnte meine Antwort höchstens wiederholen, da es ein solches Angebot auch in Thüringen nicht gibt. Es gibt ein solches Angebot nirgendwo. Es gibt vielmehr Stationierungsentscheidungen, die auch Ihnen bekannt sind. In diesem Zusammenhang ist es möglich, daß man in Thüringen entsprechend vorstellig geworden ist. Zum Truppenübungsplatzkonzept gibt es Vorarbeiten in unserem Hause. Aber eine abschließende Entscheidung des Bundesministers ist nicht getroffen. Entsprechend sind noch keine generellen Briefe an die Ministerpräsidenten der Länder verschickt worden.

Vizepräsident Helmuth Becker: Nun eine Zusatzfrage des Kollegen Horst Jungmann.

Horst Jungmann (Wittmoldt) (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie uns mitteilen, wann das abschließende Konzept des Verteidigungsministeriums über die Truppenübungsplätze dem Parlament oder dem Verteidigungsausschuß vorgelegt wird?

Dr. Ottfried Hennig, Parl. Staatssekretär: Ich glaube, daß dies bald der Fall sein kann, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, Herr Kollege. Ich bitte Sie allerdings auch um Verständnis dafür, daß wir beispielsweise in diesen Wochen gelegentlich auch mit anderen Dingen beschäftig sind.

(Heiterkeit)

(B)

Vizepräsident Helmuth Becker: Wir sind damit am Ende der Beantwortung der Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung. Herr Staatssekretär, wir danken Ihnen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Zur Beantwortung steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Bernd Schmidbauer zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 73 des Kollegen Klaus Harries auf:

> Teilt die Bundesregierung die von der deutschen Industrie geltend gemachten Einwendungen gegen Pläne der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, betriebliche Umweltüberprüfungen mit einer Verordnung vorzuschreiben?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Herr Kollege Harries, die Einwände der deutschen Industrie gegen das Vorhaben der Europäischen Gemeinschaft sind der Bundesregierung bekannt. Auf Einladung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fand im September 1991 unter Beteiligung des Bundesministers für Wirtschaft auf Arbeitsebene ein Gespräch mit Vertretern des BDI, des DIHT und des VCI statt, in dem die Problematik der von der EG-Kommission geplanten Verordnung zur **ökologischen Betriebsprüfung** erörtert wurde.

Ein ähnliches Gespräch wurde auf Arbeitsebene mit Vertretern des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland und des Deutschen Naturschutzrings im (C) Bundesumweltministerium im Oktober geführt. Die Pläne der EG-Kommission wurden von allen Gesprächsteilnehmern sehr zurückhaltend beurteilt. Problematisch erscheinen vor allem der weite Anwendungsbereich der geplanten Verordnung, das Fehlen hinreichend bestimmter Bewertungsmaßstäbe für die Beurteilung einer umweltgerechten Betriebsführung und die Pflicht der Mitgliedsstaaten, ein aufwendiges Verwaltungs- und Regelungssystem zur Erfüllung der EG-Anforderungen bereitzustellen. Ferner scheint es wünschenswert, die Eigenverantwortung der Wirtschaft bei der Durchführung ökologischer Betriebsprüfungen zu stärken.

Demgegenüber sieht die Bundesregierung in einem freiwilligen, sachgemäß durchgeführten „environmental audit" ein wichtiges Instrument für eine umweltgerechte Unternehmensführung.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Harries, Zusatzfrage.

Klaus Harries (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, sehen Sie Chancen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Verbund mit anderen EG-Mächten den Erlaß dieser Verordnung verhindern kann?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Herr Abgeordneter, darf ich die Antwort auf Ihre Zusatzfrage mit der Beantwortung Ihrer Frage 74 verbinden?

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Gern!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich rufe dazu die Frage 74 des Abgeordneten Harries auf:

> Ist die Bundesregierung bereit, bei einer solchen Verordnung als notwendig erkannte Verbesserungen anzuregen und durchzusetzen?

(D)

Bitte, Herr Staatssekretär.

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Die Vertreter der Bundesregierung haben in den Expertensitzungen der EG-Kommission die Bedenken gegen die geplante Verordnung mitgeteilt. Wir sind also vorstellig geworden. Der Bundesumweltminister hat ferner mit Schreiben vom 23. Juli 1991 an die Kommission erneut auf diese Bedenken hingewiesen. Um der EG-Kommission alternative Vorstellungen unterbreiten zu können, hat der Bundesumweltminister die Vertreter der Wirtschaftsverbände weiterhin um konkrete Vorschläge zur Verbesserung der geplanten Verordnung gebeten. Diese Vorschläge stehen noch aus. Im übrigen ist es das Ziel der Bundesregierung, die von ihr als notwendig erkannten Verbesserungen in Brüssel durchzusetzen. Wir werden dieser Verordnung so lange nicht zustimmen, so lange in dieser Richtung nicht zielführend weitergearbeitet wird.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Harries.

Klaus Harries (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, könnten Sie kurz mitteilen, welche Industrie- und Wirtschaftsbereiche — unter Umständen auch mittelständische Wirtschaftsbereiche — durch die geplante Verordnung belastet und betroffen werden?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Das werden all die Bereiche sein, die nicht das technische

Parl. Staatssekretär Bernd Schmidbauer

(A) Know-how und die „manpower" haben, um solche Dinge zu realisieren. Es wird ein hoher betrieblicher Aufwand stattfinden müssen, der nach unserer Meinung in keinem Verhältnis zum Ergebnis steht, wenn es nicht gelingt, zu freiwilligen Maßnahmen, zu Kooperationen mit diesen Wirtschaftsbereichen zu kommen, was besonders für die von Ihnen erwähnten Kreise wesentlich effizienter wäre, als eine eigenständige Bürokratie aufzubauen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter?

Klaus Harries (CDU/CSU): Nein. Ich bedanke mich.

Vizepräsident Helmuth Becker: Wir kommen zur Frage 75 unserer Frau Kollegin Dr. Margit Wetzel. Sie hat um schriftliche Beantwortung gebeten. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Somit kann ich die Frage Nr. 76 unseres Kollegen Dietmar Schütz aufrufen.

— Der Fragesteller ist nicht mehr anwesend. Darum wird die Frage 76 nach der Geschäftsordnung behandelt, das heißt, sie wird nicht beantwortet.

Wir kommen zur Frage 77 des Kollegen Wolfgang Meckelburg. Er hat um schriftliche Beantwortung gebeten. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Ich kann die Frage 78 unseres Kollegen Otto Schily aufrufen:

> Sind von dem ehemaligen hessischen Umweltminister Weimar die Akten über die 5. Teilgenehmigung für eine neue verbunkerte Anlage der Firma Siemens Brennelementewerk (ehemals Alkem) in Hanau mit Wissen oder Willen der Bundesregierung der vorgenannten Firma in Hanau überlassen worden?

(B) Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Ich darf diese Frage mit Nein beantworten. Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 2. November 1991 außerhalb des bundesaufsichtlichen Behördenverkehrs erstmals Kenntnis davon erhalten, daß Ende 1990 **Akten der Genehmigungsbehörde** ausgelagert worden sein sollen. Mit Schreiben vom 6. November 1991 wurde der **Hessische Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten** um Bericht zu diesem Vorgang und um Bewertung gebeten. Der Bericht wurde am 8. November 1991 übermittelt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Schily.

Otto Schily (SPD): Welche Konsequenzen ergeben sich für die Amtsführung der Bundesregierung aus der Aktenauslagerung, Herr Staatssekretär?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Aus der Sicht der Bundesregierung ist zunächst der Sachverhalt aufzuklären. Die bisherige Sachverhaltsaufklärung gestattet es nach unserer Auffassung noch nicht, Schlußfolgerungen aus dieser Angelegenheit zu ziehen. Wir haben weitere Fragen an die Hessische Landesregierung geschickt. Wir warten auf die Antwort zu diesen weiteren offenen Fragen, und zwar im Anschluß an ein bundesaufsichtliches Gespräch, das zu (C) diesem Punkt in Wiesbaden stattgefunden hat.

Vizepräsident Helmuth Becker: Die zweite Zusatzfrage des Kollegen Schily.

Otto Schily (SPD): Falls sich bestätigen sollte, Herr Staatssekretär, daß diese Akten ausgelagert worden sind, wie man ja in der Presse nachlesen kann, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Schily, ich sagte eben — das macht das Problem aus —, daß die Bundesregierung in vielen Fällen erst spät unterrichtet wurde, daß sie nicht ausführlich unterrichtet wurde, daß der Sachverhalt nicht so rasch von der hessischen Seite realisiert wird und daß wir deshalb heute noch zu keinerlei Bewertung kommen können.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage des Kollegen Harries.

Klaus Harries (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, hat die Bundesregierung Veranlassung, anzunehmen, daß der TÜV Bayern seine fachgutachtliche Stellungnahme auf der Grundlage lückenhafter Antragsunterlagen abgegeben hat und daß auch der hessische Umweltminister bei Erteilung seiner fünften Genehmigung auf der Grundlage unvollständiger Antragsunterlagen entschieden hat?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Wir warten noch, Herr Kollege Harries. Ich kann wieder nur (D) dieselbe Antwort geben. Wir wissen, daß die entsprechenden Akten sichergestellt wurden, und wir gehen davon aus, daß wir in den nächsten Tagen die notwendige Aufklärung bekommen. Es ist aber abzusehen, daß ein weiteres bundesaufsichtliches Gespräch stattfinden wird, wo wir genau diese Fragen stellen werden, um zu einer Bewertung der Angelegenheit kommen zu können.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage; bitte, Herr Kollege Singer.

Johannes Singer (SPD): Herr Staatssekretär, können Sie uns mitteilen, welche Fragen die Bundesregierung in diesem Zusammenhang dem hessischen Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit gestellt hat?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Das könnte ich, wenn ich das Schreiben sofort aus meinen Akten entnehmen kann. Ich biete Ihnen aber an, Ihnen dieses Schreiben im Anschluß zur Einsicht zu geben.

Vizepräsident Helmuth Becker: Wir kommen zur Beantwortung der Frage 79 des Kollegen Otto Schily:

> Ist der Bundesregierung der Geheimvertrag zwischen der Firma Siemens und den Kraftwerkbetreibern vom Januar 1988 „über die Erhaltung und Nutzung der Fertigungsmöglichkeiten für Mischoxid-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren in der Bundesrepublik" bekannt, und wie beurteilt sie diesen?

Bitte, Herr Staatssekretär.

(A)

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Schily, die Bundesregierung ist nur allgemein darüber unterrichtet, daß die Firma **Siemens** und die Kernkraftwerksbetreiber einen **Rahmenvertrag über die Fertigung von MOX-Brennelementen im Werk Hanau** abgeschlossen haben. Der Vertrag ist ihr im einzelnen nicht bekannt und liegt ihr nicht vor.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage des Kollegen Schily.

Otto Schily (SPD): Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Inhalt dieses Vertrages kennenzulernen?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Ich denke, die Bundesregierung könnte Möglichkeiten haben, solche Verträge einzusehen. Die Frage ist nur, welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Für uns ergeben sich mit Sicherheit keine sicherheitstechnischen Konsequenzen, weil es sich bei solchen Verträgen um privatrechtliche Verträge zwischen den entsprechenden Unternehmungen handelt und wir aus unserer Sicht nur ein Interesse haben, von Dingen Kenntnis zu nehmen, die sicherheitstechnische Relevanz haben.

Vizepräsident Helmuth Becker: Die letzte Zusatzfrage des Kollegen Schily, bitte.

Otto Schily (SPD): Herr Staatssekretär, natürlich ist es immer ein bißchen schwierig, wenn Fragen einem bestimmten Ressort zugeordnet werden und übergreifende Fragen — das Atomgesetz beschäftigt sich auch mit anderen Förderungsmaßnahmen — vielleicht außen vor bleiben. Aber ich möchte Ihnen doch die Frage stellen: Hat die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung, die verbunkerte Anlage der Firma Siemens in Hanau mit 40 Millionen DM mitzufinanzieren, die Kalkulation der Firma Siemens, deren wichtiges Element der genannte Geheimvertrag ist, berücksichtigt?

(B)

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Da Sie zu Recht auf die Ressortzuständigkeit hingewiesen haben, möchte ich dem Ressort, das betroffen ist, nicht vorgreifen und bitte Sie, bei diesem Ressort die entsprechende Stellungnahme einzuholen.

Ich hatte aber vorhin bei meiner Antwort darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung nur allgemein darüber unterrichtet ist. Ich habe nicht nur auf unser Ressort abgehoben.

(Otto Schily [SPD]: Dem sollten Sie abhelfen!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Wir kommen zur Beantwortung der letzten Frage aus diesem Geschäftsbereich, der Frage 80 der Frau Kollegin Susanne Kastner:

> Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung der Trinkwasserversorgung von Berlin durch die Stillegung der Grubenwasserförderung im Braunkohletagebau rund um Cottbus, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um eine Verunreinigung des Grundwassers bei der Auffüllung von Tagebaugruben mit belastetem Oberflächenwasser zu verhindern?

Bitte, Herr Staatssekretär.

(C)

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin Kastner, die Sicherstellung der Wasserversorgung ist im Hinblick auf die Daseinsvorsorge Aufgabe des einzelnen Bundeslandes. Ich hatte in diesem Zusammenhang bei ähnlichen Fragen schon generell darauf hingewiesen. In Kenntnis der zu erwartenden Änderungen im regionalen Wasserhaushalt erstellen daher die Länder Brandenburg und Berlin zur Zeit einen umfassenden wasserwirtschaftlichen Rahmenplan, der die Wasserversorgung Berlins und umliegender Kreise sicherstellen soll.

Auf Grund günstiger hydrogeologischer Bedingungen deckt Berlin seinen Trinkwasserbedarf aus Grundwasser, wobei wasserwirtschaftliche Stützungsmaßnahmen wie die Grundwasseranreicherung unter Nutzung von Oberflächenwasser aus Havel und Spree zur Anwendung kommen.

Nach Angaben der Berliner Senatsverwaltung ist eine akute **Gefährdung der Trinkwasserversorgung Berlins** infolge einer rückläufigen Tagebauentwicklung nicht gegeben. Wir könnten uns nach der Aktenlage dieser Auffassung in etwa anschließen.

Die Einleitung von Oberflächenwasser zur Auffüllung der Tagebaurestlöcher stellt nach Wasserhaushaltsgesetz eine Gewässerbenutzung dar und ist somit erlaubnispflichtig. Es ist also eine Erlaubnis notwendig, um das zu tun. Eine Erlaubnis für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser darf nur erteilt werden, wenn eine schädliche Verunreinigung oder eine sonstige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind. Die Prüfung und Entscheidung, ob diese Voraussetzung vorliegt, obliegt den zuständigen Wasserbehörden der Länder.

(D)

Vizepräsident Helmuth Becker: Zusatzfrage der Frau Kollegin Kastner, bitte.

Susanne Kastner (SPD): Herr Staatssekretär, ich will unsere Diskussion darüber, wer hier Kompetenzen wofür hat, nicht fortsetzen. Aber wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung auch von Wissenschaftlern, daß es in den nächsten 10 bis 15 Jahren durchaus zu Engpässen in der Trinkwasserversorgung in diesem Bereich kommen kann?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, ich sagte, daß wir uns hier selbstverständlich nicht nur um diese Fragen kümmern müssen, sondern daß wir uns auch ernsthaft Gedanken darüber machen müssen, welche Einflüsse in Zukunft bestehen, um diese Trinkwasserversorgung aufrechtzuerhalten. Alle Auskünfte, die wir haben, sagen das, was ich zur ersten Frage ausgeführt habe.

Darüber hinaus gibt es entsprechende Untersuchungen, Workshops usw., die Einflüsse auf diese Situation geprüft haben. Ich darf dazu auf diesen Punkt in dem Thesenpapier „Braunkohlentagebau, Grundwasserbeeinflussung und ihre Folgen" hinweisen, der ja auch in Ihrer Frage steckt.

Ich teile Ihre Besorgnis, daß dies geklärt werden muß. Daraus erklärt sich meine Äußerung bei der Beantwortung dieser Frage.

Ich bin aber wie Sie der Meinung, daß dies nicht der Stand für die Zukunft sein kann, sondern daß diese Überprüfungen im Zusammenhang mit der Grund-

Parl. Staatssekretär Bernd Schmidbauer

(A) wasserqualitätssicherung auch in den neuen Bundesländern weiter erfolgen müssen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Noch eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Kastner.

Susanne Kastner (SPD): Herr Staatssekretär, zum ersten Teil der Antwort frage ich Sie: Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, sich an diesen Maßnahmen zu beteiligen?

Bernd Schmidbauer, Parl. Staatssekretär: Wir beteiligen uns an diesen Maßnahmen, indem wir über unser Umweltbundesamt z. B. diese Untersuchungen finanzieren, solche Untersuchungen über die Grundwassersituation durchführen und wasserwirtschaftliche Regie, besonders in dem belasteten Braunkohlebereich, mit realisieren. Ich wies darauf schon kurz hin. Wir werden auch in Zukunft mit Grundlagenforschung bzw. mit Untersuchungen in diesem Bereich den Ländern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Parlamentarischer Staatssekretär Schmidbauer, herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Wir sind am Ende der Fragen aus diesem Geschäftsbereich.

Wir kommen zum letzten Geschäftsbereich, dem Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation. Zur Beantwortung der Fragen steht uns Herr Parlamentarischer Staatssekretär Wilhelm Rawe zur Verfügung.

(B) Ich möchte vorher darauf hinweisen, daß die Fragen 83 und 84 des Abgeordneten Wieland Sorge schriftlich beantwortet werden sollen. Dasselbe gilt für die Fragen 85 und 86 des Kollegen Hans-Günther Toetemeyer. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Die Frage 87 des Kollegen Hans Wallow wird nicht beantwortet, weil sie zurückgezogen worden ist.

Es bleiben die beiden Fragen unseres Kollegen Gerd Andres übrig. Ich rufe die Frage 81 des Abgeordneten Gerd Andres auf:

> Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie sich die Abspaltung der Dienstleistungsbereiche in wirtschaftlich eigenständige Einheiten, sowie der Aufbau des neuen Fernmelde-Dienstleistungsunternehmens „TELEKOM Service 2000" auf die bestehenden Verwaltungseinheiten der Deutschen Bundespost, wie die Oberpostdirektionen auswirkt?

Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Wilhelm Rawe, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Post und Telekommunikation: Herr Präsident, wenn der Kollege Andres einverstanden ist, würde ich gern die Frage 82 des Sachinhalts wegen gleich mitbeantworten.

Vizepräsident Helmuth Becker: Der Kollege ist einverstanden. Ich rufe die Frage 82 des Abgeordneten Gerd Andres mit auf:

> Wie viele der 70 000 Arbeitsplätze sind nach Kenntnisstand der Bundesregierung im Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Bundespost im Großraum Hannover von den Umstrukturierungsplänen betroffen, die einem internen Strategiepapier der Deutschen Bundespost zufolge durch Umstrukturierungen bis 1996 bundesweit eingespart werden sollen, und wie wirken sich diese Personalmaßnahmen auf bestehende Posteinrichtungen aus?

(C)

Wilhelm Rawe, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Andres, bei der Deutschen Bundespost TELEKOM gibt es derzeit keine Entscheidungen über die Abspaltung von Dienstleistungsbereichen in wirtschaftlich eigenständige Einheiten.

Der Begriff **„Telekom-Service 2000"** beschreibt eine Änderung im organisatorischen Bereich der Fernmeldeämter zur Verbesserung der Serviceleistungen in kundenorientierter und wirtschaftlicher Hinsicht. „Telekom-Service 2000" ist deshalb kein Dienstleistungsunternehmen.

Das „Telekom-Service 2000"-Konzept wirkt sich somit auch nicht auf die bestehende Verwaltungseinheit der Oberpostdirektionen aus.

Zur Zeit werden zur Sicherung der Marktposition und zur Verbesserung der Ertragskraft der Deutschen Bundespost POSTDIENST für die drei Teilbereiche Brief-, Schalter- und Frachtdienst und für den künftigen organisatorischen Aufbau **neue Konzepte** erarbeitet. Das Frachtkonzept wurde im Frühjahr dieses Jahres vom Vorstand der Deutschen Bundespost POSTDIENST verabschiedet und der Presse vorgestellt.

Im Rahmen des Frachtkonzeptes ist in Hannover ein Frachtzentrum geplant. Die Planungen sind jedoch noch nicht soweit fortgeschritten, daß über die personellen Auswirkungen im einzelnen Aussagen getroffen werden können.

(D) Die Konzepte für den Brief- und Schalterdienst sind noch nicht fertiggestellt; zum Teil bedürfen sie auch noch einer endgültigen Abstimmung mit der Deutschen Bundespost TELEKOM und der Deutschen Bundespost POSTBANK.

Somit ist eine Bezifferung der personellen Auswirkungen nicht möglich. Generell ist festzuhalten, daß die neuen Konzepte sozialverträglich umgesetzt werden sollen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Staatssekretär, vielen Dank.

Ich möchte aber Sie, die Sie jetzt in den Saal gekommen sind, bitten, Platz zu nehmen und vor allem keine Gespräche hier unmittelbar vor dem Podium zu führen. Wir haben noch eine kurze Weile Fragen zu beantworten. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Zu einer Zusatzfrage hat der Kollege Andres das Wort.

Gerd Andres (SPD): Herr Staatssekretär, es gibt keine Entscheidungen, aber es gibt Planungen. Mir liegt eine Stellungnahme der Deutschen Postgewerkschaft für den Bereich Hannover/Braunschweig vor, der zu entnehmen ist, daß durch die Abspaltung der Dienstleistungsbereiche in wirtschaftlich selbständige Einheiten — sogenannte Profit Center — die bestehenden Verwaltungseinheiten teilweise aufgelöst werden. Nach der Stellungnahme der Deutschen Postgewerkschaft werden für die Oberpostdirektion Hannover die Hälfte der rund 1 000 Arbeitsplätze da-

Gerd Andres

(A) von betroffen sein. Wie beurteilt die Bundesregierung dies?

Wilhelm Rave, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich kann nicht Besorgnisse, die Ihnen ein Tarifpartner eines dieser Unternehmen vorträgt, beurteilen; das ist nicht meine Zuständigkeit. Ich kann Ihnen nur vortragen, wonach Sie gefragt haben. Entscheidungen sind in dem Rahmen nicht gefallen. Das Konzept „Service 2 000", von dem Sie gesprochen haben, wird nicht zu einer Abspaltung in der von Ihnen befürchteten Form führen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Andres.

Gerd Andres (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben geantwortet, daß die möglichen **Personaleinsparungen** sozial verträglich gestaltet würden. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang Entscheidungen im Bereich der Deutschen Bundespost, im Versorgungsgebiet Ost Personal nicht zu übernehmen, dafür Personal aus dem Versorgungsgebiet West nach Ost zu versetzen — zunächst noch auf freiwilliger Basis — und dadurch entstehende Personalengpässe durch den Einsatz von Arbeitnehmern mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen aufzufüllen? Insbesondere im Bereich der grenznahen Postämter gibt es diese Praxis seit etwa 14 Tagen. Gehört dies mit zum Konzept einer sozial verträglichen Abwicklung von Personalmaßnahmen?

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Andres, die Fragen sollen kurz sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. (B)

Herr Staatssekretär, bitte.

Wilhelm Rave, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Andres, ich kenne diese Verfügung nicht. Sie ist eine selbständige Verfügung des jeweiligen Unternehmens, wie Sie wissen. Aber ich bin gerne bereit, dem nachzugehen. Ich denke, danach sollten wir uns austauschen; hier wird es in der Tat ein bißchen zu unruhig. Wenn Sie mit diesem Angebot einverstanden wären, wäre ich Ihnen dankbar.

Vizepräsident Helmuth Becker: Noch eine Zusatzfrage des Kollegen Andres.

Gerd Andres (SPD): Herr Staatssekretär, nach einer Entscheidung des Haushaltsausschusses werden im Bereich der **Telekom** — das gehört unmittelbar dazu — im nächsten Jahr **4 000 Arbeitsplätze eingespart.** Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Entscheidung, in bestimmten Bereichen ausgebildete Fernmeldetechniker, die im nächsten Jahr fertig sind — es würde sich für den Bereich der Oberpostdirektion Braunschweig/Hannover um etwa 300 bis 400 Fachkräfte handeln —, nicht ihrem Beruf entsprechend zu beschäftigen?

Wilhelm Rave, Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, da müssen Sie einem Irrtum unterlegen sein, denn der Haushaltsausschuß dieses Hohen Hauses entscheidet nicht über die Haushalte der Unternehmen der Deutschen Bundespost.

Vizepräsident Helmuth Becker: Noch eine kurze und letzte Zusatzfrage des Kollegen Andres, bitte. (C)

Gerd Andres (SPD): Der Aufsichtsrat der Telekom hat entsprechend entschieden. Wie beurteilen Sie dieses?

Wilhelm Rave, Parl. Staatssekretär: Der Aufsichtsrat der Telekom ist in seinen Entscheidungen frei und muß sich nach wirtschaftlichen Grundsätzen richten, damit er ein wirtschaftlich gesundes Ergebnis erzielt. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, daß er kraft Gesetzes die Auflage hat, solche Umsetzungen sozial verträglich zu gestalten, d. h. es werden entsprechende Sozialpläne erstellt und mit den zuständigen Vertretungen ausgehandelt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Beantwortung der Fragen unter schwierigen Bedingungen.

Wir sind damit am Ende der Fragestunde.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, Platz zu nehmen; denn wir wollen im Zusammenhang mit dem nächsten Tagesordnungspunkt zur Abstimmung kommen. Aber vor der Abstimmung werden noch Erklärungen abgegeben. Sie werden diese nur zur Kenntnis nehmen können, wenn Sie auch zuhören.

Ich rufe nun den Zusatzpunkt 14 der Tagesordnung auf:

Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU und der FDP (D)

Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Zweite Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

— Drucksache 12/1696 —

Dazu werden Erklärungen abgegeben und zwar zunächst von unserem Kollegen Wolfgang Vogt. Bitte sehr, Herr Kollege Vogt.

Wolfgang Vogt (Düren) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. November 1991 ausführlich, sachlich und überzeugend dargestellt, warum wir dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zustimmen. Wir können uns deshalb die Wiederholung dieser Argumente ersparen.

Ich bitte darum, daß der Einspruch des Bundesrates gegen die Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zurückgewiesen wird; denn an unserer sachlichen und überzeugenden Begründung

(Detlev von Larcher [SPD]: Von wegen „überzeugend"!)

des Beschlusses des Vermittlungsausschusses hat sich nichts geändert.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich rufe als nächsten Redner unseren Kollegen Rudolf Dreßler auf.

Rudolf Dreßler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesrat hat in seiner 637. Sitzung am 29. November 1991 mit der Mehrheit seiner

Rudolf Dreßler

(A) Stimmen beschlossen, gegen das vom Deutschen Bundestag am 27. November 1991 verabschiedete Gesetz gemäß Art. 77 Abs. 3 des Grundgesetzes Einspruch einzulegen.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Einspruch des Bundesrates ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Wegen der überzeugenden Darstellung will ich die drei entscheidenden Punkte wiederholen, damit das nicht untergeht. Es geht erstens um die Verlängerung des einheitlichen Beitragssatzes von 12,8 % in der Krankenversicherung der ostdeutschen Bundesländer.

Es geht zweitens um die verbindliche Gestaltung der Planung des Einsatzes von medizintechnischen Großgeräten sowie um die Verbesserung der Mitwirkung von Krankenkassen, kassenärztlichen Vereinigungen und Bundesländern bei dieser Planung.

Es geht drittens — das ist besonders wichtig — um die Vermeidung der drastischen Erhöhung der **Arzneimittelzuzahlung** durch die Patienten auf 15 %, höchstens 10 DM pro Medikament.

Ich möchte das Hohe Haus daran erinnen, daß alle Mitglieder des Bundesrates — bis auf zwei CDU-regierte Länder — den Vermittlungsausschuß angerufen haben. Das macht das Einspruchsbegehren des Bundesrates deutlich.

Nachdem der Vermittlungsausschuß das Gesetz, das der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen hat, mit der Mehrheit der

(B) Stimmen der CDU/CSU und der FDP erneut bestätigt und der Bundesrat jetzt Einspruch eingelegt hat, haben wir heute die letzte Chance, die unsoziale Erhöhung der Medikamentenpreise zu verhindern.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE — Widerspruch bei der CDU/CSU)

Deshalb bitte ich Sie für die SPD-Fraktion, dem Begehren des Bundesrates zuzustimmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Machen wir doch nicht!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Das Wort hat jetzt der Kollege Dieter Thomae.

Dr. Dieter Thomae (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesrat hat am 29. November 1991 Einspruch gegen dieses Gesetz erhoben. Wenn wir diesem Einspruch folgten, würde das bedeuten: Ab 1. Januar 1992 würde eine 15%ige Zuzahlung erfolgen, und eine Ausweitung der Leistungen im Bereich der Schwerpflegebedürftigen, der Härtefallregelung beim Zahnersatz sowie sozialpädiatrischer Leistungen und der Leistungen für Kinder im Pflegefall würde nicht vorgenommen.

Die FDP hat es sich bei dieser Entscheidung nicht leichtgemacht. Denn wir verzichten eine gewisse Zeit auf ein Steuerungselement und ein Finanzierungsinstrument. Andererseits sind wir froh, daß sich die Koalition zur **Zuzahlung** im **Arzneimittelbereich** bekannt hat.

(C) Aus diesem Grunde bitten wir, das Votum des Bundesrates zurückzuweisen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Vor der Abstimmung hat nun noch Frau Dr. Ursula Fischer das Wort.

Dr. Ursula Fischer (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir lehnen den Antrag der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion natürlich ab.

(Zuruf von der CDU/CSU: Natürlich!)

Wir müssen feststellen, daß diesmal der Bundesrat versucht hat, mit seinem Einspruch zu verhindern, daß den fünf neuen Bundesländern wieder einmal in ihre Kassen gegriffen wird.

Es geht darum, zu garantieren, daß die von den ehemaligen DDR-Bürgern z. B. auch gezahlten Beiträge zur Sozialversicherung endgültig den gesetzlichen Krankenversicherungen auf unserem Territorium zur Verfügung gestellt werden. Wir hatten einen diesbezüglichen Antrag gestellt.

Wir verstehen die Bemühungen der Koalition sehr wohl, die mittlerweile in Milliardenhöhe avisierten Löcher der Krankenkassen zu finanzieren. Aber man könnte die Sache auch einmal andersherum betrachten: ob sich nicht gerade durch die Überschüsse oder durch bestimmte Maßnahmen, die der Bundesrat vorgeschlagen hat, in den ostdeutschen Krankenkassen besondere Möglichkeiten ergeben würden, um dort

(D) die Beiträge in den nächsten Jahren nicht nur stabil zu halten, sondern zu senken, wobei sogar noch die Lohnnebenkosten der Unternehmer gesenkt werden könnten. Das wäre für uns ein echter Beitrag zum Aufschwung Ost.

Ich verstehe überhaupt nicht, daß auch der Name der FDP unter diesem Antrag erscheint.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch.

Nach Art. 77 Abs. 4 des Grundgesetzes ist für die Zurückweisung des Einspruches des Bundesrates die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erforderlich. Das sind 332 Stimmen.

Die Fraktion der CDU/CSU hat eine namentliche Abstimmung über den Antrag auf Zurückweisung des Einspruchs — Drucksache 12/1696 — verlangt.

Ich eröffne die Abstimmung. —

Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimmkarten abgegeben? Hatten insbesondere die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses schon Gelegenheit, hierher zu kommen?

(Zurufe: Nein!)

— Wir warten. —

Vizepräsident Helmuth Becker

(A) Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal, nachdem wir über zehn Minuten gewartet haben: Kann ich den Abstimmungsvorgang jetzt schließen? — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich gehe davon aus, daß wir die Beratungen fortsetzen können und das Ergebnis der namentlichen Abstimmung später mitteilen. *)

Ich rufe Punkt 9 a bis g und die Zusatzpunkte 11 bis 13 der Tagesordnung auf:

9. a) **Vereinbarte Debatte zur Europapolitik**

b) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines ... **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 24 Abs. 1 GG)**

— Drucksache 12/549 —

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuß (federführend)
Innenausschuß
EG-Ausschuß

c) Beratung der Unterrichtung durch die Delegation der Gruppe der Bundesrepublik Deutschland in der Interparlamentarischen Union

über die VII. Interparlamentarische Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit in Wien vom 1. bis 3. Juli 1991

— Drucksache 12/1126 —

Überweisungsvorschlag:
(B) Auswärtiger Ausschuß (federführend)
Verteidigungsausschuß

d) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zu der Verstärkung der Befugnisse des Parlaments im Bereich der Haushaltskontrolle im Rahmen der Strategie des Parlaments im Hinblick auf die Europäische Union

— Drucksachen 11/8541, 12/1295 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Karl Diller
Dr. Conrad Schroeder (Freiburg)

e) Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Regierungskonferenz über die Politische Union

— Drucksache 12/1364 —

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuß
Rechtsausschuß
(Federführung strittig)
Ausschuß für Wirtschaft
Verteidigungsausschuß
EG-Ausschuß

f) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

(C) **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 77/91/EWG über die Gründung der Aktiengesellschaft sowie die Erhaltung und Änderung ihres Kapitals**

— Drucksachen 12/187 Nr. 2.1, 12/1463 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Joachim Gres
Ludwig Stiegler

g) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr (16. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Entwicklung der gemeinsamen Verkehrspolitik im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes

— Drucksachen 12/49, 12/1592 —

Berichterstattung:
Abgeordneter Rainer Haungs

ZP11 Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zum Ablauf der Regierungskonferenz zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

— Drucksache 12/1615 —

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuß
EG-Ausschuß
Verteidigungsausschuß

ZP12 Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament (D)

Entschließung zum Vorschlag der niederländischen Ratspräsidentschaft an die Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion

— Drucksache 12/1616 —

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuß (federführend)
EG-Ausschuß (1. mb)
Auswärtiger Ausschuß
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Haushaltsausschuß

ZP13 Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Verstärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments im Bereich der Haushaltskontrolle im Rahmen der Strategie des Parlaments im Hinblick auf die Europäische Union

— Drucksache 12/1614 —

Überweisungsvorschlag:
EG-Ausschuß (federführend)
Ausschuß für Wahlprüfung,
Immunität und Geschäftsordnung
Auswärtiger Ausschuß
Rechtsausschuß
Haushaltsausschuß

Zur vereinbarten Debatte liegt ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP vor. Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die gemeinsame Aussprache $2^1/_2$ Stunden vorgese-

*) Seite 5429 D

Vizepräsident Helmuth Becker

(A) hen. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich erteile als erstem das Wort dem Herrn Bundesminister der Finanzen, Dr. Theo Waigel.

Dr. Theodor Waigel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschafts- und Währungsunion ist nach intensiver Vorbereitung weit vorangekommen. Wir haben zuletzt in zweitägigen Verhandlungen am Montag und Dienstag in Brüssel wichtige Vereinbarungen treffen können. Diese Verhandlungen waren für uns ein großer Erfolg. Es ist uns gelungen, deutsche Positionen in entscheidenden Punkten durchzusetzen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie sich jetzt abzeichnet, wird für Deutschland und seine europäischen Partner erhebliche Vorteile bringen. Wir schaffen den gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum. Zugleich sichern wir Stabilität und Freizügigkeit, die entscheidenden Wachstumsfaktoren in Deutschland für den großen europäischen Markt.

Weil das nicht nur etwas ist, was ökonomisch gesehen wird, sondern etwas, was auch psychologisch für die Menschen eine ganz große Rolle spielt — das kann man heute auch den Überschriften der Zeitungen entnehmen —, will ich dazu eines klar sagen: Wir haben die **D-Mark** nicht geopfert, und wir haben sie auch nicht an Europa verschenkt. Die D-Mark ist und bleibt das **Symbol deutscher Stabilitätspolitik.**

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie ist der Garant unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands.

Wir bringen unsere Währung in eine Gemeinschaft ein, in der Stabilität ebenso gesichert ist wie in Deutschland. Wir — das ist für die anderen eine harte Aufgabe — fordern die Anpassung unserer Partner. Sie müssen ihre eigenen Währungen zunächst härten. Erst dann kann der **Währungsverbund** in Kraft treten. Auch wir müssen uns noch anstrengen, um 1996 die Ziele zu erreichen.

(Dr. Norbert Wieczorek [SPD]: So ist es!)

— Natürlich. — Wir haben ein Konvergenzprogramm vorgelegt für uns und auch als Beispiel für andere. Ich bin ganz sicher — ich nehme jede Wette von Ihnen an —, daß wir die **Konvergenzziele** im Jahre **1996** erreicht haben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine europäische Weichwährung kann und wird es mit uns nicht geben. Die künftige europäische Währung muß mit dem gleichen Vertrauen starten, das die D-Mark als zweitwichtigste internationale Reservewährung genießt.

Die verantwortliche Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion im Kreis der europäischen Finanz- und Wirtschaftsminister hat sich als richtig erwiesen. Die Finanzminister werden Anfang kommender Woche in Maastricht ihre Erfahrungen einbringen, wenn es um die Klärung der wenigen noch offenen Punkte geht.

(C) Meine Damen und Herren, weil wir zu Hause Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgreich gestalten, war der Boden für die Einigung über strikte **Stabilitätskriterien** vorbereitet. Das Symbol der harten D-Mark ist zur Leitlinie für Europa geworden. Es gibt heute — das finde ich großartig — einen Wettlauf um die niedrigsten **Inflationsraten** in Europa. Die Verringerung der **Haushaltsdefizite** ist zum entscheidenden und vorrangigen Ziel der Finanzpolitik geworden. Die Abwertung der eigenen Währung gilt heute als Makel. Vor wenigen Jahren wurden entsprechende Maßnahmen noch als Mittel der Konjunkturstärkung empfohlen. Vor allem ist das Modell der unabhängigen **Deutschen Bundesbank** Vorbild für die Europäische Zentralbank geworden.

Die künftige **Europäische Zentralbank** wird in völliger Unabhängigkeit entscheiden können.

(Dr. Karl-Heinz Hornhues [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Ihr Statut ist mit demjenigen der Bundesbank uneingeschränkt vergleichbar. Die Europäische Zentralbank wird durch den Vertrag klar auf das Ziel der **Geldwertstabilität** verpflichtet. Es wird keine Möglichkeit zur Notenbankfinanzierung der Staatshaushalte in der Europäischen Gemeinschaft geben. Auch in der äußeren Währungspolitik erhält die Europäische Zentralbank die gleichen Kompetenzen, die heute die Bundesbank wahrnimmt.

Über die Festlegung des Wechselkurssystems entscheiden wie bisher die nationalen Regierungen. In ihrer täglichen Interventionspolitik ist die Zentralbank jedoch unabhängig. Leitlinien oder Richtlinien für die **Wechselkurspolitik** der Notenbank durch die Regierungen wird es nicht geben. Möglich sind nur generelle Orientierungen, die ausschließlich empfehlenden Charakter haben. Dadurch sind die vertraglichen Grundlagen gegeben, damit die künftige europäische Währung der D-Mark in der Stabilität nicht nachsteht. (D)

Für die Übergangszeit bis zur Errichtung der Europäischen Zentralbank — also für die sogenannte zweite Stufe — haben wir im Vertragsentwurf die uneingeschränkte Verantwortung der nationalen Notenbanken für die Geldwertstabilität festgeschrieben. Entscheidende Aufgabe des zu errichtenden europäischen Währungsinstituts ist die Vorbereitung einer funktionsfähigen Europäischen Zentralbank. Das **Währungsinstitut** hat jedoch keinerlei geldpolitische Kompetenzen. Es wird über keine eigenständige Kapitalbasis verfügen; vielmehr werden seine Aufwendungen durch Beiträge der nationalen Notenbanken bestritten.

Die beschlossenen Vereinbarungen — das ist ganz wichtig — verhindern Grauzonen bei der geldpolitischen Verantwortung. Die Geld- und Währungspolitik kann nur entweder national oder supranational einheitlich entschieden werden. Es kann keine gemischte oder verteilte Geldpolitik zwischen einer europäischen Zentrale und einer nationalen Notenbank geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Verantwortung für die Geldwertstabilität wird erst mit Vollendung der europäischen Währungs-

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) union von der erfolgreichen Deutschen Bundesbank auf die künftig ebenso erfolgreiche Europäische Zentralbank übergeben. Diese **Europäische Zentralbank** — dafür habe ich mich in Brüssel am vergangenen Dienstag nachdrücklich eingesetzt — soll ihren **Sitz** in Deutschland haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe Frankfurt vorgeschlagen. Damit würden die Tradition der Unabhängigkeit wie auch die Stabilitätsverpflichtung durch die Standortwahl überzeugend unterstrichen. Ich glaube, wir haben nicht nur deswegen, sondern auch aus anderen Gründen ein gutes Recht, das zu fordern. Wir sind ja mit europäischen Institutionen in Deutschland nicht gerade überreich gesegnet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Geldwertstabilität in Europa setzt die weitgehende Übereinstimmung der wirtschaftlichen Ziele und Ergebnisse voraus. Wir werden die D-Mark nur in eine Gemeinschaft einbringen, deren Mitglieder Deutschland an **Stabilitätsbewußtsein** nicht nachstehen. Nach den im Vertrag klar fixierten Regeln wird kein Weichwährungsland und auch kein Land mit unsolider Haushaltsfinanzierung Aufnahme in die Wirtschafts- und Währungsunion finden.

Unsere Kredit- und Kapitalmärkte sind gegen die übermäßige Inanspruchnahme durch die **Kreditaufnahme** anderer Staaten geschützt. Damit, meine Damen und Herren, wird Kapital, das bisher teilweise für

(B) die Haushaltsfinanzierung verwendet wurde, für **Investitionen** und damit für **Arbeitsplätze** und für die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** zur Verfügung gestellt.

Wir schaffen damit nicht nur Voraussetzungen für Stabilität, sondern durch die Stabilität auch eine Wachstumszone in Europa, die wir dringend brauchen. Denn wir brauchen einen Anker für ein **stabiles Wachstum,** um das zu bewerkstelligen, was in Europa und in Deutschland noch vor uns steht und von uns geleistet werden muß.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deutschland ist von Anfang an für harte Konvergenzziele eingetreten. Die europäischen Staaten müssen die verbleibenden Jahre bis zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion nutzen, um weitere **Konvergenzfortschritte** zu erzielen. Nur bei Erfolg tritt die Währungsunion in Kraft. Dieser Erfolg wird genau geprüft. Die Zäsur ist das Jahr 1996.

Die **Sonderbelastungen durch die deutsche Einheit** haben an unserer Haltung zur Konvergenz nichts geändert. Im Gegenteil: Deutschland erfüllt trotz der einmaligen Sondersituation durch die deutsche Einheit schon heute fast vollständig die vorgesehenen Kriterien:

Einschließlich der Sozialversicherungen wird Deutschland im ersten Jahr nach der Einheit nur 3,2 % seines Bruttosozialprodukts für die **Finanzierung der öffentlichen Defizite** in Anspruch nehmen. Das sind

(C) nur 0,2 % — rund 6 Milliarden DM — mehr als die vorgesehene Obergrenze.

Beim **Schuldenstand** im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt liegen wir mit zur Zeit 42 % weit unter der Höchstgrenze von 60 %. Auch die vorübergehend höhere **Kreditaufnahme** der öffentlichen Haushalte wird diesen Anteil nur geringfügig erhöhen.

Bei der **Preissteigerungsrate** liegen wir im Jahre 1991 mit durchschnittlich 3,5 % unter der Höchstgrenze, die zur Zeit mit 4,2 % zu berechnen wäre.

Bei den langfristigen **Zinsen** liegen wir in der Europäischen Gemeinschaft am niedrigsten.

Im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Ländern hat Deutschland keine strukturellen Stabilitäts- oder Defizitprobleme. Die begrenzte Abweichung vom früheren Konsolidierungspfad ist allein einigungsbedingt.

Meine Damen und Herren, wir haben die Weichen gestellt, damit wir bis Mitte der 90er Jahre bei den wichtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Kennziffern wieder überall in die europäische Spitzengruppe einrücken. In einem **Konvergenzprogramm,** das wir den europäischen Institutionen Ende Oktober zugeleitet haben und daß die Daten und die Zielsetzung unserer mittelfristigen Finanzplanung enthält, wird deutlich gemacht, wie wir durch **Konsolidierung** und **Wachstumsförderung** den Prozeß der Einigung bewältigen werden.

Alle Länder, die an der künftigen Währungsunion teilnehmen wollen, sind zur **Stabilitätspolitik** verpflichtet. Nur so können sie die geforderten finanz- und volkswirtschaftlichen Kennziffern erreichen. Die Wahrung der Stabilitätsvorgaben nach Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion wird durch die Festlegung eines wirksamen **Sanktionskatalogs** gesichert. Bei Verletzung der Budgetdisziplin sind abgestufte Strafen bis hin zur Verhängung von Geldbußen vorgesehen. (D)

Der Zusammenhalt der Gemeinschaft kann nur über erfolgreiche **Konvergenzstrategien** erreicht werden. Die Gemeinschaft wäre eindeutig überfordert, sollte sie die bei nachlassender Konvergenz auseinanderstrebende Wirtschaftsentwicklung durch erhebliche finanzielle Ausgleichs- und Umverteilungsmechanismen kompensieren. Darüber hinaus würde eine entscheidende Vertragsgrundlage gefährdet, nämlich die Verantwortlichkeit der nationalen Regierungen für ihre Finanz- und Haushaltspolitik.

Meine Damen und Herren, auch das ist ein Grund dafür, daß die zweite Stufe nicht zu lange dauern soll. Wenn diese nämlich zu lange dauert, besteht die Gefahr, daß sich einige Einrichtungen verfestigen, die Ansprüche an bestimmte Länder und an die Gemeinschaft zunehmen, aber die einheitliche Geld- und Währungspolitik noch nicht stattfindet. Insofern müssen wir daran interessiert sein, daß nach Erreichen der Konvergenzkriterien die dritte Stufe stattfindet, weil nur dann der Druck auf uns und auf die Kommission in bezug auf Konvergenzprogramme und zusätzliche Finanzierungen nachläßt und keine Grauzone der Geld- und Währungspolitik in Europa entsteht.

Bundesminister Dr. Theodor Waigel

(A) Das zu bedenken bitte ich wirklich alle, die aus verständlichen oder manchmal nicht verständlichen Gründen, auch aus psychologischen Gründen im Augenblick meinen: Wartet doch zu, wartet doch ab; seht doch, wie sich das Ganze entwickelt! — Ich will das nicht mit der deutschen Währungsunion vergleichen, aber auch da, meine Damen und Herren, hätte uns der Rat „Gemach, gemach, laßt euch Zeit!" nichts genützt; vielmehr war es notwendig, zum richtigen Zeitpunkt und unter Stabilitätskriterien den Sprung zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Man konnte damals einen Abrund nicht in mehreren Schritten überwinden, man mußte das in einem Schritt tun.

(Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE]: Merkwürdiger Schritt!)

In Maastricht dürfen keine finanziellen Blankoschecks über die Zukunft ausgestellt werden. Wir müssen im nächsten Jahr ohnehin über die **Eigenmittel** und über die **Anpassung des Strukturfonds** beraten. Deshalb wäre es falsch, jetzt die Beratungen über die Wirtschafts- und Währungsunion und über die Politische Union mit Finanzfragen zu belasten.

Die **Kohäsion,** also die Unterstützung der wirtschaftlichen Annäherung der Mitgliedsländer, ist auch für uns ein wichtiges Instrument der europäischen Integration, aber wir treten allen Forderungen entgegen, die Kohäsion zu einer umfassenden Finanzverantwortung der Gemeinschaft für die Mitglieds-(B) länder umzudefinieren. Wir wollen kein abstraktes Finanzausgleichssystem und keine von den Sachpolitiken abgekoppelten Geldleistungen. Wir wollen auch keine Progressivität in den Mitgliedsbeiträgen, und wir lehnen die Einrichtung eines Konvergenzfonds ab. Aus ihm ließen sich nicht begrenzbare finanzielle Forderungen in den kommenden Jahren ableiten.

Meine Damen und Herren, in Maastricht werden wir auch über ein Verfahren entscheiden, das den Weg zur **dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion** klar vorzeichnet. Wir werden dabei Risiken ausschließen. Die neue Gemeinschaft in Wirtschafts- und Währungsfragen kommt nur zustande, wenn die klar definierten Voraussetzungen erfüllt sind.

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Diejenigen, die in ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Anpassung noch nicht alle Ziele verwirklicht haben, dürfen den endgültigen Integrationsschritt nicht verhindern oder verzögern. Die **Finalität des Einigungsprozesses** ist ein entscheidender Punkt. Eine allgemeine Ausstiegsklausel soll es nicht geben. Wir dürfen nicht in der Übergangsphase steckenbleiben; sonst wären alle Vorbereitungen und Anstrengungen im Ergebnis erfolglos. Wir haben gute Chancen, meine Damen und Herren, die noch verbleibenden Probleme in Maastricht zu lösen.

Mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union erschließen wir hervorragende Perspektiven für Deutschland und Europa. **Wachstum, Stabilität und Beschäftigung** werden im Interesse der Menschen in ganz Europa entscheidend gefördert. Durch vollständige **Freizügigkeit** im Gemeinsamen Markt gewinnen die Bürger zusätzliche Lebensperspektiven. Die **Gemeinschaft der Zwölf** wird als **Keimzelle eines demokratischen und friedlichen Gesamteuropas** erheblich gestärkt. Wir werden künftig nicht nur die wirtschafts- und finanzpolitischen, sondern auch die außen- und sicherheitspolitischen Probleme und Aufgaben gemeinsam lösen können. (C)

Die **Verwirklichung der Europäischen Union** geht nicht zu Lasten anderer Ziele oder Prinzipien unserer nationalen Politik. Die Stabilität des Geldwertes wird nicht gefährdet. Die Europäische Gemeinschaft wird nicht zu einem übermächtigen Zentralstaat. Die Beschränkung des Staatseinflusses und die Begrenzung der öffentlichen Ausgaben sowie die Deregulierung bleiben auf nationaler wie auf europäischer Ebene vorrangige Ziele. Im künftigen Europa wird der **Föderalismus** nicht geschwächt. Die Bundesländer werden stärker als bisher in die europäischen Prozesse einbezogen. Das **Subsidiaritätsprinzip** gilt im europäischen Maßstab ebenso wie auf nationaler Ebene.

Deutschland ist bei der Doppelaufgabe der nationalen und der europäischen Einigung erfolgreich. Die **Überwindung der deutschen und der europäischen Teilung** gibt der Einigung über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die Politische Union zusätzliches Gewicht. Die Gemeinschaft der Zwölf wird, wie gesagt, zur Keimzelle eines vereinigten demokratischen und friedlichen Europas.

Meine Damen und Herren, wir verwirklichen das, (D) was Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Paul-Henri Spaak, Robert Schuman, Jean Monnet und Alcide de Gasperi begonnen haben. Ihre Visionen werden Realität. Das wiedervereinigte Deutschland nimmt seine Chance wahr, die Vollendung dieses Werks zum Wohle Europas und zu seinem eigenen Wohl entscheidend mitzugestalten, ohne seine Identität zu verlieren. **Deutschlands Zukunft** heißt **Europa.** Mit den Entscheidungen von Brüssel und Maastricht kommen wir der Zukunft ein großes Stück näher.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, bevor wir in der Aussprache fortfahren, gebe ich Ihnen vereinbarungsgemäß das von den Schriftführern ermittelte **Ergebnis** der eben durchgeführten **namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP — Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen das Zweite Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch** — auf Drucksache 12/1696 bekannt. *)

Abgegebene Stimmen: 556; ungültig: keine. Mit Ja gestimmt haben 360 Kolleginnen und Kollegen; mit Nein gestimmt haben 193 Kolleginnen und Kollegen; 3 haben sich der Stimme enthalten.

---

*) Vgl. Seite 5340 A

Vizepräsident Helmuth Becker

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 554

davon

ja: 358

nein: 193

enthalten: 3

ungültig: —

Ja

CDU/CSU

Frau Dr. Ackermann
Adam
Dr. Altherr
Frau Augustin
Augustinowitz
Austermann
Bargfrede
Dr. Bauer
Frau Baumeister
Bayha
Belle
Frau Dr. Bergmann-Pohl
Bierling
Dr. Blank
Frau Blank
Dr. Blens
Bleser
Dr. Blüm
Böhm (Melsungen)
Börnsen (Bönstrup)
Dr. Bötsch
Bohl
Bohlsen
Borchert
Brähmig
(B)
Breuer
Frau Brudlewsky
Brunnhuber
Bühler (Bruchsal)
Büttner (Schönebeck)
Buwitt
Carstens (Emstek)
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dehnel
Frau Dempwolf
Deres
Deß
Frau Diemers
Dörflinger
Doss
Dr. Dregger
Echternach
Ehlers
Ehrbar
Frau Eichhorn
Engelmann
Eppelmann
Eylmann
Frau Eymer
Frau Falk
Dr. Faltlhauser
Feilcke
Dr. Fell
Fischer (Hamburg)
Fockenberg
Francke (Hamburg)
Frankenhauser
Dr. Friedrich
Fritz
Fuchtel
Ganz (St. Wendel)
Frau Geiger
Geis
Dr. Geißler
Dr. von Geldern
Gerster (Mainz)
Gibtner
Glos
Dr. Göhner
Göttsching
Götz
Dr. Götzer
Gres
Frau Grochtmann
Gröbl
Dr. Grünewald
Günther (Duisburg)
Harries
Haschke (Großhennersdorf)
Haschke (Jena-Ost)
Frau Hasselfeldt
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hauser (Rednitzhembach)
Heise
Frau Dr. Hellwig
Helmrich
Dr. Hennig
Dr. h. c. Herkenrath
Hinsken
Hintze
Hörster
Dr. Hoffacker
Hollerith
Dr. Hornhues
Hornung
Hüppe
Jäger
Frau Jaffke
Jagoda
Dr. Jahn (Münster)
Janovsky
Frau Jeltsch
Dr. Jobst
Dr.-Ing. Jork
Dr. Jüttner
Jung (Limburg)
Junghanns
Dr. Kahl
Kalb
Kampeter
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Frau Karwatzki
Keller
Kiechle
Kittelmann
Klein (Bremen)
Klinkert
Köhler (Hainspitz)
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Dr. Kohl
Kolbe
Frau Kors
Koschyk
Kossendey
Kraus
Dr. Krause (Börgerende)
Krause (Dessau)
Krey
Kriedner
Kronberg
Dr.-Ing. Krüger
Krziskewitz
Lamers
Dr. Lammert
Lamp
Lattmann
Dr. Laufs
Laumann
Frau Dr. Lehr
Lenzer
Dr. Lieberoth
Frau Limbach
Link (Diepholz)
Lintner
Dr. Lippold (Offenbach)
Dr. sc. Lischewski
Frau Löwisch
Lohmann (Lüdenscheid)
Louven
Lummer
Dr. Luther
Maaß (Wilhelmshaven)
Frau Männle
Magin
Dr. Mahlo
Frau Marienfeld
Marschewski
Marten
Dr. Mayer (Siegertsbrunn)
Meckelburg
Meinl
Frau Dr. Merkel
Frau Dr. Meseke
Dr. Meyer zu Bentrup
Frau Michalk
Michels
Dr. Möller
Müller (Kirchheim)
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Dr. Neuling
Neumann (Bremen)
Nitsch
Frau Nolte
Dr. Olderog
Ost
Oswald
Otto (Erfurt)
Dr. Päselt
Dr. Paziorek
Pesch
Petzold
Pfeffermann
Pfeifer
Frau Pfeiffer
Dr. Pfennig
Dr. Pflüger
Dr. Pinger
Pofalla
Dr. Pohler
Frau Priebus
Dr. Protzner
Pützhofen
Frau Rahardt-Vahldieck
Raidel
Dr. Ramsauer
Rau
Rauen
Rawe
Reddemann
Reichenbach
Dr. Reinartz
Frau Reinhardt
Repnik
Dr. Rieder
Dr. Riedl (München)
Dr. Riesenhuber
Rode (Wietzen)
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Frau Roitzsch (Quickborn)
Romer
Dr. Rose
Rossmanith
Roth (Gießen)
Rother
Dr. Ruck
Rühe
Dr. Rüttgers
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Scharrenbroich
Frau Schätzle
Dr. Schäuble
Schemken
Schmalz
Schmidbauer
(C)
Schmidt (Fürth)
Dr. Schmidt (Halsbrücke)
Schmidt (Mühlheim)
Frau Schmidt (Spiesen)
Schmitz (Baesweiler)
Dr. Schneider (Nürnberg)
Dr. Schockenhoff
Graf von Schönburg-Glauchau
Dr. Scholz
Frhr. von Schorlemer
Dr. Schreiber
Schulhoff
Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd)
Schulz (Leipzig)
Schwalbe
Schwarz
Dr. Schwarz-Schilling
Dr. Schwörer
Seehofer
Seesing
Seibel
Seiters
Skowron
Dr. Sopart
Frau Sothmann
Spranger
Dr. Sprung
Frau Steinbach-Hermann
Dr. Stercken
Dr. Frhr. von Stetten
Stockhausen
Dr. Stoltenberg
Strube
Stübgen
Frau Dr. Süssmuth
Susset
Tillmann
Dr. Uelhoff
Uldall
Frau Verhülsdonk
Vogel (Ennepetal)
(D)
Vogt (Düren)
Dr. Voigt (Northeim)
Dr. Waffenschmidt
Dr. Waigel
Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Warnke
Dr. Warrikoff
Werner (Ulm)
Wetzel
Frau Wiechatzek
Dr. Wieczorek (Auerbach)
Frau Dr. Wilms
Wilz
Frau Dr. Wisniewski
Wissmann
Dr. Wittmann
Wittmann (Tännesberg)
Wonneberger
Frau Wülfing
Würzbach
Frau Yzer
Zeitlmann
Zöller

FDP

Frau Albowitz
Frau Dr. Babel
Beckmann
Bredehorn
Cronenberg (Arnsberg)
Eimer (Fürth)
Engelhard
van Essen
Dr. Feldmann
Friedhoff
Friedrich
Funke
Frau Dr. Funke-Schmitt-Rink

Vizepräsident Helmuth Becker

(A)

Gallus
Genscher
Grüner
Dr. Guttmacher
Hackel
Hansen
Dr. Haussmann
Heinrich
Dr. Hirsch
Dr. Hitschler
Frau Dr. Hoth
Dr. Hoyer
Hübner
Irmer
Kleinert (Hannover)
Kohn
Dr. Kolb
Koppelin
Dr.-Ing. Laermann
Frau Leutheusser-Schnarrenberger
Lüder
Lühr
Dr. Menzel
Nolting
Dr. Ortleb
Otto (Frankfurt)
Paintner
Frau Peters
Frau Dr. Pohl
Richter (Bremerhaven)
Rind
Dr. Röhl
Schäfer (Mainz)
Frau Schmalz-Jacobsen
Schmidt (Dresden)
Dr. Schmieder
Schüßler
Frau Sehn
Frau Seiler-Albring
Frau Dr. Semper
Dr. Solms
Dr. Starnick
Frau Dr. von Teichman
Thiele
Dr. Thomae
Timm
Frau Walz
Dr. Weng (Gerlingen)
Frau Würfel
Zurheide
Zywietz

(B)

Nein

SPD

Frau Adler
Andres
Bachmaier
Frau Barbe
Bartsch
Becker (Nienberge)
Frau Becker-Inglau
Bernrath
Beucher
Bindig
Frau Bock
Dr. Böhme (Unna)
Börnsen (Ritterhude)
Brandt
Frau Brandt-Elsweier
Dr. Brecht
Dr. von Bülow
Frau Bulmahn
Frau Caspers-Merk
Conradi
Dr. Diederich (Berlin)
Diller
Frau Dr. Dobberthien
Dreßler
Duve
Ebert
Dr. Eckardt
Dr. Ehmke (Bonn)
Eich
Dr. Elmer
Erler
Esters
Frau Ferner
Frau Fischer (Gräfenhainichen)
Fischer (Homburg)
Frau Fuchs (Köln)
Frau Fuchs (Verl)
Fuhrmann
Frau Ganseforth
Gansel
Gilges
Frau Gleicke
Graf
Haack (Extertal)
Habermann
Hacker
Frau Hämmerle
Hampel
Frau Hanewinckel
Frau Dr. Hartenstein
Hasenfratz
Heistermann
Hiller (Lübeck)
Horn
Frau Iwersen
Frau Jäger
Frau Janz
Jaunich
Jung (Düsseldorf)
Jungmann (Wittmoldt)
Frau Kastner
Kastning
Kirschner
Klose
Dr. sc. Knaape
Körper
Frau Kolbe
Kolbow
Koltzsch
Kubatschka
Dr. Kübler
Kuessner
Kuhlwein
Lambinus
Frau Lange
von Larcher
Leidinger
Frau Dr. Leonhard-Schmid
Frau Dr. Lucyga
Maaß (Herne)
Frau Marx
Frau Mascher
Matschie
Dr. Matterne
Frau Mattischeck
Meckel
Frau Mehl
Meißner
Dr. Meyer (Ulm)
Mosdorf
Müller (Pleisweiler)
Frau Müller (Völklingen)
Müller (Zittau)
Müntefering
Neumann (Bramsche)
Frau Dr. Niehuis
Dr. Niese
Frau Odendahl
Oesinghaus
Oostergetelo
Opel
Ostertag
Frau Dr. Otto
Paterna
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Dr. Pfaff
Pfuhl
Dr. Pick
Purps
Frau von Renesse
Reuter
Roth
Schäfer (Offenburg)
Frau Schaich-Walch
Schanz
Scheffler
Schily
Schloten
Frau Schmidt (Aachen)
Frau Schmidt (Nürnberg)
Frau Schmidt-Zadel
Dr. Schmude
Dr. Schnell
Dr. Schöfberger
Schreiner
Frau Schröter
Schröter
Frau Schulte (Hameln)
Dr. Schuster
Schwanitz
Frau Seuster
Frau Simm
Singer
Frau Dr. Sonntag-Wolgast
Sorge
Dr. Sperling
Frau Steen
Tappe
Dr. Thalheim
Thierse
Tietjen
Frau Titze
Toetemeyer
Vergin
Verheugen
Dr. Vogel
Voigt (Frankfurt)
Wagner
Wallow
Waltemathe
Walter (Cochem)
Walther (Zierenberg)
Wartenberg (Berlin)
Frau Dr. Wegner
Weiermann
Frau Weiler
Weis (Stendal)
Weißgerber
Dr. Wernitz
Frau Westrich

(C)

Frau Wettig-Danielmeier
Frau Dr. Wetzel
Frau Weyel
Dr. Wieczorek
Wieczorek (Duisburg)
Frau Wieczorek-Zeul
Wiefelspütz
Dr. de With
Wittich
Frau Wohlleben
Frau Wolf
Frau Zapf
Dr. Zöpel

PDS/LL

Frau Bläss
Frau Braband
Dr. Briefs
Frau Dr. Fischer
Dr. Heuer
Frau Dr. Höll
Frau Jelpke
Dr. Keller
Frau Lederer
Dr. Riege
Dr. Schumann (Kroppenstedt)
Dr. Seifert
Frau Stachowa

Fraktionslos

Henn

Bündnis 90/GRÜNE

Dr. Feige
Frau Köppe
Dr. Ullmann
Weiß (Berlin)
Frau Wollenberger

(D)

Enthalten

Fraktionslos

Lowack

Bündnis 90/GRÜNE

Poppe
Schulz (Berlin)

Der Antrag ist mit der genannten erforderlichen Mehrheit von mehr als 332 Mitgliedern des Hauses angenommen. Der Einspruch des Bundesrates ist damit zurückgewiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir fahren jetzt in der Aussprache fort. Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Hans-Dietrich Genscher.

Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft haben am vergangenen Dienstag den Vertragsentwurf über die **Europäische Union** in seinen Grundzügen fertiggestellt. Wesentliche deut-

Bundesminister Hans-Dietrich Genscher

(A) sche Verhandlungsziele sind berücksichtigt. Der europäische Einigungsprozeß erhält mit den jetzt schon erreichten Fortschritten wichtige neue Impulse. Darüber möchte ich dem Deutschen Bundestag auf der Grundlage des heutigen Verhandlungsstandes berichten.

Ich beginne mit dem Europa der Bürger. Es wird eine **Bürgerschaft der Europäischen Union** eingeführt. Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzt. Mit dieser Bürgerschaft sind Rechte verbunden. Die wichtigsten sind: Jeder Unionsbürger darf sich in der ganzen Union frei bewegen und aufhalten. Das geht über die bisher schon geltende Freizügigkeit der Arbeitskräfte und das freie Niederlassungsrecht hinaus.

Jeder Unionsbürger kann sich dort, wo er seinen Wohnsitz hat, an den **Kommunalwahlen** beteiligen. Das bedeutet für Deutschland eine Verfassungsänderung. Wir müssen das bis zum Ende des Jahres 1994 erreichen.

Jeder Unionsbürger hat ferner das Recht, bei den **europäischen Wahlen** das aktive und passive Wahlrecht an seinem Wohnsitz wahrzunehmen.

Die **Rechte des Europäischen Parlaments** konnten in wichtigen Fragen verstärkt werden.

(Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD]: So?)

In der Gesetzgebung der Gemeinschaft wird ein Verfahren eingeführt, in dem Rat und Europäisches Parlament gemeinsam entscheiden. Das bezieht sich nach dem jetzigen Verhandlungsstand insbesondere auf den Binnenmarkt, aber auch auf weitere Gebiete wie Forschung und Umwelt.

(B) Die Ernennung des Präsidenten der Kommission und der Mitglieder der Kommission bedürfen der vorherigen Zustimmung des Europäischen Parlaments. Das Parlament erhält das Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen und Petitionen entgegenzunehmen. Wichtige internationale Abkommen bedürfen der Zustimmung des Parlaments.

Die Bundesregierung hält jedoch diese Ergebnisse, wie sie bisher erzielt worden sind, nicht für ausreichend.

(Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Das ist wahr!)

Wir wollen eine Ausdehnung der Mitentscheidung auf weitere Bereiche. Wir wollen übereinstimmende Mandatszeiten für Kommission und Parlament. Wir wollen ein Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments bei Vertragsänderungen und Vertragsergänzungen. Im Wegfall der dritten Lesung im Rahmen des Vermittlungsverfahrens sehen wir eine Verstärkung der Stellung des Parlaments. Wir werden uns dafür gegenüber dem vorliegenden Entwurf einsetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Sehr nötig!)

Wenn diese Forschritte nicht in einem Schritt zu erreichen sind, werden wir uns um eine schrittweise Verwirklichung bemühen.

In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß in der Sitzung des Konklaves der Außenminister zugestimmt wurde — und zwar von allen Ländern —, daß Deutschland **18 zusätzliche Mandate im Europäischen Parlament** für die europäischen **Bürger in den neuen Bundesländern** erhält. Ich hoffe, daß es dabei (C) bleibt. Denn ein Land hat die Erwartung geäußert, daß auch die Zahl der Abgeordneten anderer Länder erhöht wird.

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Haben die sich vergrößert?)

Dafür hat sich bisher keine oder noch keine Zustimmung ergeben.

Die **gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** und die **gemeinsame Verteidigung** sind zentraler Bestandteil der werdenden Europäischen Union. Deutschland und Frankreich haben in den letzten Monaten Konzepte für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt und entscheidende Impulse gegeben. Im Konklave der Außenminister am 2. und 3. Dezember haben wir bei der Verwirklichung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wichtige Fortschritte erzielt. Es besteht grundsätzliches Einvernehmen, daß die Europäische Union im Rahmen gemeinsamer außen- und sicherheitspolitischer Aktionen in Zukunft geschlossen handeln wird.

Die Bereiche für diese Aktionen sind in einer Liste festgelegt, auf die wir uns jetzt schon geeinigt haben. Die Aktionen beziehen sich vor allen Dingen auf den KSZE-Prozeß und auf Bereiche der Sicherheitspolitik im engeren Sinne. Die Liste wird bis zum Inkrafttreten ausgebaut und präzisiert werden.

Über mögliche gemeinsame Aktionen gegenüber einzelnen Ländern und einzelnen Regionen will der Europäische Rat in Lissabon auf der Grundlage eines Berichts der Außenminister entscheiden. (D)

In Maastricht muß noch entschieden werden, ob über die **Durchführung gemeinsamer außenpolitischer Aktionen** mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden soll. Wir halten das für dringend notwendig, um endlich einen Einstieg ins **Mehrheitsverfahren** zu erhalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Mehrheit unserer Partner ist dafür. Damit wird das ein wesentlicher Punkt in Maastricht sein.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen, daß wir für den Fall, daß sich ein oder vielleicht zwei Länder in Maastricht zur Zustimmung noch nicht entschließen können, ein ähnliches Verfahren anwenden sollten wie bei der Währungsunion, daß nämlich diejenigen Länder, die bereit sind, sich schon jetzt einer Mehrheitsentscheidung zu unterwerfen, diesen Schritt auch entschlossen tun.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE)

Wichtig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist, daß wir uns in der letzten Sitzung der Außenminister darüber verständigt haben, daß die **Westeuropäische Union** integraler Bestandteil der Europäischen Union sein wird. Das war ein wichtiges deutsch-französisches Anliegen.

(Beifall bei der FDP)

Die Westeuropäische Union soll Beschlüsse der Union mit Implikationen im Bereich der Verteidigung

Bundesminister Hans-Dietrich Genscher

(A) erarbeiten und ausführen, wenn sie dazu von der Europäischen Union aufgefordert wird.

Die Verpflichtungen aus dem **NATO-Bereich** bleiben davon unberührt. Die Beziehungen eines Staates zur Union bestimmen sich somit zukünftig aus seinem Verhältnis zur Westeuropäischen Union. Das bedeutet bei einer Frage, die im Europäischen Rat aufgeworfen werden wird, daß wir uns z. B. für die Mitgliedschaft **Griechenlands** in der Westeuropäischen Union einsetzen. Wir sind der Meinung, daß unser Verständnis des Verhältnisses zwischen Europäischer Union und Westeuropäischer Union es notwendig macht, daß den Mitgliedern der Europäischen Union, die Mitglied der WEU werden wollen, die Tür dafür auch geöffnet wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Im Vertrag über die Europäische Union wird sichergestellt, daß Bündnisverpflichtungen im Rahmen der NATO voll respektiert werden und daß politisch die werdende Union voll mit der NATO kompatibel bleibt.

Beim NATO-Gipfel in Rom hat sich gezeigt, daß das Verständnis der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas für den Wunsch der Europäer nach einer **sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität** sehr groß ist. Um es anders auszudrücken: Niemand kann sich bei einem etwaigen Widerstand gegen unser Bemühen, diese Identität herzustellen, auf **Amerika** oder auf **Kanada** herausreden. Ich habe manchmal den Eindruck gehabt, daß von dort europäischere Auffassungen zu hören waren, als wir sie gelegentlich intern in Europa zur Kenntnis nehmen mußten.

(B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die künftige Außen- und Sicherheitspolitik soll auf längere Sicht auch die Verteidigung umfassen, wobei noch offen ist, wie das im einzelnen formuliert wird. Es geht um die Frage „Verteidigung" oder „Verteidigungspolitik". Wir treten zusammen mit Frankreich für eine möglichst eindeutige Formulierung ein.

Die Europäische Union wird auch eine enge Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik umfassen. Die Bundesregierung hatte vorgeschlagen, die **Ausländer-, Einwanderungs- und Asylpolitik** im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft als Gemeinschaftsmaterie zu regeln. Sie hatte ferner vorgeschlagen, eine europäische kriminalpolizeiliche Polizeistelle, Europol, einzurichten.

Wir haben erreichen können, daß zwei Bereiche, nämlich die Kontrolle an den Außengrenzen der Gemeinschaft und der kurzfristige Aufenthalt einschließlich der Visa-Erteilung, im Gemeinschaftsverfahren entschieden werden. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten ist im übrigen — derzeit jedenfalls — nur zu einer Zusammenarbeit der Regierungen bereit. Deshalb wird es darauf ankommen, daß wir in Maastricht wenigstens einen Stufenplan für die Gemeinschaftsregelungen erreichen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Regierungskonferenz hat sich intensiv mit der **Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaftskompetenzen** durch vermehrte Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit befaßt. Schon jetzt kann man sagen, (C) daß bei bestehenden Kompetenzen Verbesserungen erreicht wurden, z. B. bei der Forschung und der Umwelt. Neue Kompetenzen zeichnen sich auf dem Gebiet der Schaffung transeuropäischer Netze im Verkehrs-, Kommunikations- und Energiebereich ab.

Zwei besonders umstrittene Politikbereiche, die in Maastricht noch zu entscheiden sind, sind die **Sozialpolitik** und die **Industriepolitik** der Gemeinschaft. Die Haltung der Bundesregierung ist eindeutig: Wir wollen eine Stärkung der sozialen Dimension der Europäischen Union.

In der Industriepolitik werden wir darauf achten, daß marktwirtschaftliche Grundsätze und ordnungspolitische Prinzipien nicht beeinträchtigt werden. Eine europäische Industriepolitik darf nicht einen neuen Subventionshaushalt eröffnen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für **Kultur, Bildung und Gesundheit** soll die Gemeinschaft ergänzend zu den Mitgliedstaaten tätig werden. Hier ist es der deutschen Delegation gelungen, unsere föderalen Grundsätze und die Subsidiarität, voll zur Geltung zu bringen.

Herr Kollege Waigel hat bereits zu dem wichtigen Thema der **Kohäsion**, das sicher in Maastricht eine erhebliche Rolle spielen wird, Stellung genommen. Hier geht es um den Interessenausgleich vor allen Dingen für die südlichen Mitgliedstaaten unserer Gemeinschaft.

(D) Wir streben auch für das vereinigte Europa einen **föderalen Aufbau** an. Hier haben wir wichtige Schritte tun können. Gerichtlich überprüfbar ist das **Subsidiaritätsprinzip** verankert. Wir werden uns in Maastricht um eine deutlichere Ausformulierung bemühen.

Wir konnten einen **Ausschuß der Regionen** einrichten, der mit beratender Funktion ein Gemeinschaftsorgan sein wird. Er muß zu wichtigen Fragen gehört werden. Er hat aber auch selbst das Recht, sich mit Materien zu befassen und Stellungnahmen abzugeben.

Der neue Art. 146 des Vertrages eröffnet die Möglichkeit, daß im Ministerrat die deutsche Position je nach Zuständigkeit von der Bundesregierung oder von Vertretern der Bundesländer abgegeben wird. Die Kompetenzevolutivklausel des Vertrages wird in ihrer bisherigen Regelung beibehalten.

Für uns besonders wichtig ist die Tatsache, daß die Vorschrift der europäischen Verträge, die sich mit den Beihilfen zum **Ausgleich der durch die Teilung Deutschlands verursachten Nachteile** befaßt, fortgilt, und zwar unbefristet.

Schließlich wird in den Bereichen, in denen bei uns die Länder ausschließliche Kompetenzen haben, wie Bildung und Kultur, die Gemeinschaft nur strikt zur Förderung europäischer Initiativen tätig. Eine Regelungskompetenz der Gemeinschaft bleibt ausgeschlossen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir werden in Maastricht in einem umfassenden Paket zu

Bundesminister Hans-Dietrich Genscher

(A) einer Entscheidung kommen müssen, die den Interessen aller Beteiligten dient, die aber das große deutsche Ziel nicht außer acht läßt, nämlich den europäischen Einigungsprozeß unumkehrbar zu machen. Die Bundesregierung hat die Erwartung, daß alle Mitgliedstaaten, deren Vertreter zu diesem Gipfel nach Maastricht kommen, sich bewußt sind, daß in Maastricht nicht nur über die Zukunft von zwölf Gemeinschaftstaaten entschieden wird, sondern daß sich darauf auch die Blicke vor allem unserer Nachbarn im Osten und Südosteuropas richten. Hier wird sich zeigen, ob die Europäische Gemeinschaft ihrer geschichtlichen **Verantwortung für das ganze Europa** gerecht werden kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt unserer Kollegin Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul das Wort.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Neuer **Nationalismus** macht sich breit. In **Jugoslawien** schlachten sich Menschen in seinem Namen gegenseitig ab. In der ehemaligen **Sowjetunion** läuft der Prozeß der Rücknahme politischer und wirtschaftlicher Verflechtung, die durch den Stalinismus erzwungen war, zusammen mit einer Welle nationalistischer Konflikte.

Ob aus diesem Prozeß der Auflösung erzwungener Verflechtung völlige Desintegration und ein Flächenbrand des Nationalismus wird oder ob er zu neuer (B) Verflechtung auf demokratischer Grundlage führt, das hängt auch von Westeuropa ab. Es hängt auch von der Frage ab, ob sich in Westeuropa Integration und Verflechtung fortsetzen und ob für alle sichtbar wird, daß **wirtschaftliche und politische Verflechtung auf demokratischer Basis** die angemessene Organisationsform am Ende unseres Jahrhunderts ist. Die **Neuordnung Europas** am Ende dieses Jahrhunderts muß auf prinzipiell anderen Organisationsformen aufbauen als die der traditionellen Nationalstaaten.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Die **Europäische Gemeinschaft** mit all ihren Mängeln ist ein Beispiel dafür, wie **Frieden** nach zwei schrecklichen Weltkriegen dauerhaft durch **Integration** gesichert wird. Sie ist auch — ich sage das mit allem Ernst — die Hoffnung darauf, daß wir am Ende dieses Jahrhunderts nicht wieder da anlangen, wo wir zu Beginn dieses Jahrhunderts standen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

Der neue **Nationalismus**, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht aber im übrigen keineswegs nur in Ost- und Mitteleuropa um, und er ist keineswegs nur am Stammtisch vertreten. Es stammt nicht von Franz Schönhuber, wenn Rudolf Augstein im letzten „Spiegel" schreibt — ich zitiere —:

> Es gibt nun aber kein solidarisches Europa. Einig und solidarisch sind die anderen sich nur in der Absicht, das groß gewordene Deutschland in seinem politischen Spielraum einzuengen und dabei, wenn möglich, noch kräftig abzusahnen.

Aber es könnte auch von ihm sein. (C)

Deshalb auch an die Adresse des Kollegen Hornhues, den ich hier vor mir sehe: Mit dem **Rückzug aus der europäischen Einigung** dürfen wir noch nicht einmal drohen, wie Sie es getan haben. Ein solches Verhalten hat schlimme Konsequenzen.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Unnötige Dramatisierungen!)

Es würde all den Vermutungen recht geben, die besagen, daß nach der deutschen Einigung die Deutschen wieder allein könnten und wollten. Das wäre auch sachlich falsch. Der Vorteil von Integration ist doch nun gerade, daß wir zum Glück nicht ohne die und den anderen können. Unsere Ökonomien sind so miteinander verbunden und verflochten, daß ein Rückzug eines Landes Schaden für alle Beteiligten und auch für uns bringen würde.

Unser Vorwurf an die EG-Mitgliedsregierungen und auch an die Bundesregierung ist nicht, daß sie schlechten Willens wären.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Da haben wir aber Glück!)

Es ist vielmehr so, daß die Regierungen in der Art, wie sie die neuen EG-Vertragsveränderungen erarbeiten, den wirklichen Herausforderungen, die ich unter diesem Stichwort soeben genannt habe, nicht gerecht werden. Das ist unsere große Sorge, wenn man sieht, was geschildert worden ist.

Die **Wirtschafts- und Währungsunion** steht soweit. Aber die **Politische Union,** die doch erhebliche Vorbedingung dafür ist, daß es in diesem Bereich wirklich (D) eine **parlamentarische Kontrolle** gibt, steht noch nicht. Das ist das ganze Ergebnis dessen, was Herr Genscher hier vorhin vorgetragen hat.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Es sollte doch, als „Maastricht" beschlossen worden ist, die Neuordnung für Europa in unserem Bereich vorbereitet werden. Anscheinend ist für die Mitgliedstaaten die neue Lage in Europa noch immer die alte. Deshalb ist nicht der **Ministerrat,** die Vertretung der Regierungen, der eigentlich handlungsfähige Akteur in dieser Situation. Handlungsfähig dagegen wären **EG-Kommission** und **Europaparlament,** die sich weniger an nationalen Vorgaben orientieren. Die Reform der Europäischen Gemeinschaft, die in Maastricht ansteht, muß daran gemessen werden, ob sie diese beiden Institutionen gegenüber dem Ministerrat stärkt, der bisher — Stichwort „Jugoslawien" — wenig Handlungsfähigkeit gezeigt hat.

Ich sage noch einmal: Die beiden Berichte haben wir hier zur Kenntnis genommen; aber wo ist die bisher verkündete und versprochene Kopplung zwischen Europäischer Politischer Union und Wirtschafts- und Währungsunion? Sie muß aufrechterhalten bleiben, sonst kann Maastricht kein Erfolg sein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die SPD-Fraktion zu einem zugestandenermaßen ungewöhnlichen Verfahren gegriffen. Sie hat gemeinsam

mit der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion einen **Antrag** eingebracht,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und FDP)

in dem der Deutsche Bundestag in der Abstimmung nach dieser Debatte eine absolute Priorität klarmacht. Wir sagen, es gibt viele Bereiche, zu denen in Maastricht Kompromisse geschlossen werden müssen und wo auch Kompromisse notwendig sind, aber im Bereich der Sicherung parlamentarischer Demokratie, in der zentralen Frage der **Rechte des Europäischen Parlaments** darf die Bundesregierung nicht knieweich werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Das ist die Botschaft des gemeinsamen Antrags von SPD, CDU/CSU und FDP.

Wir konzentrieren uns dabei auf die Rechte des Europäischen Parlaments. Herr Außenminister, Sie wissen so gut wie ich, daß real bisher kein Mitentscheidungsrecht bei der Gesetzgebung verwirklicht worden ist. Ein echtes **Mitentscheidungsrecht** — Herr Kollege Pfennig weiß das wie Ulrich Irmer, die beide ebenfalls im Europäischen Parlament waren — bedeutet, daß beide Kammern, Europäisches Parlament und Ministerrat, gleiche Rechte haben. Bei der Regelung, die jetzt noch vorliegt, kann der Rat immer noch das Europäische Parlament überstimmen. Das ist aber einer parlamentarischen Demokratie unwürdig.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Wir konzentrieren uns in unserem gemeinsamen Antrag auf den Zusammenhang zwischen Europäischer Politischer Union und Wirtschafts- und Währungsunion und auf die Forderung nach Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips — ich blicke auf die Bundesratsbank —, weil wir nicht wollen, daß sich ein europäischer Zentralstaat entwickelt, und weil wir wollen, daß die Regionen in diesem Europa ihre eigenständige politische und anderweitige Entscheidungsmöglichkeit sichern.

In dem gemeinsamen Antrag konzentrieren wir uns im Bereich der Sicherheitspolitik auf Punkte, die in dieser Formulierung nicht kontrovers sind, obwohl wir es in anderen Bereichen, von denen ich gleich spreche, unterschiedlichen sehen. Besonders freuen wir uns, daß die Formulierung zum **Asyl- und Einwanderungsrecht** und zur Einwanderungspolitik, die wir in unserem gemeinsamen Antrag gefunden haben, die ist, welche die SPD seit langem vertritt, nämlich den abstrakten Streit um die Übertragung von Hoheitsrechten an die EG in diesen Bereichen endlich sein zu lassen, zumal zehn von zwölf Mitgliedstaaten dies sowieso nicht wollten. Wir konzentrieren uns also auf europäische Zusammenarbeit bei der Asyl- und Einwanderungspolitik, wozu keine Änderung von Art. 16 des Grundgesetzes notwendig ist.

Jetzt appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion. Wir wollen einen Punkt zusätzlich. Ich bitte Sie sehr herzlich. Ich weiß, daß viele von Ihnen das auch gern hätten, wenn die Regierung Ihnen gegenüber eine solche Bindung nicht fürchtete. Ich appelliere an Sie: Wir als Deutscher Bundestag sollten — wie das italienische und das belgische Parlament — aus unserer Sicht signalisieren, daß wir unsere Zustimmung zu den **Vertragsänderungen** von der **Haltung des Europäischen Parlaments** abhängig machen. Wir sollten klar signalisieren, daß wir in diesem Bereich die Regelungen zu den Rechten des Europäischen Parlaments absolut unzureichend finden. Wir sollten ganz klar machen, daß das Europäische Parlament bereits gesagt hat, daß die jetzt vorliegenden Regelungen ungenügend sind und seine Ablehnung signalisiert hat, wenn es keine weiteren Veränderungen gibt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Irmer zulassen? — Bitte, Kollege Irmer.

Ulrich Irmer (FDP): Frau Kollegin, sehen Sie bei Ihrem Vorschlag nicht die Gefahr, daß sich der Deutsche Bundestag in die Abhängigkeit eines anderen Parlamentes begibt?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Sehen Sie nicht die Gefahr, daß dies sehr stark nach dem Prinzip des imperativen Mandates riecht?

(Lachen bei der SPD)

Sehen Sie nicht die Gefahr, daß dies mit der Souveränität eines nationalen Parlamentes schlicht unvereinbar ist?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und CDU/CSU)

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD): Herr Kollege Irmer, ich muß darauf hinweisen, die Kollegen im italienischen und belgischen Parlament — und das waren alle Fraktionen — haben das nicht als imperatives Mandat empfunden. Sie haben es als das empfunden, als was Sie es alle empfinden sollten: als ein Versuch der **Solidarität des nationalen Parlamentes** — des Bundestages — **mit dem Europäischen Parlament,** damit sich noch etwas bewegt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Pfennig. Die Zeit wird nicht angerechnet.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD): Bitte, Herr Kollege Pfennig! Alle meine ehemaligen Kollegen des Europaparlaments!

Dr. Gero Pfennig (CDU/CSU): Frau Kollegin, nach Ihren eingänglichen Bemerkungen zum möglichen Rückzug der Deutschen aus der Europäischen Gemeinschaft frage ich Sie: Halten Sie es nicht für besonders unglücklich, wenn ausgerechnet der Deutsche Bundestag drohen würde, dann, wenn wir die Zustimmung des Europäischen Parlaments nicht bekommen, auch nicht zuzustimmen und sich aus der Weiterent-

Dr. Gero Pfennig

(A) wicklung der Europäischen Gemeinschaft zurückzuziehen?

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD): Ich weiß doch, Herr Kollege Pfenning, daß Ihre Kollegen im Europaparlament, die christdemokratische Fraktion, froh wäre, wenn Sie sich hätten durchringen können, so viel Mut gegenüber Ihrer Regierung zu zeigen, eine Bindung einzugehen, vor deren Festlegung die Regierung Angst hat, weil sie nächste Woche in Maastricht möglicherweise den Ansprüchen nicht gerecht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der Punkt. In **Maastricht** geht es nicht nur um die historische Chance, die Einheit Europas zu erreichen, sondern es geht auch um die Chance, die **parlamentarische Demokratie** zu sichern und zu erhalten. Wenn die Vorschläge zur Vertragsänderung, die auf dem Tisch liegen, durchgesetzt würden und unverändert blieben, wäre dies im Ergebnis eine Beschädigung der parlamentarischen Demokratie.

Ich will ein Beispiel nennen. Der Kollege Norbert Wieczorek wird das noch ausführlicher darstellen. Ab der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, d. h. voraussichtlich ab 1996, wird es eine einheitliche europäische Währung geben. Die **Entscheidungen** aber **über die Währungspolitik** und damit auch über die Stabilität der Währung würden dann nicht mehr vom Deutschen Bundestag getroffen, sondern nur noch vom zuständigen Ministerrat, das heißt

(B) von Vertretern der Regierungen. Wir haben doch nicht die Zentralkomitees in Osteuropa abgeschafft, um neue in Westeuropa zu installieren!

(Beifall bei der SPD)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Schmidt)

Es muß doch so sein — dafür sind wir, liebe Kolleginnen und Kollegen —: Wenn in der Währungspolitik Souveränität auf die EG übertragen wird, dann bitte nicht allein auf den Ministerrat für Wirtschafts- und Finanzfragen, sondern auch auf das Europäische Parlament! Das ist die logische Schlußfolgerung. Deshalb gibt es den Zusammenhang zwischen Politischer Union und Wirtschafts- und Währungsunion.

Für den Bereich der **Sicherheitspolitik**, den Herr Außenminister Genscher ausführlich angesprochen hat, gilt: Auch nach den EG-Vertragsänderungen über jedweden **Einsatz der Bundeswehr** entscheidet nach den Bestimmungen des Grundgesetzes der Deutsche Bundestag. Es darf auch keine einzige Stufe dieser Entscheidungen geben, die ohne parlamentarische Kontrolle und Mitsprache bliebe.

An dieser Stelle will ich noch einmal auf folgendes hinweisen: Auch im Bereich der Sicherheitspolitik ist es bisher so, daß das, was vorgesehen ist, zwar eine Konsultation, eine Anhörung des Europäischen Parlaments bedeutet, aber daß in all den wichtigen Fragen, die hier skizziert worden sind, das Europäische Parlament nach den bisher vorliegenden Vertragsänderungen nicht endgültig entscheiden soll. Das heißt, auch in diesem Bereich muß es reale Mitentscheidungsrechte geben.

(C) Wir begrüßen im übrigen, daß die Bundesregierung durch Bundesaußenminister Genscher in der Regierungskonferenz zur Politischen Union am 3. Dezember 1991 für die **Bundesregierung** einen **Verfassungsvorbehalt** in einer Klarstellung gegenüber den anderen Mitgliedstaaten abgegeben hat, in der sie darauf hinweist, daß sie verfassungsrechtlich am Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb des Bündnisgebietes der NATO gehindert ist. Eine solche Klarstellung entspricht der geltenden Verfassung, und sie entspricht der SPD-Interpretation der Vertragsänderungen.

(Ulrich Irmer [FDP]: Das ist nicht immer identisch!)

Mit dieser Klarstellung wird endlich die Auffassung mancher aus den Reihen der CDU/CSU als falsch zurückgewiesen, die behaupten, mit den Vertragsänderungen sei die Beschränkung des Grundgesetzes für den Bundeswehrauftrag zur Verteidigung überwunden.

Dieser Verfassungsvorbehalt muß nun allerdings auch eine formelle Protokollnotiz der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik bei der Vertragsunterzeichnung in Maastricht werden.

Es gilt unmißverständlich die im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik genannte Möglichkeit: „Friedenserhaltende Operationen im Rahmen der UNO" müssen so lange ohne deutsche Beteiligung bleiben, als nicht eine Grundgesetzänderung die **Möglichkeit des Blauhelm-Einsatzes der Bundeswehr** ermöglicht. (D)

(Beifall bei der SPD)

Dazu sind wir bereit. Wir bieten diese Grundgesetzänderung ausdrücklich an. Die Bundesregierung weiß: Für eine Beteiligung an UNO-Kampftruppen gibt es in der Bundesrepublik keine verfassungsändernde Mehrheit, was immer die Bundesregierung in diesem Bereich auch an Absichtsänderungen publizieren mag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Maastricht für Europa und die parlamentarische Demokratie ein Erfolg wird, wird auch die **EG** imstande sein, **neue Mitgliedstaaten** aufzunehmen. 1995 und 1996 werden wahrscheinlich Österreich und Schweden dabei sein. Finnland, Norwegen, vielleicht auch die Schweiz werden folgen, danach die CSFR, Polen und Ungarn. Noch vor Abschluß dieser Beitrittsverhandlungen muß neu verhandelt werden: über die neuen gestrafften Institutionen einer solchen erweiterten Politischen Union, damit sie angesichts von vierzehn, fünfzehn oder gar zwanzig Mitgliedstaaten nicht unbeweglich wird.

Diese nächste Stufe kann und darf nicht mehr in Regierungskonferenzen unter Ausschluß der kritischen Öffentlichkeit und ohne Beteiligung von Parlamentsabgeordneten stattfinden. Sie muß in der Form der Beratungen eines europäischen Verfassungsrates erfolgen, der die Hoffnungen und Wünsche der europäischen Völker wirklich aufnimmt.

Heidemarie Wieczorek-Zeul

(A) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Das Wort hat nun der Kollege Peter Kittelmann.

Peter Kittelmann (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man die Opposition eben vernommen hat, könnte man den Eindruck haben, wir hätten die letzten Wochen verschlafen. Aber das täuscht. Denn in Wirklichkeit wissen wir alle, daß Sie mit der **Politik der Bundesregierung,** die sie in den letzten Wochen in **Vorbereitung von Maastricht** betrieben hat, mehr als einverstanden sind. Das zeigen interne Gespräche. Sie haben nur nicht den Mut gehabt, das hier offen auszusprechen.

(Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Was? Herr Kittelmann, wo Ihnen der Mut fehlt, das haben Sie bei der Erarbeitung gezeigt!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, das Problem ist für die Opposition natürlich schwierig zu lösen, da sie nicht in der Regierung und nur Verfolger des Geschehens ist. Aber ich glaube, hier hatten Sie sehr viel mehr Anlaß, als Sie verdeckt zugegeben haben, die Politik der Bundesregierung positiv zu würdigen. Das ist übrigens auch Ziel des gemeinsamen Antrags, dem Sie letztlich zugestimmt haben.

Das Wort vom historischen Datum geht uns in letzter Zeit sehr leichtfertig von den Lippen. Deshalb ist es verständlich, daß viele Menschen bei diesem Begriff (B) zurückhaltend fragen: Ist es diesmal ein historischer Anlaß? Der **Gipfel in Maastricht** wird aber zu einem **historischen Datum** werden, egal, wie die Ergebnisse im einzelnen aussehen. Maastricht entscheidet so oder so über die weitere Entwicklung hin zu einem gemeinsamen, friedlichen Europa. Der Einigungsprozeß muß für alle Zeiten festgeschrieben werden und damit unumkehrbar sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir alle wissen doch, daß das einzelstaatliche souveräne Handeln gar nicht mehr fähig ist, die großen, längst grenzüberschreitenden Probleme zu lösen. Selbst die Franzosen — oder soll ich sagen: auch die Franzosen —, die auf ihrer traditionellen Nationalstaatlichkeit bestehen, zeigen mit der Kohl/Mitterrand-Initiative europäische Entschlossenheit. Wenn Außenminister Dumas von einer „grundlegenden Wandlung zu einer übernationalen Einheit" spricht, ist das ein ermutigendes Zeichen für den EG-Gipfel. In der Präambel des EWG-Vertrages haben die unterzeichnenden Staaten verbindlich ihren festen Willen bekundet, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen". Genau diesem Anspruch gilt es nun gerecht zu werden und damit eine historische Markierung zu setzen.

Meine Damen und Herren, im Bewußtsein der Bürger Europas ist die **Europäische Gemeinschaft** noch immer eine **Wirtschaftsgemeinschaft,** eine Gemeinschaft, die ihre politische Machtlosigkeit angesichts des Golfkrieges und in wirklich dramatischem Ausmaß angesichts des Grauens in Jugoslawien schmerzlich erfahren mußte. (C) Diese Erfahrung war leider unvermeidbar; denn bislang fehlt der Gemeinschaft das politische Instrumentarium, um solcher Krisen und Kriege Herr zu werden.

Wir wissen, daß 1950, als der damalige französische Außenminister Robert Schuman die Gründung einer europäischen Gemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland vorschlug, Schuman eine **politische Institution** anvisierte. Konrad Adenauer erkannte die Dimension des Schuman-Plans und wußte, daß Deutschland damit in die internationale Völkerfamilie integriert wird.

Damit wurde für uns Christdemokraten — und ich weiß, inzwischen sieht es die Mehrheit des deutschen Volkes so — eine Vision geboren, die nach dem großartigen Erfolg der **deutschen Einigung** unter Bundeskanzler Kohl nun realisiert und weiterentwickelt werden kann. Es ist eine Riesenfreude, daß jetzt nach Überwindung der Trennung alle Deutschen Teil der Europäischen Gemeinschaft sind. Ich bin persönlich stolz darauf, daß eine Politik, die im wesentlichen von führenden Vertretern der CDU/CSU geprägt wurde, immer eine vehement vertretende **Europa-Politik** war, die sich zwischen zwei großen Europa-Politikern spannt: Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diese Politik werden wir die Menschen, vor allem der neuen Bundesländer, immer intensiver einbeziehen müssen, damit auch sie nachvollziehen können, daß auch ihr persönliches Schicksal von einer solchen erfolgreichen Europa-Politik abhängt. (D)

Die großen Impulse in der jüngsten Europa-Politik sind besonders von der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen — genau zu jener Zeit, in der einige europäische Partner Sorgen hatten, wir Deutschen würden einer Großmannssucht unterliegen. Die Bundesrepublik hat in allen ihren Initiativen und Verhandlungen immer wieder das Versprechen des Bundespräsidenten und vor allen Dingen des Kanzlers eingelöst, die **deutsche Einigung** nur **im Kontext eines gemeinsamen Europas** zu begreifen.

Die europäischen Nachbarn wissen das, und sie wissen auch um das großartige Engagement des Kanzlers und des Außenministers und unseres Finanzministers in Sachen Europa. Noch nie gab es eine solche Bewegung in der Gemeinschaft, noch nie ein so vehementes Wollen, Europa zu einem gemeinsamen Europa, einer Union, zu machen. Ich darf hier dem Bundeskanzler — und ich bin sicher, da spreche ich für das ganze Haus, nicht nur für die CDU/CSU und die FDP — unseren allerherzlichsten Dank für das Engagement in den letzten Monaten und Jahren sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dies gilt auch Ihnen, Herr Außenminister Genscher, und Ihnen, Herr Finanzminister Waigel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir Politiker gehen für die Zukunft auch deshalb eine Verpflichtung ein, weil die Menschen das gemeinschaftliche Europa konkret spüren wollen. Für

Peter Kittelmann

(A) dieses gemeinsame Europa muß die Bundesregierung in Maastricht jetzt auch weiter mutig und entschlossen eintreten. Die Verhandlungen über die **Politische Union** und die **Wirtschafts- und Währungsunion** sind, wie wir alle wissen, in den nächsten Tagen auf dem Prüfstand.

Ziel einer jeden Europa-Politik — darüber sind wir uns alle einig — ist die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung des Friedens dort, wo er gefährdet oder zerstört wird. Wenn wir nach Jugoslawien schauen, wissen wir, daß noch große Anstrengungen zu unternehmen und schwierige Fragen zu lösen sind. Europa und seine Gemeinschaft vertreten die Überzeugung, daß mit Gewalt politische Konflikte nicht gelöst werden können.

Wenn wir im Vorfeld von Maastricht immer wieder von einem notwendigen qualitativen Sprung gesprochen haben, der hin zur **Politischen Union** genommen werden muß, machen wir ernst mit dem, was längst in der Gemeinschaft angelegt ist, nämlich einen wirklichen **Interessenausgleich** herzustellen und ihn wirkungsvoll zu institutionalisieren. Das ist eine unaufgebbare Forderung, ein unaufgebbares Prinzip gemeinschaftlichen Handelns, das jetzt nach seiner Konsequenz verlangt, einer handlungsfähigen Politischen Union.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dafür brauchen wir verbindliche Zusagen in Maastricht.

Unser Dank gilt darum schon jetzt den Erfolgen, die (B) für die Wirtschafts- und Währungsunion durch Finanzminister Waigel im Vorfeld des Gipfels erreicht worden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Vorbeugend!)

Von einem Ausverkauf der DM — das wissen alle hier im Hause — kann überhaupt nicht die Rede sein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nur der Kölner Express weiß das!)

Meine Damen und Herren, Finanzminister Waigel ist nur zu unterstützen, wenn er betont, daß die **europäische Währung** so hart wie die D-Mark sein muß. Erst dann können wir bereit sein, unsere D-Mark im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion in die europäische Waagschale zu werfen. Alle anderen Presseberichte, die gerade jetzt erschienen sind, sind irreführend.

Die Parallelität von Politischer Union und Wirtschafts- und Währungsunion ist für die CDU/CSU unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der zweite, die Europapolitik tragende Pfeiler ist der **Prozeß der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung** in der Gemeinschaft. Die demokratische Legitimation der Gemeinschaft durch ein Europäisches Parlament, dessen Rechte endlich gestärkt und erweitert werden müssen, bleibt ganz entscheidend; dies nicht zuletzt, um den Bürgern in Europa zu sagen: Das ist euer Europa mit einem Parlament, das ihr wählt, das eure Interessen wahrnimmt. (C)

Ich kann nur davor warnen, diesen Punkt zu unterschätzen. Die Zeit der großen Europaeuphorie, des bedingungslosen Ja zu Europa ist vorbei, weil das Image des aktuellen Europas nicht immer das beste ist.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Darum gilt: Wir brauchen Europa für seine Bürger, und wir brauchen für Europa den Rückhalt durch seine Bürger. Verlieren wir diesen Rückhalt, verspielen wir die Chance eines friedlichen Zusammenwirkens der europäischen Völker.

Der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Jacques Delors, hat vor dem Europäischen Parlament vor kurzem gesagt — ich zitiere —: „Man mogelt nicht mit den Herausforderungen unserer heutigen Welt." Er hat mit diesem mutigen Wort recht. Diese Mahnung gilt vor allem für viele europäische Partner, die kurz vor Maastricht Konditionsprobleme bekommen. Unsere Ziele sind klar formuliert und Bestandteil des gemeinsamen Antrags, der von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Sozialdemokraten — ich nehme an: vom ganzen Haus — mit getragen wird.

Frau Wieczorek-Zeul, wir freuen uns, daß Sie diesem Antrag zugestimmt haben. Wir stehen allerdings mit diesem Antrag nicht nur für die Erweiterung der Rechte der EG ein. Es hilft Ihnen auch nicht, eine dialektische Auslegung des Antrags vorzunehmen. In diesem Antrag hat die Koalition, vor allen Dingen die (D) CDU/CSU, nicht eine ihrer grundlegenden Forderungen für die Gemeinschaft aufgegeben.

Wir werden weiterhin dafür eintreten, daß das Asylrecht Gemeinschaftsaufgabe werden wird. Wir werden uns aber auch nicht — dieses ist für das, was Sie gesagt haben, wichtig; Herr Irmer hat in seiner Zwischenfrage auch schon darauf hingewiesen — in der Letztentscheidung bei der Ratifizierung davon abhängig machen, was das Europäische Parlament zum **Ergebnis von Maastricht** sagen wird. Wir werden diese Meinung allerdings beachten und in unsere Beratungen einfließen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind für die unabdingbare Verbindung zwischen der Wirtschafts- und Währungsunion und der Politischen Union. Dies geht aus unserem Antrag eindeutig hervor. Wir sind für eine deutliche Stärkung und Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments. Wir sind für eine justitiable Verankerung des Subsidiaritätsprinzips. Wir sind für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir sind für eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innen- und Justizpolitik.

Wir alle wissen, daß der Gipfel in Maastricht sehr genau beobachtet werden wird. Fehlendes europäisches Engagement wird der deutschen Seite niemand auch nur im Ansatz ernsthaft unterstellen. Darum sollte man auch von diesem Hause aus einen deutlichen Appell an unsere europäischen Partner richten, sich in die Verantwortung rufen zu lassen.

Peter Kittelmann

(A) Bei allen Problemen, die die Menschen heute in der EG spüren, geht unsere Verantwortung ja weit über diese hinaus. Je schneller wir diese Verantwortung in Maastricht erfüllen, desto schneller können wir auch der Verantwortung gegenüber Dritten gerecht werden. Deshalb dürfen wir die Gemeinschaft nicht nur vertiefen, sondern wir müssen sie auch erweitern. Dies ist eine große Herausforderung der Europäer in der heutigen Zeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, nach dem griechischen Mythos wurde Europa von Zeus in der Gestalt eines Stieres entführt.

(Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE]: Das wollen wir nicht noch einmal haben! — Heiterkeit)

Lassen Sie uns nun umgekehrt den Stier bei den Hörnern packen und Europa aus den Fesseln der politischen Machtlosigkeit befreien.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Und der Bürokratien!)

Europa lohnt sich für uns alle und darf nicht aus Angst vor der eigenen Courage scheitern. Der Slogan, der Ihnen bekannt ist, beinhaltet viel Wahres: Europa ist unsere Zukunft.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP — Michael Glos [CDU/CSU]: Das war eine staatsmännische Rede!)

(B)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Gerd Poppe das Wort.

Gerd Poppe (Bündnis 90/GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Äußerungen, die in letzter Zeit von manchem westeuropäischen Politiker gemacht wurden, machen deutlich, daß mit der an sich erstrebenswerten **Europäischen Union** überaus unterschiedliche Vorstellungen verbunden sind. Fatalerweise gehört dazu mitunter auch die Idee von einer **Supermacht EG.** Einer westeuropäischen Großmacht den durch die Auflösung des sowjetischen Imperiums vakant gewordenen Platz zuzuweisen stünde aber nicht nur im eklatanten Widerspruch zur faktischen Leistungsfähigkeit der EG, deren Haushalt weitgehend durch Subventionen im Bereich der Landwirtschaft geprägt und deren Außen- und Sicherheitspolitik am besten mit dem kläglichen Versagen gegenüber dem serbisch-kroatischen Krieg zu beschreiben ist.

Eine solche Supermacht würde auch unseren Traum von einem Europa zerstören, das allen seinen Staaten angemessene und in absehbarer Zeit gleichwertige Chancen gibt; das seine Konflikte ohne die Entsendung von Eingreiftruppen löst; das die Umwelt schützt und nicht weiter zubetoniert; das Fremde nicht als Gefahr ansieht, sondern die nationale und ethnische Vielfalt als Wert begreift, unseren Traum von einem Europa, in dem die föderalen und regionalen Strukturen gestärkt sind und in dem demokratisch entschieden wird.

(C) Auf Grund unserer DDR-Vergangenheit kennen wir die Gefahren sehr genau, die sich aus zentralistischen Machtstrukturen und dem Mangel an parlamentarischen Rechten ergeben. Zu den **klassischen Rechten eines Parlaments** gehört es, die Regierung und den Haushalt zu kontrollieren sowie eigene Initiativen zu ergreifen. Ich weiß, daß ich offene Türen damit einrenne, sage es aber doch noch einmal: Für den Prozeß der europäischen Einigung sind das Prinzip der Subsidarität und die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments unverzichtbar. Zweifel an der Durchsetzbarkeit dieser Essentials in Maastricht sind aber nach vielen Erklärungen zur Regierungskonferenz angebracht.

Für sehr zweifelhaft halten wir auch das Konzept einer **gemeinsamen Sicherheitspolitik,** das sich mit dem untauglichen Versuch einer Revitalisierung der WEU verbindet. Als selbstverständlich wird dabei unterstellt, daß es sich um ein rein militärisches Sicherheitskonzept handeln müsse, als hätte es sich nicht schon längst erwiesen, daß politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Konfliktverhütung und -schlichtung weitaus besser geeignet sind.

Gern übersehen wird auch die wirtschaftliche Komponente des gemeinsamen Verteidigungssystems. Mit dem Fall der Binnengrenzen werden nationale **Rüstungsexportkontrollen** wirkungslos. Statt den Waffenmarkt gemeinsam einzuschränken, kalkulieren die EG-Staaten seine weitere Öffnung ein. Daß dies im Sinne europäischer Friedenspolitik kontraproduktiv ist, bedarf nach den Erfahrungen mit dem Golfkrieg keiner weiteren Erläuterungen.

(D) Auch hinsichtlich der angestrebten innenpolitischen Zusammenarbeit sind die Weichen bisher falsch gestellt worden. Wenn die Flucht vor Kriegen, Hungersnöten oder ökologischem Raubbau und die sich darauf gründenden Einwanderungswünsche nur als Sicherheitsfragen abgehandelt werden, wird es nicht gelingen, ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen in Europa zu erreichen. Wir wenden uns dagegen, daß unter dem Vorwand der **Harmonisierung der Asylpolitik** auf europäischer Ebene die Aushöhlung des Asylrechts in Deutschland betrieben wird.

Darüber hinaus müssen gesamteuropäische Konzepte vor allem darauf gerichtet sein, die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen ihre Existenz in den Heimatländern sichern können. Gerade zu dieser Problematik aber ist von Maastricht wenig zu erwarten. Ich habe auf das Fehlen einer ausreichenden politischen Perspektive der EG für die **neuen Demokratien des Ostens** von dieser Stelle aus mehrfach hingewiesen.

Grundsätzlich ist die Politische Union erstrebenswert. Ohne sie ist auch die Wirtschafts- und Währungsunion das Papier nicht wert, auf dem sie beschrieben ist. Fehlentwicklungen westeuropäischer Politik zu befestigen und unumkehrbar zu machen bedeutet aber, die falschen Pflöcke einzuschlagen. Entsprechendes gilt für die Wirtschafts- und Währungsunion.

Voraussetzung für eine Union gleichberechtigter — das heißt auch: wirtschaftlich vergleichbarer — Staaten ist die weitgehende Konvergenz von Faktoren

Gerd Poppe

(A) wie Produktivitätsentwicklung, Wachstums- und Inflationsrate. Diese ist innerhalb der jetzigen EG nur eingeschränkt gegeben. Die finanziellen Folgen der deutschen Vereinigung und die notwendige Öffnung der EG nach Osteuropa werden zu neuen Belastungen der Konvergenz führen.

Unter den derzeitigen Voraussetzungen der faktischen Ungleichheit und der ungleichen Entwicklungsperspektiven wäre eine Wirtschafts- und Währungsunion nur bei gleichzeitigen **Kompensationsleistungen der reichen für die armen EG-Länder** vertretbar. Der Anpassungsdruck an die westdeutsche Wirtschaft wird im einheitlichen Währungsraum stärker werden. Schwächere Länder, die Investitionsrückstände aufholen und Arbeitsplätze schaffen müssen, benötigen währungspolitischen Spielraum. Eine Einheitswährung, stabil gehalten von einer europäischen Zentralbank, könnte auch neue Konflikte hervorrufen. Gerade an Geldwertstabilität interessierte Experten warnen vor einer solchen Entwicklung, die den inneren Frieden schon der jetzigen EG gefährden würde. Daß unter diesen Bedingungen die angemessene Beteiligung der osteuropäischen Länder in weite Ferne rückt, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Abschließend einige Bemerkungen zur **europäischen Umweltpolitik.** Trotz des gewachsenen Problembewußtseins hat sich der Zustand der Umwelt in den EG-Ländern weiter verschlechtert. Schon jetzt werden viele EG-Umweltnormen nicht oder nur schleppend befolgt. Wenn, was ja erklärtes Ziel ist, die Vollendung des Binnenmarktes das Wirtschaftswachstum weiter beschleunigt, würden im Falle

(B) unveränderter Politik Umweltverschmutzung und -bedrohung zunehmen. Ein interner EG-Bericht über Umwelt und Binnenmarkt zeigt die Gefahren auf, z. B. die Zunahme von Verkehrskollapsen, Mülltourismus und die Überschreitung von kritischen Grenzwerten. Für die Schwefeldioxidbelastung wird eine Steigerung um mindestens 8 % befürchtet. Aktuelles Beispiel für die deutsche Mitverantwortung ist Herrn Krauses Beschleunigungsgesetz.

Der Binnenmarkt muß verbunden werden mit der Prioritätensetzung für eine hohe Umweltqualität. Bloße Anpassungen von Vorschriftenwerken an den Stand der Technik sind dafür unzureichend. Statt dessen ist eine Umweltpolitik erforderlich, die auf dem **Vorsorge- und dem Verursacherprinzip** beruht, die eine **ökologische Steuerreform** vorsieht und — gerade an dieser Stelle hervorzuheben — dem **Subsidiaritätsprinzip** Geltung verschafft.

Unbefriedigend ist — wie schon angedeutet — auch das Konzept der gemeinsamen **Verkehrspolitik.** Die schon jetzt täglich auf den Straßen zu beobachtenden Probleme verlangen zumindest einen Strukturplan für ein europäisches Verkehrssystem mit Vorrang für den Schienenverkehr, ferner eine zunehmende Integration der verursachten Umweltschäden in die Transportpreise, und — um ein Wort zu gebrauchen, das in letzter Zeit inflationär und oft an der falschen Stelle benutzt wird — wie wäre es denn mit der Harmonisierung zugunsten eines Tempolimits?

Meine Damen und Herren, Harmonisierung darf nicht bedeuten, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen, sondern sie sollte versucht werden, um sich schon jetzt den für das nächste Jahrhundert erhofften europäischen Standards zu nähern. (C)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat das Wort der Kollege Ulrich Irmer.

Ulrich Irmer (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kollegen! Der Gipfel von Maastricht findet in einer Zeit statt, da sich die Welt in einem tiefen Umbruch befindet. Wir wissen es alle. Das Ende des Kommunismus, das Ende des Sowjetimperiums haben tiefgreifende Veränderungen hervorgerufen. Es gibt neue Chancen. Demokratie hat sich als eine „ansteckende Gesundheit" erwiesen. Wir begrüßen die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas in der Mitte der demokratischen Staaten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die alte traditionelle **Bedrohungslage** durch den Warschauer Pakt ist entfallen. Aber es sind nach wie vor erhebliche Gefährdungen geblieben. Die Welt ist noch immer kein sehr lauschiger Platz geworden. Sowjetunion, Jugoslawien, Naher Osten sind die Stichworte.

Daraus ergibt sich für uns doch die Frage: Wie reagieren wir auf die alten und neuen Herausforderungen? Reicht das Instrumentarium, das wir bisher hatten, aus? Darum geht es in Maastricht. Es geht nicht um Einzelheiten. Es geht nicht darum, ob jetzt dies schon heute oder vielleicht erst übermorgen geregelt werden kann, sondern es geht um diese Grundfrage: Was setzen wir Europäer eigentlich für eine Organisation hin, mit der wir der tiefen Unsicherheit und dem teilweise bestehenden Chaos in einigen Gegenden gar nicht weit von uns Verläßlichkeit, Stabilität und Handlungsfähigkeit entgegenstellen können. (D)

Der Fall **Jugoslawien** hat gezeigt, daß die Europäische Gemeinschaft bisher die ausreichenden Instrumente nicht hatte. Ich meine, man sollte wegen der relativen Unfähigkeit der EG in der Jugoslawien-Krise nicht die EG beschimpfen,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

sondern man sollte daraus die Konsequenzen ziehen; man sollte nämlich sagen: Gerade dieser Fall hat gezeigt, daß wir die bisherige Europäische Gemeinschaft weiterentwickeln müssen zu einer Europäischen Union, die handlungsfähig ist, auch in Krisenzeiten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Michael Glos [CDU/CSU]: Vor allen Dingen auch handlungswillig!)

Es muß die **Politische Union** geschaffen werden mit der **Kompetenz für Außen- und Verteidigungspolitik.** Frau Präsidentin, die USA wären nicht groß geworden, wenn Delaware oder South Dakota eigenständige Außen- und Verteidigungspolitik betrieben hätten.

Ulrich Irmer

(A) Herr Poppe, wir als Europäer versuchen doch nicht deshalb, gemeinsam stärker zu werden, weil wir irgend jemanden bedrohen oder gar beherrschen wollten, sondern wir versuchen deshalb stärker und handlungsfähiger zu werden, weil es dazu gar keine Alternative gibt, weil dies unsere einzige Chance ist, zu überleben und unsere eigenen Interessen vernünftig zu vertreten, weil wir nur damit auch die Möglichkeit haben, anderen zu helfen, denen geholfen werden muß. Denken Sie an die Umweltkrise; denken Sie an die Situation in den Ländern der Dritten Welt. Soll diese Probleme ein Fleckerlteppich von Ländern bilateral angehen? Das ist doch gar nicht mehr möglich. Hier ist die größere Gemeinschaft gefragt. Deshalb müssen wir auch im Interesse der Lösung der Probleme der Dritten Welt diese Gemeinschaft schaffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jetzt haben wir hier eine außerordentlich pessimistische Bewertung seitens der Kollegin Wieczorek-Zeul gehört. Liebe Frau Wieczorek-Zeul, Sie sagen hier im ersten Absatz Ihres Antrages:

> Der Deutsche Bundestag gibt seiner großen Besorgnis über die Entwicklung in der Regierungskonferenz Ausdruck.

Ich muß ehrlich sagen: Nachdem ich die Berichte von Herrn Waigel und Herrn Genscher gehört hatte, bin ich ausgesprochen positiv überrascht gewesen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte den beiden Ministern zu dem gratulieren, (B) was sie bisher schon erreicht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ist in einzelnen Bereichen natürlich noch nicht ausreichend.

(Detlev von Larcher [SPD]: Aber nicht besorgniserregend!)

In dem Bereich **Rechte des Europäischen Parlaments** muß noch mehr getan werden. Frau Wieczorek-Zeul, inhaltlich stimme ich ja mit allem überein, was Sie gesagt haben — ich komme nachher noch auf das Europäische Parlament zurück —, aber wir haben doch im Bericht des Bundesaußenministers gehört, daß die Politische Union in greifbare Nähe gerückt ist. Es ist eine gemeinsame Außenpolitik beschlossen, bisher begrenzt auf einzelne Bereiche, aber mit der Möglichkeit, dieses auszuweiten. Der Katalog, der hier verlesen wurde, ist nicht abschließend, sondern er kann ergänzt werden.

Ich finde es ganz besonders bemerkenswert, ich betrachte es als einen Durchbruch, daß jetzt gesagt wurde: Wer sich noch nicht beteiligen will, dem steht es frei, etwas später zu kommen. Aber die, die gemeinsam handeln wollen, handeln dann schon gemeinsam. Das ist doch ein Durchbruch gegenüber all dem, was wir früher gehabt haben. Man kann doch jetzt nicht hingehen und das alles in Grund und Boden jammern. Ich verstehe gar nicht, warum Sie so wehleidig sind, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei der FDP)

Ich meine, daß gerade in diesem Zeitpunkt ein wenig (C) Optimismus angebracht ist, den wir auch unserer Bundesregierung mit auf den Weg nach Maastricht geben sollten.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD])

— Ja, Sie jammern für meinen Geschmack ein bißchen zuviel.

(Zuruf von der SPD: Ihre Rede ist bejammernswert!)

— Nein, Herr Kollege, darüber können wir uns nachher privat unterhalten.

Lassen Sie mich noch als positiv herausstreichen, daß jetzt beschlossen worden ist, die **WEU** als integralen Bestandteil der Europäischen Union zu definieren. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Fortschritt. Wir kommen damit dazu, daß wir die **europäische Verteidigungskomponente** zum erstenmal in den Griff bekommen. Besonders erfreulich ist, daß endlich Schluß sein wird mit den Befürchtungen, dieses richte sich gegen die **NATO** oder spiele sich neben der NATO ab. Genau dies ist nicht der Fall. Wie die Europäische Gemeinschaft in ihrer Fortentwicklung zur Europäischen Union das stabilisierende Element in unserer Region sein wird, so wird die NATO das stabilisierende Element in den transatlantischen Beziehungen bleiben, wie es in der Vergangenheit gewesen ist.

Ich unterstreiche alles, was über unsere **Beziehungen zu den jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas** gesagt worden ist. Hier betone ich, daß die EG noch mehr tun muß. Wir müssen insbesondere Wege (D) finden, wie wir vor einem Vollbeitritt dieser Länder, den wir in der Perspektive alle wollen, bereits Wege finden können, diese Länder näher an uns heranzuführen, wie wir sie an der Europäischen Politischen Zusammenarbeit beispielsweise schon beteiligen können, ehe sie Vollmitglieder der Gemeinschaft werden können.

Lassen Sie mich ein Wort zur **Subsidiarität** sagen. Das ist das Grundprinzip sowohl unseres eigenen Bundesstaates hier als auch der künftigen Europäischen Union. Ich meine, daß der Bundesrat manchmal über das Ziel hinausschießt. Aber weil er immer so betont, daß er auch dort mehr mitreden will, finde ich es schon besonders bemerkenswert, daß hier nur ein einziger Minister auf der Bank sitzt. Respekt, Herr Goppel: Ein Bayer kämpft halt für seine Sache, möge er nun recht haben oder nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, abschließend zum **Europäischen Parlament:** Natürlich reicht es noch nicht aus, was jetzt erreicht werden konnte, aber es besteht doch kein Zweifel, daß diese Bundesregierung diejenige ist, die die anderen da zum Jagen treibt.

Das müssen Sie doch auch einmal anerkennen. Sie können doch nicht der Bundesregierung Vorwürfe machen, wenn sich andere dem verweigern. Aber sie kämpft ja weiter, und zwar unermüdlich. Wir stehen hinter ihr, und Sie sollten die Bundesregierung auch unterstützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ulrich Irmer

(A) Als beklagenswert bleibt festzuhalten, daß wir möglicherweise auch nach Maastricht noch nicht den Zustand einer vollen Demokratie und eines vollen Parlamentarismus in Europa erreichen. Die EG stellt an alle beitrittswilligen Länder hohe Anforderungen, was **Parlamentarismus und Demokratie** angeht. Mit Recht: Würde sie bei sich selbst nach dem heutigen Zustand einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen, müßte dieser wegen undemokratischer Umtriebe abgelehnt werden. Dieses wollen und müssen wir ändern. Wir wünschen der Bundesregierung für ihre Verhandlungen in Maastricht von Herzen alles Gute und guten Erfolg.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat das Wort zu einer Kurzintervention der Kollege Horst Peter.

Horst Peter (Kassel) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Irmer, Ihr Gesicht sah sehr besorgt aus, als Sie Ihre Beiträge zu Europa gemacht haben. Ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, weil ich sehr aufmerksam zugehört habe, ob in den Beiträgen der Bundesregierung und der Sprecher der Regierungsfraktionen der Bereich der **sozialen Dimension** vorkommt. Er ist in einem Satz beim Herrn Bundesaußenminister Genscher vorgekommen.

(Bundesminister Hans-Dietrich Genscher: Ein Kernsatz!)

Aber wenn man sich vor Augen führt, daß die soziale (B) Dimension der Bereich des Binnenmarktes ist, der Bereich der europäischen Einigung ist, bei dem die Akzeptanz der Bevölkerung zu gewinnen ist, und wenn man zur Kenntnis nimmt, daß für die britische Regierung die soziale Dimension wohl der Bereich ist, wo sich überhaupt nichts bewegt, dann muß ich sagen: Welchen Stellenwert haben die konkreten Vorschläge der Bundesregierung in Maastricht, wenn es darum geht, bei einer Mehrheitsentscheidung zu vermeiden, daß von einem Mitgliedstaat jegliche Bewegung in der Sozialpolitik verhindert werden kann und wir damit ein Europa der zwei Geschwindigkeiten haben, bei dem die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa auf der Strecke bleiben? Wenn Sie das nach außen nicht deutlich als ein Ziel herausstellen, so daß auch den anderen Regierungen klar wird, daß die Bundesregierung diesbezüglich nicht mit sich reden läßt und daß dies in den Verhandlungen berücksichtigt werden muß, dann besteht in der Tat Grund, das Wort „Besorgnis" bei der Beurteilung dessen, was bisher erreicht worden ist, in den Mund zu nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat der Kollege Dr. Norbert Wieczorek das Wort.

Dr. Norbert Wieczorek (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Innerhalb sehr kurzer Zeit ist es nun das dritte Mal, daß wir hier im Deutschen (C) Bundestag über den europäischen Einigungsprozeß diskutieren.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Das ist gut!)

— Das ist gut, das ist richtig, Herr Kollege Kittelmann. Allerdings war die öffentliche Resonanz auf unsere Debatten bisher eher mager.

Ich hoffe sehr, daß es gelingt, diesen Zustand zu durchbrechen. Wenn das nicht geschieht, wird eine breite Öffentlichkeit nicht in die Beschlüsse zur Ratifizierung eines möglichen Vertragwerks einbezogen. Später wird es dann sehr schwierig sein, Zustimmung zu den schwerwiegenden Veränderungen, wie z. B. der Aufgabe der D-Mark, zu erreichen.

Das, was heute in der Boulevardpresse zu lesen war, sollte uns nachdenklich stimmen. Das ist genau die Publizität, die uns nicht hilft.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das war schlimm, genau!)

Wenn ich es richtig verstehe, hat sich die Bundesregierung primär darauf ausgerichtet, in der **Währungsunion** Ergebnisse zu erzielen, die den **Rahmen für eine stabilitätsorientierte Geld- und Währungspolitik** bilden können. Wir haben sie dabei unterstützt, und wir sind über die Maßnahmen und Ziele weitgehend einig gewesen. Ich werde gleich noch auf einige Punkte und den aktuellen Stand eingehen.

Generell kann man sagen, daß das Vertragswerk, das jetzt vorliegt, weitestgehend deutschen Vorstellungen entspricht.

(D) Die Bundesregierung hat aber zugleich in verschiedenen Feldern, in der **Justiz-, Außen-, Verteidigungspolitik** und bei den **Rechten des Europäischen Parlaments**, Initiativen ergriffen. Die Ergebnisse dieses Bereichs — nämlich der Politischen Union — sind allerdings ausgesprochen mager und, Herr Kollege Irmer, fast zum Jammern.

Wenn es aber richtig ist, daß eine Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer nur erfolgreich arbeiten kann, wenn es in diesem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet gemeinsame politische Zielvorstellungen und demokratische Strukturen zur Findung solcher Zielvorstellungen und ihrer Durchsetzung gibt, dann besteht jetzt die große Gefahr, daß wir bei dem europäischen Einigungsprozeß mit einem Bein einen großen Sprung machen, mit dem anderen aber im Schlamm steckenbleiben; die Folge von dergleichen ist bekanntlich, daß man auf die Nase fällt.

Die Bundesregierung wird daher im Hinblick auf die Verhandlungen in Maastricht sehr darauf achten müssen, daß gerade dann, wenn die Finalität der Maastrichter Beschlüsse ernsthaft gewollt ist — das ist hier wieder gesagt worden —, die Beschlüsse in beiden Bereichen so sind, daß der eben beschriebene Effekt nicht eintritt.

Für den Bereich der Währungsunion sehe ich da noch folgende — allerdings zu bewältigende — Probleme: Erstens. Unsere Forderung ist, daß der **Sitz der Zentralbank** nach Frankfurt kommt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Norbert Wieczorek

(A) nicht nur weil wir ihn gern in Frankfurt hätten, sondern vor allem, weil die Denk- und Handlungsgewohnheiten einer Zentralbank auch davon bestimmt werden, ob sie in einem Klima, das von Stabilitätsdenken geprägt ist, handelt und arbeitet; ich möchte das nicht unterschätzen.

Zweitens zur **politischen Bewertung der Konvergenzkriterien**. Einerseits begrüßen wir, daß klare Konvergenzkriterien in den vorliegenden Entwürfen enthalten sind, andererseits ist es auch durchaus richtig zu sagen, daß eine politische Bewertung im Lichte der Bemühungen zu mehr Stabilität notwendig ist. Das könnte auch für die Bundesrepublik im Jahr 1996 gelten.

An den Finanzminister gerichtet möchte ich sagen, daß er dann auch auf seine Nebenhaushalte und Schuldentöpfe achten muß, nicht nur auf seinen offiziellen Haushalt.

Eine Gefahr, die bisher übersehen wurde, die an den Finanzmärkten aber zunehmend diskutiert wird, ist die Gefahr, daß harte Konvergenzkriterien, wie z. B. jenes, daß das akkumulierte Haushaltsdefizit nicht mehr als 60 % des Bruttosozialprodukts betragen soll, von der Art sind, daß es weder möglich noch ökonomisch erwünscht ist, daß Länder, die ansonsten auf Grund ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik reif für den Beitritt wären, dieses Kriterium erfüllen. Aus heutiger Sicht nenne ich hier nur Belgien und Irland.

Wenn eine politische Bewertung in diesen Fällen zu dem Ergebnis käme, daß auf dieses Kriterium verzichtet werden kann, besteht die große Gefahr, daß auch alle anderen Kriterien zur freien Disposition gestellt

(B) würden. Ich möchte die Bundesregierung daher sehr eindringlich bitten, in Maastricht noch etwas klarer zu machen, was denn mit der Abfolge einer politischen Bewertung tatsächlich gemeint ist.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt ist das **Einfrieren des gegenwärtigen ECU-Korbes**. Das klingt nach Stabilisierung, härtet aber den bestehenden ECU überhaupt nicht, und es besteht die Gefahr, daß das Einfrieren zu einem Zeitpunkt geschieht, zu dem notwendige Wechselkursanpassungen im europäischen Währungssystem noch nicht in zureichendem Maße erfolgt sind.

Das vierte sind die **Kosten der Kohäsion**. Mir ist, offen gestanden, ein bißchen unwohl dabei, wenn aus durchaus verständlichen Gründen diese Thematik auf den sogenannten midterm-review der Strukturfonds verschoben wird. Ich habe auch kein Verständnis dafür, daß einige Länder, wie z. B. Spanien, für die Einführung eines stabilitätsversprechenden gemeinsamen Währungssystems in der EG einen Preis erzielen wollen. Das ist sicherlich der falsche Ansatz. Darüber sind wir uns wahrscheinlich einig.

Aber aus ökonomischer Sicht ist es unabweisbar, daß die Länder, deren Entwicklungsstand hinter dem der Kerngruppe der EG weit hinterherhinkt, nach Einführung einer gemeinsamen Währung bei dieser Kerngruppe und einer dann noch stärkeren Abhängigkeit ihrer Volkswirtschaft und damit auch ihrer Währung von der Entwicklung der Kerngruppe verstärkt Anstrengungen brauchen, um die regionalen Disparitäten zu überwinden.

(C) Natürlich können Wechselkursanpassungen eingesetzt werden — deswegen lassen wir ja die Möglichkeit offen —; aber sie sind ein sehr probates Mittel und haben eher den Charakter einer Ultima ratio. Im Tagesgeschäft wird es auf Strukturhilfen hinauslaufen. Die Regelung dieser Angelegenheit, Herr Bundesfinanzminister, die für die Bundesrepublik auf jeden Fall Kosten verursachen wird, wäre sicherlich vor der endgültigen Entscheidung zur Ratifizierung sehr hilfreich. Dabei kann ich allerdings nur die Haltung unterstützen, keinen mechanistischen Finanzausgleich wie bei uns in der Bundesrepublik zu machen. Gerade das Beispiel sollte uns scheuen.

Dieser Punkt führt mich zurück zur Frage der **Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung**. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird unseren Wählerinnen und Wählern schwer zu vermitteln sein, daß wir ein gut funktionierendes Währungssystem, das die Grundlage unseres wirtschaftlichen Aufschwungs war, im gemeinsamen Europa aufgeben und für diesen Einigungsprozeß weitere Lasten übernehmen. Dies wird nur gehen, wenn der politische Einigungsprozeß voranschreitet.

Helmut Schmidt hat in der „Financial Times" darauf hingewiesen — ich glaube, es war gestern —, daß der ökonomische Einigungsprozeß über die EWG immer die politische Grundlage hatte, durch die Verflechtung unserer Volkswirtschaften kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern Westeuropas unmöglich zu machen. Wenn wir nach Mittel- und nach Osteuropa schauen, dann ist klar, daß diese Motivation nach wie vor richtig und entscheidend ist. Es zeigt sich aber auch, daß wirtschaftliche Verflech-

(D) tung allein keine Garantie für ein politisches Zusammenarbeiten auf Dauer ist. Hinzutreten muß vielmehr eine politische Struktur, die darauf gerichtet ist, gemeinsame politische Ziele zu finden und durchzusetzen.

Ich habe an dieser Stelle in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, daß es unter dem Gesichtspunkt demokratischer Kontrolle nicht angeht, etwa beim Haushaltsrecht primäre Parlamentsrechte auf den Ministerrat zu übertragen, ohne daß ein anderes Parlament, das Europäische Parlament, dann die Funktion der **parlamentarischen Kontrolle** übernimmt. Das ist aber nur ein Teil.

Der andere Teil der Forderung nach Gleichzeitigkeit bei der Einführung der Währungsunion und einer inhaltlich gehaltvollen Politischen Union ist exakt die demokratische **Findung eines Konsenses über die Ziele der Politik**. Für den Erfolg der Währungspolitik ist hier insbesondere die Finanz- und Wirtschaftspolitik zu nennen.

Der Prozeß „Binnenmarkt 1992" hat eine starke Verschränkung der Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte mit sich gebracht, und dies wird in der Zukunft noch mehr der Fall sein. Nach der **Einführung einer gemeinsamen Währung** werden sich **Störungen in einem Mitgliedsland** — das gilt auch für die Länder, die noch nicht in der dritten Stufe sind, weil sie auch besonders abhängig sind — wegen der Abhängigkeit in allen Ländern verstärkt auswirken. Bisher verspüren wir solche Störungen im wesentlichen noch in den Handelsbeziehungen. Mit der Verflechtung

Dr. Norbert Wieczorek

(A) der Finanzmärkte und der Herausbildung flächendeckender europäischer Finanzkonzerne werden sich die Störungen über den Finanzsektor unmittelbar auf alle Länder übertragen.

Die gegenwärtige Kredit- und Bankkrise in den USA ist ein deutliches Beispiel dafür, mit welchen Problemen wir in Zukunft konfrontiert sein können. Dort hat sich die Krise nicht auf den Nordosten der Vereinigten Staaten beschränkt, sondern sie ist jetzt flächendeckend.

Es hilft auch nichts, wenn wir uns auf die sogenannte **Bail-out-Klausel** — das heißt auf die Festlegung, daß die EG für exzessive Schulden eines Mitgliedslands im Rahmen der Währungsunion nicht aufkommt — berufen. Dies ist für diesen Fall wenig hilfreich; denn bevor ein Staat selbst zahlungsunfähig wird, wird voher in seiner Privatwirtschaft die Krise deutlich ausbrechen. Diese Krise wird aber über die privatwirtschaftliche Verflechtung in die anderen EG-Staaten übertragen und Maßnahmen erfordern, weil das Eigeninteresse der anderen Staaten betroffen ist.

Das gilt nicht nur für den Finanzsektor; das gilt auch für den Sektor Arbeit; denn dauerhafte Entwicklungsstanddifferenzen oder längerfristige Krisen in Teilen der EG werden zu Wanderungsbewegungen führen. Das Problem ist zur Zeit nur scheinbar gelöst, weil durch die Aufwärtsentwicklung in Portugal und Spanien bei den Bürgern dieser Länder z. B. die Motivation, ihr Land zu verlassen, geringer ist. Dies kann sich aber bei Krisenentwicklungen anders gestalten, insbesondere dann, wenn eine jüngere Generation, die

(B) internationaler gesonnen ist und die mobiler ist, in Zukunft davon betroffen ist.

Es gibt einen dritten Bereich, den ich ansprechen möchte. Es ist die **Konkurrenz um Standorte für neue Investitionen.** Schon heute sehen wir, daß bei fehlender Harmonisierung, etwa im Steuerbereich, außerhalb des Subventionskondex der EG durch die Gestaltung der direkten Steuern der Versuch zu einer Beggar-my-neighbour-Politik eingesetzt hat. In einem Gebiet gemeinsamer Währung wird sich diese Tendenz eher verstärken als abschwächen.

Wenn man nur diese drei Felder betrachtet, wird klar, daß es einer wirksamen politischen Institution zum Interessenausgleich und zur Definition wirtschaftspolitischer Ziel bedarf. Dies kann nur ein mit entsprechenden Vollmachten ausgestattetes, direktgewähltes **Europäisches Parlament** sein. Der Ministerrat kann es genau nicht sein, weil er die Addition der ihren nationalen Parlamenten verantwortlichen Minister ist. Er kann deshalb diese Grundfunktion nicht erfüllen. Es sind ja gerade die Verhandlungen in Maastricht, die dies sehr deutlich beweisen.

Aus dieser Sicht heraus kann und darf es keine Lokkerung oder gar Auflösung der **Verbindung zwischen Europäischer Währungsunion und Europäischer Politischer Union** geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich fordere in Übereinstimmung mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Bundesregierung daher auf, in

(C) Maastricht keiner Lösung zuzustimmen, die die Politische Union im Unverbindlichen läßt und nur vage Wechsel auf die Zukunft ausstellt.

Es ist sehr verführerisch, auch gerade für jemanden wie mich, der sich seit Jahren mit der Währungsunion beschäftigt hat, zu sagen: Hier haben wir jetzt etwas Anständiges auf dem Tisch; also sollten wir es machen. — Aber das kann nicht gelten, wenn man sich darüber im klaren ist, daß die besten Verabredungen zu einer Währungsunion, die endgültig und nicht reversibel ist, auf Dauer dann nicht halten, wenn der politische Rahmen und vor allem der wirtschafts- und finanzpolitische Rahmen, in dem Währungspolitik stattfindet, nicht gleichwertig geregelt ist.

Wenn sich die Mitglieder des Bundestages im Jahre 1996 — diese Zusage der Bundesregierung muß klar sein — vor dem Eintritt in die dritte Stufe — das ist auch in unserer Resolution heute enthalten — noch einmal mit der dann gegebenen Situation befassen und darüber abstimmen, muß sicher sein, daß die Gesamtproportionen stimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe in meiner politischen Arbeit — manche kennen mich schon seit längerer Zeit — nicht immer mit dem ehemaligen Staatssekretär und heutigen Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn **Tietmeyer,** übereingestimmt. An diesem Punkt aber möchte ich ihn ausdrücklich aus einer Rede zitieren, die er am 22. November 1991, also vor sehr kurzer Zeit, in Venedig gehalten hat. Er sagt:

(D)

> Der Weg in die Währungsunion ist aber — jedenfalls mit Eintritt in die Endstufe — ein Weg ohne Umkehr. Die Mitgliedstaaten geben nicht nur in einem zentralen Bereich der Politik ihre Souveränität endgültig und unwiderruflich ab und übertragen sie auf die Gemeinschaftsebene; sie treten damit auch in eine währungspolitische Solidargemeinschaft auf Gedeih und Verderb ein, in der sie sowohl die positiven wie auch die negativen Konsequenzen des Verhaltens aller beteiligten Länder in der Entwicklung des gemeinsamen Geldwertes mittragen. Der Eintritt in eine Währungsunion ist damit ein zutiefst politischer Vorgang, der weit über den Währungsbereich selbst hinausreicht.

(Dr. Alfred Dregger [CDU/CSU]: Richtig!)

> Dessen sollten sich alle, die darüber zu entscheiden haben, bewußt sein.

Er fügt in bezug auf Wanderungsbewegungen, Finanztransfers und die Gefahr politischen Drucks auf die Geldpolitik hinzu:

> Aus jeder dieser Fragen können für die Währungsunion schwere Belastungen entstehen. Vieles spricht dafür, daß diese Belastungen nur dann gemeistert werden können, wenn ein dauerhafter politischer Grundkonsens und wohl auch

— das möchte ich besonders betonen —

Dr. Norbert Wieczorek

(A) ein breiter angelegter politischer Rahmen existiert, der einer gemeinsamen staatlichen Verfassung sehr nahekommt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

— Ja, so ist das.

Leider haben die Mitgliedsländer der Gemeinschaft bisher noch keine Verständigung darüber erzielt, wie denn die längerfristige politische Struktur der Gemeinschaft aussehen soll. Eine Union, die sich nur auf den Währungsbereich beschränkt, ist auf Dauer aber sicher unzureichend.

Dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen.

Die Gleichwertigkeit der Abmachungen zur Währungsunion und zur Politischen Union wird für uns ein entscheidendes Kriterium bei der Abstimmung über die Ratifikation der Verträge sein. Dies sollte die Regierung auch hier und heute zur Kenntnis nehmen.

Ich danke sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Bevor ich der Kollegin Hellwig das Wort gebe, habe ich die Ehre, Gäste auf der Ehrentribüne des Deutschen Bundestages begrüßen zu können. Es handelt sich um den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des **armenischen Parlaments,** Herrn **David Vardanian** (B) und seine Begleitung. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, die guten Wünsche des Deutschen Bundestages begleiten Sie. Wir alle hoffen, daß für Sie und Ihr Volk friedliche Lösungen in den schwierigen Konflikten dieser Tage und Wochen gefunden werden können.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun hat Frau Kollegin Renate Hellwig das Wort.

Dr. Renate Hellwig (CDU/CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundestag unterstützt — Herr Wieczorek, ich glaube, in Ihrer Rede ist das sehr deutlich geworden — geschlossen den Bundeskanzler, den Bundesaußenminister und den Bundesfinanzminister in allen fünf Schwerpunkten, die heute und auch bisher in der Öffentlichkeit schon genannt worden sind, für den Gipfel in Maastricht: Erstens echte Mitentscheidungen des Europaparlaments bei der europäischen Gesetzgebung; zweitens Unabhängigkeit der zukünftigen, in der dritten Stufe einzurichtenden Zentralbank mit der Verpflichtung zur Sicherung der Geldwertstabilität für die zukünftigen ECU; drittens eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auch Mehrheitsentscheidungen beinhaltet;

(Zuruf von der SPD)

viertens das Prinzip der Subsidiarität, das heißt, soviel wie möglich in den unteren politischen Ebenen regeln und nur das Notwendigste auf europäischer Ebene; fünftens eine gemeinsame Innnenpolitik, insbesondere bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens im Zusammenhang mit der Drogenproblematik, (C) und in Form einer gemeinsamen Asylpolitik.

Herr Peter, Sie haben die **Sozialpolitik** angemahnt. Ich antworte Ihnen direkt darauf. Erst diese Bundesregierung hat 1984 die Sozialpolitik zur Gemeinschaftspolitik erhoben. 13 Jahre lang hätten Sie Zeit gehabt, als SPD/FDP-Regierung die Sozialpolitik einzubringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die heutige Debatte muß ein gemeinsames Signal — insbesondere auch nach außen — setzen. In Richtung der Hauptstädte der anderen Mitgliedstaaten muß deutlich werden, daß die Bundesregierung am Verhandlungstisch in Maastricht mit der vollen Rükkendeckung sowohl der Koalition aus CDU/CSU und FDP als auch der großen Oppositionspartei SPD für diese gemeinsam hier genannten Ziele eintritt. Die kleinen Parteien haben den Antrag nicht mitgemacht.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Horst Peter? Es wird Ihnen nicht angerechnet.

Dr. Renate Hellwig (CDU/CSU): Bitte, Herr Peter!

Horst Peter (Kassel) (SPD): Ist Ihnen bewußt, Frau Kollegin Dr. Hellwig, daß es bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung um den **Stellenwert der Sozialpolitik** in Maastricht geht? Und nebenbei: Welche Möglichkeiten hätte eine Regierung — welcher Couleur auch immer — vor der Einheitlichen Europäi- (D) schen Akte gehabt, die soziale Dimension des Binnenmarktes einzuklagen?

Dr. Renate Hellwig (CDU/CSU): Jede Gelegenheit. Ich weiß, daß Sie möchten, wir sollten das von Ihnen Versäumte jetzt mit umso größerem Nachdruck nachholen. Wir tun es auch, wie Sie wissen; denn seither gibt es überhaupt erst die gemeinsame Sozialcharta.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich nun zu den weiteren Punkten kommen. Im einzelnen: Die **Europäische Union** muß eine demokratisch verfaßte Union sein. Europäische Gesetze sind nur dann demokratisch legitimiert, wenn sie vom Europäischen Parlament verabschiedet sind. Es ist eine Illusion, wenn sich das französische, britische oder dänische Nationalparlament vormachen, sie könnten, wenn sie ihren Minister vor, nach Brüsseler Ratsentscheidungen und manchmal sogar währenddessen beraten, befragen und beauftragen, etwa dadurch die europäische Gesetzgebung kontrollieren. Die am Ratstisch getroffenen Entscheidungen kann nur das auf der gleichen Ebene gleichberechtigte **Europäische Parlament** kontrollieren und damit entweder bestätigen, abändern oder verwerfen.

Wir legen gemeinsam im Deutschen Bundestag so großen Nachdruck auf diese Frage, weil wir die Bürgerferne von Gesetzen fürchten, die sich allein auf die Expertenweisheit von Beamten gründen. Diese Beamten sind nicht dem ständigen Druck der Wieder- und Nichtwiederwahl ausgesetzt, der uns, die Parlamentarier, dazu zwingt, dem Volk aufs Maul zu schauen.

Dr. Renate Hellwig

(A) Der Europaausschuß des Deutschen Bundestages hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens u. a. auch darauf konzentriert, diese Grundeinsicht unseren Freunden in den anderen nationalen Parlamenten immer wieder nahezubringen. Zuletzt habe ich im Auftrag des Ausschusses die anderen mit der Bitte angeschrieben, ihre Regierungen daraufhin zu befragen, welche Haltung sie zur Stärkung des Europäischen Parlamentes in Maastricht vertreten werden.

Lassen Sie mich zur Wirtschafts- und Währungsunion feststellen, daß es ein mutiger Schritt der Deutschen in der Nachkriegszeit war, als es uns ganz schlecht ging, nicht nur die Marktwirtschaft, sondern auch die von der Bundesregierung unabhängige Bundesbank einzuführen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Gut war das!)

Dieser Schritt hat sich für uns gelohnt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben seit 30 Jahren in der Europäischen Gemeinschaft die stabilste Währung. Eine **stabile Währung** ist nicht nur für uns, sie ist auch für die anderen in der Gemeinschaft attraktiv. So wie wir die Erfahrung mit der stabilen Währung machen konnten, daß sie nicht nur ein Garant für soziale Gerechtigkeit in einem Land ist, sondern sich außerdem als Wachstumsmotor erweist, so werden auch die anderen diese Erfahrung machen, wenn sie mit uns im Währungsverbund sind.

(B) Die neue, gemeinsame ECU wird noch stärker als die D-Mark sein. Sie wird als Weltreservewährung dem Dollar ebenbürtig sein. Sie darf aber nicht kurz nach einem mutigen Erstauftritt auf der Weltbühne gleich wieder in einem Inflationssumpf versinken. Nicht die Deutschen setzen sich durch, sondern die gemeinsame stabile ECU, wenn in Maastricht die harten Bedingungen für den Eintritt in die Währungsunion beschlossen werden.

Jetzt schon muß dieser Vertrag, für alle verbindlich, die nächsten Schritte festlegen. Jedes Wenn und Aber verunsichert nur die Kapitalmärkte und mindert die große Anziehungskraft, die die geplante Währungsunion jetzt schon ausübt.

Die Briten sollten sehen, wie sehr sie sich mit ihrer Bedenkentaktik selber auf den Füßen stehen. Ihr Hin und Her schadet ihrer Währung. Die derzeitigen Probleme des britischen Pfundes zeigen es. Finanzexperten wissen längst, daß die Briten nach Inkrafttreten der europäischen ECU nicht sehr lange draußen bleiben werden. Trotz vorherigen Zögerns sind sie ja jetzt auch in der Währungsschlange. Früher wäre auch hier besser gewesen. Jetzt in Maastricht gegen alle Bedenkenträger — einschließlich Margret Thatcher — in den eigenen Reihen vorangehen, das ist mein Appell an Regierungschef Major. Er soll sich an unserem Finanzminister ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Kollegen haben mich ausdrücklich beauftragt, auch in ihrem Namen Ihnen, lieber Theo Waigel, ganz herzlich zu dem Erfolg zu gratulieren, den (C) Sie im Vorfeld von Maastricht errungen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber auch in der **Außenpolitik** brauchen wir eine vergemeinschaftete Außenpolitik. Wir wollen es zwar alle noch nicht wahrhaben — damit meine ich gerade die größeren Mitgliedstaaten, ob Frankreich, ob Großbritannien oder auch uns —, aber der Handlungsspielraum der einzelnen Nationen ist längst schon eingegrenzt. Wollen wir Deutschen wirklich allein all den aus Mittel- und Osteuropa auf uns zukommenden Anforderungen gerecht werden? — Wir wissen genau, daß wir dazu auch in unserem Interesse die anderen brauchen.

Aber von dieser Debatte muß auch ein Signal nach innen ausgehen. Wenn Deutschland nützt, was Europa nützt, dann muß das auch im Gespräch mit den Bürgern gesagt werden. Wir Abgeordnete des Bundestages tragen hier eine große Verantwortung. Die Ängstlichkeit deutscher Medien und deutscher Verbände vor dem neuen wichtigen europäischen Schritt in Maastricht ist mir noch viel zu groß. Es genügt nicht, dem Kanzler und unserer Regierung, die mit viel Elan, Mut und Entschlossenheit für die **Europäische Union** eintreten, Beifall zu klatschen. Wir, die Abgeordneten, müssen in unserem Auftreten vor Ort, in den Wahlkreisen, dem Bürger bewußt machen, wie wichtig diese Ereignisse von Maastricht für sein und seiner Kinder künftiges Wohlergehen sind.

Der Friede in Europa ist in Gefahr. Die Europäische Union ist die wichtigste und ehrlichste Friedensbewegung, die Europa je erlebt hat. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir können und werden aber das Wohlstandsgefälle, das jetzt durch den Fall der Mauer kraß sichtbar geworden ist, nur handhaben können, wenn der Stabilitätsanker Europäische Union nicht zerbricht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächste hat die Kollegin Angela Stachowa das Wort.

Angela Stachowa (PDS/Linke Liste): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ost-West-Konflikt ist zu Ende. Deutschland in der Mitte Europas ist wiedervereinigt. Im Osten des Kontinents bis hin zum Ural vollziehen sich gravierende Umbrüche. In Maastricht soll jetzt — so ist der Beschluß der EG-Regierungschefs von vor einem Jahr — eine **Reform der EG** beschlossen werden, die auf diese neue Lage eine angemessene Antwort gibt.

Folgt man dem, was über die bisherigen Verhandlungen in den Regierungskonferenzen und heute von der Bundesregierung zu hören war, ist die neue Lage die alte. Die EG ist weiterhin auf dem Pfad, den sie seit den frühen Nachkriegsjahren eingeschlagen hat: Eindämmung der „Gefahren" aus dem Osten und besonders Stärkung des eigenen Gewichts in der Weltpoli-

Angela Stachowa

(A) tik und in der Weltwirtschaft durch eine eng verstandene westeuropäische Integration.

Mit den gewaltigen Veränderungen in Osteuropa und dem Zerfall der Sowjetunion und den damit verbundenen und noch zu erwartenden ökonomischen und politischen Erschütterungen, den Nationalitätenkonflikten, dem aufkeimenden radikalen Nationalismus und den unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Integration sind aber die Risiken durch die sich in Europa auftürmenden Probleme allein durch Währungsunion, Geldwertstabilität oder unabhängige Zentralbank nicht aus der Welt zu schaffen.

Wenn wir aber dazu beitragen, daß Osteuropa zum armen Hinterhof wird, kann das den Westen in der Zukunft teurer zu stehen kommen, als die Kosten eines zweiten europäischen Wiederaufbaus. Es müßte eigentlich klar sein: Auch in Maastricht muß ein neues Denken zum Tragen kommen; dort müßte deutlich werden, daß Demokratie und Wohlstand im Westen auf Dauer nur gewährleistet werden können, wenn auch die Probleme der sogenannten zweiten und dritten Welt gelöst werden.

Wir gehören nicht zu jenen, die behaupten, die EG stünde vor der Alternative „Vertiefen oder Erweitern", und letzteres sei der alles lösende Ausweg. Dieser Sprung ins eiskalte Wasser widerspräche nicht zuletzt den Interessen der Beitrittskandidaten selbst. Wenn wir aber meinen, die EG müsse sich nach Osten öffnen, geht es uns um etwas anderes: um eine weit stärkere Aufbauhilfe, um ein ganzes Netzwerk von Abkommen mit diesen Staaten, um den Zugang zum EG-Markt für deren Produkte, um neue Formen der

(B) industriellen Kooperation, um die Überprüfung der eigenen Prioritäten, um die Entwicklung einer regionalen Kooperation, um die Entwicklung einer konföderativen Zusammenarbeit. Ich betone: Zusammenarbeit, nicht Integration. Es geht um eine Zusammenarbeit, an der unterschiedliche Staaten, aber immer die EG beteiligt ist.

Selbst gegenüber jenen Staaten, mit denen über Assoziierungsverträge verhandelt wird, baut die EG ihren **Protektionismus** nur äußerst zögerlich ab, und zwar eben auf jenen Gebieten, wie Landwirtschaft, Textilien und Stahl, in denen diese Länder ihre Chance auf dem Weltmarkt suchen müssen. Hier widerspiegelt sich im Gewand der Vertiefungsstrategie die Festungsmentalität.

Eine offenere Zusammenarbeitsstrategie — das wäre Solidarität, das wäre Vorsorge auch für die westeuropäische Zukunft. Das hieße, die EG wirklich zum Kern und Motor gesamteuropäischer Zusammenarbeit zu machen. Nach alledem, was bisher zu hören war, werden die Ergebnisse von Maastricht sie aber kaum dazu befähigen.

Ein besonders trübes Kapitel bleibt das **Demokratiedefizit** in der Gemeinschaft, wie es auch vom **Europäischen Parlament** gesehen wird. Trotz der wiederholten Beteuerungen der Bundesregierung, sich nur mit einer wesentlichen Stärkung des Europäischen Parlaments zufrieden zu geben, scheint der Gipfel nur eine Maus zu gebären. Es gibt weder echte Mitentscheidungsrechte bei der Gemeinschaftsgesetzgebung noch eine wirkliche Kontrolle durch das Parlament. Der Präsident des Europäischen Parlaments, (C) **Barón,** hat gegenüber den EG-Außenministern in Noordwijk seine tiefe Enttäuschung über den neuen niederländischen Vertragsentwurf für eine politische Union zum Ausdruck gebracht: er befürchte, daß der Europäische Rat von Maastricht eine Neuauflage der Zusammenkünfte der Heiligen Allianz sein werde. Das Europaparlament werde diesem Rückwärtsmarsch nicht folgen. Mit diesen Befürchtungen steht Herr Barón nicht allein; auch der Bundestag sollte dies nicht übersehen.

Es scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt, als ob osteuropäische Staaten — sollten sie je in die EG eintreten —, vieles, was sie soeben mühsam an Demokratie errungen haben, bereits am Eingang abgeben müssen, wenn es keine Veränderungen in diesem Bereich in naher Zukunft gibt.

Auch der kürzlich vom Bundeskanzler aufgebrachte **Stufenplan zur Einführung parlamentarischer Rechte** ist schlicht unzureichend. Faktisch macht er sich die zynische Argumentation jener zu eigen, die behaupten, 1991 sei Europa noch nicht reif für ein starkes Parlament. Das kann sich aber sehr leicht als kontraproduktiv erweisen.

Insofern unterstütze ich die Forderung, die in dem uns gestern zugegangenen Antrag der Fraktion der SPD enthalten ist, wonach eine nachhaltige Stärkung der Rechte des frei gewählten Europäischen Parlaments und ein substantielles Ergebnis im Interesse der Schaffung einer Politischen Union Grundbedingung für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist. (D)

Ein Wort zu dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes, Drucksache 12/549. Wir sind sehr dafür, daß die Länder durch Beteiligung des Bundesrates an Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden sollen. Dies entspräche dem Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland und würde zugleich den Gedanken eines **Europa der Regionen** aufgreifen. Der Entwurf bedarf aber einiger Präzisierungen. Nicht nur, daß die Formulierungen „ihre wesentlichen Interessen" bzw. „eine wesentliche Einflußnahme" sehr unkonkret sind, es müßte auch klar festgeschrieben werden, daß die im Grundgesetz fixierten **Kompetenzen der Länder** durch die Länderparlamente und nicht die Landesregierungen wahrgenommen werden.

Meine Damen und Herren, ein Vergleich des Anspruchs mit der heutigen Verfaßtheit der EG und dem, was sich für Maastricht abzeichnet — genauer gesagt: nicht abzeichnet —, fällt bei der **sozialen Dimension** besonders schlecht aus. Es dürfte weder eine Ausweitung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft noch Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat in diesen Fragen geben. Damit wird aber jedes Weiterkommen in den Fragen einer Sozialunion und insbesondere bei den Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen blockiert. Wir sind deshalb dafür, die Sozialunion grundsätzlich mit dem gleichen Tempo und der gleichen Intensität zu gestalten und auszubauen wie die Wirtschafts- und die Politische Union.

Angela Stachowa

(A) Die vorliegende Beschlußempfehlung zu der „Entschließung zur Entwicklung der **gemeinsamen Verkehrspolitik** im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes" ist bedauerlicherweise ein Beispiel für starres Festhalten an nationalen Eigenheiten. Die Feststellung des Europaparlaments, wonach „die intensive Nutzung bestimmter Transportarten in bestimmten Regionen der Gemeinschaft das für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Energiebewirtschaftung zumutbare Maß bereits überschritten hat" und „unlösbare Probleme" hervorgerufen werden können, ist zu begrüßen, findet aber in der Beschlußempfehlung des Verkehrsausschusses keinen Niederschlag.

Unverständlich ist auch, warum sich der Ausschuß gegen die Empfehlungen des Europaparlaments, eine **Geschwindigkeitsbegrenzung** einzuführen, sowie gegen ein lenkendes staatliches Eingreifen zur Lösung der anstehenden Probleme ausspricht. Dies ist zwar unverständlich, verwundert aber auch nicht, zeugt es doch davon, daß der Regierungskoalition an einer grundsätzlichen Wende in der Verkehrspolitik nicht gelegen ist.

Eine letzte Bemerkung zur **gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik,** auf Grund der unterschiedlichen nationalen Interessen der Mitgliedsländer ein besonders leidiges Kapitel. Die außenpolitischen Unterkapitel Golfkrieg und Jugoslawien sprechen für sich. Inwieweit man aber plötzlich **Sicherheit in Europa** wieder militärisch bestimmen muß, hat mit den neuen Risiken und Konflikten nichts gemein.

(Peter Kittelmann [CDU/CSU]: Ein bißchen mehr Feuer in der Rede!)

(B) — Herr Kittelmann, ich bemühe mich.

(Zuruf von der SPD: Das mußte gerade Kittelmann sagen!)

Diese sind ökonomisch, sozial, ethnisch oder religiös begründet.

Somit müßte der Kern der europäischen Sicherheitspolitik ein ganz anderer sein: wirtschaftliche Entwicklung und Verflechtung, weitreichende, immer dichter werdende gegenseitige Abhängigkeiten. Das gilt insbesondere gegenüber dem Osten ebenso wie gegenüber dem Süden. Flüchtlingsströme sind nicht mit Hilfe von Militär und Polizei einzudämmen, ethnische Konflikte auch nicht mit Eingreiftruppen aus der Welt zu schaffen. So läßt der bereits erzielte Konsens der neun WEU-Staaten, den Wirkungskreis der eigenen Streitkräfte über das NATO-Vertragsgebiet hinaus auszudehnen, nur einen Schluß zu: Die Bundesregierung will ihre Vormachtstellung auch militärisch untermauern. Dies ist wohl der falsche Weg.

Europäische Sicherheitspolitik bedeutet vor allem Einsatz europäischer Ressourcen, nicht des Militärs, für wirtschaftliche und soziale Hilfe an Osteuropa wie an Dritte der Welt. Ein **Einsatz deutscher Truppen,** ob als Kampftruppen oder als Blauhelme, hätte katastrophale Folgen für unser Land, für Europa. Was in Jugoslawien geschieht, ist im Sinne eines Nationalitätenkonfliktes künftig auch in anderen Regionen Europas oder der Welt denkbar und vorstellbar, um so mehr, da sich territoriale Forderungen und Ansprüche auf das Revidieren von Grenzen mehren.

(C) Diese Bundesregierung, welche die Zustimmung der europäischen Völker und Staaten zur friedlichen deutschen Wiedervereinigung erhalten hat, ist schon deshalb und noch viel mehr aus historischen Gründen verpflichtet, alles zu tun, damit in Europa künftig Konflikte, wenn sie denn nicht zu verhindern sind, ausschließlich mit friedlichen, nichtmilitärischen Mitteln gelöst werden.

Der Maastrichter Gipfel wird, wie es aussieht, nicht einmal die dafür erforderlichen institutionellen Mechanismen hervorbringen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Abwarten!)

Nur wenn sich die EG als Zentrum für die Lösung gemeinsamer, kontinentübergreifender Probleme, und zwar in konföderaler oder gesamteuropäischer Zusammenarbeit, versteht und selbst zur Schaffung gesamteuropäischer Institutionen beiträgt, wird sie nicht in einem Europa der Nationalstaaten versinken. Sonst wird es wieder zu Bündnissen und Zusammenschlüssen europäischer Staaten kommen, die dieses Jahrhundert auf so verhängnisvolle Weise prägten. Geschichte darf und sollte sich aber nicht wiederholen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste — Michael Glos [CDU/CSU]: Nicht die dunklen Zeiten der Geschichte!)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Als nächster hat der Kollege Ortwin Lowack das Wort.

Ortwin Lowack (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ja zu Europa! Aber wirklich um jeden Preis und als Blankovollmacht? Diese Frage zu stellen hat überhaupt nichts mit Nationalismus zu tun, sondern es ist eine Frage der Vernunft. Vor allen Dingen ist es eine Frage, die sich dieses Parlament stellen muß. Ich bedaure, daß diese Debatte bisher eigentlich keine nüchterne Tatbestandsaufnahme gebracht hat. (D)

Was ist mit den Befürchtungen, daß beispielsweise der **Europäische Strukturfonds** deutsche Leistungen in einem Umfang erfordern könnte, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können? Was ist eigentlich mit dem GATT-konformen Abbau von deutschen Leistungen an den **Agrarfonds** als Voraussetzung dafür, daß wir a) beim GATT wirklich weiterkommen und b) eine Chance hätten, über eine teilweise **Renationalisierung der Agrarpolitik** möglichst die Probleme lösen helfen, die unsere Bauern haben?

Welche Belastungen kommen auf uns durch die **Neuaufnahme von Mitgliedern** zu? Sie können sich das jetzt einmal allein am Beispiel Polens und anderer Länder durchrechnen.

Wo ist die nationale Absicherung des erweiterten **Einsatzes unserer Bundeswehr** als Voraussetzung dafür, was in Europa vereinbart werden soll?

Diese Fragen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, können wir nicht erst in fünf Jahren stellen. Wir müssen sie heute stellen. Vielleicht haben Sie sich auch schon einmal überlegt, daß das Desinteresse an Europa, das Sie heute bedauert haben, auch daher rührt, daß die Menschen draußen den Eindruck haben, es wird über ihre Köpfe hinweg entschieden, und

Ortwin Lowack

(A) es wird gegen ihre Interessen entschieden. Ich frage: Haben diese Menschen nicht irgendwo auch recht? Für heute muß ich leider feststellen, daß hier sehr viel Schönfärberei statt Aufklärung, leider auch Selbstlüge statt einer nüchternen Analyse Gegenstand der Debatte war,

(Zuruf von der CDU/CSU: Na, na! — Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Optimismus dort, wo Realismus notwendig, bitter notwendig gewesen wäre. Diese Art der Debatte wird uns, so befürchte ich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, noch teuer zu stehen kommen.

Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Dr. Martin Mayer das Wort.

Dr. Martin Meyer (Siegertsbrunn) (CDU/CSU): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Was in diesem Jahrzehnt und in diesen Jahrzehnten in Europa geschieht, ist einmalig in der Weltgeschichte: Völker, Nationen mit unterschiedlichen Sprachen schließen sich freiwillig zu einer großen Staatenunion zusammen. Es wird ein einmaliges Staatengebäude. Deshalb lohnt es sich, auf die Architektur Ruhe und Geduld zu verwenden, das mit Nachdruck und besonderer Sorgfalt zu tun. Ich sage das an die Adresse der SPD, die hier viele Forderungen erhebt, aber in der (B) Zeit, als sie an der Regierung war, Europa nicht vorwärtsgebracht hat.

An dieses Gebäude richten die Bewohner Erwartungen. Die Bürger haben von Europa große Vorteile: Freizügigkeit,

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

und Wohlstand, der sich auch sozial auswirkt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist uns allen selbstverständlich geworden. Sie haben Erwartungen. Der Bundeskanzler hat sie bereits mehrfach ausgesprochen.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben aber auch Enttäuschungen erlebt — ich nenne Jugoslawien —, und Sie haben auch Ängste im Zusammenhang mit Europa, die aus der bisherigen Europäischen Gemeinschaft kommen.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Waldenfels!)

Ganze Berufsgruppen — nicht nur die Bauern —, bangen um ihre Existenz.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Waldenfels! — Anhaltende Zurufe von der SPD)

Es macht sich bei manchen Bürgern das Gefühl breit, daß Kommission, Rat und Europäisches Parlament sich zwar mit Fleiß um unbedeutende Einzelheiten kümmern,

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Waldenfels!)

(C) daß sie aber für die eigentlichen Aufgaben keine ausreichende Zuständigkeit haben, um sich darum wirklich kümmern zu können.

(Zurufe von der SPD — Michael Glos [CDU/CSU]: Das gehört mit zur Wahrheit!)

Es überkommt die Bürger in Europa heute auch manchmal — das muß auch ausgesprochen werden — ein **Gefühl der Ohnmacht gegenüber Brüssel,** weil immer mehr verschwimmt, wer eigentlich verantwortlich ist.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Richtig!)

Die europäischen Entscheidungsmechanismen werden immer undurchsichtiger. Der Rat, die Minister und ihre Beamten, die nationalen Regierungen und die Kommissionen erlassen Rechtsnormen in Form von Verordnungen und Richtlinien. Das geschieht unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne wirksame Kontrolle der Parlamente, weder des Europäischen Parlaments noch der nationalen Parlamente.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das kann nicht so bleiben!)

Es kann nicht so bleiben, daß die nationalen Parlamente dann zwangsläufig das umsetzen müssen, was in Gremien wie dem Rat beschlossen worden ist; denn die Frage ist, wer dann verantwortlich ist.

(Michael Glos [CDU/CSU]: So ist es!)

Der Deutsche Bundestag sagt dann: ich mußte das umsetzen, was dort beschlossen worden ist.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Richtig! Wir bekommen die Prügel!)

(D) Die Kommission kann niemand zur Verantwortung ziehen. Es gibt niemanden, der sie zur Verantwortung ziehen kann. Und das Europäische Parlament ist nicht beteiligt.

Ich meine, hier ist Abhilfe notwendig,

(Michael Glos [CDU/CSU]: So ist es!)

und zwar dadurch, daß das **Europäische Parlament** bei der Berufung und Abberufung von Kommissionsmitgliedern mehr Rechte bekommt.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der SPD: Dann wäre der Schmidbauer nimmer da!)

Ich unterstütze hier alles das mit Nachdruck, was die Bundesregierung gesagt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es müssen auch mehr Rechte für die Parlamente in der Europäischen Rechtsetzung kommen und zwar für das Europäische Parlament und für die nationalen Parlamente. Für das Europäische Parlament muß das in Maastricht geregelt werden, für die nationalen Parlamente müssen wir anschließend ausführlich über dieses Thema reden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und auch hier unterstützen wir die Bundesregierung.

Ein ganz wichtiger Punkt in der **Konstruktion der europäischen Architektur** ist, daß die kleinere Einheit den Vorrang haben soll. Das **Subsidiaritätsprinzip!**

(A) Bei diesem Subsidiaritätsprinzip kommt es nicht nur darauf an, daß es in den Verträgen enthalten ist, sondern es kommt auch auf den Wortlaut der Verträge an.

(Michael Glos [CDU/CSU]: So ist es!)

Ich meine, die Europäische Union sollte die Zuständigkeit für die Aufgaben bekommen, die vernünftigerweise nur gemeinsam zu bewältigen sind, und alles andere sollte bürgernäher bei den Mitgliedsstaaten, bei den Ländern und in den Rathäusern zur Entscheidung verbleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU — Michael Glos [CDU/CSU]: Europa der Regionen!)

Die Europäische Gemeinschaft muß die Rahmenbedingungen festlegen, das Dach, die Außenmauern, die tragenden Elemente dieses gemeinsamen Hauses Europa. Zu diesen tragenden Elementen gehören insbesondere jetzt im Hinblick auf Maastricht eine gemeinsame Verteidigungspolitik und eine gemeinsame Politik, um organisierter Kriminalität, illegaler Zuwanderung und offensichtlich massenhaften Asylmißbrauchs Herr zu werden.

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Herr Kollege Mayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage — sie wird nicht angerechnet — vom Kollegen Horst Peter?

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn) (CDU/CSU): Nein.

Im Gegensatz zur Wirtschafts- und Währungsunion (B) — hier hat, selbst von der Opposition gelobt, der Finanzminister die deutsche Position voll durchgesetzt — müssen wir uns in den vorhin angesprochenen Feldern Asylpolitik und Verteidigungspolitik mehr auf die europäischen Partner, insbesondere Frankreich und England, zubewegen. Da wird die Frage kommen, ob diese SPD bereit ist, wirklich europäisch zu denken und auf unsere europäischen Partner zuzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier kommt die Stunde der Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich fordere Sie auf, hier Gemeinsamkeit zu zeigen und den entsprechenden Grundgesetzänderungen zuzustimmen.

(Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Welcher?)

Die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, also die Inneneinrichtung, muß dem Entscheidungsspielraum der nationalen Staaten, der Länder und der Kommunen in ihrer Vielfalt erhalten bleiben. Wenn wir Europa nach diesem Grundsatz bauen, wird es auch in den Herzen der Menschen Platz finden, und wenn es in den Herzen der Menschen Platz findet, wird es auch von Bestand und Dauer sein, im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hoffnungen vieler Menschen in Deutschland, in der Europäischen Gemeinschaft und auch außerhalb richten sich auf Bundeskanzler Helmut Kohl. Er wird trotz der schwierigen Lage diese Hoffnungen nicht enttäuschen. Im Namen aller dieser Menschen sage ich heute im Deutschen Bundestag dem Bundeskanzler: (C) Viel Glück und Erfolg in Maastricht!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat der Kollege Hans-Ulrich Klose das Wort.

Hans-Ulrich Klose (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man ist ja für jeden halbwegs unterhaltsamen Debattenbeitrag dankbar. Denn zugegeben: Die rechte Kampfesstimmung will in dieser Debatte nicht aufkommen. Das ist auch ziemlich schwer, wenn man mit den Zielbeschreibungen der Regierung weitestgehend übereinstimmt und sich lediglich über einzelne Maßnahmen auseinandersetzt und bei einigen nicht so recht zustimmen kann, bei anderen doch und bei wiederum anderen ein bißchen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Wie bei der Strukturreform Ihrer Fraktion!)

Da ist ziemlich schlecht streiten, wie ich gerne einräumen möchte.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Das ist die neue Fraktionsstruktur, die er schildert!)

Deshalb fange ich mit einer zustimmenden Bemerkung an, indem ich einen Satz des Herrn Bundeskanzlers sinngemäß wiederhole: Der **Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion** und der **Vertrag über die Politische Union**, das sind die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Sie können nur zusammen unterschrieben und ratifiziert werden. Ratschläge, (D) man sollte sich, wenn es in einem Bereich nicht weit genug geht, zunächst auf anderes,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Auf die Toskana!)

nämlich die Wirtschafts- und Währungsunion, konzentrieren, halte ich für nicht sonderlich hilfreich, wie ich auch so intelligente Zwischenrufe für nicht sonderlich hilfreich halte.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Im übrigen frage ich mich immer, wenn die Kollegen der CDU/CSU mit solchen Zwischenrufen kommen: Was habt ihr eigentlich gegen die Toskana?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eine schöne Gegend!)

— Na also, dann sind wir uns doch einig.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Laden Sie uns einmal ein, Herr Klose!)

— Das überschreitet meine Möglichkeiten, und ich bin ein sehr sparsamer Schatzmeister.

Unterschreiben und ratifizieren kann man im übrigen beide Vertragswerke nur — auch da Übereinstimmung —, wenn es ein hohes Maß an **Verbindlichkeit** gibt. Der Prozeß zur europäischen Einheit muß irreversibel sein.

Auch zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion beschränke ich mich auf drei kurze Bemerkungen. Zunächst einmal: Bei den zentralen Punkten — Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank, gemein-

Hans-Ulrich Klose

(A) same Stabilitätspolitik, keine Grauzonen — unterstützen wir die Position der Bundesregierung. Auch ich sage: Überschriften wie „Aus für die D-Mark" halten wir für völlig falsch. Das klingt nach Verlust; wir verlieren aber nichts, sondern gewinnen hinzu an europäischer Stabilität.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Allerdings rate ich der Bundesregierung, gelegentlich Semantiker an die Frage zu setzen, ob man für das etwas verniedlichende Kürzel **„ECU"** nicht eine bessere, überzeugendere Bezeichnung finden könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Da ich über **Geldwertstabilität** geredet habe, muß ich auch über Frankfurt reden; die Kollegin Wieczorek-Zeul wird mir das nicht verübeln,

(Karsten D. Voigt [Frankfurt] [SPD]: Im Gegenteil!)

— Karsten Voigt auch nicht. Für mich ist Frankfurt, wenn es um Geld geht, immer ein Synonym für Geldwertstabilität, und weil ich das so sehe, möchte ich die Bundesregierung sehr dazu drängen, sich mit Nachdruck für **Frankfurt** als **Sitz des Währungsinstituts und der Zentralbank** einzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Nun zu dem Stichwort **Freistellungsklausel**. Eine Freistellungsklausel sollte, wenn überhaupt, nur akzeptiert werden, wenn sie sich am Ende auf ein Land, (B) nämlich Großbritannien, beschränkt. Wenn mehrere Mitgliedsländer oder gar alle zwölf beim Übergang zur dritten Stufe die Möglichkeit zum Ausstieg hätten, dann wäre der Vertrag nicht viel wert, dann wäre das eine Art „letter of intent" und wäre der Mühe nicht wert.

Die dritte Bemerkung zu diesem Themenbereich: Die Forderung Spaniens nach **zusätzlichen Transferleistungen für den europäischen Süden und Irland** erscheint mir verständlich und ärgerlich zugleich. Ich sage das auch in aller Offenheit, weil ich finde, es muß der Eindruck vermieden werden, als ließen sich einige Partner die Zustimmung zur europäischen Einheit gegen cash „abkaufen". Ich weiß, so ist die politische Welt; aber sie gefällt mir nicht.

Zur Politischen Union, meine Damen und Herren: Der zentrale Punkt ist mehrfach angesprochen worden; es geht um die **Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlamentes**. Ich hatte schon in der Haushaltsdebatte betont: Eigentlich kann kein nationales Parlament zustimmen, daß laufend mehr Kompetenzen auf die Europäische Gemeinschaft übertragen werden, wenn nicht zugleich die Rechte des Europäischen Parlaments erweitert werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Europäisierung muß heißen: mehr Demokratisierung. Verbal stimmen wir ja auch in diesem Punkt überein, und ich unterstelle durchaus, daß die Bundesregierung sich bemüht hat. Um so größer war unsere Enttäuschung — das will ich auch nicht verhehlen —, daß die Bundesregierung bei dem Treffen in Noordwijk Minimallösungen zugestimmt hat, statt (C) weiter für die Stärkung der Rechte des europäischen Parlamentes zu kämpfen.

Begeistert war ich, Herr Bundesaußenminister, von dem Bericht zum heutigen Stand der Dinge auch nicht. Ich füge hinzu, die Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte und Ihre heutige, daß man notfalls in mehreren Schritten voranschreiten möge, läßt große Kampfeslust bei diesem Thema nicht erkennen. Ich sage noch einmal wie in der Haushaltsdebatte: Für Sozialdemokraten ist dies der zentrale Punkt, auch bei der Frage der Ratifizierung.

Zur **gemeinsamen Sicherheitspolitik**, Herr Bundesaußenminister, gibt es unverändert Fragen, die Sie weder heute noch bei der WEU-Versammlung in Paris mit ausreichender Klarheit beantwortet haben. Sie haben in Paris gesagt — ich habe das in den Zeitungen gelesen —, es gebe drei Aufgaben, die die Europäer in diesem Zusammenhang in Angriff nehmen müßten: den Ausbau der EG zur europäischen Union mit einer Sicherheitskomponente in Gestalt der WEU, die Einbeziehung der Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion und der ihr angehörenden souveränen Republiken in eine gesamteuropäische Friedensordnung und schließlich die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft und des NATO-Bündnisses.

Zustimmung zu dieser Aufgabenbeschreibung, auch zur Aufwertung der Westeuropäischen Union. Was aber, Herr Bundesaußenminister, bedeutet die Aufgabe 2 „Einbeziehung der Staaten Osteuropas in eine gesamteuropäische Friedensordnung" im Verhältnis zu Aufgabe 3 „Stärkung der transatlantischen Partnerschaft"? Soll, konkret gefragt, die gesamteuropäische Friedensordnung mit den transatlantischen Partnern aufgebaut werden — so haben wir die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Rom verstanden —, (D) oder soll ein neues Konstrukt jenseits oder neben der NATO geschaffen werden? Diese Frage hätten wir gerne beantwortet, weil wir wissen möchten, wie die Sicherheitskomponente in Gestalt der WEU konkret aussieht.

(Karl Lamers [CDU/CSU]: Die ist x-mal beantwortet!)

Herr Kollege Irmer, wenn ich Ihnen das sagen darf: Der Hinweis, daß die NATO auch künftig das stabilisierende Element sein will, hat ungefähr die gleiche Aussagekraft wie „Wir sind für Europa": ungeheuer sympathisch, aber fast null.

(Dr. Renate Hellwig [CDU/CSU]: Ich wünschte, die Briten würden das sagen!)

Zu der geplanten **Bildung eines deutsch-französischen Korps** habe ich mich in der Haushaltsdebatte geäußert. Noch immer ist unklar, was damit erreicht werden soll. Noch immer ist unklar, wie Sie verhindern wollen, daß dieser Punkt eine Sperre für die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik wird.

Ich will Ihnen gerne einräumen, daß man nicht immer und in allen Fragen auf Großbritannien warten kann, aber rechtzeitige Informationen, präzisere Auf-

Hans-Ulrich Klose

(A) gabenbeschreibung und nachvollziehbare Begründungen wären jedenfalls hilfreich.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Mitunter muß man Sachzwänge schaffen!)

— Wissen Sie, die Vorstellung, daß Staatsmänner auf den Gedanken kommen, aus symbolischen Gründen neue Korps zu schaffen, ist mir relativ unbehaglich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des Abg. Ortwin Lowack [fraktionslos])

Zur **Politischen Union** noch eine Bemerkung: Die **EG-Kommission** hat in der letzten Woche den ungewöhnlichen Schritt einer Erklärung gewählt, um ihre Besorgnis über das für die Politische Union vorgesehene **Konzept von drei Säulen** zum Ausdruck zu bringen. Neben der eigentlichen Gemeinschaft soll es unter dem Unionsdach die Zusammenarbeit auf Regierungsebene in der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Innen- und Justizpolitik geben. Die EG-Kommission befürchtet, daß sich die Politische Union dabei neben der Gemeinschaft her entwickelt und das in der Einheitlichen Europäischen Akte enthaltene konstitutive Prinzip der Einheitlichkeit verletzt wird.

Meine Damen und Herren, wir teilen diese Befürchtung, wenngleich zuzugeben ist, daß, so wie die Lage nun mal ist, eine Verstärkung der — wie heißt es? — „intergouvernementalen Zusammenarbeit" — das habe ich heute gelernt — derzeit jedenfalls notwendig erscheint.

Aus aktuellem Anlaß und weil es ohnehin in unser aller Köpfe ist, füge ich folgendes hinzu: Soweit Gegenstand der Zusammenarbeit der Regierungen auch das **Asylrecht** ist — der Kollege Schäuble hat, wie erinnerlich, während der Haushaltsberatungen auf Schengen und die Zusatzabkommen hingewiesen —, muß zweierlei ganz klar sein: Erstens, das Asylrecht als Individualrecht darf durch die beabsichtigte Zusammenarbeit auf Regierungsebene nicht ausgehebelt werden. (B)

(Beifall bei der SPD, der FDP und der PDS/Linke Liste sowie des Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE])

Zweitens, Herr Kollege Seiters: Notwendig ist die Herstellung voller Einigkeit, nicht nur in den EG-Ländern, über die Auslegung und Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention. Ich rate dringend dazu, diese beiden Punkte zu beachten; sonst sitzen wir schnell wieder fest.

Meine Damen und Herren, da in Maastricht, wie ich vermute, auch über Jugoslawien geredet wird und da der Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens noch vor Weihnachten in Aussicht gestellt hat, erlaube ich mir dazu zwei Anmerkungen:

Erstens. Der Hinweis des Außenministers auf den EG-Beschluß vom Oktober dieses Jahres, wonach alle Mitglieder nach Ablauf einer zwei Monate währenden Bedenkfrist die Anerkennung aussprechen wollten, und, Herr Kollege Genscher, die Zusatzbemerkung, die Frist laufe ab und die Frage eines Alleingangs sei daher nicht an Bonn zu stellen, sondern an die EG-Länder, die sich von dieser Ratsinitiative di-

(C) stanzierten — das mag ja richtig sein. Gleichwohl wäre es aus unserer Sicht nicht gut, wenn die Anerkennung durch die Bundesrepublik ein Alleingang bliebe.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Da sind wir uns einig!)

Zweitens. Da die Anerkennung nicht einfach Parteinahme ist, insbesondere für Kroatien, sondern eine Parteinahme gegen den von Serbien und der Bundesarmee rücksichtslos geführten Krieg,

(Beifall bei der SPD)

eine Parteinahme für Frieden und Freiheit, muß ganz klar sein, daß wir und andere EG-Länder von Slowenien und Kroatien, der KSZE-Charta entsprechend, erstens die **Einhaltung der Menschenrechte** und zweitens die **Achtung der Rechte nationaler Minderheiten** erwarten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/GRÜNE)

— Ich entnehme Ihrem Nicken, daß wir uns auch in diesem Punkt einig sind; das ist gut. Damit will ich auch aufhören.

Ich kann — wie andere Kolleginnen und Kollegen auch — der Bundesregierung für den bevorstehenden Gipfel nur Glück und Stehvermögen wünschen. Denn der Gipfel ist nicht nur für die EG-Länder wichtig, er ist auch für andere von großer Wichtigkeit, insbesondere für die osteuropäischen Länder. Sie alle warten wie wir auf einen wirklichen Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/GRÜNE) (D)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Nun hat das Wort der Kollege Dr. Helmut Haussmann.

Dr. Helmut Haussmann (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst finde ich es wichtig, daß es in Deutschland in den Zielen, die unsere Regierung in Maastricht anstrebt, keine grundsätzlichen Unterschiede gibt. Ich bin allerdings etwas anderer Meinung, Herr Klose, was die Parallelität von Politischer, Wirtschafts- und Währungsunion angeht. Ich glaube in der Tat, daß wir bei den Rechten, was das **Europäische Parlament** angeht, nicht auf dem Weg zu einer Minimallösung sind, sondern daß es ein echter Einstieg ist, daß wir hier aber relativ allein sind,

(Hans-Ulrich Klose [SPD]: Aber nicht vor der Konferenz sagen!)

daß wir Geduld haben und andere Regierungen überzeugen müssen, in denen sozialistische Parteien leider anders denken als die Sozialdemokratische Partei in Deutschland,

(Katrin Fuchs [Verl] [SPD]: Das ist höchst selten!)

unserem Werben zu folgen.

Ich will einen Punkt aufnehmen, den Sie genannt haben, den ich im Moment für den gefährlichsten halte, nämlich die Tatsache, daß das in Deutschland

Dr. Helmut Haussmann

(A) aus historischen Gründen sehr heikle Währungsthema von Antieuropäern zunehmend mißbraucht wird. Es ist in der Tat so, daß in Deutschland aus historischen Gründen eine besondere Empfindlichkeit gegenüber Inflations- und Währungsthemen herrscht. Deshalb halte ich es für fatal, daß auch führende Publizisten in Deutschland — sowohl im „Spiegel" als auch in Massenblättern — davon reden, daß die D-Mark auf dem Altar von Europa geopfert werde. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Wir sind dabei, jetzt unwiderruflich zu klären, unter welchen Bedingungen es 1997, also in sechs Jahren, zu einer **stabilen europäischen Währung** kommen kann. Es ist ganz einfach: Entweder gibt es zu diesen Bedingungen eine stabile europäische Währung, oder es gibt keine.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der FDP: So ist es!)

Derzeit wird es keine geben, meine Damen und Herren. Deshalb ist es sicher für unsere Bürger, daß es nur die Alternative gibt.

Zweitens geben wir die Kasse in Brüssel auch nicht ab, sondern wir sichern uns ab.

(Dr. Norbert Wieczorek [SPD]: Da ist im Moment auch nichts drin!)

Ich will als Ökonom darauf hinweisen, daß ich persönlich glaube, daß im Moment die Bereitschaft anderer EG-Staaten, zu diesen vor allem von Deutschland geprägten Stabilitätsbedingungen mit uns in einen **Stabilitätspakt** zu gehen, heute höher ist als in vier (B) oder fünf Jahren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn das wirtschaftlich wiedervereinigte Deutschland seine wirkliche ökonomische Potenz beweist — und das wird in vier, fünf Jahren sichtbar sein —, dann wird es eine ganze Reihe von schwächeren Ländern mit schwächeren kleineren Währungen geben, die wahrscheinlich nicht mehr bereit sind, sich zu den gleichen Bedingungen mit den Deutschen in eine Stabilitätsgemeinschaft zu begeben. Deshalb ist es so wichtig, daß wir diesen engen Zusammenhang jetzt darstellen.

Meine Damen und Herren, es geht auf Dauer auch nicht gut, daß wir einen gemeinsamen Markt — den wir ab 1993 haben — ohne gemeinsame Währung anstreben. Es gibt auch die **Gefahr der importierten Inflation.** Schon deshalb ist eine stabile europäische Währung von großer, meines Erachtens von überragender Bedeutung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Erinnern wir uns: Es gab bereits 1978 diese Diskussion. Wir waren damals alle in Sorge, daß sich die D-Mark mit anderen Währungen in eine eventuelle Inflationsgemeinschaft begibt. Das Gegenteil ist der Fall. D-Mark und Franc sind heute in einer stabilen Währungsbeziehung. Ja, der Fanc ist besser.

Ich will am Schluß sagen, daß ich ebenfalls Frankfurt für den richtigen Ort für eine stabile, europäische Währung halte und daß wir uns deshalb wünschen, (C) daß die Bundesregierung ihre Bemühungen fortsetzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Norbert Wieczorek [SPD])

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Das Wort hat nun der Kollege Ullmann.

Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den schmetternden Bekenntnissen zu Europa habe ich am Ende leider nur eine ganz bescheidene Fußnote hinzuzufügen, eine Fußnote, die sich freilich auf etwas Wichtiges bezieht, aber auch auf etwas äußerst Merkwürdiges, nämlich auf die Drucksache 12/549. Wie diese Nummer zeigt, hat es mit dieser Drucksache eine sehr merkwürdige Bewandtnis. Sie enthält nämlich einen Bundesratsbeschluß vom 1. März dieses Jahres. Aus ihr erfährt man, daß die Bundesregierung ihn dem Bundestag am 15. Mai übersandt hat. Heute haben wir bekanntlich den 5. Dezember. Das veranlaßt mich zu der Frage, ob die lange Bank, meine Damen und Herren, das Hauptinstrument des Umgangs dieses Hauses mit Verfassungsfragen ist.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Lag im Panzerschrank!)

Lassen sie mich nur kurz bemerken, daß die Sache, um die es geht, natürlich wichtig und notwendig ist. Um so mehr bedauere ich, daß wir diese Drucksache erst jetzt am Vorabend von Maastricht auf die Tagesordnung bekommen. Natürlich verdient der Beschluß des Bundesrates Zustimmung. (D)

Freilich kann ich nicht die Bemerkung unterdrükken, daß die hochachtbaren Länder bei der Abfassung dieses Änderungsvorschlages ihre Interessen sehr wenig klar wahrgenommen haben. Sie sagen schlicht, daß die **Länder** bei der **Übertragung von Hoheitsrechten** mitzuwirken haben. Hier hat sich der Verfassungsentwurf des Kuratoriums sehr deutlich ausgedrückt, indem er für so etwas die Zweidrittelmehrheit verlangt. Weiter wollen sie bei wesentlichen Interessen beteiligt sein und einen wesentlichen Einfluß nehmen können. Sie wissen alle, welchen Interpretationsspielraum das Wort „wesentlich" eröffnet.

Im Ganzen muß man sagen, daß die Regierung natürlich recht hat,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

wenn sie diesen Entwurf dem Verfassungsausschuß anempfiehlt. Freilich ist auch dieser **Verfassungsausschuß** eines der Gremien, die sich dadurch auszeichnen, daß sie ihre Konstituierung immer wieder vertagen. Ich hoffe, daß sich das Mitte Januar ändert und daß wir dann wichtige Dinge wie die hier im Blick auf Europa fällige Grundgesetzänderung in einer vernünftigen und den Interessen der Länder dienlichen Weise vollbringen.

Ich füge hinzu, daß ich diese Grundgesetzänderung deswegen für so besonders wichtig halte, weil mit dieser Änderung auch darüber entschieden wird, ob die Europäische Union, auf die wir alternativlos zugehen, durch eine zentralistische Bürokratie dominiert werden soll oder ob es eine Demokratie föderaler Regionen werden soll.

Dr. Wolfgang Ullmann

(A) Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9a und den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP auf Drucksache 12/1747. Vom Kollegen Poppe ist beantragt worden, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen. Ich lasse daher über die Ziffern 1 bis 3 im Zusammenhang abstimmen, dann über die Ziffern 4, 5 und 6 getrennt.

Wer stimmt für die Ziffern 1 bis 3? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit sind die Ziffern 1 bis 3 insgesamt einstimmig angenommen.

Nun lasse ich über die Ziffer 4 abstimmen. Wer stimmt für die Ziffer 4? — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Damit ist die Ziffer 4 gegen die Stimmen von Bündnis 90/GRÜNE angenommen.

Nun lasse ich über die Ziffer 5 abstimmen. Wer für diese Ziffer 5 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimme? — Stimmenthaltungen? — Damit ist die Ziffer 5 einstimmig angenommen.

Nun lasse ich über die Ziffer 6 abstimmen. Wer für die Ziffer 6 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Damit ist die Ziffer 6 gegen die (B) Stimmen von Bündnis 90/GRÜNE angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den gesamten Entschließungsantrag. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Damit ist dieser Entschließungsantrag bei wenigen Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung so angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 9d und stimmen ab über die Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zur Entschließung des Europäischen Parlaments über die Verstärkung der Befugnisse im Bereich der Haushaltskontrolle auf den Drucksachen 11/8541 und 12/1295. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Damit ist diese Beschlußempfehlung einstimmig so angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 9f und stimmen ab über die Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses — —

(Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Was ist mit 9e?)

— es tut mir fürchterlich leid, ich habe 9e nicht, das kommt wahrscheinlich noch; ich bitte, mich hier oben nicht zu irritieren, es kommt alles noch — zu einem Vorschlag der Europäischen Gemeinschaft zur Änderung der Richtlinie über die Gründung der Aktiengesellschaft sowie die Erhaltung und Änderung ihres Kapitals. Dieses ist auf der Drucksache 12/1463 zu finden. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Stimmenthaltungen ist diese Beschlußempfehlung einstimmig so angenommen.

(C) Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 9g und stimmen ab über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr zu einer Entschließung des Europäischen Parlaments zur Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrspolitik auf den Drucksachen 12/49 und 12/1592. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Stimmenthaltungen ist diese Beschlußempfehlung einstimmig so angenommen.

Nun kommen wir zu Tagesordnungspunkt 9e, Frau Kollegin Wieczorek-Zeul, und zu den Überweisungen. Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Regierungskonferenz über die Politische Union zu überweisen, und zwar zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß und zur Mitberatung an den EG-Ausschuß als ersten mitberatenden Ausschuß sowie an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Verteidigungsausschuß und den Finanzausschuß. Sind Sie damit einverstanden? — Ich höre Widerspruch.

Frau Kollegin Wieczorek-Zeul!

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD): Ich will darauf hinweisen, daß sich, wie wir eben die ganze Zeit diskutiert haben, der Europaausschuß mit den Regierungskonferenzen beschäftigt, über die wir hier eben diskutiert haben. Er ist dafür der federführende Ausschuß. Deshalb verlangt es die Logik des Hauses, daß wir die Entschließung an den Europaausschuß zur federführenden Beratung überweisen.

(D) **Vizepräsidentin Renate Schmidt:** Damit ist also der Antrag gestellt, die Entschließung an den EG-Ausschuß als federführenden Ausschuß zu überweisen und an den Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung.

Bitte, Herr Kollege Irmer.

Ulrich Irmer (FDP): Ich muß dem widersprechen. Es ist zwar richtig, daß sich der EG-Ausschuß mit dieser Vorlage beschäftigt, aber selbstverständlich beschäftigt sich damit auch der Auswärtige Ausschuß. Dies ist leider nach wie vor eine Frage der Außenpolitik. Den Zustand, daß Europaangelegenheiten Sachen der Innenpolitik sind, wollen wir erst gemeinsam erreichen. Ich beantrage also, bei dem interfraktionellen Vorschlag zu bleiben, den Auswärtigen Ausschuß hier als federführend zu benennen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renate Schmidt: Ich lasse nun darüber abstimmen, falls keine weiteren Wortmeldungen da sind. Wer dafür ist, bei der interfraktionellen Vereinbarung zu bleiben, den bitte ich gleich um das Handzeichen. Die Alternative ist, die Entschließung an den EG-Ausschuß als den federführenden und den Auswärtigen Ausschuß als den ersten mitberatenden Ausschuß zu überweisen.

Wer für den interfraktionellen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist der Antrag angenommen, bei der interfraktionellen Vereinbarung zu bleiben.

Vizepräsidentin Renate Schmidt

(A) Wir führen nun die Abstimmung zu Zusatztagesordnungspunkt 11 durch. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP schlagen vor, die Entschließung des Europäischen Parlaments zum Ablauf der Regierungskonferenz zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu überweisen, und zwar zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß und zur Mitberatung an den EG-Ausschuß als ersten mitberatenden Ausschuß sowie an den Verteidigungsausschuß. Die Fraktion der SPD wünscht, daß die Federführung beim EG-Ausschuß liegen soll. Wer stimmt für den Überweisungsauftrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Überweisungsvorschlag der Koalitionsfraktionen angenommen, und es erübrigt sich die Abstimmung über den weiteren Vorschlag.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 9b, 9c und den Zusatztagesordnungspunkten 12 und 13. Es wird interfraktionell vorgeschlagen, die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 9b und 9c sowie zu den Zusatzpunkten 12 und 13 auf den Drucksachen 12/549, 12/1126, 12/1616 und 12/1614 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Gibt es dazu irgendwelche Widersprüche? — Dies ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Interfraktionell ist vereinbart worden, die heutige Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern, die ich hiermit aufrufe:

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD

(B) **Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments**

— Drucksache 12/1746 —

Beratung der Beschlußempfehlung des EG-Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD über die **Verhandlungen der Bundesregierung in den EG-Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion**

— Drucksachen 12/1434, 12/1749 —

Eine Aussprache ist dazu nicht vorgesehen. Sind Sie damit einverstanden? — Dies ist der Fall. Dann können wir so verfahren.

Wir stimmen jetzt also über den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/1746 — Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments — ab. Die Fraktion der SPD hat erklärt, nur die Nr. 4 des Antrags zur Abstimmung zu stellen. Wer stimmt für die Nr. 4 dieses Antrags? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Damit ist die Nr. 4 dieses Antrags abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über die Beschlußempfehlung des EG-Ausschusses zu dem Antrag der SPD-Fraktion über die Verhandlungen der Bundesregierung in den EG-Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion auf den Drucksachen 12/1434 und 12/1749 ab. Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Damit ist die Beschlußempfehlung so angenommen.

(C) Nun übergebe ich meinem Kollegen Cronenberg den Vorsitz.

(Vorsitz: Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Klaus Lennartz, Susanne Kastner, Marion Caspers-Merk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Sanierung der Trinkwasserversorgung in den neuen Bundesländern

— Drucksache 12/1477 —

Überweisungvorschlag:
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ausschuß für Gesundheit (federführend strittig)
Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuß

Der Ältestenrat schlägt Ihnen eine Debattenzeit von einer Stunde vor. Ist das Haus damit einverstanden? — Das ist offensichtlich der Fall.

Dann können wir mit der Debatte beginnen. Zunächst erteile ich der Abgeordneten Frau Kastner das Wort.

(D) **Susanne Kastner** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte die Massenflucht, die gerade eingetreten ist, verhindert werden sollen, denn wir diskutieren heute über ein Thema, das sich mit den elementarsten Grundbedürfnissen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern befaßt.

Wasser bedeutet Leben. Unsauberes, belastetes Wasser kann zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden führen, gerade wenn es schon Säuglingen und Kleinkindern verabreicht wird.

(Helmut Sauer [Salzgitter] [CDU/CSU]: Die sollen Milch trinken!)

Mittel- und langfristig werden auch Erwachsene durch die Schadstoffe im **Trinkwasser** krank. Deshalb haben wir in der Bundesrepublik strenge Grenzwerte bei der Trinkwasserbelastung festgelegt.

Nach Art. 34 des Einigungsvertrags sind die Gesetzgeber — also wir alle — aufgefordert, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen unter Beachtung des Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips zu schützen und die Einheitlichkeit der ökologischen Lebensverhältnisse auf hohem, jedoch mindestens auf dem in den westlichen Bundesländern erreichten Niveau zu fördern.

Unser Antrag zur Trinkwasserversorgung, den wir jetzt diskutieren, stellt einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung dieser Forderungen dar.

Nach Angaben des Bundesumweltministeriums erhalten zur Zeit etwa 9,6 Millionen Einwohner der **neuen Bundesländer** qualitativ bedenkliches Trinkwasser. Für 1,2 Millionen Einwohner treten **gesund-**

Susanne Kastner

(A) **heitsgefährdende Belastungen** — insbesondere mit Nitrat — und mikrobiologische Beanstandungen auf.

Liest man die Untersuchungsergebnisse, die bei Stichproben von verschiedenen Trinkwasserbrunnen in den neuen Bundesländern ermittelt wurden, so stehen einem häufiger die Haare zu Berge. Nitrat, Pflanzenschutzmittel, Aluminium, Blei, Kadmium, Nickel, Quecksilber im Bereich der Schwermetalle, das Arsen, organische Chlorverbindungen und Lösungsmittel, aber auch Sprengstoffreste sind dabei zu nennen. All dies wurde bereits in den Stichproben gefunden, und zwar häufig in Konzentrationen, die zur Besorgnis Anlaß geben, wie es so schön auch in der Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage vom Beginn dieses Jahres heißt.

Schon in dieser Antwort der Bundesregierung heißt es auch ganz richtig — ich zitiere —:

> Bei der Bewertung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß auf Grund einer einmaligen Untersuchung keine sicheren Aussagen über den Zustand einer Wasserversorgungsanlage möglich sind.

Auch die Bundesregierung sei der Auffassung — so heißt es dort weiter —, daß Nachuntersuchungen erforderlich sind.

Nun hat die Regierung das Versprechen abgegeben, sich nach der „EG-Richtlinie über die in Deutschland geltenden Übergangsmaßnahmen für den Umweltschutz" vom 4. Dezember 1990 zu bemühen, den Verpflichtungen der **EG-Trinkwasserrichtlinie** im (B) Gebiet der ehemaligen DDR bis zum 31. Dezember 1991, also in spätestens drei Wochen, nachzukommen. Sind zu diesem Zeitpunkt die Qualitätsnormen der EG nicht erreicht, übermittelt die Regierung der EG-Kommission unverzüglich — ich zitiere jetzt wieder — „alle zweckdienlichen Angaben, einschließlich eines Sanierungsplans", aus dem hervorgeht, durch welche Maßnahmen bis zum 31. Dezember 1995 die EG-Richtlinie erfüllt werden soll.

Mit der Einhaltung dieses Zeitplans scheint es wegen der mangelnden Aktivität des Bundesgesundheitsministeriums und wegen unzureichender finanzieller Ausstattung der Fachkommission „Soforthilfe Trinkwasser" in Berlin nun erst einmal vorbei zu sein. Denn erst im November dieses Jahres hat die Bundesregierung diese Fachkommission beim Bundesgesundheitsamt aufgefordert, einen Bericht für die EG-Kommission bis Ende 1991 anzufertigen.

Auf Grund dieser Aufforderung hat die Fachkommission alle Wasserversorgungswerke, die Hygieneinstitute und den Verband der Kommunalen Unternehmen gebeten, eine Bestandsaufnahme bis zum 10. Dezember abzugeben — dies, verehrte Frau Staatssekretärin Bergmann-Pohl, ist vom Zeitablauf her wohl eine schlichte Zumutung; da scheint mir der alte Spruch „am Abend werden die Faulen fleißig" auf Ihr Ministerium zuzutreffen —,

(Beifall bei der SPD — Helmut Sauer [Salzgitter] [CDU/CSU]: Erst den Babys Wasser statt Milch geben, und dann diese Sprüche!)

(C) mit dem Resultat, daß die nachgeordneten Behörden,

(Martin Göttsching [CDU/CSU]: In Oberfranken!)

nämlich das Bundesgesundheitsamt, dann eine Nachtschicht einlegen müssen. — Herr Göttsching, Sie müssen wissen, daß ich aus Unterfranken komme. Als Thüringer müssen Sie das eigentlich wissen.

(Martin Göttsching [CDU/CSU]: Franken ist Franken!)

Im übrigen, Frau Bergmann-Pohl, kann diese Bestandsaufnahme ja auch nur lückenhaft sein. In den neuen Bundesländern werden nämlich rund 20 % der Bürger durch **Privatbrunnen** versorgt, die Sie ja nicht nach Brüssel melden müssen, was wir für falsch halten. Sie leiten für sich daraus anscheinend ab, daß die aus Privatbrunnen Versorgten durchaus mit einer mangelhaften Trinkwasserqualität leben können, wohlwissend, daß Sie nach der deutschen Trinkwasserversorgung vieler dieser Brunnen sofort schließen müßten. Diese Hausbrunnen weisen nämlich Nitratwerte von 200 mg und noch mehr auf.

Die Bundesregierung ist aber bisher nicht bereit, in ausreichendem Maße finanzielle Mittel für den Personalbereich der Fachkommission „Soforthilfe Trinkwasser" und für die Ausstattung der Gesundheitsämter sowie der Wasserbehörden mit den notwendigen Analysegeräten sicherzustellen.

Das durch das Bundesumweltministerium finanzierte „Sofortprogramm Trinkwasser" erfaßte im Jahre 1990 etwa 840 Anlagen. Das sind 10 % der zen- (D) tralen Wasserversorgungsanlagen, die nach Angaben der Wasserwerke zu den am stärksten belasteten gehören.

Aus dem Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums sollen unter Leitung der Fachkommission „Soforthilfe Trinkwasser" in diesem Jahr weitere 1 000 Wasserwerke untersucht werden, womit eine Quote von annähernd 22 % erreicht wäre. Ich halte das einfach für viel zuwenig. Das ist für mich ein Skandal.

Diese beiden Angaben der Bundesregierung vom April dieses Jahres machen meiner Meinung nach schon deutlich, warum die Zustimmung zu unserem Antrag notwendig ist. Die bürokratischen Hemmnisse, der Verschiebebahnhof zwischen den verschiedenen Bundesministerien, den Ländern, den Kommunen und der Treuhand müssen sofort beseitigt werden. Das Sofortprogramm Trinkwasser muß finanziell besser ausgestattet werden.

Sie aber reden sich dabei heraus, indem sie permanent auf die Kompetenzen der Länder verweisen, wohlwissend, daß der Bund bezüglich der von uns in diesem Antrag formulierten Ziele dringend helfen muß.

Der Hinweis, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sei Ländersache, ist hier nicht angebracht; denn wir alle wissen, daß die Länder die dazu notwendigen Mittel aus dem Topf „Aufschwung Ost" beziehen. Dieser muß also dringend umstrukturiert werden.

Susanne Kastner

Erst vor zwei Monaten gab Staatssekretär Schmidbauer in einer Fragestunde zu, daß er sich vorstellen kann — ich zitiere ihn —, daß bei dem desolaten Zustand der Grundwasser- und Trinkwassersituation in den fünf neuen Ländern die Mittel in der Tat nicht ausreichen.

Bisher fehlen aber nicht nur die finanziellen Mittel, sondern auch eine Verwaltungsvorschrift zur Trinkwasserverordnung, die die im Hinblick auf gesundheitliche Gründe noch akzeptablen **Grenzwertüberschreitungen** festlegt, die Regelungen und Ausnahmeregelungen sowie die notwendigen **Sanierungsmaßnahmen** vorschreibt. Sie aber, meine Damen und Herren vom Gesundheitsministerium, lassen die Amtsärzte in den neuen Bundesländern mit der drükkenden Gesamtverantwortung völlig allein. Das ist nicht unser Verständnis von Politik.

Ihr mangelnder Wille, vordenkend Politik zu machen, Gelder für eine vorsorgende Gesundheitspolitik auszugeben, wird dazu führen, daß Sie auch in Zukunft die steigenden Kosten im Gesundheitswesen nicht in den Griff bekommen;

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

denn wer Umweltschäden wissentlich in Kauf nimmt, wird Krankheitskosten ernten.

Auch Ihnen sollte eigentlich klar sein, daß sauberes Trinkwasser eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die so notwendigen Sofortinvestitionen in den neuen Bundesländern ist.

Die wirksamen Maßnahmen fehlen auch in Bereichen, in denen Sie als Bundesregierung unmittelbar verantwortlich sind, nämlich bei der Grundwasserverunreinigung durch militärische und industrielle Altlasten und bei der industriellen Landwirtschaft.

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Wollen Sie alles auf einmal regeln?)

— Nein, aber die Maßnahmen zu den Messungen sollten schon möglichst umgehend passieren, und allein in dieser Frage, in der der Bund Kompetenz hat, greift unser Antrag ein.

Lassen Sie mich dies einmal an einem Beispiel deutlich machen: Die Torgauer Elbaue in Sachsen ist eines der größten Wassereinzugsgebiete in den neuen Bundesländern. Dieses Grundwassergebiet ist akut durch die Rüstungsaltlast „WASAG-Elsnig", eine ehemalige Munitionsfabrik, gefährdet. In unmittelbarer Nähe dieser Altlast befand sich die Trinkwassergewinnungsanlage Elsnig, die bereits geschlossen wurde. In 4 km bis 7 km Entfernung befinden sich die Wasserfassungen der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz, die unter anderem die Städte Halle und Leipzig versorgt. Erste punktuelle Proben aus Oberflächengewässern und Wassergewinnungsanlagen haben sprengstoffspezifische Rückstände im Wasser ergeben. Die Bundesregierung hat auf unsere Fragen und in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE festgestellt, daß sie eine umfassende Gefährdungsabschätzung des gesamten Grundwassereinzugsgebietes „Elsnig/Mockritz" für erforderlich hält.

So weit, so schlecht, kann ich nur sagen; denn schon hier beginnen die Probleme: Das gesamte zu überprüfende Gebiet fällt in unterschiedliche Verantwortungsbereiche, als da wären: das Bundesverteidigungsministerium, das Bundesfinanzministerium, das Land Sachsen sowie die betroffenen Trinkwasserversorgungsgesellschaften.

Die Bundesregierung erwartet, so heißt es in dieser Antwort weiter, daß eine Koordinierung der notwendigen Untersuchungen durch das Land Sachsen erfolgt, und würde es für sinnvoll halten, die dazu notwendigen Mittel in Höhe von soundso viel aus dem Sofortprogramm „Aufschwung Ost" zu finanzieren. — Wie gesagt, meine Damen und Herren, ich rede hier bisher nur von der Untersuchung der Gefährdung; damit ist überhaupt noch nichts verbessert worden.

Die Bundesregierung spricht von ihrer Verantwortung, die sie wahrnehmen will. Das Bundesumweltministerium prüft, das Bundesministerium für Verteidigung hat beim Bundesumweltministerium beantragt, daß der Bund die Kosten übernehmen soll. Die Bundesfinanzverwaltung erarbeitet die Vorschläge, und dann wird auch noch juristisch geprüft, ob nicht doch noch die Verantwortung Dritter, also etwa die Alteigentümer der WASAG, mit einbezogen werden kann.

Diese Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, versteht keine Bürgerin und kein Bürger mehr; denn den Betroffenen ist es ziemlich egal, aus welchem Topf des Bundes die Überprüfung und Sanierung bezahlt wird, wenn nur endlich etwas getan wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Dazu sieht sich die Bundesregierung aber im Augenblick nicht in der Lage. Wenn die Bundesregierung nicht — wie schon einmal — erneut vom Europäischen Gerichtshof zur Einhaltung der EG-Verordnungen verurteilt werden will, muß sie die EG-Richtlinie vom 4. Dezember 1990 eigentlich ernst nehmen und uns in der Zielsetzung unseres Antrags unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt vor allem für folgende Punkte. Wir wollen eine **Feststellung der Grenzwertüberschreitungen** und Sicherstellung einer eventuell erforderlichen **Notversorgung.** Wir wollen eine **Sanierung** der Trinkwasseraufbereitung und der Trinkwassernetze, Schulungsprogramme für den Mittelbau der Gesundheits- und Wasserämter, eine konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts bei Nitrat- und Pestizidbelastungen durch die Landwirtschaft, eine Verschärfung der Anwendung des Pflanzenschutzgesetzes und der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung, wirksame Hilfe beim **Grundwasserschutz** vor gefährlichen Chemikalien aus industriellen und militärischen **Altlasten.**

Die Realisierung dieser Forderungen muß finanziert werden. Wir haben in unserem Antrag, den wir heute diskutieren, auch gesagt, wie wir das wollen, nämlich durch eine Umschichtung der schon heute im Programm „Aufschwung Ost" vorhandenen Mittel zugunsten der Umweltschutzsofortmaßnahmen. Sie ha-

Susanne Kastner

(A) ben in diesem Etat bereits 116 Millionen DM zur Verfügung gestellt; denn diese Mittel für den Umweltschutz sind heute schon verbraucht, — so nachzulesen in der kommunalpolitischen Broschüre.

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion sollte — wenn ich mir die Äußerungen der Minister und der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Umweltministerium und im Gesundheitsministerium ansehe und auch noch anhöre — wirklich die uneingeschränkte Zustimmung der Regierungsfraktionen finden. Dazu fordere ich Sie heute auf.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sopart.

Dr. Hans-Joachim Sopart (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion greift zweifellos einen wesentlichen Aspekt der aus der DDR-Zeit übernommenen Altlasten auf. Dies ist aber — ich meine, wir dürfen hier keinesfalls die bestehende Gesamtproblematik aus den Augen verlieren — nur ein Teilaspekt der Diskussion.

Nach letzten Erhebungen ist von 40 000 bis 50 000 **altlastverdächtigen Standorten in den neuen Bundesländern** auszugehen. Die Altlasten auf ehemaligen und noch genutzten Industriegeländen sind bisher nur zum Teil erfaßt. Verläßliche Untersuchungen über die Kontamination des Bodens fehlen meistens. Gerade in Sachsen-Anhalt, meinem Heimatland, dem Zentrum der Kali- und chemischen Industrie, sind nach gegenwärtigen Erkenntnissen unter anderem Phenole, Quecksilber, CKW, Benzole und aromatische Kohlenstoffe nicht nur in den Boden, sondern auch in die Vorfluter gelangt. Dazu kommen Rüstungsaltlasten aus dem Zweiten Weltkrieg — Sie sprachen das an — und Umweltbelastungen durch sowjetische Liegenschaften.

(B)

In meinem Wahlkreis, nördlich von Magdeburg, liegen beispielsweise fünf Millionen Tonnen Steinsalz auf ungeschützter Halde und bedrohen das Trinkwasser, und dies ca. 20 Kilometer entfernt vom größten Trinkwasserreservoir Sachsen-Anhalts, der Kolbitz-Letzlinger Heide.

Mit Ausnahme der großen Städte sind in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt nur 30 % der Haushalte an das Kanalnetz angeschlossen. Nur 54 % dieser Abwässer gelangen in — mehr oder weniger schlechte — Kläranlagen. In einer mittelgroßen Stadt wie Wittenberg fließen 94 % aller Abwässer ungeklärt in die Elbe.

Hinzu kommen Belastungen aus ungeordneten Mülldeponien und eine Langzeitbodenkontamination durch die Konzentration organischer Substanzen infolge der Massentierhaltung in der ehemaligen DDR.

Ich skizziere diesen fürchterlichen Zustand am Beispiel Sachsen-Anhalts nur deshalb, weil ein Sanierungsansatz, der sich nur auf die Wasserversorgungsanlagen bezieht, der Situation nicht gerecht werden kann. Deshalb umfassen Umweltschutzmaßnahmen in den neuen Bundesländern, die von der Bundesregierung direkt finanziert werden, auch die wichtigen Maßnahmen zur Erfassung von Altlasten mit kurzfristiger Gefahrenabwehr, Abwassermaßnahmen und Deponiesicherungen. Insgesamt sind dafür Fördermittel von 671 Millionen DM vorgesehen, so daß Investitionen in diesem Bereich von 2,36 Milliarden DM möglich sind. Diese Maßnahmen sind im Kontext mit der hier vorliegenden Problematik der Trinkwasserversorgung in den neuen Ländern unbedingt zu sehen. (C)

In dem Grundgedanken der möglichst raschen Angleichung der Lebensbedingungen auch im ökologischen Bereich entsprechend dem Einigungsvertrag sind sich die Koalitionsparteien und die SPD — dies zeigt der Antrag der SPD-Fraktion — augenscheinlich weitgehend einig.

In diesem Sinne muß man ihren Antrag wohl auch deshalb deuten, da er in wesentlichen Punkten mit dem Handlungsprogramm betreffend Maßnahmen und Empfehlungen, veröffentlicht im letzten Heft „Ökologischer Aufbau" des BMU, identisch ist. Dabei beläßt es die Bundesregierung nicht nur bei programmatischen Erklärungen.

Ihre Fraktion, meine Damen und Herren von der SPD, fordert eine **Untersuchung aller Wasserversorgungsanlagen** und eine **Meldepflicht für Grenzwertüberschreitungen.** Sie haben es angesprochen: Schon im März 1991 wurden durch 15 große Wasserversorgungsunternehmen im Bereich der neuen Länder Probeentnahmen des Trinkwassers vorgenommen, so daß das Wasser untersucht wurde, mit dem 94 % der Bevölkerung versorgt werden. Dabei wurde sowohl das Wasser in den Anlagen wie auch in den Rohrleitungssystemen geprüft. (D)

Sie fordern die Festlegung einer nicht mehr zu tolerierenden Grenzwertüberschreitung. Solche nicht mehr zu tolerierenden Grenzwerte sind vom Bundesgesundheitsamt definiert worden. Zwischenzeitlich werden allein in meinem Heimatland Sachsen-Anhalt neben den Routinekontrollen in 100 Wasserwerken in Zusammenhang mit dem Trinkwassersofortprogramm Untersuchungen auf den speziellen Gehalt von Inhaltsstoffen des Wassers hin durchgeführt.

Da in Sachsen-Anhalt — auch das haben Sie angesprochen — ca. 10 % der Bevölkerung ihr Trinkwasser aus Hauswasserversorgungsanlagen beziehen

(Zuruf von der SPD: 20 %!)

— in Sachsen-Anhalt sind es 10 % — und da die **Qualität des Grundwassers** die Wasserqualität von vielen Wasserwerken natürlich nachdrücklich beeinflußt, wird auch das Grundwasser an 52 Meßplätzen in Sachsen-Anhalt untersucht. Ein weiterer Ausbau dieses Netzes erfolgt gegenwärtig. Für diese Analysen in Sachsen-Anhalt wurden allein 1990 800 000 DM aus dem Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums bereitgestellt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Trinkwasserproblems in den neuen Ländern ist das weitgehend verrottete **Leitungssystem.** Man rechnet mit zwei **Rohrbrüchen** pro Jahr pro Kilometer Rohrleitung. Dadurch kommt es zu einem Verlust von bis zu 50 % des ohnehin knappen Trinkwassers in besonders betroffe-

nen Regionen. Allein 1990 wurde Spezialgerät zur Beseitigung von Rohrbrüchen in Höhe von 11,1 Millionen DM von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt.

Widersprechen möchte ich in Ihrem Antrag allerdings ausdrücklich der Forderung nach einer sofortigen **Überführung der Trinkwasserversorgungsbetriebe in kommunale Trägerschaft.** Empfehlen möchte ich dagegen, daß die Versorgungsbetriebe, die sich im Besitz der Treuhand befinden, von dieser zunächst saniert und dann in kommunales Eigentum von Zweckverbänden überführt werden.

(Zuruf von der SPD: Da hat die Frau Breuel aber andere Ansichten!)

Ihre Forderung zur Aufstockung der finanziellen Mittel für Trinkwasserversorgung durch Umschichtungsmaßnahmen innerhalb des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost" scheint bei realistischer Betrachtung kaum möglich, wenn man den intensiven Investitionsbedarf für die übrigen kommunalen Infrastrukturmaßnahmen und den Investitionsbedarf im Bereich von sozialen Einrichtungen berücksichtigt, der nämlich gigantisch ist.

Insgesamt ist der Grundgedanke dieses Antrages der SPD-Fraktion zu begrüßen, da er ja, wie gesagt, in zentralen Bereichen die Programmatik der Bundesregierung reflektiert. Jedoch befindet sich der größte Teil der Forderungen dieses Antrags bereits im Stadium der Realisierung.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Allerdings!)

Ich meine deshalb, daß dieser Antrag der intensiven Prüfung im Umweltausschuß — besonders auch mit einer Orientierung an den schon laufenden Programmen — zugeführt werden muß.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Dr. Sopart, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten? — Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Susanne Kastner (SPD): Herr Kollege, können Sie mir dann erklären, warum Greenpeace in großem Ausmaß zur Zeit in den neuen Bundesländern unterwegs ist, um die notwendigen Messungen in kommunalen bzw. bei privaten **Brunnen** vorzunehmen, wenn, wie Sie sagen, diese Dinge bereits alle in Vorbereitung und zum großen Teil auch schon erledigt sind?

Dr. Hans-Joachim Sopart (CDU/CSU): Ich kann Ihnen sagen, daß es für mein Land **Sachsen-Anhalt** — dafür liegen mir die genauen Zahlen vor — sehr exakte Untersuchungsergebnisse für einzelne Bereiche der Trinkwasserversorgung gibt, auch der privaten Hauswasserversorgung. Ich muß Ihnen sagen: Die Ergebnisse sind erschütternd. In Sachsen-Anhalt erhalten 81 000 Einwohner Trinkwasser, dessen Grenzwert für Nitrat überschritten ist. Die Ergebnisse sind also schlimm.

Aber Sie heben ja darauf ab, daß die Kontrollmaßnahmen entwickelt werden sollen. Diese Kontrollmaßnahmen laufen — davon habe ich mich überzeugt — in Sachsen-Anhalt jedenfalls.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Die Abgeordnete Frau Kolbe möchte ebenfalls eine Zwischenfrage stellen. Bitte sehr.

Regina Kolbe (SPD): Sie sprechen von Sachsen-Anhalt. Es ist aber nur eines der fünf oder fünfeinhalb neuen Bundesländer. Ich möchte Ihnen sagen, daß das hochgradig gefährdete Gebiet Elsnig nur stichprobenartig überprüft worden ist, weil nicht genug Mittel zur Verfügung stehen. Die Empfehlung, die Mittel dafür aus dem Programm **Aufschwung Ost** zu nehmen, ist etwas makaber, da diese Mittel ja schon verbraucht worden sind.

Dr. Hans-Joachim Sopart (CDU/CSU): Ich habe zwar Ihre Frage nicht verstanden, weil Sie keine gestellt haben, aber Sie fordern doch, die Mittel aus Umschichtungsmaßnahmen aus dem Programm Aufschwung Ost zu verwenden. Dies halte ich einfach für nicht möglich, weil ich weiß, welcher Investitionsbedarf in anderen wichtigen Bereichen besteht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter, buchen wir das mehr unter „Zwischenintervention" denn unter „Zwischenfrage" ab, dann ist es in Ordnung.

(Abg. Susanne Kastner [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Möchten Sie noch eine Zwischenfrage stellen?

Ich möchte vorweg das Haus darauf aufmerksam machen, daß wir nach der derzeitigen Planung bis 1.10 Uhr oder 1.15 Uhr zu tagen haben und alles, was an Zwischenfragen und Antworten kommt, dazugerechnet wird. Eine gewisse Selbstbeschränkung wäre sehr hilfreich.

Bitte sehr, Frau Kollegin.

Susanne Kastner (SPD): Herr Kollege, geben Sie mir recht, wenn ich sage, daß Wasser zu den elementarsten Grundbedürfnissen des Menschen gehört und damit eine der wichtigsten Investitionen überhaupt ist?

Dr. Hans-Joachim Sopart (CDU/CSU): Ich gebe Ihnen recht. Das Wasser ist das **wichtigste Nahrungsmittel** nicht nur für den Menschen, sondern natürlich auch für Tier und Pflanze. Über diesen Weg können Schadstoffe natürlich auch in die Nahrungskette gelangen. Wir sind in diesem Punkt völlig einer Meinung.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Danke schön. Sie können in Ihrer Rede fortfahren, Herr Abgeordneter. Bitte sehr.

Dr. Hans-Joachim Sopart (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, ich bin am Ende meiner Rede.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das nehme ich mit großer Freude zur Kenntnis.

Ich erteile dem Abgeordneten Feige das Wort.

(A)

Dr. Klaus-Dieter Feige (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sind wahrscheinlich die wenigen, die in diesem Haus noch Wasser trinken. Ich gehe einfach davon aus.

(Susanne Kastner [SPD]: Eine bösartige Unterstellung!)

Den Präsidenten habe ich trinken sehen.

Aber Spaß beiseite. Das Thema ist viel zu ernst; denn wenn man den Schadstoffbelastungsgrad des Trinkwassers als **Indikator** für den ökologischen Zustand eines Landes nimmt, dürfen in weiten Gebieten der neuen Länder keine Menschen leben. Selbst Tiere leiden unter hoher Kontamination des Oberflächenwassers im Osten Deutschlands. Die Angaben des Bundesumweltministers sprechen eine derart deutliche Sprache, daß ich nicht mehr weiß, was ich den Bürgerinnen und Bürgern von Sachsen, Sachsen-Anhalt oder manchen anderen Gebieten noch raten soll, um sie zu bewegen, in den neuen Ländern wohnen zu bleiben.

Sie hören richtig. Es gibt eine Ost-West-Flucht nicht nur wegen der Arbeitsplätze, sondern tatsächlich auch aus Umweltgründen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern, dem Land der Seen, Moore und Flüsse, ist nicht alles trinkbar, was da glänzt. Herr Ehlers wird mir das sicher bestätigen können. Die hohe **Nitratbelastung** durch eine intensive landwirtschaftliche Produktion hat zu weitläufigen Schäden ganzer Ökosysteme geführt. Auch die riesigen Flächenstillegungen im Osten haben daran nichts Wesentliches geändert. Auf den verbliebenen Feldern wird intensiver denn je gedüngt oder mit Pestiziden operiert. Solche Hilfsstoffe für den Feldbau waren früher in der DDR ein Mangelprodukt. Der Mangel ist jetzt aufgehoben. Nun kann man in die vollen gehen.

(B)

In den meisten Kommunen gibt es zwar Ansätze für die Sanierung der Abwasserentsorgung. Den großflächigen Einsatz von Umweltgiften bekommt man dadurch jedoch nicht so schnell in den Griff.

Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion fordert meines Erachtens zu Recht eine höhere **Mitverantwortung der Bundesregierung** bei der Behandlung dieses für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West dringlichen Problems. Natürlich sind für diesen Versorgungsbereich die Bundesländer in hohem Maße verantwortlich und gefragt.

(Susanne Kastner [SPD]: Aber auch überfordert!)

Aber wie sieht die Realität in den entsprechenden Ministerien aus? Eine Unsumme von Altlasten überfordert die auf eine Normalsituation ausgelegten Mitarbeiterstäbe. Ich übersehe keineswegs die Anstrengungen, die bereits erfolgt sind, und akzeptiere die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel durch die Bundesregierung. Der Ernst der Situation läßt meines Erachtens keine parteipolitische Profilierung zu.

Die Lösung dieses Problems wird aber noch mehr als jede wirtschaftliche Entwicklung zum Gradmesser für eine gesamtstaatliche, auf das Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gerichtete Politik gesehen werden. In der Bevölkerung der neuen Bundesländer ist es nur wenig, fast nicht, bekannt, daß die in der alten Bundesrepublik geltenden Grenzwerte zum Teil außer Kraft gesetzt wurden.

(C)

Ich unterstütze deshalb besonders, daß gerade im Fall der betreffenden ausgesetzten Parameter Grenzwerte für den Befristungszeitraum — nur für diesen — kurzfristig Schwellenwerte genannt werden, ab deren Überschreitung eine Katastrophenhilfe zur Trinkwasserbereitstellung erfolgen muß. Dies setzt eine noch mehr **flächendeckende Kontrolle** nicht nur der Wasserversorgungsanlagen voraus, sondern erfordert auch eine intensive Kontrolle der Oberflächenwasser in den neuen Ländern.

Frau Staatssekretärin Dr. Bergmann-Pohl hat vor wenigen Tagen hier im Bundestag noch einmal darauf hingewiesen, daß die Fachkommission „Soforthilfe Trinkwasser" beim Bundesgesundheitsamt u. a. bis zum 31. Dezember 1991 einen **Sanierungsplan** vorlegt. Da sich aber gerade in den letzten Tagen immer mehr Grenzwertüberschreitungen gezeigt haben und registriert wurden, die über die Informationen aus dem Untersuchungsprogramm des BMU hinausgehen, darf dieser Bericht der Fachkommission nur der Startpunkt für die Erarbeitung eines bundesweiten Wassersanierungskonzeptes sein. An dessen Weiterentwicklung müssen neben den Regierungs- und Verwaltungsebenen des Bundes, der Länder und der Kreise meines Erachtens auch die entsprechenden Fach- und Umweltverbände beteiligt werden. Ich glaube, gerade hier ist eine Berührungsangst falsch am Platz.

(D)

Die ehrliche Offenlegung aller Trinkwasserdaten in den neuen Ländern erfordert aber auch die regelmäßige öffentliche Warnung vor Gefahren und die schnelle und unbürokratische Bereitstellung von finanziellen Mitteln für möglicherweise erforderliche Trinkwasserbereitstellung. Ich glaube aber, daß eine grundsätzliche Beseitigung der Probleme der Trinkwasserbereitstellung in den neuen Ländern nicht allein durch die Sanierung bestehender Altlastschadstoffquellen erreichbar ist. Selbst intensive Bemühungen um eine Wasserverbrauchsreduzierung wären alleine nicht ausreichend. In den neuen Ländern kommt es auch darauf an, die bestehenden **Strukturen in der Landwirtschaft** zu ändern. Es geht um einen flächendeckenden ökologischen Landbau und um die Entschärfung einer der Hauptbelastungsquellen im Wasserhaushalt.

Wir stimmen der Überweisung des Antrages der SPD zu, weil es keine Alternative gibt.

(Beifall der Abg. Susanne Kastner [SPD])

Die eigentlichen Probleme auf dem Weg zu der auch vom Bundesumweltminister geforderten Umweltunion liegen jedoch noch vor uns. Ich weiß freilich, daß die Bürger in den neuen Ländern gern auf manche Autobahn verzichten würden, wenn nur das Wasser, das ihre Kinder trinken müssen, nicht mehr krank machte.

Dr. Klaus-Dieter Feige

(A) Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE und der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nun hat die Abgeordnete Frau Dr. Pohl das Wort.

Dr. Eva Pohl (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD hat einen Antrag vorgelegt, mit dem sie den Eindruck vermitteln möchte, daß die Trinkwasserversorgung in den neuen Bundesländer akut gefährdet sei.

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Ist sie! Jawohl!)

Insbesondere soll die Bundesregierung mit diesem Antrag in eine grundsätzliche Verantwortung gezogen werden, die ihr nicht zusteht

(Widerspruch bei der SPD)

und die sie im Interesse eines unverzüglichen Handelns in wirklichen Problembereichen nicht haben sollte. Die Trinkwasserversorgung ist eine **Angelegenheit der Kommunen und der Länder.**

(Susanne Kastner [SPD]: Dann sagen Sie mir einmal, warum die Union 116 Millionen drin hat! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Das mag sein. Trotzdem: Hören Sie meinen Ausführungen weiter zu!

Die Länder haben die Trinkwasserversorgung zu überwachen. Die Sache der Bundesregierung kann es allenfalls sein, den Handlungsbedarf zu ermitteln, der gegebenenfalls zu einer Änderung von Rechtsgrundlagen im Bereich der Trinkwasserversorgung führt. (B)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete Dr. Pohl, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Feige zu beantworten?

Dr. Eva Pohl (FDP): Ja, Bitte.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Bitte schön.

Dr. Klaus-Dieter Feige (Bündnis 90/GRÜNE): Frau Kollegin, Sie suggerieren ein bißchen, daß es keine aktute Situation gibt. Widersprechen Sie damit den Aussagen des Bundesumweltministers, der dieses selber mit den Daten so dargestellt hat?

Dr. Eva Pohl (FDP): Damit widerspreche ich dem Bundesminister für Umwelt auf keinen Fall. Wir wissen über die Altlasten genau Bescheid. Aber es hat keinen Sinn, wenn wir von der Bundesregierung als solcher alles fordern. Wir können die Mittel nur einmal verteilen. Wenn Sie eine Mark haben, können Sie daraus nicht zehn Mark machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir müssen vernünftig vorgehen. Ich bin aus den neuen Bundesländern. Man muß doch sehen, daß wir alle noch leben und nicht gestorben sind und daß wir auf der anderen Seite — —

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE — Dieter Wiefelspütz [SPD]: Entsetzen bei der SPD!)

— Wir müssen uns dafür einsetzen. Da stimme ich (C) Ihnen auch voll zu. Aber man kann nicht alles auf einmal über Nacht schaffen. Das ist eine Tatsache.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf der Abg. Susanne Kastner [SPD])

— Aber Frau Kastner, es geht **nicht alles auf einmal.** Das müssen Sie doch einsehen.

(Zuruf von der FDP: Frau Kastner, Frau Pohl ist Ärztin! Sie wird es wissen!)

Es ist unmöglich, die ganzen Altlasten, die vorhanden sind, über Nacht zu beseitigen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Wenn uns die Länder ein bißchen mehr herüberschieben würden, ginge es schneller!)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete Dr. Pohl, auch die Abgeordnete Frau Kastner möchte eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Eva Pohl (FDP): Bitte.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Aber ich mache noch einmal auf meine Bemerkung von eben aufmerksam, Frau Kollegin. Bitte sehr.

Susanne Kastner (SPD): Frau Kollegin, sind Sie bereit, das, was Sie gerade gesagt haben — und zwar mit dem Stichwort „Wir leben alle noch" — auch bei Gesprächen mit den Bürgern in den neuen Bundesländern so zu vertreten? Halle, Leipzig, Bitterfeld?

(Christel Hanewinckel [SPD]: Gehen Sie doch nach Halle! — Gegenruf von der FDP: Die sitzt dort!) (D)

Dr. Eva Pohl (FDP): Kommen wir doch hierauf einmal zurück: Unsere Parteien wollten die Einheit schnell. Sie wollten das doch etwas in die Länge ziehen. Nur können wir über Nacht nicht alles auf einmal schaffen. Darüber sind wir uns doch einig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Mit Polemik schaffen wir gar nichts! — Weitere Zurufe)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Dr. Pohl, fahren Sie bitte in Ihren Ausführungen fort.

Dr. Eva Pohl (FDP): Das hat die Bundesregierung unverzüglich getan, als der Bundesumweltminister das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamts mit dem **Sofortprogramm „Trinkwasser 1990"** mit einer Untersuchung zur Feststellung der akuten Gesundheitsgefährdung durch Rohwasserbelastung bei der öffentlichen Trinkwasserversorgung beauftragte, einer Untersuchung, die unabhängig von dem vielfältig vorhandenen Material der Wasserüberwachung durchgeführt wird, das bei den bezirklichen Wasserwirtschaftsämtern der ehemaligen DDR vorliegt.

Ich weise ausdrücklich auf diesen Punkt hin, weil diese Wasserwirtschaftsämter sehr wohl in der Lage sind, Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung zu ermitteln und abzustellen. Die dort tätigen Mitarbeiter

Dr. Eva Pohl

(A) sind genauso fähig wie ihre Kollegen in den Ämtern der alten Bundesländer.

(Susanne Kastner [SPD]: Die sagen etwas ganz anderes! Sie haben noch nicht mit ihnen geredet!)

Selbst wenn es ihnen noch an der hochautomatisierten Laboranalytik mangelt, die hier zur Verfügung steht, sind sie doch mit ihren Möglichkeiten durchaus in der Lage, Schadstoffe im Roh- und Trinkwasser und die Überschreitung der durch die Trinkwasserversorgung gegebenen Grenzwerte festzustellen, natürlich nicht mit der hier üblichen Untersuchungsdichte.

Insofern ist der Auftrag an das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene als eine Untersuchung im Sinne eines unabhängigen Gutachtens zu begreifen. Dieses Gutachten liegt seit Juni dieses Jahres vor. Man kann ihm entnehmen, daß in keinem Fall Konzentrationen an gesundheitsgefährdenden Stoffen festgestellt wurden, die zur sofortigen Schließung einer Anlage oder zur Warnung der Bevölkerung Anlaß gegeben hätten.

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Ich lasse Ihnen ein paar Proben zuschicken!)

Gleichwohl gab es in über 30 Fällen Beanstandungen, die zu besonderen Maßnahmen und auch zur Schließung von Brunnen führten, was Sie vorhin kritisiert haben.

Auf diese Beanstandungen haben die Verantwortlichen unverzüglich und angemessen reagiert, so daß

(B) bei Nachkontrollen keine Überschreitung von Grenzwerten mehr festgestellt wurde.

Auffällig ist die große Anzahl von Beanstandungen, die auf erhöhte Konzentrationen von Reaktionsprodukten durch **Chlorung** zurückzuführen sind. Den Trinkwasserversorgern in den neuen Bundesländern wäre deshalb zu raten, stärker auf die vorliegenden Erfahrungen der Trinkwasserentkeimung ohne Chloreinsatz zurückzugreifen. Entgegen der vielerorts geäußerten Vermutung, die Trinkwasserversorgung in den neuen Bundesländern sei durch den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft gefährdet, lassen die vom Wasser-, Boden- und Lufthygieneinstitut durchgeführten Untersuchungen keine besonders gravierende Belastung des Trinkwassers mit solchen Stoffen erkennen.

Bedenklicher hingegen ist der Rückgriff vieler Wasserversorger auf fäkalbelastete Oberflächengewässer zur Trinkwassergewinnung selbst dann, wenn das Rohwasser aus Uferfiltrat gewonnen wird. Unbestritten bleibt auch, daß die Trinkwasserqualität hinsichtlich der Färbung, der Trübung und des Geruchs sowie mikrobiologischer Parameter und des Stickstoffgehalts nicht den Ansprüchen in den alten Bundesländern genügt.

(Susanne Kastner [SPD]: Eine verharmlosende Rede ist das!)

Dies alles läßt aber nicht den Schluß zu, den die SPD ziehen möchte.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

(C) Denn nicht das Handeln der Bundesregierung, sondern das **Handeln vor Ort** ist geboten.

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Ja, das steht auch drin!)

Die Länder haben die Trinkwasserversorgungsunternehmen zu intensiven und qualifizierten Eigenkontrollen zu veranlassen und diese zu überprüfen.

(Susanne Kastner [SPD]: Das geht auch nicht ohne Geld!)

Die Kommunen müssen für die notwendigen Investitionen sorgen,

(Susanne Kastner [SPD]: Bravo! Und der Bürger bezahlt es!)

um die Trinkwasseraufbereitung auf den heutigen Stand der Technik zu bringen.

(Susanne Kastner [SPD]: Laßt den Bürger das nur bezahlen!)

— Wir werden Vorschläge bringen; sie kommen gleich.

In Anbetracht dessen, daß hierfür über 50 Milliarden DM notwendig sind, aber die öffentlichen Haushalte — insbesondere die der Kommunen — über lange Zeit noch begrenzt sein werden, dürfen diese allernotwendigsten Investitionsmaßnahmen nicht vom Gewähren öffentlicher Zuschüsse abhängig gemacht werden. Wenn Verbesserungen der Situation der Trinkwasserversorgung schnell erreicht werden sollen, müssen sich **privatwirtschaftliche Möglichkeiten** erschließen. (D)

(Susanne Kastner [SPD]: Jawohl! Privatwirtschaftliche Hausbrunnen sind gut!)

Die FDP-Fraktion hat schon mehrmals darauf hingewiesen, daß die Kommunen zu ermutigen sind, sich bei der Finanzierung und dem Betrieb von Trinkwasserversorgungsanlagen privatwirtschaftlicher Möglichkeiten zu bedienen.

(Susanne Kastner [SPD]: Wer zahlt, hat immer recht!)

Dieses ist der effizientere Weg,

(Zurufe von der FDP: Sehr richtig!)

um die von der FDP geforderte Beseitigung von bürokratischen und organisatorischen Hemmnissen für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen der Trinkwasserversorgung durchzusetzen.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Die würden uns glatt verdursten lassen!)

Wasserversorgungsunternehmen in die Trägerschaft kommunaler Zweckverbände zu übergeben, kann nur ein Weg sein. Die Gründung privater Trägerschaften für die Wasserversorgung ist daneben gleichrangig zu erwägen. Dabei geht es nicht nur um die Mobilisierung privaten Kapitals zur Entlastung der öffentlichen Haushalte, sondern auch darum, die Wirtschaftlichkeit und die Wettbewerbsräume zu nutzen sowie Management und Know-how zu gewinnen.

Dr. Eva Pohl

(A) Wir begrüßen deshalb die **Initiative des Bundeswirtschaftsministers,**

(Susanne Kastner [SPD]: Das habe ich mir fast gedacht!)

gemeinsam mit den Ministern für Wirtschaft und Umwelt in den neuen Bundesländern die Voraussetzungen für ein privates Engagement zu verbessern. Von der Bundesregierung ist zu erwarten, daß sie sich nicht in eigene neue Meßprogramme der Trinkwasseranalytik stürzt, sondern daß sie den Ländern und den Kommunen Hilfe bei der Verpflichtung von privatwirtschaftlichem Engagement gibt,

(Susanne Kastner [SPD]: Nach dem Motto: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!)

und daß sie einen großzügigen Rahmen für zinsgünstige Kredite zur Durchführung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen absichert.

(Beifall bei der FDP — Dieter Wiefelspütz [SPD]: Zaghafter Beifall bei Frau Würfel)

Von den Ländern müssen private und öffentlichrechtliche Betreiber hinsichtlich der Gewährung der öffentlichen Zuschüsse und der zinsverbilligten Kredite gleichgestellt werden.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: So viel Geld!)

Die **Förderrichtlinien** der neuen Länder und des Bundes sind, soweit dies noch nicht geschehen ist, in diesem Sinne zu ändern. Sehr schnell müssen auch modellhafte Einzelvorhaben eine Anstoßwirkung für die Entscheidung anderer Kommunen entfalten. Ich begrüße deshalb, daß die Wirtschafts- und Umweltminister der neuen Bundesländer gemeinsam mit dem (B) Bundeswirtschaftsminister zu einer Erklärung gelangt sind,

(Susanne Kastner [SPD]: Diese Erklärung macht das Wasser sauber!)

die den Willen für die notwendigen Maßnahmen erkennen läßt, um den viel zu schleppend vorankommenden Prozeß der Umstellung von den alten planwirtschaftlichen Strukturen auf die freie marktwirtschaftliche Entfaltung auch im Infrastrukturbereich der Kommunen voranzubringen.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Wahnsinn! Ja, das ist unser Staatsratsvorbild!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Otto.

Dr. Helga Otto (SPD): Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Anwesende! Wollen wir es der Kollegin nicht übelnehmen: Sie war schon 35 Jahre in der Partei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Karl Stockhausen [CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Nicht ohne Grund haben die alten Griechen dem Wasser unter den damals bekannten vier Elementen des Lebens einen Platz eingeräumt. Wir aber haben (C) seine Bedeutung mißachtet und das Wasser, wo immer es floß, verschmutzt.

Ganz besonders gründlich wurde das in der ehemaligen DDR getan. Vierzig Jahre lang wurde unter dem politischen Druck des herrschenden Systems das Problembewußtsein für die Notwendigkeit von sauberem Trinkwasser kontinuierlich unterdrückt.

Selbst mir als Ärztin, die ich für die gesunde Ernährung von Säuglingen und Kleinkindern in meinem Bereich verantwortlich war, wurden genaue **Angaben über das Trinkwasser** verweigert. Nur durch Zufall erreichte mich vor zwei Jahren ein Irrläufer, der auswies, daß aus dem Wasserhahn in meiner Arztpraxis Wasser floß, das biologisch und chemisch unbrauchbar war. Der Zettel enthielt einen Aufdruck: kein Trinkwasser nach TGL.

Natürlich ist unserer Bundesregierung bekannt, daß von den 16 Millionen Einwohnern der ehemaligen DDR 7,6 Millionen kein qualitativ einwandfreies Trinkwasser erhalten. Bekannt ist auch, daß auf Grund der besonderen Situation Grenzwerte bis zum Jahre 1993 bzw. 1995 ausgesetzt werden mußten. Staatssekretär Bernd Schmidbauer stellt fest, man könne die katastrophale Situation von Tag zu Tag besser überblicken. Es besteht also **akuter Handlungsbedarf.** Die Überprüfung von bisher nur 10 % der Trinkwasseranlagen in der ehemaligen DDR ergab Grenzwertüberschreitungen — es wurde bereits gesagt — bei Cadmium, Aluminium, Lösungsmitteln, Trihalogenmethanen, Nickel, Quecksilber, Blei und Arsen. Aber auch biologische Beanstandungen und stark erhöhte Nitratwerte wurden ausgewiesen. Ein Arzt weiß es: Wo Koli sind, kann Typhus sein. (D)

Vor fünfundzwanzig Jahren war das Wasser aus dem Hausbrunnen meines Heimatbereichs für die **Kinderernährung** noch tauglich. Es wurde aber unaufhörlich schlechter. Zuletzt gab es nicht einen einzigen Brunnen in meiner Wohngegend mehr, der für die Ernährung eines Kindes tauglich gewesen wäre. In den Brunnendörfern der Region Hainichen werden Nitratwerte bis zu 200 mg pro Liter gemessen. Aber auch kleinere Gruppenversorgungsanlagen haben Werte von über 100 mg pro Liter aufzuweisen. Laut Auskunft des Landratsamts wurden die letzten Messungen vor über einem Jahr durchgeführt.

Das Allensbacher Institut für Demoskopie stellt fest, daß nur 13 % der Bürger der ehemaligen DDR eine Verbesserung der Wasserqualität bemerkten. Dabei kann sich die Bundesregierung aber nicht an die Brust klopfen, denn der Rückgang der Industrieproduktion um 50 %, die Schließung von Braunkohletagebauen und von Papierfabriken arbeiten dem Umweltminister gewissermaßen in die Hand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch unsere Gesundheitsministerin profitiert davon.

Leider fühlen sich Amtsärzte und der Mittelbau der Wasserbehörden **alleingelassen.** Es fehlen Analysegeräte und Personal. Aus einem Landratsrat klagte mir ein Beamter: Die einzelnen Verwaltungsvorschriften, die uns jede Woche erreichen, sowie die politischen Aussagen, welche Mittel in die Ostländer fließen, nützen uns nichts, wenn sie nicht mit einem un-

Dr. Helga Otto

(A) mittelbaren Bewilligungsbescheid zweckgebunden verknüpft sind.

Auch die Kommunen fühlen sich bei ihrer Aufgabe überfordert, einwandfreies Trinkwasser an ihre Bürger zu liefern. Fehlende Finanzen und Probleme mit den alten Anlagen plagen sie. Es fehlt auch an ausreichender Beratungskapazität. Nachdem die Bundesregierung im Jahre 1990 etwa 2 Millionen DM für die Ersatzwasserbeschaffung für die Säuglingssonderversorgung bereitgestellt hatte, wurde diese Aufgabe der finanziellen und organisatorischen Maßnahmen auf die einzelnen Bundesländer übertragen, wohl wissend, daß diese damit überfordert sind. So bleibt es denn vorläufig bei der mangelhaften Versorgung unserer Säuglinge mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser.

Sicherlich ist es kein Zufall, daß sich in meiner Praxis in den letzten Jahren Nierenkarzinome gehäuft haben, sind doch gerade diese Nieren für die Ausscheidung von Giftstoffen verantwortlich.

Bei § 2 Abs. 3 der **Trinkwasserverordnung**, der fordert, daß die Konzentrationen so niedrig gehalten werden, wie dies „nach dem Stand der Technik mit vertretbarem Aufwand unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles" möglich ist, haben wir es mit einer Anhäufung von unbestimmten Rechtsbegriffen und vagen Absichtserklärungen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Tür und Tor für die **Umgehung der Vorschriften** sind bei dem allgemein herrschenden Mangel damit geöffnet. Es fehlen eine verbindliche Rechtsvorschrift zur Trinkwasserversorgung, die Feststellung von (B) Grenzwertüberschreitungen, die Gestaltung von Ausnahmeregelungen und Sanierungsmaßnahmen. Die Forderungen werden in unserem Antrag zur Sanierung der Trinkwasserversorgung in den neuen Bundesländern unterstrichen.

Es wäre bei der Bedeutung des Problems Trinkwasser für den ökologischen und ökonomischen Neuaufbau der neuen Bundesländer nötig gewesen, eine weitsichtige und umfassende **Strategie der Zusammenarbeit** von Bund, Ländern, Kommunen und Wasserversorgungsunternehmen unter Einbeziehung auch der Landwirte und der Bürger als Verbraucher zu veranlassen. Prophylaxe ist allemal billiger und besser als Therapie.

Lange Leitung bei unserer Bundesregierung auch in Sachen Trinkwasser!

Ich danke.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE — Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt nicht!)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nun hat der Abgeordnete Ehlers das Wort.

Wolfgang Ehlers (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über ein wirklich äußerst ernsthaftes Problem. Um den Antrag der SPD richtig bewerten zu können, ist es meines Erachtens unerläßlich, auf die Leistungen der Bundesregierung und dabei auf die des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (C) zu verweisen.

Ich möchte aus diesem Grund auf einige umweltpolitische Aspekte eingehen, die im Antrag der SPD eine Rolle Spielen. Dabei, meine Damen und Herren von der SPD, stelle ich viele Übereinstimmungen fest; das möchte ich vorausschicken.

(Zuruf von der SPD: Also zustimmen!)

Es wurde schon auf die **Verantwortung der Kommunen** hingewiesen. Sie ist sicher in den alten und neuen Ländern unbestritten. Daher wird gegenwärtig an der Kommunalisierung der ehemaligen Volkseigenen Betriebe für Wasserversorgung und Abwasserbehandlung gearbeitet. Dabei stellen nach meiner Auffassung Versorgungssicherheit und vor allem Effizienz die wichtigsten Kriterien für die Umstrukturierung der Wasserversorgung dar.

Ein Großteil der rd. 7 500 Kommunen — da gebe ich Ihnen recht — dürfte nicht in der Lage sein, ohne fremde Hilfe diesen Versorgungsauftrag zu erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb scheint mir die Bildung von Zweckverbänden oder ähnlichen Strukturen notwendig und zweckmäßig zu sein.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Ich möchte aber auch nicht das außer acht lassen, was meine Kollegin von der FDP sagte: Man sollte daneben überlegen, ob man nicht hier und da, wo **private Betreiber** kostengünstig und sicher die Versorgung betreiben können, dies in Betracht ziehen (D) sollte.

(Susanne Kastner [SPD]: Auch einverstanden!)

Zu einem weiteren Punkt:

(Susanne Kastner [SPD]: Nein, zu unserem Antrag!)

— Ich sagte ja: Viele Übereinstimmungen gibt es.

Das **Wassergesetz** der ehemaligen DDR — das haben Sie selber in Ihrem Antrag geschrieben — gilt als Landesrecht fort, hat also nach meiner Ansicht die gleiche Rechtsqualität wie die zu erlassenden neuen Landeswassergesetze. Insofern bedarf es in diesem Punkt keiner besonderen Maßnahmen der Bundesregierung, um die Anwendung des Wassergesetzes in den neuen Ländern sicherzustellen; denn nach meinen Informationen wurden in allen neuen Bundesländern Entwürfe von Landeswassergesetzen erarbeitet, die im nächsten Jahr verabschiedet werden sollen.

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Ein Gesetz allein reicht nicht!)

— Wir haben ja in der alten DDR erlebt, daß Gesetze gut waren, aber nicht erfüllt wurden.

(Susanne Kastner [SPD]: Aber für die Umsetzung braucht man Geld!)

— Dazu komme ich noch.

Ihre nächste Forderung — ich beschränke mich auf den umweltpolitischen Teil — ist grundsätzlich zu begrüßen, da die Durchsetzung des geltenden Rechts

Wolfgang Ehlers

(A) wohl von jedem Abgeordneten unterstützt werden muß; ich denke hier an alle Fragen der Gülle-Wirtschaft und an die Einhaltung der Bestimmungen in den Trinkwasserschutzgebieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß die von Ihnen erwähnte **Düngemittelanwendungsverordnung** im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorbereitet wird, mit der die kürzlich verabschiedete EG-Nitratrichtlinie umgesetzt werden soll. Kernstück des Verordnungsentwurfes ist der flächendeckende Ansatz, wonach das gesamte Gebiet Deutschlands als gefährdetes Gebiet ausgewiesen werden soll. Nach meiner Auffassung werden die strengen Anforderungen der Richtlinie zur Sanierung von mit Nitrat belasteten Gewässern in wesentlichen Punkten bei der Anwendungsverordnung berücksichtigt werden.

Auf Grund der kürzlich verabschiedeten und von Ihnen erwähnten EG-Pflanzenschutzmittelzulassungsrichtlinie wird die **Pflanzenschutzgesetzgebung** in Deutschland zu novellieren sein — eindeutig; da gibt es keinen Widerspruch.

(Beifall der Abg. Susanne Kastner [SPD])

Mit den für die Richtlinie noch zu erarbeitenden einheitlichen Bewertungsgrundsätzen unter Einarbeitung einer Positivliste, die die für die Umwelt unbedenklichen Wirkstoffe beinhaltet, ist aus meiner Sicht eine Verbesserung des Gewässerschutzes im nationalen Maßstab auf alle Fälle möglich.

Ich komme zu einem letzten Punkt im Zusammenhang mit der Umwelt, zu den **Altlasten.** Auch hier ist (B) die Zuständigkeit eindeutig geklärt. Ich gehe aber davon aus, daß die Bundesregierung insbesondere die neuen Länder unterstützt. Die Summen, die hierfür im letzten Jahr ausgegeben wurden, möchte ich auf Grund des roten Lämpchens nicht — —

(Susanne Kastner [SPD]: Im Augenblick nur verbal!)

— Im letzten Jahr wurden nach meiner Information alle zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 500 Millionen DM für über 600 Projekte ausgegeben. Für die Erfassung, Bewertung, Gefährdungsabschätzung der Altlasten werden 70 Millionen DM bereitgestellt. Man geht davon aus, daß insgesamt 1 Milliarde DM erforderlich ist, die zur Zeit noch nicht bereitsteht. Da gibt es keine Widersprüche.

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Meinen Sie jetzt die Gemeinschaftsaufgabe „Küstenschutz" oder die Sanierung?)

Ich möchte zu diesem Punkt zusammenfassend kurz sagen, daß meiner Meinung nach in Anbetracht der bisherigen und geplanten Unterstützungsleistungen durch die Bundesregierung hier eigentlich Übereinstimmung besteht und aus meiner Sicht ein zusätzlicher Handlungsbedarf nicht erforderlich ist.

Ganz kurz zu meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern, Herr Kollege Dr. Feige, aus dem auch Sie kommen: Wir haben das Glück, daß wir neben dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" haben. Daraus kamen (C) letztes Jahr neben dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost rund 30 Millionen DM, insgesamt 34,3 Millionen DM nur für die **Verbesserung** der **Trinkwasserversorgung.** Für nächstes Jahr sind bereits Verpflichtungsermächtigungen für 12 Millionen DM ausgesprochen worden.

Ende letzten Jahres hatten wir bereits den Stand, daß 94,6 % der Einwohner an zentrale Anlagen angeschlossen waren, 4,2 % an Anlagen sonstiger Rechtsträger. Nur 1,2 % der Einwohner versorgten sich aus Eigenwasserversorgungsanlagen. 99,6 % der Einwohner, vor allen Dingen diejenigen, die an zentrale Anlagen und Anlagen sonstiger Rechtsträger angeschlossen sind, erhalten Trinkwasser mit einem Nitratgehalt von 0 bis 40 mg pro Liter.

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Jetzt einmal zuhören!)

Das gilt, wie gesagt, für Mecklenburg-Vorpommern.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Ehlers, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß ich Ihnen seit längerer Zeit gewisse Zeichen gebe.

Wolfgang Ehlers (CDU/CSU): Ich bin sofort fertig. An meinem Geburtstag durfte ich aus Zeitgründen die erste Rede nicht halten. Heute halte ich meine erste Rede. Deshalb bin ich für das Verständnis des Präsidenten dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich wollte sagen: Die Lage ist ernst. Das darf man nicht verniedlichen. In Mecklenburg-Vorpommern (D) sind wir recht gut dran. Deswegen sind wir Mecklenburger und Vorpommern, vielleicht mit Ausnahme des Kollegen Dr. Feige, mit der Bundesregierung und unserem Bundesumweltminister sehr zufrieden.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nun erteile ich der Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Dr. Bergmann-Pohl das Wort.

(Susanne Kastner [SPD]: Jetzt sagen Sie aber ein bißchen mehr als in der Fragestunde!)

Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren von der SPD, für die Öffentlichkeit muß beim Lesen Ihres Antrags der Eindruck entstehen — die bisherigen Beiträge von Ihnen bestärken dies —, die Bundesregierung habe für die Sanierung der Trinkwasserversorgung zuwenig getan.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Dem muß ich aber entschieden widersprechen.

Zur Erinnerung: Bereits im Frühjahr 1990 hatte die Arbeitsgruppe „Trinkwasser" der damaligen gemeinsamen Gesundheitskommission des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und des Ministeriums für Gesundheitswesen der DDR einen Aufgabenkatalog zur Lösung der Schwierigkei-

Parl. Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl

(A) ten bei der **Trinkwasserversorgung im Beitrittsgebiet** erstellt.

Ich nenne beispielhaft aus den aktuellen und langfristigen Maßnahmen des Katalogs ein Trinkwassermonitoring in den neuen Bundesländern, die Installation der notwendigen technischen Einrichtungen zur Wasseraufbereitung, um kurzfristig eine Verbesserung der Trinkwasserqualität zu erreichen.

(Susanne Kastner [SPD]: Das haben Sie aufgeschrieben!)

— Frau Kastner, Sie haben sicherlich ein Wissensdefizit. Darum zähle ich Ihnen auf, was wir alles gemacht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dazu gehört weiterhin die Verringerung des Eintrags von Schadstoffen wie beispielsweise Nitrat oder Pflanzenschutzmittel in das Grund-und Oberflächenwasser, die Beendigung der Einleitung ungeklärter Abwässer und die Sanierung von industriellen und militärischen Altlasten.

Es war von vornherein klar, daß diese Maßnahmen über den unmittelbaren Bereich Trinkwasser hinausreichen und auch Gebiete wie den Umweltschutz — hier insbesondere den Grundwasserschutz —, die Landwirtschaft, den industriellen und den militärischen Bereich betreffen.

(Susanne Kastner [SPD]: Sagen Sie etwas zu Elsnig/Mockritz!)

Nach dem 3. Oktober 1990 wurden dem damaligen (B) Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die „Berichte der Staatlichen Hygieneinspektion der DDR über die Situation auf dem Gebiet der Wasserhygiene 1988 und 1989" bekannt, denen die Zahlen der Ziffer 1 Ihres Antrages entstammen.

Auf Grund dieser Berichte initiierte der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein **„Sofortprogramm Trinkwasser"**, mit dem — unter Koordinierung durch das Bundesgesundheitsamt — mehr als 800 Wasserwerke

(Susanne Kastner [SPD]: 10 %!)

auf bestimmte Trinkwasserparameter untersucht wurden, um möglicherweise vorhandene akute Gesundheitsgefährdungen aufzuspüren und zu unterbinden.

Der Abschlußbericht des Sofortprogramms lag zwar erst im Juni 1991 vor. Aber entsprachen die Ergebnisse der Untersuchung nicht den Normen der Trinkwasserverordnung, wurden die Gesundheitsbehörden unmittelbar informiert und vom Bundesgesundheitsamt über die notwendigen und zu ergreifenden Maßnahmen beraten.

(Susanne Kastner [SPD]: Das haben Sie mir schon in der Fragestunde erzählt!)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Glauchau. Dort wurden wegen Überschreitung der Grenzwerte für Lösungsmittel sofort Aktivkohlefilter eingebaut. Auch wurden — als Ergebnis dieser Untersuchung — eine ganze Reihe von Brunnen vom Netz genommen und einzelne Wasserwerke stillgelegt.

(C) Parallel dazu setzte der Bundesminister für Gesundheit bereits im November 1990 die **Fachkommission „Soforthilfe Trinkwasser"** ein.

(Susanne Kastner [SPD]: Sagen Sie etwas zur EG-Verordnung!)

— Ich komme noch darauf, seien Sie doch nicht so ungeduldig! — Sie setzt sich aus Fachleuten des Bundesministers für Gesundheit, des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Gesundheitsbehörden der neuen Länder sowie der Wasserwirtschaft zusammen.

Frau Kastner, damit Sie durch meine Rede befriedigt werden:

(Susanne Kastner [SPD]: Also, Frau Bergmann-Pohl, Sie können mich nicht befriedigen! Davon bin ich fest überzeugt!)

Der Bericht an die EG wird natürlich termingemäß abgegeben; das wollten Sie doch wissen. Die **EG-Richtlinie**, Frau Kastner, nehmen wir natürlich sehr ernst.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig! — Susanne Kastner [SPD]: Inwiefern?)

Jetzt geht es darum, alle rund 8 500 zentralen **Wasserversorgungsanlagen** in den neuen Ländern auf alle Parameter der **Trinkwasserverordnung** zu untersuchen. Noch 1991 werden von rund 1 000 Wasserwerken, die annähernd 50 % der Bevölkerung versorgen, die entsprechenden Daten vorliegen. 1992 werden die meisten Wasserwerke untersucht sein; damit wird dann die Trinkwasserqualität für mehr als 95 % (D) der Bevölkerung bekannt sein.

Entsprechend Ihrem Antrag müßten auch die mehr als 300 000 **Eigenwasserversorgungsanlagen** in diese Untersuchung einbezogen werden. Angesichts dieser Anzahl ist es allerdings verständlich, daß dies nur in begründeten Einzelfällen geschehen kann.

Die Daten werden der Bundesregierung durch die neuen Länder zur Verfügung gestellt. Die Fachkommission wird sie aus- und bewerten und die betroffenen Wasserversorgungsunternehmen und zuständigen Gesundheitsbehörden im Falle von **Grenzwertüberschreitungen** bei der Beseitigung der Mißstände beraten. Diese Beratung beinhaltet auch das tolerierbare Ausmaß der Grenzwertüberschreitungen.

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Wie hoch ist das?)

Die Fachkommission hilft bereits — entsprechend der Forderung der Opposition — bei der Qualifizierung und Weiterbildung von Personal der Länder sowohl in der Verwaltung als auch in den Gesundheitsbehörden. Vom Bundesminister für Gesundheit sind hierfür bereits Mittel in Höhe von 140 000 DM für Seminare zur Verfügung gestellt worden. Ich werde mich dafür einsetzen, daß diese wichtigen Seminare weitergeführt werden können.

(Beifall des Abg. Martin Göttsching [CDU/CSU])

Und weil auch das vorhin angeklungen ist: Wir haben für die Geräteausstattung immerhin 5 Millionen DM bereitgestellt.

Parl. Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl

(A) Unsere Fachleute beraten die Länder auch bei der **Neustrukturierung der Trinkwasserversorgung.** Da diese in der Bundesrepublik Deutschland **Aufgabe der Kommunen** ist, wird zur Zeit an der Kommunalisierung der ehemaligen, nach Bezirken gegliederten Unternehmen für Wasserversorgung und Abwasserbehandlung gearbeitet.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Staatssekretärin, die Frau Kollegin Kastner hat die Bitte um Beantwortung einer Zwischenfrage.

Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Herr Präsident, da Sie uns auf das Zeitlimit hingewiesen haben, möchte ich davon absehen.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das ist Ihr gutes Recht.

Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Die wichtigsten Kriterien bei der Umstrukturierung sind die Versorgungssicherheit und die Effizienz. Deshalb ist hier die Bildung von **Zweckverbänden** oder ähnlichen Strukturen notwendig; das ist schon gesagt worden.

Angesichts des enormen Investitionsbedarfs — denken Sie an das völlig überalterte Rohrleitungsnetz — ist zumindest überlegenswert, ob die Kommunen nicht auch **private Betreiber** mit der Trinkwasserversorgung beauftragen sollten.

(B)

(Susanne Kastner [SPD]: Sagen Sie etwas zum Bericht! Drei Wochen haben Sie noch Zeit!)

— Ich habe Ihnen doch gesagt, der Bericht wird termingemäß abgegeben.

(Susanne Kastner [SPD]: Wir werden Sie beim Wort nehmen!)

Die Unternehmen müssen sich dann die notwendigen Investitionsmittel auf dem Kapitalmarkt beschaffen.

Ein weiterer Punkt Ihres Antrags betrifft das **Wassergesetz** der DDR. Bis die neuen Landeswassergesetze in Kraft sind — in Sachsen-Anhalt befindet sich ein entsprechender Entwurf bereits in der parlamentarischen Beratung — gilt das Wassergesetz der DDR als jeweiliges **Landesrecht** fort. Es bedarf also keiner besonderen Maßnahme der Bundesregierung, um die Anwendung des Wassergesetzes in den neuen Bundesländern sicherzustellen; der Vollzug des Wasserrechts ist allein Ländersache. Ich möchte aber betonen, daß der Bund beim Verwaltungsaufbau der neuen Länder erhebliche Hilfe leistet.

Die Beseitigung der **Belastung von Grundwasser mit Nitrat oder Pflanzenschutzmitteln** ist nur in langen Zeiträumen möglich. Das ist auch mehrfach zum Ausdruck gebracht worden. Die Forderung nach konsequenter Durchsetzung geltenden Rechts ist deshalb zu begrüßen. Dies beinhaltet jedoch, daß von den neuen Ländern in bereits ausgewiesenen Grundwasserschutzgebieten die Schutzbestimmungen durchgesetzt, zusätzliche Schutzgebiete ausgewiesen und vorhandene Mißstände, wie etwa unzureichende Güllelagerung oder übermäßiges Ausbringen von Gülle aus Massentierhaltungen, beseitigt werden.

(C)

Eine Hilfe dazu bietet die Düngemittelanwendungsverordnung, die derzeit vorbereitet und mit der die vor kurzem verabschiedete Nitratrichtlinie der EG in nationales Recht umgesetzt wird. Ich gehe davon aus, daß diese Verordnung erheblich dazu beitragen wird, die Grundwasserbelastung durch Nitrat aus der Landwirtschaft zu vermindern.

Auch die Pflanzenschutzgesetzgebung wird zu novellieren sein, um die kürzlich verabschiedete EG-Pflanzenschutzmittelzulassungsrichtlinie umzusetzen. Es ist zu erwarten, daß dadurch auch die Belastung von Grundwasser mit Pflanzenschutzmittelwirkstoffen abnehmen wird.

Wie die Durchführung der Trinkwasserverordnung liegt auch die Erfassung, Untersuchung, Bewertung und Sanierung von **Altlasten** in der Zuständigkeit der Länder. Dennoch unterstützt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Bemühungen der Länder bei der Bewältigung der Altlastenproblematik.

(Susanne Kastner [SPD]: Ach was! Besonders in Mockritz?)

So hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1990 alle verfügbaren Mittel in Höhe von 500 Millionen DM in über 600 Projekten für Umweltschutzmaßnahmen ausgegeben.

(Susanne Kastner [SPD]: Man muß den Eindruck haben, daß Mockritz Priorität hat!)

(D)

Weiter möchte ich anmerken, daß die Mittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aus dem **Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost** ebenfalls überwiegend in die **Sanierung der Trinkwasseraufbereitung** eingegangen sind.

(Susanne Kastner [SPD]: Dann tun Sie doch etwas in Mockritz, wenn Sie soviel Geld haben!)

— Wir machen doch etwas. Ich lese Ihnen das doch andauernd vor. Sie hören offensichtlich nicht zu.

(Susanne Kastner [SPD]: Sie machen verbal etwas, aber nicht in der Praxis!)

Für die Erfassung, Bewertung und Gefährdungsabschätzung von **Rüstungsaltlasten** in den neuen Ländern und auf den Liegenschaften der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte sind bereits kurzfristig 70 Millionen DM bereitgestellt worden.

Es wird also aus meinen Ausführungen deutlich, daß die genannten Schwerpunkte von der Bundesregierung bereits berücksichtigt worden sind.

(Otto Schily [SPD]: Gar nichts wird deutlich!)

Damit die Trinkwasserqualität in Zukunft den Anforderungen der Trinkwasserverordnung entspricht, werden auch weiterhin Anstrengungen finanzieller Art notwendig sein. Obwohl Länderangelegenheit, wird sich der Bund — nicht zuletzt auch im Hinblick auf seine Verpflichtung gegenüber den Bürgern in den neuen Bundesländern — seiner Verantwortung nicht entziehen.

Parl. Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl

(A) Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, diesen Antrag federführend an den Ausschuß für Gesundheit zu überweisen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine Damen und Herren, bevor wir darüber abstimmen, möchte ich mir die Zustimmung des Hauses einholen, daß die Rede der Abgeordneten Frau Braband zu Protokoll gegeben werden kann. — Dagegen gibt es keine Einwände. Dann darf ich das als beschlossen feststellen. *)

Wir haben nun folgendes Problem. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP schlagen vor, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 12/1477 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Gesundheit und zur Mitberatung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuß für Wirtschaft, Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie an den Haushaltsausschuß zu überweisen. Die SPD ist anderer Auffassung. Sie wünscht hingegen, daß der Antrag an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen wird.

Wer stimmt dem Überweisungsvorschlag der CDU/CSU und FDP zu? — Wer stimmt dagegen? — Dann ist das mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen so beschlossen worden.

(B) Damit erübrigt sich eine Abstimmung über den anderen Überweisungsvorschlag.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 10 auf:

a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes** sowie Beratung eines Antrages zu den **Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit**

— Drucksache 12/1324 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß)

— Drucksache 12/1737 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Joachim Hörster
Manfred Richter (Bremerhaven)

(Erste Beratung 50. Sitzung)

b) Zweite und dritte Beratung des von der Abgeordneten Ingrid Köppe und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und eines Gesetzes zur Änderung des Bundesministergesetzes **(Stasi-Überprüfungsgesetz)** (C)

— Drucksache 12/1325 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß)

— Drucksache 12/1737 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Joachim Hörster
Manfred Richter (Bremerhaven)

(Erste Beratung 50. Sitzung)

c) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Ingrid Köppe und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN **Vollständige Überprüfung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf mögliche Stasi-Kontakte**

— Drucksachen 12/586, 12/1737 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Joachim Hörster
Manfred Richter (Bremerhaven)

d) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste **Vollständige Überprüfung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf mögliche Kontakte zum MfS/AfNS und zum BND, MAD, VS und ausländischen Geheimdiensten** (D)

— Drucksachen 12/1148, 12/1737 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Joachim Hörster
Manfred Richter (Bremerhaven)

Zu dem interfraktionellen Gesetzentwurf liegt uns ein Änderungsantrag der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE vor.

Interfraktionell wird Ihnen eine gemeinsame Aussprache über die soeben aufgerufenen Gesetzentwürfe und den Änderungsantrag von anderthalb Stunden empfohlen. Ich bitte das Haus um Zustimmung zu diesem Vorschlag, wobei ich bemerken möchte, daß ich, soweit es sich bei den Wortmeldungen um Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung handelt, diese vor der Abstimmung aufrufen werde. Ich behalte mir allerdings vor, wenn es des Guten zuviel wird, diese Wortmeldungen erst nach der Abstimmung zu berücksichtigen. Wer ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden? — Das ist das Haus offensichtlich. Dann kann ich das als beschlossen feststellen.

Ich erteile dem Abgeordneten Wiefelspütz das Wort.

*) Anlage 2

(A)

Dieter Wiefelspütz (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einem halben Jahr begann die Diskussion, ob Mitglieder des Deutschen Bundestages auf eine Tätigkeit für die Stasi überprüft werden sollten. Ich war damals mit Leidenschaft der Auffassung, daß eine Überprüfung von frei gewählten Mitgliedern des Bundestages mit der verfassungsrechtlich verbürgten **Freiheit des Mandats** und der **Unabhängigkeit des Abgeordneten** nicht vereinbar sei. Ich habe meine Meinung geändert.

Die deutsche Einheit ist ein Vorgang ohne Beispiel, aber auch die Stasi ist ohne Beispiel. Die deutsche Öffentlichkeit wird Tag für Tag mit neuen bestürzenden Tatsachen aus dem Schreckensreich der Stasi konfrontiert. Trotzdem glaube ich, daß wir noch lange nicht die volle Tragweite des Stasi-Syndroms zu überblicken imstande sind.

In dieser Situation kommt dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Parlamente unserer Bundesrepublik besondere Bedeutung zu. In den Landtagen der neuen Bundesländer hat man sich der Verantwortung in eigener Sache gestellt. Dies war und ist ein schmerzhafter Prozeß, der nahezu abgeschlossen ist. Für den Deutschen Bundestag dürfen keine anderen Maßstäbe gelten. Wir wollen gemeinsam auch die Lasten der deutschen Einheit tragen, und der Nachlaß der Stasi ist die schlimmste dieser Lasten.

Nicht ganz wenige Abgeordnete der neuen Landtage sind der Tätigkeit für die Stasi überführt worden. Die meisten — nicht alle — haben das Mandat niedergelegt.

(B)

Wir wollen, daß auch die Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit erhalten, sich überprüfen zu lassen. Wir wollen kein Tribunal, kein gerichtsähnliches Verfahren im Parlament. Wir wollen keinen Wohlfahrtsausschuß. Im zuständigen Geschäftsordnungsausschuß des Bundestages sitzt niemand, der Robespierre oder McCarthy hieße. Unsere wochenlangen intensiven Beratungen am vorliegenden Entwurf geben mir Grund zu Zuversicht. Wir wollen keine Guillotine, keine Schlammschlachten. Wir wollen nicht selbstgerecht sein, sondern uns verantwortlich und verantwortungsbewußt einer singulären historischen Situation stellen.

Selbstverständlich müssen wir uns den Spiegel unserer Verfassung vorhalten lassen. Eine **Zwangsüberprüfung** aller Abgeordneten kommt nicht in Betracht. Ich empfinde es geradezu als einen Hohn, als einen späten Triumph der Stasi, wollte man dem frei gewählten deutschen Parlament ausgerechnet aus Anlaß der deutschen Einheit einen Totalverdacht entgegenbringen.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Überprüfung darf nur auf strikt **freiwilliger Basis** erfolgen. Nur bei konkreten Anhaltspunkten für eine Tätigkeit für die Stasi kann eine Überprüfung auch ohne Zustimmung des Abgeordneten erfolgen. Aus naheliegenden Gründen glaube ich, daß dieser Fall kaum praktische Bedeutung haben wird.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Sie sind bereit, eine Zwischenfrage zuzulassen? Ich rechne das nicht an. — Bitte, Herr Abgeordneter Conradi.

(C)

Peter Conradi (SPD): Herr Kollege Wiefelspütz, räumen Sie ein, daß eine Mitarbeit für die Stasi für einen Abgeordneten aus Westdeutschland einen Straftatverdacht der Spionage oder des Landesverrats begründen könnte und daß für einen solchen Straftatsverdacht die ordentliche Gerichtsbarkeit und das normale Verfahren — Aufhebung der Immunität — das Übliche sind, nicht freiwillige Überprüfungsbegehren und Untersuchungen durch einen Geschäftsordnungsausschuß?

Dieter Wiefelspütz (SPD): Herr Kollege Conradi, ich stimme Ihnen zu. Soweit wir das im Moment beurteilen können, wäre die Mitarbeit für die Stasi für einen westdeutschen Abgeordneten voraussichtlich ein **Straftatbestand.** Nur haben wir hier keine Fragen von Strafe, von Strafwürdigkeit zu beurteilen, sondern hier erklärt sich das Parlament in eigener Verantwortung. Es ist kein gerichtsähnliches Verfahren. Die ganze Verfahrensweise ist auch nicht darauf angelegt, strafwürdige Vorwürfe zu erheben, sondern wir treffen Feststellungen. Die Würdigungen haben die Fraktionen und Gruppen zu treffen und die deutsche Öffentlichkeit.

Ich will fortfahren. Gleichwohl sind eine Reihe von Abgeordneten der Auffassung, eine Überprüfung sei mit der Freiheit des Mandats nicht vereinbar. Auch diese Auffassung ist in allen Fraktionen vertreten und verdient Respekt. Sie wird in dieser Debatte noch zum Ausdruck kommen. Es gehört für mich zu den beeindruckenden Erlebnissen, wie fruchtbar man innerhalb und zwischen den Fraktionen ringen, auch streiten kann um den richtigen Weg in schwierigem Gelände. Ich danke deshalb besonders den Kollegen Hörster, Manfred Richter und Singer, aus gegebenem Anlaß auch den Mitarbeitern des 1. Ausschusses.

(D)

(Abg. Otto Schily [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Bitte, Herr Kollege Schily.

Otto Schily (SPD): Herr Kollege Wiefelspütz, Sie haben von einer singulären Situation gesprochen. Da kann man geteilter Auffassung sein. Es gibt ja auch eine historische Situation mit einer **Gestapo,** deren Tätigkeit vielleicht noch schlimmer war als die der Stasi. Sind eigentlich Abgeordnete des Deutschen Bundestages irgendwann einmal auf Kontakte zur Gestapo überprüft worden?

Dieter Wiefelspütz (SPD): Herr Kollege Schily, das ist meines Wissens nicht der Fall. Nur, was lernen wir daraus eigentlich? Ich habe den Eindruck — darüber können wir uns bei anderer Gelegenheit auch einmal vertieft unterhalten —, daß die Maßstäbe, die in der **Nachkriegszeit** herangezogen worden sind, nicht unbedingt unsere Maßstäbe heute sein sollten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage das in aller Bescheidenheit; ich mache da anderen gar keine Vorwürfe. Ich bin froh, daß wir uns heute interfraktionell einigen und Maßstäbe vorschlagen, die, wie ich finde, ausgewogen sind. Wenn das früher anders gemacht worden ist, dann bin ich froh, daß wir heute aus der Erkenntnis, daß es damals viel-

Dieter Wiefelspütz

(A) leicht sehr unvollkommen war, heute andere Maßstäbe einvernehmlich anwenden können.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geschäftsordnungsausschuß ist kein Gericht, und seine Mitglieder sind keine Richter, schon gar nicht Scharfrichter. Wir wollen auf der Grundlage eines **Antrages eines Abgeordneten** und unter **Wahrung rechtlichen Gehörs** feststellen, ob eine Tätigkeit oder Verantwortung für die Stasi tatsächlich vorlag oder nicht. Uns interessieren nüchterne Tatsachen, sonst nichts. Es steht uns nicht zu, Wertungen vorzunehmen oder gar die Empfehlung auszusprechen, das Mandat niederzulegen. Die Fraktionen oder Gruppen des Bundestages müssen eigenverantwortlich, allerdings vor den Augen der Öffentlichkeit entscheiden und begründen, wie mit einem belasteten Mitglied zu verfahren ist.

Die wichtigsten Entscheidungen des 1. Ausschusses bei der Überprüfung bedürfen einer Zweidrittelmehrheit. Hiermit wird deutlich, daß angesichts der möglichen Tragweite der Feststellungen des 1. Ausschusses ein besonders großes Maß an Überzeugungskraft geboten ist.

Es geht nicht um Ächtung oder Boykott eines unserer Kollegen.

(Peter Conradi [SPD]: Das sehen wir ja im Landtag von Sachsen!)

— Wir reden, Herr Kollege Conradi, über den Deutschen Bundestag. Ich äußere mich nur sehr zurückhaltend über andere autonome Parlamente, die ihrer eigenen Verantwortung auf ihre Weise gerecht werden müssen.

(B)

Ich sage noch einmal: Für uns im Deutschen Bundestag geht es nicht um Ächtung oder Boykott eines unserer Kollegen, sondern es geht darum, daß wir uns dem langen Schatten der Geschichte stellen.

Ich wehre mich gegen die Mystifizierung oder Dämonisierung der Stasi; aber die durch die Stasi hervorgerufenen Verletzungen, Beschädigungen von Menschen und Verwüstungen in der Gesellschaft sind bedrückende Einsichten in das, was menschenmöglich ist und wozu Menschen imstande sind.

Auch unser Differenzierungsvermögen wächst. Das Urteil nach dem Raster „schwarz-weiß" mag in vielen Fällen ausreichend und geboten sein. Allein, es mehren sich die Fälle, bei denen uns eine eigentümliche Unsicherheit beschleicht, bei denen unser Urteil nicht von der erwünschten Sicherheit geprägt ist. Ich bin nicht gegen die vorschnelle und gelegentlich wohlfeile Wendung von **Tätern** in **Opfer.** Es gibt aber Verstrickungen, die uns ratlos machen. Der Urteilsspruch mag nicht so recht über die Lippen derjenigen gehen, die ein Urteil fällen müssen.

Dies bedenkend, bleibe ich dabei: **Mitarbeit für die Stasi** oder gar politische Verantwortung für die Stasi läßt sich grundsätzlich nicht mit einer **Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag** vereinbaren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem Bündnis 90/GRÜNE)

(C) Wer das eigene Volk bespitzelt und unterdrückt hat, wer es hintergangen, verraten und betrogen hat oder wer all dies zu verantworten hatte, gehört nicht in den Bundestag, auch wenn ihm das Mandat nicht entzogen werden kann.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Die praktische Umsetzung des neuen § 44b Abgeordnetengesetz und der Richtlinien ist für uns alle auch eine Herausforderung und Prüfung, bei der wir versagen oder uns bewähren können. Im Interesse des Ansehens des Bundestages, vor allem aber im Interesse aller Abgeordneten und ihrer schutzwürdigen und schützenswerten Belange wünsche ich uns allen, daß wir diese Herausforderung und Prüfung bestehen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Jetzt hat der Abgeordnete Hörster das Wort.

Joachim Hörster (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte parlamentarische Demokratie findet ihren entscheidenden Ausdruck darin, daß die vom Volk in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählten Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind.

(D)

Die Regel unseres Grundgesetzes, daß Abgeordnete allein durch ihre Wahl für ihre verantwortungsvolle Aufgabe legitimiert sind, hat sich trotz des Fehlverhaltens einzelner in der mehr als 40jährigen Geschichte des Deutschen Bundestages bewährt. Gleichwohl ergibt sich für das Parlament nach der ersten unmittelbaren Wahl des Bundestages im wiedervereinigten Deutschland am 2. Dezember 1990 eine besondere Situation.

Auf Grund des bis zu den ersten freien und allgemeinen Wahlen in der ehemaligen DDR am 18. März 1990 herrschenden totalitären SED-Unrechtregimes haben sich sowohl die Mitglieder der damals gewählten Volkskammer als auch der später gewählten **Landtage** in den fünf neuen Bundesländern davor zu schützen versucht, daß unter dem Deckmantel demokratischer Legitimation Abgeordnete den Parlamenten angehören, die dem früheren Unterdrückungsregime durch hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit besondere Dienste geleistet haben. Dabei wurden unterschiedliche **Überprüfungsverfahren** für die Abgeordneten entwickelt.

Vor allem aus der Bevölkerung in den fünf neuen Bundesländern, aber auch von den dortigen politischen Parteien wird die Forderung erhoben, eine entsprechende Überprüfung der Mitglieder des Deutschen Bundestages zu veranlassen. Tatsächlich stehen hier insbesondere die **Abgeordneten aus den fünf neuen Bundesländern** unter einem ganz besonderen öffentlichen Druck.

Joachim Hörster

(A) Ohne den Grundsatz aufzugeben, daß der Deutsche Bundestag seine Legitimation allein aus der Wahl seiner Abgeordneten durch das Volk herleitet und daß deswegen eine besondere Überprüfung von Abgeordneten grundsätzlich ausscheidet, will der Gesetzentwurf, über den hier zu beraten ist, einen Weg eröffnen, der der besonderen Situation auch in den fünf neuen Bundesländern Rechnung trägt, zugleich aber die **Gleichbehandlung** aller Abgeordneten des Deutschen Bundestages ermöglicht.

Durch eine Ergänzung des Abgeordnetengesetzes wird ermöglicht, daß sich jedes Mitglied des Deutschen Bundestages freiwillig auf eine mögliche Mitarbeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder als für das MfS politisch Verantwortlicher hin überprüfen lassen kann.

(Peter Conradi [SPD]: Mit Zweidrittelmehrheit auch unfreiwillig!)

Darüber hinaus findet eine Überprüfung ohne Zustimmung des Abgeordneten dann statt, wenn konkrete Anhaltspunkte für den Verdacht einer solchen Tätigkeit oder Verantwortung vorliegen.

(Peter Conradi [SPD]: Was sind denn das für konkrete Anhaltspunkte?)

— Ich möchte den Kollegen Conradi darauf hinweisen, daß wir bereits nach § 8 der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages

(Peter Conradi [SPD]: Das ist etwas ganz anderes!)

den Tatbestand einer Überprüfung von Amts wegen (B) haben, nämlich dann, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sich ein Mitglied des Deutschen Bundestages über seine wirtschaftlichen Beziehungen falsch geäußert hat.

(Peter Conradi [SPD]: Sein Mandat mißbraucht! Das ist etwas ganz anderes! — Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Was ist denn „konkret" in dem Sinne?)

— Es geht nicht um den Mißbrauch, sondern um die falsche Angabe.

Die entsprechende Feststellung trifft der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, der in jedem Fall das Überprüfungsverfahren durchführt. Das **Überprüfungsverfahren** erfolgt auf Grund von Richtlinien, die der Deutsche Bundestag heute zugleich mit dem Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes beschließen soll. Der Kollege Wiefelspütz hat die einzelnen Positionen dieser Überprüfung dargestellt. Deshalb möchte ich von meiner Seite aus darauf verzichten.

Außer im Falle des Vorliegens konkreter Anhaltspunkte — darauf lege ich allerdings Wert — ist kein Abgeordneter — weder rechtlich noch moralisch — verpflichtet, sich überprüfen zu lassen. Jeder trifft seine Entscheidung auf Grund des freien, ihm von den Wählern übertragenen Mandats in freier Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Die Änderung des Abgeordnetengesetzes — auch das bitte ich zu bedenken — beinhaltet zugleich eine (C) **Schutzfunktion** für die Mitglieder des Bundestages, die ungerechtfertigt einer Tätigkeit oder politischen Verantwortung für das MfS verdächtigt werden. Sie erhalten nunmehr die Möglichkeit, sich in einem geordneten Verfahren des Deutschen Bundestages gegen solche Vorwürfe zur Wehr zu setzen. Auch das bitte ich bei diesem Gesetzentwurf zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Im Hinblick auf die Anträge der Gruppen der PDS/Linke Liste und des Bündnisses 90/DIE GRÜNEN möchte ich keinen Zweifel daran lassen, daß die **Freiwilligkeit** einer etwaigen Überprüfung die wesentliche Entscheidung bei der heutigen Änderung des Abgeordnetengesetzes ist. Vor der Wiedervereinigung haben 60 Millionen Deutsche im freien Teil Deutschlands das Glück gehabt, aber auch immer wieder den Willen bewiesen, freiheitlich-parlamentarische Demokratie zu praktizieren. Die in mehr als 40 Jahren dort gesammelten Erfahrungen helfen uns auch, die Folgen der 40jährigen Trennung leichter zu überwinden. Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind als Garanten einer freiheitlich-demokratischen Ordnung unbestritten.

Es wäre — hier darf ich das wiederholen, was der Kollege Wiefelspütz schon gesagt hat — geradezu ein Hohn, ein später Triumph des Unterdrückungssystems des SED-Staates, wollte man das erste frei gewählte gesamtdeutsche Parlament mit einem Verdacht belasten, von dem es sich zum Nachweis seiner Legitimität zunächst befreien müßte. (D)

Ich möchte daher den Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern ausdrücklich dafür danken, daß sie trotz des öffentlichen Drucks, der vor allem auf ihnen lastet, es verstehen und respektieren, daß andere Mitglieder dieses Bundestages auf Grund ihrer politischen Lebenserfahrungen die **Regelüberprüfung** eines Abgeordneten mit dem **Verfassungsgrundsatz des freien Mandats** für unvereinbar halten. Die heutige Änderung des Abgeordnetengesetzes baut die Brücke, die es uns erlaubt, bei so unterschiedlichen Lebenserfahrungen offen und freimütig aufeinander zuzugehen.

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Nicht alle werden rübergehen, nicht alle!)

Noch etwas möchte ich hinzufügen: Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das **Bespitzelungssystem der Stasi** die perfideste Einrichtung war, die das SED-Regime gebrauchte, um Menschen systematisch zu zerbrechen, ihre Lebensschicksale zu zerstören und Mißtrauen und Angst bis hinein in die Familien zu erzeugen. War die Stasi aber das einzige Instrument?

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau das ist es!)

Wie war es in der Hierarchie der Schulen, der Hochschulen, der Betriebe, der Justiz, um nur einige Anhaltspunkte zu nennen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Joachim Hörster

(A) Die Befassung mit der Stasi allein wird nicht ausreichen, um den **SED-Unrechtsstaat** zu begreifen.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Daher sollten wir uns ehrlicherweise darauf ausrichten, daß uns die Folgen des SED-Staates noch sehr lange und aus unterschiedlichen Anlässen beschäftigen werden.

(Zuruf von der SPD: Das ist leider wahr!)

Dennoch möchte ich auch bei dieser Debatte in den Vordergrund stellen, daß uns der **Prozeß der inneren Wiedervereinigung unseres Volkes** zwar vor neue und bisher nicht gekannte Aufgaben stellt; gleichwohl empfinde ich gerade auch in Anbetracht der Entwicklungen in den ehemals sozialistischen Staaten die inneren und äußeren Umstände, die zur Überwindung der Teilung Deutschlands und zur **Erlangung der Freiheit für die Deutschen in den fünf neuen Bundesländern** geführt haben, als eine Gnade für unser Volk.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dafür bin ich trotz aller aktuell zu lösenden Probleme dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Manfred Richter.

Manfred Richter (Bremerhaven) (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann direkt an (B) den Beitrag von Herrn Hörster anschließen. Auch ich glaube, daß wir heute zwar über einen Gesetzentwurf abschließend beraten, die Sache selber aber noch lange Zeit auf der Tagesordnung stehen wird.

(Peter Conradi [SPD]: Weiß Gott!)

Die **Aufarbeitung und Bewältigung des Stasi-Erbes** wird auch in den nächsten Jahren ein Dauerthema bleiben. Deshalb warne ich vor der Illusion, daß mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs oder nach der Durchführung der Überprüfung von Abgeordneten die Diskussion beendet sein wird. Formal mag das vielleicht zutreffen; aufgearbeitet und bewältigt wird dieser Teil der jetzt gemeinsamen deutschen Geschichte damit aber keineswegs. Da werden uns noch Fragen einholen, die selbst bei der lebhaftesten Phantasie nicht auszumalen sind. Ich halte deswegen sehr viel davon — und möchte das auch durchaus als Anregung verstanden wissen —, daß wir uns fraktionsübergreifend schnellstmöglich damit beschäftigen, in welcher Form wir uns angemessen und ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen können.

Der Kollege van Essen hat vorgestern im Zusammenhang mit der Arbeit der Arbeitsgruppe DDR-Regierungskriminalität darauf hingewiesen, daß das **Rechtsstaatsbewußtsein** der Bevölkerung auf Dauer nachhaltig Schaden leidet, wenn uns die strafrechtliche Bewältigung von 40 Jahren Unrecht nicht gelingt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Bündnisses 90/GRÜNE)

(C) Ich möchte hinzufügen: Das Parlament leidet auf Dauer nachhaltig Schaden, wenn die politische Aufarbeitung von 40 Jahren Unrecht nicht gelingt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Das Parlament darf in diesem Punkt keine Machtlosigkeit demonstrieren. Dafür hätten insbesondere die Bürger in den fünf neuen Ländern kein Verständnis, und das zu Recht.

Meine Damen und Herren, in einem Beitrag des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts" hat **Professor Rittstieg** von der Universität Hamburg die Auffassung vertreten, daß der Deutsche Bundestag mit der Überprüfung seiner Mitglieder auf frühere Stasi-Tätigkeit dem Volkszorn folge und damit Recht der Abgeordneten verletze.

(Peter Conradi [SPD]: Da hat er recht!)

Ich zitiere: „Durch die Stasi-Überprüfung würde der Immunitätsausschuß eine billige Karikatur des Wohlfahrtsausschusses aus der Zeit der Französischen Revolution, der nicht nur anstelle des Parlaments, sondern auch über das Parlament herrschte, indem er zahlreiche Abgeordnete ausstieß und sie der Guillotine überantwortete."

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich halte diesen Vergleich für maßlos überzogen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Der **Geschäftsordnungsausschuß** herrscht nicht über das Parlament. Er ist einer seiner Ausschüsse, also (D) selbst Teil dieses Parlaments. Dennoch glaube ich, daß diese Ausführungen für uns ein Appell sein sollten, ein Appell im Hinblick auf die praktische Durchführung dieser Überprüfung.

(Peter Conradi [SPD]: Ein bißchen was ist schon dran, nicht?)

Die Mitglieder des 1. Ausschusses und die Fraktionen des Deutschen Bundestages tragen bei der Lösung jedes einzelnen Falles eine große Verantwortung, und wir sollten uns ihrer bewußt sein.

Verantwortung und Schuld für die hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR kann nur individuell nachgewiesen werden. Aufgabe des Ausschusses wird es sein, darauf zu achten, daß möglichst keine Emotionalisierung erfolgt, keine Vorverurteilung vorgenommen wird. Es ist auch sorgfältig selbst der Anschein zu vermeiden, daß es sich um parteipolitische Auseinandersetzungen handeln würde. Es darf keine pauschale Beschuldigung und keine pauschale Ausgrenzung geben. Kurz: Es geht um eine **rechtsstaatliche Aufarbeitung.**

Meine Damen und Herren, in diesem Gesetz steckt mehr Zündstoff, als dem einen oder anderen vielleicht zur Zeit bewußt ist.

(Peter Conradi [SPD]: Wohl wahr!)

Schon nach den ersten Überprüfungen werden sich die Medien verstärkt des Themas annehmen. Es wird damit auch zu einem Thema in der Bevölkerung. Entscheidend wird deshalb sein, wie wir gemeinsam

Manfred Richter (Bremerhaven)

(A) — ich betone hier besonders die Gemeinsamkeit — darauf reagieren. Die Überprüfung des Abgeordneten darf für den Betroffenen nicht zu einem Spießrutenlaufen werden.

Meine Damen und Herren, mit dem Gesetz zur Überprüfung von Abgeordneten auf frühere Stasi-Tätigkeit folgen wir auch nicht dem **Volkszorn.** Genau das Gegenteil ist der Fall: Wir wollen verhindern, daß sich der Volkszorn daran entlädt, daß Abgeordnete anders behandelt werden als all diejenigen, die nach dem am 14. November 1991 verabschiedeten **Stasi-Unterlagen-Gesetz** überprüft werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Nach diesem Gesetz wird eine ganze Reihe von Personengruppen überprüft: Abgeordnete und Angehörige kommunaler Vertretungskörperschaften; Bundes- oder Landesvorsitzende von politischen Parteien; Personen, die im öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder, der Gemeinden, in Gemeindeverbänden, über- oder zwischenstaatlichen Organisationen, in denen die Bundesrepublik Deutschland Mitglied ist, sowie im kirchlichen Dienst beschäftigt sind oder weiterverwendet werden wollen; Personen, die als Notar weiterverwendet oder als Rechtsanwalt tätig bleiben wollen; Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Betriebsleiter oder vergleichbare leitende Angestellte in Betrieben einer juristischen Person; durch Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung der Personenmehrheit berufene Personen; Geschäftsführer, Betriebsleiter oder vergleichbare leitende Angestellte in Betrieben einer Personenmehrheit und Personen, die in Verbänden auf Bundes- und Landesebene leitende Funktionen wahrnehmen. (B)

Meine Damen und Herren, es darf nicht der Eindruck entstehen, die Bundestagabgeordneten wollten für sich ein Schlupfloch offenlassen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Richter, beantworten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Conradi?

Manfred Richter (Bremerhaven) (FDP): Sehr gern.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Bitte sehr.

Peter Conradi (SPD): Herr Kollege, die **Liste der zu Überprüfenden,** die Sie gerade vorgelesen haben, bezieht sich ausschließlich auf **ostdeutsche Bürger.** Wollen Sie diese Liste und diese Überprüfungsmöglichkeit nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz auch auf **westdeutsche Bürgerinnen und Bürger** übertragen?

Manfred Richter (Bremerhaven) (FDP): Nein, darum geht es ja nicht. Die Frage ist aber, ob wir hier ein Verfahren für die Mitglieder dieses Hauses wollen, in dem wir sie nach Ostabgeordneten und Westabgeordneten separieren. Das hielte ich für ganz fatal.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schily? (C)

Manfred Richter (Bremerhaven) (FDP): Bitte sehr.

Otto Schily (SPD): Herr Kollege, warum halten Sie diese Separierung bei anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes für gerechtfertigt?

Manfred Richter (Bremerhaven) (FDP): Wir diskutieren doch jetzt nicht über das Stasi-Unterlagen-Gesetz, Herr Schily; das haben wir schon getan.

Otto Schily (SPD): Doch, ich möchte die Logik erfassen!

Manfred Richter (Bremerhaven) (FDP): Wenn Sie mir gestatten, Ihre Frage zu beantworten, dann will ich das gerne versuchen: Wir diskutieren jetzt über das Gesetz, das die Verfahren festlegt, nach denen Mitglieder dieses Hauses überprüft werden sollen. Ich komme auf die **Freiwilligkeit** noch zu sprechen; ich halte das in der Tat für einen wesentlichen Punkt. Ich sehe durchaus die Probleme, die einige Mitglieder dieses Hauses mit den Regelungen haben. Ich respektiere das auch. Aber ich teile da die Auffassung von Herrn Wiefelspütz, daß dies in dieser exzeptionellen Situation nicht nur notwendig ist, sondern auch schnell durchgeführt werden muß. Meiner Meinung nach ist der Zeitfaktor hier ein ganz entscheidender.

Meine Damen und Herren, ich will es noch einmal sagen: Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, als wollten wir ein Schlupfloch für uns selbst. Die öffentliche Diskussion über diesen Verdacht möchte ich diesem Haus und seinen Mitgliedern gerne ersparen. (D) Aber es gibt in der Tat einen Unterschied zwischen den zu überprüfenden Personengruppen nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz und nach den Regelungen dieses Gesetzes: Das ist die grundgesetzlich verbriefte **Freiheit der Mandatsausübung.** Das ist ein hohes Rechtsgut. Ich meine, es wird durch die im Gesetz vorgesehene Regelung nicht angetastet.

Das ist auch der Grund, weswegen wir den Änderungsantrag vom Bündnis 90/GRÜNE ebenso wie die anderen vorgelegten Anträge ablehnen; denn das Prinzip der Freiwilligkeit ist wirklich von absoluter Notwendigkeit, damit an diesem entscheidenden Punkt nicht Zweifel entstehen.

Meine Damen und Herren, Goethe sagte schon 1830:

> Der wahre Liberale
>
> (Dieter Wiefelspütz [SPD]: Goethe war nicht Mitglied der FDP, Herr Richter!)
>
> sucht mit den Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, soviel Gutes zu bewirken, als er nur immer kann, aber er hütet sich, die oft unvermeidlichen Mängel sogleich mit Feuer und Schwert vertilgen zu wollen. Er ist bemüht, durch ein kluges Vorschreiten die öffentlichen Gebrechen nach und nach zu verdrängen, ohne durch gewaltsame Maßregeln zugleich ebensoviel Gutes mit zu verderben.

Das Gesetz gibt uns ein Instrument zur historischen und politischen Aufarbeitung des Stasi-Unrechts an die Hand. Das Verfahren ist so angelegt, daß es rechts-

Manfred Richter (Bremerhaven)

(A) staatlichen Grundsätzen entspricht; jeder Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Verfahrens wird ausgeschlossen. Die Richtlinien zum Gesetz machen deutlich, daß wir mit den gewonnenen Erkenntnissen sensibel umgehen wollen und müssen.

Es ist jetzt an uns, dieses Gesetz auszufüllen und vernünftig damit umzugehen. Ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung eines Aspekts der gesamtdeutschen Vergangenheit liegt in unserer Hand.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Köppe.

Ingrid Köppe (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein ganzes Jahr ist seit der Wahl des 12. Bundestages vergangen, ohne daß es zu einer angemessenen **Überprüfung der Abgeordneten auf Stasi-Kontakte** gekommen ist. Daß der **Überprüfungsbeschluß vom 20. Dezember 1990** selbst in sich aufdrängenden Fällen keine Überprüfung ermöglichte und somit inzwischen anerkanntermaßen nicht befriedigen kann, liegt schon daran, daß die Einwilligung der betreffenden Abgeordneten vorausgesetzt wird. Insoweit sollen mit dem heute anstehenden Beschluß die Weichen offenbar leider abermals in Richtung totes Gleis gestellt werden.

Die Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat immer wieder eine umfassendere Regelung angemahnt, im (B) Mai förmlich beantragt und jetzt mit einem Gesetzentwurf sowie präzisen Verfahrensrichtlinien auch ausformuliert.

Erst auf den Druck der Bevölkerung und der Überprüfungsergebnisse in den Landtagen im Osten Deutschlands hin haben sich die Fraktionen zu einer weiteren Regelung bequemt. Was dabei jetzt herauszukommen droht, ist allerdings vollkommen unzureichend. Statt der notwendigen **obligatorischen Überprüfung** aller Abgeordneten wird die nun vorgeschlagene **freiwillige Überprüfung** nach Angaben aus den Fraktionen sowie Umfragen dazu führen, daß allein aus CDU/CSU und SPD 100 bis 180 Abgeordnete nicht überprüft würden.

(Zurufe von der CDU/CSU: Das kann man doch nicht vorher sagen! — Warten Sie doch einmal ab!)

Mit Recht fordern nach Umfragen

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Was halten Sie von Umfragen? Wie wichtig sind die Ihnen?)

andererseits 97 % der Bevölkerung eine generelle Überprüfung der Bundestagsabgeordneten ohne Einwilligung,

(Peter Conradi [SPD]: Hier wird das gesunde Volksempfinden eingeführt!)

wie sie Tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Erhalt ihres Arbeitsplatzes derzeit und auch zukünftig hinzunehmen haben. Die Grundlage dessen ist von den gleichen Abgeordneten dieses Hauses beschlossen worden, die jetzt offenbar für ihre Person auf die Freiwilligkeit pochen.

(C) Ein weiterer großer Mangel des Fraktionsentwurfs und der Beschlußempfehlung liegt darin, daß völlig auf den Versuch verzichtet wird, vorab möglichst präzise **Kriterien** für die Bewertung der etwa festgestellten Stasi-Kontakte festzustellen und dabei die Erfahrungen der Landtage zu nutzen. Außerdem wurde nicht aufgezeigt, welche Empfehlung der Bundestag in bestimmten **Fallgruppen** abgeben sollte. Dies beides in die Regelung aufzunehmen ist jedoch wichtig, damit bei aller notwendigen Einzelfallwürdigung, Bewertung und Empfehlung im Falle bestimmter Abgeordneter dann nicht nach parteitaktischen Gesichtspunkten entschieden wird. Was sich dazu im Brandenburger Landtag an unwürdigen Szenen abgespielt hat,

(Joachim Hörster [CDU/CSU]: Wird sich bei uns nicht wiederholen!)

sollte uns nachhaltig lehren, daß wir so etwas hier im Bundestag vermeiden müssen.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Das ist richtig, Frau Kollegin!)

Die Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat für die zweite Lesung einen Änderungsantrag zu dem Fraktionsentwurf eingebracht, und zwar beschränkt auf die **Forderung nach genereller Überprüfung**. Da diese Forderung auch von den CDU-Landesgruppen Sachsen und Brandenburg bereits öffentlich unterstützt wurde und da uns auf unsere Bitte an die anderen östlichen Landesgruppen hin bereits weiterer Zuspruch aus den anderen Fraktionen zugesagt wurde, werden wir diesen Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung stellen und bitten für den Beschluß (D) über diese Verfahrensweise sehr herzlich um die nötige Zustimmung von mindestens 34 Kolleginnen und Kollegen.

Für die dritte Lesung bitten wir um Unterstützung unseres Gesetzentwurfs und unseres Antrags, der an den wichtigen Punkten einfach die angemesseneren und ausgereifteren Regelungen enthält. Ich bin mir sicher, daß die Bevölkerung, insbesondere in Ostdeutschland, unsre heutige Abstimmung und das jeweilige Stimmverhalten sehr aufmerksam verfolgen wird, um die **Glaubwürdigkeit** von Politik und Politikern bewerten zu können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete Köppe, darf ich noch einmal präzisieren: Sie beantragen die namentliche Abstimmung ausschließlich für den Änderungsantrag?

(Ingrid Köppe [Bündnis 90/GRÜNE]: Ja!)

— Danke schön. Damit haben wir klare Geschäftsordnungsverhältnisse.

Nun hat die Abgeordnete Frau Jelpke das Wort.

Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Überprüfung der **Bediensteten des öffentlichen Dienstes in der ehemaligen DDR** auf Stasi-Tätigkeit, SED-Mitgliedschaft und

Ulla Jelpke

Mitgliedschaft in den Massenorganisationen wurde zügig durchgeführt. Schon im Sommer 1990 legte das BMI mit entsprechenden Richtlinien für diese **Massenüberprüfung** die Richtung fest.

Wesentlich schwerer fällt die Regelung der Überprüfungen, wenn es die **Abgeordneten des Deutschen Bundestages** betrifft. Abgeordnete und Ministerialbeamte verlieren nun ihren vorher gezeigten Schneid. Datenschutzrechtliche und verfassungsrechtliche Bedenken werden nun mit einem Mal zur Schau gestellt. Keine zwangsweisen **Überprüfungen** wie bei allen Lehrerinnen und Lehrern in der ehemaligen DDR werden durchgeführt, sondern es sollen nur einzelne überpüft werden. Das soll **auf freiwilliger Basis** vorgenommen werden, und das nur dann, wenn **konkreter Verdacht** besteht.

Als es um Ihre Überprüfungen ging, meine Damen und Herren, besannen Sie sich plötzlich auf **rechtsstaatliche Grundsätze.** Für andere, insbesondere für die Parlamente im Osten, wurden die kurzerhand außer Kraft gesetzt. Diese Überprüfungen der Abgeordneten sind in der Tat äußerst fragwürdig und mit der Tradition des **Parlamentarismus** und insbesondere mit dem Grundsatz des **freien Mandats** nicht zu vereinbaren.

Ich frage: Wieso haben diese Abgeordneten nicht öffentlich und lautstark protestiert, als alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der ehemaligen DDR zwangsweise überprüft wurden? Deutlicher kann man nicht unterstreichen, wie man das Recht biegt und eine **Ungleichbehandlung** praktiziert.

Meine Damen und Herren, auch ich wollte an dieser Stelle das Zitat von **Professor Helmut Rittstieg** aus dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" bringen. Ich werde den Abgeordneten Richter an dieser Stelle nur ergänzen, denn dieser Professor hat unter anderem auch davon gesprochen, mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes werde das **Siegerrecht** auch im Abgeordnetengesetz niedergeschrieben.

Meine Damen und Herren, falls denn hier überhaupt noch Argumente zur Kenntnis genommen werden, möchte ich auf die Möglichkeit hinweisen, wenigstens ein **demokratisches Prinzip** wieder einzusetzen, nämlich das der **Gleichheit.** Das heißt: Wenn schon, denn schon. Neben dem MfS wurde in den letzten Monaten die organisierte Kriminalität in solchen Zeitungen wie „Bild", „FAZ", „Welt" als besonders gefährlich, verrucht und verbreitet dargestellt. Jüngste Untersuchungen haben ergeben, daß besonders viele politische Mandatsträgerinnen und -träger hierin verstrickt sind. Wieso also wird beispielsweise hier keine **Überprüfung auf Verbindungen zur organisierten Kriminalität** oder zum illegalen Waffenhandel durchgeführt?

Meine Damen und Herren, daß bei den Überprüfungen der Abgeordneten nur eine eventuelle Tätigkeit für das MfS zur Debatte stehen soll, unterstreicht den blanken **Versuch der Abrechnung mit dem alten DDR-System.** Nicht die schmutzige Arbeit von Geheimdiensten im allgemeinen soll angeprangert werden. Aber Sieger gehen großzügig über solche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten hinweg.

Daß bundesdeutsche **Geheimdienste** und ihre befreundeten ausländischen Dienste jahrelang ohne irgendeine gesetzliche Grundlage — genau genommen ist die erst 1989 hier beschlossen worden — das **informationelle Selbstbestimmungsrecht** mit Füßen getreten haben, soll irrelevant sein. Daß bundesdeutsche Geheimdienste mit **Waffenlieferungen** den Tod exportiert haben, soll gleichfalls irrelevant sein, genauso wie die Tatsache, daß Agenten bundesdeutscher Geheimdienste in **Mordanschläge gegen Führer von Befreiungsbewegungen** verstrickt waren.

(Zurufe von der CDU/CSU: Das ist doch wohl die Höhe! — Können Sie das beweisen? — Wo sind wir denn hier? — Dr. Uwe Küster [SPD]: Kommen Sie einmal zum Thema!)

— Das ist nicht die Höhe, sondern die Wahrheit! Das sollten Sie selber einmal genauer recherchieren. Dann wüßten Sie auch, daß das von internationalen Menschenrechtsorganisationen angeprangert worden ist.

In den alten Bundesländern wanderten Hunderttausende Linke und Oppositionelle in Staatsschutzdateien und wurden mit **Berufsverboten** belegt oder bedroht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hunderttausende?)

Ich gebe Ihnen ein nettes Beispiel. Dazu können Sie ja einmal Stellung nehmen: 1982, als das BKA widerrechtlich gespeicherte Daten aus der NAVIS-Datei löschen mußte, war eine 15köpfige Sonderabteilungsgruppe allein 14 Monate damit beschäftigt, diese Daten zu löschen.

Als West-Linke, die seit 20 Jahren in den Altländern aktiv ist, bin ich mir sicher, daß meine Akte beim VS und Staatsschutz recht dick sein dürfte.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [FDP]: Vielleicht nehmen Sie sich zu wichtig!)

Mir persönlich ist die Vorstellung ausgesprochen zuwider, im Bundestag neben VS- oder BND-Spitzeln oder -Schnüfflern zu sitzen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

— Aber Sieger wollen sich so etwas nicht sagen lassen. Ich weiß, das hören Sie nicht so gerne.

(Zuruf von der FDP: Das ist wirklich unter Niveau!)

Erst recht sollen daraus keine Konsequenzen gezogen werden können.

(Unruhe bei der CDU/CSU und der FDP)

Bis heute dürfen nur einige führende Politiker sowie einige hohe Polizei- und Geheimdienstführer wissen, ob der **bundesdeutsche Sicherheitsapparat** nicht über mehr personenbezogene Daten verfügt als das MfS. Ein umfassendes Akteneinsichtsrecht — das wissen Sie sehr genau — gab es in den alten Ländern nämlich nicht, geschweige denn, daß es überhaupt eine Rechenschaftspflicht darüber gibt.

Hermann Gremliza sagt in der Zeitschrift „Konkret" mit Recht, daß nicht nur der Gebrauch ihrer **Macht,** sondern ihr Bedarf an **Moral** die deutschen **Sieger** zu furchtbaren Siegern macht. Mit dieser angemessenen

Ulla Jelpke

(A) Moral werden mehr als fragwürdige Abrechnungen durchgezogen, wie der **Fall Fink** ganz aktuell zeigt,

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Na, na! — Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD)

der eigentlich mehr ein Fall Gauck und ein Fall Erhardt ist. An dem Beispiel Fink sieht Mensch, wie mit Stasi-Akten umgegangen wird.

(Brigitte Baumeister [CDU/CSU]: Was ist mit Herrn Modrow?)

— Hören Sie doch erst einmal zu! Wir reden im Moment nicht über Herrn Modrow, sondern über **Falschanschuldigungen der Gauck-Behörde.**

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Das ist doch die Höhe! — Unruhe bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, weniger Zwischenrufe zu veranstalten, damit Sie die Rednerin noch hören können.

(Zuruf von der CDU/CSU: Es ist nicht zumutbar!)

Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste): Ich freue mich, daß Sie sich auch einmal über ein paar Sachen aufregen. Das zeigt wenigstens, daß Sie mir einmal zuhören.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [FDP]: Es ist zum Erbrechen!)

(B) In Zweifel zu ziehen ist jedenfalls auch das, was Herrn Fink betrifft. Ganz offensichtlich geht es erst einmal gegen den Angeklagten.

(Dr. Rudolf Karl Krause [Bonese] [CDU/CSU]: Alles Quatsch! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Die Kommunisten müssen sich für die Theologen einsetzen, jawohl! Gerade für die Theologen! Wenn die die Kommunisten nicht hätten!)

Es wird nicht im Grundsatz recherchiert. Stefan Heym charakterisiert das Verfahren treffend — ich zitiere —:

> Das System ist in allen Diktaturen verbreitet. Wozu Fragen stellen? Erst einmal Kopf ab! Überschrift: Der Rechtsstaat.

Die PDS/Linke Liste wird also gegen die Änderung des Abgeordnetengesetzes, wie von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/GRÜNE vorgeschlagen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Aus guten Gründen!)

stimmen. Wenn schon **Überprüfung,** dann, bitte schön, **aller in- und ausländischen Geheimdienste.**

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Das sind kommunistische Hetzkampagnen!)

Zum Schluß möchte ich noch einige Worte zu den GRÜNEN sagen. Ich finde es sehr bedauerlich, daß immer mehr GRÜNE Abstand davon nehmen, wofür sie einst hier angetreten sind, nämlich gegen alle Geheimdienste vorzugehen. Ich denke, daß das sehr zu bedauern ist, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß sämtliche Akten inzwischen bei Verfassungsschutz und BND gelandet sind. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, daß langsam einmal die Zeit kommt, daß sich das Bündnis 90/GRÜNE damit auseinandersetzt, was mit den westlichen Geheimdiensten passiert. Deswegen werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

(C)

Danke.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete Jelpke, den Ausdruck „Schnüffler" habe ich so verstanden, daß Sie das im Zusammenhang mit Schnupftabak gesehen haben, und sehe deswegen von einer Rüge ab. Andernfalls müßte ich mich gegen den Ausdruck wehren.

Der Abgeordnete Poppe hat das Wort zu einer Kurzintervention.

Gerd Poppe (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe mich zu dieser Kurzintervention veranlaßt, weil ich hier in aller Öffentlichkeit deutlich machen will, daß es sehr unterschiedliche Motive gibt, diesen Gesetzentwurf abzulehnen, und daß ich mich mit den von Frau Jelpke genannten Motiven überhaupt nicht einverstanden erklären kann.

Ich verwahre mich außerdem gegen die hier geäußerte Behauptung, die Gauck-Behörde hätte eine Falschanschuldigung getroffen.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

(D) Schließlich möchte ich mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die Gruppe der PDS nicht diese — wenn auch späte — Gelegenheit ergriffen hat, daß zu diesem Thema jemand spricht, der auf Grund seiner Vergangenheit in der ehemaligen DDR vielleicht eher dazu etwas auszusagen in der Lage wäre.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, der CDU/CSU, der SPD und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Als Sachverständiger!)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Küster.

(Hans Peter Schmitz [Baesweiler] [CDU/CSU]: Da hätten sie einen Sachverständigen von denen holen müssen!)

Dr. Uwe Küster (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Änderung des Abgeordnetengesetzes durch Ergänzung um einen § 44b ist die logische Folge der Verabschiedung des Stasi-Unterlagengesetzes. Mit dieser Konsequenz sichert der Deutsche Bundestag, daß er Handelnder ist und nicht Getriebener, daß nicht allein der Bundesbeauftragte gelegentlich der Erfüllung seiner Aufgabe mit der Vergangenheitsbewältigung befaßt ist oder nur die Medien diese ihre Möglichkeiten betreiben. Der Deutsche Bundestag stellt sich verantwortlich dieser Aufgabe.

Die **Ergänzung des Abgeordnetengesetzes** hat zum Inhalt, daß die Mitglieder des Bundestages beim Präsidenten eine Überprüfung auf hauptamtliche oder

Dr. Uwe Küster

inoffizielle oder gar politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der DDR beantragen können. In Ausnahmefällen kann eine Überprüfung ohne ihre Zustimmung stattfinden, wenn der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung das Vorliegen von konkreten Verdachtsmomenten für eine solche Tätigkeit festgestellt hat. Als zuständiges Gremium für die Überprüfung benennt das Gesetz den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Bei der Erarbeitung dieses Gesetzes und der Richtlinien zur Überprüfung hat sich der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung seine Aufgabe nicht leicht gemacht. Es gab bei diesem **interfraktionellen Gesetzentwurf** parteiübergreifend erheblichen Klärungsbedarf. Die durch das Grundgesetz garantierte **Unabhängigkeit des Abgeordneten** und der ungeheure **Legitimationsdruck,** der vor allem auf den Abgeordneten der ostdeutschen Länder lastet, sind das Kräftefeld, in dem wir unsere Entscheidung fällen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich hier besonders die Sicht, den Standpunkt eines Kollegen aus den neuen Bundesländern darstellen. Nach dem Untergang des SED-geführten, Stasikontrollierten Staates sind wir zur **Aufarbeitung von 40 Jahren DDR-Geschichte** verpflichtet. Wir wissen heute erst teilweise, wie der **Unterdrückungsapparat Stasi** in seinem Wesen funktionierte, wie er seine Mitarbeiter rekrutierte, aus verbohrten Stalinisten, aber auch aus fehlgeleiteten Jugendlichen, die nicht die Chance hatten, ihre Ideen an der Realität demokratischer Strukturen anderer Länder zu überprüfen. Aber wir wissen, wie die Nomenklatura quasi Bestandteil der Staatssicherheit der DDR war. Deshalb ist gerade die Überprüfung auf politische Verantwortung für die Staatssicherheit der DDR ein wichtiger Punkt dieses Gesetzes.

Natürlich waren Herr Modrow und Herr Keller keine Mitarbeiter der Staatssicherheit. Nein, sie waren auf Grund ihrer Position im System der DDR die Auftraggeber.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP — Hans Peter Schmitz [Baesweiler] [CDU/CSU]: So ist es!)

Sie mußten keine Berichte über Betroffene schreiben, sondern lesen. Die Lageberichte der Stasi bestimmten ihre Handlungen.

Dies wissen die **Menschen in den ostdeutschen Ländern.** Das treibt sie um. Sie wissen aber auch aus der jüngsten Geschichte, daß es die Strategie der Stasi war, Gruppierungen Andersdenkender in der ehemaligen DDR, die alten Blockparteien und natürlich auch die neuen Parteien zu unterwandern. Im Ergebnis dieser Strategie kamen Mitarbeiter der Stasi in die Landtage der neuen Länder und vielleicht auch in den Deutschen Bundestag. Auch dies wissen die Menschen in den ostdeutschen Ländern. Das empört sie und macht sie unsicher. Sollen, können sie ihren Repräsentanten vertrauen? Es ist gegenwärtig ein breites **Mißtrauen** zu spüren, verbunden mit einer deutlichen Politikmüdigkeit, frei nach dem Motto: Wir hier unten, ihr da oben. Seid ihr da oben wieder die alten? — Ich weise diesen Generalverdacht gegen das Parlament entschieden zurück und sage gleichzeitig, daß wir etwas für die Glaubwürdigkeit des Parlaments hier in Bonn tun müssen.

Es sei mir der dezente Hinweis gestattet, daß die Stasi im wesentlichen ein ostdeutsches Problem ist. Sie hatte aber als bevorzugtes Betätigungsfeld die alte Bundesrepublik Deutschland. Auch für diese Art der Verstrickung sind einige Beispiele bekannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf die **Richtlinien** zur Überprüfung auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der DDR zurückkommen, die sich der Deutsche Bundestag geben wird. In Abs. 1 ist festgelegt, daß das zuständige Gremium seine Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder trifft. Das ist ein wichtiges Instrument, wie ich meine, um von vornherein parteipolitisches und parteipolitisch motiviertes Vorgehen zu unterbinden. Davon sind die Entscheidungen des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung betroffen, insbesondere Entscheidungen über eine Überprüfung ohne Zustimmung des Betroffenen bei Vorliegen konkreter Verdachtsmomente, über das Ersuchen auf zusätzliche Auskünfte des Bundesbeauftragten und über die Feststellung des Prüfungsergebnisses.

Wir halten das **Quorum,** das wir hier gesetzt haben, für außerordentlich hilfreich. Im Falle eines möglichen positiven Prüfungsergebnisses entsteht ein Zwang zum Konsens, der breite menschliche Erfahrung einbindet, um zu einer gerechten Entscheidung zu kommen. Einige der offengelegten Fälle zeigen, wie bewußte Täter im Laufe ihres Lebens zu Opfern wurden, wie ganz normale, anständige Menschen zu niedrigen Spitzeldiensten gepreßt wurden und wie die Opfer des Regimes zu Tätern gemacht worden sind. Hier ist eine individuelle und differenzierte Behandlung dieser Fälle wichtig.

Die Erfahrungen der Landtage in den fünf neuen Ländern zeigen nur in wenigen Fällen unterschiedliche Standpunkte, die auch nicht so sehr parteipolitischer Natur waren, sondern eher den verschiedenen Erlebnisbereichen der mit der Feststellung der Tatsachen betrauten Menschen entsprechen.

Der **Ausschuß für Wahlprüfung,** Immunität und Geschäftsordnung ist an eine **Feststellung der Tatsachen** gebunden. Eine Beurteilung der Tatsachen ist nicht seine Aufgabe. Vor Abschluß der Feststellung werden die Tatsachen dem betroffenen Mitglied des Deutschen Bundestages eröffnet und mit ihm erörtert. Selbstverständlich kann das betroffene Mitglied Einsicht in die beim Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung befindlichen Unterlagen verlangen und sich einer Vertrauensperson bedienen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für mich eine positive politische Erfahrung, wie die Abgeordneten aus **Regierungskoalition und Opposition** bei diesem das Hohe Haus betreffenden Gesetz zusammengearbeitet haben, um einen wichtigen Schritt der **Vergangenheitsbewältigung** zu gehen, die für die künftige Akzeptanz von großer Bedeutung ist. Ich

Dr. Uwe Küster

(A) habe bei dieser gemeinsamen Arbeit viel von meinen westdeutschen Kollegen und Kolleginnen — unabhängig von ihrem Eingebundensein in eine Partei — gelernt; insbesondere habe ich die Bedeutung des Selbstverständnisses des unabhängigen, freigewählten Abgeordneten erfahren, das für die Funktion der repräsentativen parlamentarischen Demokratie unerläßlich ist.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe auch den Standpunkt akzeptiert: Muß ich mich jetzt nach jahrelanger Tätigkeit als Abgeordneter überprüfen lassen, ob ich für die Stasi tätig war, die ich in meiner gesamten politischen Arbeit bekämpft habe? Aber gerade jetzt ist es nötig, daß das **Vertrauen in den Staat** und die ihn repräsentierenden Abgeordneten zu stärken. Der Deutsche Bundestag sollte sich von Verdächtigungen freihalten. Es ist eine Gratwanderung, die für diesen Teil der Vergangenheitsbewältigung nötig ist. In dieser besonderen geschichtlichen Situation haben wir auch eine außergewöhnliche Verantwortung zu tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluß möchte ich denjenigen Mitgliedern des Hohen Hauses aus den westdeutschen Ländern, die sich keiner Überprüfung unterziehen wollen, meinen Respekt vor ihrer Entscheidung übermitteln. Ich bitte sie aber auch, den geschichtlichen Hintergrund der Ostdeutschen zu verstehen und deren Willen zur Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte zu unterstützen. Ich hoffe, daß dieses Gesetz mit einer breiten Mehrheit verabschiedet wird.

(B) Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nun spricht die Abgeordnete Frau Brudlewsky.

Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir gehen vorsichtig tastend diesen ungewohnten Weg: Ein Parlament, welches Einsicht nehmen möchte in Schriftstücke, die uns Parlamentarier betreffen, von Menschen geschrieben, die uns in Schubladen steckten und Teile unseres Lebens in Panzerschränken stapelten. Es wird viel Schmutz zutage treten, zusammengetragen von den großen und kleinen Schmutzfinken vergangener Zeit. Es schaudert mich bei dem Gedanken, daß im Leben eines jeden Parlamentariers gewühlt werden kann, auch in meinem.

Trotz des verfassungsrechtlich geschützten freien Mandats und der Unabhängigkeit der Abgeordneten wollen wir diesen besonderen **Beitrag zur Vertrauensbildung** freiwillig leisten. Wir wollen es durchstehen. Denn es ist wichtig, daß das Gerede derer aufhört, die da meinen: Ob der nicht auch ein Stasi war? Ob die nicht auch IM war?

Wir wissen durch viele Gespräche: In der ehemaligen DDR gab es erstens die Menschen, die in der Nische gelebt haben. Ein Teil von ihnen hatte resigniert. Ein anderer Teil — er ist nicht gering — hat nicht resigniert. Sie versuchten, nach ihrem Gewissen zu leben, und verzichteten oft auf höhere Posten. Von (C) solchen haben wir sehr viele hier im Parlament. Auch ich zähle mich dazu.

Es gab — zweitens — Menschen, die als offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter der Stasi oder als hohe SED-Funktionäre überzeugt waren, das Richtige zu tun. Zur Zeit gibt es bei Entdeckungen nur solche Edlen. Wir möchten gerne wissen, ob diese Edlen auch unter uns sind.

Es gab — drittens — die Menschen, die für Geld oder Vorteile ihre Gesinnung verkauften. Diese gab es nach vielen Aussagen heute nie. Sie müssen erst recht entlarvt werden.

Und es gab die großen Täter, die Auftraggeber, die alle Privilegien genossen. Viele genießen sie leider heute noch. Haben wir solche unter uns?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU — Martin Göttsching [CDU/CSU]: Jawohl! Zwei mindestens!)

Es gab die Mutigen, die im Verborgenen und später immer offener die Revolution vorbereiteten. Auch diese haben wir unter uns: im Bündnis 90, in der SPD, in der FDP und in der CDU.

(Martin Göttsching [CDU/CSU]: Auch in dieser?)

— Auch unter uns.

(Zuruf von der SPD: Revolution in der CDU!)

Denken Sie an Herrn Eppelmann.

(D) Die Revolution — das ist einmalig — war die Revolution der Kerzen. Auch jetzt soll es so bleiben. Keine Gewalt, kein lodernder Haß! sollte weiterhin unsere Devise bleiben. Aber das geht nur, wenn man das Volk nicht noch reizt. In einem kleinen Büchlein „Die Wahrheit über die Ossis" zeigt ein Herr Rainer Schwane mittels einer Karikatur zwei Männer. Der eine sagt: „Wie geht's?" Da antwortet der andere: „Gut — ein tolles Gefühl, unter 16 Millionen Widerstandskämpfern zu leben!"

Das **Mißtrauen** geht landesweit um, von den Kommunen angefangen bis hin zum Bundestag. Auch hier möchte ich sagen: Der Apparat der Stasi war der gemeinste Teil der Unterdrückung der SED, aber bei weitem nicht der einzige. Die Menschen hatten auch unter den Kaderleitern in den Betrieben, unter Teilen der Volkspolizei und der Grenztruppen zu leiden, die alle in den mittleren und oberen Etagen Hilfstruppen der Stasi bei der Unterdrückung des Volkes waren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen klare Verhältnisse, Ruhe und Ausgeglichenheit bei unserer verantwortungsvollen Arbeit als Parlamentarier. Die **Vertrauenskrise** muß überwunden werden, und zwar sehr bald. Wir sollten uns in Zukunft gegenseitig wieder achten können, damit nicht mehr vorkommmt, wie z. B. mir im Hause geschah. Man wird von irgend jemandem angegriffen, weil man in der Ost-CDU war. Ich dachte: Was will denn der? Ich hätte gern einmal die Einleitung zu seiner Doktorarbeit gelesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Monika Brudlewsky

(A) Lassen Sie sich eines sagen. In der DDR parteilos gewesen zu sein ist kein Persilschein. Das haben wir schon oft genug gehört.

Es gibt auch einen Abgeordnetenkollegen, der mit mir redete und dann sagte: Eigentlich könnte ich Ihnen vertrauen, wo Sie mir so gegenübersitzen. Aber bei mir zu Hause war ein Bürgermeister auch ganz sauber. Er schien so. Ich hatte großes Vertrauen. Dann aber kam der Schock: Er war inoffizieller Mitarbeiter der Stasi. Das sitzt in diesem Abgeordneten tief. Das nagt. Mein Gesprächspartner meinte, er glaube nun keinem mehr.

Das Stasi-Gespenst steht zwischen uns. Das Stasi-Gespenst verunsichert uns in der Begegnung miteinander, ganz abgesehen von den Wählern, die uns zwar vertrauten, aber durch die Diskussion immer wieder fragen: Warum laßt ihr euch nicht überprüfen, wenn ihr sauber seid? Diese Möglichkeit der freiwilligen Überprüfung wird uns helfen, mehr Vertrauen zu haben und zu erhalten.

(Peter Conradi [SPD]: Das ist der Geist! Da kommt es! Da kommt die totalitäre Denkart!)

Es gibt natürlich wiederum Furcht: Welche Namen werden mir begegnen? Werden Freunde dabei sein, Nachbarn, Mitglieder der Gemeinde?

Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Abgeordnetengesetzes** beugt weiteren Verdächtigungen vor. Jeder hat nun die Möglichkeit, freiwillig in seine Akte Einsicht zu nehmen. Wir Abgeordnete aus den neuen Bundesländern werden unseren (B) Wählern keinen Anlaß zu Mißtrauen geben wollen und schnellstens eine Überprüfung beantragen. Ich nehme das jedenfalls an.

(Peter Conradi [SPD]: So wie man früher offen wählen mußte in der DDR!)

Die westdeutschen Kollegen sollten wir nicht bedrängen. Sie haben den Druck im Wahlkreis nicht wie wir. Aber ich habe schon von vielen gehört, die zu Besuch in der ehemaligen DDR waren, daß sie sehr interessiert sind, ihre Akte einzusehen, falls es eine gibt.

Bei ihnen liegt der Fall ja auch anders. Sie haben nie in diesem System gelebt, von eiligen dienstlichen Kontakten abgesehen, die sicher bespitzelt wurden, und auch da besteht bei den westdeutschen Kollegen die Sorge, inwieweit der Spitzel die Ereignisse ausgemalt und eventuell verfälscht hat.

Es erfordert sicher von unseren westdeutschen Kollegen großes Einfühlungsvermögen in unsere Situation, um die einzelnen zu bewegen, aus Solidarität mit uns diese Überprüfung mitzumachen. Ich möchte Sie herzlich darum bitten, weil es uns allen nützt, es zu tun. Je eher wir das alles gemeinsam hinter uns bringen, um so eher kann zumindest bei uns Ruhe einziehen, und da hilft die **Freiwilligkeit** sicher mehr, als wenn man Zwang ausüben würde.

Manchmal habe ich den Eindruck — und der wird sicher nicht falsch sein —, man möchte nach altem Strickmuster der sozialistischen Ära alle Bonner Politiker vorführen, vor allem diejenigen, die sich in letzter Zeit hohe Verdienste bei der Wiedervereinigung erworben haben. Aber wir sollen doch festhalten: Es (C) geht hauptsächlich um die **Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit in der ehemaligen DDR** und nicht um irgendwelche Abrechnungen an Parlamentariern der alten Bundesländer. Die wahren Stasi-Täter haben derweil noch immer die Fäden in der Hand und lachen sich ins Fäustchen. Die Aufarbeitung hat die Partei dort ganz links bisher eher behindert als gefördert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wie war es denn z. B. während der Modrow-Zeit, als die billigen Häuser in Berlin zu Schleuderpreisen an linientreue Genossen verkauft wurden? Ich möchte nur daran erinnern.

(Zuruf von der SPD: Das müssen die sich von der CDU sagen lassen — ausgerechnet!)

Die Partei PDS — sie lenken jetzt wieder so von sich ab, und diese Täter, die von sich ablenken, sitzen eventuell weiter mit schneeweißen Westen im Parlament, und das darf nicht sein!

Darum ist es gut, daß trotz aller Freiwilligkeit insgesamt in Einzelfällen doch gegen den Willen der Abgeordneten überprüft werden kann, wenn denn konkrete Verdachtsmomente das erforderlich machen.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Abgeordnete, der Abgeordnete Dr. Seifert möchte gern eine Zwischenfrage stellen. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Ich möchte keine Frage beantworten. Das Thema ist so ernst und so brisant; ich möchte sagen, das lasse ich jetzt. (D)

So besteht durch diese Freiwilligkeit und durch dieses neue Gesetz die Chance, daß wir wirklich ein Parlament von ehrlichen Demokraten sein werden und nicht von heuchlerischen Wendehälsen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Hoth.

Dr. Sigrid Hoth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte wurde es bereits mehrfach gesagt: Für den erfolgreichen Abschluß des langjährigen Prozesses der deutschen Wiedervereinigung ist die **Aufarbeitung des geschichtlichen Erbes „Stasi-Vergangenheit"** eine wichtige Voraussetzung.

Daher wurde bereits im Einigungsvertrag festgeschrieben, daß Personen, die — im weitesten Sinne — politische Verantwortung tragen, einer Überprüfung auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit zu unterziehen sind. Da die Mitglieder des Deutschen Bundestages in besonderem Maße politische Verantwortung tragen, ist ihre Überprüfung auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit die logische Konsequenz. Es ist meiner Meinung nach unumgänglich, daß wir feststellen, ob Abgeordnete mit Stasi-Vergangenheit im Deutschen Bundestag vertreten sind. Es wäre doch eine groteske Vorstellung, wenn Mitglieder des Bundestages als Vertreter des Volkes

Dr. Sigrid Hoth

(A) auftreten könnten, das sie noch vor kurzer Zeit schikaniert haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/GRÜNE)

Genauso untragbar ist es jedoch, ungerechtfertigte Vorwürfe und Verdächtigungen zuzulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf Grund der geltenden rechtlichen Regelungen hat die konkrete **Ausgestaltung des Überprüfungsverfahrens** für Bundestagsabgeordnete jedoch einige Schwierigkeiten bereitet. So wird in § 2 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes garantiert: Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Bundestag zu bewerben, es anzunehmen oder auszuüben, und deswegen — nur deswegen, Frau Kollegin Köppe — darf auch kein Abgeordneter zwangsweise überprüft werden. Gerade wir beide aus der ehemaligen DDR sollten doch froh sein, daß wir jetzt in einem Staat leben, in dem Grundgesetz und Verfassung nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich umgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Frau Kollegin Köppe, ich kann einfach nicht glauben, daß es Ihr Wunsch sein sollte, dies zu ändern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP sieht deshalb die freiwillige Überprüfung aller Abgeordneten vor.

(B)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Frau Dr. Hoth, jetzt möchte Frau Köppe gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Sigrid Hoth (FDP): Wenn Sie die Uhr anhalten.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Ich halte die Uhr an. Sie können ganz beruhigt sein.

Dr. Sigrid Hoth (FDP): Ja, bitte.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Bitte sehr, Frau Abgeordnete Köppe.

Ingrid Köppe (Bündnis 90/GRÜNE): Ist Ihnen bekannt, daß es verschiedene Rechtsgutachten gibt, die sich genau mit der Frage beschäftigen, ob die freiwillige oder die generelle Überprüfung auf verfassungsrechtliche Bedenken stößt, und daß in diesen Rechtsgutachten festgestellt wird, daß es sowohl gegen die freiwillige wie auch gegen die generelle Überprüfung keinerlei verfassungsrechtliche Bedenken gibt?

(Peter Conradi [SPD]: Das steht nicht drin! Unglaublich!)

— Das steht so drin.

Dr. Sigrid Hoth (FDP): Frau Kollegin Köppe, mir ist bekannt, daß jeder Abgeordnete das Recht auf freie Mandatsausübung hat. Ich persönlich möchte an keiner Stelle Zwang gegen einen Abgeordneten ausgeübt sehen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Auch wenn mir an dieser Stelle ein anderes Verfahren angenehmer wäre, so sehe ich doch hier die verfassungsrechtliche Notwendigkeit ein, der ich mich beugen will.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Durch eine schriftliche Erklärung können die Abgeordneten freiwillig ihre Überprüfung beim Präsidenten beantragen. Eine Stasi-Überprüfung soll aber auch ohne Zustimmung des Abgeordneten stattfinden können, wenn der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung das Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten auf Verdacht einer Tätigkeit für die Staatssicherheit mit einer Zweidrittelmehrheit festgestellt hat.

Die Überprüfung soll nach den **Richtlinien** erfolgen, die dem gemeinsamen Antrag beigefügt sind. Danach ersucht der Präsident des Bundestages den Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen um Mitteilung aus den Unterlagen; über das Ersuchen muß der Abgeordnete in Kenntnis gesetzt werden.

Bevor durch den Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung festgestellt wird, ob ein Abgeordneter belastet ist, sind mit dem Betroffenen die festgestellten Tatsachen zu erörtern. Die Überprüfungsergebnisse werden durch den Ausschuß unter Angabe der wesentlichen Gründe als Bundestagsdrucksache veröffentlicht. Erklärungen des betroffenen Abgeordneten können, wenn von diesem gewünscht, ebenfalls in diese Drucksache aufgenommen werden. Eine Veröffentlichung soll entfallen, wenn der Betroffene sein Mandat vorher niedergelegt hat. (D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen allen ist bekannt, daß die Überprüfung der Abgeordneten jedoch nicht völlig unumstritten ist. Häufiges Argument ist die Sorge, mit der Überprüfung auch die Rechte Dritter einzuschränken oder deren Ansehen bzw. dem Ansehen des Deutschen Bundestages zu schaden. Die Richtlinien des Gesetzentwurfes und die Verfahrensweise im Wahlprüfungsausschuß scheinen mir jedoch Gewähr dafür zu sein, daß auch die Rechte Dritter gewahrt bleiben und eine parteipolitisch geprägte Auseinandersetzung verhindert wird.

Die Gegner einer Überprüfung bitte ich aber auch, sich vorzustellen, welcher Eindruck insbesondere bei den Menschen in den neuen Bundesländern entstehen würde, wenn z. B. die Mitarbeiter der Verwaltungen in den neuen Bundesländern überprüft und bei nachgewiesener Stasi-Tätigkeit entlassen werden, die obersten Volksvertreter sich selbst jedoch nicht überprüfen ließen. Letzteres, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde meiner Ansicht nach dem Ansehen des Parlaments tatsächlich Schaden zufügen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zustimmung des Abg. Dr. Uwe Küster [SPD])

(A)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Conradi.

Peter Conradi (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe großes Verständnis für die Forderung unserer ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen und vieler ihrer Wähler, aufzuklären, wer unter uns in die Aktivitäten des Miniteriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR verstrickt war. Ich will dem Gesetzentwurf gleichwohl nicht zustimmen. Ich spreche hier nicht für die Mehrheit meiner Fraktion, die — ich bedaure das — dem Gesetz zustimmen wird, sondern für die Kolleginnen und Kollegen, die nicht zustimmen. Ich weiß aber, daß auch einige, die zustimmen, meine grundsätzlichen Bedenken teilen und ernst nehmen.

Nach Art. 38 Abs. 1 sind wir als Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, nur unserem Gewissen unterworfen. Unsere Immunität nach Art. 46 des Grundgesetzes schützt uns nicht als Personen, sondern als die frei gewählten Vertreter des Volkes vor Pressionen der Regierung oder der Justiz. Diese Immunität ist also kein Privileg, sie ist Ausdruck des Respekts vor der Vertretung des Volkes.

Das **freie Mandat** nun, so meine ich, erlaubt keine Überprüfung, auch keine freiwillige. Wir haben hier den Zungenschlag gehört: Wer nichts zu verbergen hat, der muß eine Überprüfung nicht scheuen. Das ist ein böses Argument, das in einem Rechtsstaat nichts zu suchen hat.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der PDS/Linke Liste)

Das freie Mandat erlaubt schon gar keine Zwangsüberprüfung auf Tatbestände, die vor der Wahl liegen. Es ist vorhin schon in der Frage angeklungen, daß es sich bei westdeutschen Abgeordneten hier möglicherweise um einen Straftatbestand handelt, nämlich den des Landesverrats oder der Spionage. Bei dem Verdacht auf Straftatbestände gibt es im Rechtsstaat keine Untersuchung und keinen Geschäftsordnungsausschuß, sondern mit der Aufhebung der Immunität des Abgeordneten ein klar umrissenes Verfahren.

Ich verstehe die Absicht, nicht nur die Informellen, sondern auch die Amtlichen Mitarbeiter des DDR-Staatssicherheitsdienstes herauszufinden und auch die zu benennen, die politische Verantwortung trugen. Nur, wo kommen wir denn damit hin? Die ostdeutschen Wähler haben am 2. Dezember 1990 Herrn Modrow gewählt — in Kenntnis seiner Funktion, in Kenntnis seiner Machtbefugnisse, in Kenntnis dessen, was er getan hat.

Herr Wiefelspütz hat in der ersten Lesung gesagt, er sei der Meinung, die politische Verantwortung für die Stasi sei mit einer Mitgliedschaft im Bundestag nicht vereinbar. Ich teile seine Meinung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber weder Herr Wiefelspütz noch ich noch eine Zweidrittelmehrheit des Hauses hat das Recht, den **Wählerwillen** zu korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Wir haben auch nicht das Recht, solche Abgeordneten zu ächten.

(Abg. Dieter Wiefelspütz [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Einen Moment, Herr Präsident. — Ich finde das, was im sächsischen Landtag geschieht — Abgeordnete unter Druck zu setzen, sie mit massivem Druck zum Rücktritt zwingen zu wollen, ihre Anträge nicht mehr zu behandeln —, eines Parlaments unwürdig.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Wiefelspütz, Sie haben das Wort.

Dieter Wiefelspütz (SPD): Herr Conradi, ich finde es — dies sage ich wirklich ohne jede Ironie — großartig, wie sehr wir um die Problematik, die uns hier betrifft, ringen können. Aber wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß nach dem § 44b Abgeordnetengesetz, also im Gesetz neuer Fassung, und den Richtlinien nicht die Rede davon sein kann, daß ein Abgeordnetenmandat aberkannt wird! Dies ist nicht vorgesehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Er kriegt aber viel Druck, der faktisch entsteht! — Zuruf von der SPD: Das ist ja nur eine Theorie!)

Peter Conradi (SPD): Wir haben ja die Feststellungen gelesen, die das Präsidium zu den Abgeordneten Modrow und Keller getroffen hat. Ich sehe keine Notwendigkeit, in einem Überprüfungsverfahren im Geschäftsordnungsausschuß Feststellungen über die politische Verantwortung zu treffen, die nicht seine Sache sind.

(D)

Ich will das NS-Regime nicht mit der Diktatur der SED gleichsetzen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

obwohl es da durchaus Vergleichbares gibt. Aber ich will an das Thema der **ungesühnten Nazi-Justiz** erinnern. Als Anfang der 60er Jahre bekannt wurde, daß 800 Richter von Volksgerichten, Sondergerichten und Wehrmachtsgerichten noch im Dienste der Republik waren, die zum Teil unvorstellbare Todesurteile gefällt hatten — 45 000 Todesurteile allein durch die Sondergerichte, 30 000 Todesurteile an deutschen Soldaten durch die Wehrmachtsgerichte —, hat der Bundestag diese Richter nicht entlassen. Er hat diesen furchtbaren Juristen nur angeboten, in Pension gehen zu können, wenn sie das wollten — eine führwahr milde Strafe!

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Sind wir stolz darauf? — Weiterer Zuruf von der SPD: Ein dunkles Kapitel!)

Der Bundestag wollte das **Rechtsstaatsprinzip des Art. 97 GG**, daß Richter im Grundsatz nicht absetzbar sind, nicht durchlöchern, auch nicht für die Blutrichter der Nazis.

(Otto Schily [SPD]: Allerdings waren das keine Richter, sondern Henker! — Dr. Uwe Küster [SPD]: Das ist kein Rechtstaatsprinzip!)

Auch ich will das **Rechtsstaatsprinzip des freien Mandats** nicht durchlöchern, auch nicht für die Stasi. Zu Recht ist hier angemerkt worden, daß es im Bundestag

Peter Conradi

(A) zu keiner Zeit eine Untersuchung darüber gegeben hat, welche Abgeordnete für das Reichssicherheitshauptamt oder die Gestapo mitgearbeitet haben.

Wir müssen das Stasi-Problem politisch lösen, nicht juristisch. Die Parteien haben die Möglichkeit, für die Wahl 1994 ab 1993 alle Abgeordneten, alle Kandidaten — das sind ja wohl die meisten, die hier sitzen — zu untersuchen. Die Parteien können dann bewerten, ob sie diese aufstellen oder nicht aufstellen.

(Zuruf von der SPD: Die können das doch gar nicht!)

Sie müssen das tun, was der Geschäftsordnungsausschuß nicht kann und nicht darf.

Neben den verfassungsrechtlichen Bedenken habe ich auch andere Vorbehalte. Ich muß sagen, ich bin betroffen über die **Selbstgerechtigkeit**, mit der hier in einigen Reden gesprochen worden ist.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [FDP]: Dabei kann man das auch von einem ganz anderen sagen, Herr Conradi!)

— Ich finde, Herr Kollege Weng, das Wort des Bundeskanzlers von der „Gnade der späten Geburt" ein gutes Wort — vielleicht am falschen Platz, aber im Prinzip war es ein gutes Wort.

(Dr. Wolfgang Weng [Gerlingen] [FDP]: Da sind wir uns einig!)

Ich bin froh, daß ich 1932 und nicht 1922 geboren bin. Nun kommt zur Gnade der späten Geburt auch noch (B) die Gnade des richtigen Wohnsitzes: 1945, 1949 oder 1961. Was wissen wir, die wir das Glück der späten Geburt und das Glück des richtigen Wohnsitzes hatten, von den Nöten der Menschen, die in einem Zwangsstaat, in einer Diktatur leben, denen sie ausgesetzt sind.

In der Haushaltsdebatte hat der Bundeskanzler gesagt:

(Abg. Dr. Eberhard Brecht [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Ich will das zu Ende führen, dann gerne.

Der **Bundeskanzler** hat in der letzten Woche gesagt:

> Beim Umgang mit der Vergangenheit im SED-Regime müssen die Deutschen im Westen die notwendige Zurückhaltung üben, wenn sie die Verhältnisse von Menschen beurteilen, die in einer ganz anderen Lage waren. Wer in Freiheit gelebt hat, muß sich ehrlich fragen, wie er sich in einer Diktatur verhalten hätte, ob er sich in eine Nische zurückgezogen hätte. Wer weiß schon, wieviel Mut er selbst gehabt hätte.

Soweit der Bundeskanzler. Ich sage Ihnen: Wir sind doch politische Menschen. Wir sind extrovertiert und an Macht interressiert. Wir sind sicher gelegentlich auch opportunistisch und in Maßen eitel. Was wäre denn aus uns geworden? Was wäre aus mir geworden, wäre ich in der DDR aufgewachsen? Ein Kombinatsleiter oder ein Professor oder ein Parteisekretär der SED? Ich kann die **Selbstgerechtigkeit**, mit der hier aus dem Westen über die Verhältnisse in Ostdeutschland geredet wird, nicht gut finden. (C)

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Der Abgeordnete Dr. Brecht möchte eine Frage stellen. Sie beantworten diese? — Bitte sehr, Herr Dr. Brecht.

Dr. Eberhard Brecht (SPD): Herr Abgeordneter Conradi, Sie haben von der Gnade der späten Geburt gesprochen. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Widerstand gegen dieses Gesetz nicht aus den Reihen der ostdeutschen Abgeordneten, sondern gerade aus den Reihen der westdeutschen Abgeordneten kommt?

(Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Was heißt das, Herr Kollege?)

Peter Conradi (SPD): Das habe ich zur Kenntnis genommen. Aber ich habe mich hier auf eine Selbstgerechtigkeit bezogen, mit der hier geredet worden ist. Ich sage, wer sich als westdeutscher Abgeordneter hier eilfertig freiwillig überprüfen läßt und dann als sauber ausweisen läßt, der handelt eher selbstgerecht als gerecht. Da werfen manche mit Steinen auf andere, die ohne eigenes Verdienst schuldlos sind.

Ich habe als junger Mensch gegen die Verdrängung des Naziunrechts, gegen die Globkes und Oberländers demonstriert. Es ist gut, daß das DDR-Unrecht nicht wie damals 15 Jahre lang unter den Teppich gekehrt wird, sondern daß wir darüber reden. Wir müssen daran arbeiten, nicht in Form von Tribunalen, bei denen die Selbstgerechten über die Ungerechten (D) entscheiden, sondern in mühsamer Aufklärung und Erinnerung.

Es ist für viele Menschen in Ostdeutschland bitter, daß es nachträglich keine vollkommene Gerechtigkeit gibt. Der Preis für vollkommene Gerechtigkeit wäre zu hoch. Die schreckliche Saat der Stasi würde aufgehen, würden wir hier auf vollkommene Gerechtigkeit drängen. Ich will den Preis einer Durchlöcherung des freien Mandats durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht zahlen, und ich hoffe, daß viele von Ihnen diesem Gesetzentwurf so wie ich nicht zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Schwalbe.

Clemens Schwalbe (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundestag verabschiedet heute ein Gesetz zur Selbstüberprüfung auf eventuelle Verstrickung mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Wegen der unterschiedlichen Befindlichkeiten haben wir uns damit sehr schwergetan, aber insbesondere auch wegen der Fragen der Rechtsstaatlichkeit. Dies war gut so. Ich meine, wer dem Grundgesetz zugestimmt hat, muß diesem auch Rechnung tragen.

Die **Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes und** insbesondere **der Bespitzelungstätigkeit der Stasi** ist ein zentrales Anliegen der Menschen in den neuen

Clemens Schwalbe

Bundesländern und wird vielfach von den Menschen in den alten Bundesländern unterschätzt. Aber auch das ist ein Stück Vergangenheitsbewältigung. Grund dafür ist die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit, die das Vorstellungsvermögen der Menschen übersteigt, die das Glück hatten, in einer Demokratie aufzuwachsen.

Fest steht aber heute schon, daß der Bespitzelungsapparat des Naziregimes nur einen Bruchteil von dem ausmachte, was nachher auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geschah.

Ich begrüße es ausdrücklich, meine Damen und Herren, daß sich alle Fraktionen zu einer **freiwilligen Überprüfung** entschlossen haben. Ich danke allen Abgeordneten aus den alten Bundesländern, die sich überprüfen lassen, für ihr Solidarverhalten. Ich habe aber auch Respekt vor jenen, die sagen: Ich war weit entfernt von diesem System, und ich mache mich nicht zum Büttel dieses Systems.

(Unruhe)

Eine Entscheidung zur Überprüfung, meine Damen und Herren, fällt vielen nicht leicht, sei es aus dem Grunde, daß sie bis heute noch nicht das Verständnis haben: Was geht eigentlich in den Menschen in Ostdeutschland vor?, oder sei es, daß sie einfach sagen: Ich habe dieses System abgelegt, und ich will damit nichts mehr zu tun haben.

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Schwalbe, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

Meine Herren Eylmann und Professor Scholz, ich wäre Ihnen schon dankbar, wenn Sie Ihre Gespräche notfalls draußen führten. Danke schön. —

(Dr. Rupert Scholz [CDU/CSU]: Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident!)

Herr Abgeordneter Schwalbe, Sie haben das Wort.

Clemens Schwalbe (CDU/CSU): Es kann nicht unser Anliegen sein, meine Damen und Herren, in einem **Rechtsstaat** innerhalb einer frei gewählten Volksvertretung ein **Tribunal** gegen jedermann mit dem Ergebnis zu veranstalten, daß einerseits Unschuldige wegen falscher Verdächtigungen an den Pranger gestellt werden, öffentlich moralisch hingerichtet werden und die eigentlichen Leidtragenden die Angehörigen sind, andererseits Befehlsgeber dieser Terrororganisation unbeschadet in der Volksvertretung sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Erfahrungen in der Volkskammer haben hierzu ein Lehrbeispiel gegeben. Frau Köppe, ich weiß nicht, ob Ihr Empfinden von Gerchtigkeit nicht vielleicht eher einem Tribunal ähnelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es kann nur darum gehen, den Tausenden von Opfern des SED-Regimes Schutz zu bieten, Vertrauen zum Parlament zu erhalten und dem **Ansehen des Parlaments** keinen Schaden zuzufügen. Es geht aber auch darum, dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst in der Form wie in der alten Bundesrepublik Vertrauen entgegenzubringen, insbesondere Verständnis dafür zu wecken, was dieser Bereich für die Bürger der neuen Bundesländer bedeutet.

Wenn die Verantwortlichen der ehemaligen DDR, die zum großen Teil aus der SED kommen und teilweise heute noch der PDS angehören, den **Stasi-Apparat** und den **Bundesnachrichtendienst** gleichsetzen, wie es im Antrag der Abgeordneten Jelpke und der Gruppe PDS/Linke Liste gefordert wird, so kann dies nicht mit einer billigen Polemik abgetan werden. Sie wollen bewußt, meine Damen und Herren — bewußt! —, nachträglich Ihren Unterdrückungsapparat rehabilitieren,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

indem sie ihn mit einem verfassungsmäßig legitimierten und parlamentarisch kontrollierten Geheimdienst gleichsetzen. Dies ist nicht nur eine Schande, dies ist eine Ohrfeige für einen Rechtsstaat. Aber das wollen Sie, weil Sie ihn ablehnen.

Um so mehr hoffe ich, daß Abgeordnete, die vielleicht hier unter uns sind und entsprechend belastet sind, noch zur Besinnung kommen, bevor wir mit der Überprüfung anfangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Herr Abgeordneter Schwalbe, Entschuldigung, wenn ich Sie noch einmal unterbreche. Der Abgeordnete Dr. Seifert möchte gerne eine Zwischenfrage stellen. Sind Sie bereit, dieselbe zu beantworten?

Clemens Schwalbe (CDU/CSU): Nein, ich bin nicht bereit, eine Zwischenfrage von der PDS zu beantworten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Sie können fortfahren.

Clemens Schwalbe (CDU/CSU): Sie sollten Ihr Mandat niederlegen, aber nicht weil man sie zwingt, sondern weil sie einmal Anstand beweisen sollten.

Ziel unserer Überprüfung ist es, meine Damen und Herren, Befehlsgeber und Handlanger dieser Unterdrückungsorganisation zu entlarven, weil ich der Meinung bin, sie haben im Bundestag nichts zu suchen — auch wenn mir hierbei das Rechtsverständnis manchmal schwerfällt.

(Peter Conradi [SPD]: Darüber entscheidet der Wähler, nicht Sie! Sie sortieren hier nicht aus!)

— Herr Conradi, ich gebe Ihnen vollkommen recht: Es ist manchmal sehr schwer — darum sage ich das so —, die Befindlichkeit und den Rechtsstaat für Bürger aus den neuen Bundesländern begreiflich zu machen.

(Peter Conradi [SPD]: Der Rechtsstaat ist ein hohes Gut!)

Clemens Schwalbe

(A) Ich bitte Sie einfach, dem Verständnis entgegenzubringen. Ich glaube, mit diesem Gesetz bringen wir dem großes Verständnis entgegen.

Zum Abschluß möchte ich noch auf einen ganz anderen Aspekt hinweisen. Ich denke daran: Was machen wir eigentlich mit den **Akten,** die über uns angelegt wurden? Ich spreche nicht von den Täterakten, ich spreche von den Opferakten? Wie gehen wir selbst eines Tages mit denjenigen aus unserem Umfeld um, von denen wir vielleicht gedacht haben, es waren Freunde, die uns im Endeffekt aber bespitzelt haben?

Ich für meine Person habe vielleicht den Vorteil, daß ich viele von denen kenne, die den Befehl gegeben haben, mich zu bespitzeln, und die mich bespitzelt haben. Aber das wissen viele nicht. Ich kann damit leben, daß diejenigen, die damals den Befehl gegeben haben, wenn sie mir heute auf der Straße in meinem Heimatort begegnen, nicht wissen, wohin sie gucken sollen. Ich kann damit leben, daß sie keine Führungsfunktionen mehr ausüben. Aber wir müssen akzeptieren, daß wir im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 bei der Erstürmung der Stasi-Zentrale gerufen haben: **Stasi** in die **Volkswirtschaft!** Dort sollten wir sie auch lassen, aber auch dort finden sie immer weniger Akzeptanz. Wenn wir sie dort nicht akzeptieren, dann grenzen wir eine Gruppe aus, und wir schaffen zusätzliches Potential, das im Rechtsstaat vielleicht den Rechtsstaat wieder abschaffen will.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb möchte ich von dieser Stelle aus an alle unsere Mitbürger appellieren, sich genau zu überlegen, (B) wie sie mit diesem Potential umgehen.

Meine Damen und Herren, wie wir mit unserer Vergangenheit nach 40 Jahren und der Aufarbeitung des Unrechtssystems der SED fertigwerden, daran müssen wir uns — vor allen Dingen auch als Demokraten gegenüber unserer nächsten Generation — messen lassen. Deshalb ist eine freiwillige Überprüfung auch ein Stück parlamentarischer Demokratie, um vielleicht manchen Fehler aus der Nachkriegszeit zu vermeiden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine Damen und Herren, ich möchte nunmehr das Haus über das weitere Verfahren unterrichten. Zunächst einmal habe ich drei Wortmeldungen zu Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung vorliegen. Ich frage die Herren Abgeordneten Schily, Poppe und Ullmann, ob ihre Erklärungen sich auf den Änderungsantrag, im Hinblick auf den ich gleich darüber befinden lassen muß, ob über ihn namentlich abgestimmt wird, beziehen.

Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich erst feststellen, ob das notwendige Quorum für die namentliche Abstimmung erreicht wird. Wird dieses Quorum erreicht, würde ich die namentliche Abstimmung durchführen und dann zu den persönlichen Erklärungen das Wort erteilen, weil mir das am vernünftigsten erscheint.

(C) Wenn das so ist, dann frage ich, ob der Wunsch des Abgeordneten Schulz über den Änderungsantrag des Bündnisses 90/GRÜNE namentlich abstimmen zu lassen, von 34 Abgeordneten des Hauses unterstützt wird. Ich bitte diejenigen, die das wünschen, um das Handzeichen. —

Meine Damen und Herren, das Präsidium ist einstimmig der Meinung, es handelt sich um 31 Zustimmungen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich erteile dem Abgeordneten Schily das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

Otto Schily (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich kann der Beschlußempfehlung in der Drucksache, über die wir verhandeln, unter Ziffer 1 und Ziffer 2 nicht zustimmen. Ich begründe das wie folgt. Selbstverständlich haben alle recht, die es als einen Skandal empfinden, daß womöglich ehemalige Stasi-Mitarbeiter dem Parlament angehören.

Ich kann und ich will niemanden — auch nicht die Gauck-Behörde — daran hindern, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wenn belastendes Material über eine frühere Stasi-Tätigkeit eines Abgeordneten vorliegt. Die Medien haben in der Vergangenheit solches Material aufgegriffen und werden das auch in Zukunft tun.

Die dadurch ausgelöste öffentliche Diskussion hat in der Mehrzahl der Fälle dazu geführt — erfreulicherweise —, daß die betroffenen Abgeordneten ihr (D) Mandat niedergelegt haben.

Nach meiner Auffassung ist es jedoch nicht mit der Würde des Parlaments, des obersten Verfassungsorgans unserer parlamentarischen Demokratie, vereinbar, daß sämtliche Parlamentarier von einer weisungsgebundenen Behörde der Bundesregierung überprüft werden, ob sie in der Vergangenheit Verbindungen zur Stasi hatten oder für deren Tätigkeit politisch verantwortlich waren.

Wer gibt Ihnen und anderen das Recht, alle **Abgeordneten** de facto unter einen **Generalverdacht** zu stellen? Daß das so geschieht, hat man heute abend an manchen Redewendungen gehört. Manche nennen das einen Akt der Selbstreinigung. Aber müssen wir zunächst das Parlament besudeln, um den allgemeinen Waschzwang zu rechtfertigen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die mit dem Gesetz gewollte „Röntgenreihenuntersuchung" sämtlicher Parlamentarier ist rechtsstaatswidrig und mit dem verfassungsrechtlichen Rang der Abgeordneten und des Parlaments insgesamt nicht vereinbar. Daß die **Überprüfung** nur **auf freiwilliger Basis** — abgesehen von den Fällen, in denen konkrete Anhaltspunkte vorliegen — vorgenommen werden soll, macht die Sache kaum besser.

Die Freiwilligkeit ist schon dadurch in Frage gestellt, weil sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit versucht werden wird, **psychologischen Druck** auszuüben. Gegen diesen Druck sollten sich gerade unsere Kolleginnen und Kollegen zur Wehr

Otto Schily

(A) setzen, denen die Schrecken der Stasi-Herrschaft noch gegenwärtig sind.

(Beifall des Abg. Peter Conradi [SPD])

Wir wissen doch sehr genau, welche tückischen Argumentationsfallen in solchen Situationen aufgestellt werden, z. B. in der Weise, daß gesagt wird: Wer sich nicht überprüfen läßt, hat etwas zu verbergen. — Das erinnert fatal an den Satz: Wer schweigt, klagt sich an. — Wer solche Vorurteile füttert, gibt die Freiheit des einzelnen zugunsten allmächtiger und umfassender Staatskontrolle auf.

Wird eine generelle Überprüfung sämtlicher Abgeordneten — auch nur durch psychologischen Druck — erzwungen, könnte mit demselben Recht gefordert werden, daß sämtliche Richter — einschließlich der Richter am Bundesverfassungsgericht — auf Stasi-Kontakte überprüft werden. Warum sollte man dann dabei stehenbleiben? Sie könnten folgerichtig auch verlangen, daß sämtliche Richter in gewissen Zeitabständen durchleuchtet werden, um herauszufinden, ob sie sich strafbar gemacht haben.

Mit den Abgeordneten könnte man gleichermaßen verfahren, vielleicht sogar unter Ausdehnung auf eventuelle Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten. Warum wird dann nicht gleich eine oberste Kontrollbehörde eingerichtet, bei der sich die Abgeordneten turnusmäßig ihre TÜV-Plakette abholen müssen oder einen „Mängelbericht" verpaßt bekommen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Manche wenden ein, das alles sei richtig, dennoch (B) müßten wir in einer **historischen Ausnahmesituation** gleichwohl anders entscheiden.

Die deutsche Geschichte läßt sich aber nicht dadurch vom Stasi-Gift dekontaminieren, das sich das Parlament einer Prozedur unterwirft, die seinem Ansehen schadet. In einer Demokratie sind die einzigen Instanzen, gegenüber denen sich Parlamentarier politisch zu verantworten haben, das Gewissen jedes einzelnen Abgeordneten und das Volk. Beide Instanzen können und dürfen nicht durch eine Regierungsbehörde oder einen Parlamentsausschuß ersetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Poppe.

Gerd Poppe (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war ja nun eben mehr ein zusätzlicher Redebeitrag gegen die Überprüfung. Ich hingegen will jetzt nur eine Erklärung zur Abstimmung abgegeben.

Ich werde gegen den Gesetzentwurf stimmen — dem die Mehrheit hier vermutlich zustimmen wird —, und zwar nicht etwa deshalb, weil ich, wie andere Abgeordnete auch, die sich hier geäußert haben, gegen eine solche Überprüfung wäre. Ich halte es schon für einen Teilerfolg, wenn nach diesem Gesetz nunmehr mit einer Überprüfung begonnen werden kann. Ich bin aber der Meinung, daß die Probleme, die zu diesem Gesetz geführt haben, mit dem Gesetz nicht

(C) oder voraussichtlich nicht oder höchstwahrscheinlich nicht lösbar sind.

Wir haben die **Zielstellung** gehört. Das eine war: Wir wollen keine Stasi-Mitarbeiter in diesem Hause. — Ich denke, darin ist sich die große Mehrheit einig.

(Beifall im ganzen Hause)

Das zweite ist: Der Bundestag soll unbelastet von Verdächtigungen und Spekulationen seine Arbeit tun. — Ich glaube, auch hierin ist sich die große Mehrheit einig.

Wenn aber die Umfragen stimmen, von denen Frau Köppe vorhin gesprochen hat, dann werden diese Probleme eben nicht gelöst, dann wird es weiterhin bei Verdächtigungen und Spekulationen bleiben, und dann werden unter Umständen auch weiterhin belastete Abgeordnete in diesem Hause sitzen.

Schließlich ein drittes Problem. Durch dieses Gesetz, das ja für sich beansprucht, gerade wegen der Herstellung der Gleichheit entstanden zu sein, wird faktische Ungleichheit entstehen. Der Druck, der auf den Abgeordneten aus den neuen Bundesländern — aus deren Wahlkreisen usw. — lasten wird, ist unvergleichlich höher als der, der auf den Abgeordneten der alten Bundesländer lastet. Damit ist die Gleichheit ohnehin nicht mehr gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Alle drei genannten Probleme können nur durch eine **generelle Überprüfung** gelöst werden. Deshalb werde ich für diese Lösung stimmen, auch wenn es dagegen Bedenken der einen oder anderen Art geben (D) mag, die berechtigt sind.

Die einzige Lösung, die es sonst noch gäbe, wäre die, daß Sie alle in diesem Hause sich zu einer freiwilligen Überprüfung bereit erklären. Wenn Sie für den Gesetzentwurf, der die freiwillige Überprüfung vorsieht, stimmen, dann würde ich herzlich an Sie appellieren, sich dann zumindest möglichst vollzählig der freiwilligen Überprüfung zu unterziehen. Im Ergebnis wäre das dann das gleiche, als wenn eine generelle Überprüfung stattfände.

Herzlichen Dank.

(Beifall des Abg. Dieter Wiefelspütz [SPD])

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Als letzter gemäß § 31 der Geschäftsordnung Herr Professor Ullmann!

Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde für den Gesetzentwurf der Gruppe Bündnis 90 stimmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Was für eine Überraschung!)

Beim Mehrheitsentwurf werde ich mich zwar nicht für eine Zustimmung entscheiden können, aber — deshalb rede ich jetzt hier — ich werde mich der Stimme enthalten. Da das eine Mehrdeutigkeit bedeutet, bitte ich Sie, mein Abstimmungsverhalten jetzt erläutern zu dürfen.

Dr. Wolfgang Ullmann

(A) Ich bin für eine Überprüfung, und zwar für eine **Überprüfung auf geseztlicher Grundlage.** Insofern begrüße ich es, daß sich dieses Hohe Haus zu dieser Initiative entschlossen hat. Ihr Gesetzentwurf enthält aber soviel Bedenkliches, daß ich ihm nicht zustimmen kann. Er bewegt sich in einer Grauzone zwischen Disziplinargericht, Ehrengericht und sogar am Rande des Strafrechts.

Ich muß es nun mit allem Nachdruck sagen — gegen die Verdächtigungen, die gegenüber der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN hier immer wieder erhoben worden sind —: Eine generelle Überprüfung bedeutet doch nicht eine generelle Verdächtigung dieses Parlaments, sondern die generelle Entschlossenheit, mit vagen Verdächtigungen endlich Schluß zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, bei der SPD, der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie mit der Freiwilligkeit operieren, meine Damen und Herren, warum stimmen Sie denn dann nicht für unseren Gesetzentwurf? Das können Sie auch nur freiwillig tun.

Ich sage Ihnen eines: Die geschichtliche Situation kann man sich nicht aussuchen, und daran wird Ihr **Freiwilligkeitsprinzip** immer scheitern. Was tun Sie denn dann, wenn unqualifizierte Verdächtigungen aufkommen? Wo bleiben Sie denn dann mit Ihrer Freiwilligkeit?

(B) (Zuruf von der CDU/CSU: Wer hat denn hier was zu verbergen?)

Ich will noch eines hinzufügen: Ich bin froh darüber, daß wir wenigstens durch diese Gesetzesinitiative auf die geschichtliche Herausforderung geantwortet haben, aber ich bin sehr bedrückt darüber, daß wir es nicht gemeinsam tun können, und ich bin betroffen über die unqualifizierten **Verdächtigungen,** die ich heute hier gegen die Gruppe Bündnis 90 habe anhören müssen. Als ob wir je im geringsten einen Schritt außerhalb der Rechtsstaatlichkeit zu tun bereit wären!

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE und bei der SPD — Clemens Schwalbe [CDU/CSU]: Was haben Sie in der Volkskammer veranstaltet?)

— Herr Schwalbe, ich will Ihnen eines sagen: Ich höre mir nicht noch einmal an, daß die Kollegin Köppe so unqualifiziert angegriffen wird wie von Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, bei der SPD, der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich kann das nur mit Ihrer Unwissenheit entschuldigen.

Meine Damen und Herren, ohne die Entschlossenheit dieser Frau wäre der Beschluß des Runden Tisches, das MfS/AfNS sei aufzulösen — das ist die einzige gesetzliche Grundlage, die es bis heute gibt —, nie ausgeführt worden, sondern es wäre zu dem ge-(C)kommen, was die Regierung Modrow ursprünglich vorhatte, nämlich eine Umwandlung.

(Reiner Krziskewitz [CDU/CSU]: Ihr habt doch die Revolution nicht allein gemacht!)

— Wer sagt denn solchen Unsinn? — Aber die Wahrheit muß bleiben.

Ich sage Ihnen noch eines: Wir können mit gewissen Abgeordneten auch so umgehen, wie Sie es tun. Ich hoffe nicht, daß es dahin kommen muß.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE, bei der SPD und der PDS/Linke Liste sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Ich teile dem Haus zunächst mit, daß mehrere Abgeordnete Ihre Erklärungen nach § 31 schriftlich abgegeben haben. Es handelt sich um die Abgeordneten Hermann Bachmaier, Konrad Gilges, Klaus Kirschner, Michael Müller, Horst Peter, Günter Verheugen, Wolf-Michael Catenhusen und Uwe Lambinus. *)

Mir liegen weitere Wortmeldungen nach § 31 vor, die ich, wie angekündigt, nach der Abstimmung aufrufen werde.

Wir kommen nunmehr zur Einzelberatung und Abstimmung über den interfraktionellen Gesetzentwurf.

(D) Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 12/1738 abstimmen. — Wer für diesen Änderungsantrag der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu stimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Dann ist dieser Antrag mit der überwiegenden Mehrheit des Hauses aus allen Fraktionen abgelehnt worden.

(Zurufe: Enthaltung!)

— Entschuldigung. — Enthaltungen? — Aus allen Fraktionen gibt es dazu einige Enthaltungen.

Wir stimmen jetzt über den interfraktionellen Gesetzentwurf auf Drucksache 12/1324 in der Ausschußfassung auf Drucksache 12/1737 ab. — Wer stimmt dafür? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Dann ist dieser Gesetzentwurf in der zweiten Lesung mit der überwiegenden Mehrheit der Stimmen aus allen Fraktionen des Hauses in dieser Fassung angenommen worden.

(Zurufe von der SPD: Enthaltung!)

— Nach Enthaltungen habe ich gefragt.

(Peter Conradi [SPD]: Hier gibt es Enthaltungen!)

— Ja, das ist völlig korrekt.

Wir treten nunmehr in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben und,

*) Anlage 3

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg

soweit Sie in den hinteren Reihen stehen, stehenzubleiben bzw. sich freundlicherweise zu ducken. —

(Heiterkeit)

Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Dann ist der Gesetzentwurf mit überwiegender Mehrheit — Zustimmung aus den drei Fraktionen, Enthaltungen und Gegenstimmen, außer bei der FDP — angenommen worden.

Meine Damen und Herren, der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung empfiehlt unter Nummer 2 seiner Beschlußempfehlung, die Richtlinien zur Überprüfung in der Ausschußfassung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? Das ist mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Unter Nummer 3 der Beschlußempfehlung empfiehlt der Ausschuß, den Entwurf des Stasi-Überprüfungsgesetzes der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE auf Drucksache 12/1325 abzulehnen. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE auf Drucksache 12/1325 abstimmen. Wer stimmt dafür? — Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen und gegen die Stimmen von PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Unter Nummer 4 empfiehlt der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Antrag der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE zur Überprüfung auf Stasi-Kontakte -- das ist die Drucksache 12/586 — abzulehnen. Wer dieser Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt gegen die Empfehlung? — Enthaltungen? — Die Beschlußempfehlung ist mit der gleichen Mehrheit angenommen worden.

Unter Nummer 5 wird empfohlen, den Antrag der Gruppe PDS/Linke Liste auf Drucksache 12/1148 abzulehnen. Wir dieser Beschlußempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen aus der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE ist die Beschlußempfehlung angenommen worden.

Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Duve nach § 31 der Geschäftsordnung das Wort.

Freimut Duve (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe — nach langer Abwägung — gegen das Gesetz gestimmt. Das Motiv, das zu diesem Gesetz geführt hat, achte und respektiere ich. Es ist ein wichtiges Motiv. Aber in der Abwägung mußte ich mir folgende Frage stellen: Dieses Parlament, der Parlamentarismus, die Kultur der Demokratie waren — wenn ich es richtig verstanden habe — über viele Jahrzehnte das Ziel derjenigen, die in einer Diktatur gelebt haben. Parlament, freie Demokratie waren das Ziel. Ich muß daher in Kauf nehmen, daß sich möglicherweise der eine oder andere derjenigen, die sich an der Unterdrückung beteiligt haben, auch in ein solches Parlament schmuggelt. Ich muß das in Kauf nehmen um des Zieles willen, daß wir nichts, aber auch gar nichts tun, was sozusagen unsere grundsätzliche Verfassung, unsere freiheitliche Verfassung stört oder berührt. Ich denke, der Kollege Schily hat sehr deutlich gesagt, was Parlamentarier nicht tun können und welchen Aktionen der Exekutive sie sich nicht unterwerfen dürfen. In der Abwägung habe ich mich so entschlossen und deswegen so gestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes, weil weitere Meldungen nach § 31 der Geschäftsordnung zurückgezogen worden sind.

Ich rufe jetzt den Zusatzpunkt auf:

Aktuelle Stunde

Zum Rücktritt des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Dr. Lutz G. Stavenhagen

Die Fraktion der SPD hat diese Aktuelle Stunde verlangt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Abgeordneten Dr. Penner das Wort.

Dr. Willfried Penner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An den Anfang einer solchen Aktuellen Stunde gehört die selbstverständliche Feststellung, daß der Schritt des Kollegen Dr. Stavenhagen Respekt verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er hat die politische Verantwortung auf sich genommen und daraus die Konsequenzen gezogen. Das ist bei uns leider nicht selbstverständlich. Aber er hat es getan. Jetzt geht es darum, einen Respekt für die menschliche Integrität des Kollegen Stavenhagen zu beweisen.

Bei der Aktuellen Stunde, die wir beantragt haben, geht es aus meiner Sicht auch und besonders um die Unkenntnis gesetzlicher Regelungen für den BND, die fast schon symptomatisch ist, besonders für die Regierungszentrale.

Das Gesetz über den BND ist noch nicht einmal ein Jahr alt. Aber was in aller Welt hat die Verantwortlichen geritten, am 20. Dezember 1990, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes über den BND, per Lufttransport an Israel u. a. eine Zündeinrichtung für den Suchkopf einer SA-5-Radar-Mig-29, zwei Dutzend IFF-Kenngeräte, zwei Luft-Luft-FKs abzugeben?

In diesem Gesetz — es ist vielleicht altmodisch, überhaupt noch an Gesetzestexte zu erinnern — steht nichts über Beteiligungsmöglichkeiten des BND für die Abgabe von Waffen. Der BND ist nach dem Willen des Gesetzgebers zuständig für das Sammeln und Auswerten von Informationen aus dem Ausland. So steht es geschrieben in § 1 Abs. 2 des Gesetzes. Da bleibt kein Platz für andere Tätigkeiten, besonders aber nicht für solche, die andere Institutionen und Behörden, wie die Zollverwaltungen, zu falschen Deklarierungen veranlassen. Das ist gerade unter der **Verantwortung des Bundesministers der Verteidigung** geschehen.

(Freimut Duve [SPD]: Klarer Gesetzesbruch!)

Dabei hat der BND als Erfüllungsgehilfe mitgespielt.

Dr. Willfried Penner

(A) Aus dem Bericht des BMVg, der vom BND und vom Bundeskanzleramt mitgetragen wird, ergibt sich, daß der BND im Jahre 1991 an weiteren solcher Aktionen beteiligt gewesen ist: zweimal im Januar, zweimal im Februar, einmal im Mai, einmal im Juni und je einmal im September und im Oktober dieses Jahres. Immer ging es um Waffen.

(Freimut Duve [SPD]: Jedesmal extralegal!)

Der Bundeskanzler und der Bundesverteidigungsminister haben vor diesem Haus geschworen, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und zu verteidigen. Das ist ernstgemeint; das ist kein Spaß. Der Bundeskanzler hat danach selber in seinem Verantwortungsbereich dafür Sorge zu tragen, daß sich der ihm unterstellte BND an das Gesetz hält.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE)

Der Verteidigungsminister darf es nach seinem Amtseid nicht zulassen, daß der BND zur Erfüllung seiner Aufgaben in gesetzeswidriger Weise eingespannt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE und der PDS/Linke Liste)

Die Allgemeinverbindlichkeit des Rechts gilt insonderheit für Minister und den Bundeskanzler, ja, mehr noch: Sie haben dafür geradezustehen, daß das auch durchgesetzt wird. Wenn das dem Herrn Bundeskanzler oder dem Herrn Bundesverteidigungsminister nicht paßt: Wohlan, die Annehmlichkeiten des privaten Lebens bleiben ihnen nicht versperrt.

(B) Um Irrtümern vorzubeugen: Dem Recht und dem Grundsatz der politischen Verantwortung wird nicht schon dadurch Genüge getan, daß sich demnächst nachgeordnete Beamte oder Offiziere gerichtlich verantworten müssen und daß sich die politisch Verantwortlichen hinter dem Schutzschirm der Unkenntnis wohlig verbergen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/GRÜNE und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU/CSU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Diese Aktuelle Stunde ist eine Erblast der Personalquerelen in der SPD.

(Beifall bei der CDU/CSU — Lachen bei der SPD — Dieter Wiefelspütz [SPD]: Originell!)

Jeder, der weiß, wer mit wem hier über die Frage gerungen hat,

(Freimut Duve [SPD]: Welche Höhenflüge!)

ob diese Aktuelle Stunde beantragt wird, weiß, daß dies der SPD peinlich ist. Das ergibt sich auch daraus, daß der Kollege Penner nicht das Thema, das beantragt worden ist, behandelt hat, sondern versucht hat, das Thema klammheimlich zu wechseln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Der Antrag der SPD, der dieser Aktuellen Stunde zugrunde liegt — für den ich kein Verständnis habe, weil er auch etwas mit der Streitkultur in diesem Hause zu tun hat —, geht dahin, daß die SPD über den Rücktritt des Staatsministers Stavenhagen reden will.

Nun ist das ja ein Thema, mit dem sich die SPD bereits seit einem Jahr auseinandersetzt. Bereits vor der Bundestagswahl hat die SPD versucht,

(Zuruf von der SPD: Sie hätte es früher tun sollen!)

Wahlkampfmunition in der Sache Schalck-Golodkowski zu finden. Es ging der SPD in dieser Angelegenheit nicht um Aufklärung.

(Zurufe von der SPD: Unverschämtheit! — Freimut Duve [SPD]: So bellt ein getroffener Hund!)

Seit Monaten wird von seiten der SPD behauptet, der Kollege Lutz Stavenhagen habe das Parlament in einer Antwort auf eine Anfrage belogen. Diese Behauptung ist immer wieder in der Öffentlichkeit wiederholt worden. Im Ausschuß haben die Kollegen der SPD etwas anderes festgestellt, nämlich daß das nicht bewiesen werden könne. Es ist auch nicht zu belegen. Im Gegenteil, liebe Kolleginnen und Kollegen: In den heutigen Vernehmungen hat sich eindeutig herausgestellt, daß Lutz Stavenhagen über die Ausstellung der **Decknamenpapiere** für Alexander **Schalck-Golodkowski** und seine Frau zum damaligen Zeitpunkt nicht informiert war. Das gleiche ergibt sich aus den vorliegenden Akten. (D)

Das alles hat die Opposition nicht zur Kenntnis genommen, ja nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Tatsachen muß man aber bekanntlich auch zur Kenntnis nehmen wollen.

Als man diesen Vorwurf nicht aufrechterhalten konnte, hat man den Vorwurf erhoben, er habe, als er Kenntnis erlangte, seine Antwort nicht korrigiert. Auch dieser Vorwurf, das hat sich heute in der Ausschußsitzung klar erwiesen, kann nicht aufrechterhalten werden.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Versuchter Rufmord!)

Es würde der Opposition gut zu Gesicht stehen, wenn sie nicht nur die Bemerkung des Kollegen Penner, die dieser zu Beginn seiner Rede machte, hier vortrüge — die ich im übrigen akzeptiere, Kollege Penner —, sondern wenn diejenigen, die in der Öffentlichkeit den Kollegen Lutz Stavenhagen mit unhaltbaren Beschuldigungen überzogen haben, diese hier heute zurücknähmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Lutz Stavenhagen hat um seine Entlassung gebeten. Nach der heutigen Ausschußsitzung sage ich: Nach der Sachlage gibt es keinen Vorwurf gegen ihn.

(Zuruf von der SPD: Warum ist er dann zurückgetreten?)

Dr. Jürgen Rüttgers

(A) Menschlich ist der Schritt seines Rücktritts jedoch — so meine ich — nach den Angriffen der vergangenen Wochen und Monaten verständlich.

(Widerspruch bei der SPD — Freimut Duve [SPD]: Das ist ja ein dolles Ding!)

Politisch war er nicht geboten. Ich sage hier für meine Fraktion: Wir freuen uns, wenn er wieder in unserer Fraktion an verantwortlicher Stelle mitarbeiten wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weil man nichts nachweisen konnte, ist gesagt worden, die **Grundsätze der politischen Verantwortung** würden den Rücktritt von Lutz Stavenhagen nahelegen. Legt man die Maßstäbe der politischen Moral an, dann darf aber auch anderes nicht vergessen werden. Vom ersten Tag an hat die SPD versucht, statt das DDR-Unrecht aufzuarbeiten, politische Kampagnen zu organisieren.

(Michael Glos [CDU/CSU]: So ist es!)

Zuerst hat Herr von Bülow eine schamlose **Schmutzkampagne gegen Franz-Josef Strauß** versucht. Diese ist jedoch zusammengebrochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Statt dessen kommt zutage: Die SED hat versucht, der SPD 1981 in Berlin zu helfen, die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zu gewinnen. Sie hat ihr massiv unter die Arme gegriffen,

(Widerspruch bei der SPD — Dieter Wiefelspütz [SPD]: Nehmen Sie das zurück!)

und dabei wurden ungeniert Beamte des Bundes- (B) kanzleramtes eingesetzt. Johannes Rau hat als Kanzlerkandidat im September 1986 unmittelbar **Wahlhilfe durch die SED** erfahren. Man wird das sicher noch weiter aufklären müssen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Es wird — wider besseres Wissen — Lutz Stavenhagen über Wochen und Monate vorgehalten, er habe das Parlament belogen. Gleichzeitig kann sich Herr Bölling vor dem Untersuchungsausschuß nicht daran erinnern, was er als Beamter gemacht hat. Es geht sogar noch weiter. Der andere Teil der Opposition — das Bündnis 90/GRÜNE — hat nicht davor zurückgeschreckt, mit Herrn Schalck die Frage der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Vorfeld als politisches Thema zu erörtern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies alles ist ein Signal dafür, daß es hier eben nicht in erster Linie um Aufklärung, sondern nur um Grabenkämpfe geht. Ich finde das nicht schön. Ich finde das abscheulich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD: Wir auch! — Ein Wadenbeißer! Dr. Hans-Jochen Vogel [SPD]: Jetzt ist er stolz!)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Köppe.

Ingrid Köppe (Bündnis 90/GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Stavenhagen ist zurückgetreten. Eine Begründung für diesen Rücktritt hat es bisher nicht gegeben, jedenfalls nicht offiziell. Ich habe vorhin nur kurz im Fernsehen gesehen, wie Herr Staven- (C) hagen sagte, er sei u. a. deswegen zurückgetreten, weil sich für ihn gezeigt habe, daß die Dienste nicht kontrollierbar seien.

(Peter Conradi [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Wir hätten aber schon erwartet, daß wir von der Bundesregierung eine **Rücktrittsbegründung** bekommen würden. Natürlich interessiert uns die Frage: Welche Fehler hat Herr Stavenhagen gemacht? Denn wenn die Bundesregierung der Meinung ist, Herr Stavenhagen habe keine Fehler gemacht, oder wenn Herr Stavenhagen kein Wort des Bedauerns über seine Fehler findet, heißt das doch nur, daß mit seinem Nachfolger die unhaltbaren Zustände im Kanzleramt fortbestehen bleiben sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE und bei der SPD)

Im Kanzleramt nämlich — das haben wir heute im Ausschuß erfahren — werden geheime Briefe ungelesen in den Panzerschrank gelegt und verschwinden dort für eindreiviertel Jahre.

(Norbert Gansel [SPD]: Sie sind wirklich geheim!)

Bei den wöchentlichen Lagebesprechungen mit den Geheimdiensten fertigt das Kanzleramt keine Notizen und keine Protokolle an. Damit stellt das Kanzleramt den Diensten einen Freibrief aus. Die Dienste können tun und lassen, was sie wollen.

Im Kanzleramt sitzt ein Geheimdienstkoordinator, (D) der nicht weiß, was die Dienste tun, und es wohl auch nicht wissen will. Nur wenn gelegentlich einmal ein Geheimdienstskandal an die Öffentlichkeit gerät, reagiert das Kanzleramt, und zwar mit Ahnungslosigkeit.

(Dr. Eberhard Brecht [SPD]: Seien Sie doch nachsichtig, sie sind überfordert!)

Das alles beweist: Die Dienste werden durch das Kanzleramt nicht effektiv kontrolliert. Das ist der Vorwurf, den wir Herrn Stavenhagen machen. Sie wurden auch unter Herrn Stavenhagen nicht effektiv kontrolliert.

Die Affären um die **Betreuung Schalck-Golodkowskis** und um die ungenehmigten **Waffenlieferungen an Israel**, die beide von Herrn Stavenhagen mit zu verantworten sind, haben gezeigt, daß im Kanzleramt gar kein Wille vorhanden ist, die Geheimdienste zu kontrollieren. Der BND würde sich keinerlei Eigenmächtigkeit leisten, wenn klar wäre, daß Disziplinarmaßnahmen oder sogar die Auflösung des Dienstes als Möglichkeiten im Raume stünden. Der BND würde auch keine ungesetzlichen Mittel anwenden wie die illegale Lieferung von Kriegsgerät in Spannungsgebiete, wenn klar wäre, daß dies von der Bundesregierung und dem Bundeskanzleramt wirklich als Tabu betrachtet würde.

Daß die Öffentlichkeit immer wieder von solchen Meldungen aufgeschreckt werden kann, hängt damit zusammen, daß der Bundeskanzler im Grunde mit den vom BND getroffenen Maßnahmen so lange ein-

Ingrid Köppe

(A) verstanden ist, wie sie nicht an die Öffentlichkeit dringen und Gegenstand kritischer Erörterungen sind.

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist die nach der **Rolle des Kanzlers** — wo ist eigentlich Herr Kohl? —, wenn es um die Pannen der Herren Schreckenberger und Stavenhagen geht. Braucht der Kanzler als Geheimdienstkoordinatoren vielleicht Männer, die den Diensten keinen Ärger machen und die Dunkelmänner in Pullach und anderswo gewähren lassen?

(Zuruf von der CDU/CSU: Dunkelmänner?)

Der **Ex-BND-Chef Wieck** hat — zu Recht, denke ich — darauf hingewiesen, daß Herr Stavenhagen und das Kanzleramt zu keinem Zeitpunkt die Ausstellung falscher Pässe für Schalck-Golodkowski als unzulässig kritisiert haben, auch nicht im August 1991, als die Maßnahme bekannt wurde.

Stavenhagen mußte nicht wegen der falschen Pässe gehen, die es Herrn Schalck-Golodkowski möglicherweise erlaubt haben, Konten auf den Namen Gutmann abzuräumen, wie dies ein BND-Beamter zu Recht befürchtete. Er mußte auch nicht wegen der illegalen Waffenlieferungen an Israel gehen. Er mußte einzig und allein deswegen gehen, weil er mit seinen ungeschickten Verteidigungsaktionen die Bundesregierung und den Kanzler insgesamt in den Strudel dieser BND-Affären hineinzureißen drohte.

Neben der Diskussion über die Rolle der Bundesregierung beim Schutz Schalck-Golodkowskis und bei den illegalen Waffenlieferungen im Staatsauftrag muß ein weiteres Thema behandelt werden. Dieses Thema heißt: die ersatzlose **Abschaffung der Geheimdienste**. Denn nicht ein bloßer Personalwechsel im (B) Kanzleramt wird die in der Schalck-Affäre und bei den Waffenlieferungen, u. a. an Israel, öffentlich gewordene skandalöse Rolle der strukturell unkontrollierbaren Geheimdienste verhindern, sondern nur die Abschaffung der Dienste selbst.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Nun erteile ich dem Abgeordneten Jörg van Essen das Wort.

Jörg van Essen (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Staatsminister Lutz Stavenhagen tritt zurück, und die SPD tritt mit dieser Aktuellen Stunde nach.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich weiß, etliche Kollegen aus der Opposition haben heute abend ebenfalls ein ungutes Gefühl.

Kaum eine Frage ist mir von den Medien in dem einen Jahr meines Abgeordnetendaseins häufiger gestellt worden als die, ob ich den Rücktritt dieses oder jenes Ministers fordern würde. Jeder, der mit Sicherheit in den Medien zitiert werden will, kommt einer derartigen Aufforderung nach. Ich habe mich nie daran beteiligt und werde es auch in Zukunft nicht tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(C) Dieses Spiel ist mir zu durchsichtig. Es ist mir zu theatralisch, und es ist auch wirkungslos. Denn ebenso wie die Rücktrittsforderungen selbst gehört es zum Ritual in der Bundesrepublik Deutschland, daß ihnen nicht gefolgt wird.

Herr Stavenhagen hat sich anders entschieden. Man hat ihn zu respektieren. Zu diesem Respekt gehört es auch, daß man diesen Schritt nicht nachträglich zerredet.

(Zuruf von der SPD: Ach Gott!)

Der Rücktritt von einem politischen Amt ist eine höchstpersönliche Entscheidung des Amtsträgers, die aus vielen Gründen möglich ist. Es gibt **höchstpersönliche Gründe**, familiäre, gesundheitliche, aber auch den, sich nicht weiter anschießen zu lassen. Es gibt **politische Gründe**, angefangen bei der Wahrnehmung der politischen Verantwortung sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft. Es gibt solche aus der Zusammenarbeit mit den politischen Freunden oder dem Koalitionspartner. Den wirklichen Grund oder die Gründe für seinen Schritt kennt Staatsminister Stavenhagen nur selbst. Frau Köppe, er ist nicht verpflichtet, sie uns hier vorzutragen. Dennoch wird öffentlich über die Gründe spekuliert.

Ich stelle fest, es besteht ebenfalls kein Anlaß, wegen der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung" des Deutschen Bundestages diesen Schritt zu ergreifen. Die bisherigen Beweiserhebungen, insbesondere die Zeugenvernehmungen, haben keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Herr Stavenhagen die Anfrage des SPD-Kollegen Peter Conradi vom 14. Februar 1990 wissentlich (D) falsch beantwortet hat.

Es steht im Gegenteil fest: Der ehemalige Präsident des BND, **Dr. Wieck**, hat bis zum 28. März 1990 Staatsminister Stavenhagen weder schriftlich noch mündlich über die vom BND ausgestellten **Decknamenpapiere** unterrichtet. Insbesondere ist das Thema der Decknamenpapiere von Dr. Wieck am 28. Februar 1990 nicht erwähnt worden. Keiner der Teilnehmer dieses Gespräches im Bundeskanzleramt, in dem verschiedene Aspekte der Befragung Schalck-Golodkowskis durch den Bundesnachrichtendienst mit Staatsminister Stavenhagen erörtert wurden, konnte sich erinnern, daß Dr. Wieck, wie von ihm behauptet, ausdrücklich von Papieren auf den Namen Gutmann für die Eheleute Schalck-Golodkowski gesprochen hat.

Im Gegenteil, der Leiter der operativen Abteilung des Bundesnachrichtendienstes, der interne Gegner der Ausstellung dieser Decknamenpapiere, ist sich sicher, daß Dr. Wieck die Frage der Decknamenpapiere nicht erwähnt und er selbst diesen Punkt im Gespräch mit Dr. Stavenhagen nicht ergänzt hat, um seinen damaligen Präsidenten nicht zu desavouieren.

Zwar mag die Ausstellung von Decknamenpapieren zur Sicherung einer Befragung zum üblichen Geschäft gehören. Hier jedoch war die Befragung des DDR-Staatssekretärs Schalck-Golodkowski wegen dessen herausgehobener Funktion kein normales Geschäft. Es bestand daher die Pflicht, den zuständigen

Jörg van Essen

(A) Staatsminister über diese Entscheidung zumindest zu unterrichten.

Aber wir mußten noch etwas zweites lernen,

(Freimut Duve [SPD]: Sie müssen noch viel mehr lernen!)

insbesondere aus der heutigen Vernehmung von Dr. Jung: Auch die beste Unterrichtung versagt, Kontrolle wird unmöglich, wenn die Verwaltung in der Koordination der Nachrichtendienste nicht intakt ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich will das Ergebnis der Beweisaufnahme für das Untersuchungsausschußverfahren wirklich nicht vorwegnehmen. Aber es erscheint mir schon als ein besonders starkes Stück von Schlamperei, was wir heute früh über die **Verwahrung von laufenden Geschäftsvorgängen** im Panzerschrank des zuständigen Abteilungsleiters im Bundeskanzleramt zu hören bekommen haben.

(Dr. Willfried Penner [SPD]: Herr Kollege, wer hat denn dafür die Einstandspflicht? — Beifall bei der SPD)

Es spricht auch nicht für die von einem Beamten zu erwartende Sorgfalt, wenn einem vielbeschäftigten Staatsminister der Entwurf einer Presseerklärung vorgelegt wird, in dem die Tatsachen nicht sorgfältig geprüft sind. Die politische Verantwortung hierfür muß nicht durch Rücktritt wahrgenommen werden, sondern insbesondere dadurch, daß die offenbar gewordenen Zustände schnellstens beseitigt werden

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

(B) und die Grundprinzipien einer ordnungsgemäßen Verwaltung und Registrierung von Vorgängen durchgesetzt werden.

Staatsminister Stavenhagen stand auch noch in einem zweiten Schußfeld. Ich verwende bewußt diese militärische Bezeichnung, möchte ich doch kurz über die **wehrtechnische Zusammenarbeit mit Israel** sprechen. Es war überall zu hören, daß die SPD nach der gestrigen Unterrichtung im Verteidigungsausschuß unter lautem Knirschen den Rückwärtsgang eingelegt hat. Ich erlaube mir daher nur einen Satz: Es geht nicht an, dem für die Koordinierung der Geheimdienste zuständigen Staatsminister Vorwürfe zu machen, wenn der unmittelbar zuständige Behördenleiter, nämlich der neue **Präsident des Bundesnachrichtendienstes,** ebenfalls nicht informiert war.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Ich mahne zu mehr Stil in diesem Hause. Dazu gehört es auch, einen Rücktritt einfach zu respektieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Beucher.

Friedhelm Julius Beucher (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Rüttgers unternahm hier einen weiteren seiner (C) bisher ungezählten Versuche, Nebelkerzen zu werfen und vom Kern der Sache abzulenken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Die Diskussion nach dem längst überfälligen Rücktritt des Staatsministers Stavenhagen müßte hier nicht geführt werden, wenn der Fall Stavenhagen nicht auch ein Fall des Bundeskanzleramtes wäre.

(Beifall bei der SPD)

Ein Fall des Bundeskanzleramtes ist es deshalb, weil beim Hinterfragen von Geschäftsabläufen und der Wege von Briefen in diesem Amt zuletzt noch heute morgen gemeinsam im Untersuchungsausschuß Zustände zutage gefördert wurden, die an Schlamperei einfach nicht zu überbieten sind.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Überschrift „Durcheinander im Kanzleramt" titelte bereits „Die Welt" — bestimmt keine sozialdemokratische Zeitung — eine unserer heutigen Morgenlektüren

(Zuruf von der SPD: Das ist unser Kampfblatt! — Heiterkeit)

und lieferte dabei eine vergleichsweise harmlose Einstimmung auf die Offenbarungen des heutigen Tages.

Da sagt doch allen Ernstes der **Sicherheitsbeauftragte beim Bundeskanzler** — das ehrt nach den vielen Vertuschungsmanövern aus dem Bundeskanzleramt diesen Mann —, daß es seit Jahren bekannt sei, daß beim Leiter der Abteilung VI — das ist der mittlerweile bekanntgewordene Herr Ministerialdirigent (D) **Hermann Jung,** ein Freund Helmut Kohls — immer ein übervoller Panzerschrank mit Akten vorzufinden sei, ein so proppevoller Panzerschrank voller Verschlußsachen, das heißt Geheimpapiere, daß man diese in diesen Tagen mit einem Aktenwagen habe abfahren müssen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das kann und will man einfach nicht glauben: nicht gelesene Geheimpapiere, teilweise registriert, teilweise nicht registriert! Darauf angesprochen, wie das alles geordnet sei, sagt dieser Ministerialdirigent, der immerhin mit der Besoldungsgruppe B 9 fürstlich alimentiert wird: Es gab kein Konzept!

(Lachen bei der SPD — Zuruf von der SPD: Das ist unerhört!)

Man muß hier nicht den in BND-Sachen erfahrenen Franz Josef Strauß zitieren, der einfache Kommentar hier lautet! Saustall!

(Beifall bei der SPD)

Daß dieser Skandal aber nicht nur die eigenwillige Aktenentsorgungsmentalität des Abteilungsleiters betrifft, wird daran deutlich, daß die letzte Kontrolle dieses Panzerschrankes vor eineinhalb Jahren stattgefunden hat.

(Zurufe von der SPD: Das ist unglaublich! — Das gibt es gar nicht! — Unerhört!)

Man könnte — ich habe fast Angst, daß ich „Die Welt" zum zweiten Mal zitieren muß — der Welt fast

Friedhelm Julius Beucher

(A) zustimmen, wenn sie heute morgen ebenfalls fordert: Es wird höchste Zeit, daß Kohl da Ordnung schafft,

(Zuruf von der SPD: Wenn er das kann!)

gäbe es nicht auch noch einen Chef im Bundeskanzleramt!

(Dr. Willfried Penner [SPD]: Aber der Panzerschrank war verantwortlich! — Freimut Duve [SPD]: Ja, der war nicht vereidigt! — Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe mich bezüglich der Verwendung des Panzerschrankes ernsthaft gefragt, ob er nicht an anderer Stelle in unserem Lande besser zu gebrauchen wäre, weil er hier sowieso nicht genutzt wird.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Hier müssen sich Herr Schäuble und danach Herr Seiters und der jetzt noch Schonfrist genießende Herr Bohl fragen lassen: Wissen Sie eigentlich, was da los ist?

(Zurufe von der SPD: Nein! Nein!)

Ist es nicht eine ebenso gefährliche wie auch unverantwortliche Aussitzmentalität, die dieses Amt offensichtlich kennzeichnet?

Nach allem, was wir von den abenteuerlichen BND-Unternehmungen und **BND-Aktivitäten** gehört haben, die ja angeblich alle ohne das Wissen des Kanzleramtes gelaufen sind, ticken da doch Zeitbomben. Wer von Ihnen garantiert mir eigentlich, daß demnächst nicht international gesuchte Verbrecher unter dem sattsam bekannten Motto „Befragung ja, Betreuung nein" mit Hilfe des BND gefälschte Ausweispapiere bekommen, munter durch die Bundesrepublik (B) spazieren und hier ihr Unwesen betreiben, Herr Bohl dann aber von alledem nichts weiß!

(Zuruf von der SPD: Das weiß dann der Panzerschrank!)

Meine Damen und Herren, hier reichen keine Bauernopfer, egal wie sie immer heißen mögen, hier muß einfach ausgemistet werden und müssen klare Zuständigkeiten geschaffen werden, damit in diesen sensiblen Sicherheitsbereichen nicht mehr scheinbar jeder machen kann was er will. Denn das, was der werte Kollege Rüttgers hier gesagt hat, konnte er weder heute im Ausschuß noch in den anderen Tagen vertuschen: das pure Entsetzen und Kopfschütteln über all das, was zwischen Pullach und Bonn möglich war und wie in Bonn damit umgegangen wird! Da werden die Sozialdemokraten immer auf der Seite derer sein, die hier die Zuständigkeiten einfordern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Der nächste Redner in der Aktuellen Stunde ist unser Kollege Horst Eylmann.

(Freimut Duve [SPD]: Jetzt kommt was Nobles! — Michael Glos [CDU/CSU], zu Abg. Freimut Duve [SPD] gewandt: Im Gegensatz zu vorhin!)

Horst Eylmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bitte keine Vorschußlorbeeren! — Man beklagt des öfteren, daß Aktuelle Stunden keinen aktuellen Gegenstand hätten. (C) Mangelnde **Aktualität** kann man dieser Aktuellen Stunde nicht vorwerfen.

(Beifall des Abg. Freimut Duve [SPD])

Herr **Stavenhagen** ist vorgestern als **Staatsminister zurückgetreten.** Heute wurde er vor dem Ausschuß vernommen. Die Aktualität des Themas ist allerdings das einzige, was man den Initiatoren dieser Debatte zugute halten kann.

(Freimut Duve [SPD]: Die Initiatoren sind auf Ihrer Seite!)

Herr Kollege Penner, der alte Fuchs, hat das gleich gemerkt und versucht, das Thema zu wechseln. Herr Beucher muß es noch lernen.

(Dr. Willfried Penner [SPD]: Herr Eylmann, „Fuchs" akzeptiere ich, aber nicht „alt"! — Heiterkeit)

— Ich nehme das mit Bedauern zurück und sage: der erfahrene Fuchs.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst offenbart diese Debatte einen betrüblichen Mangel an politischem Stil.

(Freimut Duve [SPD]: Sagen Sie zu Ihren Kollegen!)

Denn nicht nur im Fußball gilt es als besonders schäbig, einen Kollegen zu treten, der am Boden liegt, erst recht dann, wenn er nicht durch eigenes Verschulden, (D) sondern durch Fremdverschulden zu Boden gegangen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Michael Glos [CDU/CSU]: Die sollten sich schämen, die Kameraden dort drüben! — Peter Conradi [SPD]: Jetzt bin ich noch schuld! Soweit kommt es noch!)

Wenn es für das Fremdverschulden noch eines Beweises bedurft hätte, ist er heute morgen vor dem Ausschuß geführt worden. Ich will darauf aber nicht näher eingehen.

Im übrigen ist es natürlich eine **Stilfrage,** ob wir dazu übergehen wollen, **Einzel- und Zwischenergebnisse einer Beweisaufnahme vor dem Untersuchungsausschuß** noch **am selben Tag** abends **in Aktuellen Stunden** zu erörtern. Es ist leider ohnehin üblich geworden, sich in Presseerklärungen über die Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen noch während der Aussage, zuweilen auch schon vor Beginn der Zeugenvernehmung zu äußern.

(Jörg van Essen [FDP]: Ein starkes Stück!)

Es wäre eine weitere Steigerung, wenn wir jetzt dazu übergingen, eine Zeugenaussage sofort in einer parlamentarischen Debatte zu parteipolitischen Zwecken auszuschlachten. Das wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg, Untersuchungsausschüsse für die parteipolitische Auseinandersetzung zu instrumentalisieren.

Horst Eylmann

(A) Diese von der SPD beantragte Aktuelle Stunde zeigt aber auch, daß es der Opposition zur Zeit an Themen fehlt,

(Walter Kolbow [SPD]: Sie werden sich noch wundern!)

mit denen sie den Regierungsparteien ernsthaft Paroli bieten kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So ist sie bestrebt, den Rücktritt von Herrn Stavenhagen als großen Erfolg darzustellen, und konnte der Versuchung offensichtlich nicht widerstehen, einigen Fraktionsmitgliedern die Gelegenheit zu bieten, in der Sonne dieses Erfolges noch ordentlich das Gefieder zu sträuben. Die Sonne war aber nur ein Talglicht. Denn Sie haben Herrn Stavenhagen nicht vom Ministersessel gestoßen. Sie haben das wochenlang mit der vollmundigen Behauptung versucht, er habe gelogen. Wer das Ergebnis der Beweisaufnahme vor dem Untersuchungsausschuß auch nur halbwegs objektiv würdigt, wird sagen müssen, daß es dafür keine ernsthaften Anhaltspunkte gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nun könnte man — ich blicke dabei auf Sie, Herr Kollege Conradi —

(Peter Conradi [SPD]: Ich bin schuld! Das ist klar!)

der heutigen Debatte einen Rest an Stil verleihen, wenn sich diejenigen, die vor Wochen immer wieder das Wort Lüge hinausposaunt haben, heute ganz (B) schlicht hinstellen und sagen: Diesen Vorwurf können wir nicht aufrechterhalten. Wir haben uns geirrt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Peter Conradi [SPD]: Ich habe den Herrn Wieck zitiert!)

Oder wollen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, Ihren Parteifreund Porzner beschämen, der vor dem Ausschuß gesagt hat, es gibt **keine Anhaltspunkte** dafür, daß Staatsminister **Stavenhagen** die **Unwahrheit** bewußt gesagt hat.

Herr Stavenhagen ist zurückgetreten, weil das Wiederauffinden eines Briefes im Panzerschrank eines Abteilungsleiters — das räume ich offen ein — ein Maß an **Unordnung in der Kommunikation zwischen BND und Kanzleramt** offenbarte, das man nicht mehr als einmalige Panne werten kann.

(Freimut Duve [SPD]: Hört! Hört! Dafür ist er politisch verantwortlich!)

Für diese Fehler hat Herr Stavenhagen die politische Verantwortung übernommen und ist zurückgetreten.

(Freimut Duve [SPD]: Dann müssen Sie ihn nicht zum Märtyrer machen!)

Das ist honorig, und das ehrt ihn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen BND und Kanzleramt sind längst behoben.

(Freimut Duve [SPD]: Einen solchen Mann machen Sie zum Märtyrer! — Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Duve, halt den Mund! Du weißt gar nicht, was passiert ist!)

(C) Wenn Sie das nicht glauben wollen, sprechen Sie wiederum mit Ihrem ehemaligen Kollegen Porzner. Dessen Rücktritt hätten Sie längst gefordert, meine Damen und Herren, wenn er nicht der SPD, sondern der CDU angehört oder nahegestanden hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP — Abg. Dr. Wolfgang Ullmann [Bündnis 90/GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Gerade daran, daß Sie Ihre Rücktrittsforderungen und Ihre verbalen Äußerungen über Lügen und Unfähigkeit so gezielt danach verteilen, welcher Partei der jeweils Angegriffene angehört, zeigt sich doch, daß das meiste von dem, was Sie von sich geben, reine Schaumschlägerei ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Dr. Ullmann, Zwischenfragen sind in der Aktuellen Stunde leider nicht zulässig.

Als nächstem Redner erteile ich das Wort unserem Kollegen Peter Conradi.

Peter Conradi (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Rücktritt** und die **Entlassung des Staatsministers im Bundeskanzleramt,** das ist kein Sieg der Opposition, es ist ein **Sieg der parlamentarischen Demokratie.** Wer dem Parlament, der Volksvertretung, die Unwahrheit sagt — wissentlich oder unwissentlich —, der kann nicht im Amt bleiben. (D)

(Freimut Duve [SPD]: Siehe Georg Leber!)

Wir treten hier niemanden; das ist eine böse Unterstellung.

(Zustimmung bei der SPD)

Es geht hier nicht um einen Abgeordnetenkollegen, den viele von uns persönlich schätzen; es geht um das Amt des Staatsministers im Kanzleramt, und damit haben wir uns auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Hätte der Staatsminister im März 1990 oder im August 1991 dem Parlament die Wahrheit gesagt, hätte er gesagt: Entschuldigt, da ist etwas schiefgegangen, dann wäre es nie zu der Affäre gekommen. Die Affäre ist doch durch die immer neuen Vertuschungsversuche zustande gekommen, durch die Erklärungen, durch die Persilscheine, durch die Hilfskonstruktionen des BND. Durch all das sind doch der Staatsminister, das Kanzleramt und der BND immer tiefer in den Verdacht hineingeraten, hier sei etwas nicht mit rechten Dingen gelaufen. Die Vermutung drängt sich auf, daß es sich hier nur um ein Bauernopfer gehandelt hat, um den Rücktritt des Staatsministers, mit dem andere, mächtigere Regierungsmitglieder geschützt werden sollen.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Peter Conradi

(A) Der **Untersuchungsausschuß** wird prüfen, wer sonst noch von der **Sonderbehandlung des BND für Schalck-Golodkowski** gewußt hat.

Es ist auch nicht in Ordnung, wenn der BND dem Bundestag die Unwahrheit sagt.

(Freimut Duve [SPD]: Sehr wahr!)

Der ehemalige BND-Präsident — Herr Kollege Eylmann, nicht ich — hat den Staatsminister der Unwahrheit bezichtigt.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Aber nicht der Lüge!)

Er ist Botschafter in Indien. Sie hätten die Möglichkeit, ihn dienstrechtlich zu belangen. — Ich wiederhole: Er hat den Staatsminister der Unwahrheit bezichtigt.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Aber nicht der Lüge!)

— Unwahrheit und Lüge sind das gleiche.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU/CSU)

Sie haben keine Konsequenzen daraus gezogen. Und wenn der jetzige BND-Präsident erklärt, er stehe zu seiner Verantwortung, dann muß er entweder die Leute, die das eingebrockt haben, auch die Leute, die ohne sein Wissen Waffenlieferungen gemanagt haben, hinauswerfen, oder er muß andere Konsequenzen ziehen. So weiterzumachen wie bisher, geht beim BND nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zum Schluß etwas zitieren, was vor vielen Jahren anläßlich der **Affäre John** — damals ging der (B) Präsident des Verfassungsschutzes in die DDR, und es gab eine Regierungskrise — **Reinhold Maier** hier über Ministerverantwortung gesagt hat:

> Zu den obersten Gesetzen der parlamentarischen Demokratie zählt der Grundsatz, daß Männer ohne die herkömmlichen Laufbahnen unter Überspringung aller Zwischenstationen in das höchste Staatsamt, das Ministeramt, berufen werden, daß dafür aber von solchen Männern die schwere Last der Verantwortung für alle Vorgänge in ihren Ressorts übernommen wird, die Last der vollen Verantwortung auch ohne eigenes persönliches Verschulden. Diesen Sichtwechsel unterschreibt jeder, der ein parlamentarisches Ministeramt übernimmt.
>
> Mehr und mehr kommt die Einlösung bei Fälligkeit aus der Übung.

So damals Reinhold Maier.

> ... man wartet, bis eine Panne ... durch eine noch größere Panne abgelöst ... wird. An die Stelle der unbedingten Achtung vor dieser verpflichtenden Regel tritt zusehends in der durch das konstruktive Mißtrauensvotum unangreifbaren Regierungsmaschinerie ein Standpunkt, welcher, in die Sprache der unteren Ränge der Ausführungsorgane übersetzt, heißt: Uns kann keener! Ein schnöder Standpunkt, ein volksverachtender, ein volksvertretungsverachtender Standpunkt, vor allem ein überheblicher Standpunkt.

Das sage ich hier zum Bundesverteidigungsminister. — Reinhold Maier hat damals weiter gesagt:

> (C) Einem parlamentarischen Minister darf die harte Lebensschule der Kontrolle durch das Parlament nicht erspart bleiben ... Wie der Autofahrer auf Bergstraßen an den dünnen Warnbrettern vor dem steilen Felsenhang des Abgrunds entlangfährt, so muß dem parlamentarischen Minister stets der Blick auf die politischen Absturzstellen geöffnet bleiben ...
>
> Verzichten wir auf das Wirksamwerden dieser inneren Kräfte des parlamentarischen Prinzips, dann setzen wir das parlamentarische Prinzip außer Kurs.

Besser als Reinhold Maier das damals in der Affäre John gesagt hat, daß Minister für alles verantwortlich sind, was in ihrem Ressort geschieht, auch wenn sie nichts davon wußten, kann man es auch heute nicht sagen.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich erteile jetzt dem Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, das Wort.

(Peter Conradi [SPD]: Herr Bohl, passen Sie auf bei meinen Fragen!)

Friedrich Bohl, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Conradi, ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, daß Ihnen der Unterschied zwischen dem Sagen (D) der Unwahrheit und Lügen verborgen geblieben sein sollte.

(Zuruf von der CDU/CSU: Offensichtlich!)

Ich meine, daß Ihre Ausführungen über die **Ministerverantwortlichkeit** sicherlich erheblich glaubwürdiger gewesen wären, wenn Sie hier in der Tat ein Wort der Entschuldigung gefunden hätten. Ich finde, das wäre gut gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, **Staatsminister Stavenhagen** hat am 2. Dezember seinen **Rücktritt** erklärt. Der Bundeskanzler hat dieses Gesuch angenommen. Wie Sie wissen, ist ein Rücktritt nicht zu begründen. Ich glaube, es ist durch Diskussionsbeiträge von Vertretern der Koalition schon zum Ausdruck gekommen, daß die Arbeit von Herrn **Staatsminister Stavenhagen** auch in diesem Hohen Hause durchaus Anerkennung verdient.

Er war über viele Jahre in verantwortlicher Tätigkeit. Er hat sich um die europäische Einigung **große Verdienste** erworben. Er hat am Schengener Abkommen mitgewirkt. Ich meine, er hat auch als Koordinator für die Nachrichtendienste gute Arbeit geleistet. Der Bundeskanzler hat ihm dafür gedankt, und ich meine, diesen Dank für die Bundesregierung heute einmal mehr bekräftigen zu sollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind, glaube ich, zwei Komplexe, die hier eine Rolle spielen. Das eine ist das Problem der wehrtechnischen Zusammenarbeit mit dem Staate Israel. Der Bundesverteidi-

Bundesminister Friedrich Bohl

(A) gungsminister hat gestern im Verteidigungsausschuß einen umfassenden Bericht, ich möchte sagen: einen erschöpfenden Bericht, vorgelegt.

(Zustimmung bei der CDU/CSU — Günther Friedrich Nolting [FDP]: Er war sehr gut!)

Sie haben noch die eine oder andere ergänzende Frage; das ist Ihr gutes Recht. Diese Fragen werden noch beantwortet werden bzw. sind heute im Laufe des Tages zum Teil schon beantwortet worden.

Ich glaube auch, daß die **Ausführungen des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes,** die an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig ließen, klargemacht haben, daß nicht das politisch im Raume stehenbleibt, was Sie versucht haben, in den ersten Tagen nach der Aktion daraus zu machen.

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen; man sollte sie in der Tat abwarten. Im übrigen glaube ich, daß der Bericht klarstellt, daß der politischen Leitungsebene kein Vorwurf zu machen ist. Ich erinnere Sie auch daran, daß der Bundesverteidigungsminister aus dem Brief eines ehemaligen hohen Offiziers zitiert hat, der das für mich auch menschlich sehr verständlich machte.

Der zweite Komplex, um den es geht, betrifft die Antwort auf die Frage von Herrn Conradi und die sich daraus ergebenden Komplikationen. Ich glaube, daß insbesondere die Vernehmung heute im Untersuchungsausschuß deutlich gemacht hat, daß sich Herr Staatsminister Stavenhagen auch in dieser Frage nichts vorzuwerfen hat.

(B) Ich glaube, daß man auch Verständnis dafür haben sollte — ich darf vielleicht auch ein bißchen an Ihre kollegiale Fairneß appellieren— ,

(Michael Glos [CDU/CSU]: Die ist nicht vorhanden!)

daß Herr Staatsminister Stavenhagen — ich sage es einmal mit meinen Worten, nach meinem Eindruck — offensichtlich angenommen hat, er habe den Brief vom 28. März 1990 tatsächlich bekommen.

(Peter Conradi [SPD]: Unwissenheit schützt nicht vor Entlassung!)

Das ist doch, glaube ich, offensichtlich der Punkt.

Darüber können Sie nun die Nase rümpfen, können das kritisieren. Ich finde aber, auch dies passiert uns in unserem alltäglichen Geschäft, und keiner sollte den ersten Stein werfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang auch sagen, daß ich ganz persönlich hohen Respekt vor Herrn Stavenhagen habe. Ich finde, seine Leistung verdient Beachtung. — Ich weiß im Moment nicht, wie ich mich richtig ausdrücken soll. Ich habe, wie Sie sehen, kein Manuskript vor mir. Jeder, der Herrn Stavenhagen kennt, spürt, was ich meine. — Namens der Bundesregierung Herrn Stavenhagen noch einmal herzlichen Dank und alles Gute!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte die Vorwürfe, die insbesondere seitens der Vertreterin vom Bündnis 90 gekommen sind, mit Nachdruck zurückweisen. Die Bundesregierung hat (C) vollstes Vertrauen in die **Amtsführung des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes.** Sie ist ihm dankbar für seine bisherige Arbeit und geht davon aus, daß wir zum Wohle unseres Landes weiterhin vertrauensvoll zusammenarbeiten werden.

Zu der von Ihnen angesprochenen und in der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses noch einmal vertieften Problematik bezüglich der **Aktenführung im Panzerschrank** möchte ich dem Hohen Haus folgendes gerne zur Kenntnis geben: In der letzten Woche ist von mir gegen den zuständigen Abteilungsleiter VI nach der Disziplinarordnung ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet worden.

(Norbert Gansel [SPD]: Aber Teltschik durfte die Akten in den Reißwolf stecken!)

— Ich habe, Herr Kollege Gansel, im Laufe des heutigen Tages den zuständigen Abteilungsleiter VI mit sofortiger Wirkung von seinen Pflichten entbunden. Ich wollte dem Hohen Hause dies gerne mitteilen, damit das Hohe Haus auch diesen Sachverhalt zur Kenntnis nimmt

(Dr. Peter Struck [SPD]: Zu spät, Herr Kollege Bohl, zu spät! Aber richtig!)

und daraus den Schluß zieht, daß auch weitere notwendige Entscheidungen seitens der Bundesregierung getroffen werden.

(Norbert Gansel [SPD]: Der hat doch den Brief aufbewahrt, im Gegensatz zu Herrn Teltschik, der ihn in den Reißwolf gesteckt hat! Warum machen Sie nicht ein Verfahren gegen ihn? Das ist doch unfair!)

(D) Ich glaube, daß die Aufregung, die zu erzeugen versucht wurde, keineswegs berechtigt ist. Die Bundesregierung wird sich weder durch Zwischenrufe des Herrn Kollegen Gansel noch durch sonstige Dinge in einer erfolgreichen Fortführung ihrer Arbeit beeinträchtigen lassen.

Ich danke dem Hohen Haus für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Als nächster hat unser Kollege Rudolf Kraus das Wort.

Rudolf Kraus (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der wohl mieseste Beitrag, der bisher geleistet wurde, kam von der Kollegin von den GRÜNEN: eine ganz **pauschale Verunglimpfung der Mitarbeiter des BND,** einer Behörde, die für diesen Staat in der Vergangenheit ganz ohne Zweifel vieles geleistet

(Peter Conradi [SPD]: Eine Riesenlatte von Skandalen!)

und wesentlich zum Schutz dieses Staates beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, dann redet die Dame von „Dunkelmännern in Pullach". Ich halte es einfach für völlig unzulässig, einen demokratisch kontrollier-

Rudolf Kraus

ten Dienst unseres Staates in dieser Weise zu verunglimpfen.

(Lachen bei der SPD — Peter Conradi [SPD]: „Kontrolliert"? Nicht mal mehr der eigene Präsident konnte ihn kontrollieren!)

— Natürlich. Sie waren doch auch einmal in der Regierung. Das ist doch noch gar nicht so lange her. Gab es da keinen BND? Waren Sie da auch der Meinung, daß das eine Vereinigung von Dunkelmännern ist? Was besonders auffällig ist: Der Präsident des BND war noch vor wenigen Monaten Mitglied der Fraktion der SPD.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Führendes Mitglied!)

Haben Sie von dieser Seite des Hauses irgendein Anzeichen von Empörung gesehen? Ich nicht!

(Peter Conradi [SPD]: Ich habe ihn gerade gerügt! Sie haben nicht zugehört!)

— Das war außerordentlich zurückhaltend.

(Widerspruch bei der SPD — Michael Glos [CDU/CSU]: Der Herr Conradi ist ja ein besonderer Ehrenmann!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt Leute in diesem Land — auch wir haben das immer gedacht —, die die SPD für eine Partei der Solidarität halten. Ich kann Ihnen nur sagen: Wehe dem, der solche Freunde hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Michael Glos [CDU/CSU]: Der braucht keine Feinde mehr, der solche Freunde hat!)

Das erklärt den Umgang mit dem politischen Gegner dann natürlich in ganz besonderer Weise.

Es gab einen kurzfristigen Anfall — ganz kurzfristig! — von Herrn Penner von Fairneß; das soll erwähnt werden. Man freut sich über die kleinste Kleinigkeit. Aber das hat nicht lange angehalten. Es ging dann wieder über in das übliche Schema, mit dem diese Debatte all die Wochen und Monate geführt worden ist.

(Freimut Duve [SPD]: Was wollen Sie denn nun sagen?)

Diese Art und Weise, mit der der ehemalige **Staatsminister** im Bundeskanzleramt, unser Kollege Lutz **Stavenhagen, von der Opposition wider besseres Wissen angegriffen** worden ist, hat mit einer sachlichen Auseinandersetzung — das war wohl auch nicht anders zu erwarten — überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Detlev von Larcher [SPD]: Die Opposition hätte wissen müssen, wie es da aussieht, was?)

Tatsache ist, daß in der **Parlamentarischen Kontrollkommission,** der ich angehöre, die **Vorwürfe** gegen Lutz Stavenhagen **entkräftet** werden konnten.

(Detlev von Larcher [SPD]: Jetzt wissen wir es! — Dr. Peter Struck [SPD]: Na, na, na! Jetzt reicht es aber!)

Das ändert aber überhaupt nichts daran, daß wir hinterher in der Presse etwas ganz anderes lesen mußten. Man hatte den Eindruck, daß die Leute, die darüber informiert haben, ganz offensichtlich auf einer völlig anderen Veranstaltung waren. Ich habe gerade dies dem Kollegen hier vorn bereits einmal vorwerfen müssen. Aber er hat dann keine Konsequenzen daraus gezogen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Bleiben Sie bei der Wahrheit! — Detlev von Larcher [SPD]: Wußten Sie vom Panzerschrank?)

— Entschuldigung, das ist doch gar nicht die Frage. Die Frage ist doch, wie man mit den Leuten umgeht. Auf das kommt es doch heute an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Günther Friedrich Nolting [FDP]: Wer ist eigentlich Vorsitzender der PKK?)

— Der Herr Penner weiß fast alles.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir müssen doch eines feststellen: In den letzten Wochen wurde eine **Kampagne** geführt.

(Zuruf von der SPD: Was heißt „Kampagne"? Das ist unser Auftrag!)

Das, was außerhalb der Gremien gesagt wurde, war eine öffentlich geführte Kampagne gegen eine ganz bestimmte Person. Über den scheinbaren Erfolg — es ist ein sehr trauriger Erfolg — können Sie sich vielleicht freuen. Ich versichere Ihnen aber, daß Ihnen das in der Zukunft nicht mehr so leicht gelingen wird. Wir werden ganz besonders aufpassen, daß derartige Verfahrensweisen hier nicht die Überhand gewinnen.

(Zuruf von der SPD: Wollen Sie die parlamentarische Kontrollkommission ausschalten? Oder wie ist die Drohung zu verstehen?)

Ich hoffe, daß wir ein solches Dilemma nicht mehr erleben müssen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Die Opposition muß zur Regierung nur noch ja sagen!)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Nächster Redner ist unser Kollege Walter Kolbow.

Walter Kolbow (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir respektieren einen **Rücktritt,** meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, selbst wenn er, wie in vielen Kommentaren heute zu lesen ist, ein **„Bauernopfer"** darstellt, so zumindest „Die Welt" am heutigen Tage. „Die Zeit" stellt in diesem Zusammenhang die Frage nach Stoltenberg.

(Peter Conradi [SPD]: Wir auch!)

Die „Neue Ruhr-Zeitung" sagt: Stoltenberg als nächster. — Stoltenbergs Flucht nach vorn ist ehrenwert, aber es könnte bereits zu spät für ihn sein. Auch nach der Sitzung des Verteidigungsausschusses bleibt der fatale Eindruck, der Minister habe sein Ressort nicht mehr voll unter Kontrolle, so die „Neue Osnabrücker Zeitung". Noch einmal „Die Welt", meine Damen und Herren: Sie legt die Vermutung nahe, daß man mit

Walter Kolbow

(A) dem Rücktritt Stavenhagens den ungleich wichtigeren Minister Stoltenberg schützen wollte.

(Beifall bei der SPD)

Warum, meine Damen und Herren? — Herr **Stoltenberg** ist der zweite, der in hoher politischer Verantwortung von nichts gewußt hat, nichts von den getarnten, nicht genehmigten **Waffenlieferungen aus den Beständen der ehemaligen NVA.** Aber er ist noch im Amt. Wenn der vom Verteidigungsminister vorgelegte Bericht allen Einzelheiten entspricht und sie alle enthält, ist zumindest der Komplex der wehrtechnischen Zusammenarbeit mit Israel fast aufgeklärt. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß es sich bei der Art der Abwicklung um Rechtsverstöße

(Zurufe von der CDU/CSU)

— hören Sie einmal bis zum Ende gut zu — gehandelt hat. Der SPD

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Was hat denn gestern Herr Porzner dazu gesagt?!)

hier zu unterstellen, sie habe zu Zeiten der sozialliberalen Koalition ein gleiches, falsches Verhalten an den Tag gelegt, ist unseriös und sogar unehrlich. Die damalige **Rüstungszusammenarbeit mit Israel** ist auf der Basis von Regierungsentscheidungen immer rechtmäßig abgewickelt worden. Dies ist hier eben nicht der Fall.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich hier noch einmal deutlich feststellen: Es geht der SPD nicht um Diskreditierung der (B) Zusammenarbeit mit einem Staat — was Sie immer wieder zu unterstellen versuchen —, zu dem wir besondere Beziehungen und gegenüber dem wir besondere Verpflichtungen haben.

(Rudolf Kraus [CDU/CSU]: Sind Sie gegen die Zusammenarbeit mit Israel?)

Hier wird von Ihrer Seite gezielt ein unzutreffender Eindruck erweckt. Denn so wie diese von Herrn Stoltenberg zu verantwortenden Waffenlieferungen abgewickelt worden sind, wären sie auch bei jedem anderen Zielland zur Affäre geworden.

(Beifall bei der SPD)

Der Minister der Verteidigung bewegt sich in all diesen Fragen auf dünnem Eis.

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Zitieren Sie doch mal Herrn Porzner von gestern aus dem Ausschuß!)

Er ist heute noch nicht in der Lage gewesen — Sie haben das angesprochen, Herr Bohl, deswegen darf ich mich auch darauf beziehen —, zu bestätigen, daß die vorgelegte **Auflistung von Rüstungsexporten aus NVA-Beständen** nun endlich vollständig ist. Auf der Hardthöhe weiß die Linke ganz offensichtlich nicht, was die Rechte tut. Auch hier herrscht Konfusion der Kompetenzen. Es regieren Unordnung und Orientierungslosigkeit. Und dabei haben wir auf der Hardthöhe noch gar nicht in die Panzerschränke geschaut.

(Beifall bei der SPD — Günther Friedrich Nolting [FDP]: Eine Büttenrede!)

(C) Die lückenlose Feststellung der Verantwortlichkeit muß auch hier praktische Konsequenzen haben. Solche das Ansehen der Bundesrepublik schädigenden Aktionen darf es künftig nicht mehr geben. Deshalb fragt die SPD, welche Maßnahmen der Bundeskanzler durchsetzen wird, um die politische Kontrolle und eine politische Leitung des BMVg wiederherzustellen, die diesen Namen verdienen.

Hinter der Waffenaffäre tut sich eine sehr viel breitere Problematik auf, die alle Fraktionen dieses Hauses zum Handeln veranlassen sollte. Es geht um die grundsätzliche Frage, wie mit dem umfangreichen und zum Teil erhebliche materielle Werte darstellenden Erbe der ehemaligen NVA umgegangen wird und wie wir hier parlamentarische Kontrolle einrichten können, um administrative Willkürakte zu verhindern, die täglich ans Licht zu kommen drohen.

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Was sagt der Vorsitzende der PKK dazu?)

Deshalb haben wir einen **Antrag** vorbereitet — dazu Stellung zu nehmen sind Sie in diesem Augenblick eingeladen, nicht zu Zwischenrufen —,

(Rudolf Kraus [CDU/CSU]: Er wünscht keine Zwischenrufe!)

der die **parlamentarische Kontrolle der Auflösung der NVA** sicherstellen soll. Dazu erwarten wir die Unterstützung der Koalitionsfraktionen.

Wir meinen, daß sich Herr Stoltenberg an Herrn Stavenhagen ein Vorbild nehmen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Dann gebührte ihm unser Respekt vor richtig verstan- (D) dener Ministerverantwortung im Sinne des Liberalen, Herr Nolting, Reinhold Maier.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich erteile jetzt unserem Kollegen Joachim Hörster das Wort.

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Ich hätte gern ein paar Zitate von Herrn Porzner gehört, gerade in Richtung des Kollegen Opel!)

— Das Wort hat jetzt der Kollege Hörster.

Joachim Hörster (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das direkte Aufeinanderfolgen der Diskussion über das Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und der Diskussion, die wir jetzt hier führen, hat, Herr Kollege Conradi, doch zu überraschenden Eindrücken geführt. Sie haben bei der Beratung dieses Gesetzes in einer sehr staatstragenden und verfassungstreuen Weise sehr feine Unterschiede gemacht zwischen Verdächten, Vorwürfen und Dingen, von denen man sich nicht befreien müsse, wenn es keine Anhaltspunkte gebe. Anschließend schämen Sie sich überhaupt nicht, aus Gründen der politischen Opportunität keinen Unterschied mehr zu machen zwischen der Unwahrheit und der Lüge, obwohl ihn jedes kleine Kind kennt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Joachim Hörster

(A) Ich erlebe nun seit Beginn der **Tätigkeit des Untersuchungsausschusses Schalck-Golodkowski**, daß die Sozialdemokraten diesen Untersuchungsausschuß zu nichts anderem nutzen als dazu, ein Kesseltreiben gegen die Bundesregierung zu organisieren und erbärmliche marginale Erscheinungen zu Staatsproblemen hochzustilisieren, während Hunderttausende von Menschen in den fünf neuen Bundesländern darauf warten, daß wir in diesem Untersuchungsausschuß endlich aufklären, was das Unternehmen Kommerzielle Koordinierung alles an Schandtaten angerichtet hat, wie es die Leute ausgenommen hat.

(Freimut Duve [SPD]: „Im Märzen der Bauer . . ."!)

— Herr Duve, das mag Sie jetzt alles nicht mehr interessieren, weil Sie eine andere Zielrichtung haben. Nur, wenn Sie wollen, daß etwas anderes untersucht wird, sollten Sie den Leuten nicht vormachen, wir hätten im Untersuchungsausschuß Schalck-Golodkowski als zentrales Thema die Kommerzielle Koordinierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Beucher hat soeben die Katze wirklich aus dem Sack gelassen, als er sich darauf konzentriert hat, von irgendwelchen Vertuschungsmanövern aus dem Kanzleramt zu berichten.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Da hat er völlig recht gehabt!)

Ich muß schon sagen: Sie müssen wohl heute morgen die ganze Zeit nicht im Untersuchungsausschuß gewesen sein, als wir Herrn Stavenhagen als Zeugen (B) gehört haben. Wir haben feststellen können, daß ihm persönlich kein Vorwurf aus diesen ganzen Vorgängen zu machen ist und daß noch nicht einmal der Vorwurf aufrechterhalten werden kann, den Sie wochenlang durch die Presse gedroschen haben, daß er das Parlament belogen habe. Alles ist nicht zutreffend, alles ist unwahr.

Ich frage mich: Soll das künftig der Stil werden, wie wir im Zusammenwirken von Untersuchungsausschüssen und anderen parlamentarischen Debatten wirken? Werden wir demnächst morgens die Zeugen vernehmen und abends anschließend eine Aktuelle Stunde über das Ergebnis der Zeugenvernehmung machen? Das könnte ja recht interessant werden, wenn wir z. B. die Vorgänge aus dem Jahre 1981 über die angebotene Wahlhilfe für den sozialdemokratischen Kandidaten Vogel in Berlin diskutieren. Es könnte aber auch interessant werden, wenn wir die Frage — heute ist so oft die „Welt" zitiert worden, und ich möchte das dann auch mal gern machen — diskutieren, wie es mit den Verhandlungen zwischen der SPD und der PDS über die Rückgabe früheren SPD-Vermögens ist, die ja irgendwer in der SPD geführt haben muß, vielleicht im Auftrage des Herrn Klose oder so. Sollen wir die Tätigkeit des Parlaments auch auf diese Dinge ausrichten? Wir können das gern tun, wenn Sie die Aufgaben dessen, was wir im Untersuchungsausschuß zu tun haben, darauf begrenzen wollen.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das ist der letzte Schwachsinn! Das ist alles Quatsch! Herr Präsident, die Redezeit ist abgelaufen!)

(C) **Vizepräsident Helmuth Becker:** Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Die hören ungern die Wahrheit!)

Joachim Hörster (CDU/CSU): Der Redner hat heute schon sehr viel gearbeitet, aber er hat z. B. auch festgestellt, daß die SPD-Fraktion dann, als wir uns zum erstenmal mit Betroffenen aus der DDR im Untersuchungsausschuß befaßt haben, kaum vertreten war. Frau Köppe war auch überhaupt nicht da; das will ich auch noch sagen.

Ich sehe hier eine Situation, über die wir in diesem Parlament wirklich einmal nachdenken sollten: ob wir in Anbetracht der besonderen Bewältigung der Situation, die die Einheit Deutschlands gebracht hat, der Belastungen, die in allen Regierungsstellen aus diesem Anlaß vorhanden waren, in dieser Weise miteinander umgehen müssen und Marginalien hochspielen zu einem Versagen der Regierung, obwohl es hierfür keine konkreten tatsächlichen Anhaltspunkte gibt, und ob wir das Instrument eines Untersuchungsausschusses dazu nutzen, die Öffentlichkeit darüber zu täuschen, was eigentlich der Zweck dieses Untersuchungsausschusses ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Als letztem Redner in dieser Aktuellen Stunde erteile ich unserem Kollegen Christian Schmidt das Wort.

(D) **Christian Schmidt** (Fürth) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Lutz Stavenhagen** ist persönliches Verschulden nicht vorzuwerfen. Ich möchte vorneweg dem Kollegen Stavenhagen noch einmal ausdrücklich den Dank abstatten, den er für seine Tätigkeit als Staatsminister, insbesondere auch im Bereich der Europapolitik, verdient hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der SPD: Denn Brutus war ein ehrenwerter Mann!)

Es gab mal einen Bundeskanzler der SPD, der sich beim Parteitag beklagt hat, daß an einer Stelle der Applaus gefehlt habe. Er hat vorhin auch gefehlt, als der Dank an Lutz Stavenhagen abgestattet worden ist.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht wahr! Da waren Sie vielleicht nicht da!)

— Sie haben nicht geklatscht; ich habe genau hingesehen. Wir haben auch beobachtet, wie schnell erstaunlicherweise schnell ein Rücktritt mit unzutreffenden Begründungen versehen wird.

Leider ist Frau Köppe nicht mehr da. Professor Ullmann, ich bitte, ihr das auszurichten, daß es schon ein gehöriges Stück ist, daß sie mit dem Anlaß des Rücktritts die Legende fortzustricken versucht, die Beziehungen des Kanzleramts zu Schalck-Golodkowski, so ihr Zitat, seien weitaus intensiver — gemeint ist natürlich: verwerflicher — gewesen, als noch vor einem halben Jahr der Öffentlichkeit bekannt war. Das ist bewußte Verdrehung der Tatsachen und lenkt — dessen sollten wir uns bewußt sein, doch nur von der Schuld und Vertrickungen der Ulbrichts, der Honek-

Christian Schmidt (Fürth)

(A) kers und der Krenzens ab, die wir in diesem Untersuchungsausschuß zu untersuchen hätten.

Der Rücktritt von Lutz Stavenhagen dokumentiert allenfalls seine noble Haltung, für Ungeschicklichkeiten anderer einzustehen, die für sich genommen praktisch ein Muster ohne Wert und Bedeutung sind.

Oder wollten Sie sagen: dunkle Ränke des BND? Natürlich sind an den früheren Präsidenten des BND, Herrn Wieck, der von Herrn Conradi schon zitiert und in Anspruch genommen worden ist, sehr deutliche Fragen zu stellen, wieso er seine Entscheidung, die Aktion „Schneewittchen" mit Decknamenpapieren zu versehen, nur derart nebulös nach Bonn weitergedeutelt hat.

(Zuruf von der SPD: War der Brief nicht lesbar?)

— Der Brief kam zu spät.

(Dr. Willfried Penner [SPD]: Der Brief ist von der SPD im Panzerschrank versteckt worden! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Wer sich im Untersuchungsausschuß mit der Angelegenheit beschäftigt, weiß, wovon ich rede. Andere sollten sich darüber informieren.

Die Ereignisse der letzten Tage sollten uns aber auch Anlaß geben, uns auf das zurückzubesinnen, um was es bei der Auseinandersetzung mit der Erblast des SED-Staates eigentlich geht.

Leider kann die Opposition der Versuchung nicht widerstehen, sich im Schalck-Untersuchungsausschuß (B) — an der eigentlichen Themenstellung vorbei — bei günstiger Gelegenheit ein Opfer unter den heute politisch Verantwortlichen herauszusuchen. Grundsätzlich wird ihr dies zwar nicht gelingen, dennoch muß sie sich darüber im klaren sein, daß sie damit der gesamten Demokratie Schaden zufügt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

— Ja, hören Sie nur zu.

Ich lese Ihnen gern den Untersuchungsauftrag vor, falls er Ihnen entfallen sein sollte.

(Zurufe von der SPD)

— Sie haben aber auch zugestimmt.

(Zuruf von der SPD: Den hat er doch selbst geschrieben!)

Er lautet: Der Ausschuß soll untersuchen, welche Rolle der Arbeitsbereich KoKo und sein Leiter, Dr. Schalck-Golodkowski, im System von SED-Führung, Staatsleitung und Volkswirtschaft der früheren DDR spielte und wem die wirtschaftlichen Ergebnisse der Tätigkeit dieses Arbeitsbereichs zugute kamen und gegebenenfalls heute noch zugute kommen.

Tausende von Fällen müssen aufgearbeitet werden. Der Ausschuß bewegt sich aber nur auf Nebenkriegsschauplätzen.

Mich läßt der Satz eines Bürgers nicht los, der mir am Wochenende gesagt hat: Ihr habt die Dimensionen vergessen, ihr habt die Dimensionen verwechselt, ihr (C) kümmert euch um einen verlegten Brief, während draußen alte Seilschaften noch ihr Unwesen treiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann nur hoffen, daß sich Frau Köppe und die Kollegen von der SPD um die Schicksale der Verfolgten und ungerecht behandelten Bürger der DDR im Untersuchungsausschuß mit gleicher Intensität kümmern, wie sie verlegten Briefen nachjagten.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Wo ist die Frau Köppe überhaupt, Herr Präsident?)

Ich darf festhalten: Der Untersuchungsauftrag liegt klar auf dem Tisch. Wenn er nicht ausreichen sollte, dann muß in Form einer Enquete-Kommission SED-Unrecht und anderes behandelt werden. Man könnte dort interessante Themen aufnehmen, z. B. die Frage nach gemeinsamen SPD-SED-Papieren aus vergangenen Zeiten.

(Unruhe im ganzen Hause — Freimut Duve [SPD]: Das war ja ein Geheimnis!)

— Das würden wir gern in einer solchen Kommission diskutieren. Sie sind herzlich eingeladen, Ihre Unterlagen, die Sie hoffentlich nicht in Aktenschränken versteckt haben, sondern noch parat haben, die vor zwei Jahren aktuell waren, auch heute noch auf den Tisch zu legen.

(Freimut Duve [SPD]: Sie sind ja ein richtiger Schlaumeier!)

Das würde der geschichtlichen Wahrheit auch in diesem Hause und in diesem Lande dienen.

(Freimut Duve [SPD]: Herr Kollege, das ist sogar als Buch erschienen!) (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist beendet.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 12:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt), Dr. Ilja Seifert, Jutta Braband und der Gruppe PDS/Linke Liste **Sicherung des Weiterbetriebs der Zeche SOPHIA-JACOBA durch finanzielle Sonderhilfen des Bundes — perspektivisch eine volkswirtschaftlich und energiepolitisch sinnvolle Maßnahme für die Zukunft**

— Drucksache 12/1623 —

Überweisungsvorschlag:
Ausschuß für Wirtschaft (federführend)
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Haushaltsausschuß

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Fünf-Minuten-Runde vereinbart worden. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich danke Ihnen und eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Ulrich Briefs das Wort.

(A)

Dr. Ulrich Briefs (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag gestellt, um ein Zeichen zu setzen.

Arbeitsplätze werden heute im Westen und insbesondere im Osten buchstäblich tagtäglich zu Hunderten und zu Tausenden zerstört. Die Treuhand tut sich dabei im Osten unrühmlich hervor; im Westen tut es das harte Gesetz der sogenannten sozialen Marktwirtschaft, die immer mehr Menschen ausgrenzt. Gestern haben wir hier über Olympia, Wilhelmshaven, und die arbeitsmarktpolitische Verödung einer ganzen Küstenregion debattiert; morgen werden wir über die massenhafte Vernichtung von Stahlarbeitsplätzen im Osten durch die Treuhandanstalt hier reden; heute reden wir hier über den geplanten Tod der **Zeche Sophia-Jacoba**, der nördlichsten Zeche des Aachener Steinkohlereviers, unmittelbar an der niederländischen Grenze gelegen.

(Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann [FDP]: Auch das ist schon falsch! — Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Sie leben doch in Holland und wissen deshalb, wo das ist!)

— Sie sind doch noch nie dort gewesen, Herr Laermann! — Auch hier droht eine kleine Stadt, Hückelhoven, in eine völlig perspektivlose soziale Situation katapultiert zu werden, und zwar durch die gemeinsamen Bemühungen kapitalistischer Unternehmenspolitik und unsozialer staatlicher Wirtschaftspolitik.

(Heinrich Seesing [CDU/CSU]: Wohin die sozialistische uns geführt hat, haben wir gesehen!)

(B)

Es ist schändlich, daß durch die Politik des Bundeswirtschaftsministers Möllemann in einem Zuge Arbeitsplätze durch Subventionsstreichung vernichtet werden, während den Reichen und Superreichen Steuergeschenke gemacht werden.

Wir klagen nicht, wir klagen an. Wir klagen die Verantwortlichen in den Konzernzentralen ebenso wie die in der Bundesregierung an. Diese Gesellschaft ist reich genug, um nicht immer größere Teile ihrer Menschen um Arbeitsplätze, Lebensgrundlage und Zukunftsperspektiven zu bringen. Hören Sie auf — dies an die Adresse der Bundesregierung — mit der unsozialen Umverteilung von unten nach oben! Legen Sie Hand auf den Reichtum dieser Gesellschaft, und sichern Sie Arbeitsplätze, statt sie zu zerstören!

Wir wollen ein Zeichen setzen im Falle der drohenden Schließung der Zeche Sophia-Jacoba, ein Zeichen dafür, daß es eben auch anders geht.

Deshalb fordern wir ganz konkret, keine Maßnahmen gegen den Weiterbetrieb der Zeche jetzt und in den nächsten Jahren zu ergreifen. Deshalb fordern wir, bis 1995 einen Rahmenplan zu entwickeln, der es erlaubt, die **Förderung in Hückelhoven** aufrechtzuerhalten, und zwar unter Berücksichtigung einerseits der in Hückelhoven erreichbaren Förderkostenreduzierungen, unter Berücksichtigung andererseits der sich abzeichnenden Preissteigerungen für fossile Energieträger auf dem Weltmarkt.

Deshalb fordern wir Sie des weiteren auf, 150 Millionen DM für die Erschließung des Abbaufeldes in Wildenrath zur Verfügung zu stellen. Dieses Abbaufeld kann jetzt abgebaut werden, weil die britische Luftwaffe den Standort Wildenrath räumt.

(C)

Wir fordern Sie auf, unverzüglich ein Konzept für den Einsatz der hochwertigen **Hückelhovener Steinkohle** an Stelle der besonders umweltschädlichen Braunkohle als Hausbrandkohle in den fünf neuen Ländern im Osten zu entwickeln und dieses Konzept mit entsprechenden finanziellen Markteinführungshilfen umzusetzen. Damit läßt sich in kürzester Zeit die Umweltbelastung reduzieren und die Luft nachhaltig entlasten.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Schließlich fordern wir Sie auf, Energieversorgungsunternehmen, den kommunalen Stromerzeugern und der Industrie mit ihren Stromerzeugungskapazitäten im Osten Zugang zu verbilligter Steinkohle im Rahmen der Aufrechterhaltung des Jahrhundertvertrages zu verschaffen.

Wie gestern im Falle Olympia, Wilhelmshaven, zeigt sich auch heute im Falle der Zeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven, daß es Alternativen gibt, Alternativen, die es erlauben, die Arbeitsplätze der Zeche zu erhalten, Alternativen, die die Umwelt entlasten, Alternativen, die es erlauben, den Arbeitsplatzkiller Atomenergieerzeugung zurückzudrängen und abzubauen, Alternativen, die den westlichsten Landkreis der Bundesrepublik, den Landkreis Heinsberg, nicht in eine aussichtslose Beschäftigungsdepression stoßen, Alternativen, die aber — daran mangelt es allerdings — den entschlossenen Willen zu einer Politik im Interesse der arbeitenden Menschen und nicht im Interesse des großen Geldes voraussetzen.

(D)

Wir, die Neue Linke,

(Zurufe von der CDU/CSU)

solidarisieren uns mit dem Kampf der Bergarbeiter, ihrer Frauen, ihrer Familien, der Gemeinde Hückelhofen und ihres Umlandes um die Erhaltung der Zeche Sophia-Jacoba und ihrer Arbeitsplätze.

Herr Präsident, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich muß ein Versäumnis nachholen. In der Aktuellen Stunde hat die Frau Kollegin Andrea Lederer darum gebeten, daß ihr Beitrag zu Protokoll genommen wird. *) Nach dem Verfahren, das wir eingeführt haben, bitte ich das Plenum um Zustimmung. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Das ist dann so beschlossen.

Als nächster Redner hat das Wort Dr. Karl H. Fell.

Dr. Karl H. Fell (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag geht die PDS auf Dummenfang.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

Dieser Antrag soll, so wie die Vorgängerin der PDS, die SED, das in der früheren DDR gemacht hat, ohne

---

*) Anlage 4

Dr. Karl H. Fell

(A) Rücksicht auf ökonomische Ressourcen **Energiepolitik** fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das soll jetzt auch im vereinigten Vaterland nach den Vorstellungen der PDS geschehen.

Den Bergleuten auf **Sophia-Jacoba** wird vorgegaukelt, es gebe eine realistische Chance, das Bergwerk auf Dauer zu erhalten. Keiner von uns kann aber an der Tatsache vorbei — Herr Briefs, auch Sie nicht —, daß die auf Sophia-Jacoba geförderte **Steinkohle** am Markt noch einmal um gut 90 DM je Tonne teurer ist als die im Ruhrgebiet geförderte Steinkohle. Sie ist damit im Ergebnis fast viermal so teuer wie Kohle am Weltmarkt.

Da feststeht, daß die Fördermenge in Deutschland schon im Hinblick auf die EG-Vereinbarungen insgesamt gesenkt werden muß, ist es auch unvermeidlich, die Förderung an den kostenungünstigsten Standorten zurückzunehmen. Nichts anderes hat die Mikat-Kommission vorgeschlagen. Diese Konsequenz ist unvermeidlich.

In der Aktuellen Stunde vor einem Monat habe ich selbst allerdings dafür geworben, Zeit für die notwendige Umstrukturierung in der Region Heinsberg zu gewinnen und deshalb Sophia-Jacoba noch für eine Reihe von Jahren, möglichst für zehn Jahre, zu subventionieren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das wäre vernünftig!)

Dabei ging es aber nicht, Herr Briefs, um eine (B) Existenzsicherung auf Dauer, sondern nur um den Zeitgewinn für die notwendige Umstrukturierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Gegenrechnung zu den gesamtwirtschaftlich notwendigen Aufwendungen für Arbeitsplätze hat mir im übrigen noch eine etwas bösartige Kommentierung in der „Wirtschaftswoche" eingetragen, offensichtlich auf Grund einer etwas unzutreffenden Information aus dem Wirtschaftsministerium über die Diskussion, die seinerzeit mit dem Minister im Sitzungssaal des Kreistags in Heinsberg geführt worden ist.

(Franz Müntefering [SPD]: Haben die über Sie in der „Wirtschaftswoche" etwas geschrieben?)

Dort hatte ich dargestellt, daß bei Investitionskosten je neuem Arbeitsplatz von angenommen 200 000 DM insgesamt für die Ersatzarbeitsplatzbeschaffung etwa 1,6 Milliarden DM notwendig sein würden, während sich die Kosten für eine längerfristige Fortexistenz von Sophia-Jacoba auf jährlich rund 100 Millionen DM belaufen.

Natürlich — das hatte der Minister eingewandt — werden Investitionen in neue Arbeitsplätze von den Unternehmen getätigt. Richtig ist aber auch — darum ging es mir —, daß die Investitionen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingestellt werden müssen. Sollte Arbeitslosigkeit entstehen, dann sind auch die dafür erforderlichen Aufwendungen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung natürlich nicht zu unterdrücken und zu unterschlagen.

(C) Die Kohle-Runde, meine Damen und Herren, hat eine insgesamt sozial und politisch ausgewogene Gesamtlösung vereinbart. Sophia-Jacoba wird danach bis 1997 fortbestehen. Damit ist wenigstens etwas Zeit gewonnen, um die Umstrukturierung zu schaffen, und auf die kommt es an, nicht auf falsche Hoffnungen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Im Gegensatz zu dem Antrag der PDS, der lediglich auf die Erhaltung bestehender Strukturen zielt, geht es für uns um Geld für neue Strukturen für die Zukunft. Nur das ist perspektivisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Statt falsche Hoffnungen zu wecken, sollte die PDS mit dafür eintreten, daß die **Verkehrsinfrastruktur** in der Gesamtregion durch den vierspurigen Weiterbau der Autobahn 46

(Heinrich Seesing [CDU/CSU]: Da lachen die GRÜNEN!)

bis über die deutsch-niederländische Grenze hinweg, bis zum Anschluß an das niederländische Autobahnnetz,

(Zuruf von der CDU/CSU: Davon hätte der Briefs auch noch was!)

ebenso wie durch den Ortslagenausbau der B 21 verbessert wird. Damit, Herr Briefs, gelingt der Region der Anschluß an Europa, und damit gewinnt die Region auch wirkliche Zukunftschancen.

(Beifall des Abgeordneten Heinrich Seesing [CDU/CSU])

(D) Der Antrag der PDS ist dazu ungeeignet. Er wird im Ergebnis auch abzulehnen sein. Er hilft den Menschen nicht. Er führt in die Irre. Und was das bedeutet, hat die PDS-Vorgängerin SED in der früheren DDR für alle sichtbar gemacht.

Der Überweisung des Antrags stimmen wir gleichwohl zu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dieter-Julius Cronenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erteile jetzt unserem Kollegen Karl-Hans Laermann das Wort.

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schließe mich den Ausführungen des Kollegen Fell weitgehend an. Der Antrag der PDS zur Sicherung des Weiterbetriebs der **Zeche Sophia-Jacoba** ist unseriös und unglaubwürdig. Die fachlich verqueren Forderungen dieses Antrages zeugen von wenig Sachverstand

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eine klare Sprache, Herr Laermann!)

und entlarven den Zweck der Antragsteller. Ihnen geht es nicht um die Lösung der Probleme und der für viele Menschen sehr schmerzlichen Auswirkungen der nun zu erwartenden Stillegung der Zeche.

(Zuruf von der CDU/CSU: L'art pour l'art!)

Vielmehr wird in unverantwortlicher Weise versucht, nicht erfüllbare Erwartungen und Hoffnungen neu zu

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

(A) wecken. Es wird versucht, Verunsicherung zu betreiben, wo rationale Perspektiven vermittelt werden müßten.

(Beifall bei der FDP)

Da Herr Briefs behauptet, ich sei noch nicht dagewesen, will ich ihm sagen: Ich wohne gleich nebenan. Herr Briefs, ich kenne das wie meine Westentasche. Ich spreche auch mit vielen Menschen dort.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU/CSU)

In der Kohlerunde sind die Entscheidungen über die Zukunft von Sophia-Jacoba im Grundsatz gefallen, die von allen an der Kohlerunde Beteiligten — auch von der IG BE — akzeptiert wurden. Betroffen von der Stillegung sind in erster Linie sicherlich die Kumpel und die Beschäftigten der Zeche Sophia-Jacoba.

(Dr. Ulrich Briefs [PDS/Linke Liste]: Was tun Sie denn für die?)

Dies wird sich aber darüber hinaus negativ auf die gesamte wirtschaftliche Struktur und die Lebensverhältnisse aller im unmittelbaren Umfeld von Hückelhoven auswirken.

Viele Menschen in dieser Region sind zudem durch den Truppenabbau und durch die wirtschaftliche Situation der wenigen größeren Industrieunternehmen ohnehin hart betroffen. Es kommt nun wirklich darauf an, **Konzepte und Strategien für den strukturellen Wandel** zu entwickeln. Es gilt vor allem, dann auch unverzüglich und zügig solche **Konzepte zur Schaffung neuer Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region** umzusetzen.

(B) Zu einem solchen Konzept gehören auch Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität als Voraussetzung für Gewerbe- und Industrieansiedlung. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Ich folge dem Kollegen Fell in seiner Auffassung, daß es notwendig ist, den Autobahnausbau weiter zu betreiben, Umgehungs- und Landstraßen weiter auszubauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Briefs [PDS/Linke Liste])

Vor allem, Herr Briefs — da hören Sie einmal gut zu; darum sollten Sie sich bemühen, statt solche dusseligen Anträge zu stellen —,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

geht es z. B. auch darum, die Bahnlinie Mönchengladbach–Roermond zu erhalten und auszubauen;

(Beifall bei der FDP)

denn wir sind hier in der Grenzregion. Wir können das Problem nur grenzüberschreitend lösen. Deshalb brauchen wir diese Bahnlinie.

Auf Grund meiner konkreten Erfahrung aus dem Aachener Revier weiß ich, Herr Briefs, wie schwierig es ist, einen solchen Umstrukturierungsprozeß einzuleiten, wie langsam und zäh ein solcher Prozeß anläuft. Bis 1997 sollte dafür allerdings hinreichend Zeit sein; aber dann muß dieser Zeitrahmen auch garantiert werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Carpe diem!)

(C) Neue Irritationen müssen dann unbedingt vermieden werden.

Bundes- und Landesregierung wollen den **Auslaufprozeß** finanziell flankieren und durch ein **regionales Sonderprogramm** unterstützen. Die Bundesregierung hat die entsprechende Haushaltsvorsorge schon getroffen. Dieses Sonderprogramm kann im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe aber nur präsentiert werden, wenn definitiv feststeht, daß die Förderung der Zeche ausläuft. Die konkreten Konzepte können nur in der Region entwickelt, die Prioritäten müssen dort gesetzt werden. Aber Bundes- und Landesregierung müssen das handfest unterstützen.

Ich danke dem Bundeswirtschaftsminister für eine diesbezügliche Zusage. Ich bin sicher, daß auch die Landesregierung entsprechende Hilfen, nicht nur finanzielle Hilfen, geben wird.

(Zuruf von der CDU/CSU: Da wäre ich nicht so sicher!)

Herr Briefs, um auf Sie einzugehen: Ich biete der Region und den Menschen dort meine Mithilfe und Unterstützung an. Ich bin sicher, daß die Kolleginnen und Kollegen des Landtages und des Bundestages aus der Region und in ihrem Umfeld gemeinsam bei der Erarbeitung der Konzepte und deren Umsetzung mitwirken werden.

Nicht große Reden halten, sondern vor Ort helfen, mit den Menschen reden und mit den Menschen zusammen Konzepte entwickeln und sich für die Umsetzung einsetzen, das ist die Aufgabe der Stunde.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Laermann, eins ist sicher: Dusselige Anträge können hier nicht gestellt werden; das gebietet schon der Respekt vor allen Mitgliedern dieses Hauses.

(Franz Müntefering [SPD]: Man kann nur dusselig antworten!)

Nun hat unser Kollege Dr. Christoph Zöpel das Wort.

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört ja fast schon zu den Ritualen in diesem Hause, daß Anträge, die die PDS stellt, zunächst damit beantwortet werden, daß man auf das Versagen ihrer Vorgängerorganisation hinweist. Wer dies so gebetsmühlenhaft tut, macht es sich mit der staatlichen Verantwortung im demokratischen Staat zu leicht.

Wenn es irgendeinen Sinn macht, aus den Vorwürfen gegenüber der PDS und der SED Lehren zu ziehen, dann sind es die, daß der demokratische Staat besonders verantwortungsvoll handeln muß. Für die **Energie- und Kohlepolitik** vor allem des Bundeswirtschaftsministers in den letzten Monaten, trifft das in keiner Weise zu.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/GRÜNE sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Das begann damit, was ja schon dem Einheitsgedanken in Deutschland keineswegs zuträglich ist, die

Dr. Christoph Zöpel

(A) Arbeitsplätze im Bergbau, hier speziell in Hückelhoven, bei **Sophia-Jacoba**, gegen Arbeitsplätze in den neuen Ländern auszuspielen, eine einheitsschädliche Argumentationsweise, und eine unverantwortliche dazu.

In keiner Weise hat der Bundeswirtschaftsminister klargemacht, welche besondere Verantwortung der demokratische Staat für **Arbeitsplätze im Bergbau** hat, auch im Vergleich zu anderen Arbeitsplätzen in den alten Ländern. Ich will auch sagen, warum: weil inzwischen der Staat und die Bundesregierung durch ihr Handeln seit Jahrzehnten Mitverantwortung übernommen haben, überwiegend in der Verantwortung von freidemokratischen Wirtschaftsministern, und zwar durch zwei Jahrzehnte hindurch. Das kann man nicht plötzlich in Frage stellen.

Der Bundeswirtschaftsminister hat ein hervorragendes Modell zur Lösung strukturpolitischer Probleme

(Beifall bei der FDP)

— Sie klatschen viel zu früh — in diesem Staate, nämlich der Zusammenarbeit von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, willkürlich in Frage gestellt, vor allem durch die Attacken und die Beleidigungen, die er gegenüber den Bergleuten ausgesprochen hat — ein weiterer Beitrag zum Glaubwürdigkeitsverlust demokratischen Handelns in diesem Staate.

Er hat schließlich Kohlepolitik im Grunde genommen als Medienrummel inszeniert. Ich habe es selten erlebt, wie Kohlepolitik um billiger Effekte willen als Medienrummel inszeniert wurde. Vielleicht das Beste dazu hat der Betriebsratsvorsitzende von Sophia-Jacoba gesagt, als er die Konferenz bewertet hat, die der

(B) Bundeswirtschaftsminister in Hückelhoven abgehalten hat. Er hat gesagt: „Ich glaube, die ganze Nation hatte Achtung vor der Entschlossenheit und Besonnenheit, mit der die Bergleute von Sophia-Jacoba hier demonstriert haben."

(Zuruf von der CDU/CSU)

Darunter waren Mitglieder der CDU, der FDP und der SPD, gleichgültig, in welcher Partei sie sich Achtung verdient haben. Ihr Zwischenruf zeigt: Dieselbe Mißachtung, die Möllemann gegenüber diesen Herren hat, haben auch Sie.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ein Quatsch! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: So einfach ist das!)

Er hat einen Medienrummel inszeniert. Was Sonnen gesagt hat, war richtig. Man stelle sich vor: Möllemann ruft, und keiner geht hin. Ich glaube, das wäre das richtige Verhalten gegenüber diesem Medienrummelminister.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Dr. Zöpel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Laermann?

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Aber selbstverständlich, gerne.

Vizepräsident Helmuth Becker: Bitte sehr.

(C) **Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann** (FDP): Herr Kollege Zöpel, stimmen Sie mit mir in der Beurteilung überein, daß die Probleme der Zeche Sophia-Jacoba schon seit vielen Jahren existieren? Wenn diese Entwicklung seit vielen Jahren absehbar war, warum haben Sie sich dann als zuständiger Minister der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht intensiver um die Entwicklung der Infrastruktur, auch der Verkehrsinfrastruktur, in dieser Region bemüht?

(Beifall bei der FDP — Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Weil alles ins Ruhrgebiet gegangen ist! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Weil er keine Ahnung hat! — Julius Louven [CDU/CSU]: Der Verhinderungsminister von Nordrhein-Westfalen!)

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Herr Kollege Laermann, es gibt zwar keinen Grund dafür, daß sich ein ehemaliger Minister der Landesregierung vor dem Bundestag verteidigen muß.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ach so!)

Aber hier ist es einfach: Die Entscheidung zum Bau der A 46 ist nach einem Ortstermin von mir als nordrhein-westfälischem Minister für Verkehr, also durch mich persönlich, getroffen worden. Herr Kollege Dr. Fell wird das bestätigen müssen. Daß sie gebaut wird, habe ich entschieden. Es ist so!

(Julius Louven [CDU/CSU]: Und die A 44?)

— Entschuldigen Sie bitte: Diese Straße ist planfestgestellt. Die Verzögerungen, die in den letzten sechs Monaten eingetreten sind, sind darauf zurückzuführen — ich sage das ganz objektiv —, daß die Umschichtungen im Verkehrsressort wegen der Vereinigung einige Monate Zeit gekostet haben. Ich werfe das niemandem vor.

(D)

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Sie wird allein bundesfinanziert.

Ich komme jetzt zum zweiten Teil meiner Antwort auf Ihre Frage, nämlich zu der Konferenz, die Herr **Möllemann** dort durchgeführt hat. Er hat dort eine Konferenz durchgeführt und wollte über Strukturprobleme sprechen. Er hatte keine einzige konkrete Aussage, was er sich denn vorstellt, was geschieht, wenn Sophia-Jacoba stillgelegt wird, und das, obwohl er lange wußte und gezielt plante, diese Zeche zuzumachen. Hier liegt die eigentliche Unverantwortlichkeit, nämlich daß man, wenn es notwendig ist — was auch Bergbau und IG Bergbau einsehen —, langfristig Zechen stillzulegen, **kein Konzept** hat, das in angemessenen Zeiträumen die strukturellen Alternativen bietet, die notwendig sind. Das war der letzte Punkt staatlich unverantwortlichen Handelns durch den Bundeswirtschaftsminister.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Dr. Zöpel, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Fell? — Bitte.

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Bitte.

Dr. Karl H. Fell (CDU/CSU): Herr Zöpel, ich kann Ihnen bestätigen, daß im Juni 1987 nach einem Ortstermin Sie als damals verantwortlicher Minister die

Dr. Karl H. Fell

(A) Entscheidung für den Ausbau der A 46 getroffen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber darf ich Sie fragen, ob Ihnen unbekannt ist, daß die **Verzögerungen beim Weiterbau der A 46** im Kreise Heinsberg u. a. darauf zurückzuführen sind, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Autobahnausbaumittel vornehmlich auf den Ausbau in Düsseldorf konzentriert hat?

(Manfred Richter [Bremerhaven] [FDP]: Sehr interessant! — Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Am Landtag!)

Dr. Christoph Zöpel (SPD): Herr Kollege Fell, es ist nicht richtig, was Sie in Ihrer Frage implizieren, daß es irgendeine Verzögerung beim Mittelabfluß zugunsten des Weiterbaus der A 46 gegeben habe, nachdem die Planfeststellung rechtskräftig geworden war. Das war die Hauptverzögerung. Es lag daran, daß ein Mitglied Ihrer Partei gegen den Planfeststellungsbeschluß Klage geführt hat. Sie können nichts dafür, daß der Mann in Ihrer Partei war.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch legitim!)

Aber wenn man mit solchen Kinkerlitzchen anfängt, sitzt man meistens im Glashaus, Herr Kollege Fell.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Sie stehen im Glashaus! Das ist noch schlimmer!)

(B) — Herr Kollege, es ist eben peinlich, wenn man uninformiert Fragen stellt. Das wird immer peinlich. Und Sie machen das unablässig weiter.

(Beifall bei der SPD — Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Herr Oberlehrer!)

Wir werden diesen Antrag überweisen. Er wird dem Ausschuß vorliegen. Es ist gut, daß der dort liegen wird; denn der letzte Punkt, den man zu der Energiepolitik des Bundeswirtschaftsministers sagen muß, ist: Die Probleme sind ja nicht gelöst. Wir haben noch nicht die Genehmigung für die Vereinbarung durch die EG, und wir haben noch keine Regelung der Finanzierung der Verstromung über 1995 hinaus.

Ich habe das dumpfe Gefühl, daß es schneller sein kann, als man glaubt, weil erneut tiefe Verunsicherung bei den Bergleuten in Hückelhoven und woanders auftritt, weil diese Probleme eben nicht gelöst sind.

Mein letztes Wort: Ich habe die Bergleute dort erlebt, einerseits entschieden und besonnen, aber andererseits in ihren Köpfen und ihren Seelen schon mit kritischen Fragen bezüglich der **Glaubwürdigkeit dieser Demokratie.** Damit komme ich zu dem zurück, womit ich begonnen habe. Unsere Antwort auf einen unglaubwürdigen Staat kann nur erhöhte Sensibilität hinsichtlich unserer Glaubwürdigkeit im demokratischen Staat sein. Die hat bei Möllemann total gefehlt.

(Beifall bei der SPD, der PDS/Linke Liste und dem Bündnis 90/GRÜNE)

(C) **Vizepräsident Helmuth Becker:** Ich erteile das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, unserem Kollegen Klaus Beckmann.

Klaus Beckmann, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Zöpel, Sie haben heute abend hier einen Ton in die Debatte gebracht, den ich für unverantwortlich halte.

(Beifall bei der FDP)

Es hat sich mir hier jedenfalls der Eindruck aufgedrängt, daß Sie die berechtigten Sorgen der Bergleute und ihrer Familien um die Sicherung ihrer Existenz in wirklich brutaler Weise instrumentalisieren. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte lieber zur Sache sprechen, statt diesen Stil hier fortzusetzen. Ich erlaube mir eine Frage an meinen Vorredner, die dort anschließt, wo vorhin Professor Laermann aufgehört hat. Vorhin war die Rede von der A 46. Es geht nicht nur um die A 46, sondern um die gesamte Strukturpolitik für diesen sehr benachteiligten Raum. Da muß ich Sie nun wirklich fragen, Herr Zöpel: Sie waren jahrelang Mitglied der nordrhein-westfälischen Landesregierung, und die Landesregierung ist im wesentlichen zuständig für die regionale Strukturpolitik. Was haben Sie persönlich getan? Das möchte ich gern wissen. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sind, wie Sie wissen, in der **Kohlerunde am 11. November** dieses Jahres übereingekommen, die Anträge von Sophia-Jacoba auf Sonderhilfe zum Aufschluß neuer Kohlefelder wegen der Kostensituation des Unternehmens und auch wegen der finanzpolitischen Handlungsspielräume, die wir haben, abzulehnen.

Die Geschäftsführung von Sophia-Jacoba hat daraufhin der Kohlerunde erklärt, daß sie ihrem Aufsichtsrat die Einstellung der Kohleförderung im Laufe des Jahres 1997 vorschlagen muß. Sophia-Jacoba fördert — das ist hier soeben schon ausgeführt worden — Kohle, die gut mehr als dreimal so teuer wie die Kohle vom Weltmarkt und auch im deutschen Vergleich besonders kostenungünstig ist. Dies gilt auch für die Vorräte, die das Unternehmen mit öffentlicher Hilfe neu aufschließen sollte. Damit diese Kohle überhaupt an Kraftwerke abgesetzt werden kann, muß zusätzlich zu den üblichen Verstromungshilfen der Preis- und Qualitätsnachteil gegenüber normaler Ruhrkohle mit öffentlichen Mitteln ausgeglichen werden.

Der Antrag der PDS fordert auch die Einführung einer **Absatzhilfe**, um westdeutsche Steinkohle im Wärmemarkt der ostdeutschen Länder unterzubringen. Ich kann die Aufforderung an Herrn Briefs nur wiederholen: Die PDS möge den Kumpeln in den ostdeutschen Revieren doch einmal erklären, warum sie mit ihrer im Prinzip wettbewerbsfähigen Kohle zu-

(A) gunsten subventionierter Kohle aus dem Westen arbeitslos werden sollten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Frage beantworten Sie nicht. Im übrigen hätte eine derartige Ausweitung der Subventionen auch keinerlei Genehmigungschance in Brüssel.

Auch der Vorschlag der PDS, aus dem **Jahrhundertvertrag** den neuen Ländern Kohle zur Verfügung zu stellen, zeugt von wenig Sachkenntnis. Es gibt dort derzeit kaum ein Kraftwerk, das auf den Einsatz von Steinkohle ausgelegt ist. Neue Steinkohlekraftwerke werden kaum vor 1995/96 zur Verfügung stehen. Wer will, kann sich aber nach 1995 an der Anschlußregelung für den Jahrhundertvertrag beteiligen und deutsche Kohle kontrahieren, wenn er nicht die dortige Braunkohle vorzieht.

Bund und Land sind bereit, die Stillegung von Sophia-Jacoba finanziell zu flankieren und mit einem **Sonderprogramm** Anstöße für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region zu geben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Bund hat hier entsprechende Haushaltsvorsorge getroffen. Ich denke, daß ein Stillegungstermin 1997 hinreichend Zeitvorlauf bietet, um die wirtschaftliche Umstrukturierung der Region auf den Weg zu bringen. Ziel sind zukunftsträchtige Arbeitsplätze und zukunftsträchtige Wirtschaftsstrukturen. Hierauf haben die betroffenen Bergleute und ihre Familien, deren Sorgen wir sehr ernst nehmen, einen berechtigten Anspruch.

(B)

Dieses Sonderprogramm kann im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe mit Erfolg nur dann präsentiert werden, wenn feststeht, wann die Förderung ausläuft. Ich gehe davon aus, daß das Unternehmen jetzt rasch die entsprechenden Beschlüsse faßt. Die regionalpolitischen Angebote, denke ich, sind für alle Beteiligten vor Ort Herausforderung, aber auch Chance.

Die Vorschläge für konkrete Projekte, Herr Zöpel, müssen in dieser Region erarbeitet werden. Die Prioritäten müssen dort gesetzt werden. Erst dann kann die Bonner Politik helfen. Insofern geht Ihr Vorwurf gegen den Bundeswirtschaftsminister völlig ins Leere.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn wir für dieses Programm Geld aufwenden, dann, davon bin ich überzeugt, ist dies volkswirtschaftlich viel besser angelegtes Geld als ein Neuaufschluß von Kohlefeldern, deren Kohle selbst innerhalb der deutschen Kohle nie wettbewerbsfähig werden kann.

Deswegen noch einmal meine herzliche Bitte an das Plenum, den Antrag der PDS auch in der parlamentarischen Beratung abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich schließe die Aussprache.

(C) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 12/1623 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Die Überweisung ist so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (17. Ausschuß) zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige und der Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Nationale und internationale Konsequenzen der ökologischen Auswirkungen des Golf-Krieges

— Drucksachen 12/779, 12/1578 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Klaus Harries
Dr. Klaus Kübler
Birgit Homburger

Im Ältestenrat ist für die Aussprache eine 10-Minuten-Runde vereinbart worden. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem unserem Kollegen Dr. Klaus-Dieter Feige das Wort.

Dr. Klaus-Dieter Feige (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu nachtschlafender Zeit, praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit,

(D)

(Gerd Andres [SPD]: Schlimm genug!)

wird heute die Beschlußempfehlung über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit dem schwierigen Titel „Nationale und internationale Konsequenzen der ökologischen Auswirkungen des Golf-Krieges" abgestimmt und, wie es bereits annonciert ist — ich gehe einmal davon aus —, abgelehnt. Diesmal ist das aber kein Ausschluß der Öffentlichkeit durch Militärzensur, sondern durch die Vertreter der großen Fraktionen dieses Hauses, die ganz klar signalisiert haben, daß eine frühere Behandlung unseres Antrages auf keinen Fall in Frage kommt.

Angesichts der zahlreichen Berichte, die uns aus Kuwait in den letzten Monaten erreicht haben, ist eine solche Haltung meines Erachtens aber mehr als fragwürdig. Sie tun gerade so, als wenn mit dem Löschen der brennenden Ölquellen, die vielen Menschen noch in schlechter Erinnerung sind, alles wieder beim alten wäre.

Am 5. November meldete Greenpeace, daß die seit dem Golfkrieg **brennenden Ölquellen** eine riesige **Katastrophe** ausgelöst haben. 50 % des kuwaitischen Territoriums seien mit ölig-teerigem Ruß bedeckt. Die Menschen leiden an Augen- und Hautreizungen sowie Bronchialerkrankungen. Ärzte rechnen mit einem drastischen Anstieg von Lungen-, Haut- und Blutkrebserkrankungen. Im „Spiegel" der vorigen Woche können Sie nachlesen, daß die Lebensbedingungen in

Dr. Klaus-Dieter Feige

der gesamten Region noch über Jahrzehnte beeinträchtigt sein werden.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Das muß aber nicht wahr sein, was im „Spiegel" steht!)

— Nein. Aber was die Ärzte sagen, ist sehr oft wahr und gerade in dieser Hinsicht mitunter viel drastischer, als man glaubt. Sie haben eine ganze Menge Deutliches dazu gesagt.

Zwischen 5,5 Millionen und 20 Millionen Tonnen Öl lagern in zähflüssigen schwarzen Teichen rund um die Ölfelder. Eine andere Zeitschrift, das „Allgemeine Deutsche Sonntagsblatt", schreibt in seiner Ausgabe vom 29. November, daß die schwarzen Teiche vor allem in den nördlichen Ölfeldern zu kilometerlangen Flüssen zusammengelaufen sind und zu befürchten ist, daß das klebrige Zeug ähnlich wie schon während des Golfkriegs in tiefen Gräben versenkt wird und somit das Grundwasser gefährden wird. Das muß nicht sein. Aber irgend etwas muß ja damit passieren.

Und das geschieht in einer Region, in der die Wasserknappheit schon heute zu erheblichen Konflikten führt! Welcher Aufwand zur Wasserversorgung notwendig ist, zeigt beispielsweise die Vereinbarung zwischen dem Ölscheichtum Katar und dem Iran über den Bau einer 2 000 km langen Wasser-Pipeline durch den Golf vor wenigen Wochen.

Unsere Forderungen seien überholt und zu umfangreich, meinen die Mehrheitsfraktionen. Nein, meine Damen und Herren, mit solchen Äußerungen zeigen Sie nur, daß Sie sehr wenig von unserem ganzheitlichen Ansatz verstanden haben. Es wundert mich dann auch nicht, wenn die Sozialdemokraten den Antrag interessant finden, aber dennoch, wie sie sagen, mit Bedauern ablehnen müssen.

Auch über eine neue Weltwirtschaftsordnung und neue Energiekonzepte mag die SPD in diesem Zusammenhang nicht sprechen. Da müssen Sie sich allerdings fragen lassen: In welchem Zusammenhang dann?

In diesem Sinne sind Sie dann doch schon der Regierung eigentlich ein bißchen näher, vielleicht nur noch halb Opposition.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Sie sind es doch!)

— Einer muß ja.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Donnerwetter!)

— Ja, es sind nicht so viele Grüne da. Aber die kommen ja wieder.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Herr Kollege Feige, von welcher Seite man die SPD sieht, sie sieht nie gut aus!)

Ich kenne noch andere Parteien in diesem Hause, die nicht jedem Blick standhalten würden.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Uns können Sie nur von einer Seite sehen!)

Die Abgeordneten im Haushaltsausschuß müssen sich fragen lassen, ob es an ihrer intellektuellen Aufnahmefähigkeit liegt, wenn sie freundlicherweise festhalten, daß einige unserer Forderungen überdenkenswert seien, dem Sammelsurium von Forderungen aber die Zustimmung verweigert werden müsse.

Die Bundesregierung teilte Anfang August dieses Jahres selbstgerecht mit, sie habe die ökologischen Auswirkungen des Golfkriegs von Anfang an mit Besorgnis und Aufmerksamkeit verfolgt. Na, prima, materiell hat sich das im August so ausgedrückt, daß sich der Gesamtwert der **Leistungen der Bundesregierung** zur Analyse und Begrenzung der Öko-Schäden des Golfkrieges auf 20 Millionen DM belief, während allein die finanzielle Beteiligung an den sogenannten militärischen Lasten 15 Milliarden DM betrug. Das muß man wohl nicht weiter kommentieren.

Aber einen Erfolg können wir uns, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, durchaus auf unsere Fahne schreiben. Ich hoffe, erst unserem Antrag ist es zu verdanken, daß sich die Bundesregierung am 14. August dieses Jahres endlich bequemte, das Zusatzprotokoll 1 zu dem Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949 zu ratifizieren.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Dieser Erfolg sei Ihnen auch gegönnt!)

— Ja, es ist ein Erfolgserlebnis; das können Sie glauben.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Es sei Ihnen gegönnt!)

Vielleicht könnte die Bundesregierung darüber hinaus heute berichten, was sie denn im letzten halben Jahr unternommen hat, um dem Grundgedanken der **Vermeidung der Umweltkriegsführung** weltweit Geltung zu verschaffen. Haben denn wenigstens alle NATO-Partner das Umweltkriegsverbots-Übereinkommen und das 46. Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention der Vereinten Nationen von 1977 inzwischen verbindlich anerkannt?

Ein Grund für den Ausbruch des Golfkrieges war die **Abhängigkeit** der westlichen Industriegesellschaften **von fossilen Energieträgern**. Und alle schönen Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nicht um hehre Prinzipien, sondern vielmehr um einen kostbaren Rohstoff, nämlich Erdöl, ging.

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Was sagen Sie zu Israel?)

Oder glauben Sie etwa, die USA oder die UN hätten sich so engagiert, wenn es sich um Erdnüsse gehandelt hätte?

(Gerd Andres [SPD]: Jimmy Carter ist für Erdnüsse zuständig! — Zuruf von der CDU/CSU: Israel!)

— Israel hat keine Erdnüsse.

Wir haben ja schon so viel über diesen Antrag diskutiert. Ich glaube schon, daß Israel eine ganz wichtige und bedeutende Rolle in diesem Krieg gespielt hat, aber die Ursachen für solche Kriege werden wir mit dieser Art und Weise des Vorgehens nicht verhindern.

(Gerd Andres [SPD]: Und wer ist nun für die Erdnüsse zuständig?)

Dr. Klaus-Dieter Feige

— Das weiß ich nicht. Ich muß auf meine Figur achten. Deshalb kann ich nicht so sehr darüber nachdenken.

Das konservative Wallstreet Journal formulierte am 16. August 1990 in aller Deutlichkeit, warum die USA zum Beispiel in Saudi-Arabien seien: „Die USA sind dort, um die Sicherheit der Weltölversorgung zu schützen."

Die Abhängigkeit vom Erdöl bedroht zum einen die Grundlagen der Weltwirtschaft und zum anderen unsere ökologischen Lebensgrundlagen. Es gilt deshalb endlich die richtigen Lehren aus der Golfkrise zu ziehen.

Falls die Golfkrise zu keiner Änderung der Energiepolitik führt — ich bin schon wieder bei der Energie —, wird der Ölverbrauch weiter steigen. Diese zusätzliche Nachfrage kann aber nur aus den Golfstaaten befriedigt werden. Dies gilt kurzfristig, aber noch viel mehr auf lange Sicht. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre werden die westlichen Industriestaaten aus diesem Grund noch wesentlich ölabhängiger von dieser politisch so instabilen und konfliktbeladenen Region sein. Die Golfkrise war dann nicht die letzte Bedrohung der Energiesicherheit des Westens, sondern der **Auftakt zur dritten globalen Energiekrise**.

Und wenn wir gerade dabei sind, muß ich Herrn Schmidbauer zitieren, der im Juni ausführte:

> Wir verkennen nicht, daß wir eine bestimmte Unabhängigkeit

— ich glaube, vom Erdöl war damals die Rede —

> erreichen und daß wir diesen Weg weiterverfolgen müssen. Aber dem Ausstieg, so wie er hier gefordert wird, kann ich nicht folgen.

(Ulrich Klinkert [CDU/CSU]: Das war doch sehr richtig!)

Wie groß soll denn der Grad der Unabhängigkeit werden? Von welchem Weg sprechen Sie denn, den wir da weiter verfolgen müssen? Wie gedenken Sie denn nun diesen Ausstieg zu erreichen, wenn Sie nicht unseren Forderungen entsprechen? Schauen Sie doch bitte in die **Berichte der Dritten Enquete-Kommission**; Sie kennen sie doch sehr gut. Dort sind diese ganzheitlichen Ansätze mit nur relativ geringen Abweichungen von dem, was insgesamt aufgeführt wird, dargestellt.

Unser Antrag fordert nicht nur die zum Zeitpunkt der Einbringung unmittelbar notwendigen Hilfeleistungen in Sachen Ölbrände und Ölpest am Persischen Golf ein, die heute — das gebe ich natürlich zu; das hat ja sehr lange gedauert, bis wir das durchdiskutiert haben — teilweise überholt sein mögen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Einige Positionen haben sich inzwischen erledigt, allerdings nicht mit deutscher Hilfe.

Wir schlagen darüber hinaus weiterreichende Maßnahmen für einen Abbau der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der **Kriegsursache „Erdöl"** vor. Es reicht nämlich nicht, mit Nachsorgemaßnahmen oder einer internationalen Neubewertung der Umweltauswirkungen durch Kriege den Eindruck zu erwecken, als wäre durch technischen Umweltschutz und völkerrechtliche Vereinbarungen die ökologische Bedrohung der Menschheit zu bewältigen. Es muß um die Beseitigung der Kriegsursachen selbst gehen.

Notwendig ist dabei erstens ein konsequenter Umbau der nationalen Wirtschaftsweise. Im Energiesektor bedeutet das Einsparung und regenerative Energieträger im großen Umfang sowie den schnellstmöglichen **Ausstieg aus** der **Atom-** und in Zukunft auch aus der **Erdölwirtschaft**.

(Ulrich Klinkert [CDU/CSU]: Aus allem raus! Gar keine Energie!)

— Sparen, Herr Klinkert! Und denken Sie an die Sonne! Dann wissen Sie, woran ich denke, wenn ich von Energie und Wärme spreche.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Da sind wir nicht so verwöhnt! Das ist unser Problem!)

Eine dritte Energiekrise kann vermieden werden, allerdings nur, wenn jetzt gehandelt wird und die richtigen energiepolitischen **Lehren aus der Golfkrise** gezogen werden. Bitte verkennen Sie dabei eines nicht. Man kann es lächerlich machen. Aber es geht um eine langfristige Sache. Alle Ressourcen sind begrenzt: Erdöl, Erdgas. Selbst das, was wir über die Atomwirtschaft machen werden, ist begrenzt. Eines Tages haben wir keine andere Chance — —

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Herr Feige, Kernfusion!)

— Wenn Sie so viel Geld und so viel Zeit haben! Ich glaube, das wird wesentlich problematischer werden.

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Die Sonne!)

— Die Sonne ist die natürliche Kernfusion. Dort anzugreifen ist möglicherweise weitaus billiger.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Etwas ungünstig für uns!)

Ich wiederhole, da meine Redezeit abgelaufen ist, nicht die Forderungen aus unserem Antrag. Ich kenne ja die Beschlußempfehlung. Ich bitte Sie, sich die Forderungen trotz allem in Erinnerung zu rufen.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Energiesparen: d'accord!)

Vielleicht denken wir eines Tages ein bißchen weiter über diese Probleme nach. In Konsequenz — so habe ich Ihre Empfehlung verstanden — soll unser Antrag aufgeteilt werden, damit er überschaubar wird — auch für Sie nachvollziehbar ist —, um sich Einzelpositionen für konsequente und ökologisch intelligente Lösungen vorzunehmen.

Wir fordern Sie auf, die vorliegende Beschlußempfehlung abzulehnen und unserem Antrag zuzustimmen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste sowie des Abg. Dr. Karl H. Fell [CDU/CSU])

Vizepräsident Helmuth Becker: Ich erteile unserem Kollegen Dr. Klaus Kübler das Wort.

(A) **Dr. Klaus Kübler** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 6. November 1991 wurde die letzte brennende Ölquelle — noch nicht die brennenden Ölseen — gelöscht. Das ist jedoch noch keineswegs das Ende der Umweltkatastrophe in Kuwait.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Das war eine technische Leistung!)

— Ich komme gerade darauf.

Lassen Sie mich hier ausdrücklich auch vom Deutschen Bundestag allen 29 Löschmannschaften aus neun Ländern, auch dem kleinen Land Ungarn, herzlichen Dank sagen,

(Beifall im ganzen Hause)

auch den Regierungen dieser Länder. Herr Harries wird es jetzt schon erraten: Ich sage auch industriepolitisch mit Bedauern: Diesen Dank kann ich — ich würde es wirklich gern tun — der deutschen Bundesregierung nicht aussprechen,

(Gerd Andres [SPD]: Leider wahr! — Klaus Harries [CDU/CSU]: Es wäre aber richtig!)

weil sie nach meiner Auffassung weder umweltpolitisch noch industriepolitisch das Talent entwickelt hat, sich an diesen Löschaktionen zu beteiligen

(Gerd Andres [SPD]: Leider wahr!)

oder die notwendigen Rahmenvoraussetzungen zu schaffen, daß sich die deutsche Industrie daran hätte beteiligen können.

(B) Ich habe mir lang Gedanken gemacht, welche tieferen Gründe dahinterstehen mögen. Ich will es nicht nur als ein Versagen der Bundesregierung im simplen Sinn beschreiben. Ich will es so formulieren: Offensichtlich litt die deutsche Außenpolitik — darunter hat auch der Forschungsminister gelitten, der federführend war — an einer **Unsicherheit** im Verhalten gegenüber Kuwait und in dieser Frage wohl auch an einer Unsicherheit im Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten.

Mir wäre es aus umweltpolitischen und industriepolitischen Gründen lieber gewesen und ich hätte es für notwendig gehalten, die deutsche Außenpolitik — in diesem Falle auch der zuständige Forschungsminister — hätte das notwendige Selbstbewußtsein entwickelt, genauso wie andere Staaten den Anspruch anzumelden, umweltpolitisch und industriepolitisch tätig werden zu können, zumal da — ich wiederhole das hier, aber das sind im wesentlichen außenpolitische Ausführungen — der Anteil der Bundesrepublik Deutschland, was die Milliardenzahlungen angeht, egal, wie man zu dem Krieg als solchem steht, ein enormer war, wenn nicht sogar der größte. Ich sage das auch deshalb, weil es auch industriepolitisch nachwirkt.

Weder der Bundesaußenminister noch der Bundesumweltminister — zu Zeiten, wo es möglich war —, noch der Bundesforschungsminister reisen in diesen Raum. Ich betrachte das als eine Vernachlässigung — —

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Der BMU war da, Herr Kübler!)

(C) — Aber sie wissen doch, wie er da war. Er konnte zu diesem Zeitpunkt nicht landen. Ich sagte: zu einem Zeitpunkt, zu dem er hätte einreisen können.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Herr Töpfer war da!)

Ich habe ausdrücklich gesagt: zu einem Zeitpunkt, zu dem er konnte.

Lassen Sie mich zu der **aktuellen umweltpolitischen Situation in Kuwait** kommen. Es ist richtig, und wir sind alle froh darüber — auch dies will ich ohne Wenn und Aber sagen —, daß die von vielen vorhergesagten globalen Klimaveränderungen offensichtlich nicht eintreten werden.

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Sie müssen auf uns hören!)

Dazu darf ich nur sagen, daß die CDU bei der Anhörung am 29. April in dieser Einschätzung durchaus genauso unsicher war wie wir.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Das ehrt beide gleichermaßen!)

Das ändert nur überhaupt nichts daran, daß nach den Schätzungen — und das sind Schätzungen von seriöser Seite, überhaupt keine Panikschätzungen — zwei Milliarden Barrel Öl, die verbrannt sind, und sechs bis acht Millionen Barrel Öl, die in den Golf geflossen sind, nach wie vor für diese Region — nicht global, aber für diese Region — in der Tat auf mittelfristige Zeit **verheerende Auswirkungen** haben.

(Zurufe von der CDU/CSU: Richtig!)

(D) Herr Kollege Feige hat schon einiges gesagt; ich will nur das eine oder andere ergänzen. Ich meine die großen Konzentrationen von Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Stickoxiden, die in der Luft sind. Die Lungen geschlachteter Tiere sind schwarz; wir haben dies gesehen. Es gibt Experten zufolge nach kuwaitischen Angaben Schätzungen, daß in den nächsten zwölf Monaten tausend Menschen sterben werden. Das sind ganz vage Zahlen, weil die Todesursachenfeststellung in Kuwait sicherlich auf jeden Fall nicht unbedingt besser ist als bei uns.

Weiter hören wir, daß ein Drittel des Öls, das im Golf ist, die Küste auf einer Länge von vielleicht 700 Kilometern verkrustet hat, daß wir heute — ich kann die Zahl nicht überprüfen — wohl etwa 200 Ölseen riesigen Ausmaßes haben und daß der verlorene Marktwert an Öl auch eine große ökonomische Bedeutung hat. 132 Milliarden DM betragen allein die Kosten des verbrannten Öls, die Kosten der Beseitigung der sonstigen Schäden nicht eingerechnet.

Der Irak hat eine halbe Million Minen in Kuwait verlegt. Beide Kriegsparteien hinterließen eine riesige Menge **Munition** im Wüstensand. Darunter befinden sich nach Pressemitteilungen — ich wäre froh, sie würden sich nicht bestätigen — panzerbrechende Geschosse mit Urankernen — das ist wohl eine Frage der besonderen Härte und der Durchschlagskraft dieser Geschosse —, die von alliierter Seite abgefeuert wurden, und einer Studie der britischen Atombehörde AEA zufolge reichen die 40 000 Tonnen vermindertes Uran theoretisch aus, 500 000 Menschen zu vergiften.

Dr. Klaus Kübler

(A) Ich wäre dankbar — ich stelle das hier in den Raum —, wenn dazu Äußerungen erfolgen könnten oder zumindest Nachforschungen zugesagt würden.

Die Folgen der Bombardierung irakischer Atomreaktoren und C-Waffen-Fabriken sind weitgehend unbekannt. Es gibt — auch dies muß man sagen — nicht auf Kuwait beschränkte Folgen, sondern es gibt riesige Umweltschäden auch im Irak, es gibt riesige Umweltschäden in Saudi-Arabien, und es gibt praktisch in allen **Golf-Anrainerstaaten** riesige Umweltschäden.

Wir haben somit, wenigstens was das öffentliche Bewußtsein angeht, erstmals eine militärische Auseinandersetzung gehabt, die man zumindest auch als **Öko-Krieg** bezeichnen kann.

(Gerd Andres [SPD]: Was lehrt uns das?)

Man hat eine Kriegführung mit zwei Formen der Öko-Waffen gehabt.

Lassen Sie mich — wir müssen ja weiterkommen — überlegen und auch aussprechen, was für die Zukunft getan werden muß. Ich habe schon mehrmals geäußert, daß eine umgehende **Verbesserung des völkerrechtlichen Schutzes** vor umweltzerstörerischer Kriegführung notwendig ist. Dazu gehören — jetzt will ich fünf oder sechs Punkte aufzählen — vor allem die vorbehaltlose Ratifizierung der Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1977 durch alle NATO-Partner einschließlich der Bundesrepublik,

(Beifall des Abg. Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE])

(B) ein generelles Vorrecht der ökologischen Schadensbekämpfung gegenüber militärischer Geheimhaltung im Konfliktfall — dies hatten wir in der Kuwait-Situation sehr lange —, die Schaffung — dies, so hoffe ich, ist wohl unbestritten — einer internationalen Organisation, auf die die UN bei Bedarf zur Bekämpfung von Naturkatastrophen und Umweltgefährdungen zurückgreifen kann. Ein weiterer Punkt ist eine Überprüfung des bisher noch festgeschriebenen Vorrangs des militärischen Bedürfnisses für die Legitimation einzelner Kriegshandlungen vor den ökologischen Bedürfnissen oder Notwendigkeiten — ein ganz zentraler Punkt —; weiter das ganz generelle Verbot des Einsatzes ökologischer Zerstörungen als Waffen.

Ich könnte mir vorstellen, daß sind doch wohl Überlegungen, an die man gemeinsam herantreten kann. Ich weiß, wie lang dieser Weg sein wird, bis wir soweit sind.

Es ist auch die Frage zu stellen, ob es nicht so etwas wie Rot-Kreuz-Regelungen für bestimmte ökologische Situationen geben kann, nach denen zumindest partiell Kriegshandlungen ausgesetzt werden, damit man ökologische Schäden wenigstens eingrenzen, in den Griff bekommen kann.

Ich kann nur sagen: Dieser Krieg in dieser Dimension war eine letzte, eine ganz nachdrückliche Ermahnung — ich will es nicht dramatisieren —, uns der Fortschreibung des internationalen Umweltvölkerrechtes zu widmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

(C) **Vizepräsident Helmuth Becker:** Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Jutta Braband ist die nächste Rednerin.

Jutta Braband (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedaure sehr, daß dieser Antrag in den Ausschüssen nicht mehr Erfolg hatte. Ich habe bereits in der ersten Stellungnahme zu diesem Antrag gesagt, wie hoch unsere Gruppe diesen Antrag bewertet gerade wegen seines ganzheitlichen Anspruches und wegen der Tatsache, daß uns nach all den Veränderungen in Osteuropa nichts anders nötiger erscheint, als zu versuchen, diesen ganzheitlichen Anspruch in diesem Bundestag durchzusetzen.

Der Antrag der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE enthält in seinem ersten Teil ein umfassendes Soforthilfeprogramm für die durch den Golfkrieg geschädigte Region. Zum anderen wird in diesem Antrag unmißverständlich klargemacht, welche Konsequenzen sich nach Auffassung der Antragsteller und Antragstellerinnen aus der Beurteilung der zugrundeliegenden Problematik der zunehmenden Möglichkeit von **Umweltkriegen** sowohl innen- als auch außenpolitisch für die Bundesrepublik Deutschland und damit übrigens nicht nur für die gegenwärtige Regierung ergeben.

Die Behandlung dieses umfassenden Antrags in den Ausschüssen ist beeindruckend. In fast allen wurde der Antrag abgelehnt, in einigen Fällen bei Stimmenthaltungen durch die SPD. Ausgerechnet der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Ausschuß für Wirtschaft und der Rechtsausschuß haben es überhaupt nicht nötig gehabt, sich mit diesem (D) Antrag zu beschäftigen, geschweige denn ein Votum abzugeben. Es wäre schon gewesen, wenn Sie dem Inhalt nach diesem Antrag zugestimmt hätten, statt zu sagen, er sei so verwirrend, vielfältig und umfangreich.

In der Begründung des Umweltausschusses heißt es sinngemäß, der Ausschuß sehe den Antrag hinsichtlich des Soforthilfeprogramms als überholt an, der andere Teil sei zu umfangreich und zu verschiedenartig. Ich gebe — gelinde gesagt; ich drücke mich sehr vorsichtig aus — meinem Unverständnis Ausdruck, daß dieses Parlament oder zunächst einmal seine Ausschüsse sich nicht in der Lage sehen, globalen Problemen durch umfassende Diskussionen auch adäquat zu begegnen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber das stimmt doch nicht!)

Niemand hier, so glaube ich, bestreitet, daß der Antrag einer differenzierten Untersetzung bedarf.

(Zustimmung des Abg. Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE])

Ich denke, Herr Feige hat das wirklich deutlich gemacht. Wenn dem Anliegen dieses Antrags nicht grundsätzlich entsprochen wird, bleiben alle, wirklich alle Bekundungen in Richtung Umweltschutz und Abrüstung bloßes Geschwafel.

Die PDS/Linke Liste teilt nach wie vor die Auffassung, daß **völkerrechtliche Konsequenzen** aus diesem Krieg gezogen werden müssen, dessen Folgen auch den vielen, die nicht wie ich Krieg als Fortset-

Jutta Braband

(A) zung der Politik mit anderen Mitteln ablehnen, gezeigt haben, daß die Probleme in dieser Region nicht gelöst wurden und auch in Zukunft durch solche Kriege nicht zu lösen sind.

Wir unterstützen auch die Forderung nach Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses, der die Methoden der kriegführenden Parteien am Golf gegen die Zivilbevölkerung und Umwelt zu untersuchen hat.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Was soll denn dabei herauskommen?)

Außerdem ist ein Hilfsprogramm für die Menschen nötig, die am Golf leben und die die Kriegsschäden nun auszubaden haben. Ich will noch einmal darauf verweisen — ich bin Herrn Feige und Herrn Kübler sehr dankbar, daß sie darüber ausführlicher gesprochen haben —: Diese Probleme sind nicht beseitigt.

Auch ich finde, es ist ein Erfolg, daß die letzte brennende Ölquelle gelöscht worden ist. Aber damit sind die Probleme keineswegs beseitigt.

(Gerd Andres [SPD]: Leider wahr! — Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Aber sie wurden begrenzt!)

Es sind also Maßnahmen nötig, die auch darauf gerichtet sind, Kriegsursachen weltweit zu beseitigen.

Was aber geschieht eigentlich in diesem Gebiet? Fragen wir doch noch einmal nach der Untersetzung. Sie sagen: Wir gehen global an die Lösung dieser Probleme heran. Wir sind bereit, die Probleme zu lösen. Fragen wir doch einmal, wie das aussieht.

(B)

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Wir rüsten ab!)

— Wir rüsten ab, was wir eh nicht mehr brauchen. — In den letzten Wochen wurden das Umweltministerium und Herr Töpfer überhaupt nicht müde, auf die besondere Bedeutung der **UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung** im nächsten Jahr in Rio hinzuweisen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Dafür sollten wir sehr dankbar sein!)

Dieser besonderen Bedeutung könnte der Bundestag doch in angemessener Weise Rechnung tragen, indem er beschließt, wirksame Schritte zu einer solidarischen **Neuordnung der Weltwirtschaft** einzuleiten.

Grundsätzlich liegen die Ursachen für die globalen Bedrohungen in den durch Ausbeutung und Ressourcenplünderung charakterisierten Ökonomien des Nordens. Mit den technokratischen Umweltreparaturkonzepten, die uns die Bundesregierung anbietet, kann in den Ländern des Nordens vielleicht ein kurzfristiger Aufschub des ökologischen Zusammenbruchs bewirkt werden. Anders verhält es sich aber in den Ländern der Dritten Welt, wo soziale Not ganz direkt mit dem **ökologischen Notstand** verbunden ist.

Unabdingbare Voraussetzung für eine solche solidarische Weltwirtschaftsordnung wäre eine bedingungslose und umfassende **Schuldenstreichung**. Darüber hinaus fordern wir auch die Einrichtung eines internationalen Reparationsfonds, dessen Gelder, orientiert an den Bedürfnissen der ärmsten Bevölkerungsschichten, von den Vertretern und Vertreterinnen der Dritten Welt selbst verwaltet werden. Wir müssen uns ebenso dafür einsetzen — wenn wir denn diese solidarische Weltwirtschaftsordnung wollen —, daß die internationalen Produktions- und Konsumtionsstrukturen nicht mehr auf einem ausbeuterischen Verhältnis zwischen Menschen und Natur beruhen.

(C)

Das ist das grundlegende Problem, das wir auch hier antreffen. Ich sehe bisher nicht, daß diesem Problem in irgendeiner Weise wirklich begegnet wird. Alles, was wir tun, ist bis jetzt **Nachsorgepolitik**. Sie sind weder in der Energiepolitik noch in der Verkehrspolitik dazu bereit, aus unserer Art zu produzieren, aus unserer Art, Ressourcen und Natur zu verschwenden, Konsequenzen zu ziehen.

Ich denke, daß wir deswegen bei den Hauptverursachern dieser globalen Krise ansetzen müssen, nämlich bei uns selbst, den Ländern des Nordens, und damit vor allem auch bei diesem Land. Wir sind ein sehr reiches Land. Wir haben die Möglichkeiten dazu.

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Ihre Politik macht es arm! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Dank der PDS!)

— Nein, das sehe ich nicht so. Wenn Sie sich wirklich kundig machen würden, dann wüßten Sie, daß umweltschonende Politik letztlich sehr viel billiger wäre, als diesen Planeten zu sprengen, ob nun durch Atomkraft oder durch Kriege.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

(D)

Gerade weil die Bundesrepublik eines der reichsten Länder ist, sind wir also der Auffassung, daß wir sehr gute Möglichkeiten haben, damit zu beginnen. Eine Vorreiterrolle kann nur darin bestehen, in diesem Punkt umzudenken und nicht einfach so weiterzumachen, weiter zu reparieren und den alten Schäden neue hinzuzufügen.

Es ist schon gesagt worden, daß auch der amerikanische Präsident zu zitieren wäre, wenn wir über die Gründe des Golfkrieges zu sprechen hätten. Ich werde darauf verzichten;

(Julius Louven [CDU/CSU]: Schade!)

dafür will ich noch einmal etwas zu der Ölpolitik sagen. Ein **Umdenken** in der **Energiepolitik** ist — Herr Feige hat es schon ausgeführt — gerade wegen der weltweit mangelnden Ressourcen nötig. Jeder und jede von Ihnen haben die Möglichkeit, sich darüber kundig zu machen, wie viele **Ölreserven** es in der Welt eigentlich noch gibt. Ich will das ganz kurz sagen — ich nehme an, Sie wissen es alle —: Die Ressourcen in Amerika und Europa sind knapp bemessen. Sie reichen noch zehn Jahre, vielleicht ein bißchen länger. Die Ressourcen aber, die vor allem in Südamerika und im Mittleren Osten liegen, sind diejenigen, die sehr viel länger halten.

Die Frage ist: Kann weiter so gewirtschaftet werden, wenn die Industrie auf Ölverbrauch, auf Energieverbrauch aufbaut? Was anderes sollen denn die ständig geforderten — nicht von Ihnen — **schnellen Eingreiftruppen**, als unsere Ölversorgung sicherzustellen? Wofür sollen die denn in der Zukunft sein? Können Sie das einmal sagen? Wenn wir nicht von diesem

Jutta Braband

Ölverbrauch, von diesem hohen Energieverbrauch herunterkommen und wirklich auf eine umweltschonende Energie umsteigen, — —

(Klaus Harries [CDU/CSU]: Worauf sollen wir denn umstellen?)

— Herr Feige hat es Ihnen doch gesagt: auf Sonnenenergie. Sie können doch all die Mittel, die wir gegen meinen Willen bewilligt haben, um z. B. Atomtechnologie zu fördern, einsetzen, um andere Energieformen zu fördern, z. B. **regenerative Energien**, und dann sehr viel mehr erreichen. Aber solange Sie nur darüber reden, daß es gemacht werden muß und nicht gemacht wird, wird es auch nicht geschehen.

Ich möchte Ihnen zum Schluß ein Zitat mit nach Hause geben von einem nicaraguanischen Mann, der Thomás Borge heißt. Ich finde, es klingt wie eine Warnung, aber es ist auch eine Wahrheit und hat etwas mit uns zu tun. Er hat 1990 gesagt:

> Der Sturz der Berliner Mauer ist nur ein unbedeutendes Geräusch, verglichen mit dem Krachen, das zu hören sein wird, wenn die stinkende Barriere fällt, die Harlem von Manhatten trennt, oder erst recht mit dem dröhnenden Fall der riesigen Mauer, die Nord und Süd trennt, die siegreichen von den besiegten Ländern, jene Mauer, die aus Bergen von Totenköpfen, Geldscheinen und Eitelkeiten erbaut wurde, mit dem Schweiß und Blut unserer verarmten Parzellen der Dritten Welt.

Das sollten wir fürchten und bedenken.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste und beim Bündnis 90/GRÜNE)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt das Wort unserem Kollegen Klaus Harries.

Klaus Harries (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Feige, Herr Kübler, ich höre Ihnen in aller Regel gern zu und auch mit großem Respekt, gelegentlich auch Ihnen, Frau Braband. Heute habe ich mich aber doch gewundert, als ich Ihre Reden gehört habe. Da hatte ich zeitweilig den Eindruck, wir Deutschen sind schuld an der Katastrophe am Golf. Sie haben nicht mit einem Wort den irakischen Diktator genannt, der dort den Krieg angefangen hat,

(Günther Friedrich Nolting [FDP]: Das ist mir auch aufgefallen!)

den die Amerikaner gehindert haben, daß aus dem lokalen Krieg ein Weltkrieg wird. Ich nenne nur Israel. Er hat die ökologischen Katastrophen, über die wir reden, eingeleitet und verbrochen. Darüber kein Wort. Das war mir zuwenig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben über die ökologischen Verbrechen, die der Herr **Saddam Hussein** begangen hat — es waren Verbrechen, und sie wirken nach; das haben Sie völlig zu Recht gesagt — in diesem Haus wiederholt diskutiert. Wir haben sogar weitgehend einvernehmlich darüber diskutiert. Wir haben in den Fachausschüssen darüber diskutiert. Wir haben uns also dieses Themas angenommen. Das ist überhaupt keine Frage.

Dabei ist ganz interessant, daß die Damen und Herren der großen Oppositionspartei von vornherein eine weltweite Katastrophe vorausgesagt und gemeint haben, hier würden Luft, Wasser und Boden nicht nur regional im Irak und Kuwait begrenzt geschädigt werden, was schlimm genug ist und was Hussein überhaupt nicht entschuldigt und entlastet. Vielmehr hat die SPD das sehr lange — ich meine schon, aus politischen Gründen; das war wieder so etwas Katastrophenpolitik, was oft im Mittelpunkt Ihrer Politik steht — ganz generell gesagt. Aber ich betone ausdrücklich: Auch die **regional begrenzte Katastrophe** durch die **Ölbrände** und durch das Einleiten von Öl in den Golf war schlimm genug.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Harries, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kübler? — Bitte.

Dr. Klaus Kübler (SPD): Herr Harries, stimmen Sie mir zu, daß wir von der SPD keine vorgefaßte Meinung hatten, daß wir deshalb erstens ein Fach-Hearing innerhalb der SPD-Fraktion durchgeführt — das können Sie im Detail nicht wissen — und zweitens dieses Hearing im Umweltausschuß beantragt haben, um ausdrücklich Experten zu hören und uns eine Meinung zu bilden?

Klaus Harries (CDU/CSU): Wir haben eine Anhörung durchgeführt. Das habe ich hier gesagt. Ich habe auch von der sehr intensiven Diskussion im Umweltausschuß gesprochen. Für uns war deutlich, daß gerade die Wissenschaftler in dieser Anhörung bereits weitgehend übereinstimmend gesagt haben: Die Katastrophe ist regional begrenzt auf Kuwait und den Golf. Da kamen von Ihnen und von anderen immer noch Töne in anderer Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Harries, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Feige?

Klaus Harries (CDU/CSU): Ja, aber gerne.

Dr. Klaus-Dieter Feige (Bündnis 90/GRÜNE): Herr Harries, glauben Sie mir, daß ich mich oft genug gegen das, was Saddam Hussein getan hat, in der Öffentlichkeit geäußert, mich davon distanziert und diesen Mann einen Verbrecher genannt habe, auch wenn es mich jetzt die Verfolgung durch proirakische Gruppen auch im Norden Mecklenburg-Vorpommerns kostet?

Klaus Harries (CDU/CSU): Herr Feige, ich habe von Ihren Äußerungen heute hier berichtet. Die habe ich moniert. Da fiel das Wort der Verbrechen von Hussein an keiner Stelle. Wir diskutieren hier und heute über Ihren Antrag. Da war das für meine Begriffe fällig.

Ich sehe durchaus ein Motiv für das Erzeugen von Katastrophenstimmung. Sie wollten über Wochen und Monate der Bundesregierung vorwerfen: Ihr tut

Klaus Harries

(A) nichts. Das ist der weitere Punkt, zu dem ich kurz etwas sagen will.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat von vornherein **Hilfe** angeboten. Der Bundesumweltminister war dort.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Als erster! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

— Sie haben völlig recht, er durfte nicht in Kuwait landen.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Und wurde hier im Parlament beschimpft, weil er nicht hier war!)

Wir haben Schiffe hingeschickt. Wir haben Meßstationen angeboten. Wir haben später **Löschtrupps** angeboten, die zusammen mit der Industrie löschen sollten.

Es ist schon sehr wichtig und auch nachdenkenswert, warum wohl diese Hilfe nicht angenommen worden ist. Darüber kann man spekulieren. Ich sage Ihnen einmal, worin ich den Grund sehe, warum die Kuwaiter das Angebot der Bundesrepublik nicht angenommen haben. Ist das nicht vielleicht darauf zurückzuführen, daß das Bild Deutschlands in den schlimmen Tagen des Ölkrieges weltweit bestimmt wurde durch Presse-, durch Fernsehberichterstattung über die sogenannten **Friedensdemonstrationen,** die hier wochenlang angeheizt wurden, unter Führung der Lehrer teilweise von Kindern auf den Straßen durchgeführt wurden? Dieses Bild hat dem Ansehen Deutschlands in der Welt sehr geschadet.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Fahren Sie hinaus, dann können Sie es feststellen. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß das der Grund war, warum die Kuwaiter gesagt haben: Wer sich nicht rechtzeitig zu dem bekennt, was sich abspielt, der kriegt nachher auch nicht die Aufträge.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Harries, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Braband?

Klaus Harries (CDU/CSU): Ja, gerne.

Jutta Braband (PDS/Linke Liste): Herr Harries, habe ich eben richtig gehört, daß Sie der Auffassung sind, daß die Meinungsbekundungen der vielen jungen Menschen, der vielen Schülerinnen und Schüler — nicht nur der, aber es waren ja sehr, sehr viele junge Leute; Sie haben es eben ausdrücklich gesagt —,

(Julius Louven [CDU/CSU]: Von Lehrern fehlgeleitet!)

die auf den Straßen dafür demonstriert haben, daß kein Krieg stattfindet — sie haben ausdrücklich nicht für Saddam Hussein demonstriert, sondern sie haben für die Beendigung dieses Krieges demonstriert; ich will das noch einmal sagen —,

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Darum geht es hier nicht!)

(C) dem Bild dieses Landes in der Welt abträglich waren?

Klaus Harries (CDU/CSU): Ja, der Meinung bin ich, Frau Braband.

(Jutta Braband [PDS/Linke Liste]: Das bedauere ich zutiefst!)

Die haben doch nicht einmal — ich rede nicht von irgendwelchen Ausnahmen — gegen Saddam Hussein demonstriert,

(Julius Louven [CDU/CSU]: Wo sind die Lehrer jetzt beim Jugoslawien-Krieg?)

es wurde doch gegen die Amerikaner demonstriert.

(Manfred Richter [Bremerhaven] [FDP]: Das stimmt!)

Es ist doch geradezu typisch, daß jetzt während der Monate des schlimmen serbischen Angriffs auf Kroatien nicht eine Demonstration stattfindet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit?)

Warum denn? Wenn die Amerikaner dort wären, wären auch wieder die Demonstrationen im Gange.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt aber auf Ihren Antrag kommen. Ich habe ausdrücklich gesagt: Es ist gut, daß die Katastrophe am Golf auf Kuwait begrenzt werden konnte. Die Ölbrände sind gelöscht, und auch die dramatischen Folgen im Golf sind dort begrenzbar.

(D) Sie wollen mit Ihrem Antrag Konsequenzen auch aus diesem Krieg ziehen. Das war übereinstimmend in Ihren Ausführungen zu hören. Nur, Sie sind einfach zu kurz gesprungen. Ich habe im Umweltausschuß Ihren Antrag als Fleißarbeit bezeichnet, weil er eine Fülle, Dutzende von Forderungen enthält.

Man kann es auch anders formulieren. Man kann auch von einem Warenhauskatalog sprechen, der zwei Sorten von Waren anbietet: einmal Waren, die längst im Handel sind, mit denen sich die Welt weitgehend und schon lange beschäftigt, die aber von Dritten angeboten werden und über die zur Zeit ernsthaft diskutiert wird. Da kommen Sie zu spät. Dann werden von Ihnen Waren angeboten, die niemand in der Welt, weder in Ost noch West, weder im Norden noch im Süden, anzukaufen bereit ist.

Diese allgemeine Behauptung, die ich gemacht habe, darf ich jetzt durch einige Punkte aus Ihrem Katalog konkretisieren. Sie haben, Herr Feige, in Ihrem Antrag mit Ihrer Gruppe z. B. vorgeschlagen, den armen Völkern der Dritten Welt **Schuldenerlaß** zu gewähren. Ist es eigentlich originell, was Sie da vorschlagen? Das haben wir vor Jahr und Tag bereits getan. Die Bundesrepublik Deutschland war mit ihren Entscheidungen, mit ihrem Schuldenerlaß einer der ersten, der überhaupt in der Gruppe der G 7 das diskutiert und durchgesetzt hat. Das ist doch, so wichtig es ist und so wichtig es weiterhin ist, an dieser Stelle ein alter Hut.

Sie sagen weiter, die **Tropenwälder** müßten geschützt werden. Wir gehen doch längst einen Schritt weiter und sagen: Nicht nur die Tropenwälder, die

Klaus Harries

(A) Wälder generell auf dieser Erde, auf der wir wohnen, müssen geschützt werden, auch unsere. Aber wer ist denn bei dieser Debatte wieder der Vorreiter, wer ist denn derjenige, der im Grunde in der Gruppe der G 7, also der großen reichen Industrieländer, der Vorreiter war und das zum Thema gemacht hat?

Welches Land hat denn die ersten Millionen auf den Tisch gelegt? 250 Millionen DM, bestimmt für Brasilien. Wir haben es gestern wieder in einer gemeinsamen Sitzung zweier Fachausschüsse gehört und darüber diskutiert. Warum sind sie nicht abgerufen? Es liegt nicht an uns, es liegt am Empfängerland, in diesem Fall Brasilien. Ich will nur sagen: Auch das ist ein alter Hut.

Wenn Sie leichtfertig über die **Rio-Konferenz** hinweggehen: Im Grunde ist das ein mühsamer, schwieriger Weg, aber wir gehen ihn schon lange.

Sie plädieren für den sofortigen **Ausstieg aus der Kernenergie.**

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

— In Ihrem Antrag steht Sofortausstieg aus der Kernenergie; lesen Sie nach. — Selbst unsere große Oppositionspartei tut es nicht mehr. Die Frist ist doch längst über zehn Jahre hinausgegangen. Man redet schon ausdrücklich von 15 Jahren und mehr. Niemand kann das Energieproblem weltweit lösen ohne Kernenergie. Wir müssen natürlich Schritte einleiten, um beim Öl etwas zu tun. Da sind wir doch dabei. Kommen Sie wieder einmal — Sie gehören doch zu uns — in die Enquete-Kommission. Dann wissen Sie, worüber wir im Energiesektor diskutieren.

(B)

(Dr. Klaus-Dieter Feige [Bündnis 90/GRÜNE]: Da habe ich noch nicht einmal Stimmrecht! Was soll das?)

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Sie wollen den **öffentlichen Personennahverkehr** fördern. Das ist doch schon eine lange Diskussion, und es gibt erfolgreiche Schritte dahin. Sie wollen das nur wieder sofort und abrupt. Sie wollen im Grunde den Sofortausstieg auch hier von den Autos. Das geht nicht.

Sie plädieren für eine **neue Weltwirtschaftsordnung,** Sie plädieren für ein neues internationales Verhalten der Banken gegenüber der Dritten Welt. Darüber wird doch diskutiert, und da sind wir nicht hinten, sondern vorne. Wir sind dabei, die GATT-Verhandlungen zu einem Erfolg zu machen.

Wissen Sie denn gar nicht, Herr Feige mit Ihren Freunden in der Gruppe, daß Politik ein mühsamer Weg, das Bohren von dicken Brettern ist? Darum geht es. Das tun wir. Ihr Warenhauskatalog ist wirklich zu leicht, um diesen schwierigen Weg zu gehen. Deswegen bleiben wir auf unserem Kurs.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, einverstanden zu sein, daß die Rede zu diesem Tagesordnungspunkt, die Frau Kollegin Birgit Homburger halten wollte, zu Protokoll gegeben wird. — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. *)

*) Anlage 5

(C) Damit schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe Bündnis 90/GRÜNE auf Drucksache 12/779. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt auf der Drucksache 12/1578, den Antrag abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dann ist diese Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/GRÜNE und PDS/Linke Liste angenommen.

(Heribert Scharrenbroich [CDU/CSU]: Gegen vier Stimmen!)

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Verlängerung und Verbesserung der in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland geltenden Kurzarbeitergeld-Regelungen

— Drucksache 12/1645 —

Überweisungsvorschlag:
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung (federführend)
Ausschuß für Wirtschaft
Haushaltsausschuß

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. Die muß jedoch nicht ausgenutzt werden. Ist das Haus damit einverstanden? — Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(D)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat als erste Rednerin unsere Kollegin Frau Renate Jäger. Bitte sehr.

Renate Jäger (SPD): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist sinnvoll, daß wir bei dieser Thematik — Sonderregelungen des Kurzarbeitergeldes für die neuen Länder — noch einmal ein Stück zurückblicken. Im Frühjahr haben wir uns mit der Verlängerung der Regelung für die neuen Länder schon einmal beschäftigt und diesbezüglich am 17. April eine Anhörung durchgeführt.

Wer anhand des Protokolls die Expertenäußerungen nochmals Revue passieren läßt, wird feststellen, daß die Aussagen der Fachleute auch jetzt noch zutreffen, da sich die arbeitsmarktpolitische Situation in den neuen Ländern nicht wesentlich verändert hat. Die **Gefährdung der Arbeitsplätze** ist nach wie vor enorm groß.

Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Sachsen macht in einem Papier zu Fragen des arbeitsmarktpolitischen Entscheidungsbedarfs vom 18. November 1991 auf folgende Gefahren aufmerksam, wenn die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Regulative wegfallen oder eingeschränkt werden: aufgebautes Vertrauen in die Politik auf sozialverträgliche Gestaltung würde gestört; erreichte Beschäftigungswirkungen von begonnenen ABM würden gefährdet; ein weiterer rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit birgt die Gefahr des Abwanderns qualifizierter Arbeitnehmer

Renate Jäger

(A) in sich; der erreichte soziale Konsens von Arbeitgebern, dem Land sowie den Gewerkschaften würde gefährdet.

Alle gemeinsam sind wir uns wohl darüber im klaren, daß die **Arbeitsmarktinstrumente** wie die Kurzarbeitergeldregelung, ABM, Altersübergangsgeld und Beschäftigungsgesellschaften keine idealen Dauerlösungen darstellen.

(Gerd Andres [SPD]: Leider wahr! — Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Als Übergangslösungen zur Entlastung der überaus komplizierten und — ich betone — besonders gefährlichen und politisch unberechenbaren Arbeitsmarktsituation sind diese Instrumente aber derzeit unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

An den konkreten Zahlen könnten wir nachweisen, daß das **Kurzarbeitergeld** bei diesen Regulativen immer noch an erster Stelle steht und meistbietend bei der Entlastung des Arbeitsmarktes mitwirkt.

Läuft die derzeit bestehende Regelung für das Kurzarbeitergeld wie vorgesehen zum Ende des Jahres aus, würden die ohnehin noch schwachen Betriebe gemäß § 63 Abs. 4 AFG mit höheren Kosten belastet, da sie für den Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge aufkommen müßten. Vom Standpunkt der Unternehmen ist es dann verständlich, wenn **Kurzarbeit** rasch in **Entlassung** umgewandelt würde.

(B) Nach Auskunft meines heimatlichen Arbeitsamtes Dresden wird außer dem sprunghaften Arbeitslosenanstieg zum Jahreswechsel noch ein weiterer Anstieg zum März erwartet, wenn nämlich die Betriebe liquidiert werden, die sich gerade noch so über den Jahresanfang hinwegretten konnten.

Ein typisches Beispiel, das ich an alle Abgeordneten der CDU/CSU- und FDP-Fraktion aus den neuen Bundesländern übersandte, ist das des ehemaligen LKW-Werkes in **Zittau**, jetzt **ROBUR-Werke** GmbH genannt. Der Vorstand der Treuhandanstalt beschloß für das Werk Liquidation zum Jahresende. Damit würde die Arbeitslosenquote in dieser Gegend auf 25 % ansteigen, nachdem bereits die Textilindustrie, die Braunkohleförderung und eine Offiziersschule ins „Aus" gegangen sind. Alternativ zur Liquidation hat die Geschäftsleitung ein Sanierungskonzept entwikkelt, das für 1992 505 Arbeitsplätze und für 1993 1 085 Arbeitsplätze schafft bzw. erhält.

Zum Überleben dieses Betriebes, d. h. zur Realisierung seines Konzeptes, benötigt der Betrieb die Verlängerung der Kurzarbeitergeldregelung Ost. Der Betriebsrat wandte sich mit diesem Anliegen bereits an den Arbeitsminister. Der Bürgermeister und der Landrat von Zittau, beide CDU, unterstützten dies in einem Begleitschreiben. Der Arbeitsminister hat den Betriebsrat der Robur-Werke darüber informiert, daß er das Anliegen des Betriebs aus Zuständigkeitsgründen an die Bundesanstalt für Arbeit weitergeleitet habe.

(Gerd Andres [SPD]: Skandalös! — Dieter Wiefelspütz [SPD]: Unglaublich!)

(C) Warum bloß? — Hier gehört eine generelle Entscheidung her; denn es handelt sich nicht um einen Einzelfall.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

Von unserer Entscheidung hängt das Überleben dieses Betriebs sowie das nicht weniger weiterer betrieblicher Einrichtungen ab.

Nun zurück zu meinem kurzen Blick in die Vergangenheit: **Kurzarbeiterregelung Ost.** In der Begründung zu dem im Frühjahr von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf heißt es:

> Es muß davon ausgegangen werden, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr sehr schwierig sein wird und sich auch nicht kurzfristig deutlich verbessern wird. Anliegen des Änderungsgesetzes muß es jedoch sein, jetzt verbindliche Grundlagen für die Arbeitsförderung in den neuen Ländern zu schaffen, die keine weiteren Nachkorrekturen mehr erfordern.

Nun frage ich Sie, insbesondere Sie, meine Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern: Ist dieses Ziel erreicht? Haben wir eine Situation, die keine weiteren Nachbesserungen mehr erfordert?

Ich will nicht verhehlen, daß seit der Zeit der höchsten Kurzarbeiterquote im April die **Zahl der Kurzarbeiter** um 40 % gesunken ist —

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: So ist es! Sie sehen, es geht aufwärts!)

zugunsten der anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Wie bereits betont: Kurzarbeit rangiert immer noch an erster Stelle bei der Entlastung des Arbeitsmarktes. (D)

Wie haben Sie, die Kollegen aus den Koalitionsfraktionen, damals ihren Gesetzentwurf begründet? Bezug nehmend auf die zu schaffende wirtschaftliche Einheit, schrieben Sie, die Probleme seien

> weder in Monats- noch in Jahresfrist zu lösen. Dies gilt auch für die durch diesen Umstellungsprozeß bedingten Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

Weiter hieß es:

> Es zeigt sich jetzt, daß der zunächst angenommene Zeitraum von zwölf Monaten zu kurz sein wird, um mit Hilfe der Sonderregelung für das Kurzarbeitergeld Beschäftigungseinbrüche größeren Umfangs zu vermeiden.

Glauben Sie wirklich, daß es **Beschäftigungseinbrüche** nun nicht mehr geben wird?

(Gerd Andres [SPD]: Nein, das glauben die nicht!)

Als die SPD-Fraktion damals längere Fristen für die Gültigkeit des Gesetzes beantragte, lehnten die Koalitionsfraktionen dies mit der Begründung ab, bei entsprechender Situation und Notwendigkeit könne man ja neu befinden.

(Gerd Andres [SPD]: Stimmt; aber die glauben alle an den Aufschwung! — Gegenruf von der FDP: So ist es! — Gegenruf von der CDU/CSU: Das kann doch wohl nicht bestritten werden!)

Renate Jäger

(A) An der vorliegenden Notwendigkeit besteht meines Erachtens kein Zweifel. Nach mir vorliegenden Informationen aus **Thüringen** ist auch die dortige CDU-Landtagsfraktion mehrheitlich für eine Verlängerung der Kurzarbeitergeldregelung,

(Zuruf von der FDP: Welche?)

weil eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt in den Wintermonaten unwahrscheinlich sei.

(Gerd Andres [SPD]: Und Bonn setzt sich kaltschnäutzig darüber hinweg!)

Im Landtag **Sachsen-Anhalts** ist mit übergroßer Mehrheit von allen Fraktionen für eine Fortführung aller Übergangsregelungen für die neuen Länder, somit auch für die Fortführung der bestehenden Kurzarbeitergeldregelung, gestimmt worden.

(Dr. Walter Franz Altherr [CDU/CSU]: Und in Brandenburg?)

Auch der von mit bereits erwähnte Verwaltungsausschuß des **sächsischen Landesarbeitsamtes** mahnt weiteren politischen **Regelungsbedarf** in mehreren Punkten an:

Erstens. Die Regelung der Fragen einer erhöhten Belastung der Unternehmen bei Anwendung der Kurzarbeitergeldregelung nach § 63 Abs. 4 AFG. — Zur Unterstützung des Strukturwandels wird eine Verlängerung der derzeitigen Regelung für erforderlich gehalten.

(B) Zweitens. Es fehlen notwendige Übergangsregelungen von der einen zu der anderen Gesetzeslage.

Drittens. Es muß eine unbürokratische Übernahme bereits erteilter Genehmigungen für Kurzarbeit in die neu entstehenden Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung geregelt werden.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

Wie Sie sicherlich wissen, sollen diese ABS in Zukunft die Kurzarbeiter in großem Umfang aufnehmen. In Sachsen sind zur **Gründung der ABS** vom Arbeitsamt elf Trägergesellschaften vorgesehen, von denen erst eine verschwindend kleine Zahl arbeitsfähig ist. Das bedeutet, daß die Gründung von ABS noch in den Kinderschuhen steckt und diese daher nicht in umfassendem Maße Kurzarbeiter nach Regelung AFG West aufnehmen könnten.

(Gerd Andres [SPD]: Genau! Und Eppelmann liest Zeitung! — Ottmar Schreiner [SPD]: Trübe Tasse!)

Im Oktober hat die Konferenz der Minister und Senatoren für Arbeit und Soziales die Einführung eines **Strukturanpassungsgeldes** gefordert, das aus Steuergeldern zu finanzieren ist und nur in Verbindung mit der Tätigkeit einer ABS gewährt wird. Sollte diese Variante als ein zukünftiges arbeitsmarktpolitisches Instrument favorisiert werden, wäre bis zu ihrer Realisierung die Fortführung der derzeitigen Regelungen (C) ebenfalls notwendig.

(Zuruf von der SPD: Genau! Und Herr Eppelmann liest immer noch Zeitung! — Heribert Scharrenbroich [CDU/CSU]: Das hängt von der Rede ab! Wenn das eine bessere Rede wäre, würde er nicht Zeitung lesen!)

Auch die Koalitionsfraktionen beabsichtigten damals, die Verlängerung der besonderen Regelungen mit **Maßnahmen der Qualifizierung und Umschulung** zu verbinden. Es war nicht ihre Schuld, daß die kurzarbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer damals für Umschulungsmaßnahmen noch wenig motiviert waren. Aber ein Gesetz, das die Nichtqualifizierer bestraft, anstatt die Qualifizierer zu belohnen, wirkt vielleicht auch nicht motivierend.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem wächst inzwischen das Interesse an **beruflicher Weiterbildung** und Qualifizierung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist erfreulich!)

Wir sollten bemüht sein, es wachzuhalten und zu befördern.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre unverantwortlich, diese Entwicklung durch eine falsche oder nicht erbrachte Maßnahme abzubrechen.

Wir streben daher mit unserem Antrag die Gleichzeitigkeit von Kurzarbeit und Qualifizierung in einem größeren Umfang an. Nimmt der Kurzarbeiter an einer Qualifizierungsmaßnahme teil, soll er in dieser (D) Zeit 90 % des durchschnittlichen Arbeitsentgelts nach Abzug der Sozialabgaben erhalten, in dem anderen Fall nur 68 % bzw. 63 %. Deshalb sollten Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung vorrangig solchen Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern angeboten werden, die 50 % und mehr Arbeitsausfall haben.

Die neuesten **Arbeitsmarktzahlen** von heute morgen aus dem **Dresdner Arbeitsamt** belegen, daß immer noch knapp die Hälfte aller Kurzarbeiter im November mehr als 50 % Arbeitsausfall hatte. Im gesamten Beitrittsgebiet sind es mehr als 645 000 Kurzarbeiter mit einem Arbeitsausfall von mehr als 50 % — mehr als die Hälfte aller Kurzarbeitenden!

Die von uns eingeforderte **Qualitätskontrolle** bei Fortbildungsmaßnahmen für Kurzarbeiter wäre über die derzeit besser funktionierenden Arbeitsämter entsprechend zu realisieren. Sie ist für diese Fälle besonders notwendig, da es nach wie vor auch qualitativ unzureichende Angebote bei Bildungsmaßnahmen gibt.

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Kollegin Jäger, Ihre Zeit ist bei weitem überschritten! Sagen Sie noch einen Schlußsatz.

Renate Jäger (SPD): Die Kopplung würde garantieren, daß wir **zukunftsträchtige Arbeitsmarktpolitik** betreiben, statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen, und so-

Renate Jäger

(A) mit politisch, wirtschaftlich, strukturell weitaus positiver in die Zukunft wirken können.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, nächster Redner ist unser Kollege Franz Romer.

Franz Romer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Zu später Stunde beschäftigt uns ein zentrales Thema des deutschen Einigungsprozesses: die Arbeitsmarktpolitik in den fünf neuen Ländern. **Aktive Arbeitsmarktpolitik Ost,** das hieß und heißt für die Regierung Kohl — sie ist die Regierung der deutschen Einheit — die erfolgreiche Bündelung von Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen der tiefgreifenden Umwälzungen in der ehemaligen DDR.

Fortbildungs- und Umschulungsprogramme, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeit haben die Arbeitslosigkeit von fast zwei Millionen Menschen in den fünf neuen Ländern verhindert.

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Großartige Leistung!)

Dies ist ein großer Erfolg, meine Damen und Herren, und durch eine weitere **Erhöhung der Ausgaben** für aktive Arbeitsmarktpolitik werden wir 1992 dafür sorgen, daß wir auch auf diesem Gebiet weiter erfolgreich bleiben.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Allerdings können **staatliche Maßnahmen** auch hier nicht auf Dauer die **Marktwirtschaft** ersetzen;

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

denn wohin es führt, wenn der Staat zentrale Bereiche der Wirtschaft lenkt, hat uns nicht zuletzt der Bankrott der ehemaligen DDR gezeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik muß auch nicht gleichzeitig heißen, daß man stur an einem Maßnahmenkatalog festhält. **Flexibilität** ist auch hier Trumpf. Heilige Kühe können wir uns auch in der Arbeits- und Sozialpolitik nicht leisten.

Daher muß es auch möglich sein, eine zeitweise notwendige und erfolgreiche Regelung wie die Kurzarbeit nach **§ 63 Abs. 5 AFG** wieder abzuschaffen, wenn sie ihren Zweck erfüllt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihre Einführung war ja nun doch ein Produkt des berühmten 1. Juli 1990. Wir alle können uns noch an die Bilder erinnern, als in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1990 Tausende begeistert auf den Übergang von der Ostmark zur D-Mark, auf den Empfang des ersten Westgeldes warteten.

Wir wissen auch, wie turbulent es dabei zuging. Die Banken und Zahlstellen waren diesem positiven Ansturm kaum gewachsen.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Kurzarbeitergeld ist hier das Thema!)

(C) Aber der **Wechsel vom bankrotten Planwirtschaftssystem zur Marktwirtschaft** mußte ebenfalls Turbulenzen verursachen; das war klar. Er würde auch Probleme einschließlich **Arbeitslosigkeit** mit sich bringen; auch das war klar.

Mit der Einführung eines für die DDR erweiterten § 63 AFG wurde im Juli 1990 rechtzeitig ein Instrument gegen den zu erwartenden negativen Ansturm von Arbeitssuchenden aus nicht überlebensfähigen Wirtschaftsbereichen geschaffen. Durch die Übernahme dieser Regelung im Einigungsvertrag wurde der Übergang von einem System zum anderen — ein Unterfangen, das Norbert Blüm mit dem Aneinanderkoppeln zweier fahrender Züge verglichen hat — viel fließender, weniger abrupt.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Sind Sie der kleine Kohl, oder was ist hier los? — Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Warum schreit der hier so?)

Zum einen konnten sich die **Arbeitsämter** erst einmal mit Westhilfe auf ihre ungeheuere Aufgabe vorbereiten. Mittlerweile sind hier 20 000 Mitarbeiter eingewiesen und geschult, die ihrer Aufgabe fachlich wirklich gewachsen sind.

Aber vor allem für die Arbeiter in den vielen **unrentablen Betrieben** gestaltete sich der Wechsel weniger heftig. Sie konnten sicher sein, für eine Übergangszeit in ihrem Betrieb bleiben zu können.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Zu welchem Tagesordnungspunkt reden Sie?)

(D) Daher war es im Juli 1990 richtig, die Kurzarbeiterregelung einzuführen, und es war richtig, sie im Oktober 1990 beim Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik zu übernehmen. Im Sommer 1991 war es richtig, die erprobte Regelung noch einmal um ein halbes Jahr zu verlängern.

Aber so richtig die Anwendung dieses Paragraphen während dieser Phase war, so falsch wäre seine weitere Verlägerung; denn er hat nun, fast eineinhalb Jahre nach diesem schicksalhaften Tag, dem 1. Juli 1990, seinen Zweck erfüllt.

(Gerd Andres [SPD]: Quatsch!)

Die Arbeitsverwaltung ist aufgebaut; das im Juli 1990 befürchtete Chaos wird ausbleiben. Beschäftigungspolitisch würde der bisherige Vorteil, durch Kurzarbeit den notwendigen **Strukturwandel** in die Länge zu ziehen und damit sozial erträglich zu machen, zum Nachteil. Der notwendige schnelle Strukturwandel, der sich zum Beispiel im Handwerk oder auch in der Bauwirtschaft bereits rasant vollzieht, würde in den anderen Wirtschaftsbereichen durch ein Weiterbestehen des § 63 Abs. 5 AFG nur behindert. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer würden nur zur **Passivität** erzogen; der erhoffte Aufbruch, die Umorientierung, das — wie Norbert Blüm es ausdrückte — Vom-Kanapée-Aufstehen würde nicht gefördert, sondern erschwert. Das kann nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Statt Aufbruchstimmung Anspruchsgeist — das war vielleicht ein Grundprinzip der sozialistischen Planwirtschaft, ist aber für die führende europäische Wirt-

Franz Romer

(A) schaftsnation kurz vor der Jahrtausendwende keine erfolgversprechende Einstellung.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Romer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Andres?

Franz Romer (CDU/CSU): Nein, zu dieser späten Stunde machen wir keine Zwischenfragen mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieses Sich-auf-den-Staat-Verlassen ist aber nicht nur zukunftsfeindlich; es widerspricht auch dem Ideal von der **Eigenbestimmung des Menschen,** einem Grundprinzip christlich-demokratischer Arbeits- und Soziallehre. Den Staat schwächt solches **Anspruchsdenken** ebenfalls; denn er setzt seine finanziellen Mittel ja nicht für den Fortschritt ein, sondern für die Zementierung eines eigentlich unhaltbaren Zustands.

Die Wirtschaftsentwicklung der fünf neuen Länder wäre durch die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung sogar doppelt betroffen: Sie würde durch die künstliche Beatmung ansonsten nicht lebensfähiger Betriebe gehemmt. Denn was ist Kurzarbeit Null wohl anderes als der Atemstillstand der Produktion? Aufstrebende Firmen — von denen gibt es in den fünf neuen Ländern ständig mehr —

(Ottmar Schreiner [SPD]: Sind Sie von der FDP bestochen worden?)

müßten zusehen, wie dringend benötigte Arbeits-(B)kräfte in kurzarbeitenden Betrieben an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen, wo doch die **Vorbereitung und Schulung von zukünftigen Mitarbeitern** viel zweckmäßiger von den zukünftigen Arbeitgebern durchgeführt werden könnten.

Unsere Arbeitsmarktpolitik in den fünf neuen Ländern war und ist erfolgreich.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Kurzarbeit gehörte bisher als Instrument dazu. Sie hat ihre Aufgabe erfüllt, in der Phase des Übergangs Turbulenzen vorzubeugen. Aber jetzt, wo es bergauf geht, ist sie eher ein Hemmnis als eine Hilfe, eher ein Zeichen des Stillstandes als des Fortschritts. Denn was ist **Kurzarbeit Null,** wenn sie zum Dauerzustand wird, anderes als staatlich subventionierte **verdeckte Arbeitslosigkeit** oder, wie Minister Blüm es nannte, ein Etikettenschwindel?

(Zuruf von der SPD: Sie haben Geißler noch nicht zitiert!)

Sie wollen diese Notlösung zum Dauerzustand befördern. Saurer Wein wird aber nicht dadurch besser, daß man ihm per Etikett ein Prädikat verleiht. Er wird nur teurer, ohne den Preis wert zu sein. Eine **Übergangsmaßnahme** wie die Kurzarbeit nach § 63 Abs. 5 AFG wird nicht dadurch zur Patentlösung, daß Sie ihr das Etikett „auf Dauer unverzichtbar" ankleben oder umhängen.

Sehen Sie doch endlich ein, werte Kollegen von der Opposition:

(Ottmar Schreiner [SPD]: Wie lange reden Sie eigentlich?)

(C) Der **Gesundungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft** erfordert entschlossene Maßnahmen. Ein Einschnitt zur rechten Zeit ist zwar schmerzhaft, aber er hilft dem Patienten im Endeffekt mehr als die lang dauernde Verabreichung von Beruhigungsmitteln.

(Gerd Andres [SPD]: Genau, den Patienten erst einmal ermorden!)

Noch eines möchte ich den Unterstützern dieses Entwurfs mit auf den Weg geben: Hören Sie endlich auf, das **Gespenst der Massenverelendung** der ostdeutschen Bevölkerung zu beschwören.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerade als Arbeitnehmervertreter innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nur nachdrücklich vor weiterer Stimmungsmache in den östlichen Bundesländern warnen. Sie schüren bei den Bürgern Ängste, die aber im Verlauf der wirtschaftlichen Erholung Ostdeutschlands bald vergehen werden. Darüber, daß dieser Gesundungsprozeß mittlerweile in Gang gekommen ist, herrscht bei allen Verantwortlichen in allen Lagern breite Übereinstimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU — Ottmar Schreiner [SPD]: Jetzt können wir Schluß machen! Das war ein starker Schlußsatz!)

Oder ist es für Sie unwichtig, wenn sich beim Kanzlergespräch Arbeitgeber wie Gewerkschaften überzeugt zeigen,

(Ottmar Schreiner [SPD]: Waren Sie dabei?)

(D) daß der Gesundungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft unumkehrbar ist, wenn sich sogar der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe, meines Wissens Mitglied Ihrer Partei,

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Sind Sie sicher?)

laut „Handelsblatt" zuversichtlich zeigt, daß die **Bewältigung des Strukturwandels** gelingen wird?

Jedenfalls halte ich es für unverantwortlich, wenn Sie für den Fall der Nichtannahme Ihres Gesetzentwurfes große soziale Instabilität und Gefahren für die Demokratie an die Wand malen.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Ach, das glauben die doch selbst nicht!)

Politische Schwarzmalerei sollten Sie den Damen und Herren von der PDS überlassen. Sie ist reine Ablenkung und hilft überhaupt nicht, die anstehenden Probleme anzupacken und zu bewältigen. Mehr noch: Sie schafft erst die Atmosphäre der Verunsicherung, in der Mißtrauen, Neid und Haß auf den,

(Ottmar Schreiner [SPD]: Das ist geistige Körperverletzung!)

dem es anscheinend besser geht, gedeihen.

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Romer, Ihre Redezeit ist längst abgelaufen. Sie haben noch einen Schlußsatz. — Bitte.

(Ottbar Schreiner [SPD]: Sie stören die Nachtruhe!)

(A) **Franz Romer** (CDU/CSU): Wenn man einem Problem rechtzeitig zu Leibe rückt und es dann entschlossen aus der Welt schafft, nennt man das bei uns im Schwabenland „'n Knopf 'namache".

(Ottmar Schreiner [SPD]: Wie nennt man das?)

— „'n Knopf 'namache". Ich werde es Ihnen später erklären.

Mit dem Auslaufen der Kurzarbeiterregelung nach § 63 Abs. 5 AFG macht die Bundesregierung einen solchen notwendigen Abschluß.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Helmuth Becker: Aber jetzt ist Ihre Redezeit um. Ich muß Ihnen das Wort entziehen, Herr Kollege Romer. Es geht nicht anders.

(Beifall bei der SPD)

Ich erteile jetzt unserer Kollegin Frau Petra Bläss das Wort.

Petra Bläss (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorausschicken, daß ich es als skandalös empfinde, welche Bedeutung der Bundestag einem so brennenden Problem in den neuen Bundesländern beimißt, wenn ich jetzt auf die Uhr gucke.

Zum zweiten möchte ich dem Kollegen Romer noch einmal — —

Vizepräsident Helmuth Becker: Frau Kollegin Bläss, (B) darf ich Sie einmal unterbrechen: Für die Abwicklung dieser Tagesordnung ist der Ältestenrat zuständig. Das wird zwischen den Fraktionen vereinbart. Es hat überhaupt keinen Sinn, hier darüber zu diskutieren, welcher Punkt der letzte ist. Dies wird interfraktionell festgelegt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP — Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Vor allem wenn die PDS zugestimmt hat!)

Petra Bläss (PDS/Linke Liste): Trotzdem ist es ja wohl mein Recht, meine Meinung zu sagen.

An Herrn Kollegen Romer hätte ich die kleine Anmerkung zu machen: Es wäre vielleicht günstiger gewesen, sich mehr auf die reale Situation in den neuen Ländern einzustellen und nicht nur die Maßstäbe von Baden-Württemberg anzulegen.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste und der SPD)

Daß die Arbeitsmarktsituation dort besser ist, will ich zugeben.

Die PDS/Linke Liste spricht sich für eine Verlängerung der Kurzarbeiterinnenregelung in den neuen Bundesländern aus

(Zuruf von der CDU/CSU: Unbefristet?)

und wird es in diesem Punkt dem Antrag der SPD zustimmen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Deckungsvorschlag?)

Ich will kein Hehl daraus machen, daß wir dabei Bauchschmerzen haben; denn wir sehen in der Kurzarbeiterinnenregelung nur eine Krücke bei der (C) **Bewältigung der aktuellen Probleme in den neuen Bundesländern.**

(Zuruf von der CDU/CSU: Eine Brücke oder eine Krücke?)

— Eine Krücke.

Es wäre natürlich viel besser, wenn all jenen Frauen und Männern, die auf Kurzarbeit gesetzt sind und mehrheitlich — das wurde ja schon deutlich — nur noch bis zu 50 % ihrer Arbeit leisten dürfen, unbefristete Arbeitsplätze mit voller Stundenzahl zur Verfügung gestellt werden könnten. Doch Dank der konzeptionslosen Politik der Bundesregierung und ihrer Treuhandanstalt ist mit dem Gegenteil zu rechnen.

(Gerd Andres [SPD]: Leider wahr!)

Das Plattmachen geht weiter. Nach wie vor wird das Schicksal ganzer Industriestandorte in Frage gestellt.

Die **Stahlbranche** ist dafür das aktuellste Beispiel. Allein im Land Brandenburg stehen 8 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, wenn die Treuhand ihre Privatisierungsabsichten auf Kosten der Interessen der Stahlarbeiter durchsetzen kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: 5 000, Frau Kollegin!)

Für uns war das Grund genug, zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde zu beantragen und auch trotz des gestrigen Verhandlungsabschlusses daran festzuhalten. Denn eines ist klar: Daß die Hennigsdorfer dieses Ergebnis in Auseinanderstzung mit der Treuhand erzielt haben, ist ihrem hartnäckigen und solidarischen (D) Kampf zu verdanken.

Ein zentraler Punkt im Forderungskatalog der Kolleginnen und Kollegen von Hennigsdorf für die Verkaufsverhandlungen mit dem italienischen Konzern Riva ist übrigens die Forderung nach Verlägerung der Kurzarbeitsgeldzahlung bis Ende 1992.

Aber nicht nur Industriekapazität wird vernichtet. Auch in der **Landwirtschaft** werden Zehntausende in die Arbeitslosigkeit entlassen, und zwar ohne absehbare Berufs- und Lebensperspektive im ländlichen Raum.

Angesichts dieser Lage und mit dem Wissen, daß ein Auslaufen der Kurzarbeiterinnenregelung auf einen Schlag für weitere 400 000 Menschen Arbeitslosigkeit und existentielle Sorgen heißt, sehen wir uns gezwungen, solchen Notlösungen wie der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes zuzustimmen, um den Betroffenen wenigstens darüber ein Minimum an **sozialer Sicherheit** zu geben.

Wir treten aber auch dafür ein, daß über die Kurzarbeiterregelung die Beschäftigten den Betrieben bzw. der Region erhalten bleiben. Schließlich haben wir es in den neuen Bundesländern ja nicht nur mit dem Fakt zu tun, daß inzwischen Tag für Tag etwa eine halbe Million Frauen und Männer in die alten Bundesländer zur Arbeit pendeln und die ihnen ständig abgeforderte **Mobilität** nicht selten unter skandalösen Bedingungen unter Beweis stellen. Wir müssen auch mit der Tatsache umgehen, daß sich ganze Regionen entvölkern und besonders junge und hochqualifizierte Fach-

Petra Bläss

kräfte auf die Dauer ihre Städte und Dörfer verlassen. Das ist sicher eine der schlechtesten Voraussetzungen dafür, eine wirklich neue Industrie- und Wirtschaftsstruktur zu schaffen.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Wer hat denn die schlechten Voraussetzungen geschaffen?)

Probleme haben wir damit, daß die SPD das Kurzarbeitergeld an die Teilnahme an **Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen** gekoppelt wissen will. Ich will hier überhaupt nichts gegen Qualifizierung sagen. Aber diese Form von Disziplinierungs- oder besser Erziehungsmaßnahmen für erwachsene Menschen, die nicht selten mehrere qualifizierte Berufsabschlüsse vorweisen können, lehnen wir ab. Wir sind der Auffassung, daß zuerst dafür zu sorgen ist, daß ein umfassendes und gutes Angebot an Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bereitgestellt wird. Kontrolle der Weiterbildungsanbieter durch die Arbeitsverwaltung tut hier wahrlich not.

Außerdem muß den Betroffenen deutlich werden, daß Umschulung und Qualifizierung ihre Berufs- und Arbeitschancen tatsächlich verbessern. Wie sie davon angesichts der fehlenden **Beschäftigungs- und Strukturpolitik** für die Regionen überzeugt werden können, bleibt uns ein Rätsel. Solange diese Voraussetzungen nicht geschaffen sind, können wir einer Kopplung der Erhöhung des Kurzarbeitergeldes an die Teilnahme an Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht zustimmen.

Im Namen der Gruppe PDS/Linke Liste bitte ich deshalb die Antragsteller um getrennte Abstimmung über ihren Antrag und möchte noch einmal ausdrücklich hinzusetzen, daß wir grundsätzlich für eine Verlängerung der Kurzarbeitergeldregelung sind.

Danke.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, auch hier ist die Redezeit kurz überschritten worden.

Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Heinz Hübner das Wort.

(Gerd Andres [SPD]: Jetzt bin ich aber gespannt, was die FDP zu sagen hat!)

Heinz Werner Hübner (FDP): Da können Sie auch gespannt sein!

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der SPD ist nicht nur für mich ein weiteres Beispiel für die Verkennung der durchaus ernsten, aber realen Lage in den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Forderung nämlich, die Kurzarbeitergeldregelung bis zum 31. Dezember 1993 durchzuführen, ist in meinen Augen nicht nur blauäugig, sondern auch gefährlich für einen wirkungsvollen **Aufbau einer wettbewerbsfähigen, arbeitsplätzeschaffenden Wirtschaft.**

(Beifall bei der FDP — Gerd Andres [SPD]: Sie sind für 1992, was?)

Abgesehen davon, Kollege Andres, daß die SPD deutlich über den Bundesratsantrag, der nur eine Verlängerung von einem halben Jahr vorsieht, hinausgeht, verkennen die Antragsteller, was jetzt not tut.

Was dieses halbe Jahr betrifft, bin ich der Meinung: Darüber läßt sich durchaus reden.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden die Möglichkeit haben, im Ausschuß darüber ausführlich Argumente und Gegenargumente auszutauschen. Wir werden das natürlich mit praktischen Beispielen aus den neuen Bundesländern unterfüttern. Ich werde mich da durchaus auch im Streit mit meiner Kollegin Jäger befinden; denn ich habe zum Teil andere Erfahrungen gemacht.

(Ottmar Schreiner [SPD]: Die CDU ist selbst gegen dieses halbe Jahr Verlängerung!)

— Herr Kollege Schreiner, konfrontieren Sie mich jetzt bitte nicht mit den Ausführungen der Kollegen der CDU!

(Weitere Zurufe des Abg. Ottmar Schreiner [SPD])

Vizepräsident Helmuth Becker: Eine Sekunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist zwar jetzt schon spät, aber ich bitte trotzdem, daß wir die nötige Ruhe herstellen, damit sich der Redner hier bemerkbar machen kann.

Nun hat der Kollege Andres um eine Frage gebeten. Gestatten Sie diese Frage?

Heinz Werner Hübner (FDP): Ich gestatte sie.

Vizepräsident Helmuth Becker: Bitte sehr.

Gerd Andres (SPD): Herr Kollege Hübner, darf ich Ihren Ausführungen entnehmen, daß Sie im Ausschuß einen Antrag stellen werden,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Nein!)

die Kurzarbeitergeldregelung bis zum 31. Dezember 1992 zu verlängern,

(Manfred Richter [Bremerhaven] [FDP]: Haben Sie denn gar nicht zugehört?)

und daß Sie sich natürlich ganz ausführlich mit den bedeutsamen und wichtigen Ausführungen des Kollegen Romer hier auseinandersetzen wollen?

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Das ja!)

Heinz Werner Hübner (FDP): Sie können meiner Äußerung entnehmen, daß wir uns über diese Problematik, auch was eine eventuelle Verlängerung um einen kürzeren Zeitraum betrifft, unterhalten werden.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Was heißt hier „unterhalten"?)

Heinz Werner Hübner

(A) — Ich habe mich eigentlich konkret ausgedrückt. Ich habe gesagt, was wir tun werden.

(Beifall bei der FDP — Manfred Richter [Bremerhaven] [FDP]: Andres hat nicht zugehört!)

Kollege Schreiner, wenn man dem Antrag Ihrer Partei zustimmen würde, bestünde die Gefahr der Verlängerung der Agonie der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung.

Kollegin Jäger, was Ihr konkretes Beispiel betrifft: Es ist durchaus möglich — ich werde das nicht negieren —, daß es solche Probleme gibt, nicht nur als Einzelfall. Aber ich verweise auch hier auf **§ 63 Abs. 4 AFG.** Ganz konkret, im Einzelfall ist diese Regelung anzuwenden; denn es gibt auch eine ganze Menge anderer Erfahrungen, was die Wirtschaftssituation betrifft.

Wenn wir die Agonie verlängern würden, dann würde das **unproduktive Strukturen** konservieren, wie wir sie leider in einer Reihe von Betrieben heute in den ostdeutschen Bundesländern antreffen. Das zeigt sich besonders in Unternehmen, die von Subventionszahlungen der Treuhandanstalt existieren.

Wir wissen, daß im Osten gerade die **Bauwirtschaft** boomt. Es gibt eine ganze Reihe von Bauunternehmen und nachgeordneten Betrieben, und zwar nicht wenige, die verzweifelt qualifizierte Arbeitskräfte suchen, aber diese nicht finden, weil eine große Anzahl von Arbeitnehmern als Kurzarbeiter null „tätig" sind. (B) Mir sind Fälle bekannt, in denen Unternehmen nur noch durch eine Handvoll Verwaltungskräfte betrieben werden. Produziert wird nichts mehr außer leerem Papier. Vielleicht sind ein paar Strichmännchen daraufgemalt.

Gerade diese Arbeitnehmer sind es, die letztendlich nur wegen einer bevorstehenden Abfindung und der Kurzarbeit-Null-Regelung den täglichen Anmarsch zum früheren Arbeitsplatz wagen. Dabei werden immer wieder Klagen laut, daß die Kurzarbeiterregelung die Bereitschaft zum Wechsel auf den ersten Arbeitsmarkt behindert. Das sind nicht nur Klagen, die ich aus der Zeitung entnehme, sondern aus täglichen Gesprächen in meinem Wahlkreis.

Im übrigen ist es nicht so, daß unsere Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern überhaupt kein Kurzarbeitergeld mehr bekommen können. Es gilt, wie ich bereits andeutete, vielmehr die Regelung, die für Ruhrkumpel gut war und die auch für unsere Arbeitnehmer praktikabel und anwendbar ist, AFG § 63 Abs. 4.

Daß künftig **Sozialversicherungsbeiträge** auch vom Arbeitgeber zu zahlen sind, ist meines Erachtens ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen und verhindert, daß ohnehin schon hoch subventionierte Unternehmen insbesondere der Treuhand gegenüber anderen Unternehmen bessergestellt werden. Das kommt leider vor. Treuhand-Betriebe werden subventioniert, die dann in der Lage sind, durch Preisdumping neu entstehende Betriebe von vornherein kaputtzumachen. Auch dafür habe ich (C) konkrete Beispiele und befinde mich derzeit auch in Auseinandersetzungen mit der Treuhandanstalt.

(Beifall bei der FDP)

Die heutigen **Arbeitsmarktzahlen** zeigen, daß die Zahl der Kurzarbeiter um 90 000 abgenommen hat. Das ist natürlich noch kein Grund, um Entwarnung zu geben. Aber es ist ebenso falsch, wenn die Antragsteller behaupten, daß in den neuen Bundesländern die Gefahr der **Langzeitarbeitslosigkeit** dadurch wächst. Nicht die Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit wächst. Es wächst natürlich die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Aber wenn wir wettbewerbsfähige Strukturen garantieren, dann wird auch diese Gefahr ganz schnell vorbei sein. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist der richtige Weg!)

Eine Gefahr für Langzeitarbeitslosigkeit besteht dann, wenn wir Strukturen aufrechterhalten, die maroden Betrieben die Chance geben, künftig weiterhin zu existieren. Gerade weil wir uns vorrangig den Interessen der Arbeitnehmer verpflichtet fühlen, setzen wir, auch wenn es schmerzhaft ist, die Akzente auf den Aufbau fester und sicherer Arbeitsplätze

(Zuruf: Das ist aber neu!)

— das ist nicht neu für die FDP; das mag vielleicht aus Ihrer Sicht so sein —

(Beifall bei der FDP)

anstelle von Arbeitsmarktinstrumenten, die lediglich der Verlängerung unproduktiver Strukturen dienen.

(D) Am Ende meiner Rede noch einmal das Angebot: Tauschen wir die Argumente und Gegenargumente in unseren Ausschußsitzungen aus. Dann bin ich überzeugt davon, daß wir zu einer gemeinsamen, verträglichen Regelung kommen, die vernünftig ist. Das ist eine Voraussetzung.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der FDP sowie Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Ein vernünftiger Vorschlag! Den kann ich unterstützen!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie zunächst darum bitten, daß Sie zustimmen, daß die Redebeiträge der Kollegen Dr. Klaus-Dieter Feige und Adolf Ostertag zu Protokoll gegeben werden. —

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Eine humane Regelung!)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. *)

Nun habe ich noch die Wortmeldung unseres Parlamentarischen Staatssekretärs Horst Günther und zwei Interventionen nach § 27 der Geschäftsordnung, die dann folgen.

Bitte sehr, Herr Kollege.

---

*) Anlage 6

(A)

Horst Günther, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit einem Blick auf die Uhr entbiete ich Ihnen erst einmal einen Gutenmorgengruß.

(Beifall und Zurufe)

Meine Damen und Herren, allen Unkenrufen zum Trotz ist der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern nicht abgestürzt. Dies ist das Ergebnis erfolgreicher **Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland.** Die Kurzarbeit ist seit dem Frühjahr dieses Jahres um rund 800 000 zurückgegangen, ohne daß in gleicher Weise die Zahl der Arbeitslosen nach oben geschnellt wäre. Dies ist sicherlich kein Grund, sich beruhigt im Sessel zurückzulegen, aber wir sollten auch nicht so tun, meine Damen und Herren von der Opposition, als wenn es keine Gründe für Zuversicht gäbe.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Ohne die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung wäre die Arbeitslosigkeit um rund 1,9 Millionen Personen größer, als sie es tatsächlich ist.

Ich möchte aber gleichzeitig vor einer Überschätzung der Möglichkeiten, die die Arbeitsmarktpolitik hat, warnen. Diese Arbeitsmarktpolitik kann weder **unternehmerische Verantwortung** noch die **Wirtschaftspolitik** ersetzen. Wir haben die Kurzarbeit als ein arbeitsmarktpolitisches Instrument so gestaltet, daß es für den einzelnen die Möglichkeit gibt, die Zeit der verringerten Arbeit aktiv zur Gestaltung seiner beruflichen Zukunft zu nutzen.

(B)

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Parlamentarischer Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schreiner?

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh! Oh! Muß der noch?)

Horst Günther, Parl. Staatssekretär: Bitte sehr.

Ottmar Schreiner (SPD): Herr Kollege Staatssekretär, ist das Bundesarbeitsministerium ähnlich, wie die FDP-Bundestagsfraktion soeben vorgetragen hat, der Meinung, daß man über eine eventuelle Verlängerung der Kurzarbeitergeldregelung Ost reden muß?

Horst Günther, Parl. Staatssekretär: Herr Abgeordneter Schreiner, Ihre Frage kommt zu früh.

(Zurufe von der FDP: Er ist immer so ungeduldig! Er hat nicht zugehört!)

Sie werden im Laufe meiner Ausführungen dazu eine umfassende Antwort bekommen.

(Zurufe von der SPD)

— Ich werde das im Rahmen meiner Redezeit tun; haben Sie keine Sorge!

Die SPD hat mit ihrem Antrag zur Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung aus unserer Sicht das Augenmaß für das Machbare verloren. Sie hat im übrigen auch nichts Neues entdeckt, sondern uralte Kamellen vorgetragen.

(Gerd Andres [SPD]: Donnerwetter!)

Herr Abgeordneter Andres, Sie würden das mit Sicherheit uns gegenüber als eine arbeitsmarktpolitische Mogelpackung bezeichnen. Der Antrag der SPD bedeutet in Wahrheit, daß § 63 Abs. 5 des Arbeitsförderungsgesetzes verlängert werden müßte.

(C)

(Ottmar Schreiner [SPD]: Das sieht das Gesetz selbst vor! — Zuruf von der CDU/CSU: Aha!)

— Der Gesetzgeber hat aus guten Gründen gerade diese Vorschrift als Zeitgesetz angelegt, Kollege Schreiner.

(Zurufe von der SPD — Zuruf von der CDU/CSU: Herr Präsident, kann hier jeder rumkrakelen?)

Wie bereits erwähnt, sinken die **Kurzarbeiterzahlen** von Monat zu Monat, ohne sich voll in Arbeitslosigkeit niederzuschlagen. Übrigens sind sie auch in dem schwierigen Monat November um 96 000 gesunken. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen um 18 000.

(Zuruf von der FDP: Bravo!)

Die Vorschrift des § 63 Abs. 5 Arbeitsförderungsgesetz war als Sondervorschrift im engen Zusammenhang mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom Gesetzgeber geschaffen worden, aber wir meinen, eineinhalb Jahre nach ihrer Einführung im Jahre 1990 müssen derartige Sonderregelungen abgelöst werden.

In einer Vielzahl von Fällen wird ab 1. Januar 1992 ersatzweise **Kurzarbeitergeld** nach § 63 Abs. 4 des Arbeitsförderungsgesetzes bezogen werden können, da derzeit noch viele Wirtschaftszweige in den neuen Bundesländern — ich glaube sogar die Mehrheit — von einer schwierigen strukturellen Verschlechterung betroffen werden.

(D)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie wollen mit Ihrem Vorschlag offensichtlich so etwas wie eine Zweiklassengesellschaft in der **Weiterbildung** einführen. Stellen Sie sich einmal einen Weiterbildungskurs vor, in dem zwei Fortbildungsteilnehmer nebeneinander sitzen, von denen einer nach dem Willen der SPD 90 % des Arbeitsentgelts erhält, weil er aus der Kurzarbeit kommt, sein Banknachbar dagegen als schlichter Arbeitsloser nur 65 % beziehungsweise 73 %.

(Zuruf von der SPD: Er bekommt auch 90 %!)

Dieses, meine Damen und Herren, ist unausgewogen; das ist eine Ungleichbehandlung, die wir nicht mitmachen können.

(Zuruf von der SPD: Wer will das denn?)

Im übrigen: **Kurzarbeit** mit **Qualifizierungsmaßnahmen** zu kombinieren ist ja bereits heute möglich. Davon wird auch reger Gebrauch gemacht, ohne daß diese Maßnahmen wegen der Höhe des Lebensunterhalts während der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zu sozialem Unfrieden führen werden.

Meine Damen und Herren, die Vorschläge der SPD sind aus gutem Grund schon früher abgelehnt worden. Auch wenn sie heute in neuer Verpackung daherkommen, sollte es bei dieser Ablehnung verbleiben. Mein Rat an die SPD: Machen Sie es in Zukunft

Parl. Staatssekretär Horst Günther

(A) anders. Weniger Verpackung und mehr Inhalt, das ist auch politisch umweltfreundlicher!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der FDP: Das war gut! — Gerd Andres [SPD]: Donnerwetter!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Meine Damen und Herren, ich erteile das Wort zu einer Kurzintervention dem Kollegen Andres.

(Zuruf von der CDU/CSU: Es bleibt uns nichts erspart! Weiß der heute etwas Neues?)

Gerd Andres (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es für außerordentlich bedeutsam — und finde, daß das hier festgehalten gehört —, daß der Kollege Romer für die CDU/CSU-Fraktion eine Rede gehalten hat, in der er alles restlos in Bausch und Bogen abgelehnt hat. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß der Kollege Romer aus seiner baden-württembergischen Sicht den Arbeitsmarkt natürlich ganz anders beurteilen und betrachten muß, als das möglicherweise Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern tun.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU/CSU]: Das ist für die baden-württembergische Wahl ganz wichtig!)

Für besonders bedeutsam halte ich die Äußerung des Kollegen Hübner, das mit dem 31. Dezember 1993 könne er überhaupt nicht mitmachen, aber man könne im Rahmen der Ausschußdiskussion über die

(B) Verlängerung von Fristen reden. Das gehört in dieser Art und Weise im Plenum des Deutschen Bundestages artikuliert und auch in der parteipolitischen Konstellation ganz besonders festgehalten, auch im Protokoll des Deutschen Bundestages.

(Julius Louven [CDU/CSU]: Das steht alles im Protokoll, Herr Kollege! — Günther Friedrich Nolting [FDP]: Superstaatsmann Andres!)

Deswegen habe ich diese Kurzintervention gemacht.

Ich bedanke mich dafür.

Vizepräsident Helmuth Becker: Zu einer weiteren Kurzintervention hat der Kollege Heribert Scharrenbroich das Wort.

Heribert Scharrenbroich (CDU/CSU): Herr Vorsitzender!

(Ottmar Schreiner [SPD]: Der ist doch Außenpolitiker!)

— Ich bin Mitglied der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich möchte feststellen, daß es überhaupt keinen Widerspruch zwischen den Ausführungen des Kollegen Romer und des Kollegen Hübner gibt. Der Kollege Romer hat sich zum Antrag der SPD dezidiert geäußert, der so abzulehnen ist. So werden wir im Ausschuß auch verfahren. Aber ich meine trotzdem, daß wir uns sehr sorgfältig darüber unterhalten können, wie weit wir kurzfristig, eventuell modifiziert, die

(C) Kurzarbeitergeld-Regelungen verlängern können. Darüber werden wir uns unterhalten.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP — Gerd Andres [SPD]: Das war typischer Scharrenbroich!)

Vizepräsident Helmuth Becker: Herr Kollege Hübner, wünschen Sie noch das Wort? — Nein.

Dann schließe ich die Aussprache. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 12/1645 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Zusatzpunkt 16 der Tagesordnung auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Regelung des Verhältnisses von Kriegsfolgengesetzen zum Einigungsvertrag**

— Drucksache 12/1504 —

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß)

— Drucksache 12/1725 —

Berichterstattung:
Abgeordnete Erika Steinbach-Hermann
Gerd Wartenberg (Berlin)
Wolfgang Lüder

(D)

(Erste Beratung 57. Sitzung)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung war für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Inzwischen haben jedoch alle Rednerinnen und Redner darum gebeten, Ihre Redebeiträge zu Protokoll geben zu dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es handelt sich um folgende Kolleginnen und Kollegen: Hartmut Koschyk, Gerlinde Hämmerle, Wolfgang Lüder und Parlamentarischer Staatssekretär Eduard Lintner. Sind Sie mit dieser Regelung für heute abend einverstanden? — Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. *)

Wir kommen zur Einzelberatung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP auf Drucksache 12/1504. Der Innenausschuß empfiehlt auf Drucksache 12/1725, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung bei Enthaltung der SPD angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Wie vorhin

*) Anlage 7

Vizepräsident Helmuth Becker

(A) ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluß der Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Freitag, 6. Dezember 1991, 9 Uhr ein. (C)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 0.14 Uhr)

(B) (D)



(A) (C)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Antretter, Robert	SPD	05. 12. 91 **
Berger, Johann Anton	SPD	05. 12. 91
Blunck, Lieselott	SPD	05. 12. 91 **
Büchler (Hof), Hans	SPD	05. 12. 91 **
Dr. Däubler-Gmelin, Herta	SPD	05. 12. 91
Dempwolf, Gertrud	CDU/CSU	05. 12. 91
Doppmeier, Hubert	CDU/CSU	05. 12. 91
Dr. Dregger, Alfred	CDU/CSU	05. 12. 91
Fischer (Unna), Leni	CDU/CSU	05. 12. 91 *
Ganseforth, Monika	SPD	05. 12. 91
Gattermann, Hans H.	FDP	05. 12. 91
Gröbl, Wolfgang	CDU/CSU	05. 12. 91
Grünbeck, Josef	FDP	05. 12. 91
Dr. Gysi, Gregor	PDS/LL	05. 12. 91
Hörsken, Heinz-Adolf	CDU/CSU	05. 12. 91
Homburger, Birgit	FDP	05. 12. 91
Huonker, Gunter	SPD	05. 12. 91
Klemmer, Siegrun	SPD	05. 12. 91
Koschnick, Hans	SPD	05. 12. 91
Kubicki, Wolfgang	FDP	05. 12. 91
Dr. Graf Lambsdorff, Otto	FDP	05. 12. 91
Lummer, Heinrich	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Marten, Günter	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Dr. Matterne, Dietmar	SPD	05. 12. 91
Mattischeck, Heide	SPD	05. 12. 91
Meinl, Rudolf Horst	CDU/CSU	05. 12. 91
Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Dr. Mildner, Klaus Gerhard	CDU/CSU	05. 12. 91
Mischnick, Wolfgang	FDP	05. 12. 91
Dr. Modrow, Hans	PDS/LL	05. 12. 91
Dr. Müller, Günther	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Müller (Pleisweiler), Albrecht	SPD	05. 12. 91
Pfuhl, Albert	SPD	05. 12. 91 **
Dr. Probst, Albert	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Reddemann, Gerhard	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Reimann, Manfred	SPD	05. 12. 91 **
Rennebach, Renate	SPD	05. 12. 91
Rixe, Günter	SPD	05. 12. 91
Scheffler, Siegfried Willy	SPD	05. 12. 91
Scheu, Gerhard	CDU/CSU	05. 12. 91
von Schmude, Michael	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Schuster, Hans Paul Hermann	FDP	05. 12. 91
Dr. Soell, Hartmut	SPD	05. 12. 91 *
Steiner, Heinz-Alfred	SPD	05. 12. 91 **
Dr. Stoltenberg, Gerhard	CDU/CSU	05. 12. 91
Dr. Struck, Peter	SPD	05. 12. 91
Dr. Töpfer, Klaus	CDU/CSU	05. 12. 91
Vogel (Ennepetal), Friedrich	CDU/CSU	05. 12. 91 **
Weisskirchen (Wiesloch), Gert	SPD	05. 12. 91
Welt, Jochen	SPD	05. 12. 91
Wester, Hildegard	SPD	05. 12. 91
Westrich, Lydia	SPD	05. 12. 91
Dr. Wetzel, Margrit	SPD	05. 12. 91
Wimmer (Neuss), Willy	CDU/CSU	05. 12. 91
Wolfgramm (Göttingen), Torsten	FDP	05. 12. 91
Zierer, Benno	CDU/CSU	05. 12. 91 **

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

** für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

(B) (D)

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede zu Tagesordnungspunkt 11 (Antrag betr. Sanierung der Trinkwasserversorgung in den neuen Bundesländern)

Jutta Braband *(PDS/Linke Liste):* Wenn wir über die Trinkwassersituation in den fünf neuen Ländern sprechen, tun wir dies vor dem Hintergrund der industriellen Erzeugung und Nutzung des Grundgutes Wasser und haben es somit auch mit übergreifenden Problemen zu tun.

Obwohl dieses Land, wie der Umweltbericht 90 des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit es auch als eigene Voraussetzung anerkennt, geographisch und klimatisch über günstige Bedingungen verfügt, wird Wasser und somit auch Trinkwasser immer knapper.

Dies hat mehrere Ursachen:

Erstens. Der Verbrauch von technisch genutztem Wasser, z. B. Kühlwasser ist zu hoch und zudem wird oft auch noch das falsche Wasser verwendet. (HOECHST in Ffm benutzt für industrielle Zwecke nicht etwa — aufbereitetes — Mainwasser, sondern Grundwasser aus dem eigenen Brunnen)

Zweitens. Bestimmte Industrien, wie Braunkohlentagebau führen zu Grundwasserabsenkungen, und beeinträchtigen den Wasserhaushalt ganzer Regionen. Oder nehmen Sie den Wasserverbrauch und die Wasserbelastung durch die Chemieindustrie wie Bitterfeld mit ihren Auswirkungen auf die Mulde und damit auf die Elbe.

Drittens. Die zunehmende Flächenversiegelung verhindert eine ausreichende Grundwasserbildung und führt dazu, das immer tiefer gebohrt werden muß, bzw. daß für die Ballungsgebiete das Wasser aus großen Entfernungen herangeschafft werden muß. Frankfurt/Main ist hierfür ein gutes Beispiel. Gewisse Großprojekte wie die Weltausstellung EXPO in Hannover — ein Artikel in der Frankfurter Rundschau vom

(A) 26. 11. 91 titelt „,EXPO' wird Hannover aussaugen" — oder Olympia in Berlin würden die Situation durchaus verschärfen.

Viertens ist die Belastung der Gewässer zu nennen. Ich nenne hier vorrangig zwei Bereiche. Da Trinkwasser zu über 80 % aus Grundwasser bzw. aufbereitetem Grundwasser gewonnen wird und sich diese Belastungen in erster Linie im Grundwasser niederschlagen, will aber damit die tagtägliche Verseuchung und Vergiftung der Oberflächengewässer — übrigens in allen Bundesländern — oder die Belastung des Wassers über den Umweg der Luftverschmutzung/Saurer Regen nicht verschweigen.

A) Landwirtschaft, besonders durch Pflanzenschutzmitteleinsatz: Geradezu zynisch wirkt in diesem Zusammenhang die Haltung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD Drucksache 12/126 „Sofortmaßnahmen nach Trinkwasseruntersuchungen in den Neuen Bundesländern". Sie stellt zwar fest — Stand Sommer 90 —, daß für die ausreichende technische Aufarbeitung nach den Erfordernissen der Trinkwasserverordnung ein kurzfristiger Investitionsbedarf von 900 Millionen Mark besteht, verweist aber diese Aufgabe an die Wasserversorgungsunternehmen und in den Aufgabenbereich der Länder. Sie selbst sieht „. . . derzeit keine Möglichkeit, über die allgemeine Finanzhilfe für die fünf Neuen Länder hinaus, sich an diesen Kosten zu beteiligen". Und dann gibt es für Sachsen, bekanntermaßen eins der am stärksten sanierungsbedürftigen Gebiete, gerade mal 1,35 Millionen aus dem Sofortprogramm Trinkwasseruntersuchung.

(B) Auch hier gibt es einen Gegensatz von ökonomischen Interessen und den Erfordernissen des Umweltschutzes: Für die Sanierung der Elbe ist es notwendig, breite Uferstreifen unter Naturschutz zu stellen. In Brandenburg fordert die Treuhand als Eignerin der Flächen die Anwendung des Verwertungsgebots anstatt sie direkt den Ländern zu übereignen. Diese müssen dann in einigen Jahren teuer zurückgekauft werden (Platzek, laut FAZ vom 12. 11. 91). Der geplante Ausbau der Elbe für genormte Europaschiffe läuft den Plänen einer ökologischen Elbsanierung diametral entgegen.

Über die im Antrag aufgeführten Sofortmaßnahmen hinaus fordern wir umfassende gesetzliche Maßnahmen im Bereich Natur-, Gewässer- und Bodenschutz, besonders die Novellierung Wasserwirtschaftsgesetz nach EG-Richtlinien — der europäische Gerichtshof hat ja die Bundesregierung kürzlich auf ihre Versäumnisse aufmerksam machen müssen — in Richtung auf eine ökologisch orientierte kommunale Trinkwasserversorgung und nach den Maßgaben dezentraler Wasserversorgungskonzepte.

Im einzelnen:

- Schutz der Grundwasserreserven, durch Wasserschutzgebiete
- radikale Absenkung der Schadstoffeinträge in Grundwasser
- Verbrauchsminderung, insbesondere im Bereich der Industrie
- Auf- und Ausbau von Brauchwassersystemen für die Industrie. (C)

Ziel müssen geschlossene Wasserkreisläufe sein. Wasser muß mindestens in derselben Qualität rückgeführt werden, in der es entnommen wurde. Kühlwasser etc. soll nach Möglichkeit nicht aus Grund-/bzw. Trinkwasser gewonnen werden.

Die Erfordernisse des Gewässerschutzes müssen ihren Niederschlag auch in benachbarten Gesetzen und Verordnungen finden. Ich nenne hier insbesondere das Pflanzenschutzgesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz und die TA Abfall und das Ausbringen von Gülle. Hier müssen unbedingt ein Umdenken und Umsteuern Platz greifen. Die dadurch entstehenden externen Kosten müssen in die Gesamtrechnung einfließen.

Wir brauchen die Rückkehr zur bäuerlichen Landwirtschaft — eine Extensivierung der Produktion — insbesondere der Tierproduktion —, eine Entwicklung hin zum Integrierten Pflanzenbau, einen Umbau der EG-Agrarstruktur.

Letztlich ist es besser, Landwirte als Ökologen zu begreifen und ihnen Subventionen für Landschafts- und Gewässerschutz zu bezahlen, anstatt eine Subventionierung von Erzeugerpreisen vorzunehmen.

B) Altlasten und Rüstungsaltlasten. Hierzu rechne ich auch die gerade in der ehemaligen DDR schwierige Deponiesituation, bei der die Gefährdung in erster Linie im Auswaschen von Schadstoffen besteht.

Was neben ordnungspolitischen und gesetzgeberischen Maßnahmen zum Grundwasser- und Bodenschutz nötig ist, ist ein Rückbau und die Entgiftung (D) industrieller Produktion, die Sanierung von Industrie — und Rüstungsaltlasten ebenso wie die Sanierung von Deponien — es gibt übrigens für das Gebiet der ehemaligen DDR nicht einmal ein Deponiekataster —, von den vielen wilden Deponien ganz zu schweigen.

Ich möchte an dieser Stelle zu bedenken geben, daß wir alle — auch ich habe es gerade getan — sehr schnell bei der Hand sind, Sanierung zu fordern. Auch der SPD-Antrag tut dies. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Sanierung oft nicht mehr möglich ist — ich nenne als Beispiel den sogenannten „Silbersee" in der Chemieregion Bitterfeld — oder zumindest einen fast schon unvorstellbaren Mittelaufwand erfordert: Wir müssen uns fragen, ob wir hierbei nicht Illusionen nähren.

Ich sage dies insbesondere, weil sowohl der Umweltbericht des Bundesministers für Umwelt, als auch die Antworten der Bundesregierung etwa auf die Kleinen Anfragen zu diesem Thema schönfärberisch sind und eine bedrohliche Gelassenheit ausstrahlen.

Vor diesem Hintergrund ist der vorliegende Antrag nur bedingt zustimmungsfähig, weil er Elemente des vorsorgenden Umweltschutzes vermissen läßt:

Nach dem vorliegenden Antrag stellt das Bundesumweltministerium fest, daß — ungeachtet einer genauen Kenntnis des wirklichen Ausmaßes der Belastung der Flüsse, Seen, des Grundwassers und des Trinkwassers — die Rohwasserqualität so schlecht ist, daß 9,6 Millionen Einwohner qualitativ beeinträch-

tigtes Trinkwasser erhalten. Hier ist die Bundesregierung zurecht aufgefordert, eine schnelle und umfassende Hilfe zu leisten.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Hermann Bachmaier, Konrad Gilges, Klaus Kirschner, Michael Müller (Düsseldorf), Horst Peter (Kassel), Günter Verheugen, Wolf-Michael Catenhusen und Uwe Lambinus (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes sowie über den Antrag zu den Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatsssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (Tagesordnungspunkt 10 a):

Wir können dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes sowie „den Richtlinien zur Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit" in der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

Auch wir verkennen nicht die außerordentlich schwierige Situation, in der sich unsere ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen befinden, meinen jedoch, daß der Gesetzentwurf und der mit dem vorgesehenen Richtlinien beschrittene Weg mehr Schaden als Nutzen stiften werden.

Wie bereits in den Redebeiträgen der Abgeordneten Conradi und Schily hervorgehoben wurde, werden durch das Gesetz Kernfragen des Selbstverständnisses unseres Parlamentes berührt mit der nicht geringen Gefahr, daß das freie Mandat der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch die vorgesehenen Maßnahmen erheblichen Schaden nehmen kann.

Wir meinen, daß es keine Frage der Solidarität mit unseren ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen ist, ob sich alle Abgeordneten des Bundestages einer sogenannten freiwilligen Überprüfung unterziehen. Der Gleichbehandlungsgrundsatz gebietet eben auch, daß unterschiedliche Lebenssachverhalte auch unterschiedlich behandelt werden müssen.

Durch das Gesetz und die vorgesehenen Richtlinien wird die Möglichkeit geschaffen, Feststellungen über einzelne Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu treffen, die mit unter Umständen gravierenden Folgewirkungen versehen sind, Folgewirkungen, die einem Strafurteil durchaus vergleichbar wären. Das vorgesehene Verfahren aber sieht keinerlei Schutz für die Betroffenen vor, der auch nur entfernt den Verfahrensgewährleistungen in einem Strafverfahren vergleichbar wäre.

Auch sind irgendwelche rechtsbehelfsähnliche Korrekturmöglichkeiten weder im Gesetz, noch in den Richtlinien vorgesehen. Diese Nachteile werden auch nicht dadurch ausgeglichen, daß der 1. Ausschuß seine Entscheidungen mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder zu treffen hat.

Da die Frage, ob Abgeordnete Stasi-Kontakte gehabt haben oder nicht, zumindest bei den Abgeordneten aus den alten Bundesländern, in aller Regel mit der Frage verbunden ist, ob sie sich strafbar gemacht haben oder nicht, wird durch dieses Gesetz auch ganz gravierend in die Unschuldsvermutung eingegriffen, die grundlegend für unser Rechts- und Verfassungssystem ist. Wir sollten uns wirklich fragen, ob die Rechte, auf die jeder Verdächtigte in einem Strafverfahren einen ganz selbstverständlichen Anspruch hat, für gewählte Abgeordnete außer Kraft gesetzt werden sollen.

Auch die im Gesetz postulierte Freiwilligkeit, die es formal allen Abgeordneten freistellt, einen Antrag auf Selbstüberprüfung zu stellen, steht bei dem faktischen Zwang, dem alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ausgesetzt sind, lediglich auf dem Papier.

Gerade in dieser schwierigen Übergangszeit sollten wir peinlich darauf achten, daß wir die Grundprinzipien, auf denen unsere rechtsstaatliche Ordnung aufbaut, auch im Bewußtsein der Bevölkerung nicht beschädigen. Der Rechtsstaat verträgt es eben nicht, daß er, auch wenn dies „nur" Abgeordnete betrifft, in einem wichtigen Teilbereich gewissermaßen einmal „Pause macht", um eine schwierige Vergangenheit zu bewältigen.

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Rede zu Zusatztagesordnungspunkt 15 (Rücktritt des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Dr. Lutz G. Stavenhagen)

Andrea Lederer *(PDS/Linke Liste):* Am Dienstag dieser Woche fand eine aussichtsreiche politische Karriere ein recht abruptes Ende. Der für die Koordination der Geheimdienste zuständige Staatsminister wurde vom Bundeskanzler entlassen, nachdem er ihn zuvor tapfer eben darum gebeten hatte. Eine offizielle Begründung gab es nicht, aber jeder wußte, worum es ging. Der Koordinator hat angeblich in der Schalck-Affäre und beim Export von landwirtschaftlichen Nutzgeräten ziemlich versagt. Interessant allerdings ist die Frage, worin genau eigentlich sein Versagen bestanden haben soll.

Der Umstand, daß der BND unter seiner Obhut munter Waffen zwischen Israel und der Bundesrepublik hin und her geschoben hat, war ja für niemanden ein Grund, Stavenhagens Rücktritt zu fordern. Schon gar nicht für die deutsche Sozialdemokratie, unter deren Regierungsverantwortung sich der Bundesnachrichtendienst auch schon mutig über geltende Waffenexportrichtlinien hinweggesetzt hat.

Daß er zweitens die Ausstellung von ein paar läppischen Reisepässen an Schalck gebilligt haben soll, kann's nun auch nicht gewesen sein. Schließlich hat

(A) der sich im Gegenzug vom BND umfassend „abschöpfen" lassen und dabei nach Stavenhagens eigener Aussage manches Wissenswerte ausgeplaudert, das der Bundesregierung bei der Abfassung des Einigungsvertrages mit der damaligen DDR durchaus von Nutzen gewesen sein dürfte.

Nein, nicht wegen dem, was er gemacht hat, war Stavenhagen untragbar geworden, sondern weil er sich dabei so dusselig angestellt hat. Ein pfiffiger Koordinator der Geheimdienste zeichnet sich nämlich dadurch aus, daß er erstens alles weiß, zweitens nur dann vertuscht, wenn's wirklich nötig ist, das aber dann drittens bitteschön so raffiniert, daß keiner was merkt. Weil Stavenhagen es in dieser Hinsicht nicht gebracht hat, mußte er gehen.

Und genau aus dem gleichen Grunde hätten wir es gerne gesehen, wenn er noch recht lange im Amt geblieben wäre. Denn nur ihm hat es die Öffentlichkeit zu verdanken, daß wenigstens einige Praktiken bundesdeutscher Geheimdienste bekannt wurden. Die Vorstellung, daß ab morgen ein mit allen Wassern gewaschener Politprofi im Kanzleramt sitzt, muß doch jeden Demokraten erschrecken.

Insofern sind wir heilfroh, daß der Kanzler ein Einsehen gezeigt hat und die Aufsicht über die Geheimdienste jetzt direkt in die Hände von Herrn Bohl gelegt hat. Wir glauben, daß er in jeder Hinsicht ein würdiger Nachfolger von Herrn Stavenhagen ist. Das macht uns Hoffnung, daß die nächsten Geheimdienstskandale, wenn sie schon nicht zu verhindern sind, so doch wenigstens auffliegen.

(B)

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Rede zu Tagesordnungspunkt 13 (Antrag betr. nationale und internationale Konsequenzen der ökologischen Auswirkungen des Golf-Krieges)

***Birgit Homburger** (FDP):* Am 21. Januar 1991 erreichte uns die erschreckende Nachricht, daß die Iraker aus Supertankern und Pipelines große Mengen Rohöl in den Golf pumpen. Die gesamte Welt war erschüttert über derartigen Umweltterror und das taktische Vorgehen des Iraks, Erdöl als Waffe einzusetzen. Einhellig wurde dieses Vorgehen von uns verurteilt. Hinsichtlich der Tendenz des vorliegenden Antrages möchte ich daher für die FDP nochmals klarstellen, daß der Verantwortliche für diese Umweltkatastrophe einzig der Diktator Saddam Hussein ist. Er hat durch eine verbrecherische, gegen die Umwelt gerichtete und nicht hinnehmbare Kriegsführung vor allem die Ölpest im Persischen Golf und die Luftverschmutzung und demzufolge auch die davon ausgehenden Gesundheitsgefährdungen durch die Ölbrände in Kuwait verschuldet.

Daher ist es aush Sicht der FDP unumgänglich, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um dem geltenden Völkerrecht mehr Wirksamkeit und Beachtung zu verschaffen und um es auch der UNO zu ermöglichen, eine Kriegsführung gegen die Umwelt sowie Verstöße gegen internationale Konventionen zum (C) Schutz der Umwelt zu verhindern und zu ahnden.

Die Forderung von Bündnis 90/GRÜNE, dafür einzutreten, daß zumindest alle NATO-Partner das Umweltkriegsverbots-Übereinkommen und das Protokoll I zur Genfer Konvention der Vereinten Nationen von 1977 verbindlich anerkennen sollen, wird von uns unterstützt. Ersteres wurde bisher nur von Frankreich nicht unterzeichnet, zweites nicht von Frankreich, Großbritannien und den USA. Bundesaußenminister Genscher und das Auswärtige Amt haben in allen laufenden Konsultationen immer wieder darauf gedrängt, daß auch diese Länder die Vereinbarungen unterschreiben.

Es muß zur Klarstellung aber schon darauf hingewiesen werden, daß auch die Länder, die das Protokoll bisher nicht unterzeichneten, dieses nicht materiell-inhaltlich ablehnen. Im Gegenteil bekräftigen alle diese Länder, daß auch sie sich an diesen Vereinbarungen orientieren. Die Schwierigkeiten bei der Unterzeichnung rühren lediglich von ungeklärten Statusproblemen her. Soweit zu Punkt 2 des vorliegenden Antrages.

Nun aber noch einige Anmerkungen zum ersten Teil des Antrages. Am 6. November 1991, nach viel kürzerer Zeit als ursprünglich von Experten erwartet, kam die erlösende Mitteilung, daß der Emir von Kuwait feierlich die letzte der insgesamt ca. 750 brennenden Ölquellen löschte. Das bedeutet nicht das Ende der ökologischen Schäden in der Golfregion, aber es ist die Beseitigung einer bis dahin fortdauernden wesentlichen Quelle der Umweltverschmutzungen. (D)

Unter diesem Aspekt muß der Antrag von Bündnis 90/GRÜNE dahingehend betrachtet werden, was von den Forderungen, die darin aufgestellt werden, überhaupt noch aktuell ist. Dabei kommt man zu dem Schluß, daß die im zu beratenden Antrag geforderten Maßnahmen zur Bekämpfung der Ölbrände überholt sind. Insofern möchte ich auch nur einige wenige Bemerkungen zu den dort aufgestellten Forderungen machen:

1. Die Bundesrepublik hat großzügige Hilfe zur Bekämpfung der Umweltschäden geleistet. So wurden z. B. Ölbarrieren und Skimmer sowie aufblasbare Tanks in die Region geliefert, die vornehmlich zum Schutz der Meerwasserentsalzungsanlagen eingesetzt wurden. Allein an Saudi-Arabien wurden 2 700 m Ölsperren und 5 große Skimmer im Wert von 4 Millionen DM geliefert. Darüber hinaus wurden von deutscher Seite Messungen von Luftschadstoffen übernommen und es konnte — was gegenüber der letzte Diskussion, die wir hier zum Thema führten eine weitere Maßnahme ist — ein Meßfahrzeug im Rahmen einer internationalen Hilfsmaßnahme in Kuwait stationiert werden, das zunächst für sechs Monate Messungen durchführen und auf Grundlage der Ergebnisse die kuwaitischen Behörden u. a. hinsichtlich Gesundheitsschutz für die Bevölkerung beraten soll. Es sollte unter Berücksichtigung der ökologischen Situation vor Ort darüber nachgedacht werden, diese Hilfe über die sechs Monate hinaus weiter zu gewähren. Insofern ist den Anliegen des vorliegenden Antrags Rechnung getragen.

(A) 2. Erfreulicherweise gibt es ferner Fortschritte im Bereich der Einrichtung einer Umwelteingreiftruppe, die auf der Ebene der EG vorgesehen ist. Es gibt weiter einen Vorstoß der Bundesregierung, auf europäischer Ebene die Koordination von Expertenwissen zu erreichen, das in Notfällen schnell abrufbar sein soll. Damit soll ermöglicht werden, daß im Notfall ohne Zeitverzug alle für notwendig erachteten Maßnahmen schnellstens eingeleitet werden können. Damit sind wir der Einrichtung einer ökotechnologischen Arbeitsgruppe, die die FDP im Rahmen der Expertenanhörung zu den ökologischen Auswirkungen des Golfkrieges als erste forderte, und die ebenfalls im vorliegenden Antrag gefordert wird, ein Stück näher gekommen. Gleichwohl vermisse ich nach wie vor angemessene Anstregungen zur Koordinierung des Wissens, das national bei Industrie, Verwaltung und Wissenschaftlern existiert. Natürlich müßte diese nationale Arbeitsgruppe Teil internationaler Zusammenarbeit sein, in die die EG, die UNPE und USAID eingebunden sind. Insofern sollte dieser Schritt noch gemacht werden, da die eingeleiteten Maßnahmen auf mich den Eindruck machen als ob der zweite Schritt vor dem ersten getan wurde.

Über diese größtenteils erledigten Forderungen hinaus enthält der Antrag ein Reihe von Forderungen aus Bereichen, die nicht direkt die ökologischen Auswirkungen des Golfkrieges betreffen, so z. B. aus dem Bereich der Energie- und Verkehrspolitik sowie der Neuordnung der Weltwirtschaft. Das sind Dinge, die nichts mit dem Ausgangspunkt der Diskussion zu tun haben und deren Abhandlung im Rahmen eines Antrages zu ökologischen Auswirkungen des Golfkrieges mir völlig unverständlich ist.

(B)

Hierzu einige Anmerkungen: Der Teil des Antrages, der sich mit der Energiepolitik befaßt, ist vor allem völlig unrealistisch. So heißt es, daß „Erdöl nur noch für eine kurze Übergangszeit als verantwortbare Energie- und Rohstoffquelle angesehen werden kann" und gleichzeitig wird der „kurzfristige Ausstieg aus der Atomenergie („Sofort-Ausstieg")" gefordert. Ein Konzept, wie stattdessen der Energiebedarf sichergestellt werden soll, wird allerdings nicht angeboten. Schon allein deshalb kann ein solcher Antrag nicht beschlossen werden.

Andere Punkte sind von der Koalition längst geplant oder gar in Gang gesetzt. So sollen CO_2-Emissionen mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel national und EG-weit, insbesondere durch marktwirtschaftliche Anreize reduziert werden, wie in der Koalitionsvereinbarung und dem EG-Vorschlag vorgesehen. Wir fordern eine Klimaschutzsteuer auf europäischer Ebene.

Die FDP setzt sich über diese in der Koalition geplanten Maßnahmen hinaus auch weiterhin für die Einführung einer Lenkungssteuer auf Kernenergie ein. Zusammen mit der in der Koalition geplanten Förderung regenerativer Energien wird so dafür Sorge getragen, daß Wettbewerbsnachteile regenerativer Energien ausgeglichen werden. Weiterhin ist u. a. eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, die Verbesserung der Wärmeschutzverordnung und die Anpassung der Kleinfeuerungsanlagenverordnungen an den Stand der Technik geplant.

(C) Für die Verkehrspolitik gilt ähnliches. So sind wir uns in mancher Zielrichtung einig. Auch die FDP setzt sich ein für einen attraktiven, flächendeckenden ÖPNV. Nur sind wir mitnichten der Meinung, daß dies alles zentral von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn gemacht werden sollte. Wir wollen regionale Bahngesellschaften, die vor Ort sitzen.

Hinsichtlich der Trägerschaft und Finanzierung sind dabei diverse Modelle denkbar. So z. B. eigenständige Gesellschaften der Kommunen oder aber Mischformen mit Beteiligung verschiedener Träger, aber auch private Investoren. Wichtig ist für die FDP dabei nur, daß die Mittel, die jetzt im Bundeshaushalt für den ÖPNV eingestellt sind, dann diesen regionalen Gesellschaften zur Verfügung gestellt werden.

Auch was die Verkehrs- und Infrastruktur in den neuen Ländern anlangt, ist den Forderungen weitestgehend Rechnung getragen. So haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung eine gleichgewichtige Förderung von Schiene und Straße vorgesehen. Daß dies derzeit noch nicht realisierbar ist, liegt nicht am mangelnden Willen der Bundesregierung, sondern an der Tatsache, daß die Planung von Schienenprojekten in der Regel sehr langwierig ist.

Bezüglich des innerdeutschen Flugverkehrs braucht es nach Auffassung der FDP keine gesetzliche Maßnahme zur Verteuerung des Flugverkehrs. Wir wollen statt dessen, daß die Schienenverbindungen zwischen den großen Städten, insbesondere aber auch zwischen den Flughäfen, zu hochleistungsfähigen Strecken ausgebaut und modernisiert werden, so daß es dazu kommt, daß die Reisezeiten sich angleichen und allein aufgrund der Attraktivität des Schienennetzes dann eine Verlagerung der Reisetätigkeit im innerdeutschen Luftverkehr vom Flugzeug auf die Schiene erfolgt und damit der innerdeutsche Luftverkehr auf ein Minimum reduziert wird.

(D)

Zur Forderung eines Mineralölabgabengesetzes weise ich darauf hin, daß erst zum 1. Juli diesen Jahres die Mineralölsteuer erhöht wurde. Die FDP bedauert es, daß es in diesem Zusammenhang nicht machbar war, gleichzeitig die Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer umzulegen, was unseren Vorstellungen entspräche. Daran werden wir aber weiterarbeiten. Gänzlich unverständlich ist mir am Antrag von Bündnis 90/GRÜNE schließlich, daß eine Geschwindigkeitsbeschränkung gefordert wird. Die Idee hätte ja noch einen gewissen Charme, wenn es sich dabei um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf kuwaitischen Straßen handeln würde, dann hätte das einen direkten Bezug zur derzeitigen ökologischen Situation in der dortigen Region. Das tut es aber leider nicht und so möchte ich für meine Fraktion nur auf die kürzlich von meinem Kollegen Friedrich gehaltene Rede zu diesem Thema in diesem Hause verweisen und nochmals klarstellen, daß die FDP einer Forderung nach Geschwindigkeitsbegrenzungen aus den dort genannten guten Gründen nicht zustimmen wird.

Fazit: Die Forderungen, die die ökologischen Auswirkungen des Golfkrieges direkt betreffen, sind entweder veraltet oder erledigt. Der Rest ist ein nicht zweckdienliches Sammelsurium von Positionen zu unterschiedlichen Bereichen, das in weiten Teilen

nicht unsere Zustimmung findet, da sie unrealistisch sind oder — aus Sicht der FDP — den falschen Ansatzpunkt haben. Ich empfehle daher namens der FDP-Fraktion, in Übereinstimmung mit dem Votum des Ausschusses, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden zu Tagesordnungspunkt 14 (Antrag betr. Verlängerung und Verbesserung der in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland geltenden Kurzarbeitergeld-Regelungen)

Dr. Klaus-Dieter Feige *(Bündnis 90/GRÜNE):* Es ist ein gutes Jahr vergangen seit der Wiedervereinigung. Die deutsche Einheit ist vollzogen, und dennoch gibt es weiterhin tiefe Gräben zwischen Ost- und Westdeutschland. Die neue Bundesrepublik ist ein Land der zwei Geschwindigkeiten: im Westen ein relativ hohes — wenngleich sich abschwächendes — Wirtschaftswachstum, im Osten dagegen weitere Deindustrialisierung und ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Menschen in Ost und West sind noch weit von einer Gleichheit der Lebensverhältnisse, wie sie das Grundgesetz postuliert, entfernt. Dies gilt nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Zu weit haben sich die beiden Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten auseinanderentwickelt: Die wirtschaftlichen, sozialen und auch psycho-sozialen Differenzen werden noch lange anhalten und auch nachwirken.

Die Bundesregierung hat sich diesen Herausforderungen nicht gestellt. Ihre bisherige Politik demonstriert Selbstzufriedenheit, wo Kritik angemessen ist, und sie unterschätzt oder verschleiert die wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Es rächt sich nun, daß der Glauben an den schnellen Aufschwung im Osten so lange die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bestimmt hatte. Die Bundesregierung hatte keine Vorsorge getroffenen für die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern. Auch jetzt sind die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht ausreichend, und — was sehr viel schwerwiegender ist — sie werden den zukünftigen Problemen des Arbeitsmarktes nicht gerecht.

Schon jetzt ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt durch eine dramatische Entwicklung gekennzeichnet. Die Arbeitslosenzahlen steigen unaufhaltsam: Die Arbeitslosigkeit stieg von 842 000 im Mai 1991 auf inzwischen über eine Million. Dies bedeutet eine Arbeitslosenquote von fast 12 Prozent. Um die Jahreswende 1991/92 wird die Arbeitslosigkeit erneut drastisch ansteigen: Die Treuhandanstalt hat bereits angekündigt, daß allein in ihrem Bereich weitere 500 000 Entlassungen stattfinden werden. Nach den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird für 1992 mit durchschnittlich über 1,5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen sein. Diese Zahlen offenbaren nur einen Teil der tatsächlichen Arbeitslosen: Im Oktober war weit über eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit, davon 450 000 mit einem Arbeitsausfall von über 75 %. Dazu kommt die rasch steigende Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die sich im gleichen Zeitraum mehr als verdreifacht hat: Sie stieg von 113 000 auf fast 350 000. In der Statistik sind jene überhaupt nicht enthalten, die insgesamt vom institutionalisierten Arbeitsmarkt „verschwunden" sind. Die Zahl aller aus dem Arbeitsmarkt herausgefallenen Menschen — darunter fallen Kurzarbeitende, Pendler, Übersiedler, Menschen in Weiterbildung und ABM-Beschäftigte — liegt bei über 3 Millionen. Dazu kommt ein spezifisches Problem des ostdeutschen Arbeitsmarktes: Frauen sind von der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen.

Die Massenerwerbslosigkeit in den neuen Bundesländern stellt kein ausschließlich beschäftigungspolitisches Problem dar. Sie ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesses, der für die mitteleuropäische Nachkriegszeit beispiellos ist. In diesem tiefgreifenden Strukturwandel, dessen Konturen noch nicht klar gezeichnet sind, geht es nicht nur um eine Reorganisierung der Produktionsstruktur, um den Neuaufbau von Unternehmen und Marktstrukturen, es geht dabei auch um eine Neuverteilung von Partizipations- und Lebenschancen, die in der Marktwirtschaft vor allem über Erwerbsarbeit vermittelt werden.

Allein der wirtschaftliche Anpassungsprozeß wird Jahre dauern. In den kommenden Monaten wird er noch mit erheblichen Beschäftigungsverlusten einhergehen. Die mangelhaften Investitionsbedingungen — administrative Mängel, ungeklärte Eigentumsregelungen, mangelnde Infrastruktur — lassen den wirtschaftlichen Aufholprozeß nur langsam vorankommen. Die arbeitsmarktpolitische Situation wird dabei kurzfristig dadurch verschärft, daß am 31. Dezember die besonderen Bestimmungen über die Gewährung von Kurzarbeitergeld auslaufen. Dies betrifft vor allem jene, die mehr als 50 % Kurzarbeit haben: Im Oktober waren dies noch fast 700 000 Personen.

Eine Verlängerung der bisherigen Kurzarbeitsregelung in den neuen Bundesländern ist jedoch für die ökonomische Umgestaltung der alten Unternehmen der sozialistischen Kommandowirtschaft abträglich. Die Sanierung und Neustrukturierung — auch die Privatisierung — der Unternehmen der Treuhandanstalt würde dadurch weiter erschwert werden. Die arbeitspolitischen Maßnahmen sollten deshalb — soweit sie nicht der tatsächlich notwendigen Beschäftigung entsprechen — nach Möglichkeit nicht an die alten Beschäftigungsstrukturen gebunden werden. Eine Weiterführung der alten Strukturen der Mega-Betriebe wäre eine ökonomisch fatale Fortsetzung der alten Beschäftigungssysteme.

Im Interesse der Weiterbildung und Qualifizierung der Menschen in den neuen Bundesländern müssen die arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien weiterentwickelt werden. Notwendig ist deshalb ein ressortübergreifendes Maßnahmepaket, das industriepolitische und arbeitsmarktpolitische Instrumente besser miteinander verzahnt.

Dazu müssen die Instrumente der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik auf die tatsächlichen Problemdimensionen in den neuen Bundesländern ausgerichtet werden. Dazu gehört eine Reform des Instru-

(A) ments der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, eine bessere Förderung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften und die Schaffung einer ausreichenden finanziellen Absicherung der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen.

***Adolf Ostertag** (SPD):* Wir beraten heute über unseren Antrag, mit dem wir die Regelung für Kurzarbeitergeld in den neuen Ländern verlängern und verbessern wollen. Unser Ziel ist: qualifizieren statt entlassen. Schon bei der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes im Frühjahr 1991 haben wir Sozialdemokraten gefordert, über den 31. Dezember 1991 hinaus die Kurzarbeitergeld-Regelung beizubehalten. Die Regierungskoalition verhinderte dies. Auch jetzt scheint sie der Meinung zu sein, in den neuen Ländern kehre ab 1. Januar 1992 arbeitsmarktpolitische Normalität ein, und deshalb reichten die normalen Regelungen, die in den westlichen Ländern gelten, aus.

Bei der zweiten und dritten Lesung zur Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes am 14. Mai 1991 sagte der Bundesarbeitsminister:

> Kurzarbeit war ein Instrument, um sozusagen das Abbrechen des Arbeitsmarkts zu verhindern. Wir haben sie großzügig ausgestaltet und noch einmal um ein halbes Jahr verlängert. Aber wir möchten nicht, daß die Kurzarbeit sozusagen eine passive Antwort auf die Arbeitslosigkeit ist. Wir möchten sie stärker nutzbringend mit Qualifizierung verbinden. Das ist der Sinn, wir wollen den Menschen helfen.

(B) Und was ist aus dem Versprechen geworden? Kurzarbeit — keine passive Antwort auf Arbeitslosigkeit, sondern mit Qualifizierung verbinden? Im November 1991 wurden in den neuen Ländern 1,1 Millionen Kurzarbeitende gezählt. Im Juni waren es 1,9 Millionen. In fünf Monaten haben 800 000 Kurzarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren. Nur ein Bruchteil davon ist bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen gelandet. Im Juni 1991 waren 272 000 Arbeitnehmer in Maßnahmen der beruflichen Bildung, im Oktober 360 000.

Das kann's wohl nicht gewesen sein, Herr Blüm! Viel zu wenigen Menschen haben Sie da geholfen, viel zu vielen haben Sie Versprechungen gemacht.

Wie gesagt, 1,1 Millionen Menschen waren im November in Kurzarbeit. Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 56 % beträgt nach der Rechnung der Bundesanstalt die „Entlastungswirkung" der Kurzarbeit 650 000.

Das heißt: Ohne die geltende Kurzarbeitergeld-Regelung wären im Oktober 1991 etwa 650 000 Menschen mehr arbeitslos gewesen.

Bei der Gesamtbetrachtung der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern ist die Kurzarbeit der dickste Entlastungsbrocken, was die Bundesregierung gerne verschweigt.

Bei der Berechnung der Entlastungswirkung der Kurzarbeitergeld-Regelung wird unterstellt, daß die Unternehmen selber keine Personalreserven aufbauen, in den neuen Ländern eine „stille Reserve" unter den Erwerbspersonen noch nicht besteht und die aus der Kurzarbeit Entlassenen zum überwiegenden Teil weder in den Westen pendeln noch in den Altersübergang gehen. Das heißt: Die aus der Kurzarbeit Entlassenen werden zum ganz überwiegenden Teil Leistungsempfänger in Form von Arbeitslosengeld-Beziehern oder ABM-Beschäftigte. Diese Einschätzung wird auch von der Bundesanstalt für Arbeit geteilt. (C)

Die Folge des Auslaufens der Kurzarbeitergeld-Regelung wird sein:

Die Arbeitslosigkeit trifft dann besonders diejenigen, die mehr als 50 % Kurzarbeit haben. Mehrere Hunderttausend Entlassungen zum 31. Dezember 1991 sind absehbar. Gleichzeitig wächst die Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Ländern. Rund 30 % der Arbeitslosen sind bereits acht Monate und länger ohne reguläre Beschäftigung.

Die Koalitionspolitiker sollten deshalb mit ihren Neujahreswünschen an die Menschen in den neuen Ländern sehr vorsichtig sein. Der Neujahrestag 1992 wird in hunderttausenden Familien nicht mit Sekt begossen werden, sondern die Gürtel werden enger geschnallt werden müssen. Für sie kommen schwere Zeiten mit Einkommensverlusten und Hoffnungslosigkeit.

Der von allen ersehnte demokratische Aufbruch im Jahre 1989 ist erheblich getrübt durch die beschäftigungspolitische Katastrophe.

Und es geht weiter abwärts. Steigerungen der Produktion, die in den nächsten Jahren möglicherweise zu verzeichnen sein werden, dürften kaum zu mehr Arbeitsplätzen führen, sondern vor allem zur Steigerung der Produktivität. (D)

Nun haben wir Sozialdemokraten nichts gegen Produktivitätssteigerungen — im Gegenteil. Wir meinen aber, daß der Arbeitsmarktpolitik ein ebenso hoher Stellenwert einzuräumen ist. Und daran mangelt es! Der vielzitierten Brückenfunktion der Arbeitsmarktpolitik in dieser schwierigen Übergangsphase wird diese Regierung nicht gerecht: Die Fundamente sind zu schwach, die Brücke ist zu kurz. Wenn die Fahrt über die Brücke in Straßen von Beschäftigung und Qualifikation führen soll, müssen wir uns noch gewaltig anstrengen.

In diesem Zusammenhang wird der Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit vom 11. November 1991 wenig bewirken. Nach ihm wird auch über den 31. Dezember 1991 hinaus Kurzarbeitergeld bei strukturellen Arbeitsausfällen nach § 63 Abs. 4 des Arbeitsförderungsgesetzes gewährt. Ganz abgesehen davon, daß ich diesen erst jetzt erschienenen Erlaß als Eingeständnis der massiven Arbeitsmarktprobleme nach dem Auslaufen der Kurzarbeitergeld-Regelung werte, handelt es sich dabei bestenfalls um einen Notnagel. Denn nach § 63 Abs. 4 AFG müßten die Sozialbeiträge bei Kurzarbeit in den neuen Ländern künftig zur Hälfte vom Arbeitgeber getragen werden — im Gegensatz zur derzeitigen Situation, in der die Arbeitsverwaltungen die Sozialbeiträge voll übernehmen. Da sich dies für die Unternehmen nicht rechnet, wird Kurzarbeit schnell zu Entlassungen führen. Es hängt also ganz entscheidend von der Ausgestaltung der Kurzarbeitergeld-Regelung im nächsten Jahr ab, ob

weiter Kurzarbeit gefahren wird oder stattdessen Massenentlassungen kommen.

Unser Antrag zielt darauf, Kurzarbeit mit Qualifizierung zu verbinden. Die Bereitschaft zur beruflichen Qualifikation wollen wir belohnen.

Jetzt wird sich zeigen, ob Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, bereit sind, Hunderttausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den neuen Ländern, die auf Kurzarbeit Null oder nahe bei Null gesetzt sind, durch die Verlängerung über den 31. Dezember 1991 hinaus eine Perspektive einzuräumen.

Dabei geht es uns nicht um die Verlängerung einer Vergünstigung, sondern um die Erhaltung sanierungsfähiger Arbeitsplätze und Unternehmen mit der Chance auf eine breite berufliche Qualifizierung.

Die Bereitschaft zur beruflichen Bildung ist erfreulich hoch. So haben 77 % der Facharbeiter Interesse an Lehrgängen zur beruflichen Qualifikation. Es sind 89 % der Berufstätigen mit Fachschulabschluß. 85 % der Meister und Techniker und 47 % der Ungelernten sind bereit, sich zu qualifizieren.

Wir Sozialdemokraten wollen diesen Trend unterstützen. Uns geht es darum: die persönliche Initiative zur beruflichen Bildung durch ein ausreichend bemessenes Kurzarbeitergeld zu fördern; Kurzarbeitergeld-Zahlungen an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung zu binden; die Qualität der angebotenen Maßnahmen der beruflichen Bildung zu sichern; jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Bildungsangeboten bevorzugt zu berücksichtigen, die über 50 % Arbeitsausfall haben; die Arbeitsplätze von bildungswilligen Kurzarbeitenden durch Entlastung des Betriebes von Sozialbeiträgen zu erhalten.

Kurz gesagt: Wir wollen qualifizieren statt entlassen und die Bereitschaft zur Weiterbildung fördern. Wir wollen diese Neuregelung, die den Strukturwandel unterstützt, zeitlich begrenzen, bis Ende 1993.

Jetzt müssen positive Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt werden. Es geht darum, den Menschen, die sich in einer existentiellen Umbruchsituation befinden, eine Perspektive zu eröffnen und sie für die Herausforderungen der Arbeitswelt zu qualifizieren.

Daher kann ich Ulf Fink, dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, nur zustimmen, wenn er fordert, daß sich die Qualifizierungspolitik nicht auf die Instrumente beschränken dürfe, die sich in den alten Bundesländern bewährt hätten, sondern daß zur Bewältigung der besonderen Herausforderungen in den neuen Ländern auch neue, innovative Modelle entwickelt und zügig realisiert werden müßten. Daher sei es dringend notwendig, die Qualfizierungsmaßnahmen in eine umfassende Beschäftigungs- und Strukturpolitik einzubetten. Recht hat er, der neue CDU-Vorsitzende von Brandenburg.

Meine Damen und Herren, entscheidend ist, daß die Kurzarbeit eng mit Qualifizierung verbunden wird. Kurzarbeitergeld ist nicht wesentlich teurer als Arbeitslosengeld. Ein Kurzarbeitender mit einem Arbeitsausfall von 75 % kostete die Arbeitsverwaltung im Schnitt 12 635 DM. Darin sind die vollen Sozialversicherungsbeträge enthalten. Diese Summe liegt nur unwesentlich über den „Kosten" für einen Arbeitslosen in den neuen Ländern.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, entscheiden Sie sich für die Interessen der Menschen und der Betriebe, indem Sie die arbeitsmarktpolitische Lage in den neuen Ländern durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik 1992 stabilisieren helfen. Geschieht dies nicht, wird die soziale Unzufriedenheit mit Konsequenzen für die Demokratie und den Aufbau in den neuen Ländern zusätzlich belastet.

Anlage 7

Zu Protokoll gegebene Reden zum Zusatztagesordnungspunkt 16 (Gesetzentwurf zur Regelung des Verhältnisses von Kriegsfolgengesetzen zum Einigungsvertrag)

Hartmut Koschyk *(CDU/CSU):* Der vorliegende Gesetzentwurf zur Regelung des Verhältnisses von Kriegsfolgengesetzen zum Einigungsvertrag enthält eine Übergangsregelung, die unabweisbar ist und zu der es keine Alternative gibt. Wir gehen daher davon aus, daß dieser Entwurf eine breite Zustimmung in diesem Hohen Hause finden wird.

Mit dem Entwurf soll sichergestellt werden, daß ab 1. Januar 1992 weiterhin Aussiedler in den neuen Bundesländern aufgenommen und mit gleichen Rechten und Leistungen wie Aussiedler in den alten Bundesländern eingegliedert werden können.

Durch den Einigungsvertrag wurden die Bestimmungen zur Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Aussiedler, nämlich das Bundesvertriebenengesetz und andere Kriegsfolgengesetze nicht generell auf die neuen Bundesländer übergeleitet. Sie sollten nur befristet für Ausländer gelten, die ihren ständigen Aufenthalt in den neuen Ländern in der Zeit vom 3. Oktober 1990 bis zum 31. Dezember 1991 nehmen. Die Wahl des Stichtags, 31. Dezember 1991, erfolgte dabei in der Erwartung, daß bis zu diesem Zeitpunkt eine umfassende Bereinigung des Kriegsfolgenrechts einschließlich neuer Regelungen über die Aussiedleraufnahme durch den gesamtdeutschen Gesetzgeber getroffen werden sollte.

Die eingehende Überprüfung der zahlreichen Vorschriften der verschiedenen Kriegsfolgengesetze und der in ihnen geregelten Sachverhalte sowie die Entwicklung eines abgestimmten Konzepts für die weitere Aufnahme von Aussiedlern im gesamten Gebiet Deutschlands hat sich jedoch als sehr zeitaufwendig erwiesen, so daß eine einheitliche Regelung im Laufe des Jahres 1991 nicht getroffen werden konnte und damit die Frist des Einigungsvertrages nicht einzuhalten war. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll daher diese Frist um ein weiteres Jahr verlängert werden.

(A) Der Entwurf gewährleistet außerdem für die zum Zeitpunkt des Beitritts bereits in den neuen Ländern wohnenden Aussiedler durch entsprechende Regelungen im Bundevertriebenengesetz, daß die Betroffenen in die Sozialversicherung eingegliedert werden können, Zeiten der politischen Haft sowie Zeiten, in denen Vertriebene aus politischen Gründen an der Ausübung einer Berufstätigkeit gehindert waren, in der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden können, bei Krankheit im Zeitpunkt der Aussiedlung Leistungen der Krankenhilfe gewährt werden können, Prüfungen und Befähigungsnachweise aus dem Herkunftsgebiet hiesigen Berufsqualifikationen gleichgestellt werden, um berufliche Eingliederungsprobleme zu vermeiden.

Durch die Verlängerung des Anwendungszeitraumes für das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz und für das Häftlingshilfegesetz wird im übrigen sichergestellt, daß die aus der Sowjetunion kommenden Aussiedler, soweit sie auf die neuen Länder „verteilt" werden, eine Entschädigung bzw. Eingliederungshilfen für den in der Sowjetunion erlittenen Gewahrsam ebenso erhalten wie die Rußlanddeutschen, die im kommenden Jahr in den alten Bundesländern aufgenommen werden.

Das gleiche gilt für den Lastenausgleich, bei dem die Fortführung der Regelungen die Gleichbehandlung der neu eintreffenden Aussiedler in den alten und neuen Bundesländern sicherstellt.

Wenngleich durch das Vorliegen der „Verlängerungsgesetze" auch ein Jahr mehr Zeit bleibt, eine (B) umfassende Bereinigung des Kriegsfolgenrechts vorzunehmen, so sollten die Bemühungen auf allen Seiten dieses Hohen Hauses dennoch darauf gerichtet sein, ein solches Gesetz möglichst rasch zu verabschieden. Dabei sollte es einen breiten Konsens sowohl zur Herstellung einvernehmlicher Regelungen über den künftigen Aussiedlerzuzug als auch darüber geben, sozial gerechte Regelungen für diejenigen Personengruppen in den neuen Bundesländern zu finden, die durch den Krieg und seine Folgen besonders schwer gelitten haben und bisher auf Leistungen zum Ausgleich dieses Schicksals warten. Solche Regelungen sollten nach Möglichkeit auch zum gleichen Zeitpunkt in Kraft gesetzt werden, damit nicht die eine Personengruppe gegenüber der anderen begünstigt oder benachteiligt wird. In diesem Zusammenhang nenne ich insbesondere die ehemaligen Kriegsgefangenen und Heimkehrer in den neuen Ländern und die dort lebenden Heimatvertriebenen.

Im Vorfeld der Überlegungen zu einem umfassenden Kriegsfolgenbereinigungsgesetz sollte aber auch nicht immer wieder von der einen Seite dieses Hohen Hauses apodiktisch ein Zuzugsstopp für deutsche Aussiedler gefordert werden. Eine Quotierung, Kontingentierung und die Einführung von Abschlußfristen für den Zuzug von Aussiedlern würden zwangsläufig eine Verunsicherung und eine Torschlußpanik in den Herkunftsgebieten auslösen. Art. 116 Grundgesetz und das Bundesvertriebenengesetz müssen daher auch weiterhin Rechtsgrundlage für die Aufnahme der Aussiedler bleiben. Andererseits bleiben aber auch unsere Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der deutschen Volksgruppen nur dann glaubwürdig, wenn wir unseren Landsleuten die Entscheidung offenhalten, ob sie bleiben oder gehen wollen. Deshalb werden wir unsere Landsleute — wenn sie zu uns kommen wollen — auch künftig aufnehmen und ihnen die nötigen Hilfen zu ihrer Eingliederung geben. Wir hoffen, daß wir in dieser Frage trotz aller Vorbehalte und der Kritik seitens der Länder an den Überlegungen der Bundesregierung zur Kriegsfolgenbereinigungsgesetzgebung dennoch einen Konsens in diesem Hohen Hause über eine zukunftsorientierte Ausgestaltung dieser Gesetzgebung finden werden. (C)

Wir würden uns darüber hinaus auch in anderen Kernbereichen der Aussiedlerpolitik größeres Verständnis und Diskussionsbereitschaft bei Sozialdemokraten in diesem Hohen Hause, aber auch bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Ländern wünschen. Wenn Arbeitsminister Hermann Heinemann beispielsweise eine wirklich nicht ins Gewicht fallende finanzielle Unterstützung einer Dauerausstellung über Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen in Nordrhein-Westfalen trotz in Aussicht gestellter Bundesbeteiligung mit dem Hinweis auf „neue Überlegungen" im Bereich der Kulturarbeit der Vertriebenen ablehnt und Ihr Sprecher der Landtagsfraktion hierzu empfiehlt, solche Themen überhaupt nicht mehr vorzulegen, so ist ein solcher Vorgang nicht nur bedauerlich, sondern er zeigt auch zugleich, welchen geringen Stellenwert man in unserem bevölkerungsreichsten Bundesland den berechtigten Anliegen der Vertriebenen und den Vertriebenen selbst einräumt.

Bei der künftigen Debatte über das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz wird sich zu erweisen haben, ob Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, diese Linie mitvertreten oder ob Sie bereit sind, dem Teil unseres Volkes, nämlich den Heimatvertriebenen, die ein schweres Schicksal für ganz Deutschland zu erdulden hatten, nicht nur den notwendigen Respekt, sondern auch die notwendige Hilfe und Unterstützung zuteil werden lassen, auf die diese Menschen einen Anspruch haben. (D)

Gerlinde Hämmerle *(SPD):* Mit dem zu behandelnden Gesetzentwurf zur Regelung des Verhältnisses von Kriegsfolgengesetzen zum Einigungsvertrag geben Bundesregierung und Koalition ein Armutszeugnis ab. Sie haben es nicht fertiggebracht, rechtzeitig bis Ende diesen Jahres eine umfassende Abschlußgesetzgebung zum Kriegsfolgenrecht vorzulegen. So ist es nach dem Einigungsvertrag vorgesehen, und dies hatte der Kollege Schäuble, als er noch Innenminister war, immer wieder versprochen.

Das Bundesvertriebenengesetz, das Lastenausgleichsgesetz, das Häftlingshilfegesetz und das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz gelten nach dem Einigungsvertrag in den neuen Ländern nur für Aussiedler, die vor dem 30. Oktober 1990 und bis zum 31. Dezember 1991 dort Aufenthalt nehmen, während die ehemaligen DDR-Bürger der Leistungen nach diesen Gesetzen nicht teilhaftig werden. Lange vor der Wiedervereinigung war eine Kriegsfolgenabschlußgesetzgebung überfällig. Um so dringlicher ist sie geworden, als durch die Übergangsregelungen eine

(A) Kluft zwischen neu ankommenden Aussiedlern und alteingesessenen ehemaligen Vertriebenen in den neuen Ländern entstanden ist.

Statt dessen weichen Sie nun auf ein Verlängerungsgesetz aus, ein Dokument der Untätigkeit, das Sie schamhaft ohne Aussprache durch die zweite und dritte Lesung bringen wollten. Sie haben auch allen Grund zu verschweigen, warum dies so ist. Deshalb sage ich es: Die gesamte Kriegsfolgenabschlußgesetzgebung ist blockiert, weil sich Innenminister und Finanzminister seit Monaten darüber uneins sind, ob den Vertriebenen in der ehemaligen DDR eine Pauschalzahlung gewährt werden soll. Kein Stück ist die Bundesregierung seitdem weitergekommen. Und der Bundeskanzler hat es nicht für nötig befunden, hier von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen.

Diese Blockadepolitik hat die SPD-Bundestagsfraktion gewissermaßen genötigt, den unstrittigen Gesetzentwurf für die Heimkehrerstiftung aus dem Gesamtpaket eines fertigen Referentenentwurfs herauszulösen und selbst einzubringen. Anderenfalls wären die Heimkehrer in den Ländern auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet worden.

Die Schmalspurlösung eines Verlängerungsgesetzes bringt weitere Unzuträglichkeiten mit sich. So ist vorerst die Chance vertan, bei den Leistungen der Kriegsfolgengesetze zu Einsparungen zu gelangen. Außerdem drücken Sie sich um die Frage eines geordneten und sozialverträglichen Aussiedlerzuzuges. Damit erschweren Sie nicht zuletzt eine europäische (B) Harmonisierung des Zuwanderungsrechtes; denn unsere europäischen Partner werden keine Neigungen zu einem gemeinsamen Konzept verpüren, solange sie nicht absehen können, wie viele Zuwanderer aus Osteuropa alleine auf Grund einer Besonderheit des Deutschen Rechtes noch nach Westeuropa kommen werden.

Alles in allem können wir diesem Gesetz nicht zustimmen. Wenn wir uns dennoch nur enthalten, dann alleine deswegen, weil eine Anschlußregelung, so dürftig sie ausfällt, notwendig ist, um die Aussiedleraufnahme in allen Bundesländern sicherzustellen.

Wolfgang Lüder *(FDP):* Mit der Herstellung der deutschen Einheit haben wir zugleich die Aufgabe übernommen, die deutsche Vergangenheit aufzuarbeiten. Die deutsche Vergangenheit — das ist nicht nur die Zeit der Spaltung unseres Landes in zwei Staaten. Deutsche Vergangenheit ist auch die Zeit vor der Spaltung. Deutsche Vergangenheit umfaßt insbesondere den Zeitraum, der der Spaltung vorausging, der die Grundlagen schuf. Heute geht es darum, gesamtdeutsch zu sehen, welche Verantwortung die Bundesrepublik Deutschland insgesamt vor der Geschichte übernimmt, zwar nicht für die eigene Schuld, wohl aber, um ein altes Wort von Theodor Heuss aufzugreifen, aus Scham.

Opfer des Krieges, Opfer der NS-Verfolgung, Opfer der Vertreibung leben unter uns, ohne daß sich die DDR, der Staat, aus dem sie nicht herausdurften, um sie kümmerte. Die Vergangenheit deutscher staatlicher Unrechtstaaten ist auch nach 50 Jahren noch lebendige Gegenwart jedes einzelnen Opfers. (C)

So wie wir in der alten Bundesrepublik in der Nachkriegszeit in vielen Bereichen den verschiedenen Verfolgtenschicksalen versucht haben Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, so müssen wir dieses jetzt für diejenigen Mitbürger versuchen, die jenseits der Mauer leben mußten. Wir müssen sehen, wo und wie wir hier helfen können.

Deswegen kümmern wir uns mit dem Kriegsfolgerecht um die früher Vertriebenen, um die Kriegsopfer, um die Heimkehrer und andere Betroffene. Es geht — wie bei den NS-Verfolgten — um jene Mitbürger, denen nach dem Verlust von Freiheit und Eigentum im NS-Staat oder infolge des vom NS-Staat über die Welt gebrachten Krieges als Kriegsopfer oder Vertriebene, als Heimkehrer oder Häftlinge unmenschliches Leid und Leiden zugefügt wurde. Es geht um diejenigen, denen dann in der Nachkriegszeit nicht wie in der alten Bundesrepublik geholfen wurde, die vielmehr in der SBZ und später in der DDR, 40 Jahre lang lebten, nicht nur ohne jegliche Entschädigung für erlittenes Unrecht, sondern weiter in Unfreiheit.

Deswegen hat uns der Einigungsvertrag aufgegeben, hier gesetzgeberisch tätig zu werden. Die Probleme der Gesetzgebung aber waren größer, als die Verfasser des Einigungsvertrages erwartet hatten. Die Erörterung mit den Ländern waren schwieriger und langwieriger als erwartet. Ich will auch nicht verschweigen, daß es große Probleme mit dem Finanzminister gibt.

Die Fristen des Einigungsvertrages laufen jetzt ab. (D) Deswegen brauchen wir das heutige Gesetz, das die Gesetzgebungsmöglichkeit für ein akzeptables Kriegsfolgenrecht im geeinten Deutschland um ein Jahr verlängert. Ich füge hinzu: Wir erwarten, daß die Gesetzesentwürfe bis zum Sommer 1992 vorliegen, damit wir rechtzeitig vor Fristablauf sachgerecht beraten und ohne Hektik beschließen können.

Wir erwarten eine Kriegsfolgengesetzgebung, die nicht schamhaft die schweigenden Opfer übergeht. Wir erwarten — im Kriegsfolgenrecht ebenso wie auf dem auch noch nicht abgeschlossenen Feld akzeptabler Regelungen für NS-Verfolgte, insbsondere für verfolgte jüdische Mitbürger —, daß mit Einsicht und Augenmaß geholfen wird. Der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte in der Koalition da eine tragfähige Grundlage gelegt. Ich weiß um die Notwendigkeit der Sparsamkeit bei öffentlichen Ausgaben, auch wenn manche hochfliegenden Pläne mancher Ressorts uns da Lügen strafen möchten. Wir werden als Gesetzgeber Verantwortung zeigen. Aber nur nach dem Rotstift der Finanzpolitiker vorzugehen und die Verantwortung gegenüber dem Einzelschicksal aus dem Blick zu verlieren, ja das noch andauernde Schweigen der Opfer etwa als Zustimmung zum Nichtstun mißzuverstehen, hieße, uns die Schamröte ins Gesicht zu treiben.

Das sind die Aufgaben, an die wir im nächsten Jahr herangehen müssen. Sie dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Menschen werden älter. Entschädigung hilft ihnen nur zu Lebzeiten, wie Bundesjustizminister Kinkel heute morgen zu Beginn un-

serer Beratungen zur Rehabilitierung der Opfer von DDR-Unrecht schon sagte.

Das heutige Gesetz eröffnet die Möglichkeit zu kurzfristiger Gesetzgebung. Es schafft zugleich die Voraussetzung dafür, daß Aussiedler auch im nächsten Jahr in Ostdeutschland die gleichen Eingliederungsmöglichkeiten erhalten wie im Westen. Das ist sachgerecht.

Wir Freien Demokraten bitten um Zustimmung zu dem Gesetz.

Eduard Lintner, *Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:* Die Bundesregierung begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen. Er verschafft den gesetzgebenden Körperschaften den notwendigen zeitlichen Spielraum, um abgewogene Lösungen zur Bereinigung des Kriegsfolgenrechts und zur Aussiedleraufnahme zu finden.

Der Einigungsvertrag sieht vor, daß das Bundesvertriebenengesetz und andere Kriegsfolgengesetze, die die Aufnahme und Eingliederung der Aussiedler regeln, im Beitrittsgebiet nur auf diejenigen Aussiedler Anwendung finden, die dort in der Zeit nach dem Beitritt und vor dem 31. Dezember 1991 den ständigen Aufenthalt nehmen. Damit sollte einerseits sichergestellt werden, daß die nach dem Beitritt in den neuen Ländern aufzunehmenden Aussiedler dort in gleicher Weise betreut und mit Leistungen gleicher Art wie in den alten Bundesländern eingegliedert werden können. Andererseits sollte dem gesamtdeutschen Gesetzgeber eine Generalbereinigung des Kriegsfolgenrechts ermöglicht werden. Er sollte die Gelegenheit erhalten, bis zum 31. Dezember 1991 Regelungen zu finden, die die Aufnahme von Aussiedlern in ganz Deutschland sichern.

Die mit dieser Regelung im Einigungsvertrag verbundene Frist hat sich leider als zu kurz erwiesen. Es war nicht möglich, innerhalb dieser Frist das Kriegsfolgenrecht, das seit 40 Jahren besteht und ständig fortentwickelt wurde, abschließend zu überarbeiten. Insbesondere ist es noch nicht gelungen, mit den Bundesländern einvernehmliche Regelungen zur weiteren Aussiedleraufnahme zu finden.

Ein Teil der Länder ist der Auffassung, man müsse den Zugang von Aussiedlern mit Fristen beenden. Die Bundesregierung hält dies für falsch. Sie ist vielmehr der Auffassung, daß derartige Regelungen zu einer Torschlußpanik und zu einem erneuten Anstieg des Aussiedlerzuzugs führen würden. Deswegen soll der mit dem Aussiedleraufnahmegesetz beschrittene Weg kontinuierlich fortgesetzt werden. Wir haben damit eine größere Transparenz des Aufnahmeverfahrens erreicht. Die Akzeptanz der Aussiedler in der Bevölkerung ist wesentlich verbessert worden. Es wird vermieden, daß Tausende hier — wie es früher der Fall war — als Aussiedler Aufnahme suchen, obwohl sie gar keine Chance haben, als solche anerkannt zu werden.

Die Bundesregierung hat es aber nicht bei dem neuen Aufnahmegesetz bewenden lassen. Sie hat unabhängig davon ihre Bemühungen verstärkt, den Deutschen in Osteuropa bessere Perspektiven für das Leben in ihrer angestammten Heimat zu bieten. Das seit längerem stetig verfolgte Ziel, den in den Staaten Ost- und Südosteuropas lebenden deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen zu helfen, ihre kulturelle Identität zu wahren, kann aber erst seit der Änderung der politischen Verhältnisse in den Staaten des früheren Ostblocks mit wirklicher Aussicht auf Erfolg betrieben werden. Die Bundesregierung hat darüber hinaus in den Verträgen mit der Republik Polen Vereinbarungen für die deutsche Minderheit in Polen treffen können, die dieser eine rechtlich gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat verschafft.

Die Wiederbegründung der Republik der Deutschen an der Wolga mit ihrem hohen Symbolwert für die Deutschen in der Sowjetunion könnte ein wichtiges Signal für die Deutschen in der Sowjetunion werden, eine etwaige Entscheidung zur Aussiedlung zu überdenken. Die Bundesregierung hofft daher, daß Rußland bald die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Republik der Deutschen an der Wolga schafft.

Es kann festgestellt werden, daß alle unsere Maßnahmen und Bemühungen zusammengenommen dazu beigetragen haben, daß der Aussiedlerzugang merklich zurückgegangen ist. Kamen in den ersten elf Monaten des Jahres 1990 noch rund 380 000 Deutsche als Aussiedler zu uns, so waren es in den ersten elf Monaten dieses Jahres nur noch rund 200 000, also ungefähr die Hälfte. Ich appelliere daher an uns alle, dieses so sensible Thema weiterhin möglichst einvernehmlich und mit Zurückhaltung zu behandeln.

Die durch die Verlängerung der Fristen des Einigungsvertrages bezüglich der Aussiedleraufnahme in den neuen Ländern gewonnene Zeit wollen wir nutzen, die Vorbereitungen zum Entwurf eines Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen. Ich spreche an dieser Stelle die Hoffnung aus, daß es gelingen möge auch mit allen Ländern zu einer Einigung bezüglich der künftigen Aufnahme von deutschen Landsleuten aus den bisherigen Aussiedlungsgebieten zu kommen.

Anlage 8

Antwort

des Bundesministers Friedrich Bohl auf die Dringlichen Fragen des Abgeordneten **Norbert Gansel** (SPD) (Drucksache 12/1717 Fragen 1 und 2):

Wie bewertet die Bundesregierung den Rücktritt bzw. die Entlassung von Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen?

Aus welchem Grund erfolgt der Rücktritt erst jetzt?

Zu Frage 1:

Die Bundesregierung bedauert den Rücktritt von Herrn Dr. Stavenhagen — sie respektiert aber seine persönliche Entscheidung.

Der Bundeskanzler hat Staatsminister Dr. Stavenhagen für seine engagierte und pflichtbewußte Arbeit im Dienst der Bundesregierung gedankt. Er bedauert den Rücktritt eines loyalen Mitarbeiters, der sich in

(A) schwierigen Aufgabengebieten Verdienste für unser Land erworden hat.

Staatsminister Dr. Stavenhagen hat sich vor allem bei der Vorbereitung der politischen Einigung Europas große Verdienste erworben und insbesondere an den erfolgreichen Verhandlungen zum Schengener Abkommen einen ganz wesentlichen Anteil.

Zu Frage 2:

Der Rücktritt und sein Zeitpunkt ist eine persönliche Entscheidung von Herrn Dr. Stavenhagen.

Anlage 9

Antwort

des Bundesministers Friedrich Bohl auf die Dringlichen Fragen der Abgeordneten **Ingrid Köppe** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 12/1717 Fragen 3 und 4):

Hält es die Bundesregierung für einen normalen Vorgang, daß Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen keine Begründung für seinen Rücktritt angegeben hat, und ist sie bereit, dem Deutschen Bundestag eine solche Begründung nachzuliefern?

Trifft nach den Informationen der Bundesregierung die Versicherung des zuständigen Abteilungsleiters im Bundeskanzleramt zu, daß das Schreiben des BND-Präsidenten Wieck vom 28. März 1990 „Herrn Staatsminister Dr. Stavenhagen ... nicht zur Kenntnis gebracht worden ist", und wie erklärt sie sich, daß der ehemalige Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen im Widerspruch hierzu mit Presseerklärung vom 18. September 1991 und (B) in Interviews vom 12. September 1991 und 19. September 1991 verlauten ließ, daß er das Schreiben vom 28. März 1990 damals erhalten habe?

Zu Frage 3:

Staatsminister Stavenhagen hat seinen Antrag begründet. Im übrigen weise ich auf folgendes hin: Nach § 4 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre können diese ihre Entlassung jederzeit verlangen. Das Gesetz sieht nicht vor, daß der Antrag begründet werden muß.

Der Antrag ist eine persönliche Erklärung des Antragstellers, nicht eine der Bundesregierung.

Zu Frage 4:

Die erste Teilfrage ist mit „Ja" zu beantworten. Zum Inhalt der zweiten Teilfrage hat Staatsminister Dr. Stavenhagen in seiner heutigen Aussage vor dem Ersten Untersuchungsausschuß, dessen Mitglied Sie sind, in öffentlicher Sitzung eine Erklärung abgegeben, auf die ich verweise.

Anlage 10

Antwort

der Staatsministerin Ursula Seiler-Albring auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Dietrich Sperling** (SPD) (Drucksache 12/1684 Fragen 9 und 10):

(C) Hat die unabhängige Republik Armenien Kontakte zur Bundesrepublik Deutschland gesucht, um die Frage der Anerkennung zu stellen, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu diesem Problem ein?

Ergeben sich aus der Charta von Paris Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten für Minderheiten- und Menschenrechtsschutz durch „monitoring" zu sorgen, und folgt daraus nicht eine moralische Verpflichtung, gegebenenfalls Botschafter in ein Gebiet zu entsenden, in dessen Nachbarschaft Minderheiten- und Menschenrechte bedroht sind?

Zu Frage 9:

Der armenische Präsident Levon Ter-Petrossyan hat sich mit einem Schreiben vom 27. September 1991 an Bundeskanzler Kohl gewandt und auf der Grundlage des Ergebnisses des Referendums über den Austritt aus der UdSSR vom 21. September 1991 gebeten, Armenien als unabhängigen Staat anzuerkennen.

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß nunmehr ein Dialog zwischen den Beteiligten dem Votum des armenischen Volkes im Referendum vom 21. September 1991 folgen muß, um die komplizierten Fragen zu regeln, die mit der Verwirklichung der Selbstbestimmung zusammenhängen.

Zu Frage 10:

Das III. Treffen der Konferenz über die Menschliche Dimension der KSZE in Moskau hat die Grundlagen dafür gelegt, daß in Zukunft unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit für die Entsendung einer Expertenmission zur Behandlung einer klar umrissenen Frage der Menschlichen Dimension geschaffen wird. Die Frage der Entsendung von Botschaftern ist (D) hiervon unabhängig.

Anlage 11

Antwort

der Staatsministerin Ursula Seiler-Albring auf die Frage des Abgeordneten **Martin Göttsching** (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Frage 12):

Entspricht es der Tatsache, daß Grundstücke aus den ehemaligen Ostgebieten, die deutschen Staatsbürgern gehörten oder gehören, nun vom polnischen Staat an Dritte, zum Beispiel an Bürger aus den alten Bundesländern, weiter verkauft werden, wenn ja, hat die Bundesregierung diese Thematik in Gesprächen mit der polnischen Regierung behandelt?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß Grundstücke vom polnischen Staat an Dritte, darunter auch an Ausländer, verkauft werden. Der Erwerb von Grundstükken in der Republik Polen durch Ausländer bedarf aber der Genehmigung des polnischen Innenministers. Die Genehmigungspraxis gegenüber Deutschen ist bisher unverändert sehr restriktiv. Dem Grundstückserwerb durch Bürger aus den alten Bundesländern kommt deshalb in der Praxis kaum Bedeutung zu. Es ist dessen ungeachtet nicht auszuschließen, daß durch die Veräußerung an Dritte, insbesondere an polnische Staatsangehörige, auch das Eigentum Deutscher betroffen ist.

(A) **Anlage 12**

Antwort

der Staatsministerin Ursula Seiler-Albring auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Klaus Kübler** (SPD) (Drucksache 12/1684 Fragen 14 und 15):

Wie beurteilt die Bundesregierung unter Menschenrechtsgesichtspunkten die Verhaftung von — laut Zeitungsmeldungen — 600 Mitgliedern der oppositionellen Pakistanischen Volkspartei (PPP) der früheren Ministerpräsidentin Benazir Bhutto, und die Lage der Menschenrechte in Pakistan allgemein, und wird sich die Bundesregierung ggf. für eine Einhaltung der Menschenrechte in Pakistan einsetzen?

Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage der Menschenrechte in Indonesien nach einer nicht abreißenden Kette von Menschenrechtsverletzungen durch willkürliche Verhaftungen, Folterungen, Exekutionen und der jüngsten Übergriffe des indonesischen Militärs in Ost-Timor?

Zu Frage 14:

Die Bundesregierung bedauert die jüngsten Verhaftungen von Mitgliedern der oppositionellen Pakistanischen Volkspartei durch die Behörden der pakistanischen Provinz Sindh. Der Chefminister des Sindh gibt die Zahl der Verhaftungen mit 318 an. In der pakistanischen Presse werden Zahlen bis 2 000 genannt. Die Verhafteten werden pauschal beschuldigt, Mitglieder einer angeblichen Terrororganisation (AZO = Al Zulfikar Organisation) zu sein. Volkspartei (PPP) und die AZO seien identisch. Die Verhaftungen fügen sich in den Rahmen der Maßnahmen, die die Provinzregierung des Sindh seit 1990 gegen die Volkspartei unternimmt. Zahlreiche Parteimitglieder sind seitdem inhaftiert worden. Eine verläßliche Dokumentation über die Zahl der Verhaftungen, Art der (B) Anschuldigungen und Verweildauer in Haft liegt der Bundesregierung nicht vor.

Seit der Wiedereinführung einer demokratischen Regierungsform in Pakistan im Dezember 1988 hat sich die Menschenrechtslage im Vergleich zum Regime von General Zia erheblich verbessert. Doch geben neuerliche Entwicklungen wie die Massenverhaftungen im Sindh und Einrichtung von Sondergerichten, Anlaß zu Sorge. Positiv zu beurteilen ist die von dem Obersten Gericht angeordnete Aussetzung von öffentlichen Hinrichtungen. Das Gericht hat eine Anhörung begonnen, um festzustellen, ob öffentliche Hinrichtungen nicht gegen das Verfassungsgebot des Schutzes der menschlichen Würde verstoßen.

Die Bundesregierung setzt sich gerade im Verhältnis zu Pakistan für die Wahrung der Menschenrechte ein. Sie hat wiederholt, zuletzt in den Regierungsverhandlungen mit Pakistan im September/Oktober 1991 in Bonn, auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Beachtung der Menschenrechte hingewiesen. Auch die Delegation des Ausschusses für Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages hat während ihres Besuchs in Pakistan im November 1991 Menschenrechtsfragen, hierbei besonders Fragen zur Lage der Frauen in Pakistan, angesprochen.

Zu Frage 15:

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält mit Indonesien seit vielen Jahren intensive und vielfältige Beziehungen. Im Dialog zwischen der Bundesregierung und der indonesischen Regierung spielt auch das Thema Menschenrechte eine wichtige Rolle. Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit immer (C) wieder — auch in Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern — für die Verbesserung der Lage der Menschenrechte in Indonesien eingesetzt. Dies gilt in besonderem Maße für Ost-Timor, wo es Beanstandungen bei der Beachtung der Menschenrechte gibt. Die Vorfälle vom 12. November 1991 wurden in einer Erklärung der EG-Außenminister vom 13. November 1991 scharf verurteilt. Außerdem wurde der unverzügliche Verzicht auf Gewaltanwendung und die Bestrafung der Verantwortlichen gefordert.

Die Bundesregierung hat von der indonesischen Regierung eine gründliche und objektive Aufklärung der Vorfälle gefordert. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang, daß die indonesische Regierung — erstmals bei derartigen Vorfällen — eine Untersuchungskommission eingesetzt hat. Die Bundesregierung wird Verlauf und Ergebnissse dieser Untersuchung aufmerksam und kritisch verfolgen. Sie behält sich weitere Überlegungen vor, falls diese Untersuchung nicht zufriedenstellend ausfällt. Die Deutsche Botschaft ist zur laufenden Berichterstattung angewiesen. Ein Botschaftsbeamter wurde nach Ost-Timor entsandt.

Anlage 13

Antwort

der Staatsministerin Ursula Seiler-Albring auf die Fragen des Abgeordneten **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Fragen 16 und 17):

(D) Welche Maßnahmen hat bzw. wird die Bundesregierung unternehmen, damit Deutsch offizielle Amtssprache in der Europäischen Gemeinschaft wird?

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, daß Staaten, die nach dem Besitz von Atomwaffen streben (z. B. Pakistan, Indien, Argentinien, Brasilien, Algerien, Irak, Iran, Syrien, Nordkorea), arbeitslos gewordene Nuklearforscher aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. den nunmehr selbständigen Republiken für ihre Zwecke anwerben?

Zu Frage 16:

Deutsch ist Amtssprache in der Europäischen Gemeinschaft. Gemäß Artikel 1 der Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sind die Sprachen der Mitgliedsländer gleichberechtigte Amtssprachen und Arbeitssprachen der Organe der Gemeinschaft. Damit ist die deutsche Sprache rechtlich der englischen und französischen Sprache gleichgestellt.

Die Bundesregierung teilt die in der Frage zum Ausdruck gebrachte Sorge, daß die deutsche Sprache trotz dieser eindeutigen Rechtslage in der praktischen Arbeit der Gemeinschaft insbesondere gegenüber den genannten Sprachen benachteiligt wird. Die Bundesregierung hat in ihrem 48. Integrationsbericht, der dem Bundestag am 26. September zugeleitet wurde, ausgeführt, daß sie im Einklang mit den Beschlüssen des Bundestages und des Bundesrates nachhaltig bemüht ist, sowohl beim Ratssekretariat als auch bei der Kommission Verbesserungen durchzusetzen. In einigen Bereichen konnten Erfolge erzielt werden. Der Bundesregierung ist bewußt, daß im Interesse der Arbeitsfähigkeit der deutschen Verwaltung und insbe-

(A) sondere auch der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft der Durchsetzung des deutschen Sprachanspruchs besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Alle Bundesbediensteten sind in diesem Sinne ausdrücklich angewiesen worden.

Zu Frage 17:

Die Bundesregierung nimmt die Gefahr ernst, daß Staaten, die möglicherweise nach Atomwaffen streben, sowjetische Wissenschaftler aus dem Bereich der Nuklearforschung für ihre Zwecke anwerben könnten. Solche Versuche würden den Zielen des nuklearen Nichtverbreitungsregimes zuwiderlaufen. Die Bundesregierung hat bereits in Gesprächen mit der sowjetischen Regierung und mit Regierungen der Republiken die Gefahr der nuklearen Proliferation erörtert und dabei auf mögliche Abwanderung von Nuklearwissenschaftlern eindringlich hingewiesen. Sie wird auch in Zukunft mit ihren Partnern im Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft geeignete Maßnahmen in diesem Bereich beraten. Die Bundesregierung hat darüber hinaus alle Staaten, die zur Zeit noch außerhalb des Nichtverbreitungsvertrages stehen, immer wieder zum Beitritt aufgerufen. Sie wird diese Bemühungen mit Nachdruck fortsetzen.

Anlage 14

(B)

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Eduard Lintner auf die Fragen des Abgeordneten **Wolfgang Börnsen** (Bönstrup) (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Fragen 20 und 21):

Vor dem Hintergrund von Pressemeldungen Schleswig-Holsteinischer Zeitungen über einen seit 1987 stark zunehmenden „Menschenhandel" und illegale Grenzübertritte an der deutsch-dänischen Grenze, wie im Bereich Puttgarden, frage ich die Bundesregierung, welche Zahlen für die genannten Grenzbereiche für den Zeitraum 1987 bis 1991 vorliegen, und um welche Nationalitäten es sich bei illegalen Einwanderern handelt?

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Summen, die bei diesen schmutzigen Geschäften gezahlt werden, vor, und wie hoch ist die Dunkelziffer bei illegalen Grenzübertritten?

Zu Frage 20:

a) Illegale Einreise aus Dänemark:

1987	1988	1989	1990	1991 (einschl. Oktober)
154	123	154	237	318

b) Illegale Einreise nach Dänemark:

1987	1988	1989	1990	1991 (einschl. Oktober)
767	968	1 156	1 350	667

Der überwiegende Teil der Ausländer stammt zu ca. 44 % aus arabischen (Iran, Irak, Libanon, Pakistan, Indien, Sri Lanka), zu ca. 39 % aus osteuropäischen (Polen, Rumänien) und zu 17 % aus afrikanischen (Gambia, Marokko) Ländern.

Zu Frage 21: (C)

Für Schleusungen werden nach den Erkenntnissen der Polizei je nach Ausgangsland Geldbeträge zwischen DM 300,— bei Schleusungen aus osteuropäischen Nachbarstaaten und DM 20 000,— bei Schleusungen aus dem asiatischen Raum gezahlt.

Die Dunkelziffer der illegalen Einreisen von Ausländern liegt in etwa um ein 5- bis 6faches höher.

Anlage 15

Antwort

des Parl. Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Olaf Feldmann** (FDP) (Drucksache 12/1684 Fragen 46 und 47):

Wie will die Bundesregierung langfristig im Zuge des Personalabbaus der Bundeswehr auf 370 000 Mann die Versorgung des Wehrbereichs Süd durch das zuständige Wehrbereichsbekleidungsamt 5 mit seiner Hauptstelle in Baden-Baden und seinen Nebenstellen sichern, und welche Pläne und Mittel bestehen hinsichtlich der damit notwendig verbundenen kostengünstigsten Reduzierung und Zusammenlegung der verschiedenen Lager- und Verwaltungsstandorte des Wehrbereichsbekleidungsamtes 5?

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Ausbau der Nebenstelle Alt-Appenweier, die im Gegensatz zu anderen Standorten über ein Hochregallager verfügt, mittel- und langfristig unter Berücksichtigung aller Personal- und Infrastrukturkosten die kostengünstigste Lösung für die Unterbringung des Wehrbereichsbekleidungsamtes 5 ist, und wenn ja, wann ist mit einer Räumung der Hauptstelle des Wehrbereichsbekleidungsamtes Süd in Baden-Baden auf dem ehemaligen Batschari-Gelände zu rechnen, um eine zivile Anschlußnutzung durch die IHK-Baden-Baden zu ermöglichen? (D)

Zu Frage 46:

Die Bundesregierung plant nach dem Ressortkonzept zur Neuorganisation der Territorialen Wehrverwaltung und des Rüstungsbereiches die bestehenden sieben Wehrbereichsbekleidungsämter auf vier zu reduzieren (Nord, Ost, Süd, West).

Diese neue Struktur im Bereich der Bekleidungswirtschaft der Wehrverwaltung trägt dem veränderten Versorgungsauftrag unter Berücksichtigung von Rationalisierung und Wirtschaftlichkeit Rechnung. Im Rahmen der Umstrukturierung werden die bisherigen Versorgungsbereiche der Wehrbereichsbekleidungsämter V und VI zu einem Versorgungsbereich Süd zusammengefaßt.

Zu Frage 47:

Für die Unterbringung des Bekleidungsamtes Süd werden derzeit freiwerdende Bundeswehrliegenschaften in Sulz/Neckar und in Neuhausen ob Eck überprüft. Die Planung hinsichtlich Appenweier mußte überdacht werden, weil der zur Erweiterung notwendige Ankauf eines Gemeindegrundstückes durch eine geänderte Flächennutzungsplanung der Gemeinde Appenweier nicht mehr möglich ist.

Unter Berücksichtigung der Entscheidung zur Stationierung der Streitkräfte und der erforderlichen Umbaumaßnahmen ist derzeit mit einer Räumung des Wehrbereichsbekleidungsamtes in Baden-Baden voraussichtlich erst ab 1996 zu rechnen.

(A)

Anlage 16

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Ottfried Hennig auf die Fragen der Abgeordneten **Ulrike Mehl** (SPD) (Drucksache 12/1684 Fragen 48 und 49):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die zuständige Landesbehörde in Schleswig-Holstein bei der Kartierung schutzwürdiger Flächen auf Bundeswehrliegenschaften nicht umfassend beteiligt wurde, und warum wurde diese Behörde über die von der Bundesregierung im Mai d. J., anläßlich meiner mündlichen Nachfrage, genannte Kartierung nicht informiert?

Für welche dem Naturschutzrecht unterliegende Flächen der Bundeswehrliegenschaften in Schleswig-Holstein sind Pflegepläne erstellt worden, und wer hat sie erstellt?

Zu Frage 48:

Die zuständige Landesbehörde in Schleswig-Holstein ist über die Kartierung von Standort- und Truppenübungsplätzen unterrichtet. Der Vertreter des Landesamtes für Naturschutz und Landschaftspflege Schleswig-Holstein hat auf einer Arbeitstagung bei der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege in Bonn am 16. April 1991 erklärt, bei Bedarf sei die Fachberatung vor Ort im direkten Kontakt mit den landwirtschaftlichen Sachbearbeitern der Standortverwaltung erfolgt. Die Wehrbereichsverwaltung I war bei diesen Kontakten nicht eingeschaltet.

In einem Sonderprogramm sollen nach Aussage des zuständigen Landesamtes die bisher bei der Biotopkartierung des Landes ausgesparten militärischen Flächen ebenfalls kartiert werden. Eine Biotopkartierung des Truppenübungsplatzes Putlos hat das Landesamt bereits durchgeführt. Anläßlich der Arbeitstagung am 16. April 1991 ist enge Zusammenarbeit mit dem Landesamt vereinbart worden. In diesem Rahmen können den zuständigen Landesbehörden die von der Bundeswehr bisher erhobenen Daten über die Naturausstattung der Bundeswehrliegenschaften auf Anforderung überlassen werden.

(B)

Zu Frage 49:

Für folgende Übungsplätze sind Pflegepläne erstellt worden:

- Boostedt
- Wittenborn
- Eutin
- Mannemorsum (Sylt)

Die vorgenannten Pflegepläne sind von der jeweils zuständigen Standortverwaltung zusammen mit der örtlichen Truppe und der Bundesforstverwaltung erarbeitet worden. Weitere Pflegepläne sind in Arbeit. Da ihre Fertigstellung u. a. von der Festlegung des jeweiligen militärischen Nutzungskonzeptes abhängt, ist eine genaue Terminplanung dafür noch nicht möglich.

Anlage 17

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Bernd Schmidbauer auf die Frage der Abgeordneten **Dr. Margrit Wetzel** (SPD) (Drucksache 12/1684 Frage 75):

(C)

Wann wird die Bundesregierung Grenzwerte für Stickstoffdioxid, Dieselruß und Benzol im Bundesimmissionsschutzgesetz festschreiben und Messungen dieser Schadstoffe in Verkehrs-Ballungsgebieten verbindlich vorschreiben?

Grenzwerte für Stickstoffdioxid sind in der ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft — TA Luft) bereits verbindlich festgeschrieben. Für Dieselruß und Benzol gibt es solche Werte nicht. Es ist auch nicht vorgesehen, Grenzwerte für diese krebserzeugenden Stoffe in Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes aufzunehmen. Diese Luftverunreinigungen sind unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit so weit wie möglich zu begrenzen.

Die Bundesregierung bereitet jedoch eine Verordnung nach § 40 Abs. 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vor, in der Konzentrationswerte für ausgewählte verkehrsbedingte luftverunreinigende Stoffe, insbesondere für Stickstoffdioxid, Dieselruß und Benzol, bestimmt werden. Diese Konzentrationswerte haben einen prüfungsauslösenden Charakter.

Bei ihrem Überschreiten sind durch die zuständigen Landesbehörden verkehrsbeschränkende Maßnahmen zu prüfen.

Die Verordnung, in der auch die anzuwendenden Meß- und Beurteilungsverfahren festgelegt werden, liegt als Entwurf des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vor. Derzeit wird die Anhörung der zu beteiligenden Kreise vorbereitet.

(D)

Die Verordnung soll nach Ressortabstimmung und Behandlung im Bundesrat im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten.

Anlage 18

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Bernd Schmidbauer auf die Frage des Abgeordneten **Wolfgang Meckelburg** (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Frage 77):

Erkennt die Bundesregierung in dem ökologischen Konzept, das die Stadt Schwerte verfolgt (siehe DIE ZEIT vom 22. November 1991 S. 29), Ideen, Vorstellungen und Modelle, die sie für beachtenswert hält und ist sie gewillt, diese auch in ihren Ministerien und den weiteren zur Bundesregierung gehörenden Ämtern und Behörden einzuführen und zu verwirklichen?

a) Im Rahmen des CO_2-Minderungskonzepts der Bundesregierung kommt auch den Kommunen als Trägern der örtlichen Daseinsvorsorge eine ganz zentrale Rolle zu. Aufgaben der Kommunen bestehen insbesondere in den Bereichen Planung (Erstellung von lokalen und regionalen Energieversorgungskonzepten, Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung), Gestaltung der kommunalen Energieversorgung, Ausschöpfung der CO_2-Energiesparpotentiale im kommunalen Bereich selbst sowie in den Bereichen Fortbildung, Beratung und Informationsvermittlung.

Kommunale Konzepte zur Verminderung von Co_2-Emissionen sind deshalb aus der Sicht der Bundesre-

(A) gierung grundsätzlich zu begrüßen. Sie stellen einen folgerichtigen Schritt im Rahmen der Umsetzung des von der Bundesregierung formulierten CO_2-Minderungsziels (25—30 % auf Basis des Jahres 1987 bis zum Jahr 2005) und des am 7. November 1990 verabschiedeten CO_2-Minderungskonzepts dar. Dabei ist anzumerken, daß die Stadt Schwerte in ihren Bemühungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht allein steht. Ähnliche CO_2-Minderungskonzepte werden derzeit z. B. auch in Frankfurt/Main, Hannover, Heidelberg und Saarbrücken entwickelt.

Auch wenn Zweifel bestehen, daß mit den im CO_2-Minderungskonzept der Stadt Schwerte aufgeführten Maßnahmen allein eine Verminderung der CO_2-Emissionen und 30 % bis zum Jahre 2000 erreicht werden kann (viele Maßnahmen haben mehr symbolische Funktion und tragen innerhalb des kurzen Programmzeitraums nur marginal zur CO_2-Minderung bei), so enthält dieses Konzept doch eine Reihe wichtiger Ansatzpunkte für eine kommunale CO_2-Minderungspolitik und verdeutlicht den „Querschnittscharakter" einer CO_2-Reduktionsstrategie. Das CO_2-Minderungsprogramm der Stadt Schwerte ist deshalb im Sinne des Mottos „denke global, handle lokal" als eine wichtige kommunale Initiative zu begrüßen, deren bewußtseinsbildende Funktion als Voraussetzung für weitergehende Maßnahmen und Arbeitsschritte nicht unterschätzt werden darf.

b) Auch die obersten Bundesbehörden räumen dem Umweltschutz bzw. der Energieeinsparung einen hohen Stellenwert ein und achten insbesondere auch bei Beschaffungen verstärkt auf die Umweltverträglich- (B) keit der zu beschaffenden Leistungen und Produkte. Sie sind dazu nicht nur durch entsprechende Erlasse, Vorschriften in Geschäftsordnungen oder Hausverfügungen angehalten, sondern sie entfalten darüber hinaus in vielen Bereichen auch eigene Initiativen, um den Umweltschutz innerhalb ihrer Behörden weiter voranzubringen.

Eine ausführliche Darstellung der Umweltschutz- und Energieeinsparmaßnahmen bei den obersten Bundesbehörden enthält meine Antwort auf die schriftlichen Fragen der Abgeordneten Frau Maria Eichhorn (s. BT-Drs. 12/1338 Frage 110—113).

Anlage 19

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Wilhelm Rawe auf die Fragen des Abgeordneten **Wieland Sorge** (SPD) (Drucksache 12/1684 Fragen 83 und 84):

Trifft es zu, daß der TEMEX-Dienst, in den nach Angaben von Führungskräften der GD-TELEKOM bis heute 230 Mio. DM investiert wurden, eingestellt werden soll, wenn ja, mit welcher Begründung?

Welche Ersatzmöglichkeiten für diesen Dienst, der von der TELEKOM in der Vergangenheit als „Jedermann-Fernwirkdienst" angepriesen und vermarktet wurde, sind in Zukunft für „Normalbürger", insbesondere für alte und behinderte Menschen vorgesehen?

Zu Frage 83: (C)

Die Deutsche Bundespost TELEKOM ist verpflichtet, nach unternehmerischen Gesichtspunkten zu handeln und ihre Produkte wirtschaftlich anzubieten. Der TEMEX-Dienst hat eine hohe Kostenunterdekkung.

Zur Verbesserung der Kostenlage des TEMEX-Dienstes wurden deshalb verschiedene Konzepte erarbeitet. Dabei hat sich herausgestellt, daß auch mit einschneidenden Änderungen des TEMEX-Dienstes bei einer noch tragbaren Tarifstruktur in absehbarer Zeit eine Vollkostendeckung nicht zu erreichen ist. Eine Entscheidung über die sich daraus ergebenden Konseqenzen ist noch nicht getroffen worden.

Zu Frage 84:

Fernwirkdaten können als wirtschaftlichste Alternative zum TEMEX-Dienst in dem Telefonnetz mit Wählgeräten, aber auch im ISDN-Dienst sowie über verfügbare Datendienste übertragen werden.

Der TEMEX-Dienst dient vorwiegend zur Leitungsüberwachung und zur schnellen Signalisierung. Für den Einsatz bei alten und behinderten Menschen ist jedoch wesentlich, daß zur Beruhigung der in Not geratenen Person bis zum Eintreffen des medizinischen Hilfsdienstes eine Sprechverbindung zur Notrufzentrale besteht. Eine solche Sprechverbindung bietet der TEMEX-Dienst nicht.

Obwohl der TEMEX-Dienst seit zwei Jahren angeboten wird, nehmen ihn deshalb die Träger der Sozialdienste, die den sogenannten Altennotruf anbieten, verhältnismäßig wenig in Anspruch. (D)

Anlage 20

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Hans-Peter Repnik auf die Fragen des Abgeordneten **Hans-Günther Toetemeyer** (SPD) (Drucksache 12/1684 Fragen 85 und 86):

Wann und aus welchem Haushaltstitel wird die Bundesregierung das von Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle, während seines Besuchs in Namibia Ende Oktober 1991 versprochene Darlehen in Höhe von 40 Mio. Rand zur Beschaffung von Patrouillenbooten sowie eines Flugzeugs zur Bewachung der 200-Meilen-Zone vor Namibias Küste auszahlen?

Ist dieses Darlehen Bestandteil des am 14. November 1991 in Bonn zwischen der Republik Namibia und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit im Haushaltsjahr 1991?

Zu Frage 85:

Bundesminister Kiechle hat während seines Besuchs in Namibia kein Darlehen in Höhe von 40 Millionen Rand zugesagt. Er hat lediglich Bezug genommen auf den bereits im November 1990 mit Namibia vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbarten Entwicklungshilfekredit von 24 Millionen DM für den Schutz der 200-Meilen-Wirtschaftszone. Ob und in welchem Umfang die genannten Maßnahmen mit diesem Kredit finanziert werden, ist gegenwärtig noch offen und hängt von dem Ausgang der Verhandlungen über den konkreten Darle-

(A) hensvertrag ab, der zwischen der Regierung Namibias und der KfW abzuschließen ist. Dies gilt entsprechend für den Zeitpunkt der etwaigen Auszahlung. Der Entwicklungshilfekredit ist eine Maßnahme aus Titel 866 01 des Epl. 23.

Zu Frage 86: (C)

Nein, es ist Bestandteil des Regierungsabkommens 1990, das im Oktober 1991 in Namibia unterzeichnet wurde.

(B) (D)



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0720-7980